PROLETARIER ALLER LÄNDER, VEREINIGT EUCH!

LENIN

WERKE

32

HERAUSGEGEBEN AUF BESCHLUSS
DES IX. PARTEITAGES DER KPR(B) UND DES
II. SOWJETKONGRESSES DER UdSSR

DIE DEUTSCHE AUSGABE ERSCHEINT
AUF BESCHLUSS DES ZENTRALKOMITEES
DER SOZIALISTISCHEN EINHEITSPARTEI
DEUTSCHLANDS

INSTITUT FÜR MARXISMUS-LENINISMUS BEIM ZK DER KPdSU

W.I. LENIN

WERKE

INS DEUTSCHE ÜBERTRAGEN
NACH DER VIERTEN RUSSISCHEN AUSGABE

DIE DEUTSCHE AUSGABE
WIRD VOM INSTITUT FÜR MARXISMUS-LENINISMUS
BEIM ZENTRALKOMITEE DER SED BESORGT

DIETZ VERLAG BERLIN

1982

W.I.LENIN

BAND 32

DEZEMBER 1920–AUGUST 1921

DIETZ VERLAG BERLIN

1982

Originaltitel:

В. И. ЛЕНИН · СОЧИНЕНИЯ

© Politisdat, Moskau 1951
© Deutsche Übersetzung: Dietz Verlag Berlin 1961

Mit 1 Foto und 3 Faksimiles

7. Auflage 1982
Dietz Verlag Berlin
Lizenznummer 1
LSV 0056
Printed in the German Democratic Republic
Satz: Karl-Marx-Werk Pößneck, V 15/30
Druck und Einband: INTERDRUCK Graphischer Großbetrieb Leipzig III/18/97
Best.-Nr.: 735 068 1
DDR 7,50 M

VORWORT

Die in Band 32 enthaltenen Arbeiten schrieb W. I. Lenin vom 30. Dezember 1920 bis 14. August 1921.

Diese Arbeiten beleuchten Lenins Tätigkeit als Parteiführer und Staatsmann, sie zeigen, wie er die bolschewistische Partei und den Sowjetstaat in der Periode des Übergangs von der Politik des Kriegskommunismus zur Neuen Ökonomischen Politik leitete.

Der Band enthält Lenins Rede „Über die Gewerkschaften, die gegenwärtige Lage und die Fehler Trotzkis", die Schrift „Die Krise der Partei", das Referat und das Schlußwort über die Rolle und die Aufgaben der Gewerkschaften auf dem II. Gesamtrussischen Verbandstag der Bergarbeiter, die Broschüre „Noch einmal über die Gewerkschaften, die gegenwärtige Lage und die Fehler Trotzkis und Bucharins", die „Rede auf dem IV. Gesamtrussischen Verbandstag der Bekleidungsarbeiter" u. a. In diesen Arbeiten begründet Lenin die Formen und Methoden der Parteiarbeit in den Massen unter den neuen Bedingungen, den Bedingungen des Übergangs zur friedlichen Arbeit der Wiederherstellung der Volkswirtschaft. Er definiert darin die Rolle und die Aufgaben der Gewerkschaften beim sozialistischen Aufbau als Schulen des Kommunismus. Lenin führt einen unversöhnlichen Kampf gegen die „Arbeiteropposition", die „demokratischen Zentralisten" und die „linken Kommunisten", die die Partei zersetzen, die Diktatur des Proletariats und die führende Rolle der Partei in den Sowjets und den Gewerkschaften untergraben wollen. Dabei richtet er den Hauptschlag gegen die Trotzkisten als die Hauptkraft der parteifeindlichen Gruppierungen.

Breiten Raum nehmen in dem Band die Referate, Reden und Resolu-

tionsentwürfe Lenins auf dem X. Parteitag der KPR(B) ein. Dazu gehören: der Bericht und das Schlußwort über die politische Tätigkeit des ZK der KPR(B), die Rede über die Gewerkschaften, das Referat und das Schlußwort über die Ersetzung der Ablieferungspflicht durch die Naturalsteuer, der „Ursprüngliche Entwurf der Resolution des X. Parteitags der KPR über die Einheit der Partei", der „Ursprüngliche Entwurf der Resolution des X. Parteitags der KPR über die syndikalistische und anarchistische Abweichung in unserer Partei", das Referat und das Schlußwort über die Einheit der Partei und die anarcho-syndikalistische Abweichung u. a. Diese Arbeiten charakterisieren Lenins Kampf für die Einheit der Partei, für die Festigung des Bündnisses zwischen der Arbeiterklasse und der Bauernschaft auf neuer ökonomischer Grundlage, für die Stärkung der Diktatur des Proletariats.

Der Band enthält die bekannte Broschüre Lenins „Über die Naturalsteuer (Die Bedeutung der neuen Politik und ihre Bedingungen)". In dieser Broschüre gibt Lenin eine allseitige Begründung der Neuen Ökonomischen Politik als einer besonderen Politik des proletarischen Staates, die es ermöglicht, das Fundament der sozialistischen Wirtschaft zu errichten, als des Weges zum erfolgreichen Aufbau des Sozialismus. Dieser Frage ist auch eine Reihe anderer Arbeiten in diesem Band gewidmet, so das „Referat über die Naturalsteuer in der Versammlung der Sekretäre und verantwortlichen Vertreter der Zellen der KPR(B) der Stadt und des Gouvernements Moskau", das Referat und das Schlußwort über die Naturalsteuer auf der X. Gesamtrussischen Konferenz der KPR(B), die auf Schallplatten aufgenommenen Reden u. a.

Breiten Raum nehmen auch Arbeiten ein, aus denen Lenins führende Rolle bei der Planung und Organisierung der Volkswirtschaft ersichtlich ist. Dazu gehören: „Über den einheitlichen Wirtschaftsplan", „Entwurf einer Direktive des Rats für Arbeit und Verteidigung an die örtlichen Sowjetinstitutionen", „Rede in der Sitzung des Gesamtrussischen Zentralexekutivkomitees über die örtlichen Wirtschaftsorgane", „Rede auf der III. Gesamtrussischen Konferenz für Ernährungswesen" u. a.

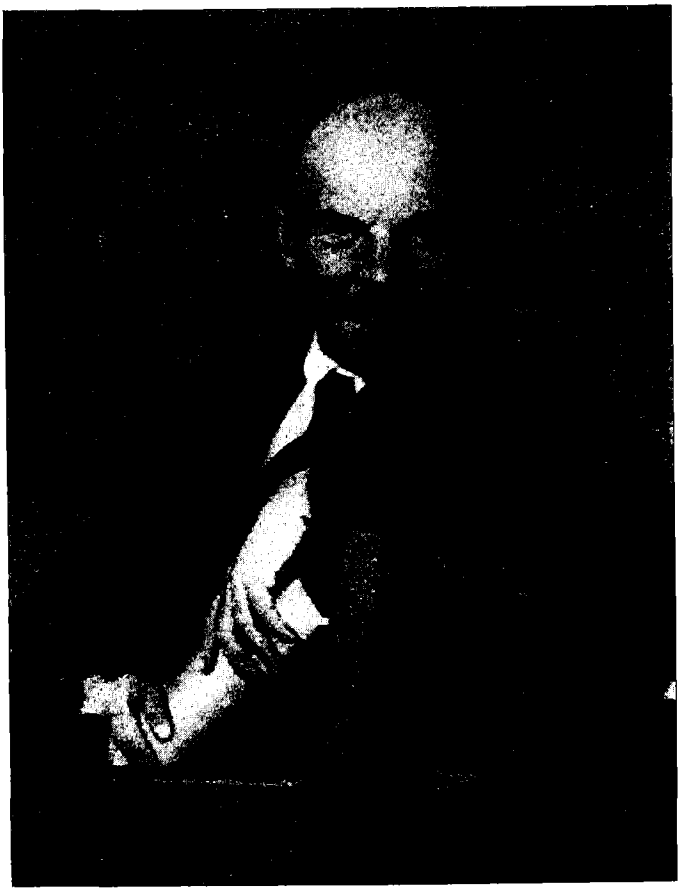
Eine Reihe von Reden und Dokumenten in diesem Band erhellt Lenins Tätigkeit, die darauf gerichtet war, den Staatsapparat zu festigen, die breiten Massen der Werktätigen zur Leitung des Staates heranzuziehen und sie hierfür zu schulen. Darunter fallen: „Direktiven des Zentralkomi-

tees an die im Volkskommissariat für Bildungswesen arbeitenden Kommunisten", „Über die Arbeit des Volkskommissariats für Bildungswesen", „Rede auf der erweiterten Moskauer Metallarbeiterkonferenz", „Rede in der Plenarsitzung des Moskauer Sowjets der Arbeiter- und Bauerndeputierten", „Rede auf dem Gesamtrussischen Verbandstag der Eisenbahn- und Schiffahrtsarbeiter", „An die Konferenz parteiloser Arbeiter der Stadt Petrograd" u. a.

Der Band enthält schließlich die Thesen, Referate und Reden Lenins auf dem III. Kongreß der Kommunistischen Internationale: die „Thesen zum Referat auf dem III. Kongreß der Kommunistischen Internationale über die Taktik der KPR", die „Rede zur italienischen Frage", die „Rede zur Verteidigung der Taktik der Kommunistischen Internationale" und das „Referat über die Taktik der KPR(B)". Hierin legt Lenin die Aufgaben der Kommunistischen Parteien und die Methoden ihrer Arbeit zur Gewinnung der werktätigen Massen dar.

In den Band sind 9 Dokumente aufgenommen worden, die in früheren Ausgaben der Werke W. I. Lenins nicht enthalten waren, nämlich: „Erster Rohentwurf von Thesen betreffend die Bauern", „Ursprünglicher Entwurf der Resolution über die Verbesserung der Lage der Arbeiter und der notleidenden Bauern", Rede und Antrag zur Brennstofffrage auf dem X. Parteitag der KPR(B), Referat über die Konzessionen in der Sitzung der kommunistischen Fraktion des Gesamtrussischen Zentralrats der Gewerkschaften, „Schreiben an die Mitglieder des Politbüros", „An das Betriebskomitee und alle Arbeiter des I. Staatlichen Automobilwerkes". Der „Entwurf einer Resolution zu den Fragen der Neuen Ökonomischen Politik" ist hier zum erstenmal vollständig veröffentlicht. Alle diese Arbeiten behandeln Fragen der Wiederherstellung und Entwicklung der Volkswirtschaft des Landes und der Verbesserung der Lage der breiten werktätigen Massen.

Zum erstenmal ist in den Werken der Beschluß des Rats der Volkskommissare „Über die Schaffung von Bedingungen, die die wissenschaftliche Arbeit des Akademiemitglieds I. P. Pawlow und seiner Mitarbeiter gewährleisten" veröffentlicht. Aus diesem Beschluß spricht die Sorge der Kommunistischen Partei und der Sowjetregierung um die Entwicklung der sowjetischen fortschrittlichen Wissenschaft.



W. I. LENIN
Mai 1921

ÜBER DIE GEWERKSCHAFTEN, DIE GEGENWÄRTIGE LAGE UND DIE FEHLER TROTZKIS[1]

Rede, gehalten in der gemeinsamen Sitzung der Mitglieder der KPR(B) unter den Delegierten des VIII. Sowjetkongresses sowie den Mitgliedern des Gesamtrussischen Zentralrats und des Moskauer Gouvernementsrats der Gewerkschaften
30. Dezember 1920

Genossen! Ich muß mich vor allem entschuldigen, daß ich gegen die Geschäftsordnung verstoße, denn um an der Diskussion teilzunehmen, müßte man natürlich das Referat, das Korreferat und die Diskussionsreden anhören. Leider fühle ich mich gesundheitlich so schlecht, daß ich außerstande bin, das zu tun. Aber ich hatte gestern die Möglichkeit, die wichtigsten gedruckt vorliegenden Dokumente durchzulesen und meine Bemerkungen vorzubereiten. Selbstverständlich bringt der Verstoß gegen die Ordnung, von dem ich gesprochen habe, für Sie Unbequemlichkeiten mit sich: Ich werde, da ich nicht weiß, was die anderen gesagt haben, möglicherweise manches wiederholen und das, worauf geantwortet werden müßte, unbeantwortet lassen. Aber anders konnte ich nicht verfahren.

Als wichtigstes Material dient mir die Broschüre des Gen. Trotzki „Über die Rolle und die Aufgaben der Gewerkschaften". Vertiefe ich mich in diese Broschüre und vergleiche ich sie mit den Thesen, die er im Zentralkomitee vorgelegt hat, so staune ich, welch eine Unmenge theoretischer Fehler und himmelschreiender Unrichtigkeiten in ihr zusammengetragen ist. Wie konnte man, wenn man sich zu einer großen Parteidiskussion über diese Frage anschickte, ein so mißratenes Zeug fabrizieren, anstatt etwas gründlich Durchdachtes vorzulegen? Ich will kurz die hauptsächlichen Punkte anführen, in denen meiner Meinung nach die grundlegenden theoretischen Unrichtigkeiten enthalten sind.

Die Gewerkschaften sind nicht nur historisch notwendig, sie sind auch eine historisch unumgängliche Organisation des Industrieproletariats, das

unter den Verhältnissen der Diktatur des Proletariats fast in seiner Gesamtheit von ihr erfaßt wird. Das ist die Erwägung, die allem zugrunde liegt, und das wird von Gen. Trotzki ständig vergessen, davon geht er nicht aus, das versteht er nicht zu würdigen. Ist doch das von ihm angeschnittene Thema „Die Rolle und die Aufgaben der Gewerkschaften" ein unermeßlich breites Thema.

Aus dem Gesagten ergibt sich bereits, daß bei der ganzen Verwirklichung der Diktatur des Proletariats die Rolle der Gewerkschaften sehr wesentlich ist. Aber welcherart ist diese Rolle? Zur Erörterung dieser Frage übergehend, die eine der theoretischen Grundfragen ist, komme ich zu dem Schluß, daß wir es hier mit einer außerordentlich eigenartigen Rolle zu tun haben. Einerseits sind die Gewerkschaften, die die Industriearbeiter in ihrer Gesamtheit erfassen und in die Reihen der Organisation einbeziehen, eine Organisation der machthabenden, herrschenden, regierenden Klasse, derjenigen Klasse, die die Diktatur verwirklicht, derjenigen Klasse, die den staatlichen Zwang ausübt. Aber das ist keine staatliche Organisation, das ist keine Organisation des Zwanges, das ist vielmehr eine erzieherische Organisation, eine Organisation der Heranziehung, der Schulung, das ist eine Schule, eine Schule der Verwaltung, eine Schule der Wirtschaftsführung, eine Schule des Kommunismus. Das ist eine Schule von ganz ungewöhnlicher Art, denn wir haben es nicht mit Lehrern und Schülern zu tun, sondern mit einer gewissen außerordentlich eigenartigen Kombination zwischen dem, was vom Kapitalismus zurückgeblieben ist und wohl oder übel zurückbleiben mußte, und dem, was die revolutionären Vortrupps, sozusagen die revolutionäre Avantgarde des Proletariats, aus ihren Reihen hervorbringen. Spricht man von der Rolle der Gewerkschaften, ohne diese Wahrheiten zu beherzigen, so ist es klar, daß man unvermeidlich zu einer Reihe von Unrichtigkeiten gelangt.

Ihrem Platz im System der Diktatur des Proletariats nach stehen die Gewerkschaften, wenn man sich so ausdrücken darf, zwischen der Partei und der Staatsmacht. Beim Übergang zum Sozialismus ist die Diktatur des Proletariats unvermeidlich, aber diese Diktatur wird nicht durch eine die Industriearbeiter in ihrer Gesamtheit erfassende Organisation verwirklicht. Warum nicht? Das können wir nachlesen in den Thesen des II. Kongresses der Kommunistischen Internationale über die Rolle der politischen Partei überhaupt. Hier will ich darauf nicht eingehen. Es ergibt sich, daß

die Partei sozusagen die Avantgarde des Proletariats in sich aufsaugt und diese Avantgarde die Diktatur des Proletariats verwirklicht. Und ohne ein solches Fundament wie die Gewerkschaften zu besitzen, kann man die Diktatur nicht verwirklichen, kann man die staatlichen Funktionen nicht ausüben. Ausgeübt werden müssen sie indes mit Hilfe einer Reihe besonderer Institutionen wiederum neuer Art, nämlich: mit Hilfe des Sowjetapparats. Worin besteht die Eigenart dieser Lage hinsichtlich der praktischen Schlußfolgerungen? Darin, daß die Gewerkschaften die *Verbindung* der Avantgarde mit den Massen herstellen, daß die Gewerkschaften durch ihre tägliche Arbeit die Massen überzeugen, die Massen derjenigen Klasse, die allein imstande ist, uns vom Kapitalismus zum Kommunismus zu führen. Das einerseits. Anderseits sind die Gewerkschaften das „Reservoir" der Staatsmacht. Das also sind die Gewerkschaften in der Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Kommunismus. Überhaupt läßt sich dieser Übergang nicht bewerkstelligen ohne die Hegemonie derjenigen Klasse, die als einzige vom Kapitalismus für die Großproduktion geschult und als einzige von den Interessen der Kleineigentümer losgelöst ist. Aber die Diktatur des Proletariats läßt sich nicht verwirklichen durch eine Organisation, die das Proletariat in seiner Gesamtheit erfaßt. Denn nicht nur bei uns, in einem der rückständigsten kapitalistischen Länder, sondern auch in allen anderen kapitalistischen Ländern ist das Proletariat immer noch so zersplittert, so zu Boden gedrückt, hier und da so korrumpiert (nämlich durch den Imperialismus in einzelnen Ländern), daß eine Organisation, die das Proletariat in seiner Gesamtheit erfaßt, dessen Diktatur unmittelbar nicht zu verwirklichen vermag. Die Diktatur kann nur durch die Avantgarde verwirklicht werden, die die revolutionäre Energie der Klasse in sich aufgenommen hat. So bekommen wir gewissermaßen eine Reihe von Zahnrädern. Und derart ist der Mechanismus der eigentlichen Grundlage der Diktatur des Proletariats, der Mechanismus des innersten Wesens des Übergangs vom Kapitalismus zum Kommunismus beschaffen. Schon daraus ist ersichtlich, daß im Kern etwas prinzipiell falsch ist, wenn Gen. Trotzki in der ersten These auf „ideologische Verworrenheit" hinweist und von einer Krise speziell und namentlich der Gewerkschaften spricht. Spricht man von einer Krise, so könnte man von ihr lediglich nach einer Analyse der politischen Lage sprechen. Eine „ideologische Verworrenheit" ergibt sich gerade bei Trotzki, weil er eben in der

Grundfrage nach der Rolle der Gewerkschaften unter dem Gesichtswinkel des Übergangs vom Kapitalismus zum Kommunismus außer acht gelassen, nicht in Rechnung gestellt hat, daß man es hier mit einem komplizierten System mehrerer Zahnräder und keineswegs mit einem einfachen System zu tun hat, da sich die Diktatur des Proletariats nicht durch das in seiner Gesamtheit organisierte Proletariat verwirklichen läßt. Die Diktatur läßt sich nicht verwirklichen ohne einige „Transmissionen" von der Avantgarde zur Masse der fortgeschrittenen Klasse und von dieser zur Masse der Werktätigen. In Rußland ist diese Masse die Bauernmasse, in anderen Ländern gibt es eine solche Masse nicht, aber selbst in den fortgeschrittensten Ländern gibt es eine nichtproletarische oder nicht rein proletarische Masse. Schon daraus ergibt sich tatsächlich eine ideologische Konfusion. Nur beschuldigt Trotzki ganz zu Unrecht andere dieser Konfusion.

Nehme ich nun die Frage nach der Rolle der Gewerkschaften in der Produktion, so sehe ich bei Trotzki die hauptsächliche Unrichtigkeit darin, daß er davon die ganze Zeit „im Prinzip" spricht, vom „allgemeinen Prinzip" redet. In den ganzen Thesen geht er an die Dinge vom Standpunkt des „allgemeinen Prinzips" heran. Schon deswegen ist die Fragestellung grundfalsch. Ich will gar nicht davon reden, daß sich der IX. Parteitag mit der Rolle der Gewerkschaften in der Produktion genug und übergenug beschäftigt hat.[2] Ich will auch nicht davon reden, daß Trotzki selbst in seinen eigenen Thesen die völlig klaren Äußerungen von Losowski und Tomski zitiert, die bei ihm, wie die Deutschen sagen, als „Prügelknaben" herhalten müssen oder als Objekt, an dem man sich im Polemisieren üben kann. Prinzipielle Meinungsverschiedenheiten liegen nicht vor, und ganz unangebracht müssen dafür Tomski und Losowski herhalten, da sie Dinge geschrieben haben, die von Trotzki selbst zitiert werden. Auf dem Gebiet prinzipieller Meinungsverschiedenheiten wird man hier nichts Ernsthaftes finden, so eifrig man auch danach suchen mag. Überhaupt besteht der kolossale Fehler, der prinzipielle Fehler darin, daß Gen. Trotzki die Partei und die Sowjetmacht zurückzerrt, wenn er jetzt die Frage „prinzipiell" stellt. Wir sind Gott sei Dank von den Prinzipien zur praktischen, sachlichen Arbeit übergegangen. Im Smolny haben wir des langen und breiten über Prinzipien geredet, und zweifellos mehr als notwendig war. Heute, nach drei Jahren, liegen zu allen Punkten der Produktionsfrage, zu einer ganzen Reihe von Bestandteilen dieser Frage Dekrete vor, die – eine so

traurige Sache sind diese Dekrete – unterzeichnet und dann von uns selbst vergessen und von uns selbst nicht durchgeführt werden. Und dann wird über Prinzipien räsoniert, werden prinzipielle Meinungsverschiedenheiten erfunden. Ich werde noch auf ein Dekret zu sprechen kommen, das die Rolle der Gewerkschaften in der Produktion[3] betrifft, ein Dekret, das von allen vergessen worden ist, auch von mir, was ich reumütig bekennen muß.

Die wirklichen Differenzen, die vorhanden sind, betreffen durchaus nicht allgemeine Prinzipien, wenn man von denen absieht, die ich aufgezählt habe. Die von mir aufgezählten „Meinungsverschiedenheiten" zwischen mir und Gen. Trotzki mußte ich allerdings erwähnen, denn Gen. Trotzki, der das umfangreiche Thema „Die Rolle und die Aufgaben der Gewerkschaften" angeschnitten hat, ist meiner Überzeugung nach in eine Reihe von Fehlern verfallen, die mit dem Wesenskern der Frage der Diktatur des Proletariats zusammenhängen. Läßt man das jedoch beiseite, so fragt sich, weshalb es bei uns tatsächlich nicht zu der einmütigen Zusammenarbeit kommt, die wir so sehr brauchen. Eben wegen der Differenzen über die Methoden des *Herangehens* an die Massen, der Gewinnung der Massen, der *Verbindung* mit den Massen. Das ist der springende Punkt. Und gerade darin besteht die Eigenart der Gewerkschaften als einer Einrichtung, die unter dem Kapitalismus geschaffen wurde, die beim Übergang vom Kapitalismus zum Kommunismus unumgänglich ist und die in der weiteren Zukunft in Frage gestellt sein wird. Erst in ferner Zukunft werden die Gewerkschaften in Frage gestellt sein; unsere Enkel werden sich darüber unterhalten. Heute aber geht es darum, wie man an die Massen herangehen, sie gewinnen, sich mit ihnen verbinden soll, wie man die komplizierten Transmissionen der Arbeit (der Arbeit zur Verwirklichung der Diktatur des Proletariats) anlegen soll. Wohlgemerkt, wenn ich von den komplizierten Transmissionen der Arbeit spreche, denke ich nicht an den Sowjetapparat. Was wir dort noch für komplizierte Transmissionen haben werden, ist ein Kapitel für sich. Ich spreche zunächst nur abstrakt und grundsätzlich über das Verhältnis zwischen den Klassen in der kapitalistischen Gesellschaft; da gibt es das Proletariat, gibt es die nichtproletarischen werktätigen Massen, gibt es das Kleinbürgertum und gibt es die Bourgeoisie. Schon von diesem Standpunkt aus ergibt sich – auch wenn es im Sowjetapparat keinen Bürokratismus gäbe – eine außer-

ordentliche Kompliziertheit der Transmissionen infolge der Verhältnisse, die der Kapitalismus geschaffen hat. Und daran muß man vor allem denken, wenn man die Frage stellt, worin die Schwierigkeit der „Aufgabe" der Gewerkschaften besteht. Die wirklichen Differenzen liegen, ich wiederhole es, durchaus nicht da, wo sie Gen. Trotzki sieht, sondern in der Frage, wie die Massen zu gewinnen sind, in der Frage des Herangehens an die Massen und der Verbindung mit ihnen. Ich muß sagen, wenn wir unsere eigene Praxis, unsere Erfahrung, sei es auch nur in geringem Umfang, eingehend und gründlich studieren würden, dann könnten wir Hunderte überflüssiger „Meinungsverschiedenheiten" und grundsätzlicher Fehler vermeiden, von denen diese Broschüre des Gen. Trotzki strotzt. Zum Beispiel sind ganze Thesen in dieser Broschüre der Polemik gegen den „sowjetischen Trade-Unionismus" gewidmet. Man hatte wohl keine anderen Sorgen und mußte einen neuen Popanz borgen! Und wer ist dieser Popanz? Gen. Rjasanow. Ich kenne Gen. Rjasanow seit reichlich zwanzig Jahren. Sie kennen ihn nicht so lange Zeit, aber seine Arbeit kennen Sie nicht schlechter als ich. Sie wissen sehr gut, daß die richtige Einschätzung von Losungen nicht zu seinen starken Seiten gehört. Und da sollen wir in den Thesen die unbedachten Worte, die Gen. Rjasanow gelegentlich entschlüpft sind, als „sowjetischen Trade-Unionismus" hinstellen! Nun, ist das etwa ernst zu nehmen? Wenn dem so ist, dann werden wir einen „sowjetischen Trade-Unionismus", einen „sowjetischen Antifriedensschluß" und ich weiß nicht was noch bekommen. Es gibt keinen einzigen Punkt, dem sich nicht ein sowjetischer „Ismus" andichten ließe. (Rjasanow: „sowjetischer Antibrestismus".) Jawohl, ganz richtig: „sowjetischer Antibrestismus".

Indessen macht aber Gen. Trotzki, der so unernste Dinge vorbringt, gleich seinerseits einen Fehler. Nach ihm ist der Schutz der materiellen und geistigen Interessen der Arbeiterklasse nicht Sache der Gewerkschaften im Arbeiterstaat. Das ist ein Fehler. Gen. Trotzki spricht vom „Arbeiterstaat". Mit Verlaub, das ist eine Abstraktion. Als wir 1917 vom Arbeiterstaat schrieben, war das verständlich; sagt man aber jetzt zu uns: „Wozu und gegen wen soll die Arbeiterklasse geschützt werden, wo es doch keine Bourgeoisie gibt, wo wir doch einen Arbeiterstaat haben", so begeht man einen offensichtlichen Fehler. Es ist nicht ganz ein Arbeiterstaat, das ist es ja gerade. Hier liegt eben einer der grundlegenden Fehler

des Gen. Trotzki. Wir sind jetzt von den allgemeinen Prinzipien zur sachlichen Erörterung und zu Dekreten übergegangen, man will uns aber von der Inangriffnahme des Praktischen und Sachlichen zurückzerren. So geht es nicht. Wir haben in Wirklichkeit nicht einen Arbeiterstaat, sondern einen Arbeiter- und Bauernstaat. Das zum ersten. Daraus aber folgt sehr viel. (Bucharin: „Was für einen Staat? Einen Arbeiter- und Bauernstaat?") Gen. Bucharin schreit zwar da hinten: „Was für einen Staat? Einen Arbeiter- und Bauernstaat?", ich werde ihm aber darauf nicht antworten. Wer Lust hat, der mag sich an den soeben zu Ende gegangenen Sowjetkongreß[4] erinnern, und das wird schon eine Antwort sein.

Aber nicht genug damit. Aus unserem Parteiprogramm – einem Dokument, das dem Verfasser des „Abc des Kommunismus" sehr gut bekannt ist –, aus diesem Programm ist bereits ersichtlich, daß unser Staat ein Arbeiterstaat *mit bürokratischen Auswüchsen* ist. Ja, mit diesem traurigen – wie soll ich mich ausdrücken? – Etikett mußten wir ihn versehen. Da haben Sie die Realität des Übergangs. Was meinen Sie, haben in einem praktisch derart beschaffenen Staat die Gewerkschaften nichts zu schützen, kann man ohne sie auskommen, wenn man die materiellen und geistigen Interessen des in seiner Gesamtheit organisierten Proletariats schützen will? Das ist theoretisch eine völlig falsche Argumentation. Das versetzt uns in den Bereich der Abstraktion oder des Ideals, das wir in 15–20 Jahren erreichen werden; aber ich bin nicht einmal so sicher, daß wir es in dieser Frist erreichen werden. Wir haben aber die Wirklichkeit vor uns, die wir gut kennen, wenn wir uns nur nicht berauschen und nicht hinreißen lassen von Intellektuellengerede oder von abstrakten Betrachtungen oder von dem, was manchmal als „Theorie" erscheint, in Wirklichkeit aber ein Irrtum, eine falsche Einschätzung der Besonderheiten des Übergangs ist. Unser heutiger Staat ist derart beschaffen, daß das in seiner Gesamtheit organisierte Proletariat sich schützen muß, wir aber müssen diese Arbeiterorganisationen zum Schutz der Arbeiter gegenüber ihrem Staat und zum Schutz unseres Staates durch die Arbeiter ausnutzen. Sowohl die eine als auch die andere Art des Schutzes kommt zustande durch eine eigenartige Verflechtung unserer staatlichen Maßnahmen und unserer Verständigung, des „Zusammenwachsens" mit unseren Gewerkschaften.

Über dieses Zusammenwachsen werde ich noch zu sprechen haben. Aber schon dieses Wort allein zeigt, daß man einen Fehler begeht, wenn man sich hier einen Feind in Gestalt eines „sowjetischen Trade-Unionismus" erdichtet. Denn der Begriff „Zusammenwachsen" besagt, daß *verschiedene* Dinge vorhanden sind, die man erst noch zusammenwachsen lassen *muß*; zum Begriff des „Zusammenwachsens" gehört, daß man es verstehen muß, die Maßnahmen der Staatsmacht zum Schutz der materiellen und geistigen Interessen des in seiner Gesamtheit vereinigten Proletariats *gegenüber* dieser Staatsmacht auszunutzen. Erst dann, wenn wir statt des Zusammenwachsens ein *Verwachsensein* und eine *Verschmelzung* erhalten haben, werden wir zu einer Tagung zusammentreten, auf der es eine sachliche Aussprache über die praktischen Erfahrungen und nicht über prinzipielle „Meinungsverschiedenheiten" oder abstrakt-theoretische Betrachtungen geben wird. Der Versuch, prinzipielle Meinungsverschiedenheiten mit Gen. Tomski und Gen. Losowski auszuklügeln, die bei Gen. Trotzki als Gewerkschafts„bürokraten" figurieren – auf wessen Seite in diesem Streit die bürokratischen Tendenzen sind, darauf werde ich noch zu sprechen kommen –, ist ebenfalls mißglückt. Wir wissen sehr wohl, wenn Gen. Rjasanow manchmal die kleine Schwäche hat, sich unbedingt eine Losung, und zwar eine fast prinzipielle Losung, auszudenken, so fügt Gen. Tomski seinen vielen Sünden diese Sünde nicht hinzu. Darum scheint mir, daß es jedes Maß überschreitet, wenn man hier gegen Gen. Tomski einen prinzipiellen Kampf eröffnet (wie es Gen. Trotzki tut). Ich bin geradezu erstaunt darüber. Es gab eine Zeit, wo wir in bezug auf fraktionelle, theoretische und alle möglichen anderen Meinungsverschiedenheiten alle viel gesündigt – aber natürlich auch manches Nützliche geleistet – haben, und man sollte meinen, daß wir seither gewachsen sind. Es ist an der Zeit, vom Ausklügeln und Übertreiben prinzipieller Meinungsverschiedenheiten zur sachlichen Arbeit überzugehen. Ich habe niemals gehört, daß in Tomski der Theoretiker überwiege, daß Tomski auf den Ruf eines Theoretikers Anspruch erhebe; vielleicht ist das ein Mangel an ihm, das ist eine andere Frage. Daß aber Tomski, der sich in die Gewerkschaftsbewegung hineingearbeitet hat, diesen Übergang widerspiegeln muß – ob bewußt oder unbewußt, ist eine andere Frage, ich sage nicht, daß er das immer bewußt tut –, daß er in seiner Lage diesen komplizierten Übergang widerspiegeln muß, und wenn den Massen etwas weh

tut und sie selber nicht wissen, was ihnen weh tut, und auch er es nicht weiß (B e i f a l l , H e i t e r k e i t), wenn er dabei laut schreit, so behaupte ich, daß das ein Verdienst und nicht ein Mangel ist. Ich bin absolut überzeugt, daß man bei Tomski im einzelnen viele theoretische Fehler finden kann. Und wir alle werden, wenn wir uns an einen Tisch setzen und wohlüberlegt eine Resolution oder Thesen schreiben, wir alle werden sie korrigieren, vielleicht aber werden wir sie auch nicht korrigieren, denn die Produktionsarbeit ist interessanter als die Korrektur kleinster theoretischer Meinungsverschiedenheiten.

Nun komme ich zur „Produktionsdemokratie". Das ist sozusagen etwas für Bucharin. Wir wissen sehr wohl, daß jeder Mensch seine kleinen Schwächen hat. Auch ein großer Mensch hat seine kleinen Schwächen, und Bucharin macht keine Ausnahme. Findet sich ein verschrobenes Schlagwort, so ist er gleich Feuer und Flamme dafür. Über die Produktionsdemokratie verfaßte er auf dem Plenum des Zentralkomitees vom 7. Dezember geradezu mit Wollust eine Resolution. Und je mehr ich mich in diese „Produktionsdemokratie" hineindenke, desto klarer sehe ich, wie theoretisch falsch, wie wenig durchdacht sie ist. Kraut und Rüben, weiter nichts. An diesem Beispiel muß noch einmal, zumindest in einer Parteiversammlung, gesagt werden: „Gen. N. I. Bucharin, weniger Sprachverschrobenheiten – das wird für Sie, für die Theorie und für die Republik von Nutzen sein." (B e i f a l l.) Produktion ist immer notwendig. Demokratie ist nur eine politische Kategorie. Dagegen, daß man dieses Wort in einer Rede, in einem Artikel gebraucht, ist nichts einzuwenden. Ein Artikel greift eine einzelne Wechselbeziehung heraus und bringt sie prägnant zum Ausdruck – und fertig. Wenn Sie das aber in eine These verwandeln, wenn Sie daraus eine Losung machen wollen, die „Einverstandene" und Nichteinverstandene vereinigt, wenn es, wie bei Trotzki, heißt, daß die Partei „zwischen zwei Tendenzen zu wählen" haben wird, so klingt das ganz merkwürdig. Ich werde noch besonders darüber sprechen, ob die Partei zu „wählen" haben wird und wessen Schuld es ist, daß die Partei in eine Lage versetzt wurde, wo sie „wählen" muß. Da es nun einmal so weit gekommen ist, müssen wir sagen: „Wählen Sie auf jeden Fall möglichst wenig solche theoretisch falsche, nichts als Konfusion enthaltende Losungen wie ‚Produktionsdemokratie'." Sowohl Trotzki als auch Bucharin, beide haben sie diesen Terminus theoretisch nicht klar durchdacht

und sich verheddert. Die „Produktionsdemokratie" bringt auf Gedanken, die durchaus nicht zu dem Kreis jener Ideen gehören, von denen sie so besessen sind. Sie wollten betonen, daß mehr Aufmerksamkeit auf die Produktion konzentriert werden soll. Etwas in einem Artikel, in einer Rede betonen, ist eine Sache für sich, wenn man das aber in Thesen verwandelt, und wenn die Partei zu wählen hat, so sage ich: Entscheiden Sie sich dagegen, denn das ist Konfusion. Produktion ist immer nötig, Demokratie nicht immer. Die Produktionsdemokratie erzeugt eine Reihe Gedanken, die von Grund aus falsch sind. Noch haben wir uns die Stiefelsohlen nicht abgelaufen, seitdem wir die Einzelverantwortung predigen. Man darf nicht alles wie Kraut und Rüben durcheinanderwerfen und dadurch die Gefahr heraufbeschwören, daß die Leute sich nicht mehr auskennen: wann Demokratie, wann Einzelverantwortung, wann Diktatur. Auch auf die Diktatur darf man keinesfalls verzichten. Ich höre da hinten Bucharin brüllen: „Sehr richtig." (Heiterkeit, Beifall.)

Weiter. Seit September sprechen wir davon, daß wir vom Prinzip der Vorrangigkeit zum Prinzip der Ausgleichung übergehen müssen. Wir sagen das in der Resolution der Parteikonferenz, die vom Zentralkomitee bestätigt worden ist.[5] Die Frage ist schwierig, denn man muß die Prinzipien der Ausgleichung und der Vorrangigkeit auf die eine oder andere Weise miteinander verbinden, diese Begriffe schließen einander jedoch aus. Aber wir haben immerhin ein wenig Marxismus studiert, haben gelernt, wie und wann man Gegensätze vereinen kann und vereinen muß, und was die Hauptsache ist: in unserer Revolution haben wir dreieinhalb Jahre hindurch praktisch wiederholt Gegensätze vereint.

Es liegt auf der Hand, daß man sehr vorsichtig und überlegt an die Frage herangehen muß. Wir haben doch schon auf diesen traurigen Plenartagungen des ZK*, auf denen sich Siebener- und Achtergruppen und die berühmte „Puffergruppe" des Gen. Bucharin[7] bildeten, wir haben dort über diese prinzipiellen Fragen gesprochen und dort bereits festgestellt, daß der Übergang von der Vorrangigkeit zur Ausgleichung nicht leicht ist. Und nun müssen wir uns, um diesen Beschluß der Septemberkonferenz

* Gemeint sind die Plenartagungen des ZK vom November und Dezember 1920. Siehe den Wortlaut der von ihnen angenommenen Resolutionen in der „Prawda" Nr. 255 vom 13. XI. 1920 und Nr. 281 vom 14. XII. 1920 sowie die Erläuterung in den „Iswestiia ZK RKP"[6] Nr. 26 vom 20. XII. 1920.

durchzuführen, ein wenig anstrengen. Man kann ja diese gegensätzlichen Begriffe so vereinen, daß eine Kakophonie herauskommt, aber auch so, daß eine Symphonie entsteht. Vorrangigkeit bedeutet Bevorzugung eines Produktionszweiges gegenüber allen anderen notwendigen Produktionszweigen wegen seiner größeren Lebenswichtigkeit. Worin besteht nun die Bevorzugung? Wie weit darf die Bevorzugung gehen? Das ist eine schwierige Frage, und ich muß sagen, daß zu ihrer Lösung Eifer und Verläßlichkeit allein nicht genügen; es genügt auch nicht der Heroismus eines Menschen, der viele ausgezeichnete Eigenschaften besitzen mag, aber nur auf seinem Platz tüchtig ist. Hier muß man es verstehen, eine sehr eigenartige Frage anzupacken. Stellt man also die Frage der Vorrangigkeit und der Ausgleichung, so muß man in erster Linie mit Überlegung an sie herangehen, aber gerade davon ist in der Arbeit des Gen. Trotzki nichts zu merken; je länger er seine ursprünglichen Thesen umarbeitet, desto mehr unrichtige Behauptungen finden sich bei ihm. So lesen wir in seinen letzten Thesen:

„... Auf dem Gebiet des *Konsums*, d. h. der persönlichen Lebensbedingungen der Werktätigen, ist es notwendig, die Linie der Ausgleichung durchzuführen. Auf dem Gebiet der *Produktion* dagegen wird das Prinzip der Vorrangigkeit noch auf lange Zeit hinaus für uns entscheidend bleiben ..." (These 41, S. 31 der Broschüre Trotzkis.)

Das ist theoretisch völlig konfus. Das ist absolut falsch. Vorrangigkeit ist Bevorzugung, aber Bevorzugung ohne Konsum ist nichts. Wenn man mich so bevorzugen wird, daß ich ein achtel Pfund Brot erhalte, dann danke ich ergebenst für eine solche Bevorzugung. Bevorzugung wegen Vorrangigkeit ist Bevorzugung auch im Konsum. Sonst ist die Vorrangigkeit ein schöner Traum, ein blauer Dunst. Wir aber sind immerhin Materialisten. Und auch die Arbeiter sind Materialisten. Wenn man von Vorrangigkeit redet, dann muß man auch Brot und Kleidung und Fleisch geben. Nur so verstanden und verstehen wir die Sache, wenn wir diese Fragen aus konkreten Anlässen zu Hunderten Malen im Verteidigungsrat[8] erörtern, wo der eine Stiefel herausschlagen will und sagt: „Ich habe Vorrangigkeit", während der andere sagt: „Ich muß Stiefel kriegen, sonst werden deine vorrangigen Arbeiter nicht durchhalten, und mit deiner Vorrangigkeit ist es aus."

Wir sehen daraus, daß hinsichtlich Ausgleichung und Vorrangigkeit die

Frage in den Thesen grundfalsch gestellt wird. Außerdem aber zeigt sich, daß wir zurückgehen würden von dem, was praktisch erprobt und errungen ist. So geht es nicht, auf diesem Wege kann nichts Gutes herauskommen.

Weiter: die Frage des „Zusammenwachsens". Am richtigsten wäre es gegenwärtig, über das „Zusammenwachsen" eine Weile zu schweigen. Reden ist Silber, Schweigen ist Gold. Warum? Weil wir uns mit dem Zusammenwachsen bereits praktisch befaßt haben; es gibt bei uns keinen einzigen großen Gouvernements-Volkswirtschaftsrat, keine einzige große Abteilung des Obersten Volkswirtschaftsrats und des Volkskommissariats für Verkehrswesen usw., wo nicht *praktisch* ein Zusammenwachsen vor sich ginge. Aber sind die Resultate völlig befriedigend? Hier ist eben der Haken. Man studiere die *praktische Erfahrung*, wie dieses Zusammenwachsen vor sich ging und was dadurch erreicht wurde. Dekrete, durch die in der einen oder anderen Institution ein Zusammenwachsen herbeigeführt werden sollte, gibt es so viele, daß man sie nicht aufzählen kann. Aber praktisch zu untersuchen, was dabei herausgekommen ist, was ein konkretes Zusammenwachsen in einem konkreten Industriezweig ergeben hat, als ein bestimmtes Mitglied des Gouvernements-Gewerkschaftsrats eine bestimmte Stellung im Gouvernements-Volkswirtschaftsrat bekleidete, wozu das geführt hat, wie viele Monate sich der Betreffende mit diesem Zusammenwachsen befaßt hat usw. – unsere eigenen praktischen Erfahrungen sachlich zu studieren haben wir noch nicht vermocht. Wir haben es fertiggebracht, eine prinzipielle Meinungsverschiedenheit über das Zusammenwachsen auszuklügeln und dabei einen Fehler zu machen, darin sind wir Meister. Aber unsere eigenen Erfahrungen studieren und sie überprüfen – dafür sind wir nicht zu haben. Wenn wir Sowjetkongresse haben werden, auf denen es außer Sektionen zum Studium der landwirtschaftlichen Bezirke vom Gesichtspunkt der einen oder anderen Anwendung des Gesetzes über die Hebung der Landwirtschaft auch Sektionen zum Studium des Zusammenwachsens, zum Studium der Ergebnisse des Zusammenwachsens in der Mühlenindustrie des Gouvernements Saratow, in der Metallindustrie von Petrograd, im Kohlenbergbau des Donezbeckens usw. geben wird, wenn diese Sektionen, nachdem sie eine Fülle von Material gesammelt haben, erklären werden: „Wir haben das und das untersucht", dann werde ich sagen: „Jawohl, wir haben begonnen, uns

mit praktischen Dingen zu befassen, wir sind aus den Kinderschuhen heraus!" Wenn man uns aber, nachdem wir drei Jahre auf das Zusammenwachsen verwandt haben, „Thesen" auftischt, in denen man prinzipielle Meinungsverschiedenheiten über das Zusammenwachsen ausklügelt – was kann trauriger und falscher sein als das? Wir haben den Weg des Zusammenwachsens beschritten, und ich zweifle nicht daran, daß wir den richtigen Weg beschritten haben, aber wir haben die Ergebnisse unserer Erfahrungen noch nicht gebührend studiert. Darum ist die einzig kluge Taktik in der Frage des Zusammenwachsens: halte den Mund.

Es gilt, die praktischen Erfahrungen zu studieren. Ich habe Dekrete und Verordnungen unterzeichnet, in denen Hinweise auf Fälle praktischen Zusammenwachsens enthalten sind, und die Praxis ist hundertmal wichtiger als alle Theorie. Wenn man daher sagt: „Laßt uns über das ‚Zusammenwachsen' reden", so antworte ich: „Laßt uns das studieren, was wir gemacht haben." Daß wir viele Fehler gemacht haben, darüber besteht kein Zweifel. Ebenso ist es möglich, daß ein großer Teil unserer Dekrete der Abänderung bedarf. Damit bin ich einverstanden, und ich bin nicht im geringsten in Dekrete verliebt. Aber dann kommt mit praktischen Vorschlägen: das und das soll geändert werden. Das wird eine sachliche Einstellung sein. Das wird keine unproduktive Arbeit sein. Das wird nicht zu bürokratischer Projektemacherei führen. Nehme ich in der Broschüre Trotzkis den Abschnitt VI, „Praktische Schlußfolgerungen", so finde ich, daß die praktischen Schlußfolgerungen gerade an diesem Gebrechen kranken. Denn dort heißt es, daß im Gesamtrussischen Zentralrat der Gewerkschaften und im Präsidium des Obersten Volkswirtschaftsrats ein Drittel bis zur Hälfte, in den Kollegien die Hälfte bis zu zwei Dritteln aus Mitgliedern bestehen sollen, die beiden Körperschaften angehören usw. Warum? Einfach so, „nach Augenmaß". Gewiß, in unseren Dekreten werden des öfteren derartige Proportionen eben „nach Augenmaß" festgelegt, aber warum ist das in Dekreten unvermeidlich? Ich bin kein Verteidiger aller Dekrete und will die Dekrete nicht für besser hinstellen, als sie in Wirklichkeit sind. Dort werden fast durchweg solche bedingte Größen wie die Hälfte, ein Drittel aller Mitglieder usw. nach Augenmaß bestimmt. Wenn so etwas in einem Dekret steht, so heißt das: Probiert es so zu machen, und wir werden dann das Fazit eures „Probierens" ziehen. Wir werden dann untersuchen, was eigentlich herausgekommen ist. Haben

wir das untersucht, so werden wir weitergehen. Das Zusammenwachsen fördern wir und werden es immer besser fördern, denn wir werden immer praktischer und sachlicher.

Aber ich habe, scheint es, begonnen, „Produktionspropaganda" zu treiben? Nichts zu machen! Spricht man von der Rolle der Gewerkschaften in der Produktion, so muß man auf diese Frage eingehen.

Ich gehe also zu dieser Frage der Produktionspropaganda über. Das ist wiederum eine sachliche Frage, und wir stellen sie auf sachliche Weise. Es gibt staatliche Institutionen für Produktionspropaganda, sie sind schon geschaffen.[9] Ob sie schlecht oder gut sind, weiß ich nicht; man muß sie ausprobieren. Und es ist durchaus nicht erforderlich, über diese Frage „Thesen" zu verfassen.

Spricht man im ganzen von der Rolle der Gewerkschaften in der Produktion, so braucht man in der Frage der Demokratie nichts weiter als den üblichen Demokratismus. Spitzfindigkeiten von der Art der „Produktionsdemokratie" sind falsch, dabei wird nichts herauskommen. Das zum ersten. Zweitens, die Produktionspropaganda. Institutionen sind bereits geschaffen. Die Thesen Trotzkis sprechen von Produktionspropaganda. Ganz unnütz, weil „Thesen" hier schon etwas Veraltetes sind. Ob die Institution gut oder schlecht ist, wissen wir vorerst nicht. Erproben wir sie in der Praxis, dann werden wir es sagen können. Laßt uns Untersuchungen anstellen und Umfrage halten. Angenommen, es werden auf dem Kongreß zehn Sektionen zu je zehn Mann gebildet: „Hast du dich mit Produktionspropaganda befaßt? Wie hast du es getan, und was ist dabei herausgekommen?" Nachdem wir das untersucht haben, werden wir denjenigen belohnen, der sich besonders hervorgetan hat, und mißlungene Versuche fallenlassen. Wir haben bereits praktische Erfahrungen, zwar schwache und geringe, aber wir haben sie, und von diesen Erfahrungen zerrt man uns zurück zu „prinzipiellen Thesen". Das ist eher eine „reaktionäre" Bewegung als „Trade-Unionismus".

Weiter, drittens, die Prämien. Da haben wir die Rolle und die Aufgabe der Gewerkschaften in der Produktion: die Gewährung von Prämien *in Naturalien*. Damit ist begonnen worden. Die Sache läuft. Fünfhunderttausend Pud Brotgetreide sind dafür bereitgestellt worden; hundertsiebzigtausend sind bereits verausgabt. Ob sie gut, ob sie richtig verausgabt worden sind, weiß ich nicht. Im Rat der Volkskommissare wurde darauf hin-

gewiesen, daß die Art der Verteilung nicht richtig sei, statt einer Prämie komme ein Zuschlag zum Arbeitslohn heraus. Darauf haben sowohl die Gewerkschafter als auch die Mitarbeiter des Volkskommissariats für Arbeit hingewiesen. Wir haben eine Kommission eingesetzt, um diese Angelegenheit zu überprüfen, aber wir sind mit der Überprüfung noch nicht fertig. Hundertsiebzigtausend Pud Getreide sind verteilt worden, man muß sie jedoch so verteilen, daß derjenige belohnt wird, der sich in der Wirtschaft durch Heroismus, Verläßlichkeit, Begabung und Hingabe ausgezeichnet hat, mit einem Wort durch jene Eigenschaften, auf die Trotzki Loblieder singt. Aber jetzt kommt es nicht darauf an, in Thesen Loblieder zu singen, sondern darauf, Brot und Fleisch zu geben. Wäre es beispielsweise nicht besser, einer bestimmten Arbeiterkategorie Fleisch wegzunehmen und es in Form einer Prämie anderen, „vorrangigen" Arbeitern zu geben? Eine solche Vorrangigkeit lehnen wir nicht ab. Diese Vorrangigkeit ist notwendig. Wir wollen die praktischen Erfahrungen, die wir mit unserer Anwendung des Prinzips der Vorrangigkeit gemacht haben, gründlich studieren.

Ferner, viertens, die Disziplinargerichte. Die Rolle der Gewerkschaften in der Produktion, die „Produktionsdemokratie" – Gen. Bucharin möge es mir nicht übelnehmen –, das sind lauter Kinkerlitzchen, wenn wir keine Disziplinargerichte haben. In Ihren Thesen aber ist davon nichts enthalten. Sowohl prinzipiell als auch theoretisch und praktisch gibt es also in bezug auf die Thesen Trotzkis und die Stellung Bucharins nur die eine Schlußfolgerung: bleibt uns damit vom Leibe!

Und ich komme erst recht zu dieser Schlußfolgerung, wenn ich mir sage: Sie stellen die Frage nicht marxistisch. Nicht genug, daß die Thesen eine Reihe theoretischer Fehler aufweisen. Diese Art, an die Einschätzung „der Rolle und der Aufgaben der Gewerkschaften" heranzugehen, ist deshalb unmarxistisch, weil man an ein so umfassendes Thema nicht herangehen darf, ohne die Besonderheiten der gegenwärtigen Lage von ihrer politischen Seite her durchdacht zu haben. Haben doch Gen. Bucharin und ich nicht von ungefähr in der Resolution des IX. Parteitags der KPR über die Gewerkschaften geschrieben, daß die Politik der konzentrierteste Ausdruck der Ökonomik ist.

Analysieren wir die gegenwärtige politische Lage, so könnten wir sagen, daß wir eine Übergangsperiode in der Übergangsperiode durch-

machen. Die ganze Diktatur des Proletariats ist eine Übergangsperiode, aber jetzt haben wir sozusagen einen ganzen Haufen neuer Übergangsperioden. Die Demobilisierung der Armee, das Ende des Krieges, die Möglichkeit einer viel längeren friedlichen Atempause als früher, eines dauerhafteren Übergangs von der Front des Krieges zur Front der Arbeit. Allein dadurch, nur dadurch ändert sich schon das Verhältnis der Klasse des Proletariats zur Klasse der Bauernschaft. Wie ändert es sich? Das muß man aufmerksam erforschen, aus Ihren Thesen geht das aber nicht hervor. Solange wir das nicht erforscht haben, muß man abzuwarten verstehen. Das Volk ist übermüdet, eine ganze Reihe von Vorräten, die für einige vorrangige Produktionszweige vorgesehen waren, ist bereits aufgebraucht, das Verhältnis des Proletariats zur Bauernschaft ändert sich. Die Müdigkeit infolge des Krieges ist kolossal, die Bedürfnisse sind gestiegen, die Produktion aber ist nicht gestiegen oder ungenügend gestiegen. Anderseits habe ich schon in meinem Bericht auf dem VIII. Sowjetkongreß auf den Umstand hingewiesen, daß wir dann richtig und erfolgreich Zwang anwandten, wenn wir es verstanden, vorher dafür eine Basis durch Überzeugung zu schaffen. Ich muß sagen, daß Trotzki und Bucharin diesen höchst wichtigen Gedanken absolut nicht berücksichtigt haben.

Haben wir für alle neuen Produktionsaufgaben eine hinreichend breite und solide Basis der Überzeugung geschaffen? Nein, wir haben damit kaum erst begonnen. Die Massen haben wir noch nicht hineingezogen. Können aber die Massen mit einem Schlage zu diesen neuen Aufgaben übergehen? Das können sie nicht, weil beispielsweise die Frage, ob der Gutsbesitzer Wrangel gestürzt werden muß, ob man dafür Opfer scheuen darf – weil diese Frage schon keiner besonderen Propaganda mehr bedarf. Was dagegen die Frage nach der Rolle der Gewerkschaften in der Produktion betrifft, wenn man damit nicht die „prinzipielle" Frage, nicht Betrachtungen über „sowjetischen Trade-Unionismus" und ähnlichen Unsinn meint, wenn man die sachliche Seite der Frage im Auge hat, so haben wir eben erst angefangen, die Frage zu bearbeiten; die Institution für die Produktionspropaganda haben wir eben erst geschaffen; wir besitzen noch keine Erfahrungen. Naturalprämien haben wir eingeführt, aber Erfahrungen haben wir noch nicht. Disziplinargerichte haben wir geschaffen, aber die Ergebnisse kennen wir noch nicht. Vom politischen Standpunkt ist aber die Vorbereitung gerade der Massen das Allerwichtigste. Ist die

Frage von dieser Seite her vorbereitet, geprüft, durchdacht und erwogen worden? Bei weitem nicht. Und darin liegt der grundlegende, einschneidende und gefährliche politische Fehler, weil hier mehr als in irgendeiner anderen Frage nach der Regel gehandelt werden muß: „Siebenmal abmessen, einmal abschneiden". Hier aber machte man sich ans Abschneiden, ohne auch nur ein einziges Mal abgemessen zu haben. Man sagt, daß „die Partei zwischen zwei Tendenzen zu wählen" habe, man hat jedoch noch kein einziges Mal abgemessen und obendrein die falsche Losung der „Produktionsdemokratie" ausgeklügelt.

Man muß die Bedeutung dieser Losung besonders in einem solchen politischen Moment begreifen, da der Bürokratismus den Massen in einer für sie anschaulichen Form gegenübertrat und wir die Frage des Bürokratismus auf die Tagesordnung setzten. Gen. Trotzki sagt in den Thesen, daß der Parteitag in der Frage der Arbeiterdemokratie „nur einmütig zu fixieren" brauche. Das ist nicht richtig. Es genügt nicht zu fixieren; fixieren heißt das festlegen, was vollständig durchdacht und erwogen ist, aber die Frage der Produktionsdemokratie ist noch lange nicht bis zu Ende erwogen, nicht erprobt, nicht geprüft. Überlegen Sie doch, wie es von den Massen ausgelegt werden kann, wenn man die Losung der „Produktionsdemokratie" ausgibt.

„Wir Durchschnittsmenschen aus der Masse sagen, daß man erneuern muß, verbessern muß, die Bürokraten davonjagen muß, ihr aber beschwichtigt uns mit Redensarten, man solle sich mit der Produktion befassen, solle die Demokratie in Produktionserfolgen zeigen, wir wollen uns jedoch mit der Produktion nicht bei einer solch bürokratischen, sondern bei einer anderen Zusammensetzung der Betriebsleitungen, Hauptverwaltungen usw. befassen." Sie haben die Massen nicht zu Worte kommen, haben sie die Dinge nicht erfassen und überlegen lassen, Sie haben die Partei nicht dazu kommen lassen, neue Erfahrungen zu gewinnen, und schon beeilen Sie sich, übertreiben, klügeln Formeln aus, die theoretisch falsch sind. Und um wievielmal werden übereifrige ausführende Organe diesen Fehler noch vergrößern? Ein politischer Leiter ist nicht nur dafür verantwortlich, wie er leitet, sondern auch dafür, was die von ihm Geleiteten tun. Das weiß er manchmal nicht, das will er häufig nicht, aber die Verantwortung fällt auf ihn.

Ich komme nun zum Novemberplenum (9. November) und zum Dezem-

berplenum (7. Dezember) des Zentralkomitees, wo alle diese Fehler schon nicht mehr als logische Zergliederungen, Voraussetzungen und theoretische Erwägungen, sondern in Handlungen ihren Ausdruck fanden. Es kam im Zentralkomitee zu einem Durcheinander und Kuddelmuddel; das ist zum erstenmal in der Geschichte unserer Partei während der Revolution der Fall, und das ist gefährlich. Der Kernpunkt war, daß es zu einer Entzweiung kam, daß die „Puffer"gruppe von Bucharin, Preobrashenski und Serebrjakow entstand, die mehr als alle anderen Schaden und Wirrwarr gestiftet hat.

Erinnern Sie sich an die Geschichte mit dem Glawpolitput[10] und dem Zektran[11]. In der Resolution des IX. Parteitags der KPR vom April 1920 hieß es, daß der Glawpolitput als eine „zeitweilige" Einrichtung geschaffen werde und daß man *„in möglichst kurzer Zeit"* zum normalen Zustand übergehen müsse.[12] Im September können Sie lesen: „Geht zum normalen Zustand über."* Im November (9. November) tritt das Plenum zusammen, und Trotzki kommt mit seinen Thesen, mit seinen Betrachtungen über den Trade-Unionismus. So schön einzelne seiner Sätze über die Produktionspropaganda auch klingen mochten, es mußte gesagt werden, daß das alles völlig abwegig sei, nicht zur Sache gehöre, einen Schritt zurück bedeute, und daß man sich damit im ZK jetzt nicht befassen könne. Bucharin sagt: „Das ist sehr gut." Vielleicht ist es auch sehr gut, aber das ist keine Antwort auf die Frage. Nach einer erbitterten Aussprache wird mit 10 gegen 4 Stimmen eine Resolution angenommen, die in höflicher und kameradschaftlicher Form darauf hinweist, daß das Zektran selbst „die Verstärkung und Weiterentwicklung der Methoden der proletarischen Demokratie innerhalb der Gewerkschaft" „schon auf die Tagesordnung gesetzt" habe. Weiter heißt es, das Zektran müsse „aktiv teilnehmen an

* Siehe „Iswestija ZK RKP" Nr. 26, S. 2, Resolution des Septemberplenums des ZK, Punkt 3: „Das ZK ist ferner der Ansicht, daß die schwere Lage der Gewerkschaftsverbände der Eisenbahn- und Schiffahrtsarbeiter, derentwegen der Glawpolitput und der Politwod[13] als zeitweilige Hebel zur Unterstützung und Vorantreibung der Arbeit ins Leben gerufen wurden, sich gegenwärtig wesentlich gebessert hat. Infolgedessen kann und muß jetzt mit der Arbeit zur Einbeziehung dieser Organisationen in die Gewerkschaft als Verbandsorgane, die sich dem Gewerkschaftsapparat anpassen und in ihm aufgehen, begonnen werden."

der allgemeinen Arbeit des Gesamtrussischen Zentralrats der Gewerkschaften, dem es mit den gleichen Rechten wie die anderen Gewerkschaftsverbände angehören soll".[14]

Worin besteht der Grundgedanke dieses Beschlusses des ZK? Der Grundgedanke ist klar: „Genossen vom Zektran! Führt die Beschlüsse des Parteitags und des ZK nicht nur formal, sondern dem Wesen nach durch, damit ihr durch eure Arbeit allen Gewerkschaften helft und damit auch nicht eine Spur von Bürokratismus, Bevorzugung und Überheblichkeit bleibe, als wärt ihr besser als die anderen, reicher als die anderen, als erhieltet ihr größere Hilfe."

Daraufhin gehen wir zur sachlichen Arbeit über. Es wird eine Kommission gebildet und ihre Zusammensetzung in der Presse bekanntgegeben. Trotzki tritt aus der Kommission aus, sprengt sie, will nicht mitarbeiten. Warum? Aus einem einzigen Grunde. Lutowinow spielt gelegentlich Opposition. Ossinski allerdings auch. Das ist, ehrlich gesagt, ein ärgerliches Spiel. Aber ist das ein Argument? Ossinski hat die Aussaatkampagne großartig durchgeführt. Man mußte mit ihm zusammenarbeiten, ungeachtet seiner „Oppositionskampagne", aber ein solches Vorgehen wie die Sprengung der Kommission ist bürokratisch, unsowjetisch, unsozialistisch, falsch und politisch schädlich. In einem Augenblick, wo es gilt, in der „Opposition" das Gesunde vom Ungesunden zu scheiden, ist ein derartiges Vorgehen dreifach falsch und politisch schädlich. Wenn Ossinski eine „Oppositionskampagne" durchführt, sage ich ihm: „Das ist eine schädliche Kampagne", aber wenn er eine Aussaatkampagne durchführt, schleckt man sich die Finger ab. Daß Lutowinow mit seiner „Oppositionskampagne" einen Fehler macht, werde ich niemals bestreiten, ebenso wie Ischtschenko und Schljapnikow, aber deshalb darf man die Kommission nicht sprengen.

Was bedeutete denn diese Kommission? Sie bedeutete den Übergang von dem Intellektuellengerede über nichtige Meinungsverschiedenheiten zur sachlichen Arbeit. Über Produktionspropaganda, über Prämien, über Disziplinargerichte – darüber mußte gesprochen werden und daran mußte die Kommission arbeiten. Als indes Gen. Bucharin, das Haupt der „Puffergruppe", Preobrashenski und Serebrjakow die gefährliche Entzweiung im ZK sahen, da machten sie sich daran, einen Puffer zu bilden, einen solchen Puffer, daß es mir schwerfällt, einen parlamentarischen Ausdruck zur

Kennzeichnung dieses Puffers zu finden. Könnte ich Karikaturen so gut zeichnen, wie Gen. Bucharin es kann, so würde ich Gen. Bucharin etwa so darstellen: ein Mann mit einem Eimer Petroleum, der dieses Petroleum ins Feuer gießt, und darunter schreiben: „Pufferpetroleum". Gen. Bucharin wollte etwas zustande bringen; kein Zweifel, daß er den aufrichtigsten und „puffermäßigsten" Wunsch hatte. Aber es wurde kein Puffer daraus, vielmehr kam es so, daß er die gegenwärtige politische Lage verkannte und überdies theoretische Fehler machte.

War es nötig, alle diese Streitigkeiten in einer breiten Diskussion auszutragen? sich mit dieser müßigen Sache zu befassen? die uns so notwendigen Wochen vor dem Parteitag dafür zu verwenden? In dieser Zeit hätten wir die Fragen der Prämien, der Disziplinargerichte, des Zusammenwachsens durcharbeiten und studieren können. Eben diese Fragen hätten wir in der ZK-Kommission sachlich entschieden. Wenn Gen. Bucharin einen Puffer bilden und nicht in die Lage eines Menschen kommen wollte, von dem es heißt: „Er wollte in ein Zimmer und geriet in ein anderes", so hätte er vorschlagen und darauf bestehen müssen, daß Gen. Trotzki in der Kommission bleibt. Ja, hätte er das gesagt und getan, so hätten wir einen sachlichen Weg beschritten, so hätten wir in dieser Kommission geklärt, was es mit der Einzelverantwortung, mit der Demokratie, mit den von oben Ernannten usw. in Wirklichkeit auf sich hat.

Weiter. Im Dezember (Plenum vom 7. Dezember) war bereits der Krach mit den Schiffahrtsarbeitern da, der zur Verschärfung des Konflikts führte, und als Folge davon fanden sich im Zentralkomitee bereits 8 Stimmen gegen unsere 7 zusammen. In dem Bestreben, zu „versöhnen" und den „Puffer" zur Geltung zu bringen, schrieb Gen. Bucharin in aller Eile den „theoretischen" Teil der Resolution des Dezemberplenums, aber selbstverständlich konnte nach der Sprengung der Kommission nichts dabei herauskommen.

Man darf nicht vergessen, daß ein politischer Leiter nicht nur für seine Politik verantwortlich ist, sondern auch dafür, was die von ihm Geleiteten tun.

Worin bestand der Fehler des Glawpolitput und des Zektran? Durchaus nicht darin, daß sie Zwang anwandten. Im Gegenteil, das war ihr Verdienst. Ihr Fehler bestand darin, daß sie es nicht verstanden, rechtzeitig und ohne Konflikte, entsprechend der Forderung des IX. Parteitags der

KPR, zu einer normalen Gewerkschaftsarbeit überzugehen, daß sie es nicht verstanden, sich in der erforderlichen Weise den Gewerkschaftsverbänden anzupassen, daß sie es nicht verstanden, ihnen zu helfen und in ein gleichberechtigtes Verhältnis zu ihnen zu treten. Es gibt wertvolle militärische Erfahrungen: Heroismus, Verläßlichkeit usw. Es gibt Übles in den Erfahrungen mit den schlechtesten Elementen unter den Militärs: Bürokratismus, Überheblichkeit. Die Thesen Trotzkis haben sich entgegen seinem Wissen und Willen als eine Unterstützung nicht des Besten, sondern des Schlechtesten in der militärischen Erfahrung erwiesen. Man darf nicht vergessen, daß ein politischer Leiter nicht nur für seine Politik verantwortlich ist, sondern auch dafür, was die von ihm Geleiteten tun.

Das letzte, was ich Ihnen sagen wollte und wofür ich mich gestern einen Narren schimpfen mußte, ist der Umstand, daß ich die Thesen des Gen. Rudsutak übersehen habe. Rudsutak hat den Mangel, daß er nicht laut, eindrucksvoll und schön zu reden versteht. Man überhört leicht, was er sagt. Gestern habe ich, da es mir nicht möglich war, die Versammlung zu besuchen, meine Materialien durchgesehen und darunter eine Drucksache gefunden, die zur V. Gesamtrussischen Gewerkschaftskonferenz, die vom 2. bis 6. November 1920[15] getagt hatte, herausgegeben wurde. Dieses Blatt trägt die Überschrift: „Die Produktionsaufgaben der Gewerkschaften". Ich werde Ihnen den ganzen Text vorlesen, er ist nicht lang:

ZUR V. GESAMTRUSSISCHEN GEWERKSCHAFTSKONFERENZ

Die Produktionsaufgaben der Gewerkschaften

(Thesen zum Referat des Gen. Rudsutak)

1. Unmittelbar nach der Oktoberrevolution erwiesen sich die Gewerkschaften *nahezu als die einzigen* Organe, die neben der Ausübung der Arbeiter*kontrolle* die Arbeit zur Organisierung und *Leitung der Produktion* auf sich nehmen konnten und mußten. Der staatliche Verwaltungsapparat der Volkswirtschaft funktionierte in der ersten Zeit des Bestehens der Sowjetmacht noch nicht, die Sabotage der Betriebseigentümer und des höheren technischen Personals aber stellte vor der Arbeiterklasse in aller Schärfe die Aufgaben, die Industrie aufrechtzuerhalten und das normale Funktionieren des gesamten Wirtschaftsapparats des Landes wiederherzustellen.

2. Als in der folgenden Periode der Arbeit des Obersten Volkswirtschaftsrats ein erheblicher Teil dieser Arbeit in der Liquidierung der Privatunternehmen

und der Organisierung ihrer staatlichen Leitung bestand, *leisteten die Gewerkschaften diese Arbeit neben und gemeinsam mit den staatlichen Organen* für die Leitung der Wirtschaft.

Die Schwäche der staatlichen Organe erklärte nicht nur, sondern rechtfertigte auch einen derartigen *Parallelismus*; historisch war er durch die Tatsache gerechtfertigt, daß zwischen den Gewerkschaften und den Organen für die Leitung der Wirtschaft ein enger Kontakt hergestellt wurde.

3. Die Leitung durch die staatlichen Wirtschaftsorgane, die allmähliche Beherrschung des Produktions- und Verwaltungsapparats durch diese Organe, die Koordinierung der einzelnen Teile dieses Apparats – all dies *verlegte den Schwerpunkt der Arbeit hinsichtlich der Leitung der Industrie* und der Ausarbeitung des Produktionsprogramms in *diese Organe*. Im Zusammenhang damit reduzierte sich die Arbeit der Gewerkschaften im Bereich der Organisierung der Produktion auf die *Beteiligung an der Bildung der Kollegien* der Haupt- und Zentralverwaltungen und der Betriebsleitungen.

4. Gegenwärtig sind wir wiederum unmittelbar bei der Frage der Herstellung einer engen Verbindung zwischen den Wirtschaftsorganen der Sowjetrepublik und den Gewerkschaften angelangt, da es notwendig ist, um jeden Preis jede Arbeitseinheit zweckmäßig auszunutzen und die ganze Masse der Produzenten in ihrer Gesamtheit zur bewußten Teilnahme am Produktionsprozeß heranzuziehen; da der staatliche Apparat für die Leitung der Wirtschaft, der immer größer und komplizierter wird und sich in eine im Vergleich zur Produktion selbst unverhältnismäßig große bürokratische Maschine verwandelt hat, die Gewerkschaften unvermeidlich zur unmittelbaren Beteiligung an der Organisierung der Produktion drängt, und zwar nicht nur durch personelle Vertretung in den Wirtschaftsorganen, sondern als Organisation in ihrer Gesamtheit.

5. Nimmt der Oberste Volkswirtschaftsrat die Aufstellung des allgemeinen Produktionsprogramms in Angriff, ausgehend von den *vorhandenen materiellen Elementen der Produktion* (Rohstoffe, Treibstoffe, Zustand der Maschinen usw.), so müssen die Gewerkschaften an diese Frage *vom Standpunkt der Organisierung der Arbeit* für die Produktionsaufgaben und der zweckmäßigen Ausnutzung der Arbeit herangehen. Darum muß das allgemeine *Produktionsprogramm sowohl in seinen Teilen als auch in seiner Gesamtheit unbedingt unter Mitwirkung der Gewerkschaften aufgestellt werden*, um die Ausnutzung der materiellen Hilfsquellen der Produktion und der Arbeit in zweckmäßigster Weise zu verbinden.

6. Die Einführung einer wirklichen Arbeitsdisziplin, die erfolgreiche Bekämpfung von Arbeitsdesertion usw. sind nur denkbar bei einer *bewußten Mitwirkung* der gesamten Masse der Produktionsteilnehmer an der Verwirk-

lichung dieser Aufgaben. Das läßt sich nicht durch *bürokratische Methoden und Befehle von oben* erreichen, vielmehr ist es notwendig, daß jeder Produktionsteilnehmer die Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit der von ihm auszuführenden Produktionsaufgaben begreift; daß jeder Produktionsteilnehmer nicht nur an der Erfüllung der von oben kommenden Aufträge mitwirkt, sondern auch bewußt an der Behebung aller technischen und organisatorischen Mängel auf dem Gebiet der Produktion teilnimmt.

Die Aufgaben der Gewerkschaften auf diesem Gebiet sind gewaltig. Sie müssen *ihre Mitglieder in jeder Betriebsabteilung*, in jeder Fabrik lehren, *alle Mängel bei der Ausnutzung der Arbeitskraft, die sich aus falscher Ausnutzung* der technischen Mittel oder aus unbefriedigender Verwaltungsarbeit *ergeben, festzustellen und zu berücksichtigen. Die Summe der Erfahrungen einzelner* Betriebe und Produktionszweige muß ausgenutzt werden zum energischen Kampf gegen Schlendrian, Liederlichkeit und Bürokratismus.

7. Um die Wichtigkeit dieser Produktionsaufgaben besonders zu betonen, muß ihnen organisatorisch ein bestimmter Platz in der laufenden konkreten Arbeit eingeräumt werden. Die bei den Gewerkschaften laut Beschluß des III. Gesamtrussischen Kongresses zu organisierenden *Wirtschaftsabteilungen* müssen bei der Entfaltung ihrer Arbeit nach und nach den Charakter der gesamten Gewerkschaftsarbeit beleuchten und bestimmen. So müssen beispielsweise unter den heutigen gesellschaftlichen Verhältnissen, wo die gesamte Produktion darauf eingestellt ist, die Bedürfnisse der Werktätigen selbst zu befriedigen, *Tarif und Prämiierung mit dem Grad der Erfüllung des Produktionsplans auf das engste zusammenhängen und abhängig davon sein.* Die Prämiierung in Naturalien und die teilweise Entlohnung in Naturalien müssen allmählich zum *System der Versorgung der Arbeiter* entsprechend der Höhe der Arbeitsproduktivität werden.

8. Eine solche Festlegung für die Arbeit der Gewerkschaften soll einerseits mit dem Bestehen *paralleler Organe (politischer Abteilungen usw.)* aufräumen und anderseits die enge Verbindung der Massen mit den leitenden Wirtschaftsorganen wiederherstellen.

9. Nach dem III. Kongreß ist es den Gewerkschaften einerseits wegen *der durch den Krieg geschaffenen Verhältnisse*, anderseits infolge ihrer *organisatorischen Schwäche* und Losgelöstheit von der leitenden und praktischen Tätigkeit der Wirtschaftsorgane nicht gelungen, ihr Programm hinsichtlich ihrer Teilnahme am Aufbau der Volkswirtschaft in erheblichem Umfang zu verwirklichen.

10. Im Zusammenhang damit müssen sich die Gewerkschaften die folgenden nächsten praktischen Aufgaben stellen: a) aktivste Beteiligung an der Lösung der Produktions- und Verwaltungsfragen; b) unmittelbare Beteiligung,

zusammen mit den entsprechenden Wirtschaftsorganen, an der *Organisierung kompetenter* Verwaltungsorgane; c) sorgfältige Prüfung der Einwirkung verschiedener *Verwaltungstypen* auf die Produktion; d) obligatorische Beteiligung an der Ausarbeitung und Aufstellung der Wirtschafts*pläne* und Produktionsprogramme; e) *Organisierung der Arbeit* entsprechend der Vorrangigkeit der Wirtschaftsaufgaben; f) großzügige Organisierung der Produktions*agitation und -propaganda.*

11. Die Wirtschaftsabteilungen der *Gewerkschaftsverbände* und Gewerkschaftsorganisationen müssen wirklich in rasch funktionierende, mächtige Hebel der planmäßigen Beteiligung der Gewerkschaften an der Organisierung der Produktion verwandelt werden.

12. Um die planmäßige materielle Versorgung der Arbeiter sicherzustellen, müssen die Gewerkschaften ihren *Einfluß bei den Verteilungsorganen des Volkskommissariats für Ernährungswesen* – sowohl bei den lokalen Organen als auch beim zentralen Organ – geltend machen, indem sie in allen Verteilungsorganen praktisch und sachlich mitwirken, eine *Kontrolle* ausüben und dabei besondere Aufmerksamkeit auf die Tätigkeit der zentralen und Gouvernements*kommissionen für die Versorgung der Arbeiter* richten.

13. Da die sogenannte „Vorrangigkeit" infolge der eng ressortmäßigen Bestrebungen einzelner Haupt- und Zentralverwaltungen usw. bereits einen äußerst chaotischen Charakter angenommen hat, müssen die Gewerkschaften überall und allerorts für die wirkliche Durchführung des Prinzips der Vorrangigkeit in der Wirtschaft und für die Revision des bestehenden Systems zur Bestimmung der Vorrangigkeit entsprechend der Wichtigkeit der Produktion und den vorhandenen materiellen Hilfsquellen des Landes eintreten.

14. Besondere Aufmerksamkeit ist auf die sogenannte Mustergruppe von Betrieben zu konzentrieren. Diese müssen durch die Schaffung von sachkundiger Leitung und von Arbeitsdisziplin sowie durch die Tätigkeit der Gewerkschaftsorganisation in wirklich vorbildliche Betriebe verwandelt werden.

15. Auf dem Gebiet der Arbeitsorganisation müssen die Gewerkschaften neben dem Ausbau der Tarifmaßnahmen zu einem einheitlichen System und einer allseitigen Revision der Leistungsnormen die ganze Bekämpfung der einzelnen *Formen der Arbeitsdesertion* (Arbeitsversäumnisse, Verspätung usw.) fest in die Hand nehmen. Die Disziplinargerichte, die bisher nicht gebührend beachtet wurden, müssen in ein wirkliches Kampfmittel gegen die Verletzung der proletarischen Arbeitsdisziplin verwandelt werden.

16. Die Erfüllung der aufgezählten Aufgaben soll, ebenso wie die Ausarbeitung eines praktischen Plans der Produktionspropaganda und einer Reihe von Maßnahmen zur Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiter, den Wirtschaftsabteilungen übertragen werden. Deshalb ist es notwendig, die

Wirtschaftsabteilung des Gesamtrussischen Zentralrats der Gewerkschaften zu beauftragen, in allernächster Zeit eine spezielle *Gesamtrussische Beratung der Wirtschaftsabteilungen* über die praktischen Fragen des wirtschaftlichen Aufbaus im Zusammenhang mit der Tätigkeit der staatlichen Wirtschaftsorgane einzuberufen.

Ich hoffe, daß Sie jetzt einsehen werden, warum ich mich ausschimpfen mußte. So eine Plattform lob' ich mir! Sie ist hundertmal besser als das, was Gen. Trotzki nach langem Hin- und Herüberlegen geschrieben hat, und als das, was Gen. Bucharin ohne jede Überlegung geschrieben hat (die Resolution des Plenums vom 7. Dezember). Wir Mitglieder des Zentralkomitees, die wir nicht jahrelang in der Gewerkschaftsbewegung gearbeitet haben, sollten alle vom Gen. Rudsutak lernen; auch Gen. Trotzki und Gen. Bucharin sollten von ihm lernen. Diese Plattform wurde von den Gewerkschaften angenommen.

Die Disziplinargerichte haben wir alle vergessen, „Produktionsdemokratie" ist aber ohne Naturalprämien und ohne Disziplinargerichte nur leeres Geschwätz.

Die Thesen Rudsutaks vergleiche ich mit den Thesen, die Trotzki dem Zentralkomitee vorgelegt hat. Am Ende der 5. These lese ich:

„Es ist notwendig, sofort die Reorganisierung der Gewerkschaften, d. h. vor allem die Auslese des leitenden Personals gerade unter diesem Gesichtswinkel in Angriff zu nehmen ..."

Da haben Sie waschechten Bürokratismus! Trotzki und Krestinski werden das „leitende Personal" der Gewerkschaften auslesen!

Noch einmal: Da haben Sie die Erklärung für den Fehler des Zektran. Nicht darin besteht sein Fehler, daß es einen Druck ausgeübt hat; das ist sein Verdienst. Der Fehler besteht darin, daß es nicht verstanden hat, die gemeinsamen Aufgaben aller Gewerkschaften anzupacken, daß es nicht verstanden hat, selbst zu einer richtigeren, rascheren und erfolgreicheren Anwendung der kameradschaftlichen Disziplinargerichte überzugehen und allen Gewerkschaften bei diesem Übergang zu helfen. Als ich in den Thesen des Gen. Rudsutak von den Disziplinargerichten las, dachte ich mir: darüber gibt es bestimmt schon ein Dekret. Und siehe da, es gibt ein Dekret. *„Bestimmungen* über die kameradschaftlichen Arbeiterdisziplinargerichte", erlassen am 14. November 1919 (Gesetzsammlung Nr. 537).

In diesen Gerichten fällt die Hauptrolle den Gewerkschaften zu. Ob

diese Gerichte gut sind, inwieweit sie erfolgreich wirken und ob sie immer funktionieren, weiß ich nicht. Würden wir unsere eigenen praktischen Erfahrungen studieren, so wäre das millionenmal nützlicher als all das, was die Genossen Trotzki und Bucharin geschrieben haben.

Ich komme zum Schluß. Wenn ich alles, was zu dieser Frage vorliegt, zusammenfasse, so muß ich sagen, daß die Austragung dieser Meinungsverschiedenheiten in einer breiten Parteidiskussion und auf dem Parteitag ein ganz großer Fehler ist. Politisch ist das ein Fehler. In der Kommission und nur in der Kommission hätten wir eine sachliche Erörterung gehabt und wären vorangekommen, jetzt aber gehen wir zurück und werden mehrere Wochen lang zurückgehen zu abstrakten theoretischen Thesen, anstatt die Aufgabe sachlich anzupacken. Was mich betrifft, so habe ich das gründlich satt, und ich würde mich, abgesehen von meiner Krankheit, mit dem größten Vergnügen davon zurückziehen, ich möchte mich davor retten, ganz gleich wohin.

Das Fazit: Die Thesen Trotzkis und Bucharins enthalten eine ganze Reihe theoretischer Fehler. Eine Reihe prinzipieller Unrichtigkeiten. Politisch ist die ganze Art, wie sie an die Sache herangehen, eine einzige Taktlosigkeit. Trotzkis „Thesen" sind politisch schädlich. Seine Politik ist letzten Endes eine Politik des bürokratischen Herumzerrens an den Gewerkschaften. Und unser Parteitag wird, davon bin ich überzeugt, diese Politik verurteilen und ablehnen. (Stürmischer, anhaltender Beifall.)

Veröffentlicht 1921 als Broschüre.

Nach dem Text der Broschüre, verglichen mit dem von W. I. Lenin korrigierten Stenogramm.

DIE KRISE DER PARTEI

Die Diskussion zum Parteitag hat sich schon ziemlich breit entfaltet. Aus kleinen Differenzen und Meinungsverschiedenheiten sind große geworden, wie es immer zu sein pflegt, wenn man auf einem kleinen Fehler beharrt und sich aus allen Kräften gegen dessen Korrektur wehrt, oder wenn sich an den kleinen Fehler einiger weniger oder eines einzelnen Leute klammern, die einen großen Fehler begehen.

So wachsen stets Meinungsverschiedenheiten und Spaltungen. So sind auch wir von kleinen Meinungsverschiedenheiten zum Syndikalismus „emporgewachsen", der den völligen Bruch mit dem Kommunismus und die unvermeidliche Spaltung der Partei bedeutet, wenn die Partei sich nicht als gesund und stark genug erweisen wird, um sich von dieser Krankheit rasch und gründlich zu heilen.

Man muß den Mut haben, der bitteren Wahrheit offen ins Auge zu sehen. Die Partei ist krank. Die Partei wird vom Fieber geschüttelt. Die ganze Frage besteht darin, ob die Krankheit nur die „fiebernden Spitzen", und auch da vielleicht ausschließlich die Moskauer, erfaßt hat, oder ob der ganze Organismus von der Krankheit ergriffen ist. Und in letzterem Fall, ob dieser Organismus fähig ist, in wenigen Wochen (bis zum Parteitag und auf dem Parteitag) vollständig zu gesunden und einen Rückfall in die Krankheit unmöglich zu machen, oder ob die Krankheit langwierig und gefährlich wird.

Was muß getan werden, um eine möglichst rasche und möglichst sichere Heilung zu erreichen? Es ist notwendig, daß *alle* Mitglieder der Partei mit voller Kaltblütigkeit und größter Sorgfalt darangehen, erstens das Wesen der Meinungsverschiedenheiten und zweitens die Entwicklung des

Kampfes in der Partei zu *studieren*. Sowohl das eine wie auch das andere tut not, denn das Wesen der Meinungsverschiedenheiten entfaltet sich, klärt sich, konkretisiert sich (und modifiziert sich zumeist auch) im *Verlauf des Kampfes*, der stets in jeder der verschiedenen Etappen, die er durchläuft, *nicht* die gleiche Zusammensetzung und Zahl der Kämpfenden, *nicht* die gleichen Positionen im Kampfe usw. aufweist. Man muß das eine wie das andere *studieren* und dabei unbedingt äußerst genaue, gedruckte, der Nachprüfung von allen Seiten zugängliche Dokumente fordern. Wer aufs Wort glaubt, ist ein hoffnungsloser Idiot, den man mit einer Handbewegung abtut. Liegen *keine* Dokumente vor, so muß ein Verhör von Zeugen *beider* oder mehrerer Seiten erfolgen, und zwar unbedingt ein „peinliches Verhör" und ein Verhör vor Zeugen.

Ich will versuchen, kurz zu skizzieren, wie sich mir sowohl das Wesen der Meinungsverschiedenheiten als auch der Wechsel in den Etappen des Kampfes darstellen.

1. Etappe. Die V. Gesamtrussische Gewerkschaftskonferenz vom 2. bis 6. November. Der Kampf entspinnt sich. Die einzigen „Kämpfer" unter den Mitgliedern des Zentralkomitees sind Trotzki und Tomski. Trotzki prägt das „geflügelte Wort" vom „Durchrütteln" der Gewerkschaften. Tomski polemisiert heftig dagegen. Die Mehrheit der ZK-Mitglieder orientiert sich erst. Ihr ungeheurer Fehler (und der meine in erster Linie) war, daß wir die von der V. Konferenz angenommenen Thesen Rudsutaks über „die Produktionsaufgaben der Gewerkschaften" „übersehen" haben. Das ist das *allerwichtigste* Dokument in dem *ganzen* Streit.

2. Etappe. Das Plenum des ZK vom 9. November. Trotzki legt den „Rohentwurf der Thesen": „Die Gewerkschaften und ihre fernere Rolle" vor, in denen die Politik des „Durchrüttelns" vertreten wird, *bemäntelt* oder beschönigt durch Betrachtungen über die „schlimmste Krise" der Gewerkschaften und über neue Aufgaben und Methoden. Tomski, von Lenin nachdrücklich unterstützt, hält für den Schwerpunkt der Streitigkeiten gerade das „Durchrütteln", im Zusammenhang mit den Unrichtigkeiten und Überspitzungen des Bürokratismus im Zektran. Dabei macht Lenin in der Polemik einige offensichtlich übertriebene und deshalb verfehlte „Ausfälle", wodurch die Notwendigkeit einer „Puffergruppe" entsteht, die sich denn auch aus zehn ZK-Mitgliedern bildet (ihr gehören sowohl Bucharin als auch Sinowjew an, aber weder Trotzki noch Lenin).

Der „Puffer" beschließt, „die Meinungsverschiedenheiten nicht in einer breiten Diskussion auszutragen", *er setzt das Referat Lenins* (bei den Gewerkschaften) *ab* und bestimmt als Referenten Sinowjew, dem vorgeschrieben wird, „ein sachliches, nicht polemisches Referat zu halten".

Die Thesen Trotzkis sind abgelehnt. Angenommen sind die Thesen Lenins. In endgültiger Form geht die Resolution mit 10 Stimmen gegen 4 (Trotzki, Andrejew, Krestinski, Rykow) durch. Auch in dieser Resolution werden die „gesunden Formen der Militarisierung der Arbeit" verteidigt; verurteilt wird die „Entartung des Zentralismus und der militarisierten Formen der Arbeit zu Bürokratismus, Despotismus, Formalismus" usw. Das Zektran wird angewiesen, „aktiver teilzunehmen an der allgemeinen Arbeit des Gesamtrussischen Zentralrats der Gewerkschaften, dem es mit den gleichen Rechten wie die anderen Gewerkschaftsverbände angehören soll".

Das ZK wählt eine Gewerkschaftskommission, der auch Gen. Trotzki angehört. Trotzki weigert sich, in dieser Kommission zu arbeiten, und *erst* durch diesen Schritt erfährt der ursprüngliche Fehler des Gen. Trotzki eine Übersteigerung, die im weiteren zur Fraktionsmacherei führt. Ohne diesen Schritt wäre der Fehler des Gen. Trotzki (die Einbringung falscher Thesen) ganz geringfügig, von der Art, wie er wohl schon allen ZK-Mitgliedern ohne jede Ausnahme unterlaufen ist.

3. Etappe. Der Konflikt der Schiffahrtsarbeiter mit dem Zektran im Dezember. Das Plenum des ZK vom 7. Dezember. Die Haupt„kämpfer" sind schon nicht mehr Trotzki und Lenin, sondern Trotzki und Sinowjew. Sinowjew hat als Vorsitzender der Gewerkschaftskommission den Konflikt der Schiffahrtsarbeiter mit dem Zektran im Dezember untersucht. Am 7. Dezember tagt das Plenum des ZK. Sinowjew stellt den konkreten Antrag, die Zusammensetzung des Zektran unverzüglich zu ändern. Die Mehrheit des ZK spricht sich dagegen aus. Rykow geht auf die Seite Sinowjews über. Die Resolution Bucharins wird angenommen, die sich in ihrem praktischen Teil zu drei Vierteln für die Schiffahrtsarbeiter ausspricht, in der Einleitung aber, unter Ablehnung der „Umgestaltung" der Gewerkschaften „von oben" (Punkt 3), die berüchtigte „Produktionsdemokratie" (Punkt 5) billigt. Unsere Gruppe von ZK-Mitgliedern bleibt in der Minderheit, sie ist hauptsächlich deshalb gegen die Resolution Bucharins, weil sie den „Puffer" für eine papierne Angelegenheit hält,

denn die Nichtbeteiligung Trotzkis an der Gewerkschaftskommission bedeutet faktisch die Fortsetzung des Kampfes und sein Hinaustragen über den Rahmen des ZK. Wir stellen den Antrag, den Parteitag auf den 6. Februar 1921 festzusetzen. Angenommen. Die Verschiebung auf den 6. März erfolgte später, auf Verlangen der entlegenen Randgebiete.

4. Etappe. Der VIII. Sowjetkongreß. Auftreten Trotzkis am 25. Dezember mit der „Plattformbroschüre": „Die Rolle und die Aufgaben der Gewerkschaften". Vom Standpunkt des formalen Demokratismus hatte Trotzki das unbedingte Recht, mit einer Plattform aufzutreten, denn das ZK hatte am 24. Dezember eine freie Diskussion gestattet. Vom Standpunkt der revolutionären Zweckmäßigkeit war das schon eine gewaltige Übersteigerung des Fehlers, die *Bildung einer Fraktion* auf Grund einer falschen Plattform. Die Broschüre zitiert aus der Resolution des ZK vom 7. Dezember nur das, was sich auf die „Produktionsdemokratie" bezieht, zitiert aber *nicht* das, was gegen die „Umgestaltung von oben" gesagt ist. Der von Bucharin am 7. Dezember mit Unterstützung Trotzkis geschaffene Puffer wurde von Trotzki am 25. Dezember zerschlagen. Der ganze Inhalt der Broschüre ist von Anfang bis Ende vom Geiste des „Durchrüttelns" durchdrungen. „Neue Aufgaben und Methoden", die das „Durchrütteln" beschönigen oder bemänteln oder rechtfertigen sollten, konnte die Broschüre jedoch *nicht* angeben, abgesehen von dem intelligenzlerischen Schwulst („Produktionsatmosphäre", „Produktionsdemokratie"), der theoretisch falsch ist und in seinem sachlichen Teil voll und ganz zu dem Begriff, den Aufgaben und in den Rahmen der Produktionspropaganda gehört.

5. Etappe. Die Diskussion vor Tausenden verantwortlicher Parteifunktionäre ganz Rußlands, in der KPR-Fraktion des VIII. Sowjetkongresses am 30. Dezember. Die Wogen des Streites gehen hoch. Sinowjew und Lenin auf der einen, Trotzki und Bucharin auf der anderen Seite. Bucharin will „puffern", spricht aber nur gegen Lenin und Sinowjew, nicht ein Wort gegen Trotzki. Bucharin verliest ein Bruchstück aus seinen (am 16. Januar veröffentlichten) Thesen, aber *nur* das Bruchstück, in dem vom Bruch mit dem Kommunismus und vom Übergang zum Syndikalismus mit keiner Silbe die Rede ist. Schljapnikow verkündet (im Namen der „Arbeiteropposition") eine syndikalistische Plattform[16], die schon vorher von Gen. Trotzki (in These 16 seiner Plattform) nach Strich und Faden herunter-

gemacht worden ist und die (teilweise wahrscheinlich gerade aus diesem Grund) niemand ernst nimmt.

Für den Kernpunkt der ganzen Diskussion vom 30. Dezember halte ich persönlich die Bekanntgabe der Thesen von Rudsutak. In der Tat: Weder Gen. Bucharin noch Gen. Trotzki vermochten auch nur ein einziges Wort gegen sie vorzubringen; sie setzten sogar die Legende in die Welt, daß die „bessere Hälfte" dieser Thesen von den *Zektranleuten*, von Golzman, Andrejew und Ljubimow ausgearbeitet worden sei. Und Trotzki witzelte dieserhalb sehr lustig und nett über die mißglückte „Diplomatie" Lenins, der die Diskussion „absetzen, sprengen" gewollt, nach einem „Blitzableiter" gesucht und „zufällig nicht einen Blitzableiter, sondern das Zektran erwischt" habe.

Die Legende ist damals schon, am 30. Dezember, von Rudsutak widerlegt worden, der darauf hinwies, daß es einen Ljubimow „im Bereich des Gesamtrussischen Zentralrats der Gewerkschaften" überhaupt nicht gibt, daß Golzman im Präsidium des Gesamtrussischen Zentralrats der Gewerkschaften gegen die Thesen Rudsutaks gestimmt hatte und daß diese von einer Kommission, bestehend aus Andrejew, Zyperowitsch und Rudsutak, ausgearbeitet worden waren.

Aber nehmen wir für einen Augenblick an, die Legende der Genossen Bucharin und Trotzki entspreche den Tatsachen. Nichts schlägt sie so vernichtend wie eine derartige Annahme. Denn wenn die „Zektranleute" ihre „neuen" Ideen in die Resolution Rudsutaks hineingebracht haben, wenn Rudsutak sie angenommen hat, wenn alle Gewerkschaften diese Resolution angenommen haben (am 2.–6. November!!), wenn Bucharin und Trotzki gegen sie nichts einwenden können, was ergibt sich dann daraus?

Daraus ergibt sich, daß alle Meinungsverschiedenheiten von Trotzki ausgeklügelt sind; weder bei ihm noch bei den „Zektranleuten" gibt es *irgendwelche* „neue Aufgaben und Methoden", alles Sachliche und Wesentliche ist von den Gewerkschaften gesagt, angenommen, *beschlossen* worden, und zwar *schon bevor die Frage im ZK aufgerollt wurde.*

Wenn jemand gehörig ausgeschimpft und „durchgerüttelt" werden muß, dann ist es nicht der Gesamtrussische Zentralrat der Gewerkschaften, sondern eher das ZK der KPR, und zwar deshalb, weil es die Thesen Rudsutaks „übersah" und infolge dieses seines Fehlers zuließ, daß eine völlig gegenstandslose Diskussion ins Kraut schoß. Der Fehler der Zek-

tranleute (der im Grunde gar kein so übermäßiger, sondern ein ganz gewöhnlicher Fehler ist, der in einer gewissen Überspitzung des Bürokratismus besteht) läßt sich durch nichts *bemänteln*. Und man soll ihn auch nicht bemänteln, nicht beschönigen, nicht rechtfertigen, sondern korrigieren. Das ist alles.

Das Wesen der Thesen Rudsutaks habe ich am 30. Dezember in vier Punkten ausgedrückt: 1. der übliche Demokratismus (ohne jede Übertreibung, ohne jeden Verzicht auf die Rechte des ZK zu „ernennen" usw., aber auch ohne starrsinnige Verteidigung der korrekturbedürftigen Fehler und Überspitzungen mancher „von oben Ernannter"). 2. Produktionspropaganda (darunter fällt alles, was in den plumpen, lächerlichen, theoretisch falschen „Formeln" wie „Produktionsdemokratie", „Produktionsatmosphäre" usw. an Sachlichem enthalten ist). Es ist bei uns eine *Sowjetinstitution* geschaffen worden: das Gesamtrussische Büro für Produktionspropaganda. Diese Institution gilt es, mit allen Kräften zu unterstützen, nicht aber die Produktionsarbeit durch die *Produktion . . . von miserablen Thesen* zu stören. Das ist alles. 3. Naturalprämien und 4. kameradschaftliche Disziplinargerichte. Ohne die Punkte 3 und 4 ist alles Gerede über „die Rolle und die Aufgaben in der Produktion" und dergleichen mehr leeres Intellektuellengeschwätz. In der „Plattformbroschüre" Trotzkis aber sind gerade diese beiden Punkte vergessen worden. Bei Rudsutak dagegen sind sie vorhanden.

Da ich von der Diskussion am 30. Dezember spreche, muß ich noch einen Fehler von mir berichtigen. Ich sagte: „Wir haben in Wirklichkeit nicht einen Arbeiterstaat, sondern einen Arbeiter- und Bauernstaat." Gen. Bucharin rief sofort dazwischen: „Was für einen Staat?" Ich antwortete ihm mit einem Hinweis auf den soeben zu Ende gegangenen VIII. Sowjetkongreß. Beim Lesen des Berichts über die Diskussion sehe ich nun, daß ich unrecht und Gen. Bucharin recht hatte. Ich hätte sagen sollen: „Der Arbeiterstaat ist eine Abstraktion. In Wirklichkeit haben wir nämlich einen Arbeiterstaat, erstens mit der Besonderheit, daß im Lande nicht die Arbeiter-, sondern die Bauernbevölkerung überwiegt; und zweitens haben wir einen Arbeiterstaat mit bürokratischen Auswüchsen." Der Leser, der meine ganze Rede nachlesen will, wird sehen, daß sich durch diese Richtigstellung weder der Gang meiner Argumentation noch meine Schlußfolgerungen ändern.

6. Etappe. Das Auftreten der Petrograder Organisation mit dem „Appell an die Partei" gegen die Plattform Trotzkis und die Gegenaktion des Moskauer Komitees („Prawda" vom 13. Januar).

Übergang vom Kampf der von oben gebildeten Fraktionen zum Eingreifen der Organisationen von unten. Ein großer Schritt vorwärts zur Gesundung. Kurios ist, daß das Moskauer Komitee die „gefährliche" Seite des Auftretens der *Petrograder Organisation* mit einer Plattform bemerkt hat, ohne die *gefährliche Seite* der Bildung einer Fraktion durch Gen. Trotzki am 25. Dezember bemerken zu wollen!!! Witzbolde nennen eine derartige Blindheit (auf einem Auge) „Pufferblindheit" ...

7. Etappe. Die Gewerkschaftskommission beendet ihre Arbeit und gibt eine Plattform heraus (eine Broschüre unter dem Titel „Beschlußentwurf für den X. Parteitag der KPR über die Rolle und die Aufgaben der Gewerkschaften"[17] vom 14. Januar, die von neun ZK-Mitgliedern – Sinowjew, Stalin, Tomski, Rudsutak, Kalinin, Kamenew, Petrowski, Artjom, Lenin – und dem Mitglied der Gewerkschaftskommission Losowski unterschrieben ist; die Genossen Schljapnikow und Lutowinow „flüchteten" anscheinend in die „Arbeiteropposition"). Die „Prawda" veröffentlichte die Plattform unter Hinzufügung der Unterschriften von Schmidt, Zyperowitsch und Miljutin am 18. Januar.

In der „Prawda" vom 16. Januar erscheinen Plattformen: die Bucharinsche (Unterschrift: „Im Auftrag einer Gruppe von Genossen Bucharin, Larin, Preobrashenski, Serebrjakow, Sokolnikow, Jakowlewa") und die Sapronowsche (Unterschrift: „Eine Gruppe von Genossen, die auf der Plattform des demokratischen Zentralismus stehen" Bubnow, Boguslawski, Kamenski, Maximowski, Ossinski, Rafail, Sapronow)[18]. In der erweiterten Sitzung des Moskauer Komitees vom 17. Januar treten sowohl die Vertreter dieser Plattformen als auch die „Ignatowleute" auf (die Thesen erschienen in der „Prawda" vom 19. Januar, unterschrieben von Ignatow, Orechow, Korsinow, Kuranowa, Burowzew, Maslow).*

* Nebenbei bemerkt, muß die Partei fordern, daß „Plattformen" die vollen Unterschriften aller für die jeweilige Plattform verantwortlichen Genossen tragen. Dieser Forderung genügen die „Ignatowleute" und die „Sapronowleute", nicht aber die „Trotzkisten", auch nicht die „Bucharinleute" und die „Schljapnikowleute", die sich auf ungenannte, für die betreffende Plattform angeblich verantwortliche Genossen berufen.

Wir sehen hier einerseits wachsenden Zusammenschluß (denn die Plattform der neun ZK-Mitglieder stimmt völlig überein mit dem Beschluß der V. Gesamtrussischen Gewerkschaftskonferenz); anderseits Zerfahrenheit und Zerfall. Dabei stellen die Thesen von Bucharin und Co. den Gipfel des *ideologischen* Zerfalls dar. Hier wurde eine jener „Wendungen" vollführt, über die die Marxisten in alten Zeiten zu witzeln pflegten: „Weniger eine historische als vielmehr eine hysterische Wendung." In der These 17 lesen wir: „... Gegenwärtig müssen diese Kandidaturen *obligatorisch* gemacht werden" (nämlich die Kandidaturen der Gewerkschaften für die entsprechenden „Haupt- und Zentralverwaltungen").

Das bedeutet völligen Bruch mit dem Kommunismus und Übergang auf die Position des Syndikalismus. Das ist im Grunde genommen eine Wiederholung der Schljapnikowschen Losung „Vergewerkschaftlichung des Staates"; das kommt einer stückweisen Übergabe des Apparats des Obersten Volkswirtschaftsrats in die Hände der betreffenden Gewerkschaften gleich. Ob man sagt: „Ich stelle *obligatorische* Kandidaturen auf", oder ob man sagt: „Ich ernenne" – ist ein und dasselbe.

Der Kommunismus sagt: Die Avantgarde des Proletariats, die Kommunistische Partei, führt die parteilose Masse der Arbeitenden, indem sie diese Masse, zuerst die Arbeiter und dann auch die Bauern, aufklärt, schult, bildet und erzieht („Schule" des Kommunismus), damit sie dahin gelangen können und wirklich gelangen, die Leitung der gesamten Volkswirtschaft in ihren Händen zu konzentrieren.

Der Syndikalismus überträgt die Leitung der Industriezweige („Haupt- und Zentralverwaltungen") der Masse der parteilosen, nach Produktionsbereichen gegliederten Arbeiter; er hebt dadurch die Notwendigkeit der Partei auf und leistet keine langwierige Arbeit, um die Massen zu erziehen und die Leitung der *gesamten Volkswirtschaft tatsächlich in ihren* Händen zu konzentrieren.

Das Programm der KPR besagt: „Die Gewerkschaften ... *müssen dahin gelangen*" (sie sind also noch nicht dahin gelangt und noch weit davon entfernt, dahin zu gelangen), „daß sie ... tatsächlich in ihren Händen konzentrieren" (in *ihren*, d. h. in den Händen der Gewerkschaften, d. h. in den Händen der *Massen*, die bis auf den letzten Mann zusammengeschlossen sind; jeder sieht, wie weit wir noch selbst von der ersten Annäherung an eine solche *tatsächliche* Konzentration entfernt sind). Was

konzentrieren? „die ganze Leitung der gesamten Volkswirtschaft als eines einheitlichen wirtschaftlichen Ganzen". (Also nicht der Industriezweige und nicht der Industrie, sondern der Industrie *plus* Landwirtschaft usw. Sind wir nahe daran, daß die Leitung der Landwirtschaft tatsächlich in den Händen der Gewerkschaften konzentriert wird?) Und die nächsten Sätze des Programms der KPR sprechen von der „Verbindung" zwischen der „zentralen Staatsverwaltung" und „den breiten Massen der Werktätigen", von der „*Teilnahme* der Gewerkschaften an der Wirtschaftsführung".[19]

Wenn die Gewerkschaften, d. h. die zu neun Zehnteln parteilosen Arbeiter, die Leitung der Industrie ernennen („obligatorische Kandidaturen"), wozu dann die Partei? Logisch, theoretisch und praktisch bedeutet das, wozu sich Bucharin verstiegen hat, die Spaltung der Partei, richtiger: den Bruch der Syndikalisten mit der Partei.

Bisher war die „Hauptperson" im Kampf Trotzki. Jetzt hat ihn Bucharin weit „überholt" und völlig „in den Schatten gestellt"; er hat ein ganz neues Wechselverhältnis im Kampf geschaffen, denn er hat sich zu einem Fehler verstiegen, der hundertmal größer ist als alle Fehler Trotzkis zusammengenommen.

Wie konnte sich Bucharin zu diesem Bruch mit dem Kommunismus versteigen? Wir kennen die ganze Weichheit des Gen. Bucharin, eine der Eigenschaften, derentwegen man ihn so gern hat und gern haben muß. Wir wissen, daß er des öfteren im Scherz „weiches Wachs" genannt wurde. Wie sich nun herausstellt, kann auf diesem „weichen Wachs" der erstbeste „prinzipienlose" Kerl, der erstbeste „Demagoge" schreiben, was ihm beliebt. Diese in Anführungszeichen gesetzten scharfen Ausdrücke gebrauchte Gen. Kamenew in der Diskussion vom 17. Januar, und er hatte recht, sie zu gebrauchen. Aber weder Kamenew noch irgendeinem anderen wird es natürlich einfallen, das Geschehene mit prinzipienloser *Demagogie zu erklären* und alles darauf zurückzuführen.

Im Gegenteil. Es gibt eine objektive Logik des Fraktionskampfes, die sogar die Besten, wenn sie auf einer von ihnen eingenommenen falschen Position beharren, unweigerlich in eine Lage bringt, die sich faktisch durch nichts von prinzipienloser Demagogie unterscheidet. Das lehrt uns die ganze Geschichte der Fraktionskriege (Beispiel: der Zusammenschluß der „Wperjod"-Leute und der Menschewiki gegen die Bolschewiki). Gerade

deshalb ist es notwendig, nicht nur den abstrakten Wesenskern der Meinungsverschiedenheiten, sondern auch ihre konkrete Entfaltung und Modifizierung in der Entwicklung der verschiedenen Etappen des Kampfes zu studieren. Die Diskussion vom 17. Januar hat das Ergebnis dieser Entwicklung zum Ausdruck gebracht.[20] Weder das „Durchrütteln" noch die „neuen Aufgaben in der Produktion" lassen sich weiterhin verteidigen (denn alles, was daran praktisch und sachlich war, ist in die Thesen Rudsutaks eingegangen). Es bleibt nur übrig, entweder, um einen Ausdruck Lassalles zu gebrauchen, die „physische Kraft des Verstandes" (und des Charakters) in sich aufzubringen, um den Fehler einzugestehen, ihn zu korrigieren und diese Seite in der Geschichte der KPR umzuschlagen, oder . . . oder sich an die übriggebliebenen Bundesgenossen, wer sie auch sein mögen, zu klammern und über alle Prinzipien „hinwegzusehen". Übriggeblieben sind die Anhänger der „Demokratie" *bis zur Bewußtlosigkeit*. Und Bucharin gleitet zu ihnen hinab, gleitet zum Syndikalismus hinab.

Während wir nach und nach das in uns aufnehmen, was an der „demokratischen" „Arbeiteropposition" gesund war, muß sich Bucharin an das *Ungesunde* klammern. Gen. Bumashny, ein prominenter Zektranmann oder Trotzkist, erklärt sich am 17. Januar bereit, die syndikalistischen Vorschläge Bucharins anzunehmen. Die „Sapronowleute" haben es fertiggebracht, in ein und derselben These (Nr. 3) über die „tiefgehende Krise" und die „bürokratische Erstarrung" der Gewerkschaften zu räsonieren und gleichzeitig als „absolut" notwendig eine „Erweiterung der *Rechte* der Gewerkschaften in der Produktion" vorzuschlagen . . . vermutlich wegen ihrer „bürokratischen Erstarrung"? Kann man denn eine solche Gruppe ernst nehmen? Sie haben Reden gehört über die *Rolle* der Gewerkschaften in der Produktion und sind, um die anderen zu überschreien, herausgeplatzt: „Erweiterung der Rechte" wegen der „bürokratischen Erstarrung". Es genügt, die ersten Zeilen ihrer „praktischen" Vorschläge zu lesen: „Das Präsidium des Obersten Volkswirtschaftsrats wird vom Plenum des Gesamtrussischen Zentralrats der Gewerkschaften vorgeschlagen und vom Gesamtrussischen Zentralexekutivkomitee endgültig bestätigt", weiter braucht man nicht zu lesen. Und ihre „prinzipielle" *demokratische* Position? Man höre (These 2): „. . . Sie" (Sinowjew und Trotzki) „bringen in Wirklichkeit zwei Strömungen ein und derselben Gruppe *früherer Militarisatoren der Wirtschaft* zum Ausdruck"!!

Soll man das ernst nehmen, so ist das übelster Menschewismus und Sozialrevolutionarismus. Sapronow, Ossinski und Co. kann man aber nicht ernst nehmen, wenn diese – meines Erachtens sehr wertvollen – Funktionäre vor jedem Parteitag („jedesmal just an derselben Stelle") in eine Art Fieberparoxysmus verfallen, unbedingt alle zu überschreien suchen (die Fraktion der „lautesten Schreihälse") und sich feierlich in die Nesseln setzen. Die „Ignatowleute" segeln im Fahrwasser der „Sapronowleute". Blockbildung ist den verschiedenen Gruppen (besonders vor einem Parteitag) natürlich gestattet (und Stimmenfang auch). Aber man soll das im Rahmen des Kommunismus (und nicht des Syndikalismus) tun, und zwar so tun, daß es nicht zum Lachen reizt. Wer bietet mehr? Alle, die ihr den Parteilosen mehr „Rechte" versprecht, vereinigt euch aus Anlaß des Parteitags der KPR! . . .

Bisher war unsere Plattform die: bürokratische Auswüchse dürfen nicht in Schutz genommen, sie müssen beseitigt werden. Der Kampf gegen den Bürokratismus ist eine langwierige und mühselige Arbeit. Die Beseitigung der Auswüchse kann und muß sofort geschehen. Die Autorität der Funktionäre, die militärische Methoden anwenden und die von oben ernannt sind, wird nicht von demjenigen untergraben, der auf die schädlichen Auswüchse aufmerksam macht und ihre Beseitigung durchsetzt, sondern von demjenigen, der sich gegen diese Bemühungen stemmt. Gerade von dieser Art waren die Überspitzungen einiger Zektranleute, die sonst jedoch wertvolle und nützliche Mitarbeiter sein werden (und gewesen sind). Man soll nicht an den Gewerkschaften herumzerren und Meinungsverschiedenheiten mit ihnen erfinden, wo doch alles Neue, Praktische und Sachliche hinsichtlich der Aufgaben der Gewerkschaften in der Produktion von ihnen selbst anerkannt und beschlossen worden ist. Laßt uns intensiv und einmütig auf diesem Boden praktisch arbeiten!

Jetzt ist zu unserer Plattform hinzugekommen: man muß gegen die ideologische Zerfahrenheit und gegen jene *ungesunden* Elemente der Opposition kämpfen, die sich bis zum Verzicht auf jegliche „Militarisierung der Wirtschaft", bis zum Verzicht nicht nur auf die „Methode der Ernennung von oben" versteigen, wie sie bis jetzt vorwiegend praktiziert worden ist, sondern auch bis zum Verzicht auf jegliche „Ernennung" überhaupt, d. h. letzten Endes auf die führende Rolle der *Partei* gegenüber der Masse der Parteilosen. Man muß gegen die syndikalistische Abweichung

kämpfen, die die Partei zugrunde richten wird, wenn man sich nicht endgültig von ihr auskuriert.

Die Krankheit unserer Partei werden zweifellos sowohl die Kapitalisten der Entente zu einer neuen Invasion als auch die Sozialrevolutionäre zur Anstiftung von Verschwörungen und Aufständen auszunutzen suchen. Uns schreckt das nicht, denn wir werden uns alle wie ein Mann zusammenschließen, ohne Scheu, die Krankheit einzugestehen, aber in der Erkenntnis, daß sie von uns allen auf jedem Posten mehr Disziplin, mehr Konsequenz und mehr Festigkeit erfordert. Die Partei wird auf dem X. Parteitag der KPR im März und danach nicht schwächer, sondern stärker dastehen.

19. Januar 1921

„Prawda" Nr. 13,
21. Januar 1921.
Unterschrift: N. Lenin.

Nach dem Text der „Prawda", verglichen mit dem Text der Broschüre: N. Lenin, „Die Krise der Partei", 1921.

II. GESAMTRUSSISCHER VERBANDSTAG DER BERGARBEITER[21]

1

REFERAT ÜBER DIE ROLLE UND DIE AUFGABEN DER GEWERKSCHAFTEN IN DER SITZUNG DER KOMMUNISTISCHEN FRAKTION DES VERBANDSTAGES 23. JANUAR

Der ungesunde Charakter, den die Frage nach der Rolle und den Aufgaben der Gewerkschaften erhalten hat, erklärt sich daraus, daß sie allzufrüh die Form eines Fraktionskampfes annahm. An diese Frage, diese unermeßliche, uferlose Frage darf man nicht so überstürzt herangehen, wie das bei uns geschehen ist, und eben das – das überstürzte Herangehen, die allzu große Eilfertigkeit – mache ich Gen. Trotzki vor allem zum Vorwurf. Daß man dem ZK ungenügend vorbereitete Thesen vorlegt, ist schon jedem von uns passiert und wird immer wieder passieren, weil die ganze Arbeit bei uns in höchster Eile geleistet wird. Das ist ein kleiner Fehler, jedem von uns ist es schon passiert, daß er voreilig war. Das ist an sich kein ungewöhnlicher Fehler, von dem wir uns nicht frei machen werden, weil die objektiven Verhältnisse allzu schwierig sind. Aber um so vorsichtiger müssen wir uns zu Fragen fraktionellen Charakters, zu strittigen Fragen verhalten. Denn hier kann sogar jemand, der nicht sehr hitzköpfig ist, was ich von meinem Opponenten nicht sagen kann, allzu leicht in die-

sen Fehler verfallen. Und um das zu veranschaulichen und sofort zum Kern der Sache überzugehen, will ich Ihnen jetzt von den Thesen Trotzkis die wichtigsten verlesen.

So schreibt Gen. Trotzki in seiner Broschüre, in These 12, am Schluß:

„Wir beobachten die Tatsache, daß in dem Maße, wie die Aufgaben der Wirtschaft in den Vordergrund rücken, viele Gewerkschafter immer schärfer und unversöhnlicher gegen die Perspektive des ‚Zusammenwachsens' und die sich daraus ergebenden praktischen Schlußfolgerungen auftreten. Zu diesen Gewerkschaftern gehören die Genossen Tomski und Losowski.

Mehr noch. Viele Gewerkschafter, die sich gegen die neuen Aufgaben und Methoden sträuben, entwickeln in ihrer Mitte einen Geist der korporativen Abgeschlossenheit, der Mißgunst gegenüber den neuen Funktionären, die in den betreffenden Wirtschaftsbereich einbezogen werden, und unterstützen auf diese Weise faktisch die Überreste des Zunftgeistes unter den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern."

Ich könnte aus der Broschüre Trotzkis viele solcher Stellen anführen. Ich frage, vom Standpunkt des fraktionellen Auftretens: ziemt es sich für eine so angesehene Persönlichkeit, einen so bedeutenden Führer, in dieser Weise gegen Parteigenossen aufzutreten? Ich bin überzeugt, daß 99 Prozent der Genossen, ausgenommen nur diejenigen, die sich in den Haaren liegen, sagen werden, daß man so nicht auftreten darf.

Wären beispielsweise die Genossen Tomski und Losowski dessen schuldig oder stünden sie im Verdacht, dessen schuldig zu sein, daß sie sich von vornherein weigerten, den Brester Frieden zu unterzeichnen, oder sich von vornherein weigerten, Krieg zu führen, dann würde ich ein solches Vorgehen verstehen. Revolutionäre Zweckmäßigkeit steht höher als formaler Demokratismus. Aber in einem solchen Moment mit derartiger Leichtfertigkeit an die Sache heranzugehen, ist von Grund aus falsch. Das darf man nicht. In diesem Punkt ist gesagt, daß viele Gewerkschafter in ihrer Mitte einen Geist der Mißgunst und Abgeschlossenheit entwickeln. Was bedeutet das? Was ist das für eine Sprache und für ein Ton? Kann man so an die Sache herangehen? Wenn ich früher sagte, daß es mir vielleicht gelingen werde, zu „puffern" und nicht in die Diskussion einzugreifen, weil es schädlich ist, sich mit Trotzki herumzuschlagen, weil das schädlich für uns, schädlich für die Partei, schädlich für die Republik ist, so habe ich nach dieser Broschüre gesagt, daß es notwendig ist aufzutreten.

Trotzki schreibt, daß „viele Gewerkschafter einen Geist der Mißgunst gegenüber den neuen Funktionären entwickeln". Wie denn? Wenn wirklich viele Gewerkschafter in ihrer Mitte einen „Geist der Mißgunst gegenüber den neuen Funktionären" entwickeln, so soll man diejenigen nennen, die diesen Geist der Mißgunst entwickeln. Nennt man sie aber nicht, so ist das ein Durchrütteln, so ist das ein bürokratisches Herangehen an die Dinge. Selbst wenn es einen Geist der Mißgunst gegenüber den neuen Funktionären gibt, darf man nicht so reden. Trotzki wirft Losowski und Tomski Bürokratismus vor. Aber ich möchte das Gegenteil behaupten. Hier kann man einfach nicht weiterlesen, denn sein Herangehen an die Dinge hat alles verdorben, er hat einen Löffel Teer in den Honig geschüttet, und wieviel Honig er auch hinzufügen mag, es ist schon alles verdorben.

Wer ist denn schuld, daß viele Gewerkschafter einen Geist der Mißgunst gegenüber den neuen Funktionären entwickeln? Natürlich, der Puffermann oder der Zektranmann wird sagen: die Gewerkschafter.

Im Grunde genommen ist hier alles an den Haaren herbeigezogen, ausgeklügelt, ausgetüftelt. Darüber, Genossen, muß man sich jedoch klarwerden und das Wesentliche erfassen. Das Wesentliche aber besteht darin, daß eine Reihe takloser Handlungen in der Masse den Geist der Mißgunst hervorruft. Mein Opponent behauptet, es habe Leute gegeben, die den Geist der Mißgunst entwickelt hätten. Das zeigt, daß die Frage grundfalsch gestellt ist. Man muß sich doch die Dinge klarmachen. Im November trat die Gesamtrussische Konferenz zusammen, und auf dieser Konferenz fällt das Schlagwort vom „Durchrütteln". Es war ein Fehler von Trotzki, daß er das gesagt hat. Es ist politisch klar, daß ein solches Herangehen an die Dinge zur Spaltung und zum Sturz der Diktatur des Proletariats führt.

Man muß verstehen, daß die Gewerkschaften nicht eine Institution sind wie die Volkskommissariate, sondern daß sie das ganze organisierte Proletariat sind, daß sie eine Institution besonderer Art sind und daß man nicht so an sie herangehen darf. Und als die Frage des falschen Herangehens entstand, das die Gefahr einer Spaltung heraufbeschwor, da sagte ich: „Schwatzt einstweilen nicht von einer breiten Diskussion, geht in die Kommission und klärt dort behutsam die Sache." Die Genossen aber erklären: „Nein, unmöglich, das wäre eine Verletzung des Demokratismus." Gen.

Bucharin verstieg sich sogar so weit, daß er von der „geheiligten Losung der Arbeiterdemokratie" zu reden anfing. Das hat er wörtlich gesagt. Als ich das las, habe ich mich ... beinahe bekreuzigt. (Heiterkeit.) Ich behaupte, daß ein Fehler stets als kleiner Fehler anfängt und dann zu einem großen wird. Meinungsverschiedenheiten fangen immer mit Kleinigkeiten an. Jeder hat sich einmal eine kleine Verletzung zugezogen, aber wenn diese kleine Wunde zu eitern anfängt, so kann eine tödliche Krankheit daraus entstehen. Und was wir jetzt erleben, ist eben die Vereiterung einer kleinen Wunde. Im November spricht man vom Durchrütteln, im Dezember aber haben wir es schon mit einem großen Fehler zu tun.

Das Dezemberplenum des ZK war gegen uns. Auf dem Plenum des ZK im Dezember schloß sich die Mehrheit Trotzki an, und die Resolution Trotzkis und Bucharins, die Sie gewiß gelesen haben, wurde angenommen. Aber sogar die mit uns nicht sympathisierenden Mitglieder des ZK mußten zugeben, daß die Schiffahrtsarbeiter eher recht hatten als das Zektran. Das ist eine Tatsache. Und wenn ich frage, worin die Schuld des Zektran bestand, so ist darauf zu antworten: nicht darin, daß Sie einen Druck ausgeübt haben, das ist Ihr Verdienst; sondern darin, daß Sie bürokratische Auswüchse zugelassen haben.

Aber wenn Sie begriffen haben, daß es sich hier um Auswüchse handelt, so muß man sie korrigieren und darf nicht gegen die Korrektur polemisieren. Das ist alles. Der Kampf gegen den Bürokratismus wird Jahrzehnte erfordern. Das ist ein überaus schwerer Kampf, und jeder, der Ihnen sagt, daß wir uns mit einem Schlage vom Bürokratismus befreien werden, wenn wir antibürokratische Plattformen annehmen, ist ganz einfach ein Scharlatan, der schöne Worte drechselt. Die bürokratischen Auswüchse muß man sofort beseitigen. Man muß diese bürokratischen Auswüchse aufspüren und beseitigen und darf dabei nicht schlecht als gut und schwarz als weiß hinstellen. Die Arbeiter und die Bauern wissen, daß sie selber erst regieren lernen müssen, aber sie verstehen ausgezeichnet, daß es auch bürokratische Auswüchse gibt, und wer diese nicht beseitigen will, der lädt schwere Schuld auf sich. Korrigieren muß man rechtzeitig, wie es die Schiffahrtsarbeiter forderten, und nicht erst dann, wenn andere darauf hingewiesen haben.

Auch ausgezeichneten Funktionären ist es passiert, daß sie Fehler machten. Im Zektran gibt es hervorragende Funktionäre; und wir werden sie

nach wie vor einsetzen, werden aber auch die bürokratischen Überspitzungen korrigieren, die sie zugelassen haben. Gen. Trotzki meint, die Genossen Tomski und Losowski – die Gewerkschafter – hätten sich dessen schuldig gemacht, daß sie in ihrer Mitte einen Geist der Mißgunst gegenüber den neuen Funktionären entwickeln. Aber das ist doch ungeheuerlich. Man muß halb krank oder ein maßloser Hitzkopf sein, um so etwas zu sagen.

Diese Eilfertigkeit bringt es mit sich, daß man streitet, Plattformen aufstellt, über Schuldige schreibt, und das Ergebnis ist, daß alles von Grund aus verdorben ist.

Sie wissen, wenn Leute in Streit geraten, so werden sie sich nach zwei Tagen aller Verwandten bis ins zehnte Glied erinnern und davon erzählen. Man fragt: „Weshalb hast du den Streit angefangen?" – „Na ja, die Tante von dem und der Großvater von dem ..." – „Nein, nicht jetzt, sondern damals, weshalb hast du damals den Streit angefangen?" Und es stellt sich heraus, daß man in zwei Tagen so viele Meinungsverschiedenheiten zusammengeschwätzt hat.

Im Zektran wurde eine Reihe von Übertreibungen, und zwar schädlichen Übertreibungen, begangen, wurde ein unnötiger Bürokratismus zugelassen. Übertreibungen kommen überall vor. Es gibt Institutionen, die in Moskau allein 30000 Angestellte haben. Das ist kein Pappenstiel. Werde einer fertig mit so etwas, durchbreche einer diese Wand. Man darf keine Angst haben, darf nicht glauben, daß jemand jemand anders verletzt oder aufgehetzt hat. Wenn man den Fraktionskampf aufnimmt und sagt, Tomski sei schuld, der in den Massen den Geist der Mißgunst gegenüber den Zektranleuten entwickelt habe, so ist das eine vollständige Entstellung der Dinge, so verdirbt das von Grund aus die ganze Arbeit, so verdirbt das von Grund aus das ganze Verhältnis zu den Gewerkschaften. Die Gewerkschaften aber sind das gesamte Proletariat. Wenn man auf diesem Zeug besteht und darüber nach Plattformen abstimmt, so führt das zum Sturz der Sowjetmacht.

Wenn sich zwischen der Partei und den Gewerkschaften eine Kluft auftäte, so wäre die Partei daran schuld, und das wäre der sichere Untergang der Sowjetmacht. Wir haben keine andere Stütze als die Millionen Proletarier, die unaufgeklärt, meistenteils unwissend, unentwickelt, ungebildet sind, die aber als Proletarier ihrer Partei folgen. Zwanzig Jahre lang

haben sie diese Partei als die ihrige angesehen. Weiter kommt jedoch eine Klasse, die nicht die unsere ist, die vielleicht für uns sein wird, wenn wir klug sind und innerhalb unserer Klasse eine richtige Politik durchführen. Wir sind an einem wichtigen Markstein unserer Revolution angelangt, wir haben die Massen der Proletarier in Bewegung gesetzt, wir haben die Massen der Dorfarmut dahin gebracht, daß sie unsere Republik bewußt unterstützen. Keine einzige Revolution hat das getan. Es gibt keine Klasse, die uns stürzen könnte, denn für uns ist die Mehrheit der Proletarier und der Dorfarmut. Niemand und nichts kann uns zu Fall bringen außer unseren eigenen Fehlern. Um dieses „Wenn" dreht sich alles. Wenn wir eine Spaltung herbeiführen, an der wir schuld sind, so wird alles zum Teufel gehen, und zwar deshalb, weil die Gewerkschaften nicht schlechthin eine Institution sind, sondern der Quell, dem unsere ganze Macht entspringt. Das ist die Klasse, die durch die kapitalistische Wirtschaft zum Träger der ökonomischen Vereinigung geworden ist, die durch ihre Industrie die Millionen zersplitterter, zerstreuter Bauern vereinigt. Und deshalb ist ein einziger Proletarier stärker als zweihundert Bauern.

Und gerade deshalb ist das ganze Herangehen Trotzkis an diese Frage falsch. Ich könnte eine beliebige These nehmen und zerpflücken, aber dazu brauchte ich nicht eine Stunde, sondern zehn Stunden, und alle liefen davon, weil das langweilig wäre. In jeder These werden Sie dieselbe grundfalsche Einstellung finden. „Viele Gewerkschafter entwickeln einen Geist der Mißgunst." In der Masse der Gewerkschaften hat sich der Geist der Mißgunst uns gegenüber entwickelt infolge der Fehler, infolge des Bürokratismus, der von oben zugelassen worden ist, auch von mir, weil ich den Glawpolitput bestätigt habe. Was tun? Korrigieren? Die Überspitzungen des Zektran muß man korrigieren, wenn man begriffen hat, daß die Partei eine feste und proletarische Partei ist, die auf ihren eigenen Füßen steht und ihren eigenen Kopf hat. Wir verzichten weder auf das Prinzip der Ernennung noch auf die Diktatur. Der Arbeiter, der in Rußland eine zwanzigjährige Schule durchgemacht hat, wird sich nicht darauf einlassen. Unterstützen wir diesen Fehler, so sind wir mit Sicherheit geliefert, und hier liegt ein Fehler vor, das ist der Kern der Sache.

Trotzki sagt, daß Losowski und Tomski von den neuen Aufgaben nichts wissen wollen. Wird das bewiesen, so erhält die Sache ein anderes Aussehen. Worin bestehen die neuen Aufgaben?

Man sagt uns hier: „Produktionsatmosphäre", „Produktionsdemokratie", „Rolle in der Produktion". Ich habe schon von Anfang an, in der Diskussion am 30. Dezember, erklärt: Das ist Wortgeklingel, das der Arbeiter nicht versteht, das alles gehört zu den Aufgaben der Produktionspropaganda.[22] Wir verzichten nicht auf Diktatur und Einzelleitung, sie bleiben bestehen, ich werde dafür eintreten, aber Dummheiten und Überspitzungen werde ich nicht verteidigen. „Produktionsatmosphäre" ist ein lächerliches Wort, über das die Arbeiter lachen werden. Sprich einfacher und klarer – das ist alles Produktionspropaganda. Dafür ist aber eine besondere Einrichtung geschaffen worden.

Wie man die Rolle der Gewerkschaften in der Produktion verstärken kann, darauf habe ich am 30. Dezember geantwortet; ich habe in der Presse geantwortet, daß es eine Resolution des Gen. Rudsutak gibt, die auf der Konferenz am 5. November angenommen worden ist. Die Genossen Trotzki und Bucharin behaupteten, diese Resolution hätte das Zektran geschrieben. Obwohl das widerlegt worden ist, möchte ich doch sagen: Wenn sie die Resolution geschrieben haben, wer sträubt sich dann dagegen? Die Gewerkschaften haben sie angenommen, das Zektran hat sie geschrieben. Dann ist ja alles in Ordnung. Dann brauchen sich die Kinder nicht zu streiten und fraktionelle Meinungsverschiedenheiten aufzuwerfen. Hat Gen. Trotzki neue Aufgaben gestellt? Nein. Und was bei ihm neu ist, ist schlechter. Das ist es ja gerade. Gen. Trotzki führt einen Krieg, um von der Partei eine Verurteilung derjenigen zu erlangen, die sich gegen die neuen Aufgaben sträuben, und als die größten Sünder werden Tomski und Losowski genannt.

Bei Rudsutak ist alles klarer und einfacher gesagt, es ist weder von „Produktionsatmosphäre" noch von „Produktionsdemokratie" die Rede. Dort steht klar geschrieben, jedes Gewerkschaftsmitglied müsse sich dessen bewußt sein, daß die Hebung der Produktivität im Lande absolut notwendig ist. Das ist einfach und verständlich ausgedrückt. Alles ist besser als bei Trotzki gesagt, ist vollständiger gesagt, weil die Naturalprämien und die Disziplinargerichte hinzugefügt sind. Fehlt das, dann ist das ganze Gerede darüber, daß wir das Verkehrswesen heben, eine Verbesserung herbeiführen werden, bloßes Wortgeklingel. Laßt uns Kommissionen bilden, laßt uns Disziplinargerichte schaffen. Im Zektran ist man auf diesem Weg zu weit gegangen. Wir sind dafür, Überspitzungen als

das zu bezeichnen, was sie sind, und man soll nicht versuchen, sie durch neue Aufgaben zu verteidigen, man soll sie korrigieren. Wir verzichten nicht auf Zwang. Kein einziger vernünftig denkender Arbeiter wird sich zu der Behauptung versteigen, daß man jetzt ohne Zwang auskommen könne oder daß man jetzt die Gewerkschaften auflösen oder ihnen die ganze Produktion übergeben könne. Nur Gen. Schljapnikow konnte solchen Unsinn verzapfen.

In der ganzen Rede des Gen. Schljapnikow gibt es nur eine wirklich gute Stelle, nämlich wo er sagte, man habe in Sormowo einen Versuch gemacht, und die Arbeitsversäumnisse seien um 30 Prozent zurückgegangen. Man sagt, das stimme, aber ich bin ein mißtrauischer Mensch, ich bin dafür, eine Kommission hinzuschicken, die das untersuchen und Nishni-Nowgorod mit Petrograd vergleichen soll. Das kann man nicht in einer Versammlung tun, sondern nur in einer sachlichen Kommission. Trotzki sagt, man wolle dem Zusammenwachsen entgegenwirken. Das ist glatter Unsinn. Gen. Trotzki sagt, man müsse vorwärtsgehen; nun, fährt man gut, so muß man vorwärts, hat man sich aber verfahren, so muß man zurück. Und das ist nützlich für die Partei, denn die Erfahrung muß man studieren.

Produktion haben wir keine, aber mit der Produktion von schlechten Thesen haben wir uns befaßt. Eine solche Arbeit erfordert Studium und Erfahrung. Sie als Gewerkschafter, als Bergarbeiter befassen sich mit Ihren Angelegenheiten. Wenn Sie sich mit dieser Sache befassen, dann fragen Sie die Leute aus, verlangen Sie Zahlen, prüfen Sie zwanzigmal nach, glauben Sie keinem einzigen Wort, und dann berichten Sie, was herausgekommen ist. Ist das Ergebnis gut, dann gehen Sie vorwärts, ist es schlecht, dann gehen Sie zurück. Das ist Arbeit und nicht Gerede. Das hätte man in den Parteiversammlungen machen müssen.

Auf dem VIII. Sowjetkongreß habe ich gesagt, wir sollten weniger Politik treiben. Als ich das sagte, glaubte ich, daß wir keine politischen Fehler machen werden, aber nun reden wir drei Jahre nach der Sowjetrevolution von Syndikalismus – das ist eine Schmach. Hätte man mir vor einem halben Jahr gesagt, daß ich über Syndikalismus schreiben werde, so hätte ich lieber etwas über das Donezbecken geschrieben. Und jetzt lenkt man uns ab und zerrt die Partei zurück. Ein kleiner Fehler wächst sich zu einem großen Fehler aus. Jetzt komme ich zu Gen. Schljapnikow. Gen.

Trotzki definiert in Punkt 16 seiner Thesen den Fehler Schljapnikows richtig.

Bucharin hat sich, da er ja eine Pufferpolitik treibt, an Schljapnikow geklammert, es wäre jedoch besser gewesen, er hätte sich an einen Strohhalm geklammert. Er verspricht den Gewerkschaften obligatorische Kandidaturen. Das heißt, die Gewerkschaft ernennt von oben. Das ist genau dasselbe, was Schljapnikow sagt. Gegen den Syndikalismus haben die Marxisten der ganzen Welt gekämpft. Über zwanzig Jahre führen wir einen Kampf in der Partei, wir haben den Arbeitern durch Taten und nicht durch Worte bewiesen, daß die Partei etwas Besonderes ist, daß sie politisch bewußte, zur Selbstaufopferung bereite Menschen erfordert, daß sie zwar Fehler macht, sie aber korrigiert, daß sie leitet und Menschen auswählt, die wissen, welcher Weg uns noch bevorsteht, welche Hindernisse wir noch zu überwinden haben. Sie betrügt die Arbeiter nicht. Sie macht keine Versprechungen, die nicht zu erfüllen sind. Und wir werden, wenn wir die Gewerkschaften überspringen, unsere ganze Arbeit, die in diesen drei Jahren geleistet worden ist, zunichte machen, wir werden alles in Frage stellen. Gen. Bucharin, mit dem ich über diesen Fehler gesprochen habe, sagt: „Gen. Lenin, das ist Krittelei."

Ich verstehe unter obligatorischen Kandidaturen, daß man sie unter Leitung des ZK der Partei aufstellt. Aber welche Rechte geben wir dann? Man wird dann überhaupt keinen Block bilden können. Die Arbeiter und die Bauern sind zwei verschiedene Klassen. Wenn sich die Elektrizität überall, im ganzen Lande, verbreitet, wenn wir das in zwanzig Jahren fertigbringen, so wird das unerhört schnell sein. Das geht nicht von heute auf morgen. Dann, ja dann laßt uns davon sprechen, daß man den Gewerkschaften Rechte überträgt, bis dahin aber wäre das ein Betrug an den Arbeitern. Die Diktatur des Proletariats ist die allerfesteste in der Welt, weil das Vertrauen hier durch Taten erworben ist und weil die Partei streng darauf geachtet hat, daß es zu keiner Verschwommenheit kommt.

Was aber bedeutet das?

Weiß etwa jeder Arbeiter, wie der Staat zu regieren ist? Leute der Praxis wissen, daß das Märchen sind, daß bei uns Millionen von gewerkschaftlich organisierten Arbeitern das durchmachen, wovon wir gesprochen haben, daß die Gewerkschaften eine Schule des Kommunismus und der Leitungstätigkeit sind. Wenn sie diese Jahre in der Schule zubringen, so

werden sie es lernen, aber das geht langsam vor sich. Wir haben nicht einmal das Analphabetentum liquidiert. Wir wissen, wie sich die noch mit den Bauern verbundenen Arbeiter von unproletarischen Losungen beeinflussen lassen. Wer von den Arbeitern hat eine Leitungstätigkeit ausgeübt? Einige Tausend in ganz Rußland, nicht mehr. Wenn wir sagen, daß nicht die Partei die Kandidaturen aufstellt und die Leitung innehat, sondern die Gewerkschaften selbst, so klingt das sehr demokratisch, man kann damit vielleicht Stimmen fangen, obzwar nicht auf lange. Damit richtet man jedoch die Diktatur des Proletariats zugrunde.

Lesen Sie die Beschlüsse des II. Kongresses der Kommunistischen Internationale. Seine Beschlüsse und Resolutionen haben die Runde um die ganze Welt gemacht. Unlängst hat der Parteitag der Sozialisten in Frankreich gezeigt, daß wir in diesem Lande, in dem der größte Chauvinismus herrscht, die Mehrheit erobert, die Partei gespalten, die korrupten Führer davongejagt und daß wir das gegen die Syndikalisten getan haben. Und die besten Arbeiter, die besten Führer, sie alle haben unsere Theorie akzeptiert. Sogar die Syndikalisten der ganzen Welt, die revolutionären Syndikalisten, kommen zu uns. Ich selber habe amerikanische Syndikalisten getroffen, die bei uns waren und jetzt sagen: „In der Tat, ohne Partei kann man das Proletariat nicht leiten." Sie wissen das aus der Praxis. Und sich dem Syndikalismus in die Arme werfen, von obligatorischen Kandidaturen zu „Gesamtrussischen Kongressen der Produzenten" reden, ist für das Proletariat völlig unangebracht. Das ist gefährlich, das untergräbt die führende Rolle der Partei. Jetzt haben wir im Lande nur einen verschwindend geringen Prozentsatz organisierter Arbeiter. Und die Mehrheit der Bauern wird der Partei folgen, weil die Politik der Partei richtig ist, weil die Partei es in der schwierigsten Zeit des Brester Friedens verstanden hat, vorübergehend Opfer und Rückzüge auf sich zu nehmen, und weil sich das als richtig erwiesen hat. Soll man nun das alles aufgeben? War das denn alles ein Zufall? Das ist die Errungenschaft dessen, womit sich die Partei jahrzehntelang beschäftigt hat. Den Bolschewiki, die eine zwanzigjährige Parteischule durchgemacht haben, glauben alle aufs Wort.

Um zu regieren, braucht man eine Armee von gestählten Revolutionären, von Kommunisten. Diese Armee gibt es, ihr Name ist Partei. Der ganze syndikalistische Humbug, die obligatorischen Kandidaturen der

Produzenten – das alles verdient, in den Papierkorb geworfen zu werden. Läßt man sich darauf ein, so bedeutet das in Wirklichkeit, daß die Partei beiseite geschoben wird, so kann in Wirklichkeit die Diktatur des Proletariats in Rußland nicht bestehen. Das ist der Standpunkt, den Ihnen auseinanderzusetzen ich für meine Parteipflicht gehalten habe und der meiner Ansicht nach in Form von praktischen Leitsätzen in der Plattform dargelegt ist, die sich „Beschlußentwurf für den X. Parteitag der KPR" nennt und unterschrieben ist von Lenin, Sinowjew, Tomski, Rudsutak, Kalinin, Kamenew, Losowski, Petrowski, Sergejew und Stalin. Losowski, der nicht Mitglied des ZK ist, gehört dazu, weil er in der Gewerkschaftskommission gearbeitet hat, die Schljapnikow und Lutowinow leider verlassen haben. Die Arbeiter werden darüber urteilen, ob Schljapnikow recht getan hat, die Kommission zu verlassen. Hat er nicht recht getan, so werden sie ihn verurteilen. Ich bin überzeugt, daß alle klassenbewußten Arbeiter diese Plattform annehmen und daß die jetzigen Differenzen in unserer Partei ein Fieber der Spitzen bleiben werden, daß die Arbeiter sie korrigieren, auf ihrem Posten bleiben, die Parteidisziplin behaupten und, koste es, was es wolle, durch einmütige, praktische, sachliche, behutsame Arbeit die Produktion heben und uns den vollen Sieg bringen werden. (Anhaltender Beifall.)

Veröffentlicht am 25. Januar 1921 im „Bulletin des II. Gesamtrussischen Verbandstages der Bergarbeiter" Nr. 1.

Nach dem „Bulletin".

2

SCHLUSSWORT ZUM REFERAT ÜBER DIE ROLLE UND DIE AUFGABEN DER GEWERKSCHAFTEN IN DER SITZUNG DER KOMMUNISTISCHEN FRAKTION DES VERBANDSTAGES 24. JANUAR

Genossen! Ich möchte zu Beginn meiner Rede gerade darauf eingehen, wer wen schreckt, und auf Gen. Schljapnikow, der uns einen mächtigen Schreck einjagen wollte. Hier haben alle davon gesprochen, daß Lenin mit dem Syndikalismus schrecke. Zu behaupten, Lenin wolle jemanden schrekken, heißt sich lächerlich machen, denn der Gedanke an den Syndikalismus als Schreckgespenst ist ein lächerlicher Gedanke. Ich meine, wir müssen vor allem bei unseren Programmen anfangen, das Programm der Kommunistischen Partei durchlesen und uns ansehen, was darin steht. Die Genossen Trotzki und Schljapnikow greifen ein und dieselbe Stelle aus dem kommunistischen Programm heraus, und diese Stelle steht gerade in Paragraph 5 des Programms. Ich will sie Ihnen jetzt im vollen Wortlaut vorlesen:

„5. Der Organisationsapparat der vergesellschafteten Industrie muß sich in erster Linie auf die Gewerkschaften stützen. Sie müssen sich immer mehr von der zünftlerischen Beschränktheit frei machen und in große Produktionsverbände verwandeln, die die Mehrheit und mit der Zeit ausnahmslos alle Werktätigen des betreffenden Produktionszweiges erfassen."

Diese Stelle hat Gen. Schljapnikow in seiner Rede angeführt. Aber wenn die Zahlen stimmten, so hatten wir ja 60 Prozent Leiter von Organisationen, und diese 60 Prozent bestanden aus Arbeitern. Weiter. Will man sich auf das Programm berufen, so muß man das schon so tun, wie es sich gehört, so muß man bedenken, daß die Parteimitglieder es ganz kennen, und darf nicht ein Stückchen herausgreifen und sich darauf beschränken, wie es Trotzki und Schljapnikow tun. Genossen, es ist durch die Geschichte bewiesen, daß die Arbeiter sich nicht anders als nach Produktions-

zweigen zusammenschließen können. Deshalb sind in der ganzen Welt alle zu dem Gedanken der Produktionsverbände gekommen. Natürlich ist das vorerst so. Man spricht von der Notwendigkeit, sich von zünftlerischer Beschränktheit frei zu machen. Nun, hat man sich auch nur zu einem Zehntel davon frei gemacht? Jeder, der aufrichtig sein will, wird sagen, daß man sich davon natürlich nicht frei gemacht hat. Warum vergißt man das denn?

Wer sagt nun aber zu den Gewerkschaften: „Ihr habt euch von der zünftlerischen Beschränktheit noch nicht frei gemacht, müßt euch jedoch davon frei machen"? Das sagt die KPR in ihrem Programm. Lesen Sie dieses Programm. Davon abweichen heißt vom Programm zum Syndikalismus abweichen. Wie sehr auch darauf angespielt wurde, daß Lenin jemanden schrecken will, das Programm läßt sich nicht aus der Welt schaffen. Den ersten Teil zitieren und den zweiten vergessen heißt davon abweichen. In welcher Richtung? In der syndikalistischen. Ich lese weiter:

„Die Gewerkschaften, die bereits auf Grund der Gesetze der Sowjetrepublik und der eingebürgerten Praxis an allen lokalen und zentralen Verwaltungsorganen der Industrie teilnehmen, müssen dahin gelangen, daß sie die ganze Leitung der gesamten Volkswirtschaft als eines einheitlichen wirtschaftlichen Ganzen tatsächlich in ihren Händen konzentrieren."

Darauf berufen sich alle. Was ist hier gesagt? Eine ganz unstrittige Sache: „müssen dahin gelangen". Es ist nicht gesagt, daß sie sofort dahin gelangen. Es ist nicht die Übertreibung enthalten, die man nur zu machen braucht, damit Unsinn entsteht. Hier heißt es: „dahin gelangen". Wohin? Zur Leitung und tatsächlichen Konzentration. Wann werden Sie dahin gelangen müssen? Dazu bedarf es der Erziehung. So erziehen, daß alle ohne Ausnahme zu leiten verstehen und wissen, wie man das macht. Können Sie heute mit gutem Gewissen behaupten, daß die Gewerkschaften für die leitenden Posten stets, in beliebiger Zahl, taugliche Leiter stellen können? Für die leitenden Posten braucht man freilich nicht sechs Millionen, sondern vielleicht sechzigtausend, na, hunderttausend. Können sie die stellen? Jeder, der sich nicht von Formeln und Thesen hinreißen läßt und nicht denen nachjagt, die am lautesten von allen schreien, wird sagen: nein, das können sie nicht, so weit ist es noch nicht. Der Partei stehen Jahre erzieherischer Arbeit bevor, angefangen von der Liquidierung des Analphabetentums bis zu all den Arbeiten, die die Partei in den Gewerk-

schaften zu leisten hat. Arbeit gibt es in den Gewerkschaften eine Unmenge, damit der richtige Weg dahin gefunden wird. So heißt es auch: „... müssen dahin gelangen, daß sie die ganze Leitung der gesamten Volkswirtschaft ... tatsächlich in ihren Händen konzentrieren". Es ist nichts gesagt von Industriezweigen, wie das in den Thesen von Trotzki der Fall ist. In einer der ersten Thesen wird genau zitiert. In der anderen dagegen wird von der Organisierung der Industrie gesprochen. Mit Verlaub, so darf man nicht zitieren. Wenn Sie Thesen schreiben, wenn Sie sich auf das Programm berufen wollen, dann lesen Sie bis zu Ende. Und jeder, der diesen Paragraph 5 von Anfang bis Ende liest, ein klein wenig nachdenkt, zehn Minuten darauf verwendet, wird sehen, daß Schljapnikow vom Programm abgewichen ist und daß Trotzki einen Sprung gemacht hat. Lesen Sie diesen Paragraph 5 zu Ende:

„Indem die Gewerkschaften auf solche Weise eine unlösbare Verbindung zwischen der zentralen Staatsverwaltung, der Volkswirtschaft und den breiten Massen der Werktätigen gewährleisten, müssen sie die letzteren in weitestem Ausmaß in die unmittelbare Arbeit der Wirtschaftsführung einbeziehen. Die Teilnahme der Gewerkschaften an der Wirtschaftsführung und die Heranziehung der breiten Massen zu dieser Arbeit durch sie ist zugleich das Hauptmittel des Kampfes gegen die Bürokratisierung des Wirtschaftsapparats der Sowjetmacht und gibt die Möglichkeit, eine wirkliche Volkskontrolle über die Ergebnisse der Produktion zu schaffen."

Sehen Sie, zuerst müssen Sie dahin gelangen, tatsächlich zu konzentrieren. Was gewährleisten Sie aber heute? Die Verbindung zwischen der zentralen Staatsverwaltung – erstens. Das ist eine Riesenmaschinerie. Sie haben uns noch nicht beigebracht, wie sie zu beherrschen ist. Also muß man die Verbindung gewährleisten zwischen der zentralen Staatsverwaltung – erstens, der Volkswirtschaft – zweitens und der Masse – drittens. Haben wir diese Verbindung gewährleistet? Was – die Gewerkschaften können leiten? Leute, die das dreißigste Lebensjahr hinter sich haben und ein wenig Lebenserfahrung im Sowjetaufbau besitzen, werden laut auflachen. Lesen Sie:

„Die Teilnahme der Gewerkschaften an der Wirtschaftsführung und die Heranziehung der breiten Massen zu dieser Arbeit durch sie ist zugleich das Hauptmittel des Kampfes gegen die Bürokratisierung des Wirtschaftsapparats der Sowjetmacht und gibt die Möglichkeit, eine wirkliche Volkskontrolle über die Ergebnisse der Produktion zu schaffen."

Das erste ist: die Verbindung mit den zentralen staatlichen Apparaten gewährleisten. Wir verhehlen diese Krankheit nicht, und im Programm haben wir gesagt: gewährleistet die Verbindung mit den Massen und, zweitens, die Teilnahme der Gewerkschaften an der Wirtschaftsführung. Hier sind keine marktschreierischen Worte zu finden. Wenn Sie es fertigbringen, die Arbeitsversäumnisse nicht um 30, sondern auch nur um 3 Prozent zu verringern, dann werden wir sagen: eine großartige, nützliche und wertvolle Sache. „Die Teilnahme der Gewerkschaften an der Wirtschaftsführung und die Heranziehung der breiten Massen zu dieser Arbeit durch sie." Das ist in dem Programm des heutigen Tages gesagt. Kein einziges Wort des Versprechens, nichts Marktschreierisches, nichts von der Art, daß Sie selber wählen sollen, ist im Programm zu finden. Im Programm wird keine Demagogie getrieben, es besagt, daß es unwissende, unentwickelte Massen gibt, daß es Gewerkschaften gibt, die so stark sind, daß sie die ganze Bauernschaft mit sich führen und selber der Führung der Partei folgen, die durch zwanzig Jahre Kampf gegen den Zarismus geschult ist. Kein einziges Land hat so viel durchgemacht wie Rußland. Das ist das ganze Geheimnis, warum wir uns halten. Warum hält man das für ein Wunder? Weil in einem Bauernland nur die Gewerkschaften die Millionen vereinzelter Wirtschaften ökonomisch zusammenfassen können, wenn diese Sechsmillionenmasse ihrer Partei vertraut und ihrer Partei so folgt, wie sie ihr bisher gefolgt ist. Das ist das Triebwerk, wodurch wir uns halten. Wie das Triebwerk funktioniert, ist eine politische Frage. Warum kann eine Minderheit in einem gewaltigen Bauernland regieren und warum sind wir unbesorgt? Nach der Erfahrung von drei Jahren kann uns niemand in der Welt – weder äußere noch innere Kräfte – bezwingen. Wenn wir nicht eine hanebüchene Dummheit begehen, die zu Spaltungen führt, werden wir unsere Position behaupten, andernfalls wird uns der Teufel holen. Wenn daher Gen. Schljapnikow in seiner Plattform sagt und schreibt:

„Der Gesamtrussische Kongreß der Produzenten wählt die Leitung der Volkswirtschaft",

so sage ich Ihnen: Lesen Sie den Paragraph 5 ganz, den ich Ihnen aus unserem Programm vorgelesen habe, und Sie werden sehen, daß weder Lenin noch sonst jemand Sie schrecken will.

Schljapnikow sagte am Ende seiner Rede: „Machen wir Schluß mit dem

Bürokratismus im Staatsapparat und mit dem Bürokratismus in der Volkswirtschaft." Ich behaupte, das ist Demagogie. Die Frage des Bürokratismus haben wir seit Juli vorigen Jahres auf die Tagesordnung gesetzt. Im Juli vorigen Jahres, nach dem IX. Parteitag der KPR, wirft auch Preobrashenski die Frage auf, ob es bei uns bürokratische Auswüchse gibt. Aufgepaßt! Im August bestätigt das Zentralkomitee den Brief Sinowjews: kämpft gegen den Bürokratismus. Im September tritt die Parteikonferenz zusammen und bestätigt das. Also hat nicht Lenin einen neuen Weg ausgeheckt, wie Trotzki behauptet, sondern die Partei hat gesagt: „Es ist eine neue Wunde aufgebrochen, aufgepaßt." Im Juli stellt Preobrashenski diese Frage, im August haben wir den Brief Sinowjews, im September die Parteikonferenz, im Dezember, auf dem Sowjetkongreß, ein langes Referat über den Bürokratismus. Es ist also eine Wunde aufgebrochen. Wir haben 1919 im Programm geschrieben, daß es bei uns Bürokratismus gibt. Wer Ihnen vorschlägt, mit dem Bürokratismus Schluß zu machen, ist ein Demagoge. Wenn man hier vor Ihnen auftritt und sagt: „machen wir Schluß mit dem Bürokratismus", so ist das Demagogie. Das ist dummes Zeug. Gegen den Bürokratismus werden wir noch lange Jahre zu kämpfen haben, und wer anders darüber denkt, der treibt Scharlatanerie und Demagogie, denn um den Bürokratismus niederzuringen, braucht man Hunderte von Maßnahmen, braucht man allgemeine Bildung, allgemeine Kultur, allgemeine Teilnahme an der Arbeiter- und Bauerninspektion[23]. Schljapnikow war Volkskommissar für Arbeit, war Volkskommissar für Handel und Industrie. Nun, hat er etwa mit dem Bürokratismus Schluß gemacht? Kisseljow saß in der Hauptverwaltung Textil. Hat er etwa mit dem Bürokratismus Schluß gemacht?

Ich will noch einmal sagen: Wenn sich alle unsere Kongresse in Sektionen aufgliedern und Tatsachen über das Zusammenwachsen bei den Mühlenarbeitern und den Bergarbeitern des Donezbeckens sammeln werden, dann sind wir aus den Kinderschuhen heraus. Wenn wir aber eine ganze Reihe von unbrauchbaren Plattformen verfaßt haben, dann beweist das, daß wir die Lage nicht zu meistern verstehen. Ich wiederhole: Uns wird niemand bezwingen, weder eine äußere noch eine innere Kraft, wenn wir es nicht zur Spaltung kommen lassen. Ich sage, daß das Zektran nicht nur ein Knüppel ist, aber diese Übertreibung hat bis an die Spaltung herangeführt. Bürokratische Überspitzungen kommen bei allen vor, das

ZK weiß das und trägt die Verantwortung dafür. In dieser Hinsicht besteht der Fehler des Gen. Trotzki eben darin, daß alle seine Thesen im entgegengesetzten Geist geschrieben sind. Sie sind alle im Geist des Durchrüttelns geschrieben, und sie alle haben die Gewerkschaft an den Rand der Spaltung gebracht. Es kommt nicht darauf an, Gen. Trotzki eine schlechte Note zu erteilen, wir sind keine Schulkinder, und wir brauchen keine Zensuren, aber es muß gesagt werden, daß die Thesen des Gen. Trotzki ihrem ganzen Inhalt nach falsch sind und deshalb abgelehnt werden müssen.

Veröffentlicht am 26. Januar 1921 im „Bulletin des II. Gesamtrussischen Verbandstages der Bergarbeiter" Nr. 2.

Nach dem „Bulletin".

ÜBER DIE SCHAFFUNG VON BEDINGUNGEN, DIE DIE WISSENSCHAFTLICHE ARBEIT DES AKADEMIEMITGLIEDS I. P. PAWLOW UND SEINER MITARBEITER GEWÄHRLEISTEN

Beschluß des Rats der Volkskommissare

In Anbetracht der ganz außerordentlichen wissenschaftlichen Verdienste des Akademiemitglieds I. P. Pawlow, die von ungeheurer Bedeutung für die Werktätigen der ganzen Welt sind, hat der Rat der Volkskommissare beschlossen:

1. Auf Grund der Vorlage des Petrograder Sowjets eine Sonderkommission mit weitgehenden Vollmachten in folgender Zusammensetzung zu bilden: Gen. M. Gorki, Gen. Kristi, Leiter der Petrograder Hochschulen, und Gen. Kaplun, Mitglied des Kollegiums der Abteilung Verwaltung beim Petrograder Sowjet. Die Kommission wird beauftragt, in kürzester Frist maximal günstige Bedingungen zu schaffen, die die wissenschaftliche Arbeit des Akademiemitglieds Pawlow und seiner Mitarbeiter gewährleisten.

2. Der Staatsverlag wird beauftragt, das von Akademiemitglied Pawlow besorgte wissenschaftliche Werk, das die Ergebnisse seiner wissenschaftlichen Arbeiten während der letzten 20 Jahre zusammenfaßt, in der besten Druckerei der Republik in einer Luxusausgabe herauszubringen, wobei das Eigentumsrecht an diesem Werk für Rußland wie auch für das Ausland Akademiemitglied I. P. Pawlow vorbehalten bleibt.

3. Die Kommission für Arbeiterversorgung wird beauftragt, Akademiemitglied Pawlow und seiner Frau eine Sonderzuteilung zu bewilligen, die den doppelten Kaloriengehalt hat wie die üblichen Lebensmittelzuteilungen für Akademiemitglieder.

4. Der Petrograder Sowjet wird beauftragt, Professor Pawlow und seiner Frau die lebenslängliche Benutzung ihrer Wohnung zu sichern und

diese sowie das Laboratorium des Akademiemitglieds Pawlow mit maximalen Bequemlichkeiten auszustatten.

Der Vorsitzende des Rats der Volkskommissare
W. Uljanow (Lenin)

Moskau, Kreml
24. Januar 1921

Veröffentlicht am 11. Februar 1921 in den „Iswestija WZIK" (Nachrichten des Gesamtrussischen ZEK) Nr. 30.

Nach dem von W. I. Lenin unterzeichneten Original.

NOCH EINMAL ÜBER DIE GEWERKSCHAFTEN, DIE GEGENWÄRTIGE LAGE UND DIE FEHLER TROTZKIS UND BUCHARINS[24]

Die Parteidiskussion und der Fraktionskampf als Auftakt zum Parteitag, d. h. vor den Wahlen und im Zusammenhang mit den bevorstehenden Wahlen zum X. Parteitag der Kommunistischen Partei Rußlands, sind entbrannt. Auf den ersten fraktionellen Vorstoß, nämlich auf den im Namen „einer ganzen Reihe verantwortlicher Funktionäre" unternommenen Vorstoß des Gen. Trotzki mit der „Plattformbroschüre" („Die Rolle und die Aufgaben der Gewerkschaften", Vorwort datiert vom 25. Dezember 1920), folgte der scharfe Vorstoß (der Leser wird aus dem weiteren ersehen, daß er verdientermaßen scharf war) der Petrograder Organisation der KPR („Appell an die Partei", veröffentlicht am 6. Januar 1921 in der „Petrogradskaja Prawda"[25] und dann am 13. Januar 1921 im Zentralorgan der Partei, in der Moskauer „Prawda"). Daraufhin wandte sich das Moskauer Komitee (in der gleichen Nummer der „Prawda") gegen die Petrograder Organisation. Ferner erschien der vom Büro der KPR-Fraktion des Gesamtrussischen Zentralrats der Gewerkschaften herausgegebene stenografische Bericht über die Diskussion vom 30. Dezember 1920 in einer riesigen, sehr verantwortlichen Parteiversammlung, nämlich in der KPR-Fraktion des VIII. Sowjetkongresses. Dieser stenografische Bericht trägt die Überschrift: „Über die Rolle der Gewerkschaften in der Produktion" (das Vorwort ist vom 6. Januar 1921 datiert). Natürlich ist das bei weitem noch nicht das gesamte Diskussionsmaterial. Aber Parteiversammlungen, in denen zu den strittigen Fragen Stellung genommen wird, sind fast überall schon im Gange. Ich mußte am 30. Dezember 1920 unter Bedingungen sprechen, die, wie ich mich ausdrückte, „gegen die Geschäftsordnung verstießen", nämlich unter solchen Bedingungen, daß ich

an der Diskussion nicht teilnehmen und weder die vorangegangenen noch die nachfolgenden Redner hören konnte. Ich will nunmehr versuchen, die verletzte Ordnung wiederherzustellen und mich mehr „ordnungsgemäß" zu äußern.

FRAKTIONELLES VORGEHEN – EINE GEFAHR FÜR DIE PARTEI

Bedeutet die Broschüre des Gen. Trotzki „Die Rolle und die Aufgaben der Gewerkschaften" einen fraktionellen Vorstoß? Liegt in einem derartigen Vorstoß, unabhängig von seinem Inhalt, eine Gefahr für die Partei? Eine besondere Vorliebe, diese Frage zu verschweigen, haben (von Gen. Trotzki selbstverständlich abgesehen) die Mitglieder des Moskauer Komitees, die das Fraktionelle der Petrograder sehen, und Gen. Bucharin, der sich jedoch in seiner am 30. Dezember 1920 im Namen der „Pufferfraktion" gehaltenen Rede gezwungen sah, zu erklären:

„Wenn ein Zug eine gewisse Neigung zum Entgleisen hat, so sind Puffer gar keine so üble Sache." (S. 45 des Berichts über die Diskussion vom 30. Dezember 1920.)

Also, eine gewisse Neigung zum Entgleisen ist vorhanden. Sind nun solche bewußte Parteimitglieder denkbar, die die Frage unbekümmert läßt, wo eigentlich, worin eigentlich und wie eigentlich diese Neigung ihren Anfang genommen hat?

Trotzkis Broschüre wird mit der Erklärung eingeleitet, daß „sie die Frucht einer kollektiven Arbeit" sei; daß an ihrer Abfassung „eine ganze Reihe verantwortlicher Funktionäre, besonders Gewerkschafter (Mitglieder des Präsidiums des Gesamtrussischen Zentralrats der Gewerkschaften, des Zentralkomitees des Metallarbeiterverbandes, des Zektran u. a.)" teilgenommen habe; daß dies eine „Plattformbroschüre" sei. Und am Schluß der These 4 lesen wir, daß „der bevorstehende Parteitag zwischen zwei Tendenzen auf dem Gebiet der Gewerkschaftsbewegung zu *wählen*" (hervorgehoben von Trotzki) „haben wird".

Wenn das nicht die Bildung einer Fraktion durch ein Mitglied des ZK ist, wenn das nicht „eine gewisse Neigung zum Entgleisen" ist, so möge Gen. Bucharin oder irgendeiner seiner Gesinnungsgenossen versuchen, der

Partei zu erklären, welchen anderen Sinn denn die Worte: „fraktionell" und „Neigung zum Entgleisen" der Partei haben?? Kann man sich eine ungeheuerlichere Verblendung vorstellen als die Verblendung von Leuten, die „puffern" wollen und vor einer *solchen* „Neigung zum Entgleisen" *die Augen verschließen*??

Man denke nur: Nach zwei Plenartagungen des ZK (am 9. November und am 7. Dezember), die einer unerhört eingehenden, lang währenden und leidenschaftlichen Erörterung des ursprünglichen Thesenentwurfs des Gen. Trotzki und der gesamten von ihm vertretenen Politik der Partei in den Gewerkschaften gewidmet waren, bleibt *ein* Mitglied des ZK *allein unter 19*, sucht sich eine Gruppe außerhalb des ZK zusammen, tritt mit einer „kollektiven" „Arbeit", einer „Plattform" dieser Gruppe auf und schlägt dem Parteitag vor, „zwischen *zwei* Tendenzen ... zu wählen"!! Ich will schon gar nicht davon reden, daß diese Verkündung von ausgerechnet zwei und nur zwei Tendenzen durch den Gen. Trotzki am 25. Dezember 1920 – obwohl Bucharin bereits am 9. November als „Puffermann" aufgetreten war – anschaulich die wahre Rolle der Bucharingruppe als Helfershelferin der schlimmsten und schädlichsten Fraktionsmacherei entlarvt. Das nebenbei. Aber ich frage ein beliebiges Parteimitglied: Muß man sich nicht wundern über ein derart schwindelerregendes Drängen und Sichstürzen darauf, zwischen zwei Tendenzen auf dem Gebiet der Gewerkschaftsbewegung zu „wählen"? Muß man da nicht einfach die Hände über dem Kopf zusammenschlagen, wenn sich nach drei Jahren proletarischer Diktatur in der Partei auch nur ein einziges Mitglied finden konnte, das imstande ist, sich *in derartiger Weise* auf die Frage von zwei Tendenzen auf dem Gebiet der Gewerkschaftsbewegung zu „stürzen"?

Nicht genug damit. Man sehe sich die fraktionellen Ausfälle an, mit denen diese Broschüre gespickt ist. Gleich in der 1. These sehen wir ein drohendes „Ausholen" gegen „gewisse Funktionäre der Gewerkschaftsbewegung", die „auf trade-unionistische, von der Partei prinzipiell längst erledigte Positionen" zurückgeworfen worden seien (offenbar vertritt von 19 Mitgliedern des ZK nur ein einziges die Partei). In These 8 wird der „gewerkschaftliche Konservatismus in der führenden Schicht der Gewerkschaftsfunktionäre" hochtrabend verurteilt (man beachte diese echt bürokratische Hinlenkung der Aufmerksamkeit auf die „führende Schicht"!). In These 11 findet man zu Beginn die bewundernswert taktvolle, beweis-

kräftige, sachliche ... wie soll man das möglichst höflich ausdrücken? ... „Andeutung", daß die „Mehrzahl der Gewerkschafter" die Resolutionen des IX. Parteitags der KPR „formal, *d. h. in Worten* anerkennt".

Da haben wir sie vor uns, die maßgebenden Richter darüber, daß die *Mehrzahl* (!!) der Gewerkschafter die Parteibeschlüsse *in Worten* anerkennt!

In These 12 heißt es:

„Viele Gewerkschafter treten immer schärfer und unversöhnlicher gegen die Perspektive des Zusammenwachsens auf ... Zu diesen Gewerkschaftern gehören die Genossen Tomski und Losowski. Mehr noch. Viele Gewerkschafter, die sich gegen die neuen Aufgaben und Methoden sträuben, entwickeln in ihrer Mitte einen Geist der korporativen Abgeschlossenheit, der Mißgunst gegenüber den neuen Funktionären, die in den betreffenden Wirtschaftsbereich einbezogen werden, und unterstützen auf diese Weise faktisch die Überreste des Zunftgeistes unter den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern."

Der Leser möge diese Betrachtungen aufmerksam durchlesen und sich gründlich in sie hineindenken. Welch ein erstaunlicher Reichtum an „Perlen"! Erstens bewerte man diese Äußerung unter dem Gesichtspunkt ihres fraktionellen Charakters! Man stelle sich vor, was Trotzki gesagt hätte und wie er aufgetreten wäre, wenn Tomski eine Plattform veröffentlicht hätte, in der er Trotzki und „viele" militärische Funktionäre beschuldigt, einen Geist des Bürokratismus zu entwickeln, Überreste der Barbarei zu unterstützen u. dgl. m.! Welche „Rolle" spielen Bucharin, Preobrashenski, Serebrjakow u. a., die *hier* das Schroffe und Fraktionelle nicht sehen – ja geradezu übersehen, überhaupt nicht bemerken –, die nicht sehen, um wieviel fraktioneller das ist als das Auftreten der Petrograder?

Zweitens. Man dringe ein in dieses Herangehen an die Dinge: viele Gewerkschafter „entwickeln in ihrer Mitte einen Geist ...". Dieses Herangehen ist durch und durch bürokratisch. Alles hängt angeblich davon ab, welchen „Geist" Tomski und Losowski „in ihrer Mitte" entwickeln, und durchaus nicht vom Entwicklungsniveau und von den Lebensbedingungen der Massen, der Millionen.

Drittens. Versehentlich hat Gen. Trotzki hier das *Wesen* des ganzen Streites, das von ihm wie auch von den „puffernden" Bucharin und Co. so sorgfältig umgangen und vertuscht wird, zum Ausdruck gebracht.

Liegt das Wesen des ganzen Streites und die Ursache des Kampfes darin, daß viele Gewerkschafter sich gegen die neuen Aufgaben und Methoden sträuben und in ihrer Mitte einen Geist der Mißgunst gegenüber den neuen Funktionären entwickeln?

Oder darin, daß die Massen der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter mit Recht protestieren und unvermeidlich ihrer Bereitschaft Ausdruck verleihen, diejenigen unter den neuen Funktionären, die die unnötigen und schädlichen Auswüchse des Bürokratismus nicht beseitigen wollen, davonzujagen?

Liegt das Wesen des Streites darin, daß jemand die „neuen Aufgaben und Methoden" nicht begreifen will?

Oder darin, daß jemand durch einen Schwall von Worten über neue Aufgaben und Methoden die Verteidigung gewisser unnötiger und schädlicher Auswüchse des Bürokratismus erfolglos zu verschleiern sucht?

Möge sich der Leser dieses *Wesen* des ganzen Streites gut merken.

FORMALER DEMOKRATISMUS UND REVOLUTIONÄRE ZWECKMÄSSIGKEIT

„Die Arbeiterdemokratie kennt keine Fetische", schreibt Gen. Trotzki in seinen Thesen, die „die Frucht einer kollektiven Arbeit" darstellen. „Sie kennt nur die revolutionäre Zweckmäßigkeit" (These 23).

Mit diesen Thesen des Gen. Trotzki hat es eine fatale Bewandtnis. Was an ihnen richtig ist, ist nicht nur nicht neu, sondern richtet sich *gegen* Trotzki. Und was an ihnen neu ist, ist durchweg falsch.

Ich habe mir die richtigen Sätze des Gen. Trotzki herausgeschrieben. Sie richten sich gegen ihn nicht nur in der Frage (über den Glawpolitput), die in der These 23 berührt ist, sondern auch in anderen Fragen.

Formal demokratisch *hatte* Trotzki das *Recht*, mit einer fraktionellen Plattform, und sei es auch gegen das gesamte ZK, aufzutreten. Das ist unbestreitbar. Unbestreitbar ist auch, daß das ZK dieses formale Recht durch seinen Beschluß vom 24. Dezember 1920 über die Diskussionsfreiheit bestätigt hat. Dieses formale Recht wird vom Puffermann Bucharin zwar Trotzki zugestanden, nicht aber der Petrograder Organisation – wahrscheinlich deshalb, weil Bucharin sich am 30. Dezember 1920 bis zur

„geheiligten Losung der Arbeiterdemokratie" verstiegen hat (S. 45 des stenografischen Berichts) ...

Nun, und die revolutionäre Zweckmäßigkeit?

Wird sich auch nur ein einziger ernster, von fraktioneller Eigenliebe der „Zektran"- oder der „Puffer"fraktion nicht verblendeter Mensch finden, der im Vollbesitz seiner geistigen Kräfte ein *solches* Auftreten eines *so* maßgebenden Führers, wie es Trotzki ist, in den Fragen der Gewerkschaftsbewegung für *revolutionär zweckmäßig* hielte??

Läßt sich denn leugnen, daß Trotzki, selbst wenn er die „neuen Aufgaben und Methoden" ebenso richtig aufgezeigt hätte, wie er sie in Wirklichkeit durchweg falsch aufgezeigt hat (darüber weiter unten), allein durch ein solches Herangehen an die Dinge sowohl sich selbst als auch der Partei wie der Gewerkschaftsbewegung, der Erziehung der Millionen Gewerkschaftsmitglieder und der Republik Schaden zugefügt hätte??

Der gute Bucharin und seine Gruppe bezeichnen sich wohl deshalb als „Puffer", weil sie fest entschlossen sind, sich *keine Gedanken* darüber zu machen, welche Verpflichtungen ihnen diese Bezeichnung auferlegt.

DIE POLITISCHE GEFAHR VON SPALTUNGEN IN DER GEWERKSCHAFTSBEWEGUNG

Jedermann weiß, daß große Meinungsverschiedenheiten manchmal aus ganz kleinen – anfänglich sogar nichtigen – Differenzen erwachsen. Jedermann weiß, daß eine unscheinbare kleine Wunde oder sogar ein Kratzer, wie sie sich jeder im Leben Dutzende Male zugezogen hat, sich in eine höchst gefährliche, ja mitunter unbedingt tödliche Krankheit verwandeln können, *wenn* die Wunde zu eitern begonnen hat, *wenn* eine Blutvergiftung eintritt. So etwas kommt in allen, selbst rein persönlichen, Konflikten vor. So etwas kommt auch in der Politik vor.

Jede, selbst die geringfügigste, Differenz kann politisch gefährlich werden, wenn die Möglichkeit besteht, daß sie sich zu einer Spaltung auswächst, und zwar eben zu einer solchen Spaltung, die imstande ist, das ganze politische Gebäude ins Wanken zu bringen und zu zerstören, zu einem – um den Vergleich des Gen. Bucharin zu gebrauchen – Entgleisen des Zuges zu führen.

Es ist klar, daß in einem Lande, das die Diktatur des Proletariats erlebt, eine Spaltung im Proletariat oder ein Riß zwischen der proletarischen Partei und der Masse des Proletariats nicht nur gefährlich, sondern schon höchst gefährlich ist, besonders wenn das Proletariat in diesem Lande eine kleine Minderheit der Bevölkerung bildet. Spaltungen in der Gewerkschaftsbewegung aber (die, wie ich in meiner Rede am 30. Dezember 1920 mit allem Nachdruck zu betonen bemüht war, eine Bewegung des in den Gewerkschaften fast in seiner Gesamtheit organisierten Proletariats ist) bedeuten Spaltungen eben in der Masse des Proletariats.

Als daher auf der V. Gesamtrussischen Gewerkschaftskonferenz vom 2. bis 6. November 1920 „der Krakeel ausbrach" (und er ist eben dort ausgebrochen), als gleich nach dieser Konferenz ... nein, ich irre mich, *während* dieser Konferenz Gen. Tomski ungeheuer aufgeregt im Politbüro erschien und, mit voller Unterstützung des sehr ausgeglichenen Gen. Rudsutak, zu schildern begann, wie Gen. Trotzki auf dieser Konferenz vom „Durchrütteln" der Gewerkschaften gesprochen und wie er, Tomski, dagegen polemisiert hatte – als das geschah, zog ich für mich sofort und unumstößlich den Schluß, daß der Kernpunkt des Streites eben in der Politik (d. h. in der Politik der Partei gegenüber den Gewerkschaften) liegt und daß Gen. Trotzki in diesem Streit mit seiner Politik des „Durchrüttelns" gegenüber Gen. Tomski zutiefst im Unrecht ist. Denn die Politik des „Durchrüttelns", *selbst wenn sie teilweise* durch die „neuen Aufgaben und Methoden" (These 12 bei Trotzki) *gerechtfertigt wäre*, ist im gegenwärtigen Moment und unter den gegenwärtigen Verhältnissen eine völlig unzulässige Politik, weil sie die Gefahr der Spaltung heraufbeschwört.

Gen. Trotzki erscheint es jetzt als „die reinste Karikatur", wenn man ihm die Politik des „Durchrüttelns von oben" zuschreibt (L. Trotzki, „Antwort an die Petrograder Genossen" in der „Prawda" Nr. 9 vom 15. Januar 1921). Aber das Wörtchen „Durchrütteln" ist ein richtiggehendes „geflügeltes Wort" nicht nur in dem Sinne, daß es sich, von Gen. Trotzki auf der V. Gesamtrussischen Gewerkschaftskonferenz geprägt, sowohl in der Partei als auch in den Gewerkschaften bereits wie ein „Lauffeuer" verbreitet hat. Nein, es bleibt leider auch jetzt noch in einem viel tieferen Sinne zutreffend. Nämlich: dieses Wort allein bringt in gedrängtester Form *den ganzen Geist, die ganze Tendenz* der Plattformbroschüre „Die Rolle und die Aufgaben der Gewerkschaften" zum Aus-

druck. Von Anfang bis Ende ist diese ganze Plattformbroschüre des Gen. Trotzki durch und durch gerade vom Geist der Politik des „Durchrüttelns von oben" durchdrungen. Es genügt, an die Beschuldigung des Gen. Tomski oder „vieler Gewerkschafter" zu erinnern, daß sie „in ihrer Mitte einen Geist der Mißgunst gegenüber den neuen Funktionären entwickeln"!

War jedoch auf der V. Gesamtrussischen Gewerkschaftskonferenz (2.–6. November 1920) die spaltungsschwangere Atmosphäre erst noch im Entstehen begriffen, so ist Anfang Dezember 1920 die Spaltung des Zektran Tatsache geworden.

Dieses Ereignis ist das Fundamentale, Hauptsächliche, Grundlegende für die Beurteilung des politischen Wesens unserer Streitigkeiten; und vergebens glauben die Genossen Trotzki und Bucharin, daß ein Verschweigen hier irgendwie helfen würde. Das Verschweigen wirkt im gegebenen Fall nicht als „Puffer", sondern als Zündstoff, denn die Frage ist nicht nur vom Leben auf die Tagesordnung gesetzt worden, sondern sie wird auch von Gen. Trotzki in seiner Plattformbroschüre hervorgehoben. Denn gerade diese Broschüre stellt an den von mir angeführten Stellen, besonders in These 12, vielfach die Frage: Geht es darum, daß „viele Gewerkschafter in ihrer Mitte einen Geist der Mißgunst gegenüber den neuen Funktionären entwickeln", oder darum, daß die „Mißgunst" der *Massen* angesichts gewisser unnötiger und schädlicher Auswüchse des Bürokratismus, beispielsweise im Zektran, berechtigt ist?

Gen. Sinowjew hat denn auch gleich in seiner ersten Rede am 30. Dezember 1920 diese Frage mit gutem Grund ganz offen gestellt, als er sagte, die „übereifrigen Anhänger des Gen. Trotzki" hätten es zur Spaltung gebracht. Vielleicht hat deshalb Gen. Bucharin die Rede des Gen. Sinowjew als „Kannegießerei" beschimpft? Daß aber dieser Vorwurf unberechtigt war, davon wird sich jetzt jedes Parteimitglied überzeugen können, das den stenografischen Bericht über die Diskussion vom 30. Dezember 1920 nachliest und daraus ersieht, daß gerade Gen. Sinowjew genaue Tatsachen zitiert und sich auf genaue Tatsachen stützt, während gerade bei Trotzki und Bucharin das Intellektuellengerede ohne jedwede Tatsache überwiegt.

Als Gen. Sinowjew sagte: „Das Zektran steht auf tönernen Füßen, es hat sich bereits in drei Teile gespalten", da unterbrach ihn Gen. Sosnowski durch den Zwischenruf:

„Ihr habt ja dazu aufgemuntert." (Stenografischer Bericht, S. 15.)

Das ist fürwahr eine ernste Beschuldigung. Wäre sie bewiesen, so wäre natürlich für die Schuldigen an der *Aufmunterung zur Spaltung* auch nur einer einzigen Gewerkschaft schlechthin kein Platz im ZK und in der Partei, der KPR, und auch in den Gewerkschaften unserer Republik. Glücklicherweise ist die ernste Beschuldigung in unernster Form von einem Genossen erhoben worden, der leider schon mehr als einmal Beispiele seiner unernsten polemischen „Gefühlswallungen" geliefert hat. Gen. Sosnowski brachte es sogar fertig, seinen vortrefflichen Artikeln, beispielsweise über Produktionspropaganda, manchmal einen solchen „Löffel Teer" beizumischen, der alle Vorteile der Produktionspropaganda selbst weit überwog. Es gibt so glückliche Naturen (wie z. B. Bucharin), die selbst bei der größten Erbitterung des Kampfes am wenigsten fähig sind, ihren Angriffen eine giftige Spitze zu geben. Und es gibt solche, nicht sehr glückliche Naturen, die ihren Angriffen übermäßig oft eine giftige Spitze geben. Für Gen. Sosnowski wäre es nützlich, in dieser Hinsicht auf sich achtzugeben und sogar seine Freunde zu bitten, daß sie auf ihn achtgeben.

Aber – kann man sagen – die Beschuldigung ist dennoch erhoben worden. Wenn auch in unernster, ungeschickter, ausgesprochen „fraktioneller" Form. Doch besser ungeschickt die Wahrheit sagen als sie verschweigen, wenn die Sache ernst ist.

Die Sache ist zweifellos ernst, denn hier, ich wiederhole es, steckt mehr, als man glaubt, der *Kernpunkt* des ganzen Streites. Und wir verfügen zum Glück über hinreichend überzeugende und hinreichend objektive Angaben, um auf die von Gen. Sosnowski aufgeworfene Frage eine Antwort zu erteilen, *die das Wesen der Sache betrifft.*

Erstens lesen wir auf derselben Seite des stenografischen Berichts die Erklärung des Gen. Sinowjew, der nicht nur dem Gen. Sosnowski „Falsch!" zugerufen, sondern auch genaue Hinweise auf die entscheidenden Tatsachen gegeben hat. Gen. Sinowjew verwies darauf, daß Gen. Trotzki (von mir aus füge ich hinzu: offensichtlich im Zustand fraktionellen Übereifers) versucht hat, bei weitem nicht dieselbe Beschuldigung vorzubringen wie Gen. Sosnowski, sondern gegen Gen. Sinowjew die Beschuldigung zu erheben, daß er, Sinowjew, durch seine *Rede auf der Gesamtrussischen Konferenz der KPR im September* zur Spaltung bei-

getragen oder die Spaltung hervorgerufen habe. (Eine Beschuldigung, will ich in Parenthese bemerken, die schon deshalb nicht stichhaltig ist, weil das Auftreten Sinowjews im September vom Zentralkomitee und von der Partei im Prinzip gebilligt und niemals von irgend jemand formell beanstandet worden ist.)

Gen. Sinowjew antwortete darauf, Gen. Rudsutak habe in der Sitzung des ZK an Hand der Protokolle nachgewiesen, daß „diese Frage" (die Frage gewisser unnötiger und schädlicher Auswüchse des Bürokratismus im Zektran) „sowohl in Sibirien als auch an der Wolga, sowohl im Norden als auch im Süden *lange vor* irgendeinem Auftreten meinerseits" (d. h. Sinowjews) „und lange vor der Gesamtrussischen Konferenz behandelt worden ist".

Das ist eine vollkommen klare, präzise, auf Tatsachen fußende Erklärung. Sie ist von Gen. Sinowjew in seiner ersten Rede vor Tausenden höchst verantwortlichen Mitgliedern der KPR abgegeben worden, wobei *weder* Gen. Trotzki, der *nach* dieser Rede Sinowjews *zweimal* das Wort ergriff, *noch* Gen. Bucharin, der *ebenfalls nach* dieser Rede Sinowjews sprach, die faktischen Hinweise Sinowjews widerlegt haben.

Zweitens. Eine noch präzisere und offizielle Widerlegung der von Gen. Sosnowski erhobenen Beschuldigung ist die am 7. Dezember 1920 angenommene und im gleichen stenografischen Bericht enthaltene *Resolution des Plenums des ZK der KPR zum Konflikt zwischen den kommunistischen Schiffahrtsarbeitern und der kommunistischen Fraktion der Zektrankonferenz*. Der Teil dieser Resolution, der sich mit dem Zektran befaßt, lautet:

„Im Zusammenhang mit dem Konflikt zwischen dem Zektran und den Schiffahrtsarbeitern hat das ZK beschlossen: 1. Im vereinigten Zektran eine Sektion der Schiffahrtsarbeiter zu schaffen. 2. Im Februar einen Verbandstag der Eisenbahn- und Schiffahrtsarbeiter einzuberufen, auf dem normale Wahlen zu dem neuen Zektran durchgeführt werden sollen. 3. Bis dahin das Zektran in seiner alten Zusammensetzung in Funktion zu belassen. 4. Den Glawpolitwod und den Glawpolitput unverzüglich aufzulösen und alle ihre Kräfte und Mittel an die Gewerkschaftsorganisation auf der Grundlage eines normalen Demokratismus zu übergeben."

Der Leser ersieht daraus, daß von einer Verurteilung der Schiffahrtsarbeiter gar keine Rede sein kann, sondern daß umgekehrt in allem

Wesentlichen *ihnen recht* gegeben worden ist. Dabei hat für diese Resolution (mit Ausnahme Kamenews) *kein einziges* jener ZK-Mitglieder gestimmt, die die allgemeine Plattform vom 14. Januar 1921 unterschrieben haben („Über die Rolle und die Aufgaben der Gewerkschaften". Beschlußentwurf für den X. Parteitag der KPR, dem ZK vorgelegt von einer Gruppe von Mitgliedern des ZK und Mitgliedern der Gewerkschaftskommission. Von Nichtmitgliedern des ZK unterschrieb diese Plattform das Mitglied der Gewerkschaftskommission Losowski; die übrigen waren: Tomski, Kalinin, Rudsutak, Sinowjew, Stalin, Lenin, Kamenew, Petrowski, Artjom Sergejew).

Diese Resolution wurde *gegen* die genannten ZK-Mitglieder, d. h. gegen unsere Gruppe durchgesetzt. Denn wir hätten gegen die provisorische Belassung des alten Zektran gestimmt. Und die Unvermeidlichkeit des Sieges unserer Gruppe zwang Trotzki, für die Resolution Bucharins zu stimmen, da sonst unsere Entschließung durchgegangen wäre. Gen. Rykow, der im November *für* Trotzki war, beteiligte sich im Dezember an den Arbeiten der Gewerkschaftskommission zur Schlichtung des Konflikts zwischen den Schiffahrtsarbeitern und dem Zektran und überzeugte sich davon, daß die Schiffahrtsarbeiter recht hatten.

Ergebnis: Die Dezembermehrheit (7. Dezember) des ZK bestand aus den Genossen Trotzki, Bucharin, Preobrashenski, Serebrjakow usw., d. h. aus solchen ZK-Mitgliedern, die niemand der Voreingenommenheit *gegen* das Zektran verdächtigen wird. Und diese Mehrheit hat dem Wesen ihres Beschlusses nach nicht die Schiffahrtsarbeiter, sondern das Zektran verurteilt und lediglich abgelehnt, es sofort abzulösen. Somit ist die Haltlosigkeit der von Sosnowski erhobenen Beschuldigung bewiesen.

Um keinen Raum für Unklarheiten zu lassen, muß noch ein Punkt gestreift werden. Worin bestanden denn die „gewissen unnötigen und schädlichen Auswüchse des Bürokratismus", die ich mehrmals erwähnt habe? War oder ist *diese* Beschuldigung nicht vielleicht unbegründet oder übertrieben?

Wiederum: Die Antwort darauf hat Gen. Sinowjew gleich in seiner ersten Rede am 30. Dezember 1920 gegeben, und zwar eine Antwort, die an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrigläßt. Gen. Sinowjew zitierte einen Auszug aus einem gedruckten Erlaß des Gen. Sof für das Schiffahrtswesen (vom 3. Mai 1920), worin erklärt wird: „Mit der Komitee-

wirtschaft ist es aus." Gen. Sinowjew hat das mit Recht als einen kardinalen Fehler bezeichnet. Da haben wir das Musterbeispiel eines unnötigen und schädlichen Auswuchses des Bürokratismus und der „Ernennungssucht". Dabei machte Gen. Sinowjew sofort die einschränkende Bemerkung, daß es unter den von oben Ernannten „weit weniger erprobte und weniger erfahrene Genossen" gebe als Gen. Sof. Ich habe im ZK über Sof urteilen gehört, daß er ein höchst wertvoller Mitarbeiter ist, und meine Beobachtungen im Rat für Verteidigung bestätigen dieses Urteil vollauf. Niemand denkt daran, die Autorität solcher Genossen zu untergraben oder sie zu „Sündenböcken" zu machen (ein Verdacht, den Gen. Trotzki in seinem Referat, S. 25, ausgesprochen hat, ohne dazu auch nur den geringsten Grund zu haben). Die Autorität der „von oben Ernannten" wird nicht von demjenigen untergraben, der ihre Fehler korrigiert, sondern von demjenigen, der es sich einfallen ließe, sie selbst dann in Schutz zu nehmen, wenn sie Fehler machen.

Wir sehen also, daß die Spaltungsgefahr in der Gewerkschaftsbewegung nicht erfunden, sondern real war. Wir sehen ebenso deutlich, worin eigentlich das nichtübertriebene Wesen der Meinungsverschiedenheiten lag: im Kampfe dafür, daß gewisse unnötige und schädliche Auswüchse des Bürokratismus und der Ernennungssucht nicht in Schutz genommen, nicht gerechtfertigt, sondern beseitigt werden sollten. Das ist alles.

ÜBER DIE PRINZIPIELLEN MEINUNGSVERSCHIEDENHEITEN

Wenn es aber grundlegende und tiefgehende prinzipielle Meinungsverschiedenheiten gibt – könnte man uns sagen –, rechtfertigen sie dann nicht selbst das schärfste und fraktionellste Auftreten? Wenn es etwas Neues zu sagen gilt, das nicht verstanden wird, rechtfertigt das nicht manchmal sogar eine Spaltung?

Natürlich rechtfertigt es eine Spaltung, wenn die Meinungsverschiedenheiten wirklich äußerst tiefgehend sind und wenn sich eine Korrektur der falschen Richtung der Politik der Partei oder der Arbeiterklasse anders nicht erreichen läßt.

Aber das ist ja gerade das Malheur, daß solche Meinungsverschieden-

heiten nicht bestehen. Gen. Trotzki hat sich bemüht, sie aufzuzeigen, es aber nicht fertiggebracht. Und wenn *vor* dem Erscheinen seiner Broschüre (25. Dezember) mit Einschränkung oder versöhnlich gesprochen werden konnte und mußte („so darf man an die Frage nicht herangehen, selbst dann, wenn es nichterkannte neue Aufgaben, wenn es Meinungsverschiedenheiten gibt"), so mußte *nach* dieser Broschüre gesagt werden: in dem, was es Neues bei Gen. Trotzki gibt, hat er dem Kern der Sache nach unrecht.

Am klarsten ersieht man das aus einem Vergleich der Thesen Trotzkis mit den Thesen Rudsutaks, die von der V. Gesamtrussischen Gewerkschaftskonferenz (2.–6. November) angenommen worden sind. Ich habe sie in der Rede vom 30. Dezember und in der „Prawda" vom 21. Januar angeführt. Diese Thesen sind richtiger und auch vollständiger als die Thesen Trotzkis. Das, wodurch sich die Thesen Trotzkis von denen Rudsutaks unterscheiden, ist bei Trotzki falsch.

Nehmen wir für den Anfang die berüchtigte „Produktionsdemokratie", die Gen. Bucharin schleunigst in die Resolution des ZK vom 7. Dezember aufgenommen hat. Natürlich wäre es lächerlich, an diesem plumpen und gekünstelten („verschnörkelten") intelligenzlerischen Ausdruck herumzunörgeln, wenn er in einer Rede oder in einem Artikel gebraucht worden wäre. Aber gerade Trotzki und Bucharin haben sich ja in diese lächerliche Lage gebracht, weil sie *in den Thesen* auf eben diesem Ausdruck *bestehen*, der ihre „Plattformen" von den durch die Gewerkschaften angenommenen Thesen Rudsutaks unterscheidet!

Dieser Terminus ist theoretisch falsch. Jede Demokratie, wie überhaupt jeder politische Überbau (der unumgänglich ist, solange die Aufhebung der Klassen nicht vollendet, solange die klassenlose Gesellschaft nicht geschaffen ist), dient in letzter Instanz der Produktion und wird in letzter Instanz durch die Produktionsverhältnisse der jeweiligen Gesellschaft bestimmt. Deshalb besagt die Heraushebung der „Produktionsdemokratie" aus jeder anderen Demokratie gar nichts. Das ist Konfusion und leeres Geschwätz. Das zum ersten.

Zweitens. Man sehe sich an, wie Bucharin selbst diesen Terminus in der von ihm verfaßten Resolution des ZK-Plenums vom 7. Dezember erläutert. „Deshalb", schrieb dort Bucharin, „müssen die Methoden der Arbeiterdemokratie Methoden der Produktionsdemokratie sein. Das be-

deutet" – man beachte: „das bedeutet"! Bucharin beginnt seinen Appell an die Massen mit einem derart verzwickten Terminus, daß dieser *besonders erklärt* werden muß: meines Erachtens ist das vom Standpunkt des Demokratismus *undemokratisch*; für die Massen muß man ohne solche neue Termini schreiben, die einer besonderen Erklärung bedürfen; vom Standpunkt der „Produktion" ist das schädlich, da es zwingt, nutzlos Zeit auf die Erklärung eines unnötigen Terminus zu vergeuden – „das bedeutet, daß alle Wahlen, die Aufstellung von Kandidaten, ihre Unterstützung usw. unter dem Gesichtspunkt nicht nur der politischen Prinzipienfestigkeit, sondern auch der wirtschaftlichen Fähigkeiten, der administrativen Erfahrung, der organisatorischen Qualitäten und der praktisch erprobten Sorge um die materiellen und geistigen Interessen der werktätigen Massen zu erfolgen haben".

Eine offensichtlich an den Haaren herbeigezogene und falsche Argumentation. Demokratie bedeutet nicht nur „Wahlen, Aufstellung von Kandidaten, ihre Unterstützung usw.". Das ist die eine Seite. Auf der anderen Seite müssen aber nicht alle Wahlen unter dem Gesichtspunkt der politischen Prinzipienfestigkeit und der wirtschaftlichen Fähigkeiten erfolgen. Entgegen der Auffassung Trotzkis muß man in einer nach Millionen zählenden Organisation auch einen gewissen Prozentsatz von Sachwaltern, von Bürokraten haben (ohne gute Bürokraten wird man noch jahrelang nicht auskommen). Aber deswegen sprechen wir nicht von einer „Sachwalter"- oder „Bürokraten"demokratie.

Drittens. Es ist falsch, nur auf die zu Wählenden, nur auf die Organisatoren, Administratoren usw. zu schauen. Das ist immerhin eine Minderheit von hervorragenden Personen. Man muß auf die einfachen Menschen, auf die Masse schauen. Bei Rudsutak ist das nicht nur einfacher, verständlicher, sondern auch theoretisch richtiger ausgedrückt (These 6):

„... ist es notwendig, daß jeder Produktionsteilnehmer die Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit der von ihm auszuführenden Produktionsaufgaben begreift; daß jeder Produktionsteilnehmer nicht nur an der Erfüllung der von oben kommenden Aufträge mitwirkt, sondern auch bewußt an der Behebung aller technischen und organisatorischen Mängel auf dem Gebiete der Produktion teilnimmt."

Viertens. „Produktionsdemokratie" ist ein Terminus, der die Möglichkeit von Mißdeutungen zuläßt. Er kann im Sinne einer Ablehnung der

Diktatur und der Einzelleitung aufgefaßt werden. Er kann im Sinne eines Aufschubs der gewöhnlichen Demokratie oder einer Ausflucht vor ihr ausgelegt werden. Beide Auslegungen sind schädlich, um sie aber zu vermeiden, wären besondere und langatmige Kommentare nicht zu umgehen.

Die einfache Darlegung derselben Gedanken bei Rudsutak ist richtiger und vermeidet auch alle diese mißlichen Möglichkeiten. Und Trotzki widerlegt in seinem Artikel „Produktionsdemokratie" in der „Prawda" vom 11. Januar keineswegs, daß es dieses Falsche und Mißliche gibt (er umgeht diese ganze Frage und vergleicht seine Thesen nicht mit denen Rudsutaks), sondern bestätigt im Gegenteil indirekt das Mißliche und Falsche seines Terminus gerade dadurch, daß er als Parallele dazu den Ausdruck „Militärdemokratie" anführt. Zum Glück haben wir, soweit ich mich erinnere, wegen eines derartigen Terminus niemals Fraktionsstreitigkeiten gehabt.

Noch unglücklicher ist ein solcher Terminus Trotzkis wie „Produktionsatmosphäre". Sinowjew hat sich mit Recht darüber lustig gemacht. Trotzki wurde sehr ärgerlich und erwiderte: „Eine Kriegsatmosphäre hatten wir ... Jetzt muß sich in der Arbeitermasse, in ihren Tiefen, nicht nur an der Oberfläche, eine Produktionsatmosphäre herausbilden, d. h. dieselbe Anspannung, dasselbe sachliche Interesse, dieselbe Aufmerksamkeit für die Produktion, wie es für die Fronten der Fall war ..." Aber das ist es ja eben, daß man zur „Arbeitermasse, zu ihren Tiefen" so sprechen muß, wie in den Thesen von Rudsutak gesprochen wird, und nicht Worte wie „Produktionsatmosphäre" gebrauchen soll, die Kopfschütteln oder Lächeln auslösen werden. Im Grunde genommen bringt Gen. Trotzki, wenn er den Terminus „Produktionsatmosphäre" gebraucht, den gleichen Gedanken zum Ausdruck, den der Begriff Produktionspropaganda ausdrückt. Aber gerade für die Arbeitermasse, für ihre Tiefen, muß man die Produktionspropaganda so treiben, daß derartige Ausdrücke unterbleiben. Dieser Ausdruck eignet sich als Musterbeispiel dafür, wie man die Produktionspropaganda in den Massen *nicht* treiben darf.

POLITIK UND ÖKONOMIK DIALEKTIK UND EKLEKTIZISMUS

Sonderbar, daß eine so elementare Frage, die zum Abc gehört, erneut behandelt werden muß. Trotzki und Bucharin zwingen uns leider dazu. Beide werfen mir vor, daß ich die Frage „unterschiebe" oder daß ich „politisch" herangehe, während sie „wirtschaftlich" herangehen. Bucharin hat das sogar in seine Thesen aufgenommen und versucht, sich über beide Streitende „zu erheben"; ich, sagt er, vereinige das eine und das andere.

Das ist eine schreiende theoretische Unrichtigkeit. Politik ist der konzentrierte Ausdruck der Ökonomik, wiederholte ich in meiner Rede, denn ich hatte schon früher diesen ganz widersinnigen, im Munde eines Marxisten ganz unzulässigen Vorwurf wegen meines „politischen" Herangehens gehört. Die Politik hat notwendigerweise das Primat gegenüber der Ökonomik. Anders argumentieren heißt das Abc des Marxismus vergessen.

Ist vielleicht meine politische Einschätzung falsch? Dann sagen und beweisen Sie das. Aber sagen (oder auch nur indirekt den Gedanken zulassen), daß das politische Herangehen dem „wirtschaftlichen" gleichwertig sei, daß man „das eine und das andere" nehmen könne, heißt das Abc des Marxismus vergessen.

Mit anderen Worten. Das politische Herangehen bedeutet: Wenn man an die Gewerkschaften falsch herangeht, wird das die Sowjetmacht, die Diktatur des Proletariats zugrunde richten. (Eine Spaltung zwischen Partei und Gewerkschaften unter der Voraussetzung, daß die Partei unrecht hätte, würde die Sowjetmacht in einem Bauernland wie Rußland bestimmt zu Fall bringen.) Man kann (und soll) diese Erwägung dem Wesen der Sache nach prüfen, d. h. untersuchen, überlegen, entscheiden, ob das Herangehen im gegebenen Fall richtig oder falsch ist. Aber sagen: ich „schätze" Ihr politisches Herangehen an die Frage, *„aber"* es ist nur ein politisches Herangehen, wir dagegen brauchen *„auch* ein wirtschaftliches" Herangehen – das ist genau dasselbe, als sagte man: ich „schätze" Ihre Erwägung, daß Sie sich den Hals brechen, wenn Sie den und den Schritt tun, *aber* bedenken Sie auch, daß es besser ist, satt und bekleidet, als hungrig und unbekleidet zu sein.

Bucharin ist theoretisch zur *Eklektik* abgeglitten, weil er die Verbindung des politischen *und* des wirtschaftlichen Herangehens an die Frage predigt.

Trotzki und Bucharin stellen die Sache so hin, als ob sie um die Steigerung der Produktion, wir aber nur um die formale Demokratie besorgt seien. Diese Darstellung ist falsch, denn die Frage steht *lediglich* so (und *kann* marxistisch auch nur so stehen): Ohne politisch richtig an die Sache heranzugehen, wird die betreffende Klasse ihre Herrschaft nicht behaupten *und folglich* auch *ihre Produktionsaufgabe* nicht lösen können.

Konkreter. Sinowjew sagt: „Sie begehen einen politischen Fehler, indem Sie es bis zur Spaltung in den Gewerkschaften treiben. Über die Steigerung der Produktion aber habe ich bereits im Januar 1920 gesprochen und geschrieben, wobei ich als Beispiel den Bau einer Badeanstalt anführte." Trotzki antwortete: „Eine große Sache, man denke nur (S. 29), eine Broschüre mit dem Beispiel einer Badeanstalt zu schreiben; aber bei Ihnen ist ‚kein Wort', ‚kein einziges Wort' (S. 22) darüber gesagt, was die Gewerkschaften zu tun haben."

Falsch. Das Beispiel mit der Badeanstalt wiegt, man verzeihe mir den Kalauer, zehn „Produktionsatmosphären" mit einigen „Produktionsdemokratien" als Beigabe auf. Das Beispiel mit der Badeanstalt sagt klar, einfach, gerade für die Masse, gerade für die „Tiefen", was die Gewerkschaften zu tun haben, während „Produktionsatmosphären" und „-demokratien" Mist sind, der den Arbeitermassen den Blick trübt und ihnen das Verständnis *erschwert*.

Mir machte Gen. Trotzki ebenfalls den Vorwurf: „Lenin hat kein Wort gesagt" (S. 66) darüber, „was für eine Rolle die Hebel, als welche der Apparat der Gewerkschaften bezeichnet wird, spielen und spielen sollen."

Verzeihung, Gen. Trotzki: dadurch, daß ich die Thesen Rudsutaks vollständig verlas und ihnen beipflichtete, habe ich darüber *mehr, erschöpfender, richtiger, einfacher, klarer* gesprochen als alle Ihre Thesen und Ihr ganzes Referat bzw. Korreferat und Ihr Schlußwort. Denn, wie gesagt, Naturalprämien und kameradschaftliche Disziplinargerichte bedeuten für die Meisterung der Wirtschaft, für die Leitung der Industrie, für die Hebung der Rolle der Gewerkschaften in der Produktion hundertmal

mehr als die völlig abstrakten (und deshalb leeren) Worte über „Produktionsdemokratie", über „Zusammenwachsen" u. dgl. m.

Unter dem Vorwand, den „Produktions"standpunkt hervorzuheben (Trotzki) oder die Einseitigkeit des politischen Herangehens an die Frage zu überwinden bzw. dieses Herangehen mit dem wirtschaftlichen zu verbinden (Bucharin) präsentierte man uns:

1. ein Vergessen des Marxismus, das sich in einer theoretisch falschen, eklektischen Definition des Verhältnisses von Politik und Ökonomik äußerte;

2. eine Verteidigung oder Bemäntelung des politischen Fehlers, der in der Politik des Durchrüttelns seinen Ausdruck findet und die *ganze* Plattformbroschüre Trotzkis durchdringt. Dieser Fehler aber *führt*, wenn man ihn nicht einsieht und nicht korrigiert, zum Sturz der Diktatur des Proletariats;

3. einen Schritt zurück auf dem Gebiet der reinen Produktions- und Wirtschaftsfragen, der Fragen, wie die Produktion zu steigern ist; eben einen Schritt zurück von den *sachlichen* Thesen Rudsutaks, die konkrete, praktische, lebenswichtige und lebendige Aufgaben gestellt haben (entfaltet die Produktionspropaganda, lernt die Naturalprämien ordentlich verteilen und den Zwang in der Form kameradschaftlicher Disziplinargerichte richtiger anwenden), zu abstrakten, wesenlosen, „ausgehöhlten", theoretisch falschen, intelligenzlerisch formulierten allgemeinen *Thesen*, in denen das sachlich und praktisch Wichtigste *vergessen* ist.

So steht es in der Frage von Politik und Ökonomik in Wirklichkeit um die Beziehung zwischen Sinowjew und mir einerseits, Trotzki und Bucharin anderseits.

Ich konnte daher nicht ohne ein Lächeln den Einwand gegen mich lesen, den Gen. Trotzki am 30. Dezember verkündete: „Gen. Lenin hat in seinem Schlußwort auf dem VIII. Sowjetkongreß zum Bericht über unsere Lage ausgeführt, daß wir weniger Politik und mehr Sinn für Wirtschaft brauchen, während er in der Frage der Gewerkschaften die politische Seite der Sache in den Vordergrund geschoben hat." (S. 65.) Dem Gen. Trotzki erschienen diese Worte „außerordentlich treffend". In Wirklichkeit bringen sie die heilloseste Begriffsverwirrung, eine wahrhaft grenzenlose „ideologische Verworrenheit" zum Ausdruck. Natürlich äußerte ich stets den

Wunsch, äußere ihn jetzt und werde ihn weiterhin äußern, daß wir uns weniger mit Politik und mehr mit Wirtschaft befassen. Aber es ist unschwer zu begreifen, daß diese Wünsche nur erfüllt werden können, wenn es keine politischen Gefahren *und politischen Fehler* gibt. Die politischen Fehler, die von Gen. Trotzki begangen und von Gen. Bucharin vertieft und vergröbert worden sind, *lenken* unsere Partei *ab* von den wirtschaftlichen Aufgaben, von der „Produktions"arbeit, *zwingen uns leider, Zeit zu vergeuden* auf die Korrektur dieser Fehler und auf die Auseinandersetzung mit der syndikalistischen Abweichung (die zum Sturz der Diktatur des Proletariats führt), die Polemik gegen das falsche Herangehen an die Gewerkschaftsbewegung (ein Herangehen, das zum Sturz der Sowjetmacht führt) und die Diskussion über allgemeine „Thesen", anstatt daß wir eine sachliche, praktische, „wirtschaftliche" Auseinandersetzung darüber führen, wer besser und erfolgreicher die Naturalprämien verteilt, die Gerichte organisiert und auf der Grundlage der von der V. Gesamtrussischen Gewerkschaftskonferenz am 2.–6. November angenommenen Thesen Rudsutaks das Zusammenwachsen verwirklicht hat: ob die Mühlenarbeiter von Saratow, die Bergarbeiter im Donezbecken, die Metallarbeiter in Petrograd usw.

Man nehme die Frage des Nutzens einer „breiten Diskussion". Hier werden wir ebenfalls sehen, daß politische Fehler von den wirtschaftlichen Aufgaben ablenken. Ich war gegen eine sogenannte „breite" Diskussion und hielt und halte es für einen Fehler, für einen politischen Fehler des Gen. Trotzki, daß er die Gewerkschaftskommission, in der eine sachliche Diskussion vor sich gehen sollte, gesprengt hat. Ich halte es für einen politischen Fehler der von Bucharin geführten Puffergruppe, daß sie die Aufgaben eines Puffers nicht begriffen hat (auch hier wurde die Dialektik durch Eklektizismus ersetzt); sie hätte gerade vom „Puffer"standpunkt aus mit unbändiger Energie gegen eine breite Diskussion und für die Verlegung der Diskussion in die Gewerkschaftskommission auftreten müssen. Sehen wir nun, was herausgekommen ist.

Am 30. Dezember verstieg sich Bucharin zu der Erklärung: „Wir haben die neue geheiligte Losung der Arbeiterdemokratie verkündet, die darin besteht, daß alle Fragen nicht in engen Kollegien, nicht in kleinen Versammlungen, nicht in irgendeiner eigenen Körperschaft erörtert, sondern daß sie in große Versammlungen hinausgetragen werden. Und ich be-

haupte, wir tun dadurch, daß wir die Frage der Rolle der Gewerkschaften einer solchen Riesenversammlung wie der heutigen unterbreiten, nicht einen Schritt zurück, sondern einen Schritt vorwärts." (S. 45.) Und dieser Mensch warf Sinowjew Kannegießerei und Übertreibung der Demokratie vor! Pure Kannegießerei und „Faselei", völliges Unverständnis dafür, daß formaler Demokratismus der revolutionären Zweckmäßigkeit untergeordnet sein muß!

Nicht um ein Haar besser steht es mit Trotzki. Er tritt mit der Beschuldigung auf: „Lenin möchte die Diskussion über den Kern der Frage um jeden Preis absetzen und hintertreiben." (S. 65.) Er erklärt: „Warum ich der Kommission nicht beigetreten bin, habe ich im ZK klar gesagt: solange *mir*, genauso wie allen anderen Genossen, nicht gestattet wird, diese Fragen in vollem Umfang in der Parteipresse aufzurollen, verspreche ich mir von der Behandlung dieser Fragen hinter verschlossener Tür und somit auch von der Arbeit in der Kommission keinerlei Nutzen." (S. 69.)

Und das Ergebnis? Es ist noch kein Monat verstrichen, seitdem Trotzki am 25. Dezember mit der „breiten Diskussion" begonnen hat, und es wird sich unter hundert verantwortlichen Parteiarbeitern kaum einer finden, dem diese Diskussion nicht zum Halse heraushinge, der ihre Zwecklosigkeit (wenn nicht noch Schlimmeres) nicht erkannt hätte. Denn Trotzki hat der Partei Zeit geraubt mit einem Streit um Worte, um schlechte Thesen, und als Behandlung „hinter verschlossener Tür" hat er gerade die *sachliche*, der Wirtschaft dienliche Behandlung in einer Kommission beschimpft, die sich die Aufgabe gestellt hätte, die praktischen Erfahrungen zu studieren und zu überprüfen, um aus diesen Erfahrungen zu lernen und in der wirklichen „Produktions"arbeit *vorwärtszuschreiten, anstatt zurück*, von der lebendigen Sache zur toten Scholastik aller möglichen „Produktionsatmosphären".

Man nehme das berüchtigte „Zusammenwachsen". Ich habe am 30. Dezember geraten, darüber eine Weile zu schweigen, denn wir haben unsere eigenen praktischen Erfahrungen *nicht studiert*: ohne diese Vorbedingung aber arten Auseinandersetzungen über das Zusammenwachsen unvermeidlich in Kannegießerei aus, in eine unnütze Ablenkung der Kräfte der Partei *von* der wirtschaftlichen Arbeit. Ich habe Trotzkis Thesen zu diesem Punkt mit dem Vorschlag, in die Volkswirtschaftsräte von einem

Drittel bis zur Hälfte oder von der Hälfte bis zu zwei Dritteln Vertreter der Gewerkschaften aufzunehmen, als bürokratische Projektemacherei bezeichnet.

Das hat Bucharin sehr gegen mich aufgebracht; er setzte mir, wie ich auf S. 49 des Berichts sehe, umständlich und eingehend auseinander, „daß Leute, wenn sie zusammenkommen und über etwas sprechen, sich nicht taubstumm stellen dürfen" (so steht es wortwörtlich auf der genannten Seite gedruckt!). Auch Trotzki wurde ärgerlich und rief aus:

„Ich bitte jeden von Ihnen, sich zu notieren, daß Gen. Lenin das an dem und dem Tag als Bürokratismus bezeichnet hat, ich bin aber so vermessen vorauszusagen, daß es nach einigen Monaten zur Kenntnis und zur Richtschnur genommen werden wird, daß im Gesamtrussischen Zentralrat der Gewerkschaften und im Obersten Volkswirtschaftsrat, im Zentralkomitee des Metallarbeiterverbandes und in der Abteilung Metall usw. ein Drittel bis zur Hälfte Funktionäre sein sollen, die beiden Körperschaften angehören ..." (S. 68.)

Als ich das gelesen hatte, ersuchte ich Gen. Miljutin (den stellvertretenden Vorsitzenden des Obersten Volkswirtschaftsrats) mir die *gedruckten* Berichte über die Frage des Zusammenwachsens zuzusenden. Ich dachte mir im stillen: Ich will mal anfangen, ganz sachte *unsere praktischen Erfahrungen zu studieren*, denn es ist unausstehlich langweilig, sich ins Blaue hinein, ohne Unterlagen, ohne Tatsachen mit „allgemeinem Parteigeschwätz" (ein Ausdruck Bucharins, S. 47, der wohl nicht minder zu einem „geflügelten Wort" werden wird wie das berühmte „Durchrütteln") zu befassen und sich Meinungsverschiedenheiten, Definitionen, „Produktionsdemokratien" aus den Fingern zu saugen.

Gen. Miljutin schickte mir einige Bücher, darunter den „Bericht des Obersten Volkswirtschaftsrats an den VIII. Gesamtrussischen Sowjetkongreß" (Moskau 1920; Vorwort datiert vom 19. Dezember 1920). Auf S. 14 ist hier eine Tabelle angeführt, die den Grad der Beteiligung der Arbeiter an den Verwaltungsorganen zeigt. Nachstehend diese kleine Tabelle (die nur einen Teil der Gouvernements-Volkswirtschaftsräte und Betriebe umfaßt):

Verwaltungsapparat	Gesamtzahl	Davon Arbeiter	In Prozenten	Spezialisten	In Prozenten	Angestellte u. a.	In Prozenten
Präsidium des Obersten Volkswirtschaftsrats und der Gouvernements-Volkswirtschaftsräte	187	107	57,2	22	11,8	58	31,0
Kollegien der Hauptverwaltungen, Abteilungen, Zentral- und Hauptstellen	140	72	51,4	31	22,2	37	26,4
Kollegial und einzelverantwortlich geleitete Fabrik- und Werkverwaltungen	1143	726	63,5	398	34,8	19	1,7
Insgesamt	1470	905	61,6	451	30,7	114	7,7

Somit macht schon jetzt die Beteiligung der Arbeiter im Durchschnitt 61,6 Prozent aus, d. h., sie kommt zwei Dritteln näher als der Hälfte! Der bürokratisch-projektemacherische Charakter dessen, was Gen. Trotzki darüber in den Thesen geschrieben hat, ist *bereits bewiesen*. Reden, streiten, Plattformen schreiben über „ein Drittel bis zur Hälfte" oder „die Hälfte bis zu zwei Dritteln" – alles das ist ödestes „allgemeines Parteigeschwätz", eine Ablenkung der Kräfte und Mittel, der Aufmerksamkeit und Zeit von der Arbeit in der *Produktion*, pure Politikasterei ohne ernsthaften Inhalt. In der Kommission dagegen, wo sich Leute mit Erfahrung zusammengefunden hätten, wo man sich nicht darauf eingelassen hätte, Thesen zu schreiben, ohne die Tatsachen studiert zu haben, hätte man sich in sachdienlicher Weise damit befassen können, die Erfahrungen zu überprüfen, nun, sagen wir, ein paar Dutzend Leute (unter den tausend „beiden Körperschaften angehörenden Funktionären") zu befragen, ihre Eindrücke und Schlußfolgerungen mit den objektiven Daten der Statistik zu vergleichen und zu versuchen, sachliche, praktische Anhaltspunkte für die *Zukunft* zu gewinnen: ob man bei bestimmten, aus der Erfahrung gewonnenen Ergebnissen sofort in der gleichen Richtung vorwärtsschreiten oder ob man und wie man konkret die Richtung, die Methoden, das Herangehen etwas ändern soll, oder ob man im Interesse der Sache haltmachen, die Erfahrungen wieder und wieder überprüfen, manches vielleicht umstellen soll usw. usf.

Genossen, ein echter „Wirtschaftler" (es sei auch mir gestattet, mich ein wenig mit „Produktionspropaganda" zu befassen!) weiß, daß sich die Kapitalisten und Organisatoren von Trusts selbst in den fortgeschrittensten Ländern jahrelang, manchmal zehn Jahre und noch länger, mit dem Studium und der Prüfung ihrer eigenen (und der fremden) praktischen Erfahrungen befaßt haben und dabei das Angefangene berichtigten, umänderten, auf Altes zurückgriffen, viele Male Korrekturen vornahmen, um für das betreffende Unternehmen ein vollauf geeignetes System der Leitung, der Auslese höherer und unterer Verwaltungsbeamter usw. ausfindig zu machen. So war es unter dem Kapitalismus, der sich in der ganzen zivilisierten Welt in seiner Wirtschaftsarbeit auf die *Erfahrungen und Gewohnheiten von Jahrhunderten* stützte. Wir aber bauen auf einem neuen Boden, der einer höchst langwierigen, zähen und geduldigen Arbeit zur Umbildung der Gewohnheiten bedarf, die uns der Kapitalismus als Erbschaft hinterlassen hat und deren Umgestaltung sich nur ganz allmählich vollziehen kann. So an diese Frage herangehen zu wollen, wie Trotzki es tut, ist grundfalsch. „Sind denn", rief er in der Rede vom 30. Dezember aus, „sind denn unsere Arbeiter, die Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre, auf dem Gebiet der Produktion geschult? Ja oder nein? Ich antworte: nein!" (S. 29.) An eine solche Frage so heranzugehen ist lächerlich. Das ist genauso, als würde man fragen: Gibt es in der und der Division eine hinreichende Menge von Filzstiefeln? Ja oder nein?

Wir werden sicher auch noch in zehn Jahren sagen müssen, daß nicht alle Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre auf dem Gebiet der Produktion genügend geschult sind. Ebenso wie nach zehn Jahren nicht alle Funktionäre der Partei, der Gewerkschaften und des Militärressorts militärisch genügend geschult sein werden. Aber der *Anfang* der Produktionsschulung ist bei uns dadurch geschaffen, daß ungefähr tausend Arbeiter, Mitglieder und Delegierte der Gewerkschaften, an der Verwaltung teilnehmen und in den Leitungen von Betrieben, Hauptverwaltungen und höher tätig sind. Das Grundprinzip der „Produktionsschulung", der Schulung *unser selbst*, der alten illegalen Parteiarbeiter und Berufsjournalisten, besteht darin, daß wir selbst darangehen und die anderen lehren daranzugehen, höchst aufmerksam und eingehend unsere eigenen praktischen Erfahrungen zu studieren nach dem Grundsatz: „Siebenmal abmessen, einmal abschneiden". Beharrlich, langsam, behutsam, sachlich, sachkundig überprüfen, was

diese Tausend geleistet haben, noch behutsamer und sachkundiger ihre Arbeit berichtigen, und erst weiterschreiten, wenn der Nutzen der betreffenden Methode, des betreffenden Verwaltungssystems, der betreffenden Proportion, der betreffenden Auslese von Personen usw. vollauf bewiesen ist. Das ist die hauptsächliche, grundlegende, unbedingte Regel der „Produktionsschulung", und gerade diese Regel verletzt Gen. Trotzki durch alle seine Thesen, durch sein ganzes Herangehen an die Frage. Alle Thesen, die ganze Plattformbroschüre des Gen. Trotzki sind gerade derart, daß sie durch ihre Fehler die Aufmerksamkeit und die Kräfte der Partei von der sachlichen „Produktions"arbeit auf leere, inhaltslose Wortgefechte abgelenkt haben.

DIALEKTIK UND EKLEKTIZISMUS „SCHULE" UND „APPARAT"

Zu den zahlreichen wertvollen Eigenschaften des Gen. Bucharin gehört seine theoretische Befähigung und sein Interesse dafür, in jeder Frage den theoretischen Wurzeln nachzuspüren. Das ist eine sehr wertvolle Eigenschaft, denn man kann sich über einen Fehler, auch einen politischen Fehler, nicht vollständig klarwerden, wenn man nicht die theoretischen Wurzeln des Fehlers bei demjenigen, der den Fehler macht, aufspürt und dabei von bestimmten, bewußt von ihm akzeptierten Grundsätzen ausgeht.

Gemäß diesem seinem Streben nach theoretischer Vertiefung der Frage verlegt Gen. Bucharin, beginnend mit der Diskussion vom 30. Dezember, wenn nicht noch früher, den Streit eben auf das erwähnte Gebiet.

„Ich halte es für absolut notwendig", führte Gen. Bucharin am 30. Dezember aus, „– darin besteht das theoretische Wesen dessen, was hier als ‚Pufferfraktion' oder als deren Ideologie bezeichnet wird –, und mir scheint es ganz unanfechtbar zu sein, daß man weder dieses politische noch dieses wirtschaftliche Moment ausschalten darf . . ." (S. 47.)

Das theoretische Wesen des Fehlers, den Gen. Bucharin hier macht, besteht darin, daß er die dialektische Wechselbeziehung zwischen Politik und Ökonomik (die uns der Marxismus lehrt) durch Eklektizismus ersetzt. „Sowohl das eine als auch das andere", „einerseits – anderseits" –

das ist die theoretische Position Bucharins. Das ist eben Eklektizismus. Die Dialektik erheischt die allseitige Berücksichtigung der Wechselbeziehungen in ihrer konkreten Entwicklung, nicht aber das Herausreißen eines Stückchens von diesem, eines Stückchens von jenem. An dem Beispiel von Politik und Ökonomik habe ich das bereits gezeigt.

An dem Beispiel des „Puffers" ist das ebenso unzweifelhaft. Ein Puffer ist nützlich und notwendig, wenn der Parteizug auf abschüssiger Bahn zu entgleisen droht. Unbestreitbar. Bucharin hat die „Puffer"aufgabe eklektisch gestellt, indem er ein Stückchen von Sinowjew, ein Stückchen von Trotzki nahm. Bucharin hätte als „Puffermann" selbständig bestimmen müssen, wo, wann, worin der eine oder andere, die einen oder anderen einen Fehler machen, einen theoretischen Fehler oder einen Fehler politischer Taktlosigkeit oder einen Fehler fraktionellen Auftretens oder einen Fehler der Übertreibung usw., und hätte *mit aller Kraft* über *jeden* derartigen Fehler herfallen müssen. Bucharin hat diese seine Aufgabe eines „Puffers" nicht begriffen. Dafür einen anschaulichen Beweis:

Die kommunistische Fraktion des Petrograder Büros des Zektran (des Zentralkomitees des Verbandes der Eisenbahn- und Schiffahrtsarbeiter), einer Organisation, die mit Trotzki sympathisiert und ausdrücklich erklärt, daß ihrer Meinung nach „in der grundlegenden Frage der Rolle der Gewerkschaften in der Produktion die Positionen der Genossen Trotzki und Bucharin Spielarten ein und desselben Standpunktes darstellen", hat in Petrograd das von Gen. Bucharin am 3. Januar 1921 in Petrograd gehaltene Korreferat als Broschüre herausgegeben (N. Bucharin, „Über die Aufgaben der Gewerkschaften", Petrograd 1921). In diesem Korreferat lesen wir:

„Ursprünglich formulierte Gen. Trotzki so, daß man die Leitungen der Gewerkschaften auswechseln, daß man entsprechende Genossen auslesen müsse usw., noch früher vertrat er sogar den Standpunkt des ‚Durchrüttelns', wovon er jetzt abgekommen ist, und deshalb ist es absolut unsinnig, das ‚Durchrütteln' als Argument gegen Gen. Trotzki vorzubringen." (S. 5.)

Ich will nicht auf die zahlreichen faktischen Ungenauigkeiten dieser Darlegung eingehen. (Das Schlagwort „Durchrütteln" gebrauchte Trotzki auf der V. Gesamtrussischen Gewerkschaftskonferenz, die vom 2. bis 6. November stattfand. Über die „Auslese des leitenden Personals" sprach Trotzki in Punkt 5 seiner von ihm am 8. November dem ZK vorgelegten

Thesen, die übrigens von irgendeinem Anhänger Trotzkis als Flugschrift herausgegeben wurden. Trotzkis ganze Broschüre „Die Rolle und die Aufgaben der Gewerkschaften" vom 25. Dezember ist von der gleichen Denkweise, von dem gleichen Geist durchdrungen, worauf ich schon früher hingewiesen habe. Wo und worin sich gezeigt haben soll, daß er davon „abgekommen" sei, ist gänzlich unbekannt.) Mein Thema ist augenblicklich ein anderes. Ist der „Puffer" eklektisch, so übergeht er die einen Fehler und erwähnt die anderen; so verschweigt er die Fehler vom 30. Dezember 1920, die in Moskau vor Tausenden von Parteiarbeitern der KPR aus ganz Rußland begangen wurden, und spricht über die in Petrograd am 3. Januar 1921 begangenen Fehler. Ist der „Puffer" dialektisch, so greift er mit seiner ganzen Kraft jeden Fehler an, den er auf beiden Seiten bzw. auf allen Seiten entdeckt. Gerade das tut aber Bucharin nicht. Er versucht nicht einmal, die Broschüre Trotzkis vom Standpunkt der Politik des Durchrüttelns zu analysieren. *Er schweigt sich einfach darüber aus.* Kein Wunder, daß die Art, wie der Puffer seine Rolle spielt, allgemeines Gelächter auslöst.

Weiter. In derselben Petrograder Rede Bucharins lesen wir auf S. 7:

„Der Fehler des Gen. Trotzki besteht darin, daß er das Moment der Schule des Kommunismus nicht genügend verficht."

In der Diskussion vom 30. Dezember stellt Bucharin folgende Betrachtung an:

„Gen. Sinowjew sprach davon, daß die Gewerkschaften eine Schule des Kommunismus sind, Trotzki aber sagte, daß sie ein administrativ-technischer Apparat zur Leitung der Produktion sind. Ich sehe keinerlei logische Gründe, die dafür sprächen, daß das eine oder das andere nicht richtig wäre: richtig sind diese beiden Thesen und die Vereinigung dieser beiden Thesen." (S. 48.)

Der gleiche Gedanke ist in der These 6 von Bucharin und seiner „Gruppe" oder „Fraktion" enthalten: „... einerseits sind sie (die Gewerkschaften) eine Schule des Kommunismus ..., anderseits sind sie – und zwar in zunehmendem Maße – ein Bestandteil des Wirtschaftsapparats und des Apparats der Staatsgewalt überhaupt ..." („Prawda" vom 16. Januar.)

Hierin besteht eben der grundlegende theoretische Fehler des Gen. Bucharin, die Ersetzung der Dialektik des Marxismus durch den Eklek-

tizismus (der unter den Verfassern der verschiedenen „modischen" und reaktionären philosophischen Systeme besonders verbreitet ist).

Gen. Bucharin spricht von „logischen" Gründen. Seine ganze Argumentation zeigt, daß er hier – vielleicht unbewußt – auf dem Standpunkt der formalen oder scholastischen Logik, nicht aber der dialektischen oder marxistischen Logik steht. Um das zu zeigen, will ich mit einem ganz einfachen, von Gen. Bucharin selbst angeführten Beispiel beginnen. In der Diskussion vom 30. Dezember sagte er:

„Genossen, auf viele von Ihnen machen die hier vor sich gehenden Auseinandersetzungen etwa folgenden Eindruck: Da kommen zwei Menschen und fragen einander, was das Trinkglas ist, das auf dem Rednerpult steht. Der eine sagt: ‚Das ist ein Glaszylinder, und jeden soll der Bannfluch treffen, der sagt, daß dem nicht so ist!' Der zweite sagt: ‚Das Glas, das ist ein Trinkgefäß, und jeden soll der Bannfluch treffen, der sagt, daß dem nicht so ist.'" (S. 46.)

Durch dieses Beispiel wollte mir Bucharin, wie der Leser sieht, in populärer Weise erklären, wie schädlich Einseitigkeit ist. Ich nehme diese Erläuterung dankbar entgegen, und um meine Dankbarkeit durch die Tat zu beweisen, antworte ich mit einer populären Erklärung dessen, was Eklektizismus zum Unterschied von Dialektik ist.

Ein Glas ist unstreitig sowohl ein Glaszylinder als auch ein Trinkgefäß. Das Glas besitzt aber nicht nur diese zwei Merkmale oder Eigenschaften oder Seiten, sondern eine unendliche Zahl anderer Merkmale, Eigenschaften, Seiten, Wechselbeziehungen und „Vermittelungen" mit der gesamten übrigen Welt. Ein Glas ist ein schwerer Gegenstand, der ein Wurfinstrument sein kann. Ein Glas kann als Briefbeschwerer, als Behälter für einen gefangenen Schmetterling dienen, ein Glas kann von Wert sein als Gegenstand mit künstlerischer Gravierung oder Zeichnung, ganz unabhängig davon, ob es sich zum Trinken eignet, ob es aus Glas gefertigt, ob seine Form zylindrisch oder nicht ganz zylindrisch ist, und so weiter und dergleichen mehr.

Weiter. Brauche ich jetzt ein Glas als Trinkgefäß, so ist es für mich absolut unwichtig zu wissen, ob seine Form ganz zylindrisch und ob es wirklich aus Glas gefertigt ist, dagegen ist es wichtig, daß der Boden keinen Sprung aufweist, daß man sich nicht die Lippen verletzt, wenn man dieses Glas benutzt, usw. Brauche ich dagegen ein Glas nicht zum Trinken, sondern zu einer Verwendung, für die jeder Glaszylinder taugt, so genügt

mir auch ein Glas mit einem Sprung im Boden oder sogar ganz ohne Boden usw.

Die formale Logik, auf die man sich in den Schulen beschränkt (und in den unteren Schulklassen – mit gewissen Korrekturen – beschränken muß), nimmt die formalen Definitionen, wobei sie sich von dem leiten läßt, was am üblichsten ist oder was am häufigsten in die Augen springt, und beschränkt sich darauf. Nimmt man dabei zwei oder mehrere verschiedene Definitionen und vereinigt diese ganz zufällig (sowohl Glaszylinder wie auch Trinkgefäß), so erhalten wir eine eklektische Definition, die auf verschiedene Seiten des Gegenstandes hinweist und sonst nichts.

Die dialektische Logik verlangt, daß wir weitergehen. Um einen Gegenstand wirklich zu kennen, muß man alle seine Seiten, alle Zusammenhänge und „Vermittelungen" erfassen und erforschen. Wir werden das niemals vollständig erreichen, die Forderung der Allseitigkeit wird uns aber vor Fehlern und vor Erstarrung bewahren. Das zum ersten. Zweitens verlangt die dialektische Logik, daß man den Gegenstand in seiner Entwicklung, in seiner „Selbstbewegung" (wie Hegel manchmal sagt), in seiner Veränderung betrachte. In bezug auf das Glas ist das nicht ohne weiteres klar, aber auch ein Glas bleibt nicht unverändert, besonders aber ändert sich die Bestimmung des Glases, seine Verwendung, sein *Zusammenhang* mit der Umwelt. Drittens muß in die vollständige „Definition" eines Gegenstandes die ganze menschliche Praxis sowohl als Kriterium der Wahrheit wie auch als praktische Determinante des Zusammenhangs eines Gegenstandes mit dem, was der Mensch braucht, eingehen. Viertens lehrt die dialektische Logik, daß es „eine abstrakte Wahrheit nicht gibt, daß die Wahrheit immer konkret ist", wie der verstorbene Plechanow – mit Hegel – zu sagen pflegte. (Nebenbei bemerkt, halte ich es für angebracht, die jungen Parteimitglieder darauf aufmerksam zu machen, daß man ein bewußter, *wahrer* Kommunist *nicht* werden kann, ohne alles, was Plechanow über Philosophie geschrieben hat, zu studieren – ich betone, zu *studieren* –, denn es ist das Beste in der ganzen internationalen marxistischen Literatur.)*

* Beiläufig. Man kann nicht umhin, erstens den Wunsch auszusprechen, daß bei der jetzt erscheinenden Ausgabe der Werke Plechanows sämtliche Artikel über Philosophie in einem besonderen Band oder in besonderen Bänden mit einem ganz ausführlichen Register usw. zusammengefaßt werden. Denn das

Ich habe selbstverständlich den Begriff der dialektischen Logik nicht erschöpft. Aber einstweilen dürfte auch das genügen. Nun können wir vom Glas zu den Gewerkschaften und zur Plattform Trotzkis übergehen.

„Einerseits eine Schule, anderseits ein Apparat", sagt Bucharin und schreibt er in seinen Thesen. Bei Trotzki liege der Fehler darin, daß er „das Moment der Schule nicht genügend verficht", bei Sinowjew hapere es mit dem „Moment" des Apparats.

Warum ist diese Betrachtung Bucharins toter und inhaltsloser Eklektizismus? Weil bei Bucharin auch nicht die Spur eines Versuchs zu finden ist, selbständig, von seinem Standpunkt aus, sowohl die ganze Geschichte des gegebenen Streites (der Marxismus, *das heißt* die dialektische Logik, erfordert das unbedingt) als auch das ganze Herangehen an die Frage, die ganze Fragestellung – oder, wenn Sie wollen, die ganze Richtung der Fragestellung – in der gegebenen Zeit, unter den gegebenen konkreten Umständen zu analysieren. Nicht die Spur eines Versuchs hierzu bei Bucharin! Er geht ohne das geringste konkrete Studium, mit bloßen Abstraktionen heran und nimmt ein Stückchen von Sinowjew, ein Stückchen von Trotzki. Das ist Eklektizismus.

Um das noch anschaulicher zu erläutern, will ich ein Beispiel anführen. Ich weiß rein nichts über die Aufständischen und die Revolutionäre Südchinas (abgesehen von zwei, drei Artikeln Sun Yat-sens und einigen Büchern und Zeitungsartikeln, die ich vor vielen Jahren gelesen habe). Da sich dort Aufstände abspielen, so gibt es wahrscheinlich auch Streitigkeiten zwischen dem Chinesen Nr. 1, der sagt, der Aufstand sei das Produkt eines äußerst zugespitzten Klassenkampfes, der die ganze Nation ergriffen habe, und dem Chinesen Nr. 2, der sagt, der Aufstand sei eine Kunst. Ohne mehr zu wissen, kann ich Thesen abfassen ähnlich denen Bucharins: „einerseits ... anderseits". Der eine habe das „Moment der Kunst", der andere das „Moment der Zuspitzung" nicht genügend berücksichtigt usw. Das wäre toter und inhaltsloser Eklektizismus, denn es fehlt das *konkrete*

---

muß in die Reihe der obligatorischen Lehrbücher des Kommunismus aufgenommen werden. Zweitens sollte der Arbeiterstaat meines Erachtens von den Philosophieprofessoren verlangen, daß sie Plechanows Darlegung der marxistischen Philosophie kennen und es verstehen, den Studierenden diese Kenntnis zu vermitteln. Doch das alles ist schon ein Abweichen von der „Propaganda" zum „Administrieren".

Studium des *gegebenen* Streites, der gegebenen Frage, des gegebenen Herangehens an sie usw.

Die Gewerkschaften sind, von der einen Seite betrachtet, eine Schule, von der anderen – ein Apparat, von der dritten – eine Organisation der Werktätigen, von der vierten – eine Organisation fast ausschließlich von Industriearbeitern, von der fünften – eine Organisation nach Produktionszweigen* usw. usf. Von irgendwelcher Begründung, von irgendwelcher selbständigen Analyse, um zu beweisen, warum man die ersten zwei „Seiten" der Frage oder des Gegenstands und nicht die dritte, die vierte, die fünfte usw. nehmen muß, ist bei Bucharin auch nicht die geringste Spur zu finden. Darum sind auch die Thesen der Bucharingruppe eine durch und durch eklektische Hohlheit. Bucharin stellt die ganze Frage der Wechselbeziehungen von „Schule" und „Apparat" grundfalsch, nämlich eklektisch.

Um diese Frage richtig zu stellen, muß man von den leeren Abstraktionen zu dem konkreten, d. h. zu dem gegebenen Streitfall übergehen. Man betrachte diesen Streit, wie man will, ob nun so, wie er auf der V. Gesamtrussischen Gewerkschaftskonferenz entstanden ist, oder so, wie ihn Trotzki selbst durch seine Plattformbroschüre vom 25. Dezember aufgerollt und *gelenkt* hat, und man wird sehen, daß das *ganze* Herangehen Trotzkis, seine ganze Richtung falsch ist. Er hat nicht begriffen, daß man an die Gewerkschaften als an eine Schule herangehen muß und kann, sowohl dann, wenn man das Thema des „sowjetischen Trade-Unionismus" aufwirft, als auch dann, wenn man von Produktionspropaganda überhaupt spricht, und dann, wenn man die Frage *so* stellt wie Trotzki, als Frage des „Zusammenwachsens", der Teilnahme der Gewerkschaften an der Leitung der Produktion. In dieser letzten Frage, so, wie sie in der ganzen Plattformbroschüre Trotzkis gestellt ist, liegt die Unrichtigkeit im Nichtverstehen der Tatsache, daß die Gewerkschaften eine *Schule der administrativ-technischen Leitung der Produktion* sind. Nicht „einerseits eine Schule, anderseits irgend etwas anderes", sondern *von allen Seiten* be-

* Übrigens ist Trotzki auch hier ein Fehler unterlaufen. Er glaubt, Produktionsverband bedeute einen Verband, der die Produktion zu beherrschen hat. Das ist nicht richtig. Produktionsverband heißt ein Verband, der die Arbeiter nach Produktionszweigen organisiert, was bei dem (sowohl in Rußland als auch in der ganzen Welt) vorhandenen Niveau der Technik und der Kultur unumgänglich ist.

trachtet – im gegebenen Streit, bei der gegebenen Fragestellung Trotzkis – *sind die Gewerkschaften eine Schule*, eine Schule des Zusammenschlusses, eine Schule der Solidarität, eine Schule des Schutzes der eigenen Interessen, eine Schule des Wirtschaftens, eine Schule des Verwaltens. Anstatt diesen grundlegenden Fehler des Gen. Trotzki zu begreifen und zu berichtigen, hat Gen. Bucharin die lächerliche kleine Korrektur vorgenommen: „einerseits – anderseits".

Kommen wir noch konkreter und näher an die Frage heran. Sehen wir uns an, was die jetzigen Gewerkschaften als „Apparat" der Leitung der Produktion darstellen. Wir haben gesehen: nach unvollständigen Angaben sind ungefähr 900 Arbeiter, Mitglieder und Delegierte der Gewerkschaften, leitend in der Produktion tätig. Vergrößern Sie diese Zahl, wenn Sie wollen, selbst auf das Zehnfache, selbst auf das Hundertfache, nehmen wir sogar, als Zugeständnis an Sie und zur Erklärung Ihres grundlegenden Fehlers, eine derart unwahrscheinliche Schnelligkeit des „Voranschreitens" in der nächsten Zeit an, so erhalten wir dennoch einen verschwindend kleinen Bruchteil von unmittelbar *Leitenden* im Vergleich zu der gesamten Sechsmillionenmasse der Gewerkschaftsmitglieder. Und daraus ist noch klarer ersichtlich, daß es heißt, einen grundlegenden Fehler zu begehen, wenn man, wie Trotzki es tut, die ganze Aufmerksamkeit auf die „führende Schicht" lenkt, wenn man von der Rolle der Gewerkschaften in der Produktion und von der Leitung der Produktion spricht, ohne zu berücksichtigen, daß 98,5 Prozent *lernen* (6000000 – 90000 = 5910000 = 98,5 Prozent der Gesamtzahl) *und noch lange lernen müssen*. Nicht Schule *und* Verwaltung, sondern *S c h u l e der Verwaltung*.

Gen. Trotzki hat sich, als er am 30. Dezember gegen Sinowjew polemisierte und ihm – ohne jeden Beweis und völlig zu Unrecht – vorwarf, er lehne die „Ernennungsmethode" ab, d. h. bestreite das Recht und die Pflicht des ZK, Ernennungen vorzunehmen, ungewollt eine äußerst charakteristische Gegenüberstellung entschlüpfen lassen:

„Sinowjew", sagte er, „geht an jede praktische, sachliche Frage zu propagandistisch heran und vergißt, daß hier nicht nur Material für Agitation vorliegt, sondern auch eine Frage, die administrativ entschieden werden muß." (S. 27.)

Ich werde sofort ausführlich auseinandersetzen, wie ein administratives Herangehen an die gegebene Frage beschaffen sein *könnte*. Aber darin

besteht ja gerade der grundlegende Fehler des Gen. Trotzki, daß er *an diejenigen Fragen*, die er selber in seiner Plattformbroschüre gestellt hat, als *Administrator* heranging (richtiger gesagt, sich auf sie stürzte), während er an *diese* Fragen *einzig und allein als Propagandist* hätte herangehen können und müssen.

In der Tat. Was ist das Gute bei Trotzki? Nicht in seinen Thesen, sondern in seinen *Reden* – besonders, wenn er seine mißlungene Polemik gegen den angeblich „konservativen" Flügel der Gewerkschaften vergißt – ist die *Produktionspropaganda* zweifellos gut und nützlich. Bei sachlicher „wirtschaftlicher" Arbeit in der Gewerkschaftskommission, durch Auftreten in Wort und Schrift als Teilnehmer und Mitarbeiter des Gesamtrussischen Büros für Produktionspropaganda hätte Gen. Trotzki zweifellos der Sache keinen geringen Nutzen gebracht (und wird ihn zweifellos noch bringen). Ein Fehler sind die „Plattformthesen". Wie ein roter Faden zieht sich durch sie das Herangehen eines Administrators an die „Krise" in der Gewerkschaftsorganisation, an die „zwei Tendenzen" in den Gewerkschaften, an die Auslegung des Programms der KPR, an den „sowjetischen Trade-Unionismus", an die „Produktionsschulung", an das „Zusammenwachsen". Ich habe soeben alle Hauptthemen der „Plattform" Trotzkis aufgezählt, und gerade an diese Themen kann gegenwärtig, bei dem Material, über das Trotzki verfügt, richtig einzig und allein propagandistisch herangegangen werden.

Der Staat ist das Gebiet des Zwanges. Es wäre Wahnwitz, wollte man auf den Zwang verzichten, besonders in der Epoche der Diktatur des Proletariats. „Administrieren" und administratives Herangehen an die Dinge sind hier unerläßlich. Die Partei ist die unmittelbar regierende Vorhut des Proletariats, sie ist der Führer. Ausschluß aus der Partei, nicht aber Zwang, ist das spezifische Mittel der Einwirkung, das Mittel zur Reinhaltung und Stählung der Vorhut. Die Gewerkschaften sind das Reservoir der Staatsmacht, eine Schule des Kommunismus, eine Schule des Wirtschaftens. Auf diesem Gebiet ist das Spezifische und Wichtigste *nicht* die Verwaltung, *sondern* die *„Verbindung" „zwischen* der zentralen" (und natürlich auch der örtlichen) „Staatsverwaltung, der Volkswirtschaft und den *breiten Massen* der Werktätigen" (wie es in unserem Parteiprogramm, Paragraph 5 des wirtschaftlichen Teils, der den Gewerkschaften gewidmet ist, heißt).

Wie ein roter Faden zieht sich durch die ganze Plattformbroschüre Trotzkis die Unrichtigkeit der ganzen Fragestellung, das Nichtverstehen dieser Wechselbeziehungen.

Man stelle sich vor, Trotzki hätte dieses berüchtigte „Zusammenwachsen" im Zusammenhang mit den übrigen Themen seiner Plattform ausgearbeitet und wäre dabei an die ganze Frage von einer anderen Seite herangegangen. Man stelle sich vor, seine Broschüre wäre ganz der Aufgabe gewidmet gewesen, sagen wir, in 90 von 900 Fällen eingehend das „Zusammenwachsen" zu untersuchen, die gleichzeitige Ausübung von Funktionen zur Leitung der Industrie im Obersten Volkswirtschaftsrat und von Wahlfunktionen in den Gewerkschaften, die Vereinigung solcher Funktionen in der Hand von Gewerkschaftsmitgliedern und ständigen Funktionären der Gewerkschaftsbewegung. Man stelle sich vor, diese 90 Fälle wären analysiert worden zugleich mit den Daten einer statistischen Teilerhebung, mit den Referaten und Berichten der Revisoren und Instrukteure der Arbeiter- und Bauerninspektion sowie der entsprechenden Volkskommissariate, d. h., sie wären analysiert worden an Hand der Unterlagen der Verwaltungsbehörden, analysiert vom Standpunkt der Ergebnisse, der Resultate der Arbeit, der Erfolge der Produktion usw. Ein solches Herangehen an die Sache wäre ein richtiges administratives Herangehen gewesen und hätte durchaus die Linie des „Durchrüttelns" gerechtfertigt, d. h. die Lenkung der Aufmerksamkeit darauf, wer abgesetzt, wer versetzt, wer ernannt werden soll, welche Anforderungen sofort an die „führende Schicht" zu stellen sind. Wenn Bucharin in seiner von den Zektranleuten herausgegebenen Petrograder Rede vom 3. Januar gesagt hat, daß Trotzki früher auf dem Standpunkt des „Durchrüttelns" gestanden habe, jetzt aber davon abgekommen sei, so verfällt Bucharin auch hier in einen praktisch lachhaften und theoretisch für einen Marxisten völlig unzulässigen Eklektizismus. Bucharin stellt die Frage abstrakt und versteht nicht (oder wünscht nicht), konkret an sie heranzugehen. Solange wir, das ZK der Partei und die ganze Partei, administrieren, d. h. den Staat leiten, werden und können wir niemals auf ein „Durchrütteln", d. h. auf Absetzungen, Versetzungen, Ernennungen, Entlassungen usw. verzichten. Aber in der Plattformbroschüre Trotzkis ist ja gar kein solches Material verwandt, ist gar keine „praktische, sachliche Frage" gestellt worden. Nicht über eine „praktische, sachliche Frage" diskutierten Sinowjew

und Trotzki, diskutiere ich mit Bucharin, diskutiert die ganze Partei, sondern über die Frage der „*Tendenzen* in der Gewerkschaftsbewegung" (These 4, Schluß, bei Trotzki).

Das ist ihrem Wesen nach eine politische Frage. Eine Berichtigung des Fehlers Trotzkis durch eklektische kleine Abänderungen und Zusätze, wie das Bucharin will, der selbstverständlich von den humansten Gefühlen und Absichten erfüllt ist, ist dem Wesen der Sache – der gegebenen, konkreten „Sache" – nach unmöglich.

Hier kann es nur *eine* Entscheidung geben.

Die politische Frage der „Tendenzen in der Gewerkschaftsbewegung", der Wechselbeziehungen der Klassen, der Wechselbeziehungen von Politik und Ökonomik, der spezifischen Rolle des Staates, der Partei, der Gewerkschaften – als „Schule" und als Apparat usw. – richtig lösen. Das ist das erste.

Das zweite: auf Grund der richtigen politischen Lösung eine Produktionspropaganda durchführen, richtiger gesagt, eine anhaltende, systematische, beharrliche, geduldige, vielseitige, wiederholte Produktionspropaganda auf lange Sicht treiben, und zwar im Staatsmaßstab, im Namen und unter der Leitung einer staatlichen Institution.

Das dritte: die „praktischen, sachlichen Fragen" nicht vermengen mit den Streitigkeiten über Tendenzen, die (nämlich die Streitigkeiten) ein Vorrecht „allgemeinen Parteigeschwätzes" und breiter Diskussionen bilden, sondern sie auf sachliche Weise in sachlichen Kommissionen stellen, mit Befragung von Zeugen, Studium der Referate, der Berichte, der Statistik, und auf Grund alles dessen – nur auf Grund alles dessen, nur unter solchen Bedingungen –, nur auf Beschluß des betreffenden Sowjet- oder Parteiorgans oder beider dieser Organe „durchrütteln".

Bei Trotzki und Bucharin aber ist ein Mischmasch aus politischen Fehlern im Herangehen an die Frage entstanden, sie unterbrechen die Transmission, reißen die Treibriemen mitten durch, werfen oder stürzen sich auf das „Administrieren" ins Blaue hinein, im Leerlauf. Die „theoretische" Quelle des Fehlers – da Bucharin mit seinem „Glas" nun einmal die Frage nach der theoretischen Quelle gestellt hat – ist klar. Der theoretische – im gegebenen Fall gnoseologische – Fehler Bucharins besteht darin, daß er Dialektik durch Eklektik ersetzt. Durch seine eklektische Fragestellung hat sich Bucharin völlig verheddert und bis zum Syndikalismus verstiegen.

Trotzkis Fehler sind: Einseitigkeit, Sichhinreißenlassen, Übertreibung, Starrsinn. Trotzkis Plattform besteht darin, daß das Glas ein Trinkgefäß ist, während das betreffende Glas gar keinen Boden hat.

SCHLUSS

Es bleibt mir nur noch, kurz einige Punkte zu streifen, deren stillschweigendes Übergehen Anlaß zu Mißverständnissen geben könnte.

In These 6 seiner „Plattform" hat Gen. Trotzki Paragraph 5 des wirtschaftlichen Teils des Programms der KPR, wo von den Gewerkschaften die Rede ist, angeführt. Zwei Seiten weiter, in These 8, erklärt Gen. Trotzki:

„Die Gewerkschaften, die die alte Grundlage ihrer Existenz, den wirtschaftlichen Klassenkampf, eingebüßt haben ..." (das ist falsch, das ist eine voreilige Übertreibung: wohl haben die Gewerkschaften eine solche Grundlage wie den wirtschaftlichen *Klassen*kampf eingebüßt, aber sie haben noch lange nicht eine solche Grundlage eingebüßt, und werden sie leider auf lange Jahre hinaus nicht einbüßen können, wie den *nicht-klassenmäßigen* „wirtschaftlichen Kampf" im Sinne des Kampfes gegen die bürokratischen Auswüchse des Sowjetapparates, im Sinne der Wahrnehmung der materiellen und geistigen Interessen der Masse der Werktätigen durch Mittel und Wege, die diesem Apparat unzugänglich sind, usw.) „... haben es infolge einer Reihe von Bedingungen noch nicht fertiggebracht, in ihren Reihen die erforderlichen Kräfte zu sammeln und die notwendigen Methoden auszuarbeiten, die sie befähigen würden, die ihnen durch die proletarische Revolution gestellte und in unserem Programm formulierte neue Aufgabe zu lösen: *die Produktion zu organisieren.*" (Von Trotzki hervorgehoben, S. 9, These 8.)

Das ist wiederum eine voreilige Übertreibung, die den Keim einer großen Unrichtigkeit in sich trägt. Das Programm gibt keine derartige Formulierung und stellt den Gewerkschaften keine solche Aufgabe wie „die Produktion zu organisieren". Folgen wir Schritt für Schritt jedem Gedanken, jedem Satz unseres Parteiprogramms in derselben Reihenfolge, in der diese Sätze im Text des Programms stehen:

1. „Der Organisationsapparat" (nicht jeder Apparat) „der vergesellschafteten Industrie muß sich in erster Linie" (aber nicht ausschließlich)

„auf die Gewerkschaften stützen." 2. „Sie müssen sich immer mehr von der zünftlerischen Beschränktheit frei machen" (Wie sich frei machen? Unter der Führung der Partei und im Laufe der erzieherischen und jeder anderen Einwirkung des Proletariats auf die nichtproletarische werktätige Masse.) „und sich in große Produktionsverbände verwandeln, die die Mehrheit und mit der Zeit ausnahmslos alle Werktätigen des betreffenden Produktionszweiges erfassen."

Das ist der erste Teil des Abschnitts, der im Parteiprogramm den Gewerkschaften gewidmet ist. Wie man sieht, stellt dieser Teil gleich sehr *„strenge"* und eine sehr langwierige Arbeit erfordernde „Bedingungen" für das weitere. Weiter aber heißt es:

„Die Gewerkschaften, die bereits auf Grund der Gesetze der Sowjetrepublik und der eingebürgerten Praxis an allen lokalen und zentralen Verwaltungsorganen der Industrie teilnehmen ..." (wie man sieht, ein sehr vorsichtiges Wort: nur teilnehmen) „... müssen dahin gelangen, daß sie die ganze Leitung der gesamten Volkswirtschaft als eines einheitlichen wirtschaftlichen Ganzen tatsächlich in ihren Händen konzentrieren." (Wohlgemerkt: müssen dahin gelangen, daß sie die Leitung nicht von Industriezweigen und nicht der Industrie, sondern der gesamten Volkswirtschaft, und zwar als eines einheitlichen wirtschaftlichen Ganzen, tatsächlich in ihren Händen konzentrieren; diese Bedingung, eine ökonomische Bedingung, kann erst dann als wirklich erfüllt gelten, wenn die Kleinproduzenten sowohl in der Industrie als auch in der Landwirtschaft weniger als die Hälfte der Bevölkerung und der Volkswirtschaft ausmachen.) „Indem die Gewerkschaften auf solche Weise ..." (nämlich „auf solche Weise", die allmählich alle vorher aufgezeigten Bedingungen realisiert) „... eine unlösbare Verbindung zwischen der zentralen Staatsverwaltung, der Volkswirtschaft und den breiten Massen der Werktätigen gewährleisten, müssen sie die letzteren ..." (d. h. die Massen, d. h. die Mehrheit der Bevölkerung) „... in weitestem Ausmaß in die unmittelbare Arbeit der Wirtschaftsführung einbeziehen. Die Teilnahme der Gewerkschaften an der Wirtschaftsführung und die Heranziehung der breiten Massen zu dieser Arbeit durch sie ist zugleich das Hauptmittel des Kampfes gegen die Bürokratisierung des Wirtschaftsapparats der Sowjetmacht und gibt die Möglichkeit, eine wirkliche Volkskontrolle über die Ergebnisse der Produktion zu schaffen."

Also, im letzten Satz wieder der sehr vorsichtige Ausdruck: „Teilnahme an der Wirtschaftsführung", wieder der Hinweis auf die Heranziehung der breiten Massen als das hauptsächliche (aber nicht einzige) Kampfmittel gegen den Bürokratismus; und zum Schluß der doppelt vorsichtige Hinweis: *„gibt die Möglichkeit"*, eine *„Volks"*-, d. h. eine Arbeiter- und Bauern-, keineswegs nur eine proletarische, *„Kontrolle"* zu schaffen.

Aus alledem den Schluß zu ziehen, daß unser Parteiprogramm als Aufgabe der Gewerkschaften „formuliert" hätte, „die Produktion zu organisieren", ist offenkundig falsch. Und wenn man auf dieser falschen Auslegung besteht, sie in Thesenplattformen aufnimmt, so kann dabei nichts anderes herauskommen als eine antikommunistische, syndikalistische Abweichung.

Nebenbei bemerkt, schreibt Gen. Trotzki in seinen Thesen, daß „wir uns in der letzten Zeit dem im Programm gestellten Ziel nicht genähert, sondern von ihm entfernt haben" (S. 7, These 6). Das ist unbegründet und, glaube ich, unrichtig. Das läßt sich nicht dadurch beweisen, daß man sich, wie Trotzki es in der Diskussion getan hat, auf die Anerkennung dieser Tatsache durch die Gewerkschaften „selbst" beruft. Für die Partei ist das nicht die endgültige Instanz. Und überhaupt könnte das nur durch ein äußerst ernsthaftes objektives Studium einer großen Anzahl von Tatsachen bewiesen werden. Das erstens. Und zweitens bliebe, selbst wenn das bewiesen wäre, immer noch die Frage offen: weshalb haben wir uns entfernt? Deshalb, weil „viele Gewerkschafter" „sich gegen die neuen Aufgaben und Methoden sträuben", wie Trotzki glaubt, oder deshalb, weil „wir" es „noch nicht fertiggebracht haben, in unseren Reihen die erforderlichen Kräfte zu sammeln und die notwendigen Methoden auszuarbeiten", um gewisse unnötige und schädliche Auswüchse des Bürokratismus zu unterbinden und zu beseitigen.

Im Zusammenhang damit dürfte es angebracht sein, auf den Vorwurf einzugehen, den uns Gen. Bucharin am 30. Dezember gemacht (und den Trotzki gestern, am 24. Januar, in unserer Diskussion in der kommunistischen Fraktion des II. Verbandstags der Bergarbeiter wiederholt) hat, nämlich den Vorwurf „der Lossagung von der Linie, die der IX. Parteitag festlegte" (S. 46 des Berichts über die Diskussion vom 30. Dezember). Lenin sei auf dem IX. Parteitag für die Militarisierung der Arbeit eingetreten und habe über die Berufungen auf die Demokratie gespottet, jetzt

aber habe er sich davon „losgesagt". In seinem Schlußwort am 30. Dezember würzte Gen. Trotzki diesen Vorwurf sozusagen durch eine Prise Pfeffer: „Lenin berücksichtigt die Tatsache, daß sich in den Gewerkschaften... eine Gruppierung oppositionell gestimmter Genossen herausbildet" (S. 65); Lenin geht „unter einem diplomatischen Gesichtspunkt" heran (S. 69); „Lavieren innerhalb der Parteigruppierungen" (S. 70) usw. Diese Darstellung der Sache durch Gen. Trotzki ist natürlich sehr schmeichelhaft für Gen. Trotzki und alles andere als schmeichelhaft für mich. Betrachten wir jedoch die Tatsachen:

In derselben Diskussion am 30. Dezember stellten Trotzki und Krestinski die Tatsache fest, daß „Gen. Preobrashenski schon im Juli (1920) im ZK die Frage aufgeworfen hat, daß wir in bezug auf das innere Leben unserer Arbeiterorganisationen neue Bahnen einschlagen müssen" (S. 25). Im August verfaßte Gen. Sinowjew den Entwurf eines Briefes, und das ZK bestätigt den *Brief des ZK* über die Bekämpfung des Bürokratismus und die Erweiterung des Demokratismus. Im September wird die Frage auf der Parteikonferenz gestellt und deren Beschluß vom ZK bestätigt. Im Dezember wird die Frage des Kampfes gegen den Bürokratismus auf dem VIII. Sowjetkongreß behandelt. Also haben das ganze ZK, die ganze Partei und die ganze Arbeiter- und Bauernrepublik die Notwendigkeit anerkannt, die Frage des Bürokratismus und seiner Bekämpfung auf die Tagesordnung zu setzen. Folgt nun daraus eine „Lossagung" vom IX. Parteitag der KPR? Nein. Von einer Lossagung kann hier gar keine Rede sein. Unanfechtbar sind die Beschlüsse über die Militarisierung der Arbeit usw., und ich habe nicht die geringste Veranlassung, meine Spötteleien über die Berufungen auf den Demokratismus seitens derjenigen, die diese Beschlüsse angefochten haben, zurückzunehmen. Daraus folgt nur, daß wir in den Arbeiterorganisationen den Demokratismus erweitern werden, ohne jedoch aus ihm einen Fetisch zu machen; daß wir dem Kampf gegen den Bürokratismus größte Aufmerksamkeit zuwenden werden; daß wir besonders sorgfältig alle unnötigen und schädlichen Auswüchse des Bürokratismus beseitigen werden, wer immer sie auch aufzeigen mag.

Noch eine letzte kleine Bemerkung zur Frage der Vorrangigkeit und der Ausgleichung. In der Diskussion am 30. Dezember sagte ich, wie Gen. Trotzki die These 41 zu diesem Punkt formuliert habe, sei theoretisch

falsch, denn bei ihm käme es so heraus, daß im Konsum die Ausgleichung, in der Produktion aber die Vorrangigkeit gelten solle. Vorrangigkeit ist Bevorzugung, antwortete ich, aber Bevorzugung ohne Konsum ist nichts. Gen. Trotzki wirft mir aus diesem Grunde sowohl „größte Vergeßlichkeit" als auch „Terrorisierung" vor (S. 67 und 68). Ich wundere mich nur, daß der Vorwurf des Lavierens, des Diplomatisierens usw. ausbleibt. Er, Trotzki, habe Zugeständnisse an meine Linie der Ausgleichung gemacht, und ich griffe ihn noch an.

In Wirklichkeit stehen dem Leser, der sich für die Angelegenheiten der Partei interessiert, genaue Parteidokumente zur Verfügung: die Novemberresolution des ZK-Plenums, Punkt 4, und die Thesenplattform Trotzkis, These 41. Wie „vergeßlich" ich und wie gut das Gedächtnis des Gen. Trotzki sein mögen, so bleibt doch die Tatsache bestehen, daß die These 41 einen theoretischen Fehler enthält, der in der Resolution des ZK vom 9. November nicht vorhanden ist. Diese Resolution lautet: „Unter Anerkennung der Notwendigkeit, das Prinzip der Vorrangigkeit bei der Durchführung des Wirtschaftsplans aufrechtzuerhalten, hält es das ZK in völliger Übereinstimmung mit dem Beschluß der letzten Gesamtrussischen Konferenz (d. h. der Septemberkonferenz) für erforderlich, allmählich, aber unentwegt zur Ausgleichung in der Lage der verschiedenen Arbeitergruppen und der entsprechenden Gewerkschaften überzugehen und die Gewerkschaftsorganisation als Ganzes dauernd zu stärken." Es ist klar, daß sich das gegen das Zektran richtet, und der genaue Sinn dieser Resolution läßt sich unmöglich anders deuten. Die Vorrangigkeit wird nicht abgeschafft. Die Bevorzugung des (bei der Durchführung des Wirtschaftsplans) vorrangigen Betriebs, Gewerkschaftsverbandes, Trustes und Amtes bleibt, zugleich aber fordert die „Linie der Ausgleichung" – die nicht „Gen. Lenin" verfochten hat, *sondern die von der Parteikonferenz und vom ZK, d. h. von der ganzen Partei, bestätigt worden ist* – eindeutig: allmählich, aber unentwegt zur Ausgleichung *übergehen*. Daß das Zektran diese Novemberresolution des ZK nicht durchgeführt hat, ersieht man aus dem (von Trotzki und Bucharin durchgesetzten) Dezemberbeschluß des ZK, in dem nochmals an die „Grundsätze des normalen Demokratismus" erinnert wird. Das theoretisch Falsche an der These 41 ist, daß es dort heißt: auf dem Gebiet des Konsums Ausgleichung, auf dem Gebiet der Produktion Vorrangigkeit. Das ist eine ökonomische Absurdität, denn das

heißt Konsum und Produktion auseinanderreißen. Ich habe nichts dergleichen gesagt und konnte es auch nicht sagen. Braucht man einen Betrieb nicht, so schließe man ihn; man schließe alle nicht absolut notwendigen Betriebe. Unter den absolut notwendigen – Bevorzugung der vorrangigen. Sagen wir, Bevorzugung des Verkehrswesens. Das ist unbestritten. Damit aber diese Bevorzugung nicht übermäßig sei und in Anbetracht dessen, daß sie beim Zektran übermäßig war, lautete die Direktive der *Partei* (und nicht Lenins): *allmählich*, aber unentwegt zur Ausgleichung *überzugehen*. Wenn Trotzki nach dem Novemberplenum, das einen präzisen und theoretisch richtigen Beschluß gefaßt hat, mit einer fraktionellen Broschüre über „zwei Tendenzen" auftritt und in der These 41 seine Formulierung vorschlägt, die ökonomisch falsch ist, dann soll er sich selber Vorwürfe machen.

Heute, am 25. Januar, ist genau ein Monat seit dem fraktionellen Vorstoß des Gen. Trotzki verstrichen. Daß die Partei durch diesen in der Form unzweckmäßigen und im Wesen falschen Vorstoß von der sachlichen, praktischen, wirtschaftlichen Arbeit, von der Produktionsarbeit abgelenkt worden ist, um politische und theoretische Fehler zu korrigieren, das kann man jetzt schon sehr klar sehen. Aber nicht umsonst sagt ein altes Sprichwort: „Alles Schlechte hat auch sein Gutes."

Über die inneren Meinungsverschiedenheiten im ZK sind gerüchteweise ungeheuerliche Dinge in Umlauf gesetzt worden. In der Nachbarschaft der Opposition nisteten sich (und nisten sich zweifellos auch jetzt) Menschewiki und Sozialrevolutionäre ein, die die Gerüchte aufbauschen, ihnen unerhört bösartige Fassungen geben und allerlei Märchen erfinden, um uns auf jede Weise zu verunglimpfen, den Konflikten einen schmutzigen Sinn zu unterlegen, sie zu verschärfen und die Arbeit der Partei zu vereiteln. Das ist die politische Methode der Bourgeoisie wie auch der kleinbürgerlichen Demokraten, der Menschewiki und der Sozialrevolutionäre, die Gift und Galle gegen die Bolschewiki speien und aus leicht verständlichen Gründen gar nicht anders können. Jedes bewußte Parteimitglied kennt diese politische Methode der Bourgeoisie und weiß, was davon zu halten ist.

Die Meinungsverschiedenheiten innerhalb des ZK zwangen dazu, sich an die Partei zu wenden. Die Diskussion hat anschaulich Wesen und Ausmaß dieser Meinungsverschiedenheiten gezeigt. Den Gerüchten und der

Verleumdung ist ein Ende gesetzt worden. Die Partei schult und stählt sich im Kampf gegen die neue Krankheit (neu in dem Sinne, daß wir sie nach dem Oktoberumsturz vergessen hatten) – die Fraktionsmacherei. Im Grunde genommen ist das eine alte Krankheit, bei der wahrscheinlich einige Jahre lang Rückfälle unvermeidlich sind, deren Heilung jedoch jetzt schneller und leichter vor sich gehen kann und muß.

Die Partei lernt, die Meinungsverschiedenheiten nicht zu übertreiben. Hier ist es angebracht, die richtigen Bemerkungen des Gen. Trotzki an die Adresse des Gen. Tomski zu wiederholen: „Mitten in der schärfsten Polemik gegen Gen. Tomski erklärte ich stets, es sei mir absolut klar, daß unsere Leiter in den Gewerkschaften nur Leute mit der Erfahrung und Autorität sein können, wie sie Gen. Tomski besitzt. Das habe ich in der Fraktion der V. Gewerkschaftskonferenz gesagt, das habe ich dieser Tage auch im Simin-Theater gesagt. Der ideologische Kampf in der Partei bedeutet nicht gegenseitiges Hinwegfegen, sondern gegenseitige Beeinflussung." (S. 34 des Berichts über die Diskussion vom 30. Dezember.) Selbstverständlich wird die Partei diese richtige Betrachtungsweise auch Gen. Trotzki gegenüber anwenden.

Die syndikalistische Abweichung trat während der Diskussion besonders bei Gen. Schljapnikow und seiner Gruppe, der sogenannten „Arbeiteropposition", in Erscheinung. Da dies eine offensichtliche Abweichung von der Partei, vom Kommunismus ist, wird man mit dieser Abweichung besonders rechnen müssen, wird man sich über sie besonders unterhalten müssen, wird man auf die Propaganda und die Aufklärung über die Fehlerhaftigkeit dieser Ansichten und die Gefahr eines solchen Fehlers besondere Aufmerksamkeit richten müssen. Gen. Bucharin, der sich bis zur syndikalistischen Phrase von den „obligatorischen Kandidaturen" (der Gewerkschaften für die Verwaltungsorgane) verstiegen hat, verteidigt sich heute in der „Prawda" sehr ungeschickt und offensichtlich falsch. Er habe an anderen Stellen über die Rolle der Partei gesprochen! Das fehlte noch! Sonst hätte das ja das Ausscheiden aus der Partei bedeutet. Sonst wäre das nicht nur ein *Fehler*, den man korrigieren muß und der sich leicht korrigieren läßt. Spricht man von „obligatorischen Kandidaturen" und fügt nicht gleich hinzu, daß sie *nicht* für die Partei obligatorisch sind, so ist das eine syndikalistische Abweichung, ist das *un*vereinbar mit dem Kommunismus, *un*vereinbar mit dem Parteiprogramm der KPR. Fügt man aber

hinzu: „*nicht* für die Partei obligatorisch", so kommt eine Irreführung der parteilosen Arbeiter heraus, weil das Trugbild entsteht, ihre Rechte würden sich irgendwie vergrößern, während in Wirklichkeit nicht die geringste Änderung gegenüber dem, was jetzt ist, eintreten wird. Je länger Gen. Bucharin seine theoretisch offensichtlich falsche und politisch irreführende Abweichung vom Kommunismus verteidigt, um so trauriger werden die Früchte seines Starrsinns sein. Aber es wird nicht gelingen, etwas zu verteidigen, was nicht zu verteidigen ist. Die Partei ist nicht gegen jede Erweiterung der Rechte der parteilosen Arbeiter, aber eine kurze Überlegung genügt, um zu begreifen, welchen Weg man dabei beschreiten kann und welchen man nicht beschreiten darf.

Bei der Diskussion in der kommunistischen Fraktion des II. Gesamtrussischen Verbandstags der Bergarbeiter hat die Plattform Schljapnikows, obwohl sie von dem in dieser Gewerkschaft besonders angesehenen Gen. Kisseljow verteidigt wurde, eine Niederlage erlitten: Für unsere Plattform wurden 137 Stimmen abgegeben, für die Schljapnikows 62, für die Trotzkis 8. Die syndikalistische Abweichung muß und wird ausgemerzt werden.

Im Laufe eines Monats haben sowohl Petrograd als auch Moskau und eine Reihe von Provinzstädten bereits gezeigt, daß die Partei auf die Diskussion reagiert und die falsche Linie des Gen. Trotzki mit erdrückender Mehrheit abgelehnt hat. Waren in den „Spitzen" und an der „Peripherie", in den Komitees und in den Institutionen zweifellos Schwankungen zu verzeichnen, so hat sich die Masse der einfachen Parteimitglieder, die Arbeitermasse der Partei in ihrer Mehrheit, und zwar in ihrer erdrückenden Mehrheit, gegen diese falsche Linie ausgesprochen.

Gen. Kamenew hat mir mitgeteilt, Gen. Trotzki habe bei der Diskussion im Moskauer Stadtbezirk Samoskworetschje am 23. Januar erklärt, daß er seine Plattform zurückziehe und sich mit der Gruppe Bucharins auf eine neue Plattform einige. Leider habe ich darüber weder am 23. noch am 24. Januar von Gen. Trotzki, der in der kommunistischen Fraktion des Verbandstags der Bergarbeiter gegen mich auftrat, auch nur ein Sterbenswörtchen vernommen. Ob sich die Absichten und die Plattformen des Gen. Trotzki wiederum geändert haben, oder ob sich die Sache irgendwie anders erklärt, weiß ich nicht. Jedenfalls aber zeigt die Erklärung des Gen. Trotzki vom 23. Januar, daß die Partei, sogar noch bevor sie alle ihre

Kräfte mobilisieren konnte, als sie erst die Auffassungen Petrograds, Moskaus und einer Minderzahl der Provinzzentren zum Ausdruck bringen konnte, dennoch sofort, fest, entschieden, rasch und unbeugsam den Fehler des Gen. Trotzki korrigiert hat.

Die Feinde der Partei triumphierten vergebens. Sie konnten die manchmal unvermeidlichen Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Partei nicht zum Schaden der Partei und zum Schaden der Diktatur des Proletariats in Rußland ausnutzen und werden sie nicht dazu ausnutzen können.

25. Januar 1921

Veröffentlicht im Januar 1921 als Broschüre von der Presseabteilung des Moskauer Sowjets der Arbeiter-, Bauern- und Rotarmistendeputierten.

Nach dem Text der Broschüre, verglichen mit dem Manuskript.

REDE AUF DER ERWEITERTEN MOSKAUER METALLARBEITERKONFERENZ 4. FEBRUAR 1921[26]

Ich bitte zu entschuldigen, daß ich an den Arbeiten der Konferenz nicht teilnehmen kann und nur meine Ansicht darlegen werde.

Den Äußerungen der Genossen, die hier gesprochen haben, entnehme ich, daß Sie sich sehr für die Aussaatkampagne interessieren. Sehr viele glauben, in der Politik der Sowjetmacht gegenüber den Bauern stecke irgendeine List. Die Politik, die wir auf diesem Gebiet durchführen, ist derart, daß wir sie stets vor den Augen der gesamten Masse offen darlegen. Die Grundfrage der Sowjetmacht besteht darin, daß wir nach unseren Siegen noch keine Siege in anderen Ländern haben. Liest man aufmerksam unsere Verfassung, so sieht man, daß wir niemandem blauen Dunst vormachen, sondern von der Notwendigkeit der Diktatur sprechen, denn die ganze bürgerliche Welt ist gegen uns.

Man sagt uns: die Bauern befinden sich nicht in der gleichen Lage wie die Arbeiter, ihr gebraucht hier eine List. Aber diese List geben wir ja offen bekannt.

Wer halbwegs ruhig über das Kräfteverhältnis zwischen uns und der Bourgeoisie nachgedacht hat, der weiß, daß die Bourgeoisie stärker ist als wir, und dennoch war sie im Laufe von drei Jahren nicht imstande, uns zu erdrosseln. Das ist kein Wunder, an Wunder glauben wir nicht. Die Sache ist einfach die, daß sie sich nicht vereinigen können und wegen der Teilung der Beute streiten. Der größte Teil der unterdrückten Länder sind Kolonien, der kleinere Teil der Länder lebt von der Arbeit dieser Kolonien und sitzt gleichsam auf einem Vulkan.

Sie sind stärker als wir, aber auch bei ihnen wächst die Bewegung. Militärisch sind die Kapitalisten stärker als wir, aber sie sind gescheitert, und wir sagen: das Schwerste haben wir hinter uns, aber der Feind wird

noch weitere Versuche unternehmen. Kein einziger der Europäer, die unser Land besucht haben, sagt, daß es bei ihnen ohne Zerlumpte und ohne „Schlangestehen" abgegangen wäre, sie geben zu, daß auch England sich nach sechs Jahren Krieg in genau der gleichen Lage befinden würde.

Alle Anstrengungen müssen darauf gerichtet werden, die Beziehungen zwischen den Arbeitern und den Bauern zu regeln. Die Bauern sind eine andere Klasse. Sozialismus wird dann sein, wenn es keine Klassen mehr geben wird, wenn sich alle Produktionsmittel in den Händen der Werktätigen befinden werden. Wir haben noch Klassen, ihre Aufhebung wird lange, lange Jahre erfordern, und wer verspricht, das rasch zu tun, ist ein Scharlatan. Der Bauer lebt allein für sich, er sitzt als Herr auf seinem Einzelhof, und das Getreide ist in seiner Hand: damit kann er alle in Knechtschaft bringen. Uns lauert ein bewaffneter Feind auf, und damit er uns nicht niederwerfe, muß man richtige Beziehungen zwischen den Arbeitern und den Bauern herstellen.

Nehmen wir die Arbeiter und die Bauern, so sehen wir, daß die Bauern in der Mehrheit sind. Die Bourgeoisie behauptet, bei ihr bestehe Demokratie und die Arbeiter und Bauern hätten gleiche Rechte. Solange die Bauern der Bourgeoisie Gefolgschaft leisten und die Arbeiter allein dastehen, werden sie stets geschlagen werden. Vergessen wir das, so werden wir vom Kapital geschlagen werden. Wir versprechen keine Gleichheit, die gibt es bei uns nicht. Die kann es nicht geben, solange der eine Brot in Fülle hat, der andere aber nichts.

Die Kapitalisten haben ganz richtig in Rechnung gestellt, daß man eine Fabrik nicht teilen, das Land aber teilen kann. Bei uns besteht die Diktatur des Proletariats, dieses Wort schreckt die Bauern, aber das ist das einzige Mittel, um die Bauern zu vereinigen und sie dahin zu bringen, daß sie sich unter die Führung der Arbeiter begeben. Wir glauben, daß das die richtige Lösung ist. Die Arbeiterklasse wird die Bauern vereinigen. Erst dann wird der weitere Weg offen sein, erst dann werden wir zur Aufhebung der Klassen voranschreiten können.

Welche Politik treiben die Kapitalisten in Amerika? Sie verteilen unentgeltlich Land, und die Bauern leisten ihnen Gefolgschaft. Und die Kapitalisten beruhigen sie mit Reden über Gleichheit.[27] Entweder fällt man auf diesen Betrug herein, oder man durchschaut ihn, vereinigt sich mit den Arbeitern und jagt die Kapitalisten davon.

Das ist unsere Politik, und Sie können sie in unserer Verfassung finden. Man hat mir hier gesagt: die Aussaatkampagne muß überprüft werden. Ich weiß, daß die Lage der Bauern in diesem Frühjahr sehr schwer ist. Die Arbeiter haben das Allerschwerste hinter sich. Wir haben niemandem Gleichheit versprochen: Willst du mit den Arbeitern zusammengehen, dann folge uns, gehe zu den Sozialisten über, willst du das nicht, dann gehe zu den Weißen. Wir haben keine leichte Staatsmacht versprochen: Aber sie hat uns von der Macht der Gutsbesitzer und Kapitalisten befreit. Die Arbeiter haben diese drei Jahre hindurch gehungert und gefroren und haben stillgelegte Fabriken bekommen. Aber sie haben die Macht bekommen. Sogar die Bauern der getreidereichen Gebiete haben den Unterschied zwischen der Macht der Arbeiter und der Macht Denikins begriffen und ihre Wahl getroffen. Wenn wir Denikin besiegt haben, so nicht durch ein Wunder, sondern deshalb, weil sogar die reichen Bauern erkannt haben, was bei der Konstituierenden Versammlung in Wirklichkeit herausgekommen ist. Und der Bauer hat begonnen, sich Gedanken zu machen und die Dinge an Hand der Erfahrung zu prüfen.

Die Bauern haben begriffen, daß die Weißen, je mehr Land sie an sich rissen, desto mehr Bauern für die Armee mobilisierten, und sobald sich dort ihrer viele angesammelt hatten, stürzten sie Denikin.

Wir versprechen kein Land, wo Milch und Honig fließt, dort aber verspricht man Gleichheit und bringt – den Gutsbesitzer. Das ist der Grund, warum wir gesiegt haben.

Man sagt uns: die Aussaatkampagne muß überprüft werden. Ich sage: niemand hat so viel gelitten wie der Arbeiter. Der Bauer hat in dieser Zeit Land erhalten und konnte sich Getreide nehmen. Die Bauern sind in diesem Winter in eine ausweglose Lage geraten, und ihre Unzufriedenheit ist verständlich.

Laßt uns die Beziehungen zwischen den Arbeitern und den Bauern überprüfen. Wir sprachen davon, daß die Arbeiter unerhörte Opfer gebracht haben, jetzt ist ein Jahr gekommen, wo die Bauern in die schwerste Lage geraten sind, und wir kennen diese Lage. Wir sind nicht gegen eine Überprüfung dieser Beziehungen. Worin besteht die Hauptaufgabe der Aussaatkampagne? Darin, daß man die ganze Bodenfläche bestellen muß, sonst ist unser Untergang unvermeidlich. Wissen Sie, wieviel Getreide wir den Bauern in diesem Jahr abgenommen haben? Ungefähr dreihundert

Millionen Pud, was hätte die Arbeiterklasse sonst tun sollen? Auch so hat sie gehungert! Wir wissen, daß die Lage der Bauern schwer ist, aber es gibt keinen anderen Weg, um diese Lage zu verbessern. Jetzt heben wir in 13 Gouvernements die Ablieferungspflicht vollständig auf. Im vergangenen Jahr haben wir acht Millionen Pud als Saatgut gegeben und bei der Ernte sechs Millionen zurückerhalten, jetzt aber haben wir ungefähr fünfzehn Millionen gegeben. Die Aussaatkampagne einstellen würde bedeuten, sich aus dem fünften Stockwerk auf die Straße zu stürzen. Wir können den Bauern nicht versprechen, ihnen mit einem Schlag aus der Not herauszuhelfen, dazu muß in den Fabriken hundertmal mehr produziert werden.

Hätten wir den Arbeitern nicht einmal mit dieser kärglichen Ration beigestanden, so wäre die ganze Industrie stillgelegt worden.

Allerdings haben die Arbeiter im Laufe der drei Jahre nichts bekommen. Es ist aber unmöglich, sofort ein Heilmittel zu finden, und ein solches Heilmittel gibt es nicht.

Die Arbeiterklasse ist in den drei Jahren von Kräften gekommen, für die Bauern aber ist das schwerste Frühjahr angebrochen. Helfen Sie uns, die Aussaatkampagne durchzuführen, alle Felder zu bestellen, dann werden wir aus den Schwierigkeiten herauskommen.

In Ungarn haben die Bauern den ungarischen Arbeitern nicht geholfen und sind unter die Macht der Gutsbesitzer geraten.

Das ist die Wahl, vor der Sie stehen. Wie kann man aus dieser schwierigen Lage herauskommen? – Alle Kräfte zur Unterstützung der Aussaatkampagne einsetzen, alle Fehler aufdecken und Korrekturen vornehmen, sonst werden wir aus den Schwierigkeiten nicht herauskommen.

Zuerst vollständig veröffentlicht 1927.

Nach der maschinegeschriebenen Abschrift der protokollarischen Niederschrift.

REDE AUF DEM IV. GESAMTRUSSISCHEN VERBANDSTAG DER BEKLEIDUNGSARBEITER 6. FEBRUAR 1921[28]

Genossen! Ich freue mich sehr, daß ich den Verbandstag im Namen des Zentralkomitees unserer Partei und des Rats der Volkskommissare begrüßen kann. Und noch mehr freue ich mich darüber, daß es uns nach den nicht geringen Bemühungen, von denen ein kleiner Teil gestern auch unserer Partei zufiel, und nach den großen Bemühungen, die Ihnen allen zufielen, nun doch gelungen ist, den Konflikt, die Zusammenstöße und Reibungen, die es bei Ihnen gab, mit einem glücklichen Ausgleich und dem gestern von Ihnen einstimmig gefaßten Beschluß zu beenden. Ich bin überzeugt, Genossen, daß dieser kleine Konflikt und seine erfolgreiche Beilegung uns jetzt die Gewähr gibt, daß Sie in der weiteren Arbeit, sowohl als Gewerkschaftsmitglieder wie auch als Parteimitglieder, es verstehen werden, die nicht geringen Schwierigkeiten und Aufgaben, vor denen wir noch stehen, alle zu bewältigen.

Genossen! Spricht man über die Lage unserer Republik im allgemeinen, sowohl über die äußere als auch über die innere Lage der Sowjetmacht, so muß man natürlich sagen, daß wir den größten Schwierigkeiten hinsichtlich der außenpolitischen Lage unserer Republik gegenüberstanden. Die größten Schwierigkeiten der ganzen proletarischen Revolution in Rußland bestanden darin, daß wir infolge des Verlaufs des imperialistischen Krieges und infolge der vorherigen Entwicklung der ersten Revolution im Jahre 1905 die Initiative zur sozialistischen Revolution auf uns nehmen mußten, und diese Initiative hat uns und unserem Lande unerhörte, nie dagewesene Schwierigkeiten auferlegt. Sie alle wissen natürlich – in Ihrem Industriezweig, denke ich, ist Ihnen das wohl noch klarer sichtbar als den Arbeitern anderer Industriezweige –, Sie alle wissen, wie sehr das Kapital eine inter-

nationale Macht darstellt, wie sehr die größten kapitalistischen Fabriken, Betriebe und Warenhäuser in der ganzen Welt miteinander verflochten sind. Und daraus ersieht man natürlich, daß das Kapital dem ganzen Wesen der Sache nach in einem einzelnen Land nicht endgültig besiegt werden kann. Das ist eine internationale Macht, und um sie endgültig zu besiegen, bedarf es auch gemeinsamer Aktionen der Arbeiter im internationalen Maßstab. Wir haben stets, seitdem wir 1917 den Kampf gegen die bürgerlich-republikanischen Regierungen in Rußland führten, seitdem wir Ende 1917 die Sowjetmacht schufen – wir haben stets und immer wieder die Arbeiter darauf hingewiesen, daß die grundlegende, wichtigste Aufgabe, die Grundbedingung unseres Sieges die Ausdehnung der Revolution mindestens auf einige der fortgeschrittensten Länder ist. Und die Hauptschwierigkeiten, vor denen wir im Laufe der vier Jahre standen, rührten daher, daß es den westeuropäischen Kapitalisten gelang, den Krieg zu beenden und die Revolution hinauszuschieben.

Wir in Rußland haben alle besonders deutlich beobachtet, daß die Lage der Bourgeoisie während des imperialistischen Krieges höchst unsicher war. Dann hörten wir, daß in allen anderen Ländern gerade das Ende des Krieges, als das Volk bewaffnet war, vor allem eine politische Krise für diese Staaten bedeutete, und gerade in diesem Augenblick hätte das Proletariat mit einem Schlag die Sache gegen die Kapitalisten entscheiden können. Aus einer ganzen Reihe von Gründen ist das den westeuropäischen Arbeitern nicht gelungen, und wir müssen nun schon das vierte Jahr, auf uns allein gestellt, unsere Position behaupten.

Die Schwierigkeiten, die infolgedessen für die Russische Sowjetrepublik entstanden, waren unermeßlich, weil die Streitkräfte der Kapitalisten der Welt – die alles taten, was in ihrer Macht stand, um unsere Gutsbesitzer zu unterstützen – an militärischer Stärke die unsrigen natürlich um ein vielfaches übertreffen. Und wenn wir jetzt, nach mehr als drei Jahren, aus diesem Kampf herauskommen, nachdem wir alle ihre militärischen Überfälle und Anschläge vereitelt haben, so können wir, die wir die unerhörten Schwierigkeiten, Lasten, Entbehrungen und Leiden sehr wohl kennen, die die Arbeiterklasse Rußlands in dieser Zeit zu ertragen hatte – so können wir mit vollem Recht, ohne jede Übertreibung, immerhin sagen, daß die Hauptschwierigkeiten bereits hinter uns liegen. Wenn es der Weltbourgeoisie bei ihrer gewaltigen militärischen Überlegenheit im Laufe von

drei Jahren nicht gelungen ist, das schwache und rückständige Land niederzuzwingen, so nur deshalb, weil dieses Land zur Diktatur des Proletariats übergegangen ist, nur deshalb, weil diesem Land die Sympathie der werktätigen Massen in der ganzen Welt, man kann sagen, in jedem Lande ohne Ausnahme, sicher war. Wenn den Kapitalisten der ganzen Welt diese Aufgabe mißlungen ist, die für sie nicht schwierig war, denn die militärische Überlegenheit auf ihrer Seite war gewaltig, so können wir sagen, daß, international gesehen, in diesem gefährlichsten Punkt der ganzen Sowjetrevolution, die Hauptschwierigkeit, wie schon gesagt, hinter uns liegt.

Gewiß, die Gefahr ist noch nicht vorbei. Jetzt ziehen sich immer noch die Verhandlungen über einen endgültigen Frieden hin, gerade jetzt tritt, nach einigen Anzeichen zu urteilen, ein ziemlich schwieriger Augenblick für diese Verhandlungen ein, denn besonders die französischen Imperialisten setzen ihre Versuche fort, Polen in einen neuen Krieg hineinzuziehen, und verbreiten alle möglichen verlogenen Nachrichten, daß Sowjetrußland keinen Frieden wolle.

In Wirklichkeit haben wir alles getan, um unseren Friedenswillen zu beweisen: Wir haben vor einigen Monaten einen Präliminarfrieden unterzeichnet, der solche Bedingungen enthält, daß unsere Nachgiebigkeit alle in Erstaunen setzte. Wir gehen in nichts von diesen Bedingungen ab, nur können wir uns auf keinen Fall damit einverstanden erklären, daß uns unter dem Vorwand der Teilung des Besitzes, der unter dem Zarismus sowohl dem polnischen als auch dem russischen Volk gehörte, das sich damals unter dem Joch des Zarismus befand, daß uns durch die Teilung des Besitzes ein neuer Tribut auferlegt wird. Das können wir auf keinen Fall zulassen. Eine gerechte Teilung des Besitzes, den man als gemeinsamen anerkennen muß, und teilweise des Eisenbahnmaterials, sowie die Rückgabe aller jener Kulturschätze an das polnische Volk, die für das polnische Volk von besonders großer Bedeutung sind und die während des Zarismus geraubt und nach Rußland verschleppt wurden – diese Rückgabe ist für uns keine Streitfrage. Wir haben stets erwartet, daß bei der Regelung dieser Sache schwierige Fragen auftauchen werden; aber wenn die Polen unter dem Druck der französischen Imperialisten einen Konflikt schaffen und um jeden Preis den Frieden vereiteln wollen, so werden wir nichts dagegen tun können. Um sich zu versöhnen, bedarf es des freiwilligen

Einverständnisses beider Seiten und nicht nur einer Seite, ganz gleich, ob es sich um einen sehr großen Konflikt innerhalb eines einzelnen Verbandes oder um einen sehr großen Konflikt und Zusammenstoß zwischen zwei Staaten handelt. Sollten die Polen nochmals dem Druck der französischen Imperialisten nachgeben, so kann der Frieden, ich wiederhole das noch einmal, vereitelt werden. Sie wissen natürlich alle, welche neuen Schwierigkeiten über uns hereinbrechen werden, wenn es den französischen Imperialisten gelingen sollte, diesen Frieden zu vereiteln. Aus einer ganzen Reihe von Informationen und Quellen wissen wir aber recht gut, daß solche Versuche unternommen und gewaltige Anstrengungen in dieser Richtung gemacht werden, daß von den ausländischen Kapitalisten jetzt noch immer neue Millionen und aber Millionen hinausgeworfen werden, um bis zum Frühjahr einen neuen Überfall auf Sowjetrußland zu organisieren. Nach den Erlebnissen von mehr als drei Jahren haben wir jetzt schon Erfahrung darin, wie diese Überfälle organisiert werden. Wir wissen, daß die ausländischen Kapitalisten ohne Unterstützung eines Nachbarstaates nicht imstande sind, einen halbwegs ernsthaften Feldzug zu organisieren, so daß die diversen Millionen, die sie den verschiedenen Gruppen zukommen lassen, an deren Spitze Sawinkow steht, oder der Gruppe von Sozialrevolutionären, die in Prag ihre eigene Zeitung herausgeben und gelegentlich im Namen der Konstituierenden Versammlung auftreten – wir wissen, daß diese diversen Millionen umsonst hinausgeworfen werden und daß dabei außer dem Beschmieren von Papier mit Druckerschwärze in verschiedenen Prager Druckereien nichts herauskommen wird.

Aber es sind noch solche Staaten verblieben wie Rumänien, das nicht versucht hat, gegen Rußland zu kämpfen, und wie Polen, wo eine herrschende Militärclique von Abenteurern und eine herrschende Ausbeuterklasse vorhanden sind. Wir wissen, daß sie keine großen Kräfte gegen uns aufbringen können. Zugleich wissen wir auch, daß uns die Erhaltung des Friedens und die volle Möglichkeit, alle Kräfte der Wiederherstellung der Wirtschaft zu widmen, am meisten am Herzen liegt. Und wir müssen außerordentlich, ganz außerordentlich vorsichtig sein. Wir haben das Recht, uns zu sagen, daß die Hauptschwierigkeiten der internationalen Politik hinter uns liegen, aber wir wären allzu leichtsinnig, wenn wir vor der Möglichkeit immer neuer Versuche die Augen verschlössen. Gewiß,

wenn Rumänien in einem ihm günstigen Augenblick sich nicht zum Kriege entschloß, so wird es jetzt, da bei uns die Wrangelfront vollständig liquidiert ist, weniger wahrscheinlich, daß es sich zum Kriege entschließen wird; aber man darf nicht vergessen, daß sich die herrschende Klasse in Rumänien und Polen in einer Lage befindet, die man nahezu als völlig verzweifelt bezeichnen kann. Beide Länder sind en gros und en détail an die ausländischen Kapitalisten verkauft worden. Sie stecken bis über die Ohren in Schulden und haben nichts, um die Schulden zu bezahlen. Der Bankrott ist unvermeidlich. Die revolutionäre Bewegung der Arbeiter und Bauern wächst und wächst. Es ist schon mehr als einmal passiert, daß eine bürgerliche Regierung sich in einer solchen Situation Hals über Kopf in die sinnlosesten und leichtfertigsten Abenteuer stürzte, die durch nichts anderes zu erklären waren als durch ihre verzweifelte und hoffnungslose Lage. Eben darum muß man auch jetzt mit der Möglichkeit neuer Versuche einer militärischen Invasion rechnen.

Das Wichtigste, was uns die Gewißheit gibt, daß nicht nur diese Versuche zerschellen werden, sondern daß auch die Lage der kapitalistischen Mächte, allgemein gesprochen, in der ganzen Welt labil ist – das ist die Verschärfung der Wirtschaftskrise in allen Ländern und das Anwachsen der kommunistischen Arbeiterbewegung. Die Revolution in Europa hat einen anderen Verlauf genommen als unsere Revolution. Wie bereits erwähnt, ist es in den westeuropäischen Staaten nicht gelungen, das Ende des Krieges, als die Waffen in den Händen der Arbeiter und Bauern waren, für eine rasche und möglichst schmerzlose Revolution auszunutzen, aber der imperialistische Krieg hat die Lage dieser Staaten so erschüttert, daß die Krise dort bisher nicht nur nicht beendet ist, sondern daß sich im Gegenteil gerade jetzt, wo das Frühjahr bevorsteht, die Wirtschaftskrise überall ohne Ausnahme, in den reichsten, fortgeschrittensten Ländern, immer mehr und mehr verschärft. Das Kapital ist ein internationales Übel, aber gerade weil es ein internationales Übel ist, sind alle Länder untereinander bereits so eng verbunden, daß der Untergang der einen alle übrigen mit in den Abgrund reißen wird.

Die reichen Länder haben sich natürlich bereichert, ihre Kapitalisten haben sich während des Krieges bereichert, aber infolge des völligen Ruins nicht nur Rußlands, sondern auch eines solchen Landes wie Deutschland, infolge der Depression, infolge der Geldentwertung sind trotz alle-

dem die Handelsbeziehungen in der übergroßen Mehrheit der europäischen Länder unterhöhlt und gestört; die reichsten Länder ersticken geradezu, weil sie keine Möglichkeit haben, die Erzeugnisse ihrer Industrie zu verkaufen, denn das Geld ist entwertet, die Arbeitslosigkeit wächst unerhört in allen Ländern, eine nie dagewesene Wirtschaftskrise reift auf der ganzen Welt heran.

Gleichzeitig begann die Arbeiterklasse, ehedem bestochen von ihrer Bourgeoisie, die einen erklecklichen Anteil ihrer Profite an die Vertreter der Oberschichten der Arbeiterklasse abgab, um sie von der Revolution wegzulocken – die Arbeiterklasse begann in den dreieinhalb Jahren des Krieges gegen Sowjetrußland in allen Ländern ihre Blindheit abzustreifen, und die kommunistische Bewegung entwickelt sich nicht nur in den Parteien, sondern auch in den Gewerkschaften, auf der ganzen Welt stetig, fest und tief, wenn auch nicht so rasch, wie wir es gewünscht hätten. Insbesondere fürchten die herrschenden Klassen der ganzen Welt die Veränderungen, die in der Gewerkschaftsbewegung vor sich gehen. Eine Partei, die das revolutionäre Proletariat führen könnte, wie das in der russischen Revolution der Fall war, als aus einer illegalen Partei binnen wenigen Monaten oder wenigen Wochen eine Partei wurde, die über die Kräfte des ganzen Volkes verfügte, eine solche Partei, der Millionen folgen, hat man in Europa seit Jahrzehnten nicht gekannt und fürchtet sich nicht davor. Aber die Gewerkschaften kennt jeder Kapitalist, und er weiß, daß sie Millionen erfassen, daß ohne die Gewerkschaften – wenn die Kapitalisten sie nicht durch Führer, die sich Sozialisten nennen, aber die Politik der Kapitalisten treiben, in ihren Händen halten –, daß ohne die Gewerkschaften die ganze Maschinerie des Kapitalismus zusammenbrechen würde. Sie wissen das, spüren und empfinden es. Für Deutschland ist es beispielsweise wohl am charakteristischsten, daß die besondere Wut der ganzen bürgerlichen Presse, der ganzen Presse der Sozialverräter, die in der II. Internationale sitzen und sich Sozialisten nennen, in Wirklichkeit aber auf Treu und Glauben den Kapitalisten dienen – daß ihre besondere Wut nicht so sehr durch die Reise Sinowjews als vielmehr durch die Reise russischer Gewerkschafter nach Deutschland hervorgerufen wurde, weil niemand die deutschen Gewerkschaften so sehr zersetzt hat wie die russischen Arbeitergewerkschafter, als diese für den Anfang eine ganz kleine Reise durch Deutschland unternahmen. Und diese tolle Wut aller bürger-

lichen deutschen Zeitungen, aller Kapitalisten, die die Kommunisten hassen, zeigt, wie sehr ihre Lage labil und unbeständig ist. Im internationalen Maßstab ist in der ganzen Welt der Kampf um den Einfluß in den Gewerkschaften entbrannt, die gegenwärtig in allen zivilisierten Staaten Millionen von Arbeitern vereinigen und von denen diese ganze innere, auf den ersten Blick unsichtbare Arbeit abhängt. Das Schicksal der kapitalistischen Staaten wird unvermeidlich im Zusammenhang mit der wachsenden Wirtschaftskrise entschieden.

Der Versuch der deutschen monarchistischen Partei, einen Umsturz zu vollziehen, ist an dem Widerstand der deutschen Arbeitergewerkschaften gescheitert, denn die Arbeiter, die bis dahin dem Scheidemann, den Mördern Liebknechts und Luxemburgs gefolgt waren, erhoben sich alle und bezwangen die militärischen Kräfte. Das gleiche geschieht jetzt in England und zu einem großen Teil auch in Amerika, und zwar um so schneller, je schneller die Wirtschaftskrise anwächst. Deshalb flößt uns vor allem gerade die internationale Lage nicht nur die Hoffnung, sondern auch die Zuversicht ein, daß die innenpolitische Lage der kapitalistischen Mächte ihre Kräfte endgültig untergräbt und daß unsere internationale Lage, die gestern schwer war und heute trotz der gewaltigen Erfolge immer noch schwer ist, sich für uns zweifellos bessern wird, und wir werden imstande sein, alle Kräfte der Lösung unserer inneren Aufgaben zu widmen. Ich will nicht viel über diese Aufgaben sagen, weil Ihnen allen, die Sie mit der Produktion vertraut sind, diese Aufgaben des Aufbaus natürlich viel näherliegen und verständlicher sind als mir, und es überflüssig wäre, sich darüber weiter auszulassen.

Ich habe eben die Bemerkung gehört, die der vorhergehende Redner am Schluß seiner Rede gemacht hat, und ich kann ihm nur völlig beipflichten, daß jetzt von jedem Mitglied mehr denn je verlangt wird, die Aufmerksamkeit auf diejenigen praktischen Aufgaben der Produktion, des wirtschaftlichen Aufbaus, vor denen wir stehen, zu konzentrieren. Die Gewerkschaften vereinigen jetzt fast ausnahmslos alle Industriearbeiter, sie vereinigen die Klasse, die in diesen drei Jahren die meisten Lasten zu tragen hatte. Die Arbeiterklasse verwirklicht in Rußland die Diktatur, sie stellt die herrschende Klasse in einem Lande dar, in dem die Arbeiter eine Minderheit bilden, aber gerade weil die Arbeiterklasse am Ruder ist, weil der Arbeiter die Schwere der kapitalistischen Ausbeutung am eigenen

Leibe gespürt und ausgekostet hat, gerade darum ist der Arbeiterklasse die Sympathie und die Unterstützung der gesamten werktätigen Masse der Bauernschaft, aller derjenigen, die nicht von fremder Arbeit leben, sicher. Gerade darum ist das geschehen, was nicht nur die Bourgeoisie, sondern auch die Sozialisten, die Feinde der III. Internationale geblieben sind, nicht verstehen können, was ihnen eine List unserer Regierung zu sein scheint. Sie verstehen nicht, wie die Arbeiterklasse drei Jahre lang so mühevoll kämpfen und sie überwinden konnte. Aber gerade deshalb, weil in der Geschichte zum erstenmal der Fall eingetreten ist, daß die Werktätigen an die Macht gelangt sind, daß die am meisten ausgebeutete Klasse die Macht in ihre Hände genommen hat, gerade deshalb kann die Mehrheit der Bauern nicht anders als die Arbeiterklasse unterstützen, denn sie sieht, daß die Arbeiterklasse recht hat, und sympathisiert nicht mit der Bourgeoisie. Dieses Wort gilt bei ihnen als Schimpfwort. Ich hörte von einem Bauern, der über die jetzigen Zustände klagte und mit der Politik der Sowjetmacht in bezug auf die Lebensmittelversorgung und eine ganze Reihe von anderen Fragen offensichtlich nicht sympathisierte, der sich aber gekränkt fühlte, weil ihn die armen Bauern als „Bourgeois" bezeichneten. Ich kann mich, sagte er, nicht damit abfinden, daß man mich mit einem solchen Schimpfwort belegt. Und der Umstand, daß dieses Wort von den Bauern – sogar von den wohlhabenderen Mittelbauern, sofern sie selber gearbeitet haben und wissen, was es heißt, sein Brot durch eigene Arbeit zu verdienen, und sofern sie die Ausbeutung durch den Gutsbesitzer und den Kapitalisten gesehen haben, und das haben alle gesehen – unweigerlich als Schimpfwort empfunden wird, besagt alles: darauf beruht unsere Propaganda und Agitation, beruht die staatliche Einflußnahme der Arbeiterklasse. Und gerade diese Unterstützung durch die Bauernmassen ist, trotz des Widerstrebens der wohlhabenden und spekulierenden Masse, der Arbeiterklasse sicher. Gerade deshalb treten die Gewerkschaften bei uns nicht nur als Verbände der Werktätigen, nicht nur als Erbauer unserer Wirtschaft auf – darin besteht ihre Hauptaufgabe –, sondern sie treten auch als staatsbildende Kräfte auf, die einen neuen Staat ohne Gutsbesitzer und Kapitalisten aufbauen, und die, obwohl sie die Minderheit bilden, die neue kommunistische Gesellschaft aufbauen können und aufbauen werden, weil uns die Unterstützung all der vielen Millionen, die von ihrer eigenen Hände Arbeit gelebt haben, sicher ist. Und deshalb gebe

ich, indem ich Ihren Verbandstag begrüße, der Zuversicht Ausdruck, daß wir unsere Aufgaben trotz aller vor uns stehenden Schwierigkeiten erfolgreich lösen werden. (Anhaltender Beifall.)

Zuerst veröffentlicht 1922 in dem Buch „Der Vierte Gesamtrussische Verbandstag der Bekleidungsarbeiter (1.–6. Februar 1921) (Stenografischer Bericht)", Petrograd.

Nach dem Text des Buches.

DIREKTIVEN DES ZENTRALKOMITEES AN DIE IM VOLKSKOMMISSARIAT FÜR BILDUNGSWESEN ARBEITENDEN KOMMUNISTEN

1. Die Partei, die unbedingt an der Auffassung festhält, wie sie im Programm der KPR in bezug auf die polytechnische Bildung (siehe besonders die Paragraphen 1 und 8 in dem der Volksbildung gewidmeten Abschnitt des Programms) festgelegt ist, muß die Herabsetzung der Altersgrenze für die allgemeine und polytechnische Bildung von 17 auf 15 Jahre ausschließlich als vorübergehende praktische Notwendigkeit betrachten, die durch die Armut und die Zerrüttung des Landes unter dem Druck der uns von der Entente aufgezwungenen Kriege hervorgerufen ist.

Die „Verbindung" der Berufsausbildung mit der Vermittlung „allgemeiner polytechnischer Kenntnisse" (Paragraph 8 in dem erwähnten Abschnitt des Programms der KPR) ist für Personen vom 15. Lebensjahr an, unbedingt und überall, sofern die geringste Möglichkeit hierzu vorhanden ist, obligatorisch.

2. Der Hauptmangel des Volkskommissariats für Bildungswesen ist der Mangel an sachlicher und praktischer Arbeit, die ungenügende Berücksichtigung und Überprüfung der praktischen Erfahrungen, das Fehlen einer systematischen Auswertung der Lehren aus diesen Erfahrungen, das Überwiegen allgemeiner Betrachtungen und abstrakter Losungen. Die Hauptaufmerksamkeit des Volkskommissars und des Kollegiums muß auf die Bekämpfung dieser Mängel gerichtet werden.

3. Unrichtig organisiert ist im Volkskommissariat für Bildungswesen im allgemeinen und in der Hauptverwaltung für Berufsausbildung im besonderen die Heranziehung von Spezialisten zur Arbeit im Zentrum, d. h. von Pädagogen mit theoretischen Kenntnissen und langjähriger praktischer

Erfahrung und von Personen, die solche Voraussetzungen auf dem Gebiet der fachtechnischen (darunter auch der agronomischen) Ausbildung haben.

Es ist notwendig, solche Fachleute sofort zu registrieren, ihr Dienstalter festzustellen, die Ergebnisse ihrer Arbeit zu überprüfen und sie systematisch auf verantwortliche Posten draußen im Lande und insbesondere im Zentrum zu stellen. Keine einzige ernste Maßnahme darf getroffen werden ohne Gutachten solcher Spezialisten und ohne ihre ständige Teilnahme.

Selbstverständlich müssen bei der Heranziehung von Spezialisten zwei unerläßliche Bedingungen eingehalten werden: Erstens müssen Spezialisten, die keine Kommunisten sind, unter der Kontrolle von Kommunisten arbeiten. Zweitens darf der Inhalt des Unterrichts, soweit es sich um allgemeinbildende Fächer, insbesondere aber um Philosophie, Gesellschaftswissenschaften und kommunistische Erziehung handelt, nur von Kommunisten bestimmt werden.

4. Vom Kollegium und vom Volkskommissar müssen Programme für die Lehranstalten der grundlegenden Typen, ferner für Kurse, Vorlesungen, Vorträge, Aussprachen und praktische Übungen ausgearbeitet und bestätigt werden.

5. Die Abteilung für die einheitliche Arbeitsschule und besonders die Hauptverwaltung für Berufsausbildung müssen verstärkte Aufmerksamkeit darauf richten, daß alle geeigneten technischen und agronomischen Kräfte stärker und systematischer zur fachtechnischen und polytechnischen Bildungsarbeit herangezogen werden, unter Ausnutzung jedes halbwegs gut arbeitenden Industrie- und Landwirtschaftsbetriebs (Sowjetwirtschaften, landwirtschaftliche Versuchsstationen, gut verwaltete Wirtschaften u. dgl. m., Kraftwerke usw.)

Die Formen und die Ordnung der Ausnutzung von Wirtschaftsbetrieben und -institutionen für die polytechnische Bildung müssen im Einvernehmen mit den zuständigen Wirtschaftsorganen so festgelegt werden, daß der normale Gang der Produktion nicht gestört wird.

6. Zur Feststellung und Überprüfung des Umfangs und der Ergebnisse der Arbeit müssen praktische, sehr kurze, jedoch klare und genaue Berichtsvorlagen ausgearbeitet werden. In dieser Hinsicht ist es um die Arbeit im Volkskommissariat für Bildungswesen äußerst unbefriedigend bestellt.

7. Äußerst unbefriedigend ist ferner die Verteilung von Zeitungen, Broschüren, Zeitschriften und Büchern auf die Bibliotheken und Lesehallen, sowohl auf die bei den Schulen als auch auf die außerhalb der Schulen. Daher kommt es, daß die Zeitungen und Bücher von einer dünnen Schicht der Sowjetangestellten ergattert werden und nur unverhältnismäßig wenige in die Hände der Arbeiter und Bauern gelangen. Es bedarf einer gründlichen Reorganisierung dieser ganzen Sache.

„Prawda" Nr. 25,
5. Februar 1921.

Nach dem Manuskript.

ÜBER DIE ARBEIT DES VOLKSKOMMISSARIATS FÜR BILDUNGSWESEN

In Nr. 25 der „Prawda" vom 5. Februar sind *„Direktiven* des Zentralkomitees der KPR an die im Volkskommissariat für Bildungswesen arbeitenden Kommunisten (im Zusammenhang mit der Reorganisation des Kommissariats)" veröffentlicht worden.

Leider hat sich im ersten Punkt ein dreimal wiederkehrender sinnentstellender Druckfehler eingeschlichen: anstatt „polytechnische" steht: politische Bildung!!

Ich möchte die Aufmerksamkeit der Genossen auf diese Direktiven lenken und einen Meinungsaustausch über einige besonders wichtige Punkte anregen.

Im Dezember 1920 fand eine Parteiberatung über Fragen der Volksbildung statt, an der 134 Delegierte mit beschließender und 29 mit beratender Stimme teilnahmen. Sie dauerte fünf Tage. Ein Bericht über diese Beratung findet sich in der „Beilage zum Bulletin des VIII. Sowjetkongresses, betreffend die Parteiberatung über Fragen der Volksbildung" (herausgegeben vom Gesamtrussischen Zentralexekutivkomitee am 10. Januar 1921). Aus den Resolutionen der Beratung, aus dem Bericht über die Beratung, aus allen Artikeln in der erwähnten „Beilage des Bulletins" – ausgenommen den Leitartikel des Gen. Lunatscharski und den Artikel des Gen. Grinko – ersieht man, daß die Frage der polytechnischen Bildung falsch gestellt wird, ersieht man den Mangel, auf dessen Bekämpfung die Direktiven des ZK die „Hauptaufmerksamkeit" des Volkskommissars und des Kollegiums lenken, nämlich die „Passion" für allgemeine Betrachtungen und abstrakte Losungen.

Die Frage der polytechnischen Bildung ist im wesentlichen entschieden

durch unser Parteiprogramm, durch die Paragraphen 1 und 8 in dem der Volksbildung gewidmeten Abschnitt. Auf diese Punkte des Programms weist die Direktive des ZK denn auch hin. Paragraph 1 handelt von der *polytechnischen Bildung* bis zum 17. Lebensjahr, Paragraph 8 von der „breiten Entwicklung der Berufsausbildung für Personen vom 17. Lebensjahr an *in Verbindung mit der Vermittlung allgemeiner polytechnischer Kenntnisse*".

Die Frage ist also im Parteiprogramm ganz klar gestellt. Die Betrachtungen über „*polytechnische und monotechnische* Bildung" (gerade diese von mir in Anführungszeichen gesetzten und hervorgehobenen Worte, in ihrer ganzen ungeheuerlichen Unsinnigkeit, finden wir auf S. 4 der erwähnten „Beilage des Bulletins"!) – diese Betrachtungen, die grundfalsch und für einen Kommunisten schlechthin unzulässig sind, zeigen sowohl eine Unkenntnis des Programms als auch eine höchst eitle „Passion" für abstrakte Losungen. Wenn wir gezwungen sind, *vorübergehend* die Altersgrenze (für den Übergang von der allgemeinen polytechnischen zur beruflichen polytechnischen Ausbildung) von 17 auf 15 Jahre herabzusetzen, so „*muß die Partei*" diese Herabsetzung der Altersgrenze „ausschließlich" (Punkt 1 der Direktiven des ZK) als praktische Notwendigkeit, als vorübergehende Maßnahme „*betrachten*", die durch die „*Armut und die Zerrüttung des Landes*" hervorgerufen ist.

Allgemeine Betrachtungen, die eine solche Herabsetzung krampfhaft „begründen" wollen, sind glatter Unsinn. Genug des Spiels mit allgemeinen Betrachtungen und mit angeblichem Theoretisieren! Der ganze Schwerpunkt der Arbeit muß auf „die Berücksichtigung und Überprüfung der *praktischen* Erfahrungen", auf die „systematische *Auswertung der Lehren* aus diesen Erfahrungen" verlegt werden.

Wie wenig tüchtige, kenntnisreiche, in der pädagogischen *Praxis* erfahrene Menschen wir auch haben, so sind sie zweifellos dennoch vorhanden. Wir leiden darunter, daß wir es nicht verstehen, sie ausfindig zu machen und sie auf die entsprechenden leitenden Posten zu stellen, daß wir es nicht verstehen, gemeinsam mit ihnen die praktischen Erfahrungen des Sowjetaufbaus zu *studieren*. Gerade davon ist auf der Parteiberatung vom Dezember 1920 nichts zu sehen, und wenn davon auf einer Beratung von 163 – einhundertdreiundsechzig! – Vertretern des Volksbildungswesens nichts zu sehen ist, so ist nicht mehr daran zu zweifeln, daß hier

ein bestimmter allgemeiner, grundlegender Mangel in der Arbeit vorhanden ist, ein Mangel, der eine besondere Direktive des ZK der Partei notwendig gemacht hat.

Im Kommissariat für Bildungswesen gibt es zwei, nur zwei Genossen mit spezifischen Aufgaben. Das sind der Volkskommissar, Gen. Lunatscharski, der die allgemeine Leitung innehat, und sein Stellvertreter, Gen. Pokrowski, der die Leitung ausübt erstens als Stellvertreter des Volkskommissars, zweitens als unerläßlicher Berater (und Leiter) in wissenschaftlichen Fragen, in Fragen des Marxismus überhaupt. Die ganze Partei, die sowohl Gen. Lunatscharski als auch Gen. Pokrowski gut kennt, zweifelt natürlich nicht daran, daß sie beide in den erwähnten Fragen gewissermaßen „Spezialisten" im Volkskommissariat für Bildungswesen sind. Für alle anderen Mitarbeiter kann es ein solches „*Spezialfach*" nicht geben. Das „Spezialfach" aller übrigen Mitarbeiter muß sein, daß sie es verstehen, Berufspädagogen heranzuziehen, deren Arbeit richtig zu organisieren und die Lehren aus den praktischen Erfahrungen systematisch auszuwerten. Davon ist sowohl in Punkt 2 als auch in Punkt 3 und 5 der Direktiven des ZK die Rede.

Auf der Beratung der Parteiarbeiter hätten Berufspädagogen angehört werden müssen, Spezialisten, die ein Jahrzehnt praktisch tätig gewesen sind und uns allen sagen können, was auf dem und dem Gebiet getan worden ist und getan wird, zum Beispiel auf dem Gebiet der Berufsausbildung, und wie man beim Sowjetaufbau damit fertig wird, was Gutes erzielt worden ist, welche Vorbilder dieses Guten es gibt (solche Vorbilder gibt es sicher, und sei es auch nur in ganz geringer Zahl), welche konkreten Hinweise auf die Hauptmängel es gibt und welche Maßnahmen zur Beseitigung dieser Mängel zu ergreifen sind.

Auf der Beratung der Parteiarbeiter *fehlt* diese Berücksichtigung der *praktischen* Erfahrungen, gibt es keine Urteile von Pädagogen, die diese Erfahrungen so oder anders angewandt haben, dafür gibt es aber mißlungene Versuche, „allgemeine Betrachtungen" anzustellen und „abstrakte Losungen" zu werten. Die ganze Partei, alle Mitarbeiter des Volkskommissariats für Bildungswesen müssen diesen Mangel erkennen, und wir müssen uns mit vereinten Kräften daranmachen, ihn zu beseitigen. Die örtlichen Mitarbeiter müssen ihre Erfahrungen in dieser Hinsicht austauschen und der Partei helfen, vorbildliche Gouvernements oder Kreise

oder Bezirke oder Lehranstalten oder vorbildliche Pädagogen herauszustellen, die im verhältnismäßig engen Rahmen eines Ortes oder eines Spezialgebiets gute Resultate erzielt haben. Gestützt auf diese durch die Praxis bereits erprobten Errungenschaften müssen wir die Sache vorwärtsbringen, indem wir nach gründlicher Prüfung die örtlichen Erfahrungen im gesamtrussischen Maßstab anwenden, begabte oder einfach fähige Pädagogen auf verantwortlichere Posten mit einem größeren Wirkungskreis versetzen usw.

Der Erfolg der Tätigkeit eines Kommunisten, der auf dem Gebiet (und in den Institutionen) der Volksbildung arbeitet, ist in erster Linie daran zu messen, wie es um die Heranziehung von Spezialisten bestellt ist, wie man es versteht, sie ausfindig zu machen, sie auszunutzen, die Zusammenarbeit des Berufspädagogen und des kommunistischen Leiters zu verwirklichen, wie man es versteht zu prüfen, was und inwieweit etwas *praktisch verwirklicht* wird, wie man es versteht vorwärtszukommen, wenn auch sehr, sehr langsam, im allerbescheidensten Maßstab, aber einzig auf *sachlicher* Basis, auf der Basis *praktischer* Erfahrungen. Wenn wir dagegen auch künftig im Volkskommissariat für Bildungswesen eine Unmenge von Leuten haben, die auf „kommunistische Leitung" Anspruch erheben, während auf praktischem Gebiet Leere gähnt, wenn es an erfahrenen Spezialisten mangelt oder gänzlich fehlt, wenn wir es nicht verstehen, sie herauszustellen, sie anzuhören und ihre Erfahrungen zu berücksichtigen, dann wird sich die Sache nicht vom Fleck rühren. Der kommunistische Leiter muß dadurch und nur dadurch sein Recht auf die Leitung beweisen, daß er *viele*, immer mehr und mehr Helfer unter den Berufspädagogen *findet*, daß er es *versteht*, *ihnen* in ihrer Arbeit zu helfen, *sie* herauszustellen, *ihre* Erfahrungen aufzuzeigen und auszuwerten.

In *diesem* Sinne muß unsere Losung unbedingt lauten: *Weniger* „Leitung", mehr praktische Arbeit, das heißt weniger allgemeine Betrachtungen, mehr Tatsachen, und zwar geprüfte Tatsachen, die uns zeigen, worin, unter welchen Bedingungen und inwieweit wir vorwärtsschreiten oder auf der Stelle treten oder zurückgehen. Ein kommunistischer Leiter, der die Unterrichtsprogramme erfahrener Pädagogen berichtigt, der ein gelungenes Lehrbuch zusammengestellt hat, der eine wenn auch geringfügige, so doch *sich praktisch auswirkende* Verbesserung des Inhalts der Arbeit,

der Bedingungen der Arbeit von *zehn, hundert, tausend* Berufspädagogen erreicht hat, das ist ein wirklicher Leiter. Ein Kommunist dagegen, der über „Leitung" *räsoniert und es nicht versteht*, die Spezialisten in der praktischen Arbeit anzuleiten, der es nicht versteht, *ihre* Erfolge in der Praxis zu sichern, der es nicht versteht, die praktischen Erfahrungen von Hunderten und aber Hunderten Lehrern auszuwerten, ein solcher Kommunist ist nichts wert.

Es genügt, das vorzüglich zusammengestellte Büchlein „Das Volkskommissariat für Bildungswesen, Oktober 1917 bis Oktober 1920. Kurzer Bericht" zu überfliegen, damit man sieht, wie sehr die ganze Arbeit des Volkskommissariats für Bildungswesen vor allem an dem erwähnten Mangel leidet. Gen. Lunatscharski ist sich dessen bewußt, wenn er im Vorwort (S. 5) von dem „zweifellos unpraktischen Geist" spricht. Es bedarf aber noch viel beharrlicher Arbeit, damit alle Kommunisten im Volkskommissariat für Bildungswesen das erkennen und damit sie die erkannten Wahrheiten wirklich in die Tat umsetzen. Das erwähnte Büchlein zeigt, daß wir wenig, unglaublich wenig Tatsachen kennen; daß wir sie nicht zu sammeln verstehen und kein Gefühl dafür haben, wieviel Fragen es gibt, die gestellt werden müssen und auf die man (bei unserem Kulturniveau, bei unseren Sitten, bei unseren Verkehrsmitteln) eine Antwort erwarten kann; daß wir es nicht verstehen, die Lehren aus den praktischen Erfahrungen zu ziehen und sie zu verallgemeinern; daß wir uns mit hohlen „allgemeinen Betrachtungen und abstrakten Losungen" abgeben, es aber nicht verstehen, tüchtige Lehrer im allgemeinen und tüchtige Ingenieure und Agronomen für die technische Ausbildung im besonderen heranzuziehen, Industriebetriebe, Sowjetwirtschaften, halbwegs gut organisierte andere Wirtschaften und Kraftwerke für die polytechnische Bildung auszunutzen.

Trotz dieser Mängel schreitet die Sowjetrepublik auf dem Gebiet der Volksbildung unzweifelhaft voran. „Von unten", d. h. von der Masse der Werktätigen, die der Kapitalismus sowohl offen, mit Gewalt, wie auch durch Heuchelei und Betrug von der Bildung ferngehalten hat, kommt ein mächtiges Streben zum Licht, ein Drang nach Wissen. Wir können mit Recht darauf stolz sein, daß wir diesen Wissensdrang fördern und ihm dienen. Aber die Augen zu verschließen vor den Mängeln unserer Arbeit, davor, daß wir noch nicht gelernt haben, den staatlichen Bildungsapparat richtig zu *organisieren*, wäre geradezu ein Verbrechen.

Nehmen wir noch die Frage der Verteilung von Zeitungen und Büchern, eine Frage, mit der sich der letzte, der 7. Punkt der Direktiven des ZK befaßt.

Am 3. November 1920 wurde das Dekret des Rats der Volkskommissare „über die Zentralisierung des Bibliothekswesens" (Art. 439 der Gesetzsammlung von 1920, Nr.87), über die Schaffung eines *einheitlichen Netzes von Bibliotheken in der RSFSR* erlassen.

Nachstehend einige Daten, die ich zu dieser Frage von Gen. Malkin aus der „Zentralen Presseagentur" und von Gen. Modestow aus der Bibliothekssektion der Moskauer Abteilung für Volksbildung erhalten habe. In 38 Gouvernements, 305 Kreisen, des zentralen Sowjetrußlands (ohne Sibirien und den Nordkaukasus) bestanden:

Zentrale Bibliotheken	342
Stadtbezirksbibliotheken	521
Amtsbezirksbibliotheken	4474
Wanderbibliotheken	1661
Lesestuben	14739
Sonstige („Dorf-, Kinder- und Nachschlagebibliotheken, Bibliotheken verschiedener Institutionen und Organisationen")	12203
Insgesamt	33940

Gen. Modestow nimmt auf Grund seiner Erfahrungen an, daß es ungefähr drei Viertel dieser Bibliotheken wirklich gibt, während der Rest nur auf dem Papier steht. Für das Moskauer Gouvernement gibt die „Zentrale Presseagentur" 1223 Bibliotheken an, Gen. Modestow 1018, davon 204 in der Stadt und 814 außerhalb, die Bibliotheken der Gewerkschaften (wahrscheinlich ungefähr 16) und der Armee (etwa 125) nicht mitgerechnet.

Soweit man sich durch einen Vergleich mit den Daten für die Gouvernements ein Urteil bilden kann, scheinen diese Zahlen nicht sehr zuverlässig zu sein – sie stimmen womöglich nicht einmal zu 75 Prozent! Im Gouvernement Wjatka beispielsweise gibt es 1703 Lesestuben, im Gouvernement Wladimir 37, im Petrograder Gouvernement 98, im Iwanowo-Wosnessensker 75 usw. Und von den „sonstigen" Bibliotheken bestehen im Petrograder Gouvernement 36, im Woronesher 378, im Ufaer 525, im Pskower 31 usw.

Offenbar beweisen diese Zahlen gerade, daß der Wissensdrang der Arbeiter- und Bauernmassen gewaltig ist, daß das Streben nach Bildung und nach Gründung von Bibliotheken eine mächtige „Volksbewegung" im wahren Sinne des Wortes ist. Aber die Fähigkeit, dieses Streben des Volkes zu organisieren, in eine bestimmte Bahn zu lenken, in eine festgefügte Form zu bringen, es richtig zu befriedigen, haben wir bei weitem, bei weitem noch nicht. An der Schaffung eines tatsächlich *einheitlichen Netzes* von Bibliotheken werden wir noch sehr, sehr viel und beharrlich arbeiten müssen.

Wie verteilen wir die Zeitungen und Bücher? Nach den Angaben der „Zentralen Presseagentur" sind 1920 (in 11 Monaten) 401 Millionen Zeitungsexemplare und 14 Millionen Bücher verbreitet worden. Nachstehend die Angaben über die Verteilung von drei Zeitungen (am 12. I. 1921) nach dem Plan der Sektion für periodische Druckerzeugnisse in der Zentralen Verteilungskommission[29]. (Die Zahlen bedeuten je *tausend* Exemplare.):

	„Iswestija"	„Prawda"	„Bednota" [Die Armut]
Verteilungsstellen der „Zentralen Presseagentur"	191	139	183
Armeebüro für die Literaturzuteilung in den Divisionen	50	40	85
Eisenbahnorganisationen, Eisenbahnabteilung der Zentralen Presseagentur, Agitationsstellen	30	25	16
Institutionen und Organisationen der Stadt Moskau	65	35	8
Militärkommissariat der Stadt Moskau	8	7	6
Komplekte für Personenzüge	1	1	1
Exemplare zum Aushängen und Binden	5	3	1
Insgesamt	350	250	300

Auffallend gering ist die Zahl der Aushängeexemplare, d. h. der für die breite Masse bestimmten Exemplare. Auffallend hoch ist die Zahl der für

die hauptstädtischen „Institutionen" usw. bestimmten Exemplare – offenbar werden sie von den militärischen wie zivilen „Sowjetbürokraten" verschleudert und für rein bürokratische Zwecke verwendet.

Hier noch einige Zahlen aus den Berichten der örtlichen Unterabteilungen der „Zentralen Presseagentur". Die Woronesher Gouvernements-Verteilungsstelle der „Zentralen Presseagentur" erhielt im September 1920 12mal Zeitungen zugestellt (d. h. im September wurden an 18 Tagen von 30 keine Zeitungen zugestellt). Die eingetroffenen Zeitungen wurden wie folgt verteilt: an die Verteilungsstellen der „Zentralen Presseagentur" in den Kreisen 4986 Exemplare der „Iswestija" (4020, 4310)*, in den Bezirken 7216 (5860, 10064), in den Amtsbezirken 3370 (3200, 4285); an die Parteiorganisationen 447 (569, 3880); an die Sowjetbehörden 1765 (1641, 509). Man beachte, daß die Sowjetbehörden fast dreimal soviel Exemplare der „Prawda" erhielten wie die Parteiorganisationen! Ferner erhielten die Agitations- und Aufklärungsstellen des Militärkommissariats 5532 (5793, 12332), die Agitationsstellen 352 (400, 593), die Lesestuben *Null* Exemplare, Abonnenten 7167 (3080, 764). Die „Abonnenten", d. h. in Wirklichkeit natürlich die „Sowjetbürokraten", sind also sehr reichlich bedacht worden. Zum Aushängen wurden 460, (508, 500) Exemplare geliefert. Gesamtzuteilung 32517 (25104, 37237).

Im Gouvernement Ufa: Belieferung im November 1920 an 25 Tagen, d. h. nur an 5 Tagen trafen keine Zeitungen ein. Es wurden beliefert: die Parteiorganisationen mit 113 (1572, 153), die Sowjetbehörden mit 2763 (1296, 1267) Exemplaren; die Agitations- und Aufklärungsstellen des Militärkommissariats mit 687 (470, 6500), die Exekutivkomitees der Amtsbezirke mit 903 (308, 3511), die Lesestuben mit 36 (8 – von der „Prawda" 8 Exemplare! –, 2538), Abonnenten mit *Null*, „verschiedene Kreisorganisationen" mit 1044 (219, 991) Exemplaren. Gesamtzuteilung 5841 (4069, 15429).

Schließlich haben laut Bericht der Verteilungsstelle im Amtsbezirk Pustoscha, Kreis Sudogda, Gouvernement Wladimir, im Dezember 1920 erhalten: Parteiorganisationen 1 (1, 2), Sowjetbehörden 2 (1, 3), Agitations- und Aufklärungsstellen des Militärkommissariats 2 (1, 2), Exeku-

* Die erste Zahl in der Klammer betrifft die „Prawda", die zweite die „Bednota".

tivkomitees des Amtsbezirks 2 (1, 3), Post und Telegraf 1 (1, 1), das Betriebskomitee in Urschelski 1 (1, 2), die Bezirksabteilung für soziale Fürsorge 1 (0, 3). Gesamtvertrieb 10 (6, 16).

Was ergibt sich aus diesen fragmentarischen Angaben? Es ergibt sich meines Erachtens das, was unser Parteiprogramm ausdrückt, wenn es sagt, daß „gegenwärtig ... lediglich die ersten Schritte zum Übergang vom Kapitalismus zum Kommunismus getan werden"[30].

Der Kapitalismus machte aus den Zeitungen kapitalistische Unternehmen, Werkzeuge der Profitmacherei für die Reichen, der Information und des Zeitvertreibs für sie, Werkzeuge des Betrugs und der Irreführung der werktätigen Massen. Wir haben die Werkzeuge der Profitmacherei und des Betrugs zerschlagen. Wir haben *begonnen*, aus der Zeitung ein Werkzeug zur Aufklärung und Belehrung der Massen zu machen, wie sie *ohne* Gutsbesitzer und ohne Kapitalisten leben und ihre Wirtschaft aufbauen können. Aber wir haben eben erst damit begonnen. In etwas mehr als drei Jahren ist wenig getan. Es muß noch sehr viel getan, ein noch sehr weiter Weg zurückgelegt werden. Weniger politisches Wortgeprassel, weniger allgemeine Betrachtungen und abstrakte Losungen, an denen sich unerfahrene Kommunisten erquicken, die ihre Aufgaben nicht verstehen, mehr Produktionspropaganda und vor allem sachliche, geschickte, dem Entwicklungsniveau der Massen angepaßte Auswertung der praktischen Erfahrungen.

Bei der Belieferung mit Zeitungen (was Bücher betrifft, so habe ich keine Angaben; wahrscheinlich liegen dort die Dinge noch schlimmer) haben wir das Abonnement abgeschafft. Das ist ein Schritt vorwärts vom Kapitalismus zum Kommunismus. Den Kapitalismus kann man jedoch *nicht mit einem Schlag niederstrecken*. Er lebt wieder auf in Gestalt der „Sowjetbürokraten", die sich der Zeitungen unter verschiedenen Vorwänden bemächtigen. Wieviel sie an sich reißen, läßt sich nicht genau feststellen, aber offenbar sind es viele. Wir müssen beharrlich und systematisch daran arbeiten, den Bürokraten „auf die Finger zu klopfen", um zu verhindern, daß sie sich der Zeitungen und Bücher bemächtigen, um ihren Anteil zu verringern, um die Zahl der „Sowjetbürokraten" selbst unaufhörlich zu verringern. Wir sind leider nicht imstande, diese Zahl sofort auf ein Zehntel oder gar ein Hundertstel zu verringern – es wäre Scharlatanerie, das bei unserem jetzigen Kulturniveau zu versprechen –, aber wir können

und müssen sie ständig, unaufhörlich verringern. Ein Kommunist, der das nicht tut, ist nur in Worten ein Kommunist.

Wir müssen danach trachten, unentwegt danach trachten, daß die Zeitungen und Bücher in der Regel unentgeltlich *nur* an Bibliotheken und Lesehallen, an deren Netz, verteilt werden, durch das das ganze Land, die ganze Masse der Arbeiter, Soldaten und Bauern, regelmäßig versorgt wird. Dann wird das Volk hundertmal stärker, rascher und erfolgreicher der Bildung, dem Licht und Wissen zustreben. Dann werden Aufklärung und Bildung mit Siebenmeilenschritten vorwärtskommen.

Ein kleines Rechenexempel zur Illustration, als Beispiel. Nehmen wir die 350 000 Exemplare der „Iswestija" und die 250 000 Exemplare der „Prawda" für ganz Rußland. Wir sind bettelarm. Wir haben kein Papier. Die Arbeiter frieren und hungern, sie haben weder Kleidung noch Schuhzeug. Die Maschinen sind abgenutzt. Die Bauten verfallen. Stellen wir uns vor, daß wir im ganzen Lande, in den mehr als 10 000 Amtsbezirken 50 000 Bibliotheken und Lesehallen haben – nicht auf dem Papier, sondern in Wirklichkeit. Nicht weniger als drei in jedem Amtsbezirk und unbedingt je eine in jedem Werk oder jeder Fabrik, in jedem Truppenteil. Stellen wir uns vor, daß wir gelernt haben, nicht nur „den ersten Schritt vom Kapitalismus zum Kommunismus" zu machen, sondern auch den zweiten und dritten Schritt. Stellen wir uns vor, daß wir gelernt haben, jede Bibliothek und Lesehalle regelmäßig mit je drei Zeitungsexemplaren zu beliefern, davon, sagen wir, zwei zum „Aushängen" (vorausgesetzt, daß wir den vierten Schritt vom Kapitalismus zum Kommunismus gemacht haben, nehme ich an, wage ich anzunehmen, daß wir die Zeitungen, anstatt sie in barbarischer Weise „aufzukleben", wodurch sie beschädigt werden, mit Holznägeln an ein glattes Brett heften – eiserne Nägel gibt es nicht, an Eisen wird es uns auch beim „vierten Schritt" mangeln! –, damit die Zeitung bequem gelesen werden kann und in gutem Zustand erhalten bleibt). Also, je 2 Exemplare für die 50 000 Bibliotheken und Lesehallen zum „Aushängen" und je ein Reserveexemplar. Stellen wir uns weiter vor, daß wir gelernt haben, an die Sowjetbürokraten nur eine *mäßige* Anzahl von Zeitungen zu verschwenden, nun, sagen wir, nicht mehr als einige tausend Exemplare für die verwöhnten „Würdenträger" der gesamten Sowjetrepublik.

Bei einer so kühnen Annahme wird man mit 160 000, na schön, 175 000

Exemplaren für das ganze Land fünfmal besser auskommen, als es augenblicklich der Fall ist. Alle werden die Möglichkeit haben, sich durch die Zeitungen zu informieren (bei einer richtigen Organisation der „Wanderbibliotheken", für die Genossin F. Dobler vor einigen Tagen in der „Prawda" meines Erachtens recht erfolgreich eintrat). Das wären insgesamt 350000 Exemplare der beiden Zeitungen. Heute sind es 600000, die von den „Sowjetbürokraten" einfach aus kapitalistischer Gewohnheit veruntreut, verschleudert, für selbstgedrehte Zigaretten u. dgl. m. vergeudet werden. Wir würden 250000 Exemplare einsparen. Mit anderen Worten, wir würden ungeachtet unserer Armut *zwei* Tageszeitungen mit einer Auflage von je 125000 einsparen. Und in jeder dieser Zeitungen könnte man dem Volk jeden Tag ernsthaftes und wertvolles Lesematerial bieten, beste und klassische Belletristik, allgemein bildende Lehrbücher, Lehrbücher über Landwirtschaft und Industrie. Wenn die französischen Bourgeois es schon vor dem Krieg, um Geld zu verdienen, fertiggebracht haben, Romane für das Volk herauszubringen, nicht zu 3,50 Francs in Form eines hochherrschaftlichen Buches, sondern zu 10 Centimes (d. h. 35mal so billig, zu 4 Kopeken nach dem Vorkriegskurs), in Form einer proletarischen Zeitung, warum sollten wir denn – beim zweiten Schritt vom Kapitalismus zum Kommunismus – nicht lernen, das gleiche zu tun? Warum sollten wir nicht lernen, ebenso zu verfahren und zu erreichen, daß wir in einem Jahr – selbst bei unserer heutigen Armut – dem Volk für jede der 50000 Bibliotheken und Lesehallen je zwei Exemplare aller notwendigen Lehrbücher und aller notwendigen Klassiker der Weltliteratur, der modernen Wissenschaft, der modernen Technik liefern?

Wir werden es lernen.

7. Februar 1921

„Prawda" Nr. 28,
9. Februar 1921.
Unterschrift: N. Lenin.

Nach dem Text der „Prawda".

ERSTER ROHENTWURF VON THESEN BETREFFEND DIE BAUERN[31]

1. Dem Wunsch der parteilosen Bauernschaft, die Ablieferungspflicht (im Sinne der Beschlagnahme der Überschüsse) durch eine Getreidesteuer zu ersetzen, ist nachzukommen.
2. Die Höhe dieser Steuer ist gegenüber den vorjährigen Pflichtablieferungen herabzusetzen.
3. Das Prinzip ist gutzuheißen, daß sich die Höhe der Steuer nach der Arbeitsleistung des Bauern richtet, so daß der Steuersatz bei steigender Arbeitsleistung des Bauern gesenkt wird.
4. Die Freiheit des Bauern, die ihm nach Entrichtung der Steuer verbleibenden Überschüsse im örtlichen Wirtschaftsverkehr umzusetzen, ist zu erweitern, vorausgesetzt, daß die Steuer schnell und in voller Höhe entrichtet wird.

Geschrieben am 8. Februar 1921.
Zuerst veröffentlicht 1932. *Nach dem Manuskript.*

SCHREIBEN AN DIE MITGLIEDER DES POLITBÜROS

Auf die Anfrage des Politbüros betreffend die Erdölkonzessionen sind sowohl von Krassin (und Bogdatjan) als auch vom Vorsitzenden der Hauptverwaltung Erdöl, Dosser, und seinen vier Spezialisten Anworten eingelaufen.

Diese Antworten schicke ich zusammen mit dem Bericht über „Die Lage der Erdölindustrie gegen Ende 1920" (Baku 1920) an Gen. Stalin und bitte alle Mitglieder des Politbüros, sich mit ihm telefonisch in Verbindung zu setzen, damit sie diese Materialien rechtzeitig von ihm erhalten und sie durchlesen können. (Im gedruckten Bericht genügt es sogar, die von mir mit Blaustift gekennzeichneten Stellen auf den Seiten durchzusehen, die ich auf dem Umschlag, d. h. auf dem Blatt vor dem eigentlichen Text, vermerkt habe.)

Diese Materialien müssen schnellstens durchgelesen werden, denn es ist erwünscht, daß im Politbüro (Montag, den 14. Februar, 8 Uhr abends) dazu ein Beschluß gefaßt wird.

Diese Materialien beweisen eindeutig,

a) daß eine Katastrophe droht und *nahe bevorsteht*;

b) daß man unbedingt nach Kräften bemüht sein muß, in Baku Konzessionen zu erteilen (d. h. Konzessionäre ausfindig zu machen);

c) daß der Vorsitzende der Hauptverwaltung Erdöl dumm wie Bohnenstroh ist. Dummheit bei einer so hochgestellten Person ist gefährlich.

Kurz zu allen diesen drei Punkten:

a) Eine Katastrophe naht heran. Das haben die *Spezialisten der Hauptverwaltung Erdöl* besonders klar bewiesen. Der Dummkopf Dosser bemüht sich in seinem schriftlichen Bericht, die Gefahr zu *bagatellisieren*. Das ist besonders dumm. Man muß die Gutachten *aller*

Spezialisten der Hauptverwaltung Erdöl lesen und sie mit der abgeschwächten Schlußfolgerung Dossers vergleichen.

b) „Der Nutzen der Heranziehung von Konzessionären ist problematisch", heißt es in Dossers Schlußfolgerung. Offenbar hat er als wahrhaft dienstbeflissner Narr seine Spezialisten damit erschrecken wollen, daß es sich für einen „sowjetischen" Menschen gehöre, nur gegen Konzessionen zu sein!! Fürwahr, ein Bärendienst!!

In Wirklichkeit ist aus den Berichten der Spezialisten der Hauptverwaltung Erdöl (die sachlich sind und durch den gedruckten Bericht „bis Ende 1920" vollauf bestätigt werden) ganz klar ersichtlich, *welche Bedingungen* wir einem Konzessionär stellen müssen.

Ob sich ein Konzessionär findet, der auf diese Bedingungen eingeht, ist natürlich „problematisch". Aber kein Politiker, der seinen Verstand beisammen hat, würde dieserhalb Dosser oder die Spezialisten fragen.

Unsere Sache ist es, alles aufzubieten, damit wir solche Konzessionäre finden.

Wenn wir keine finden, um so schlimmer für uns.

Wenn wir es nicht verstehen, alles aufzubieten, um Konzessionäre zu finden, dann sind wir es, die Bankrott machen.

Man muß die Ausarbeitung der Bedingungen beschleunigen.

Man muß unverzüglich den Kampf aufnehmen gegen das äußerst schädliche Vorurteil, von dem ein Teil der Arbeiter leicht beeinflußt werden könnte und das, koste es, was es wolle, überwunden werden muß. Dieses Vorurteil besteht in der „Idee": „wir wollen nicht für Kapitalisten arbeiten" oder in abgewandelter Form: „wir wollen nicht für Kapitalisten arbeiten, wenn nebenan Arbeiter nicht für Kapitalisten arbeiten".

Die Schädlichkeit dieses Vorurteils (das sowohl durch unser Programm der KPR als auch durch den Marxismus überhaupt widerlegt wird) ersieht man klar aus einer ungefähren Berechnung, die eine anschauliche Bilanz aus den Berichten der Spezialisten zieht.

Wir fördern 100 **a** Erdöl.

Die Förderung sinkt.

Die Verwässerung droht zu einer Katastrophe zu werden.

Wenn wir einen Konzessionär gewinnen, der uns hilft, 100 **a** + 100 **b** Erdöl zu fördern, und wenn wir ihm dafür 98 **b** bezahlen, dann steigt unsere Förderung, wenn auch langsam (100 **a** + 2 **b**), statt zu sinken.

Es fragt sich, ob die Arbeiter, die von 100 **b** dem Konzessionär 98 **b** abgeben, „für Kapitalisten" oder für die Sowjetmacht arbeiten?

Die Antwort ist nicht schwierig.

Ich bitte Sie dringend, die beigelegten Materialien und Berichte schnellstens zu lesen, damit möglichst bald ein Beschluß gefaßt werden kann. Eine Verzögerung ist überaus gefährlich.

12. II. 1921 *Lenin*

Zuerst veröffentlicht 1945 im Lenin-Sammelband XXXV.

Nach dem Manuskript.

ÜBER DEN EINHEITLICHEN WIRTSCHAFTSPLAN

Einen niederdrückenden Eindruck machen die Artikel und Diskussionen über dieses Thema. Man sehe sich die Artikel L. Krizmans in der „Ekonomitscheskaja Shisn" [Das Wirtschaftsleben] an (I vom 14. Dezember 1920; II vom 23. Dezember; III vom 9. Februar; IV vom 16. Februar; V vom 20. Februar). Leeres Gerede. Literatengeschwätz. Nirgends der Wunsch, das, was auf diesem Gebiet an Sachlichem geleistet worden ist, zu berücksichtigen und es zu studieren. Anstatt einer Untersuchung der Daten und Fakten Betrachtungen – in fünf langen Artikeln! – darüber, wie man an die Untersuchung herangehen soll.

Man nehme die Thesen Miljutins („Ekonomitscheskaja Shisn" vom 19. Februar) und Larins („Ekonomitscheskaja Shisn" vom 20. Februar), man verfolge aufmerksam die Reden der „verantwortlichen" Genossen. Dieselben grundlegenden Mängel wie bei Krizman. Ödeste Scholastik bis hinab zum Geschwätz über das Gesetz der Kettenverbindung usw., bald eine Literaten-, bald eine Bürokratenscholastik, aber nichts Lebendiges.

Ja, noch schlimmer. Eine überhebliche bürokratische Mißachtung gegenüber der lebendigen Arbeit, die schon getan worden ist und die man fortsetzen muß. Immer und immer wieder werden hohlste „Thesen fabriziert" oder Losungen und Projekte aus den Fingern gesogen, anstatt daß man unsere eigenen praktischen Erfahrungen aufmerksam und sorgfältig studiert.

Die einzige ernste Arbeit betreffend den einheitlichen Wirtschaftsplan ist der „Plan für die Elektrifizierung der RSFSR" – der Bericht der „GOELRO" (Staatliche Kommission für die Elektrifizierung Rußlands) an den VIII. Sowjetkongreß, der im Dezember 1920 herausgegeben und

auf dem VIII. Kongreß verteilt wurde. In diesem Buch wird der im Auftrag der obersten Organe unserer Republik von den besten wissenschaftlichen Kräften – selbstverständlich erst in allgemeinen Zügen – ausgearbeitete einheitliche Wirtschaftsplan dargelegt. Den Kampf gegen den Ignorantendünkel von Würdenträgern und gegen den Intellektuellendünkel von kommunistischen Literaten muß man mit der bescheidensten Arbeit, mit der einfachen Schilderung der Geschichte dieses Buches, seines Inhalts und seiner Bedeutung beginnen.

Vom 2. bis 7. Februar 1920, d. h. vor mehr als einem Jahr, tagte das Gesamtrussische Zentralexekutivkomitee, das eine Resolution über die Elektrifizierung annahm. In dieser Resolution lesen wir:

„Neben den nächsten, wichtigsten, unaufschiebbaren und vordringlichen Aufgaben des Aufbaus des Verkehrswesens, der Beseitigung der Brennstoff- und Lebensmittelkrise, der Bekämpfung der Epidemien, der Organisierung disziplinierter Arbeitsarmeen hat Sowjetrußland zum erstenmal die Möglichkeit, einen planmäßigeren Wirtschaftsaufbau, die wissenschaftliche Ausarbeitung und konsequente Durchführung eines staatlichen Plans für die gesamte Volkswirtschaft in Angriff zu nehmen. In Anbetracht der überragenden Bedeutung der Elektrifizierung ... in richtiger Einschätzung der Bedeutung der Elektrifizierung für Industrie, Landwirtschaft, Verkehrswesen ... usw. usf.... beschließt das Gesamtrussische ZEK, den Obersten Volkswirtschaftsrat zu beauftragen, gemeinsam mit dem Volkskommissariat für Landwirtschaft das Projekt des Baus eines Netzes von Kraftwerken auszuarbeiten ..."

Ist das etwa nicht klar? „Wissenschaftliche Ausarbeitung eines staatlichen Plans für die gesamte Volkswirtschaft" – kann man denn diese Worte, diesen Beschluß unseres höchsten Staatsorgans mißverstehen? Wenn Literaten und Würdenträger, die sich vor den „Spezialisten" mit ihrem Kommunismus brüsten, diesen Beschluß nicht kennen, so muß man sie eben daran erinnern, daß Unkenntnis unserer eigenen Gesetze kein Argument ist.

In Ausführung des Beschlusses des Gesamtrussischen ZEK bestätigte das Präsidium des Obersten Volkswirtschaftsrats am 21. Februar 1920 die bei der Elektroabteilung gebildete Elektrifizierungskommission, dann bestätigte der Verteidigungsrat die Verordnung über die „GOELRO", deren Zusammensetzung der Oberste Volkswirtschaftsrat im Einvernehmen mit dem Volkskommissariat für Landwirtschaft bestimmen und be-

stätigen sollte. Schon am 24. April 1920 brachte die „GOELRO" Nr. 1 ihres „Bulletins" mit einem ganz detaillierten Arbeitsprogramm und einer Liste der verantwortlichen Personen heraus, der Gelehrten, Ingenieure, Agronomen und Statistiker, die den verschiedenen Unterkommissionen angehören, die Arbeit in den einzelnen Bezirken leiten und verschiedene, genau festgelegte Aufgaben übernommen haben. Die Aufzählung dieser Arbeiten und der mit ihrer Durchführung Betrauten umfaßt allein zehn Druckseiten der Nr. 1 des „Bulletins". Die besten Kräfte, die der Oberste Volkswirtschaftsrat und das Volkskommissariat für Landwirtschaft sowie das Volkskommissariat für Verkehrswesen ermitteln konnten, wurden alle zur Arbeit herangezogen.

Das Ergebnis der Arbeit der „GOELRO" ist das obenerwähnte umfangreiche – und hervorragende – wissenschaftliche Werk. Mehr als 180 Spezialisten haben daran mitgearbeitet. Die Liste der von ihnen der „GOELRO" eingereichten Arbeiten umfaßt mehr als 200 Beiträge. Wir haben zunächst eine übersichtliche Zusammenfassung dieser Arbeiten (der erste Teil des genannten Bandes, über 200 Seiten stark): a) Elektrifizierung und Plan der staatlichen Wirtschaft; ferner b) Brennstoffversorgung (mit einem genau ausgearbeiteten „Brennstoffbudget" der RSFSR *innerhalb des nächsten Jahrzehnts* unter Berücksichtigung der erforderlichen Zahl von Arbeitern); c) Wasserkraft; d) Landwirtschaft; e) Verkehrswesen und f) Industrie.

Der Plan ist auf ungefähr ein Jahrzehnt berechnet, unter Angabe der Arbeiterzahl und Kapazität (in 1000 PS). Natürlich ist dies nur ein annähernder Plan, ein erster Rohentwurf, mit Fehlern, in „allgemeinen Zügen", aber es ist ein wirklich wissenschaftlicher Plan. Wir haben über alle Hauptfragen genaue Berechnungen von Spezialisten. Wir haben ihre Berechnungen für sämtliche Industriezweige. Wir haben – um ein kleines Beispiel herauszugreifen – die Berechnung des Umfangs der Lederproduktion, zwei Paar Schuhe pro Kopf der Bevölkerung (300 Millionen Paar) usw. Das Ergebnis ist eine Bilanz sowohl der Materialien als auch der Geldmittel (in Goldrubel) für die Elektrifizierung (etwa 370 Millionen Arbeitstage, soundso viel Faß Zement, soundso viel Ziegelsteine, soundso viel Pud Eisen, Kupfer usw., die und die Kapazität der Turbogeneratoren usw.). Die Bilanz ist auf einen Zuwachs („nach sehr grober Schätzung") der verarbeitenden Industrie um 80 Prozent und der Grundstoffindustrie

um 80 bis 100 Prozent in zehn Jahren berechnet. Das Defizit der Goldbilanz (+ 11 Milliarden, – 17 Milliarden, also ein Defizit von etwa 6 Milliarden) „kann durch Erteilung von Konzessionen und durch Kreditoperationen gedeckt werden".

Angegeben wird der Standort von 20 Wärme- und 10 Wasserkraftwerken – Gebietskraftwerken der ersten Baufolge – mit genauer Beschreibung der wirtschaftlichen Bedeutung eines jeden Kraftwerks.

Nach der allgemeinen Übersicht enthält derselbe Band, mit gesonderter Numerierung der Seiten, Arbeiten über jedes einzelne Gebiet: den Norden, das Zentrale Industriegebiet (diese beiden sind besonders gut, genau, ausführlich, auf überaus reichhaltiges wissenschaftliches Material gestützt), den Süden, das Wolgagebiet, den Ural, den Kaukasus (dieser wird in Voraussetzung einer wirtschaftlichen Vereinbarung zwischen den verschiedenen Republiken als ein Ganzes behandelt), Westsibirien und Turkestan. Für jedes Gebiet haben wir Berechnungen für die Kraftwerke nicht allein der ersten Baufolge. Ferner haben wir das sogenannte „Programm A der GOELRO", d. h. einen Plan zur rationellsten und sparsamsten Ausnutzung der *vorhandenen* Kraftwerke. Noch ein kleines Beispiel. Für das Nordgebiet (das Petrograder Gebiet) ist errechnet, daß die Zusammenfassung der Petrograder Kraftwerke eine Einsparung ergeben könnte, die folgendermaßen bestimmt wird: Annähernd die Hälfte des Stroms könnte (S. 69 des Berichts über das Nordgebiet) an die Holzflößplätze im Norden – an Murmansk, Archangelsk usw. – abgegeben werden. Unter diesen Umständen könnte die Steigerung der Holzbeschaffung und -ausfuhr *„schon in der nächsten Zeit jährlich bis zu einer halben Milliarde Valutarubel"* abwerfen.

„Der jährliche Erlös aus den Waldbeständen des Nordens kann bereits in den nächsten Jahren die Höhe unserer Goldreserve erreichen" (ebenda, S. 70), natürlich nur, wenn wir es verstehen, vom Gerede über den Plan zum Studium und zur *Durchführung* des von den Gelehrten real ausgearbeiteten Plans überzugehen!

Es muß noch erwähnt werden, daß wir für eine Reihe von Fragen (selbstverständlich bei weitem, bei weitem nicht für alle) Ansätze eines kalendermäßigen Programms haben, d. h. nicht nur eines Plans schlechthin, sondern einer Vorausberechnung für jedes Jahr von 1921 bis 1930, wieviel Kraftwerke in Betrieb genommen und wie die bestehenden er-

weitert werden können (wiederum unter der obigen Voraussetzung, die angesichts unserer Gepflogenheiten schreiblustiger Intellektueller und bürokratischer Würdenträger nicht allzu leicht zu erfüllen ist).

Um uns über den gewaltigen Umfang und den großen Wert der von der „GOELRO" geleisteten Arbeit klarzuwerden, wollen wir einen Blick nach Deutschland werfen. Dort hat ein Gelehrter namens Ballod eine ähnliche Arbeit ausgeführt. Er hat einen wissenschaftlichen Plan für den sozialistischen Umbau der gesamten Volkswirtschaft Deutschlands entworfen. Im kapitalistischen Deutschland hing der Plan in der Luft, er blieb ein literarisches Produkt, die Arbeit eines einzelnen. Wir haben einen staatlichen Auftrag erteilt, haben Hunderte von Spezialisten mobilisiert und in zehn Monaten (natürlich nicht in zwei, wie ursprünglich festgelegt war) einen wissenschaftlich begründeten, einheitlichen Wirtschaftsplan erhalten. Wir können auf diese Arbeit mit Recht stolz sein; wir müssen nur *verstehen, wie* sie auszuwerten ist, und gerade das Unverständnis *hierfür* muß jetzt bekämpft werden.

Die Resolution des VIII. Sowjetkongresses sagt: „... Der Kongreß ... *billigt die Arbeit des Obersten Volkswirtschaftsrats* usw. sowie insbesondere der „GOELRO" *betreffs der Ausarbeitung des Plans für die Elektrifizierung Rußlands* ..., bewertet diesen Plan *als ersten Schritt eines großen ökonomischen Beginnens*, beauftragt das Gesamtrussische Zentralexekutivkomitee usw., *die Ausarbeitung dieses Plans zu Ende zu führen und ihn zu bestätigen*, und zwar unbedingt in kürzester Frist ... Er gibt den Auftrag, alle Maßnahmen zu ergreifen, um diesen Plan *aufs großzügigste zu propagieren* ... Das Studium dieses Plans muß *in ausnahmslos allen Lehranstalten der Republik* eingeführt werden"[32] usw.

Nichts kennzeichnet so anschaulich das Vorhandensein wunder Punkte in unserem Apparat, besonders in den höheren Instanzen, das Vorhandensein sowohl bürokratischer als auch intelligenzlerischer Schwächen, wie das in Moskau zu beobachtende Verhalten zu dieser Resolution, die Versuche, sie schief und krumm „auszulegen", ja, über sie einfach hinwegzugehen. Die Literaten propagieren den ausgearbeiteten Plan nicht, sondern schreiben Thesen und ergehen sich in leeren Betrachtungen darüber, wie man an die Ausarbeitung des Plans herangehen solle! Die Würdenträger legen rein bürokratisch die Betonung auf die Notwendigkeit, den Plan zu „bestätigen", worunter sie nicht die Festlegung konkreter Aufgaben (daß das

oder jenes zu der oder jener Zeit gebaut, das oder jenes im Ausland gekauft werden soll usw.) verstehen, sondern etwas ganz Konfuses, wie etwa die Ausarbeitung eines *neuen* Plans! Das Unverständnis dieser Leute ist haarsträubend, man hört solche Reden: Bevor wir Neues errichten, wollen wir zumindest teilweise das Alte wiederherstellen; die Elektrifizierung sieht nach Elektrofiktion aus; warum nicht Gasifizierung? In der „GOELRO" sitzen bürgerliche Spezialisten, aber wenig Kommunisten; die „GOELRO" hat Sachverständigenkader zu stellen und nicht Mitglieder für die allgemeine Plankommission u. ä. m.

Gerade dieses Durcheinander der Meinungen ist gefährlich, denn es zeigt die Unfähigkeit zur Arbeit, das Dominieren von Intellektuellen- und Bürokratendünkel über wirkliche Arbeit. Das Witzeln über das Phantastische des Plans, die Fragen nach der Gasifizierung usw. enthüllen den Eigendünkel der Ignoranz. Ist es nicht eine Schande, wenn man an der Arbeit von Hunderten der besten Spezialisten leichtfertig herumkrittelt, wenn man sie mit banalen Witzeleien abtun will und sich damit brüstet, daß man das Recht habe, „nicht zu bestätigen"?

Man muß endlich lernen, die Wissenschaft zu schätzen, mit der „kommunistischen" Hoffart von Dilettanten und Bürokraten aufzuräumen; man muß endlich lernen, systematisch zu arbeiten und dabei die eigene Erfahrung, die eigene Praxis auszuwerten!

Freilich sind „Pläne" ihrem ganzen Wesen nach eine Sache, über die man endlos reden und streiten kann. Es geht jedoch nicht an, allgemeine Redensarten und Diskussionen über die „Prinzipien" (des Aufbaus des Plans) zuzulassen, wenn es gilt, sich an das Studium des jetzt vorliegenden, einzig wissenschaftlichen Plans und an seine Verbesserung auf Grund der Lehren aus der *praktischen* Erfahrung und auf Grund eingehenderen Studiums zu machen. Natürlich bleibt dem Würdenträger und den Würdenträgern stets das Recht vorbehalten, zu „bestätigen" oder auch „nicht zu bestätigen". Faßt man dieses Recht vernünftig auf, legt man den Beschluß des VIII. Kongresses über die Bestätigung des von ihm gutgeheißenen und zur breitesten Propagierung empfohlenen Plans vernünftig aus, so ist unter Bestätigung eine Reihe von Aufträgen und Anordnungen zu verstehen: das und jenes ist dann und dort zu kaufen, mit dem Bau von dem und jenem ist zu beginnen, diese oder jene Materialien sind zu beschaffen und heranzubringen usw. Legt man das jedoch bürokratisch aus,

so bedeutet „Bestätigung" Willkür der Würdenträger, Papierkrieg, Spielerei mit Prüfungskommissionen, kurzum: rein bürokratisches Abwürgen einer lebendigen Sache.

Betrachten wir die Sache noch von einer anderen Seite. Der wissenschaftliche Elektrifizierungsplan muß speziell mit den laufenden praktischen Plänen und ihrer tatsächlichen Durchführung verbunden werden. Das ist natürlich völlig unbestreitbar. Wie aber soll das geschehen? Um das zu wissen, ist es nötig, daß die Ökonomen, die Literaten, die Statistiker nicht über den Plan schlechthin schwatzen, sondern daß sie die Erfüllung unserer Pläne, unsere Fehler bei dieser praktischen Arbeit und die Methoden der Korrektur dieser Fehler eingehend studieren. Ohne ein solches Studium sind wir blind. Bei einem solchen Studium, daneben, unter der Voraussetzung, daß die praktischen Erfahrungen studiert werden, verbleibt noch die ganz geringfügige Frage der Verwaltungstechnik. Plankommissionen gibt es bei uns wie Sand am Meer. Man nehme zwecks Vereinigung zwei Leute aus dem Ressort, das dem Iwan Iwanowitsch, und einen aus dem Ressort, das dem Pawel Pawlowitsch untersteht, oder umgekehrt. Man vereinige sie mit einer Unterkommission der allgemeinen Plankommission. Es ist klar, daß das eben eine verwaltungstechnische Frage ist und nichts weiter. Man versuche es so oder so und wähle das Bessere – es wäre lächerlich, darüber Worte zu verlieren.

Der Haken ist ja gerade, daß man es bei uns nicht versteht, eine Sache anzupacken, und daß man lebendige Arbeit durch intelligenzlerische und bürokratische Projektemacherei ersetzt. Wir hatten und haben laufende Pläne für die Lebensmittel- und Brennstoffversorgung. Wir haben sowohl in den einen als auch in den anderen einen offensichtlichen Fehler gemacht. Darüber kann es keine zwei Meinungen geben. Ein tüchtiger Volkswirtschaftler würde sich nun, anstatt inhaltslose Thesen auszuarbeiten, an das Studium der Tatsachen, Zahlen und Daten setzen, unsere eigene praktische Erfahrung analysieren und sagen: Der Fehler liegt da und da, er muß so und so korrigiert werden. Ein tüchtiger Verwaltungsfunktionär würde auf Grund eines ähnlichen Studiums einen Personalwechsel, eine Änderung der Rechenschaftslegung, eine Reorganisation des Apparats u. ä. m. vorschlagen oder selbst durchführen. Weder von dem einen noch von dem anderen sachlichen und fachkundigen Herangehen an den einheitlichen Wirtschaftsplan ist jedoch bei uns etwas zu merken.

Der wunde Punkt ist eben der, daß man die Frage der Einstellung des Kommunisten zu den Spezialisten, des Verwaltungsfunktionärs zu den Gelehrten und Literaten falsch stellt. In der Frage des einheitlichen Wirtschaftsplans wie auch in jeder anderen Frage gibt es solche Seiten – und es können immer solche neuen Seiten auftauchen –, die eine Lösung einzig durch Kommunisten oder ein rein administratives Herangehen erfordern. Das steht fest. Das ist aber eine bloße Abstraktion. Und jetzt gehen bei uns gerade kommunistische Literaten und kommunistische Administratoren falsch an diese Frage heran, weil sie nicht zu begreifen vermochten, daß es hier darauf ankommt, mehr bei den bürgerlichen Spezialisten und Wissenschaftlern zu lernen und sich weniger administrativer Spielerei hinzugeben. Einen anderen einheitlichen Wirtschaftsplan als den von der „GOELRO" bereits ausgearbeiteten gibt es nicht und kann es nicht geben. Er muß ergänzt, weiterentwickelt, verbessert und auf Grund eines aufmerksamen Studiums der Lehren aus der praktischen Erfahrung ins Leben umgesetzt werden. Die gegenteilige Meinung ist, um mit den Worten des Parteiprogramms zu sprechen, nur „ein scheinradikaler, in Wirklichkeit aber von Ignorantentum zeugender Eigendünkel".[33] Ein nicht geringerer Ignorantendünkel ist der Gedanke, es sei in der RSFSR eine andere allgemeine Plankommission möglich als die „GOELRO". Damit soll natürlich nicht der eventuelle Nutzen teilweiser, sachlicher Änderungen in ihrer Zusammensetzung in Abrede gestellt werden. Etwas Ernsthaftes in dem Sinne, daß der allgemeine Plan unserer Volkswirtschaft verbessert wird, kann man nur auf dieser Grundlage leisten, nur dadurch, daß man das Begonnene fortsetzt, sonst führt das zu administrativer Spielerei oder, einfacher ausgedrückt, zu Willkür. Aufgabe der Kommunisten in der „GOELRO" ist es, weniger zu kommandieren, richtiger gesagt, überhaupt nicht zu kommandieren, sondern die Spezialisten in Wissenschaft und Technik („sie sind in den meisten Fällen naturgemäß von bürgerlichen Anschauungen und Gewohnheiten durchdrungen", heißt es im Programm der KPR) äußerst behutsam und geschickt zu behandeln, zugleich von ihnen zu lernen und ihnen zu helfen, ihren Gesichtskreis zu erweitern. Dabei muß man von den Errungenschaften und den Ergebnissen der betreffenden Wissenschaft ausgehen und darf nie vergessen, daß der Ingenieur *nicht so* zur Anerkennung des Kommunismus gelangen wird, wie der illegale Propagandist oder der Literat dazu gelangt ist, *sondern über die*

Ergebnisse seiner Wissenschaft, daß der Agronom *auf seine Weise*, der Forstwirt *auf seine Weise* usw. zur Anerkennung des Kommunismus gelangen wird. Ein Kommunist, der nicht bewiesen hat, daß er es versteht, die Arbeit der Spezialisten zusammenzufassen und mit Bescheidenheit zu leiten, indem er in das Wesen der Dinge eindringt und sie bis ins einzelne studiert, ein solcher Kommunist ist oft schädlich. Solcher Kommunisten haben wir viele, und ich würde sie dutzendweise gegen einen einzigen, sein Fachgebiet gewissenhaft studierenden und kenntnisreichen bürgerlichen Spezialisten austauschen.

Die Kommunisten, die außerhalb der „GOELRO" stehen, können die Schaffung und Durchführung des einheitlichen Wirtschaftsplans zwiefach fördern. Sind sie Ökonomen, Statistiker oder Literaten, so sollen sie zunächst unsere eigenen praktischen Erfahrungen studieren und erst auf Grund eingehenden Studiums der entsprechenden Tatsachen die Beseitigung der Fehler, die Verbesserung der Arbeit empfehlen. Studieren ist Sache der Gelehrten, und da es bei uns schon längst nicht mehr um allgemeine Prinzipien, sondern eben um die praktische Erfahrung geht, ist für uns hier wiederum ein zwar bürgerlicher, aber kenntnisreicher „Spezialist in Wissenschaft und Technik" zehnmal wertvoller als ein eingebildeter Kommunist, der zu jeder Tages- und Nachtzeit bereit ist, „Thesen" zu verfassen, „Losungen" aufzustellen, mit nackten Abstraktionen aufzuwarten. Mehr Tatsachenkenntnis und weniger Wortgefechte, die auf kommunistische Grundsätzlichkeit Anspruch erheben.

Anderseits ist es die erste Pflicht eines Kommunisten, der Verwaltungsfunktionen ausübt, sich vor der Sucht des Kommandierens zu hüten; er muß es verstehen, erst dem Rechnung zu tragen, was die Wissenschaft schon erarbeitet hat, sich erst zu erkundigen, ob die Tatsachen nachgeprüft sind, erst durchzusetzen, daß (in Vorträgen, in der Presse, auf Versammlungen usw.) genau untersucht wird, wo wir einen Fehler gemacht haben, und nur auf dieser Basis das Getane zu korrigieren. Weniger Tit-Titytsch*-Manieren („ich kann bestätigen oder auch nicht bestätigen"), mehr Studium unserer in der Praxis begangenen Fehler.

Es ist schon längst bemerkt worden, daß die Mängel der Menschen meistenteils mit ihren Vorzügen zusammenhängen. Das gilt auch von den

* Gestalt aus der Komödie A. Ostrowskis „Der bittre Rest beim fremden Fest". *Der Übers.*

Mängeln vieler leitender Kommunisten. Jahrzehntelang taten wir ein großes Werk, predigten den Sturz der Bourgeoisie, lehrten Mißtrauen gegen die bürgerlichen Spezialisten, entlarvten sie, nahmen ihnen schließlich die Macht und brachen ihren Widerstand. Ein großes, weltgeschichtliches Werk. Man braucht aber nur ein klein wenig zu übertreiben, und schon bewahrheitet sich der Ausspruch, daß vom Erhabenen zum Lächerlichen nur ein Schritt ist. Wir haben Rußland überzeugt, wir haben Rußland den Ausbeutern abgerungen für die Werktätigen, wir haben die Ausbeuter unterdrückt – nun müssen wir lernen, Rußland zu verwalten. Dazu muß man sich Bescheidenheit und Achtung vor der fachlichen Arbeit der „Spezialisten in Wissenschaft und Technik" aneignen, dazu muß man lernen, sachlich und aufmerksam unsere zahlreichen *in der Praxis begangenen* Fehler zu analysieren und sie allmählich, aber unentwegt zu korrigieren. Weniger Intellektuellen- und Bürokratendünkel, mehr Studium dessen, was uns unsere praktischen Erfahrungen im Zentrum und draußen im Lande lehren, und dessen, was uns die Wissenschaft bereits gegeben hat.

21. Februar 1921

„Prawda" Nr. 39,
22. Februar 1921.
Unterschrift: N. Lenin.

Nach dem Text der „Prawda", verglichen mit den von W. I. Lenin korrigierten Fahnenabzügen.

GRUSSBOTSCHAFT AN DEN V. GESAMTUKRAINISCHEN SOWJETKONGRESS[34]

Genossen! Von ganzem Herzen begrüße ich den V. Gesamtukrainischen Sowjetkongreß. Ich gebe meiner tiefsten Überzeugung Ausdruck, daß das Bündnis der armen Bauern und der ukrainischen Arbeiter die Sowjetukraine stärken und die Ukrainische Republik, trotz aller Hindernisse und Ränke der Feinde, festigen wird.

Ich bitte den Gen. Petrowski, mein Bedauern zu übermitteln, daß ich den Vorschlag des Kongresses nicht annehmen und nicht persönlich kommen kann. Ich hoffe aber doch, daß es mir in naher Zukunft möglich sein wird, die Sowjetukraine zu besuchen. Ich wünsche dem Kongreß Erfolg für die Stärkung der Arbeiter- und Bauernmacht und den Wiederaufbau der Wirtschaft.

Ihr *Lenin*

„Kommunist" (Charkow) Nr. 45, 27. Februar 1921.

Nach dem Text des „Kommunist".

REDE IN DER PLENARSITZUNG DES MOSKAUER SOWJETS DER ARBEITER- UND BAUERNDEPUTIERTEN 28. FEBRUAR 1921[35]

(Anhaltender Beifall.) Bevor ich mich der inneren Lage zuwende, die natürlich sowohl großes Interesse als auch große Beunruhigung hervorruft, erlauben Sie mir, kurz auf die wichtigsten Neuigkeiten der internationalen Politik einzugehen. Von diesen Neuigkeiten will ich, um mich kurz zu fassen, nur drei herausgreifen. Die erste ist die, daß hier bei uns in Moskau eine Konferenz mit den türkischen Delegierten begonnen hat. Diese Tatsache muß man ganz besonders begrüßen, weil für die unmittelbare Führung von Verhandlungen zwischen uns und der Delegation der türkischen Regierung eine Unmenge von Hindernissen vorhanden war. Wir sind überzeugt, daß jetzt, wo die Möglichkeit besteht, sich hier zu verständigen, eine außerordentlich feste Grundlage geschaffen werden wird zur Annäherung und Freundschaft, und das wird natürlich nicht durch diplomatische Ränke erreicht werden (in dieser Beziehung sind unsere Gegner viel stärker als wir, und wir scheuen uns nicht, das zuzugeben), sondern dadurch, daß beide Völker durch die imperialistischen Mächte in den letzten Jahren unerhört, unaussprechlich viel zu leiden hatten. Einer der Vorredner sprach hier von der Schädlichkeit der Isolierung (Absonderung) von den imperialistischen Ländern. Aber wenn sich der Wolf auf das Schaf stürzt, so hat es natürlich keinen Sinn, dem Schaf zu sagen, es solle sich nicht vom Wolf isolieren. (Heiterkeit und Beifall.) Wenn indes die Völker des Ostens bisher gegenüber dem imperialistischen Wolf nur Schäfchen waren, so hat Sowjetrußland trotz seiner unerhörten militärischen Schwäche als erstes Land gezeigt, daß es gar nicht so leicht ist, ihm mit Krallen und Zähnen beizukommen. Dieses Beispiel Sowjetrußlands hat sehr viele Völker angesteckt, sogar

unabhängig davon, ob sie mit den „bolschewistischen Ohrenbläsern" sympathisieren oder nicht. Über diese „Ohrenbläser" spricht man in der ganzen Welt sehr viel, und man bezeichnet uns sogar als bösartige Ohrenbläser, was die Türkei betrifft. Nun, wir konnten natürlich bisher auf diesem Gebiet nichts tun, und dennoch ist es den türkischen Arbeitern und Bauern gelungen zu zeigen, daß der Widerstand der heutigen Völker gegen die Raubpolitik eine Sache ist, mit der man rechnen muß, und daß die Ausraubung, zu der die imperialistischen Regierungen die Türkei verurteilt hatten, einen Widerstand auslöste, der die mächtigsten imperialistischen Staaten zwang, die Finger davonzulassen. Das ist ein Umstand, der uns veranlaßt, diese Verhandlungen mit der türkischen Regierung als eine sehr große Errungenschaft zu buchen. Wir führen keinerlei Ränke im Schilde. Wir wissen, daß diese Verhandlungen in einem sehr bescheidenen Rahmen vor sich gehen werden, aber sie sind insofern wichtig, als die Annäherung der werktätigen Massen der Arbeiter und Bauern aller Völker trotz erbitterter Widerstände immer weiter vorwärtsschreitet, und das darf bei der Einschätzung unserer jetzigen Schwierigkeiten nicht vergessen werden.

Die zweite Tatsache, die erwähnt werden muß, wenn von der internationalen Lage gesprochen wird, ist der Stand der Friedensverhandlungen in Riga. Sie wissen, daß wir, um einen auch nur halbwegs dauerhaften Frieden schließen zu können, allen Staaten, die früher zum Russischen Reich gehörten, möglichst viele Zugeständnisse machen. Das ist verständlich, denn eine der Hauptkräfte, die den Haß gegen die Imperialisten erzeugt und die Völker gegen sie zusammenschweißt, ist die Unterdrükkung der Nationalitäten, und man wird wenige Staaten in der Welt finden, die in dieser Hinsicht so viel auf dem Kerbholz haben, wie das alte Russische Reich und die bürgerliche Republik Kerenskis, der Menschewiki und Sozialrevolutionäre im Bunde mit der Bourgeoisie. Das ist der Grund, warum wir gerade diesen Staaten gegenüber äußerst nachgiebig sind und auf solche Friedensbedingungen eingehen, derentwegen einige Sozialrevolutionäre uns schier als Tolstoianer beschimpft haben. Uns lassen diese Vorwürfe sehr kalt, weil wir gegenüber diesen Staaten die größte Nachgiebigkeit an den Tag legen müssen, um dort das jahrhundertealte Mißtrauen zu zerstreuen, das durch die frühere Unterdrückung erzeugt worden ist, und den Grund zu legen für ein Bündnis der Arbeiter und

Bauern der verschiedenen Nationen, die einst durch den Zarismus und die russischen Gutsbesitzer gemeinsam zu leiden hatten und jetzt durch den Imperialismus zu leiden haben. In bezug auf Polen wurde diese Politik vor allem von den russischen Weißgardisten, Sozialrevolutionären und Menschewiki durchkreuzt, die „Pressefreiheit", „Redefreiheit" und sonstige herrliche „Freiheiten" haben, neben der außerordentlichen Freiheit der französischen und anderen Kapitalisten, die den größeren Teil Polens frei für sich aufgekauft und dort höchst frei ihre Agitation entfaltet haben, um Polen in einen Krieg gegen uns hineinzuziehen. Jetzt sind alle Anstrengungen der Kapitalisten darauf gerichtet, den nunmehr geschlossenen Frieden zu brechen. Eine der Bedingungen, aus denen zu erklären ist, warum wir unsere Armee nicht so demobilisieren können, wie wir es möchten, besteht darin, daß wir mit dem Krieg in einem viel größeren Maße rechnen müssen, als manche glauben. Wer behauptet, wir brauchten dem Militärwesen nicht so viele Kräfte zu widmen, der ist in einem Irrtum befangen. In einem Irrtum deshalb, weil unsere Feinde jetzt alle Minen springen lassen, um einen endgültigen Frieden mit Polen, mit dem wir schon einen Präliminarfrieden unterzeichnet haben, zu vereiteln. In der letzten Zeit haben sich diese Verhandlungen in die Länge gezogen, und obwohl es vor einigen Wochen so weit gekommen war, daß man eine ernste Krise dieser Verhandlungen befürchten mußte, haben wir in der letzten Zeit beschlossen, einige weitere Zugeständnisse zu machen, nicht deshalb, weil wir das für gerecht hielten, sondern deshalb, weil wir es für wichtig hielten, die Intrigen der russischen Weißgardisten, Sozialrevolutionäre und Menschewiki in Warschau sowie der Ententeimperialisten zu durchkreuzen, die ganz besonders bemüht sind, den Frieden zu verhindern. Der Frieden ist noch nicht unterzeichnet, aber ich kann sagen, daß wir das Recht haben, sehr optimistisch zu sein in der Hinsicht, daß in der nächsten Zeit der Frieden unterzeichnet werden und es uns gelingen wird, die Intrigen gegen den Abschluß des Friedens zu vereiteln. Ich glaube, daß wir über diesen Umstand alle sehr froh sein werden, obwohl das nur eine Annahme ist. Aber man soll den Tag nicht vor dem Abend loben. Und deswegen werden wir keinen Augenblick lang und um kein Jota unsere Streitkräfte verringern oder schwächen, werden aber gleichzeitig dem bürgerlichen Polen ohne Scheu etwas mehr Zugeständnisse machen, nur um die Arbeiter und Bauern Polens von der Entente loszu-

reißen und ihnen zu beweisen, daß sich die Arbeiter- und Bauernmacht nicht mit nationalem Hader abgibt. Diesen Frieden werden wir sogar um den Preis von Opfern verfechten, die nicht immer leicht sind.

Die dritte internationale Frage sind die Ereignisse im Kaukasus. Dort sind in der letzten Zeit folgenschwere Ereignisse vor sich gegangen, deren Einzelheiten uns augenblicklich nicht bekannt sind, die aber dem Wesen nach darauf hinauslaufen, daß wir an der Schwelle eines großen Krieges stehen. Der Konflikt zwischen Armenien und Georgien mußte uns unbedingt alarmieren. Diese Ereignisse haben dazu geführt, daß der armenisch-georgische Krieg in einen Aufstand umschlug, an dem sich auch ein gewisser Teil russischer Truppen beteiligte. Und das endete damit, daß sich die Pläne der armenischen Bourgeoisie gegen uns, bisher wenigstens, gegen sie selbst gewendet haben, und zwar so, daß sich in Tiflis nach den letzten Meldungen, die noch nicht überprüft sind, eine Sowjetregierung gebildet hat. (Beifall.) Wir wissen, daß der Aufstand in Armenien gerade in jener neutralen Zone begonnen hat, die zwischen Georgien und Armenien liegt und die Georgien mit Erlaubnis der Ententeimperialisten besetzt hatte. Die Menschewiki, insbesondere die georgischen Menschewiki, haben sich daran gewöhnt, wenn sie Betrachtungen über den Schaden der Isolierung von den westlichen Ländern anstellen, dies so zu verstehen, daß sie ihr Vertrauen in die Ententeimperialisten setzen, weil diese am stärksten sind. Daß aber die führenden Kapitalisten auch die schlimmsten Betrüger sind, vergessen manche Weißgardisten, denn sie denken: Was bedeuten Armenien, die armenischen Bauern usw., was bedeutet die verwüstete Sowjetrepublik im Vergleich zu allen vereinigten imperialistischen Mächten der Welt? Die führenden Kapitalisten sind die Kulturkräfte der ganzen Welt: wenden wir uns ihnen zu. So versuchen die georgischen Menschewiki, das unsaubere Geschäft der Verteidigung der Kapitalisten zu rechtfertigen. In den Händen der georgischen Menschewiki lag der Schlüssel für die Lebensmittelversorgung der armenischen Bauern über die einzige Eisenbahnlinie.

Niemand wird die Geduld aufbringen, die Telegramme, Erklärungen und Proteste zu lesen, die wir aus diesem Anlaß mit Georgien austauschten. Hätten wir einen Friedensvertrag mit Georgien gehabt, so hätten wir die Sache möglichst in die Länge ziehen müssen. Aber stellen Sie sich vor, die armenische Bauernschaft blickte anders auf einen Vertrag, und

das Ende war, daß Anfang Februar ein schrecklicher Aufstand ausbrach, der sich mit erstaunlicher Schnelligkeit ausbreitete und nicht nur die armenische, sondern auch die georgische Bevölkerung ergriff. Nachrichten von dort waren nicht leicht zu erhalten, und die letzte Meldung, die eintraf, hat unsere Vermutung gerechtfertigt. Wir wissen ausgezeichnet, daß sich die georgische Bourgeoisie und die georgischen Menschewiki nicht auf die werktätigen Massen stützen, sondern auf die Kapitalisten ihres Landes. Diese Kapitalisten suchen einen Vorwand zum Streit, um militärische Operationen anzufangen. Aber wir haben drei Jahre lang auf eine Karte gesetzt und werden bis zum letzten Atemzug darauf setzen – diese Karte sind die werktätigen Massen, sei es auch eines rückständigen und unterdrückten Landes. Und letzten Endes, wie vorsichtig wir auch sein mögen, wie sehr wir auch unsere Kräfte zur Stärkung der Roten Armee anspannen mögen, werden wir alles daransetzen, um den Brand zu löschen, der im Kaukasus ausgebrochen ist. Und was wir im Westen zu zeigen vermocht haben – nämlich, daß dort, wo die Sowjetmacht besteht, kein Platz für nationale Unterdrückung ist –, das werden wir auch im Osten zeigen. Davon hängt in letzter Instanz der ganze Kampf ab, und die Macht der Arbeiter und Bauern wird sich letztlich als stärker und größer erweisen denn die kapitalistische Macht, weil die Arbeiter und Bauern weit zahlreicher sind als die Kapitalisten.

Nach diesen Bemerkungen über die Außenpolitik gehe ich zur Innenpolitik über. Ich habe das Referat, das Gen. Brjuchanow hier gehalten hat, leider nicht ganz hören können. Sie haben von ihm schon alle Einzelheiten erfahren und genaue Informationen erhalten, und ich brauche sie selbstverständlich nicht wieder anzuführen. Ich wollte auf die Hauptsache eingehen, auf das, was uns vielleicht die Ursachen unserer entsetzlichen Krise zeigen wird. Wir werden uns eine Aufgabe stellen müssen, zu deren Bewältigung wir einen bestimmten Weg wählen werden. Diesen Weg gibt es, wir haben ihn gefunden, aber es fehlt uns noch an Kraft, um diesen Weg so beharrlich, so systematisch zu gehen, wie es die entstandenen schwierigen Verhältnisse erfordern, die uns als Erbschaft des Krieges geblieben sind. Bei uns herrscht große Armut an allen Dingen, aber wir sind trotzdem nicht mehr verarmt als die Arbeiter Wiens. Die Arbeiter von Wien hungern und sterben dahin, ihre Kinder hungern ebenfalls und sterben dahin, aber sie haben die Hauptsache nicht, die wir

haben: sie haben nicht die Hoffnung. Sie sterben, unterdrückt vom Kapitalismus, sie befinden sich in einer solchen Lage, daß sie Opfer bringen, aber nicht so, wie wir das tun. Wir bringen Opfer um des Krieges willen, den wir der ganzen kapitalistischen Welt erklärt haben. Das ist der Unterschied zwischen der Lage, in der sich die Arbeiter Petrograds und Moskaus befinden, und der Lage der Wiener Arbeiter. Jetzt, im Frühjahr, haben sich unsere Leiden infolge des Mangels an Lebensmitteln abermals verschärft, obwohl wir kurz vorher eine Besserung der Ernährungslage beobachtet hatten. Hier kam es so, daß unsere Rechnung nicht aufging. Als der Plan der Pflichtablieferungen aufgestellt war, zeigte uns der Erfolg die Möglichkeit einer Besserung. Das Volk war so ausgehungert, daß man seine Lage um jeden Preis bessern mußte. Man mußte nicht nur helfen, es kam vielmehr darauf an, die Lage zu bessern. Wir haben nicht berücksichtigt, daß wir, wenn wir es momentan gut machen, es am Ende schwer haben werden. Und das war der Fehler, der dazu führte, daß wir heute vor einer Ernährungskrise stehen. Denselben Fehler haben wir auch auf anderem Gebiet gemacht. Wir haben einen solchen Fehler im Krieg mit Polen gemacht, und genau denselben Fehler haben wir auch hinsichtlich des Brennstoffs gemacht. Die Beschaffung von Lebensmitteln und von Brennstoff, von Kohle, Erdöl und Holz, sind verschiedenartige Arbeitsgebiete, und auf allen drei Gebieten haben wir die gleichen Fehler gemacht. Hungernd und frierend haben wir unsere Kräfte überschätzt und nicht richtig berechnet. Wir haben nicht berücksichtigt, daß wir unsere Vorräte auf einmal verausgabten, wir haben die Vorräte, die bei uns vorhanden waren, nicht richtig berechnet und für den Notfall nichts zurückbehalten. Das ist überhaupt eine einfache Regel, und diese Regel ist jedem Bauern in seiner unkomplizierten, gewöhnlichen Wirtschaft verständlich. Aber im staatlichen Maßstab befanden wir uns die ganze Zeit hindurch in einer solchen Lage: was heißt hier Vorräte, die Hauptsache, wir bringen uns heute durch. Und als wir dann zum erstenmal diese Vorräte hatten und vom praktischen Standpunkt an sie herangehen sollten, waren wir nicht imstande, es so einzurichten, daß wir diese Vorräte für den Notfall zurückbehielten.

Im Krieg mit Polen hatten wir eine energische, kühne Rote Armee, aber wir rückten etwas weiter vor als nötig war, bis an die Tore von Warschau, und dann gingen wir fast unmittelbar bis Minsk zurück. Das-

selbe passierte auch mit der Lebensmittelversorgung. Gewiß, wir sind aus dem Krieg als Sieger hervorgegangen. Wir haben im Jahre 1920 den polnischen Gutsbesitzern und der Bourgeoisie Frieden unter Bedingungen angeboten, die für sie günstiger waren als diejenigen, die sie jetzt haben. Sie haben eine Lehre erhalten, und alle Welt hat eine Lehre erhalten, wie sie früher niemand erwartet hat. Wenn wir über unsere Lage sprechen, so sagen wir die Wahrheit, eher übertreiben wir etwas nach der schlechten Seite hin. Im April 1920 erklärten wir: Mit dem Verkehrswesen geht es abwärts, es fehlt an Lebensmitteln. Das haben wir offen in unseren Zeitungen geschrieben, das haben wir in Tausenden von Versammlungen in den besten Sälen Moskaus und Petrograds gesagt. Die Spione Europas beeilten sich, das telegrafisch weiterzumelden, und drüben rieb man sich die Hände: „Schlagt los, ihr Polen, seht, wie schlecht es ihnen geht, wir werden sie bald unterkriegen." Wir aber sagten die Wahrheit und übertrieben manchmal nach der schlechten Seite hin. Sollen die Arbeiter und Bauern wissen, daß die Schwierigkeiten nicht zu Ende sind. Und als die polnische Armee unter Aufsicht französischer, englischer und anderer kriegsgeübter Instrukteure, von ihnen finanziert und ausgerüstet, ins Feld zog, wurde sie geschlagen. Auch jetzt, wo wir erklären, daß es uns schlecht geht, wo unsere Botschafter Meldungen schicken, daß die ganze bürgerliche Presse vom „Ende der Sowjetmacht" schreibt, wo sogar Tschernow erklärt hat, sie werde zweifellos stürzen – jetzt sagen wir: „Schreit soviel ihr könnt, dafür habt ihr ja die Freiheit der von den Kapitalisten finanzierten Presse; von dieser Freiheit habt ihr übergenug, wir aber werden uns keineswegs scheuen, die traurige Wahrheit zu sagen." Jawohl, in diesem Frühjahr hat sich die Lage wiederum verschlechtert, und jetzt sind unsere Zeitungen voll von Feststellungen, daß die Lage schlecht ist. Aber versucht, ihr Kapitalisten da drüben, ihr Menschewiki, Sozialrevolutionäre, Semjonowleute oder wie ihr euch alle nennt, versucht doch, daraus Kapital zu schlagen, ihr werdet noch schlimmere Prügel beziehen, in noch höherem Bogen hinausfliegen. (Beifall.) Schwierig ist offensichtlich der Übergang vom Zustand völliger Armut, in dem wir uns 1918/1919 befanden, als niemand an Vorräte oder an die Verteilung auf ein Jahr voraus denken konnte, sondern als man nur für drei Wochen im voraus denken konnte oder für zwei, und von der dritten „wir werden schon sehen" sagte. Schwierig ist offensichtlich der Übergang von diesem Zustand zum

Zustand des Jahres 1920, als wir sahen, daß wir eine größere Armee haben als die Polen, doppelt soviel Getreide wie im vergangenen Jahr, und auch Brennstoff, anderthalbmal soviel Kohle aus dem Donezbecken und aus Sibirien. Wir haben es nicht verstanden, das im gesamtstaatlichen Maßstab einzuteilen. Man darf nicht vergessen, daß Berechnungen auf ein Jahr hinaus eine besondere Methode, besondere Bedingungen erfordern. Daß das Frühjahr schlimmer sein wird als der Herbst, wußten wir, aber um wieviel schlimmer, das konnten wir nicht wissen. Es kommt nicht auf die Zahlen, nicht auf die Verteilung an, sondern darauf, wie ausgehungert die Arbeiter und Bauern sind, wieviel Opfer für die gemeinsame Sache aller Arbeiter und Bauern zu bringen sie die Kraft haben. Wer kann das berechnen? Möge derjenige, der uns deswegen einen Vorwurf macht, mit Recht einen Vorwurf macht – denn hier haben wir einen Fehler begangen, und es wird niemandem einfallen, das zu verhehlen, ebensowenig wie den Fehler im Krieg mit Polen –, möge derjenige, der auf diesen Fehler hinweist, uns eine Berechnung vorlegen, auf Grund deren man für den ganzen Staat im voraus bestimmen kann, wieviel man von den vorhandenen Vorräten des ersten Halbjahrs aufheben muß, um im zweiten Halbjahr etwas für den Notfall zu haben. Solche Berechnungen hat es nicht gegeben. Wir haben sie zum erstenmal 1920 angestellt und haben uns verrechnet. Die Revolution bedeutet in gewissen Fällen ein Wunder. Hätte man uns im Jahre 1917 gesagt, daß wir einen dreijährigen Krieg gegen die ganze Welt aushalten und daß im Ergebnis des Krieges zwei Millionen russische Gutsbesitzer, Kapitalisten und ihre Kinder im Ausland landen, wir aber die Sieger sein werden, so hätte das keiner von uns geglaubt. Das Wunder geschah, weil sich aus den Reihen der Arbeiter und Bauern eine solche Kraft gegen die Invasion der Gutsbesitzer und Kapitalisten erhob, daß sogar dem mächtigen Kapitalismus Gefahr drohte. Gerade deshalb, weil hier ein Wunder geschah, haben wir es verlernt, auf lange Zeit im voraus zu rechnen. Deshalb hapert es bei uns allen an sehr, sehr vielem. Die Einberufung des bevorstehenden Parteitags ist beschleunigt worden, weil wir überaus ernste Schlüsse aus dieser neuen Erfahrung ziehen müssen. Hinsichtlich der Verteidigung der Arbeiter- und Bauernmacht ist ein Wunder geschehen, jedoch nicht ein Wunder im überirdischen Sinne, als sei irgend etwas irgendwo vom Himmel gefallen, sondern ein Wunder in dem Sinne,

daß die Revolution bei den Arbeitern und Bauern, wie niedergehalten, geduckt, verelendet, gepeinigt sie auch waren – gerade weil die Revolution mit den Arbeitern ging – hundertmal mehr Kräfte fand als in irgendeinem reichen, aufgeklärten und fortgeschrittenen Staat. Aber mit einer solchen Einstellung kann man nicht an die wirtschaftliche Arbeit herangehen. Für die wirtschaftliche Arbeit bedarf es – mag das auch kein ganz zutreffendes Wort sein – einer gewissen „Knauserei". Und „knausern" haben wir noch nicht gelernt. Man muß daran denken, daß wir die Bourgeoisie besiegt haben, daß aber die Bourgeoisie bei uns geblieben ist und daß der Kampf geblieben ist. Und eines ihrer Kampfmittel gegen uns ist die Panikmacherei. In dieser Beziehung sind sie Meister, und das darf man nicht vergessen. Sie haben Zeitungen, wenn auch keine gedruckten, und verbreiten sie ausgezeichnet, wobei sie aus einer Mücke nicht nur einen Elefanten machen ... Aber wir dürfen auf keinen Fall in Panik verfallen. Unsere Lage hat sich verschärft, weil wir auf allen Arbeitsgebieten Fehler gemacht haben. Wir wollen aber keine Angst vor diesen Fehlern haben, wollen uns nicht fürchten, sie zuzugeben, wollen uns nicht gegenseitig mit Vorwürfen überhäufen. Damit man jedoch auf allen Arbeitsgebieten alle Kräfte ausnutzen und die Energie aufs höchste anspannen kann, muß man es verstehen, Berechnungen anzustellen, und zwar muß man sie so anstellen, daß man zum Herrn unserer ganzen Republik wird, denn nur bei einer solchen Berechnung kann man große Mengen von Getreide und Brennstoff erfassen. Vom Standpunkt des gesunden Menschen werden wir zu wenig Getreide haben, aber wir können es nicht mit einem Schlag vermehren. Es wird nur dann nicht reichen, wenn wir keinen Vorrat anlegen, aber wenn wir es richtig berechnen, dann werden wir denen geben, die es am meisten brauchen, und denen nehmen, die große Überschüsse besitzen, anstatt denen, die in den letzten drei Jahren vielleicht ihren letzten Bissen hergegeben haben. Haben die Bauern Sibiriens und der Ukraine diese Berechnung begriffen? Noch nicht. Sie hatten und haben Überschüsse, wie sie Zentralrußland niemals gekannt hat. Sie waren noch nie in einer solchen Lage. Eine solche Not, wie die Bauern sie bei uns im Moskauer und im Petrograder Gouvernement drei Jahre lang gelitten haben (sie bekamen ja viel weniger als die ukrainischen Bauern), eine solche Not und einen solchen Hunger haben weder der ukrainische noch der sibirische noch der nordkaukasische Bauer jemals durchgemacht.

Sie hatten gewöhnlich Hunderte Pud Überschuß, und sie haben sich daran gewöhnt zu glauben, daß man ihnen für einen solchen Überschuß sofort Waren liefern muß. Woher sollen wir sie nehmen, wenn die Fabriken stilliegen! Um die Fabriken in Gang zu setzen, braucht man Zeit, Vorbereitung, braucht man Arbeiter. Nicht aus Verzweiflung bringen wir die unerhörten Opfer, sondern im Kampf, der uns den Sieg bringen wird. Dieser Unterschied bestimmt alles.

Das ist das Wichtigste, was ich hier hervorheben wollte, nicht vom Standpunkt genauer Daten, die Ihnen der Genosse vom Ernährungswesen und der Genosse von der Brennstoffversorgung dargelegt haben, sondern vom wirtschaftlichen und politischen Standpunkt, damit Sie begreifen, wodurch sich die Fehler der letzten Jahre von den früheren Fehlern unterscheiden; obzwar es Fehler verschiedener Art sind, ist ihnen doch gemeinsam, daß wir, als wir die Möglichkeit hatten, eine Stufe höher zu steigen, gleich zwei Stufen auf einmal zu nehmen versuchten. Aber wir stehen immerhin höher. Das ist gut. Immerhin werden wir in diesem Jahr eine viel bessere Brennstoffbilanz zustande bringen als im vergangenen Jahr. Was die Lebensmittelversorgung betrifft, so will ich zum Schluß nur noch als letztes ein Telegramm anführen, das ich vom Vertreter des Oberkommandierenden aller sibirischen Streitkräfte der Republik erhalten habe. Er telegrafiert, daß der Verkehr wieder aufgenommen ist und daß sieben Züge Getreide nach Moskau unterwegs sind. Eine Zeitlang hat es Unruhen und Kulakenaufstände gegeben. Hier kann man natürlich über die Ohrenbläser scherzen, aber man muß verstehen, daß wir immerhin im Klassenkampf etwas gelernt haben. Wir wissen, daß die zaristische Regierung uns als Ohrenbläser bezeichnete, wenn wir aber sagen, daß die Sozialrevolutionäre und Menschewiki Ohrenbläser sind, so sprechen wir von einer anderen Klasse, so sprechen wir von denen, die der Bourgeoisie Gefolgschaft leisten, von denen, die sich jede schwierige Lage zunutze machen, Flugblätter herausbringen und sagen: „Seht, man nimmt euch dreihundert Pud Überschüsse weg, ihr müßt alles hergeben, bekommt aber nur bunte Papierchen." Kennen wir etwa solche Ohrenbläser nicht? Aus welcher Klasse kommen sie? Das sind dieselben Gutsbesitzer, wie sie sich auch nennen mögen, ob Sozialrevolutionäre oder Anhänger der Freiheit, der Volksmacht, der Konstituante usw. Wir haben uns alle ihre Worte angehört und sie verstehen gelernt. Diese Aufstände bedeuten, daß

es in der Bauernschaft Schichten gibt, die sich weder mit der Ablieferungspflicht noch mit der Steuer abfinden wollen. Hier hat einer von der Steuer gesprochen. Darin liegt viel gesunder Sinn, aber leider hat er vergessen hinzuzufügen, daß in der „Prawda", die das Zentralorgan der Kommunistischen Partei Rußlands ist, und zwar früher, als wir das von dieser Rednertribüne erklärten, daß in den Spalten der „Prawda" nicht nur von gelegentlichen, sondern auch von verantwortlichen Mitarbeitern Steuern vorgeschlagen worden sind. Wenn der parteilose Bauer zu uns sagt: „Laßt uns die Berechnung dem anpassen, was der Kleinbauer braucht, er braucht Gewißheit: soundso viel werde ich abliefern und mit dem übrigen wirtschaften", dann erklären wir: jawohl, recht so, darin liegt ein gesunder Sinn, das entspricht durchaus den lokalen Verhältnissen, und solange wir keine Maschinen haben, solange der Bauer nicht selbst vom Kleinbetrieb zum Großbetrieb übergehen will, sind wir geneigt, mit diesem Gedanken zu rechnen, und werden in einer Woche auf dem Parteitag diese Frage aufrollen, untersuchen und einen Beschluß fassen, der den parteilosen Bauern zufriedenstellen, der auch die breiten Massen zufriedenstellen wird. Gewiß, in unserem Apparat gibt es viele Unzulänglichkeiten und Mißstände, weil viel Bürokratismus, viel, sehr viel Bürokratismus in den Apparat eingedrungen ist. Hat es etwa solche Fehler und Mängel in unserer Roten Armee nicht gegeben? Man konnte sich nicht auf einmal von ihnen frei machen, aber dank der Hilfe der Arbeiter und Bauern hat die Rote Armee dennoch gesiegt. Wie es in der Roten Armee war, so wird es, obzwar in anderer Weise, auch auf allen Gebieten sein, und von diesen bürokratischen Mißständen, über die alle schreien und ständig schimpfen, weil sie unsere Fehler, unser Unglück sind, werden wir uns durch hartnäckige Arbeit kurieren, ohne in Panik zu verfallen, ohne diejenigen aus den Augen zu lassen, die diese Fehler ausnutzen wollen, um das Koltschak- und das Denikinabenteuer zu wiederholen. In der Ukraine haben wir mehr als genug Mißstände in Gestalt von Verschleuderung der Kohlenvorräte, an deren Mangel wir hier so leiden. Dort hat es 120 Regierungen gegeben, und die wohlhabende Bauernschaft ist dort korrumpiert. Sie kann nicht begreifen, daß eine Arbeiter- und Bauernregierung besteht und daß diese Regierung, wenn sie Getreide nimmt, das tut, um die Lage der Arbeiter und Bauern zu erleichtern. Solange wir dort nicht eine vollständige Klärung aller dieser Fragen herbeiführen, werden die Meldungen

über Unruhen, Banden und Aufstände nicht aufhören. Das ist unvermeidlich, weil Unwissenheit, Zersplitterung und Erbitterung unter den einzelnen Bauern unvermeidlich sind, die uns der Kapitalismus hinterlassen hat und die wir in jahrelanger Arbeit umerziehen müssen. Das sehen wir in jedem Frühjahr und werden wir noch in jedem Frühjahr sehen.

Anders steht es mit den Eisenbahnen im Südosten. Wir haben doch in diesem Jahr hauptsächlich von den Vorräten gelebt, die uns Sibirien und der Nordkaukasus geliefert haben. Ich habe hier die Angaben für jeweils fünf Tage. Vom 1. Februar an wurden acht Waggons täglich befördert, in den zweiten fünf Tagen – 32, in den dritten – 60, in den vierten – 109. Wir müssen aber 200 Waggons täglich erhalten, und erst in den letzten fünf Tagen, vom 20. bis zum 24. Februar, sind wir auf 120 Waggons gekommen. Das sind drei Züge. Heute hat Gen. Fomin indes mitgeteilt, daß in den letzten zwei Tagen bereits je vier Züge eingetroffen sind. Im Donezbecken steht es so, wie ein Genosse gesagt hat: Es ist kein Brot da, weil keine Kohle da ist, und es ist keine Kohle da, weil kein Brot da ist. Hier muß man diesen Teufelskreis an irgendeiner Stelle durch eigene Energie und Anstrengung, durch den Heroismus der Werktätigen sprengen, damit alle Maschinen zu laufen anfangen. Hier haben wir die größten Schwierigkeiten durchgemacht, aus denen wir anfangen herauszukommen. Ein Lichtblick ist schon da. Genossen, ich will Sie keineswegs mit Versprechungen beschwichtigen und denke nicht daran zu erklären, daß die schwere Zeit vorbei sei. Nichts dergleichen! Es bestehen Anzeichen für eine Besserung, aber die Zeit ist unerhört schwer geblieben, und im Vergleich mit dem vergangenen Herbst hätte sie nicht so schwer zu sein brauchen wie jetzt, obwohl wir von Westeuropa abgeschnitten sind. Um nicht von Westeuropa abgeschnitten zu sein, mußten wir uns bereit erklären, Konzessionen zu erteilen: da habt ihr 500 Prozent Profit, uns aber gebt mehr Getreide, Petroleum usw. Und wir sind dazu bereit, wir werden darauf eingehen. Das wird einen neuen Kampf geben, weil wir ihnen 500 Prozent und vielleicht noch mehr nicht ohne Feilschen zugestehen werden. Zu diesem Kampf überzugehen, bedeutet aber ganz dasselbe, wie alle Züge auf neue Geleise umzuleiten.

Dazu müssen die Kapitalisten zu der Überzeugung gelangen, daß sie mit Krieg gegen uns nichts ausrichten können. Diese Politik der Konzessionen haben wir endgültig angenommen. Sie wissen, daß es nicht wenig

Diskussionen mit den Bauern und Arbeitern darüber gegeben hat. Sie wissen, die Arbeiter haben gesagt: „Die eigene Bourgeoisie haben wir davongejagt, die andern aber sollen wir zulassen." Und wir haben ihnen erklärt, daß wir nicht mit einem Schlag von einem Zustand, wo es nichts gab, zu einem Zustand übergehen können, wo alles da sein wird, und daß man, um sich diesen Übergang zu erleichtern, um die notwendige Menge Getreide und Textilien zu erhalten, daß man es zu diesem Zweck verstehen muß, gewisse Opfer auf sich zu nehmen. Mögen die Kapitalisten ihrer Habgier frönen, wenn es uns nur gelingt, die Lage der Arbeiter und Bauern zu bessern. Aber die Konzessionen zu realisieren ist eine schwierige Sache. Wir haben darüber schon im November ein Dekret erlassen, aber bisher ist noch kein einziger Konzessionsvertrag abgeschlossen worden. Natürlich macht sich hier der Einfluß der weißgardistischen und menschewistischen Presse geltend. Es gibt ja kein einziges Land auf der Welt, in dem heute nicht eine russische Zeitung erschiene, und in all diesen Zeitungen erheben die Menschewiki ein Geschrei gegen die Konzessionen und reden davon, daß es in Moskau rumore, daß die Sowjetmacht deshalb bald stürzen werde und daß die Herren Kapitalisten ihr keinen Glauben schenken und keine Geschäfte mit ihr machen sollen. Aber wir geben diesen Kampf nicht auf. Wir haben die Kapitalisten besiegt, aber nicht vernichtet. Sie haben sich auf einen anderen Stuhl gesetzt, sie sitzen in Warschau, das einst ein Zentrum des Kampfes gegen die russische Selbstherrschaft war, jetzt aber ein Sammelbecken der Weißgardisten gegen Sowjetrußland ist. Und wir werden überall gegen sie kämpfen, sowohl an der äußeren als auch an der inneren Front.

Hier habe ich von Gen. Sinowjew aus Petrograd ein Telegramm, in dem es heißt, daß bei den dort vorgenommenen Verhaftungen bei einem der Festgenommenen ein Flugblatt gefunden worden ist, aus dem klar hervorgeht, daß er ein Spion der ausländischen Kapitalisten ist. Ferner gibt es ein Flugblatt konterrevolutionären Inhalts mit der Überschrift „An die Getreuen". Sodann teilt Gen. Sinowjew mit, daß in Petrograd Flugblätter der Menschewiki geklebt worden sind, in denen sie zu Streiks auffordern, während man hier in Moskau Gerüchte über eine Demonstration verbreitet hat. In Wirklichkeit ist ein provokatorischer Schuß abgegeben worden, durch den ein Kommunist getötet wurde. Das ist das einzige Opfer dieser unglückseligen Tage. Als Denikin vor Orjol stand, schrieben

die weißgardistischen Zeitungen, er mache stündlich Sprünge von schier 100 Werst. Uns werden diese Zeitungen nicht verblüffen. Wir betrachten die Dinge nüchtern. Genossen, wir müssen uns eng zusammenschließen, was sollten wir denn sonst tun? Etwa von neuem die „Koalitions"regierung eines Kerenski, eines Koltschak ausprobieren? Gewiß, Koltschak lebt nicht mehr, aber an Stelle des Koltschak wird sich ein anderer finden. Russische Generale gibt es übergenug, sie reichen für eine riesige Armee. Wir müssen offen sprechen, ohne Furcht vor den Zeitungen, die in allen Städten der Welt erscheinen. Das ist belanglos, deswegen werden wir unsere schwere Lage nicht verschweigen. Aber wir werden sagen, Genossen, daß wir diesen ganzen schweren blutigen Kampf führen, und wenn man gegen uns jetzt nicht mit der Waffe in der Hand kämpfen kann, so kämpft man dafür mit der Waffe der Lüge und Verleumdung und macht sich dabei jeden Fall der Not und Armut zunutze, um unseren Feinden eben dadurch zu helfen. Alles das haben wir, wie gesagt, schon einmal erlebt. Wir haben viel größere Schwierigkeiten durchgemacht, wir kennen diesen Feind ausgezeichnet, und wir werden diesen Feind noch in diesem Frühjahr besiegen, ihn dadurch besiegen, daß wir mit mehr Erfolg, mit größerer Umsicht arbeiten werden. (Beifall.)

„Prawda" Nr. 46,
2. März 1921.

Nach dem Text der „Prawda", verglichen mit dem Stenogramm.

BRIEF AN G. K. ORDSHONIKIDSE[36]

2. III. 1921

Baku. An Ordshonikidse

Übermitteln Sie den georgischen Kommunisten und speziell allen Mitgliedern des Georgischen Revolutionskomitees meinen heißen Gruß an Sowjetgeorgien. Besonders bitte ich dieselben, mir mitzuteilen, ob zwischen uns völlige Übereinstimmung in drei Fragen besteht:

Erstens: sofort müssen die Arbeiter und armen Bauern bewaffnet werden, um eine starke georgische Rote Armee zu schaffen.

Zweitens: notwendig ist eine besondere Politik der Zugeständnisse gegenüber der georgischen Intelligenz und den Kleinhändlern. Man muß verstehen, daß es nicht nur unzweckmäßig wäre, sie zu nationalisieren, sondern daß man sogar auf gewisse Opfer eingehen muß, um ihre Lage zu verbessern und ihnen die Möglichkeit zu lassen, Kleinhandel zu treiben.

Drittens: es ist kolossal wichtig, ein annehmbares Kompromiß für einen Block mit Shordanija oder ihm gleichgesinnten georgischen Menschewiki zu suchen, die schon vor dem Aufstand dem Gedanken des Sowjetsystems in Georgien unter bestimmten Bedingungen nicht absolut feindselig gegenüberstanden.

Ich bitte, daran zu denken, daß sowohl die inneren als auch die außenpolitischen Verhältnisse Georgiens von den georgischen Kommunisten

nicht die Anwendung der russischen Schablone erfordern, sondern die geschickte und geschmeidige Herausbildung einer eigenartigen Taktik, die sich auf größere Zugeständnisse an alle möglichen kleinbürgerlichen Elemente gründet.

Bitte um Antwort.

Lenin

„Prawda Grusii" (Prawda Georgiens) Nr. 5, 6. März 1921.

Nach dem Manuskript.

DER INTERNATIONALE FRAUENTAG

Das Hauptsächliche, das Grundlegende im Bolschewismus und in der russischen Oktoberrevolution ist, daß gerade diejenigen in die Politik einbezogen werden, die unter dem Kapitalismus am meisten unterdrückt waren. Sie wurden von den Kapitalisten niedergehalten, betrogen und ausgeplündert, unter der Monarchie ebenso wie in den bürgerlich-demokratischen Republiken. Diese Unterdrückung, dieser Betrug, diese Ausplünderung der Volksarbeit durch die Kapitalisten waren unvermeidlich, solange das Privateigentum am Grund und Boden, an den Fabriken und Werken aufrechterhalten blieb.

Das Wesen des Bolschewismus, das Wesen der Sowjetmacht besteht darin, die Lüge und Heuchelei der bürgerlichen Demokratie zu entlarven, das Privateigentum am Grund und Boden, an den Fabriken und Werken aufzuheben und die gesamte Staatsmacht in den Händen der werktätigen und ausgebeuteten Massen zu konzentrieren. Sie selber, diese Massen, nehmen die Politik, das heißt das Werk des Aufbaus der neuen Gesellschaft, in ihre Hände. Es ist ein schwieriges Werk, die Massen sind durch den Kapitalismus geduckt und niedergehalten, aber einen anderen Ausweg aus der Lohnsklaverei, aus der kapitalistischen Knechtschaft gibt es nicht und kann es nicht geben.

Man kann aber nicht die Massen in die Politik einbeziehen, ohne die Frauen in die Politik einzubeziehen. Denn die weibliche Hälfte des Menschengeschlechts ist unter dem Kapitalismus doppelt unterdrückt. Die Arbeiterin und die Bäuerin werden vom Kapital unterdrückt und bleiben darüber hinaus selbst in den allerdemokratischsten bürgerlichen Republiken erstens nicht gleichberechtigt, denn das Gesetz gewährt ihnen kein

gleiches Recht mit dem Mann; zweitens – und das ist die Hauptsache – verbleiben sie in der „häuslichen Sklaverei", bleiben sie „Haussklavinnen", weil sie durch die gröbste, schwerste, den Menschen am meisten abstumpfende Arbeit, die Kleinarbeit in der Küche und überhaupt im vereinzelten Familienhaushalt niedergedrückt werden.

Die bolschewistische, die sowjetische Revolution legt die Axt so tief an die Wurzeln der Unterdrückung und Ungleichheit der Frauen, wie keine Partei und keine Revolution auf der Welt es je gewagt haben. Von der gesetzlichen Ungleichheit zwischen Mann und Frau ist bei uns, in Sowjetrußland, auch nicht eine Spur übriggeblieben. Die besonders niederträchtige, gemeine, heuchlerische Ungleichheit im Ehe- und Familienrecht, die Ungleichheit in bezug auf das Kind ist durch die Sowjetmacht vollständig aufgehoben worden.

Das ist nur der erste Schritt zur Befreiung der Frau. Aber keine einzige der bürgerlichen, auch der allerdemokratischsten Republiken hat auch nur diesen ersten Schritt zu tun gewagt. Sie haben es aus Furcht vor dem „heiligen Privateigentum" nicht gewagt.

Der zweite und wichtigste Schritt ist die Abschaffung des Privateigentums am Grund und Boden, an den Fabriken und Werken. Dadurch und nur dadurch wird die Bahn frei gemacht für die vollständige und tatsächliche Befreiung der Frau, für ihre Befreiung von der „häuslichen Sklaverei" durch den Übergang vom vereinzelten Kleinhaushalt zum vergesellschafteten Großhaushalt.

Dieser Übergang ist schwierig, denn es handelt sich hier um die Umgestaltung einer zutiefst eingewurzelten, gewohnten, erstarrten, verknöcherten „Ordnung" (in Wahrheit eines ungeheuerlichen und barbarischen Zustands und nicht einer „Ordnung"). Aber dieser Übergang hat begonnen, das Werk ist in Angriff genommen, den neuen Weg haben wir beschritten.

Und am Internationalen Frauentag werden in allen Ländern der Welt aus unzähligen Versammlungen von Arbeiterinnen Grüße nach Sowjetrußland fliegen, das das unerhört schwierige und mühselige, aber große, welthistorisch große und wahrhafte Befreiungswerk begonnen hat. Es werden mutige Rufe erklingen, angesichts der wütenden und oft bestialischen bürgerlichen Reaktion nicht den Mut zu verlieren. Je „freier" oder „demokratischer" ein bürgerliches Land ist, um so mehr tobt und wütet die Bande der Kapitalisten gegen die Revolution der Arbeiter; ein Beispiel

dafür ist die demokratische Republik der Vereinigten Staaten von Nordamerika. Doch der Arbeiter ist in seiner Masse bereits erwacht. Der imperialistische Krieg hat die schlummernden, dahindämmernden, trägen Massen in Amerika wie in Europa und auch im rückständigen Asien endgültig wachgerüttelt.

Das Eis ist an allen Ecken und Enden der Welt gebrochen.

Die Befreiung der Völker vom Joch des Imperialismus, die Befreiung der Arbeiter und Arbeiterinnen vom Joch des Kapitals geht unaufhaltsam vorwärts. Dieses Werk wird von Millionen und aber Millionen Arbeitern und Arbeiterinnen, Bauern und Bäuerinnen vorwärtsgetragen. Und darum wird dieses Werk der Befreiung der Arbeit vom Joch des Kapitals in der ganzen Welt siegen.

4. III. 1921

Veröffentlicht am 8. März 1921 in der Beilage zu Nr. 51 der „Prawda".
Unterschrift: N. Lenin.

Nach dem Text der Beilage.

X. PARTEITAG DER KPR (B)[37]

8.–16. März 1921

Zuerst vollständig veröffentlicht 1921 in dem Buch „Zehnter Parteitag der Kommunistischen Partei Rußlands. Stenografischer Bericht (8.–16. März 1921)", Moskau.

Nach dem Text des Buches, verglichen mit dem Stenogramm.

1

REDE BEI DER ERÖFFNUNG DES PARTEITAGS 8. MÄRZ

(Anhaltender Beifall.) Genossen! Gestatten Sie mir, den X. Parteitag der Kommunistischen Partei Rußlands für eröffnet zu erklären. Wir haben ein Jahr hinter uns, das sehr reich war an Ereignissen sowohl der internationalen als auch unserer inneren Geschichte. Um mit der internationalen Lage anzufangen, muß ich sagen, daß wir jetzt zum erstenmal unter Verhältnissen zusammentreten, wo die Kommunistische Internationale aufgehört hat, nur eine Losung zu sein, und sich wirklich in ein mächtiges organisatorisches Gebäude verwandelt hat, das sein Fundament, ein wirkliches Fundament, in den größten fortgeschrittenen kapitalistischen Ländern hat. Was noch auf dem II. Kongreß der Komintern bloße Resolutionen waren, das konnte im verflossenen Jahr verwirklicht werden, das fand seinen Ausdruck, seine Bestätigung und Verankerung in solchen Ländern wie Deutschland, Frankreich und Italien. Es genügt, diese drei Länder zu nennen, damit Sie sehen, daß in allen fortgeschrittenen, den größten europäischen Ländern die Kommunistische Internationale nach dem II. Kongreß, der vergangenen Sommer in Moskau stattgefunden hat, zur Sache der Arbeiterbewegung in jedem dieser Länder – ja noch mehr, zu einem grundlegenden Faktor der internationalen Politik – geworden ist. Das ist eine so gewaltige Errungenschaft, Genossen, daß niemand imstande ist, so groß und schwer auch die verschiedenen Prüfungen sein mögen, die uns bevorstehen – und wir können und dürfen sie niemals außer acht lassen –, uns diese Errungenschaft zu entreißen!

Weiter, Genossen, treten wir zum erstenmal zu einem Parteitag unter Verhältnissen zusammen, da es auf dem Territorium der Sowjetrepublik keine feindlichen Truppen mehr gibt, die von den Kapitalisten und Impe-

rialisten der ganzen Welt unterstützt werden. Dank den von der Roten Armee in diesem Jahr errungenen Siegen eröffnen wir den Parteitag zum erstenmal unter solchen Verhältnissen. Dreieinhalb Jahre unerhört schweren Kampfes, doch nun sind keine feindlichen Armeen mehr auf unserem Territorium – das haben wir errungen! Gewiß, wir haben damit bei weitem noch nicht alles errungen und keinesfalls das errungen, was wir erringen müssen: die wirkliche Befreiung von Invasionen und Interventionen der Imperialisten. Im Gegenteil, ihre Kriegshandlungen gegen uns haben eine weniger militärische, aber in mancher Hinsicht für uns schwierigere und gefährlichere Form angenommen. Der Übergang vom Krieg zum Frieden, den wir auf dem vorigen Parteitag begrüßt und bereits zu verwirklichen gesucht haben, indem wir versucht haben, die Arbeit in dieser Richtung zu organisieren – dieser Übergang ist auch jetzt noch nicht beendet. Auch jetzt noch steht unsere Partei vor unerhört schwierigen Aufgaben, die nicht nur den Wirtschaftsplan betreffen – in dem wir nicht wenig Fehler begangen haben –, die nicht nur die Grundlagen des wirtschaftlichen Aufbaus betreffen, sondern die Grundlagen der ureigenen Beziehungen zwischen den Klassen, die es in unserer Gesellschaft, in unserer Sowjetrepublik noch gibt. Die Beziehungen zwischen den Klassen haben eine Änderung erfahren, und diese Frage muß – ich glaube, Sie werden alle damit einverstanden sein – eine der wichtigsten Fragen sein, die Sie hier zu untersuchen und zu entscheiden haben.

Genossen, wir haben ein außerordentliches Jahr hinter uns, wir haben uns den Luxus von Diskussionen und Auseinandersetzungen innerhalb unserer Partei erlaubt. Für eine Partei, die von Feinden umringt ist, von überaus mächtigen, starken Feinden, die um sich die ganze kapitalistische Welt vereinen, für eine Partei, die eine unerhörte Bürde auf ihren Schultern trägt, war das ein wahrhaft erstaunlicher Luxus!

Ich weiß nicht, wie Sie das jetzt beurteilen werden. Stand dieser Luxus Ihrer Meinung nach ganz im Einklang mit unseren – sowohl materiellen als auch geistigen – Reichtümern? Es ist Ihre Sache, das zu beurteilen. Aber jedenfalls muß ich das eine sagen, daß wir hier, auf diesem Parteitag, zu unserer Losung, zu unserem Hauptziel und unserer Hauptaufgabe, die um jeden Preis verwirklicht werden muß, machen müssen: aus den Diskussionen und Auseinandersetzungen stärker hervorzugehen, als wir es zu der Zeit waren, da wir sie begannen. (Beifall.) Sie wissen natür-

lich, Genossen, daß alle unsere Feinde – und ihre Zahl ist Legion – in allen ihren zahllosen Presseorganen im Ausland dasselbe wiederholen und weitergeben, was unsere bürgerlichen und kleinbürgerlichen Feinde hier, innerhalb der Sowjetrepublik, hundert- und tausendfach von Mund zu Mund verbreiten, nämlich: Gibt es Diskussionen, so gibt es Streit; gibt es Streit, so gibt es Zwist; und gibt es Zwist, so sind die Kommunisten geschwächt; also drauflos, den Moment abpassen, ihre Schwächung ausnutzen! Das ist zur Losung der uns feindlichen Welt geworden. Das dürfen wir keinen Augenblick vergessen. Unsere Aufgabe besteht jetzt darin, zu zeigen, daß wir, ob wir uns nun in der Vergangenheit diesen Luxus zu Recht oder Unrecht erlaubt haben, dennoch aus dieser Situation so hervorgehen, daß wir uns nach gründlicher Prüfung der außerordentlichen Fülle von formulierten und durchdiskutierten Plattformen, Schattierungen, Halbschattierungen und Viertelschattierungen auf unserem Parteitag sagen: Auf jeden Fall, welchen Verlauf auch die Diskussion bisher genommen haben mag, wie sehr wir auch miteinander gestritten haben – wir haben so viel Feinde vor uns –, die Aufgabe der Diktatur des Proletariats in einem Bauernland ist so unermeßlich, so schwierig, daß es uns nicht genügt, wenn die Arbeit nur formal geschlossener und einträchtiger vor sich geht als früher – schon Ihre Anwesenheit hier auf diesem Parteitag beweist, daß dem so ist –, es ist vielmehr notwendig, daß das nicht bloß formal geschieht, sondern daß es nicht die geringsten Spuren von Fraktionsmacherei gibt – wo und wie sie auch bisher zutage getreten sein mag –, daß diese Spuren unter keinen Umständen bestehen bleiben. Nur unter dieser Voraussetzung werden wir die riesigen Aufgaben bewältigen, vor denen wir jetzt stehen. Und ich bin überzeugt, daß ich den Willen und die feste Entschlossenheit von Ihnen allen zum Ausdruck bringe, wenn ich sage: Wir müssen diesen Parteitag auf jeden Fall in noch stärkerer, noch festerer und aufrichtigerer Parteieinheit verlassen! (Beifall.)

2

BERICHT ÜBER DIE POLITISCHE TÄTIGKEIT DES ZK DER KPR(B) 8. MÄRZ

Genossen! Die Frage der politischen Arbeit des ZK ist, wie Sie natürlich wissen, sowohl mit der gesamten Arbeit der Partei als auch mit der gesamten Arbeit der Sowjetinstitutionen und dem gesamten Verlauf der Revolution so eng verflochten, daß, wenigstens meiner Meinung nach, von einem Bericht im genauen, buchstäblichen Sinne des Wortes gar keine Rede sein kann. Und ich fasse meine Aufgabe so auf, daß ich mich bemühe, einige der wichtigsten Ereignisse herauszugreifen – das, was meiner Ansicht nach gewissermaßen die Knotenpunkte unserer Arbeit und der Sowjetpolitik in diesem Jahr bildet, was von dem Erlebten am charakteristischsten ist und am meisten Material liefert, um über die Ursachen des Verlaufs der Revolution, über die Bedeutung der begangenen Fehler – und es sind ihrer nicht wenige begangen worden – sowie über die Lehren für die Zukunft nachzudenken. Denn mag auch die Aufgabe, für das abgelaufene Jahr einen Bericht zu erstatten, noch so selbstverständlich sein, mag sie für das ZK noch so obligatorisch sein, mag sie an sich für die Partei noch so interessant sein – die Aufgaben des bevorstehenden und sich vor unseren Augen entfaltenden Kampfes sind so unaufschiebbar, so hart, so schwierig, sie lasten so sehr mit ihrer ganzen Wucht auf uns, daß sich die ganze Aufmerksamkeit unwillkürlich gerade darauf richtet, wie aus dem Erlebten die richtigen Schlußfolgerungen zu ziehen sind und wie die Aufgaben der Gegenwart und der nächsten Zukunft, die unsere ganze Aufmerksamkeit in Anspruch nehmen, am besten zu lösen sind.

Unter den Knotenpunkten unserer Arbeit, die in diesem Jahr am stärksten die Aufmerksamkeit auf sich lenken und mit denen, meiner Meinung nach, unsere meisten Fehler zusammenhängen, steht an erster Stelle der

Übergang vom Krieg zum Frieden. Wahrscheinlich erinnern Sie sich alle oder wenigstens die meisten von Ihnen, daß wir diesen Übergang in den vergangenen dreieinhalb Jahren bereits mehrere Male unternommen, ihn aber nicht ein einziges Mal vollbracht haben, und wir werden ihn anscheinend auch jetzt nicht vollbringen, denn die Lebensinteressen des internationalen Kapitalismus hängen viel zu eng damit zusammen, daß dieser Übergang nicht zugelassen werde. Ich erinnere mich, daß ich schon im April 1918, d. h. vor drei Jahren, Gelegenheit hatte, vor dem Gesamtrussischen Zentralexekutivkomitee über unsere Aufgaben zu sprechen, die damals dahin formuliert wurden, daß der Bürgerkrieg im wesentlichen beendet sei, während er in Wirklichkeit erst begann. Sie alle erinnern sich, daß wir auf dem letzten Parteitag diesen Übergang zum friedlichen Aufbau allen unseren Plänen zugrunde legten, in der Annahme, daß die enormen Zugeständnisse, die wir damals Polen machten, uns den Frieden sichern würden. Aber schon im April begann die Offensive der polnischen Bourgeoisie, die zusammen mit den Imperialisten der kapitalistischen Länder unsere Friedensliebe als unsere Schwäche auslegte, wofür sie denn auch hart büßen mußte, da sie einen ungünstigeren Frieden bekam. Wir aber konnten nicht zum friedlichen Aufbau übergehen und mußten erneut die Hauptaufmerksamkeit auf den Krieg mit Polen und in der Folgezeit auf die Liquidierung Wrangels richten. Das eben bestimmte den Inhalt unserer Arbeit im Berichtsjahr. Abermals richtete sich unsere ganze Arbeit auf militärische Aufgaben.

Als wir dann endlich erreicht hatten, daß auch der letzte Soldat der feindlichen Armeen vom Territorium der RSFSR verschwunden war, begann der Übergang vom Krieg zum Frieden.

Dieser Übergang brachte Erschütterungen mit sich, mit denen wir bei weitem nicht gerechnet hatten. Zweifellos liegt hier eine der Hauptursachen jener Summe von Irrtümern und Fehlern, die wir in der Berichtszeit in unserer Politik begangen haben und die uns jetzt noch zu schaffen machen. Die Demobilisierung der Armee, die in einem Lande aufgestellt werden mußte, das eine unerhört schwere Anspannung hinter sich hatte, die aufgestellt werden mußte nach mehreren Jahren imperialistischen Krieges – die Demobilisierung der Armee, deren Beförderung bei unseren Verkehrsmitteln unglaubliche Schwierigkeiten bereitete, in einem Augenblick, als die durch die Mißernte hervorgerufene Hungersnot hinzukam,

sowie der Brennstoffmangel, der das Verkehrswesen in erheblichem Maße lahmlegte – diese Demobilisierung stellte uns, wie wir jetzt sehen, vor Aufgaben, die wir weit, weit unterschätzt hatten. Hierin liegen in erheblichem Maße die Quellen einer ganzen Reihe von Krisen: sowohl der wirtschaftlichen als auch der sozialen und der politischen. Schon Ende vergangenen Jahres habe ich darauf hingewiesen, daß eine der Hauptschwierigkeiten des bevorstehenden Frühjahrs die Schwierigkeiten sein werden, die mit der Demobilisierung der Armee zusammenhängen. Darauf habe ich auch am 30. Dezember in der großen Diskussion[38] hingewiesen, an der vermutlich viele von Ihnen teilgenommen haben. Ich muß sagen, daß wir uns vom Ausmaß dieser Schwierigkeiten damals kaum eine Vorstellung machten; wir sahen damals noch nicht, in welchem Grade sich hier nicht nur technische Schwierigkeiten einstellen werden, sondern in welchem Grade sich alle Nöte, von denen die Sowjetrepublik heimgesucht wurde, die sowohl durch den vorangegangenen imperialistischen als auch durch den neuen Bürgerkrieg erschöpft war, gerade bei der Demobilisierung verschärfen werden. Bis zu einem gewissen Grade dürfte es richtig sein zu sagen, daß sie gerade bei der Demobilisierung in stärkerem Maße in Erscheinung treten werden. Das Land hat mehrere Jahre hindurch die Kräfte ausschließlich für Kriegsaufgaben angespannt, hat diese Aufgaben allseits unterstützt und für diesen Zweck das Letzte hergegeben, was ihm geblieben war, ohne seine dürftigen Reserven und Hilfsmittel zu schonen – und erst nach Beendigung des Krieges sahen wir den ganzen Umfang der wirtschaftlichen Zerrüttung und des Elends, die uns auf lange hinaus dazu verurteilen, uns einfach nur mit der Heilung dieser Wunden zu befassen. Aber wir können uns nicht einmal der Heilung dieser Wunden ganz widmen. Die technischen Schwierigkeiten der Demobilisierung der Armee zeigen weitgehend das ganze Ausmaß der Zerrüttung, aus der sich, abgesehen von allem anderen, eine unvermeidliche Reihe von Krisen wirtschaftlicher und sozialer Natur ergibt.

Es war zweifellos ein Fehler des ZK, daß das Ausmaß dieser mit der Demobilisierung zusammenhängenden Schwierigkeiten nicht in Rechnung gestellt wurde. Natürlich muß gesagt werden, daß für eine solche Rechnung keinerlei Anhaltspunkte vorhanden sein konnten, denn der Bürgerkrieg war so hart, daß hier die einzige Regel galt: Alles für den Sieg an der Front des Bürgerkriegs – und nichts weiter. Nur bei Einhaltung dieser

Regel und dank der unerhörten Anspannung der Kräfte, die die Rote Armee im Kampf gegen Koltschak, Judenitsch u. a. an den Tag legte, konnten wir überhaupt den Sieg über die in Sowjetrußland eingedrungenen Imperialisten erringen.

Von diesem grundlegenden Umstand, der eine ganze Reihe von Fehlern bedingt und die Krise verschärft, möchte ich dazu übergehen, wie in der Arbeit der Partei und im Kampf des gesamten Proletariats eine ganze Reihe noch einschneidenderer Mißverhältnisse, Fehler der Berechnung oder des Plans zutage getreten sind – und nicht nur Fehler des Plans, sondern auch Fehler bei der Bestimmung des Kräfteverhältnisses zwischen unserer Klasse und denjenigen Klassen, mit denen unsere Klasse über die Geschicke der Republik zu entscheiden hat, indem sie mit ihnen zusammenarbeitet, sie aber manchmal auch bekämpft. Von diesem Standpunkt ausgehend, müssen wir uns den Ergebnissen des Erlebten, den politischen Erfahrungen und dem zuwenden, worüber das ZK, da es ja die Politik geleitet hat, sich klarwerden und was es der gesamten Partei klarzumachen suchen muß. Das sind so verschiedenartige Erscheinungen wie der Verlauf unseres Krieges mit Polen, die Lebensmittel- und die Brennstofffrage. Bei unserer Offensive, bei unserem allzu raschen Vormarsch fast bis vor Warschau, ist zweifelsohne ein Fehler begangen worden. Ich will jetzt nicht untersuchen, ob das ein strategischer oder ein politischer Fehler war, denn das würde zu weit führen. Ich glaube, das soll man künftigen Geschichtsschreibern überlassen; diejenigen aber, die in schwerem Kampf weiterhin alle Feinde abwehren müssen, haben anderes zu tun, als sich mit Geschichtsforschung zu befassen. Jedenfalls liegt aber ein Fehler vor, und dieser Fehler wurde dadurch hervorgerufen, daß wir das Übergewicht unserer Kräfte überschätzt hatten. Inwieweit dieses Übergewicht der Kräfte von ökonomischen Bedingungen abhing, inwieweit es davon abhing, daß der Krieg mit Polen patriotische Gefühle sogar unter den kleinbürgerlichen, durchaus nicht proletarischen Elementen weckte, die durchaus nicht mit dem Kommunismus sympathisieren, die die Diktatur des Proletariats nicht bedingungslos unterstützen, ja manchmal, das muß gesagt werden, sie überhaupt nicht unterstützen – das zu untersuchen, wäre allzu kompliziert. Aber die Tatsache bleibt bestehen: im Krieg gegen Polen haben wir einen gewissen Fehler begangen.

Und wenn wir ein solches Arbeitsgebiet nehmen wie das Ernährungs-

wesen, so werden wir einen analogen Fehler sehen. In bezug auf die Ablieferungspflicht und ihre Erfüllung war das Berichtsjahr unvergleichlich günstiger als das Vorjahr. In diesem Jahr übersteigt die Menge des aufgebrachten Getreides 250 Millionen Pud. Bis zum 1. Februar wurden 235 Millionen Pud als aufgebracht gebucht, während im vergangenen Jahr im ganzen 210 Millionen Pud aufgebracht worden sind; also in einem viel kürzeren Jahresabschnitt wurde mehr aufgebracht als im ganzen vorigen Jahr. Es stellte sich jedoch heraus, daß wir von diesen bis zum 1. Februar aufgebrachten 235 Millionen Pud im ersten Halbjahr rund 155 Millionen verbraucht haben, d. h. im Durchschnitt monatlich 25 Millionen Pud oder sogar mehr. Allerdings muß im allgemeinen zugegeben werden, daß wir, als sich zeigte, daß unsere Vorräte größer waren als im Vorjahr, es nicht verstanden haben, sie richtig einzuteilen. Wir haben es nicht verstanden, die ganze Gefahr der nahenden Frühjahrskrise richtig einzuschätzen, und haben dem natürlichen Bestreben nachgegeben, die Ration für die hungernden Arbeiter zu erhöhen. Freilich muß auch hier gesagt werden, daß wir keinen Anhaltspunkt für die Berechnungen hatten. In allen kapitalistischen Staaten dienen trotz der Anarchie, trotz des Chaos, das dem Kapitalismus eigen ist, als Anhaltspunkt für die Berechnung des Wirtschaftsplans die Erfahrungen von Jahrzehnten, Erfahrungen, die die in ihrer Wirtschaftsordnung gleichartigen und sich lediglich in Einzelheiten unterscheidenden kapitalistischen Staaten miteinander vergleichen können. Aus diesem Vergleich kann ein wirklich wissenschaftliches Gesetz, eine gewisse Gesetzmäßigkeit und Regelmäßigkeit abgeleitet werden. Wir hatten keine derartigen Erfahrungen für eine solche Berechnung und konnten auch keine haben, und es ist ganz natürlich, daß wir nicht gleich das richtige Maß festzulegen vermochten, als sich nach Beendigung des Krieges endlich die Möglichkeit bot, der ausgehungerten Bevölkerung mehr zu geben. Es ist klar, bei der Erhöhung der Ration hätten wir maßvoller vorgehen und durch diese Mäßigung einen gewissen Reservefonds für den Notfall schaffen müssen, der im Frühjahr eintreten mußte und eingetreten ist. Das haben wir nicht getan. Hier liegt wiederum ein Fehler, und zwar von der gleichen Art, wie er unserer ganzen Arbeit eigen war – ein Fehler, der zeigt, daß der Übergang vom Krieg zum Frieden uns vor eine ganze Reihe solcher Aufgaben und Schwierigkeiten stellte, zu deren Überwindung es sowohl an Erfahrung als auch an Vor-

bereitung und an den erforderlichen Unterlagen fehlte, und dadurch kam es zu einer außerordentlichen Steigerung, Verschärfung und Verschlimmerung der Krise.

Etwas Ähnliches spielte sich zweifellos auch mit dem Brennstoff ab. Das ist eine Grundfrage des wirtschaftlichen Aufbaus. Der ganze Übergang vom Krieg zum Frieden, der ganze Übergang zum wirtschaftlichen Aufbau – wovon auf dem vorigen Parteitag die Rede war und worauf die Hauptsorge und die Hauptaufmerksamkeit der gesamten Politik während des Berichtsjahres gerichtet war –, all dies mußte natürlich auf der Berechnung der Brennstofförderung und der richtigen Brennstoffverteilung basieren und sich darauf stützen. Ohne das kann weder von einer Überwindung der Schwierigkeiten noch von einem Wiederaufbau der Industrie auch nur die Rede sein. Daß wir uns in dieser Hinsicht in besseren Verhältnissen befinden als im vergangenen Jahr, ist klar. Früher waren wir von den Kohlen- und Erdölgebieten abgeschnitten. Nach den Siegen der Roten Armee haben wir Kohle und Erdöl erhalten. Jedenfalls sind die Brennstoffvorräte größer geworden. Wir wissen, daß die Brennstoffvorräte, mit denen wir in das Berichtsjahr eintraten, größer waren als früher. Und auf diesem Boden der Vergrößerung unserer Brennstoffvorräte begingen wir einen Fehler, indem wir mit einem Schlag eine so reichliche Verteilung des Brennstoffs zuließen, daß diese Brennstoffreserven erschöpft wurden und wir uns, bevor wir die ganze Arbeit ins richtige Geleise gebracht hatten, einer Brennstoffkrise gegenübersahen. Über alle diese Fragen wird man Ihnen hier spezielle Referate halten, ich kann Ihnen jetzt nicht einmal annähernd die Zahlen vortragen, die zu dieser Frage vorliegen. Aber jedenfalls müssen wir, unter Berücksichtigung der Erfahrungen der Vergangenheit, sagen, daß dieser Fehler mit einer falschen Vorstellung von der Sachlage und mit der Schnelligkeit des Übergangs vom Krieg zum Frieden zusammenhängt. Es erwies sich, daß nur ein weit langsamerer Übergang möglich ist, als wir uns vorgestellt hatten. Es bedarf einer viel längeren Vorbereitung und eines langsameren Tempos – das ist die Lehre, die wir im Laufe dieses Jahres erhalten haben, und diese Lehre wird die Partei als Ganzes ganz besonders beherzigen müssen, damit wir unsere grundlegenden Aufgaben für das nächste Jahr bestimmen können und die aufgezeigten Fehler in Zukunft vermeiden.

Ohne Zweifel muß dabei gesagt werden, daß sich diese Fehler und

besonders die ihnen entspringenden Krisen infolge der Mißernte verschärften. Wenn ich darauf hingewiesen habe, daß unser Ernährungswesen im Berichtsjahr unvergleichlich größere Lebensmittelvorräte beschaffte, so muß gesagt werden, daß darin ebenfalls eine der Hauptquellen der Krisen lag, denn infolge der Mißernte, die ungeheuren Futtermangel, Viehsterben und Ruinierung der bäuerlichen Wirtschaft zur Folge hatte, lag das Schwergewicht dieser Lebensmittelbeschaffung in jenen Gegenden, wo die Getreideüberschüsse nicht allzu groß waren. Es gibt weitaus größere Überschüsse in den verschiedenen Randgebieten der Republik – in Sibirien, im Nordkaukasus –, aber gerade dort klappte der Sowjetapparat am wenigsten, gerade dort war die Sowjetmacht weniger stabil, und der Abtransport von dort war sehr erschwert. Daher kam es, daß wir die größeren Lebensmittelvorräte in den am wenigsten ertragreichen Gouvernements aufbrachten, und dadurch wurde die Krise der bäuerlichen Wirtschaft außerordentlich verschärft.

Wir sehen hier wiederum klar, daß es unserer Berechnung an der nötigen Exaktheit fehlte. Anderseits befanden wir uns aber in einer derart bedrängten Lage, daß uns gar keine Wahl blieb. Das Land, das nach dem verheerenden imperialistischen Krieg eine solche Sache wie den mehrjährigen Bürgerkrieg auszuhalten hatte, konnte natürlich nur dadurch existieren, daß es alle seine Kräfte für die Front hergab. Und natürlich konnte das wirtschaftlich zerrüttete Land nichts anderes tun, als der Bauernschaft die Lebensmittelüberschüsse fortzunehmen, sogar ohne irgendwelche Gegenleistungen. Das war notwendig, um das Land, die Armee und die Arbeiter- und Bauernmacht zu retten. Wir erklärten den Bauern: „Natürlich gebt ihr euer Getreide dem Arbeiter- und Bauernstaat als Darlehen, aber anders könnt ihr euren Staat vor den Gutsbesitzern und Kapitalisten nicht retten." Wir konnten unter den Bedingungen, die uns die Imperialisten und Kapitalisten durch ihren Krieg aufgezwungen hatten, nicht anders handeln. Wir hatten keine andere Wahl. Aber diese Umstände brachten uns dahin, daß die bäuerliche Wirtschaft nach dem langwierigen Krieg derart geschwächt war, daß es zur Mißernte kam, und zwar infolge sowohl des Rückgangs der Anbaufläche als auch der Verschlechterung der Produktionsmittel, sowohl der Verminderung der Ertragsfähigkeit als auch des Mangels an Arbeitskräften usw. Die Mißernte war ungeheuerlich, und die Aufbringung der Lebensmittelüberschüsse, die

dennoch besser ausfiel, als wir erwartet hatten, war von einer derartigen Verschärfung der Krise begleitet, daß uns diese Krise vielleicht in den bevorstehenden Monaten noch größere Schwierigkeiten und Nöte bereiten wird. Diesen Umstand muß man scharf im Auge behalten bei der Analyse dessen, was wir im Berichtsjahr in der Politik erlebt und welche politischen Aufgaben wir uns für das neue Jahr zu stellen haben. Das Berichtsjahr hat dem kommenden Jahr unverändert dieselben unaufschiebbaren Aufgaben hinterlassen.

Nun gehe ich vorläufig zu einem anderen Punkt aus einem ganz anderen Gebiet über: zur Diskussion über die Gewerkschaften, die der Partei soviel Zeit geraubt hat. Ich nahm heute bereits die Gelegenheit wahr, darüber zu sprechen, und ich konnte selbstverständlich nur vorsichtig sagen, daß wohl kaum viele unter Ihnen sein werden, die diese Diskussion nicht als übermäßigen Luxus ansehen. Ich persönlich kann nicht umhin hinzuzufügen, daß meiner Meinung nach dieser Luxus wirklich ganz unerlaubt war; mit der Zulassung dieser Diskussion haben wir ohne Zweifel einen Fehler begangen, denn wir sahen nicht, daß wir in dieser Diskussion eine Frage in den Vordergrund rückten, die aus objektiven Gründen nicht im Vordergrund stehen kann; wir leisteten uns einen Luxus, ohne zu sehen, in welchem Grade wir die Aufmerksamkeit von der brennenden und drohenden, uns so naheliegenden Frage der Krise ablenkten, von der ich soeben gesprochen habe. Welches sind nun die realen Ergebnisse dieser Diskussion, die so viele Monate in Anspruch nahm und von der wohl so ziemlich die meisten Anwesenden mehr als genug haben? Darüber werden Sie spezielle Referate entgegennehmen, aber ich möchte in meinem Bericht die Aufmerksamkeit auf eine Seite der Sache lenken – nämlich darauf, daß sich hier zweifellos das Sprichwort bewahrheitet hat: „Alles Schlechte hat auch sein Gutes."

Leider war des Schlechten etwas zuviel und des Guten etwas zuwenig. (Heiterkeit.) Aber etwas Gutes gab es trotzdem: Es bestand darin, daß wir zwar Zeit verloren und die Aufmerksamkeit unserer Parteigenossen von den dringenden Aufgaben des Kampfes gegen das uns umgebende kleinbürgerliche Element ablenkten, aber immerhin lernten, einige Wechselbeziehungen zu erkennen, die wir früher nicht gesehen hatten. Das Gute bestand darin, daß die Partei in diesem Kampf notwendigerweise manches hinzulernte. Obwohl wir alle wußten, daß wir als

regierende Partei nicht umhinkonnten, die „Spitzen" der Partei und die „Spitzen" der Sowjets miteinander zu verschmelzen – sie sind bei uns verschmolzen und werden es bleiben –, hat die Partei in dieser Diskussion doch eine gewisse Lektion erhalten, die berücksichtigt werden muß. Für die einen Plattformen stimmten vorwiegend die „Spitzen" der Partei. Die Plattformen, die sich manchmal „Plattformen der ‚Arbeiteropposition'", manchmal irgendwie anders nannten, vertraten, wie sich herausstellte, eine ausgesprochen syndikalistische Abweichung. Und das ist nicht meine persönliche Meinung, sondern die Meinung der übergroßen Mehrheit der Anwesenden. (Zwischenrufe: „Richtig".)

Die Partei zeigte sich in dieser Diskussion dermaßen reif, daß sie, als sie ein gewisses Schwanken der „Spitzen" sah, als sie hörte, daß die „Spitzen" sagten: „Wir konnten uns nicht einigen, legt unseren Streit bei", sich für diese Aufgabe rasch mobilisierte, und die übergroße Mehrheit der bedeutendsten Parteiorganisationen antwortete uns rasch: „Wir haben eine Meinung, und wir werden sie euch sagen."

In dieser Diskussion lag uns eine Reihe von Plattformen vor. Es waren ihrer so viele, daß beispielsweise ich, obwohl ich von Amts wegen verpflichtet war, sie zu lesen, befürchte, gesündigt und sie nicht alle gelesen zu haben. (Heiterkeit.) Ich weiß nicht, ob alle hier Anwesenden so viel freie Zeit hatten, um sie zu lesen, jedenfalls aber muß gesagt werden, daß diese syndikalistische und bis zu einem gewissen Grad sogar halbanarchistische Abweichung, die zum Vorschein gekommen ist, viel Material zum Nachdenken liefert. Einige Monate lang leisteten wir uns den Luxus, uns dem Studium von Meinungsschattierungen hinzugeben. Unterdessen erzeugte die Demobilisierung der Armee das Banditentum und verschärfte die Wirtschaftskrise. Diese Diskussion sollte uns helfen, zu begreifen, daß unsere Partei, als eine Partei, die wohl nicht weniger als eine halbe Million Mitglieder zählt, ja sogar eine halbe Million überschritten hat, erstens eine Massenpartei und zweitens eine Regierungspartei geworden ist und daß sie, als Massenpartei, teilweise etwas von dem widerspiegelt, was außerhalb ihrer Reihen vorgeht. Das zu begreifen ist sehr, sehr wichtig.

Eine kleine syndikalistische oder halbanarchistische Abweichung wäre nicht schrecklich; die Partei wäre sich rasch und entschieden ihrer bewußt geworden und darangegangen, sie zu korrigieren. Aber wenn diese Ab-

weichung mit einem gigantischen Überwiegen der Bauernschaft im Lande verbunden ist, wenn die Unzufriedenheit dieser Bauernschaft mit der proletarischen Diktatur wächst, wenn die Krise der bäuerlichen Wirtschaft ihre äußerste Grenze erreicht hat, wenn durch die Demobilisierung der Bauernarmee Hunderte und Tausende gebrochener Menschen ins Land hinausgeschleudert werden, die keine Beschäftigung finden, die gewohnt waren, sich nur mit dem Krieg, als ihrem Handwerk, zu befassen und die nun zum Banditentum übergehen, dann haben wir keine Zeit, über theoretische Abweichungen zu diskutieren. Und wir müssen auf dem Parteitag unumwunden sagen: Diskussionen über Abweichungen werden wir nicht dulden, wir müssen diesbezüglich einen Schlußpunkt setzen. Das kann und muß der Parteitag tun, er muß daraus die notwendige Lehre ziehen und das dem politischen Bericht des ZK hinzufügen, es bekräftigen, verankern und zu einer Verpflichtung, zu einem Gesetz für die Partei erheben. Die Diskussionssucht wird im höchsten Grade gefährlich, sie wird zu einer direkten Bedrohung der Diktatur des Proletariats.

Als ich vor einigen Monaten sagte: „Gebt acht, hier ist eine Gefahr für die Herrschaft der Arbeiterklasse und für die Diktatur der Arbeiterklasse!", da meinten manche Genossen, mit denen ich in der Diskussion zusammenstieß und gegen die ich polemisierte: „Das ist die Methode der Einschüchterung, Sie terrorisieren uns." Diesen Refrain zu meinen Bemerkungen – daß ich irgend jemand terrorisiere – bekam ich mehr als einmal zu hören, und ich antwortete darauf, daß es lächerlich von mir wäre, alte Revolutionäre, die allerhand hinter sich haben, terrorisieren zu wollen. Wenn man jedoch sieht, wozu sich die Schwierigkeiten der Demobilisierung entwickeln, so kann es jetzt keinen Streit mehr darüber geben, daß hier nicht nur keine Terrorisierung, sondern nicht einmal eine in der Polemik unvermeidliche Übertreibung vorlag, es war vielmehr ein ganz genauer Hinweis auf das, was eingetreten ist, darauf, daß wir Geschlossenheit, Standhaftigkeit und Diziplin brauchen – nicht nur deshalb, weil die proletarische Partei sonst nicht einträchtig arbeiten kann, sondern weil das Frühjahr derart schwierige Verhältnisse gebracht hat und noch bringen wird, daß wir ohne maximale Geschlossenheit nichts ausrichten können. Diese zwei Hauptlehren, glaube ich, werden wir immerhin aus der Diskussion ziehen können. Und deshalb muß, wie mir scheint, gesagt werden: Wenn wir uns einen Luxus geleistet und der Welt das erstaun-

liche Beispiel gegeben haben, wie eine in die schwierigsten Verhältnisse eines erbitterten Kampfes versetzte Partei der eingehenden Klärung verschiedener Einzelheiten von Plattformen unerhörte Aufmerksamkeit schenkt – und das angesichts der Mißernte und der Krise, angesichts der wirtschaftlichen Zerrüttung und der Demobilisierung, in denen wir uns befanden –, so werden wir jetzt aus diesen Lehren eine politische Schlußfolgerung ziehen, nicht nur eine Schlußfolgerung, die auf diesen oder jenen Fehler hinweist, sondern eine politische Schlußfolgerung, die die Beziehungen zwischen den Klassen, zwischen der Arbeiterklasse und der Bauernschaft betrifft. Diese Beziehungen sind andere, als wir geglaubt hatten. Diese Beziehungen erfordern vom Proletariat unendlich mehr Geschlossenheit und Konzentration der Kräfte, und diese Beziehungen stellen unter der Diktatur des Proletariats eine Gefahr dar, die all die Denikin, Koltschak und Judenitsch zusammengenommen um ein vielfaches übertrifft. Niemand darf sich darüber einer Täuschung hingeben, denn das wäre das Allerverhängnisvollste! Die Schwierigkeiten, die sich aus diesem kleinbürgerlichen Element ergeben, sind groß, und um sie zu überwinden, bedarf es einer starken – nicht nur formalen – Geschlossenheit, bedarf es der einheitlichen, einmütigen Arbeit, des einheitlichen Willens, denn nur bei einem solchen Willen der proletarischen Masse vermag das Proletariat in einem Bauernlande den gigantischen Aufgaben seiner Diktatur und Führung gerecht zu werden.

Hilfe aus den westeuropäischen Ländern kommt, aber sie kommt nicht so rasch. Sie kommt und nimmt zu.

In der Vormittagssitzung habe ich schon ausgeführt, daß einer der bedeutendsten Faktoren in der Berichtsperiode – das steht ebenfalls in engem Zusammenhang mit der Tätigkeit des ZK – die Organisierung des II. Kongresses der Komintern war. Natürlich hat die internationale Revolution jetzt, im Vergleich zum Vorjahr, einen großen Schritt vorwärts getan. Natürlich hat die Kommunistische Internationale, die zur Zeit des vorjährigen Kongresses lediglich in Form von Proklamationen existierte, jetzt in jedem Lande als selbständige Partei zu existieren begonnen, und nicht nur als Partei der Vorhut – der Kommunismus ist zur zentralen Frage der ganzen Arbeiterbewegung in ihrer Gesamtheit geworden. In Deutschland, Frankreich und Italien ist die Kommunistische Internationale nicht nur zum Mittelpunkt der Arbeiterbewegung geworden, sondern zum Brennpunkt

der Aufmerksamkeit des gesamten politischen Lebens dieser Länder. Man konnte im Herbst keine deutsche oder französische Zeitung in die Hand nehmen, ohne daraus zu ersehen, wie man dort Moskau und die Bolschewiki dekliniert, mit welchen Beiwörtern man uns belegt und wie man aus den Bolschewiki und den 21 Aufnahmebedingungen der III. Internationale[39] die zentrale Frage des ganzen eigenen politischen Lebens macht. Das ist unsere Errungenschaft, und das kann uns niemand mehr nehmen! Das zeigt, wie die internationale Revolution ansteigt und sich, parallel damit, die Wirtschaftskrise in Europa verschärft. Aber jedenfalls, wenn wir daraus die Annahme ableiten wollten, daß überhaupt in kurzer Frist Hilfe von dort in Form einer dauerhaften proletarischen Revolution kommen wird, so wären wir einfach verrückt, und in diesem Saale gibt es, davon bin ich überzeugt, solche Leute nicht. Wir haben in den drei Jahren zu begreifen gelernt, daß auf die Karte der internationalen Revolution setzen nicht bedeutet, mit einem bestimmten Termin zu rechnen, und daß das Tempo der Entwicklung, das immer rascher wird, zum Frühjahr die Revolution bringen kann, sie aber möglicherweise auch nicht bringen wird. Deshalb müssen wir es verstehen, unsere Tätigkeit so mit den Klassenverhältnissen in unserem Lande und in den anderen Ländern in Einklang zu bringen, daß wir auf lange Zeit hinaus imstande sind, die Diktatur des Proletariats zu behaupten und, wenn auch allmählich, alle die Nöte und Krisen zu heilen, die über uns hereinbrechen. Nur eine solche Fragestellung wird richtig und nüchtern sein.

Nun komme ich zu einem Punkt, der die Tätigkeit des ZK im laufenden Jahr betrifft und eng mit den Aufgaben zusammenhängt, vor denen wir stehen. Das ist die Frage der Beziehungen zum Ausland.

Bis zum IX. Parteitag waren unsere Aufmerksamkeit und alle unsere Anstrengungen darauf gerichtet, den Übergang vom Zustand des Krieges mit den kapitalistischen Ländern zu friedlichen und Handelsbeziehungen herbeizuführen. Wir unternahmen zu diesem Zweck alle möglichen diplomatischen Schritte und gingen als Sieger über unzweifelhaft bedeutende Diplomaten hervor. Als uns beispielsweise die Vertreter Amerikas oder die Vertreter des Völkerbundes vorschlugen, unter bestimmten Bedingungen die militärischen Operationen gegen Denikin und Koltschak einzustellen, glaubten sie, wir würden in eine schwierige Lage geraten. In Wirklichkeit aber gerieten sie in eine schwierige Lage, während wir einen

großen diplomatischen Sieg errangen. Sie erwiesen sich als die Gefoppten und waren genötigt, ihre Bedingungen zurückzuziehen, was später in der gesamten diplomatischen Literatur und Presse der ganzen Welt enthüllt worden ist. Sich aber mit dem diplomatischen Sieg zu begnügen wäre für uns allzu wenig. Wir brauchen wirkliche Handelsbeziehungen und nicht nur diplomatische Siege. Jedoch erst in diesem Jahr gediehen die Dinge so weit, daß die Handelsbeziehungen sich einigermaßen zu entwickeln begannen. Aktuell wurde die Frage der Handelsbeziehungen mit England. Seit Sommer vergangenen Jahres trat das in den Mittelpunkt. Der Krieg mit Polen warf uns in dieser Beziehung weit zurück. England war schon bereit, ein Handelsabkommen zu unterzeichnen. Die englische Bourgeoisie wünschte dieses Abkommen, die englischen Hofkreise wollten nichts davon wissen, sie suchten es zu vereiteln, der Krieg mit Polen schob das Abkommen hinaus. So kam es, daß die Angelegenheit bis heute nicht entschieden ist.

Heute, glaube ich, wurde in den Zeitungen gemeldet, Krassin habe in London der Presse mitgeteilt, daß er mit baldiger Unterzeichnung eines Handelsvertrages[40] rechne. Ich weiß nicht, ob man fest damit rechnen kann, daß diese Hoffnung in Erfüllung geht. Ich kann nicht entscheiden, ob es wirklich dazu kommen wird, aber meinerseits muß ich sagen, daß wir im Zentralkomitee dieser Frage einen erstrangigen Platz eingeräumt und unserseits die Taktik der Zugeständnisse für richtig gehalten haben, um ein Handelsabkommen mit England zu erzielen.

Im Zusammenhang damit steht die Frage der Erteilung von Konzessionen. Im verflossenen Jahr befaßten wir uns mit dieser Frage mehr als früher. Am 23. November erschien das Dekret des Rats der Volkskommissare, das die Frage der Konzessionen in der für die ausländischen Kapitalisten annehmbarsten Form darlegte. Als in Parteikreisen gewisse Mißverständnisse in dieser Frage auftauchten bzw. sich mangelndes Verständnis dafür zeigte, wurde eine Reihe von Versammlungen verantwortlicher Funktionäre abgehalten, in denen diese Frage diskutiert wurde. Im großen und ganzen hat sie keine Meinungsverschiedenheiten hervorgerufen, obwohl wir von Arbeitern und Bauern nicht wenig Proteste zu hören bekamen. Sie sagten: „Die eigenen Kapitalisten haben wir davongejagt, jetzt aber will man ausländische Kapitalisten herbeirufen." Inwieweit diese Proteste unbewußt waren und inwieweit hier die Spekulation

des kulakischen oder direkt kapitalistischen Teils der Parteilosen mitsprach, die glauben, sie hätten ein verbrieftes Recht darauf, in Rußland Kapitalisten zu sein, und zwar Kapitalisten mit Machtbefugnissen, und daß es nicht angehe, ausländisches Kapital ohne Machtbefugnisse heranzuziehen – inwieweit das eine oder andere hier eine Rolle spielte, darüber lagen im ZK natürlich keinerlei statistische Unterlagen vor, und schwerlich könnte überhaupt irgendeine Statistik in der Welt das erfassen und klären. Aber wir haben jedenfalls durch dieses Dekret einen Schritt in der Richtung zur Anknüpfung von Konzessionsbeziehungen getan. Es muß gesagt werden, daß wir in der Praxis – und das darf niemals vergessen werden – keinen einzigen Konzessionsvertrag erhalten haben. Die Auseinandersetzungen unter uns drehen sich darum, ob wir uns bemühen sollen, solche Verträge um jeden Preis zu erhalten. Ob wir sie erhalten, das hängt nicht von unseren Auseinandersetzungen und Beschlüssen, sondern vom internationalen Kapital ab. Am 1. Februar dieses Jahres hat der Rat der Volkskommissare einen anderen Beschluß zur Frage der Konzessionen gefaßt. Der erste Punkt dieses Beschlusses lautet: „Im Prinzip ist die Erteilung von Erdölkonzessionen in Grosny und in Baku sowie auf anderen funktionierenden Ölfeldern zu billigen, Verhandlungen sind einzuleiten und beschleunigt zu führen."

Bei dieser Frage ist es nicht ohne gewisse Diskussionen abgegangen. Die Erteilung von Konzessionen gerade in Grosny und Baku erschien den Genossen als falsch, da sie geeignet sei, unter den Arbeitern eine Opposition zu erzeugen. Die Mehrheit des ZK und ich persönlich vertraten den Standpunkt, daß für Klagen wohl kein triftiger Grund vorläge.

Das ZK in seiner Mehrheit und ich persönlich bezogen den Standpunkt, daß diese Konzessionen notwendig sind, und wir werden Sie ersuchen, diesen Standpunkt durch Ihre Autorität zu bekräftigen. Dieses Bündnis mit den staatlichen Trusten anderer, fortgeschrittener Länder ist für uns deshalb unbedingt notwendig, weil unsere Wirtschaftskrise derart tiefgehend ist, daß wir nicht imstande sein werden, die zerstörte Wirtschaft aus eigenen Kräften, ohne maschinelle Ausrüstung und technische Hilfe aus dem Ausland wieder aufzubauen. Die bloße Einfuhr dieser Ausrüstung genügt nicht. Man kann Konzessionen auf breiterer Grundlage vielleicht an die größten imperialistischen Syndikate vergeben: ein Viertel

von Baku, ein Viertel von Grosny, ein Viertel unserer besten Waldbestände, um uns auf diese Weise durch die Ausrüstung mit modernsten Maschinen die notwendige Grundlage zu sichern; anderseits würden wir dafür für den anderen Teil die Ausrüstung erhalten, die wir brauchen. Auf diese Weise könnten wir die modernen, fortgeschrittenen Syndikate anderer Länder wenigstens etwas einholen, wenigstens zu einem Viertel oder zur Hälfte. Daß wir uns sonst in einer sehr schweren Lage befinden und daß wir diese Syndikate ohne eine kolossale Anspannung aller unserer Kräfte nicht einholen werden, daran kann jemand, der die gegenwärtige Lage einigermaßen nüchtern beurteilt, nicht zweifeln. Verhandlungen mit einigen der größten Welttrusts sind bereits eingeleitet. Selbstverständlich ist das ihrerseits keine bloße Gefälligkeit uns gegenüber: sie tun das nur um der ungeheuren Profite willen. Der moderne Kapitalismus, um in der Sprache der friedlichen Diplomaten zu reden, das ist ein Räuber, ein Raubtrust; das ist nicht der frühere Kapitalismus aus der Epoche normaler Zeiten: er heimst Hunderte Prozente an Profit ein, indem er seine Monopolstellung auf dem Weltmarkt ausnutzt.

Am 1. Februar 1921 faßte der Rat der Volkskommissare den Beschluß, im Ausland 18,5 Millionen Pud Kohle anzukaufen, weil sich damals schon unsere Brennstoffkrise abzeichnete. Damals schon wurde es klar, daß wir unseren Goldfonds nicht allein für den Ankauf von Maschinenausrüstung verwenden können. Das letztere würde unsere Kohlenförderung steigern, und wir würden besser wirtschaften, wenn wir im Ausland Maschinen für die Entwicklung der Kohlenindustrie bestellten, anstatt Kohle von dort zu beziehen; aber die Krise erwies sich als derart akut, daß wir von dieser ökonomisch besseren Verfahrensweise zur schlechteren übergehen und Mittel zum Ankauf von Kohle verausgaben mußten, die wir bei uns im Lande hätten haben können. Wir werden uns auf noch größere Zugeständnisse einlassen müssen, um Konsumgüter für die Bauern und Arbeiter zu kaufen.

Nun möchte ich auf die Ereignisse in Kronstadt[41] eingehen. Ich kenne noch nicht die letzten Neuigkeiten aus Kronstadt, aber ich zweifle nicht, daß dieser Aufstand, der rasch die uns bekannten Figuren weißgardistischer Generale ans Tageslicht gebracht hat, in den allernächsten Tagen, wenn nicht gar in den allernächsten Stunden, liquidiert sein wird. Darüber kann kein Zweifel bestehen. Aber wir müssen die politischen und

wirtschaftlichen Lehren dieses Ereignisses einer eingehenden Prüfung unterziehen.

Was bedeutet dieses Ereignis? Den Übergang der politischen Macht von den Bolschewiki an irgendein unbestimmtes Konglomerat oder einen Bund buntscheckiger Elemente, scheinbar nur ein klein wenig rechter als die Bolschewiki, ja vielleicht sogar auch „linker" als die Bolschewiki – so unbestimmt ist die Summe von politischen Gruppierungen, die in Kronstadt versucht hat, die Macht an sich zu reißen. Zweifellos haben die weißen Generale – Sie alle wissen das – dabei eine große Rolle gespielt. Das ist vollauf erwiesen. Zwei Wochen vor den Kronstädter Ereignissen schrieb man bereits in den Pariser Zeitungen, daß in Kronstadt ein Aufstand ausgebrochen sei. Es ist ganz klar, daß hier die Sozialrevolutionäre und die ausländischen Weißgardisten ihre Hände im Spiel hatten; und zugleich lief diese Bewegung auf eine kleinbürgerliche Konterrevolution hinaus, kam das kleinbürgerliche anarchistische Element zum Zuge. Das ist schon etwas Neues. Dieser Umstand muß, in Verbindung mit allen Krisen, politisch sehr aufmerksam gewertet und sehr eingehend untersucht werden. Hier zeigte sich das kleinbürgerliche, anarchistische Element, das mit den Losungen des freien Handels auftritt und stets gegen die Diktatur des Proletariats gerichtet ist. Und diese Stimmung wirkte sich sehr stark auf das Proletariat aus. Sie wirkte sich auf die Betriebe in Moskau aus, sie wirkte sich auf die Betriebe in einer ganzen Reihe von Orten in der Provinz aus. Diese kleinbürgerliche Konterrevolution ist zweifellos gefährlicher als Denikin, Judenitsch und Koltschak zusammengenommen, weil wir es mit einem Land zu tun haben, wo das Proletariat die Minderheit bildet, weil wir es mit einem Land zu tun haben, in dem die wirtschaftliche Zerrüttung das bäuerliche Eigentum in Mitleidenschaft gezogen hat, und außerdem haben wir noch eine solche Sache wie die Demobilisierung der Armee, die aufständische Elemente sonder Zahl geliefert hat. So klein oder geringfügig zunächst – wie soll ich mich ausdrücken – die Machtverschiebung, die die Kronstädter Matrosen und Arbeiter vorschlugen, gewesen wäre – sie wollten die Bolschewiki in bezug auf die Freiheit des Handels korrigieren, also scheinbar keine große Verschiebung, scheinbar dieselben Losungen: „Sowjetmacht", mit einer kleinen Änderung oder nur einer Korrektur –, in Wirklichkeit aber dienten hier die parteilosen Elemente nur als Trittbrett, als Stufe, als Brücke,

über die die Weißgardisten kamen. Das ist politisch unvermeidlich. Wir haben die kleinbürgerlichen, anarchistischen Elemente in der russischen Revolution gesehen, wir haben jahrzehntelang gegen sie gekämpft. Seit Februar 1917 sahen wir diese kleinbürgerlichen Elemente in Aktion während der großen Revolution, und wir sahen, wie die kleinbürgerlichen Parteien zu erklären versuchten, daß sie sich in ihrem Programm wenig von den Bolschewiki unterscheiden und daß sie es lediglich mit anderen Methoden verwirklichen. Wir kennen das aus der Erfahrung nicht nur des Oktoberumsturzes, wir kennen das aus der Erfahrung der Randgebiete, der verschiedenen Landesteile, die zum früheren Russischen Reich gehört haben und in denen die Sowjetmacht von Vertretern einer anderen Macht abgelöst worden ist. Denken wir an das Demokratische Komitee in Samara[42]! Alle kamen sie mit den Losungen der Gleichheit, der Freiheit, der Konstituante, und nicht nur einmal, sondern viele Male erwiesen sie sich einfach als Stufe, als Brücke für den Übergang zur weißgardistischen Macht.

Die Erfahrung von ganz Europa zeigt praktisch, womit der Versuch endet, sich zwischen zwei Stühle zu setzen. Daher müssen wir gerade in diesem Punkt sagen, daß hier politische Reibungen die allergrößte Gefahr sind. Wir müssen uns diese kleinbürgerliche Konterrevolution, die Losungen von der Freiheit des Handels aufstellt, genau ansehen.

Diese Gefahr zeigt uns das, wovon ich sprach, als ich auf unsere Streitigkeiten über die Plattformen einging; wir müssen angesichts dieser Gefahr begreifen, daß wir nicht nur formal die Parteistreitigkeiten einstellen müssen – das werden wir natürlich tun –, aber das genügt nicht! Wir sollen daran denken, daß wir an die Frage ernster herangehen müssen.

Wir müssen begreifen, daß wir unter den Bedingungen der Krise der bäuerlichen Wirtschaft nicht anders existieren können, als daß wir an diese bäuerliche Wirtschaft um Hilfe für Stadt und Land appellieren. Wir dürfen nicht vergessen, daß die Bourgeoisie bemüht ist, die Bauernschaft gegen die Arbeiter aufzuwiegeln, daß sie versucht, das kleinbürgerliche, anarchistische Element gegen die Arbeiter unter deren Losungen aufzuwiegeln, was unmittelbar zum Sturz der Diktatur des Proletariats und folglich zur Wiederaufrichtung des Kapitalismus, der alten gutsherrlich-kapitalistischen Macht führen würde. Hier liegt die politische Gefahr auf der Hand. Diesen Weg hat eine Reihe von Revolutionen aufs anschau-

lichste zurückgelegt, auf diesen Weg haben wir stets hingewiesen. Dieser Weg hat sich vor uns klar abgezeichnet. Er fordert von der regierenden Partei der Kommunisten, von den führenden revolutionären Elementen des Proletariats zweifellos eine andere Haltung, als von uns in diesem Jahr allzuoft eingenommen worden ist. Diese Gefahr erfordert zweifellos eine größere Geschlossenheit, zweifellos mehr Disziplin, zweifellos eine einträchtigere Zusammenarbeit! Sonst ist es unmöglich, der Gefahren Herr zu werden, die uns das Schicksal beschert hat.

Und nun zu den wirtschaftlichen Fragen. Was bedeutet diese Losung von der Freiheit des Handels, die das kleinbürgerliche Element aufstellt? Sie zeigt, daß es in den Beziehungen zwischen dem Proletariat und den kleinen Landwirten schwierige Probleme und Aufgaben gibt, die wir noch nicht gelöst haben. Ich spreche von den Beziehungen des siegreichen Proletariats zu den Kleinbesitzern, wenn sich die proletarische Revolution in einem Lande entfaltet, wo das Proletariat in der Minderheit, wo die Mehrheit kleinbürgerlich ist. Die Rolle des Proletariats in einem solchen Land besteht in der Führung beim Übergang dieser Kleinbesitzer zur vergesellschafteten, kollektiven, gemeinschaftlichen Arbeit. Das steht theoretisch außer Zweifel. Mit diesem Übergang haben wir uns in einer ganzen Reihe gesetzgeberischer Akte befaßt, aber wir wissen, daß es nicht auf die gesetzgeberischen Akte, sondern auf die praktische Verwirklichung ankommt, und wir wissen, daß sich das bewerkstelligen läßt, wenn man eine sehr starke Großindustrie besitzt, die fähig ist, dem Kleinproduzenten solche Vorteile zu bieten, daß er den Vorzug dieser Großwirtschaft in der Praxis einsieht.

So wurde die Frage theoretisch stets von den Marxisten und allen Sozialisten gestellt, die über die soziale Revolution und ihre Aufgaben nachdachten. Bei uns aber ist die erste Besonderheit gerade die, von der ich gesprochen habe und die Rußland im höchsten Grade eigen ist: Bei uns ist das Proletariat nicht nur in der Minderheit, sondern in der verschwindenden Minderheit, die Bauernschaft aber bildet die ungeheure Mehrheit. Die Verhältnisse aber, unter denen wir die Revolution verteidigen mußten, brachten es mit sich, daß sich die Lösung unserer Aufgaben als unerhört schwierig erwies. Alle Vorzüge der Großproduktion in der Praxis aufzuzeigen, vermochten wir nicht, denn diese Großproduktion ist zerstört, sie selbst muß das kläglichste Dasein fristen, und ihre Wieder-

herstellung ist nur möglich, wenn eben diesen kleinen Landwirten Opfer auferlegt werden. Es ist notwendig, die Industrie zu heben, dazu braucht man aber Brennstoff, und wenn man Brennstoff braucht, so muß man auch auf Holz rechnen, aber auf Holz rechnen heißt auf den Bauer und sein Pferd rechnen. Unter den Verhältnissen der Krise, des Futtermangels und des Viehsterbens soll der Bauer der Sowjetmacht Kredit gewähren – um der Großindustrie willen, von der er einstweilen nichts erhält. Das ist die ökonomische Situation, die ungeheure Schwierigkeiten schafft, das ist die ökonomische Situation, die dazu zwingt, sich in die Bedingungen des Übergangs vom Krieg zum Frieden tiefer hineinzudenken. Während des Krieges können wir nicht anders wirtschaften, als daß wir zu den Bauern sagen: „Es ist notwendig, dem Arbeiter- und Bauernstaat ein Darlehen zu gewähren, damit er aus der schweren Lage herauskommen kann." Wenn wir alle Aufmerksamkeit auf den Wiederaufbau der Wirtschaft richten, müssen wir wissen, daß wir einen kleinen Landwirt, einen Kleinbesitzer, einen Kleinproduzenten vor uns haben, der bis zum vollen Sieg der Großproduktion, bis zu deren Wiederherstellung, für den Warenmarkt arbeitet. Diese Wiederherstellung ist aber auf der alten Basis unmöglich: das ist eine Sache von vielen Jahren, von nicht weniger als einem Jahrzehnt, bei der Zerrüttung unserer Wirtschaft wahrscheinlich noch mehr. Bis dahin werden wir lange Jahre mit diesem Kleinproduzenten als solchem zu tun haben, und die Losung des freien Handels wird unvermeidlich sein. Nicht darin liegt die Gefahr dieser Losung, daß sie als Deckmantel dient für weißgardistische und menschewistische Bestrebungen, sondern darin, daß sie trotz des Hasses dieser selben Bauernmasse gegen die Weißgardisten Verbreitung finden kann. Sie wird gerade deshalb Verbreitung finden, weil sie den ökonomischen Existenzbedingungen des Kleinproduzenten entspricht. Von solchen Erwägungen ausgehend, hat das ZK denn auch den Beschluß gefaßt, die Ablieferungspflicht durch eine Steuer zu ersetzen, es hat die Diskussion über diese Frage eröffnet, und heute brachte es diese Frage direkt vor den Parteitag, was Sie durch Ihren heutigen Beschluß auch gebilligt haben. Die Frage der Steuer und der Ablieferungspflicht ist in der Gesetzgebung bei uns längst, schon Ende 1918, aufgeworfen worden. Das Gesetz über die Steuer datiert vom 30. Oktober 1918. Es ist angenommen worden – dieses Gesetz, das für die Landwirte die Naturalsteuer einführt –, aber in Kraft getreten ist es

nicht. Nach seiner Verkündung wurden im Laufe mehrerer Monate einige Ausführungsbestimmungen erlassen, aber es wurde bei uns nicht angewendet. Anderseits bedeutete die Beschlagnahme der Überschüsse bei den Bauern eine Maßnahme, die uns durch die Kriegsumstände mit absoluter Notwendigkeit aufgezwungen worden war, die aber halbwegs friedlichen Existenzbedingungen der bäuerlichen Wirtschaft nicht entspricht. Der Bauer muß die Gewißheit haben, daß er soundso viel abzuliefern hat, aber soundso viel für seinen eigenen Umsatz auf dem lokalen Markt verwenden kann.

Unsere ganze Wirtschaft, sowohl in ihrer Gesamtheit als auch in ihren einzelnen Teilen, war ganz und gar auf die Verhältnisse der Kriegszeit eingestellt. Diesen Verhältnissen Rechnung tragend, mußten wir uns die Aufgabe stellen, eine bestimmte Menge von Lebensmitteln zu beschaffen, ohne die geringste Rücksicht darauf zu nehmen, welchen Platz das im gesellschaftlichen Umsatz einnehmen würde. Heute, wo wir von den Fragen des Krieges zu den Fragen des Friedens übergehen, beginnen wir die Naturalsteuer anders zu betrachten: Wir betrachten sie nicht nur vom Standpunkt der Sicherstellung des Staates, sondern auch vom Standpunkt der Sicherstellung der landwirtschaftlichen Kleinbetriebe. Wir müssen jene ökonomischen Formen der Empörung des kleinbäuerlichen Elements gegen das Proletariat begreifen, die zutage getreten sind und sich bei der gegenwärtigen Krise verschärfen. Wir müssen danach trachten, in dieser Beziehung das Maximum des Möglichen zu tun. Das ist für uns das allerwichtigste. Es gilt, dem Bauer die Möglichkeit einer gewissen Freiheit im Umsatz auf dem lokalen Markt zu geben, die Ablieferungspflicht durch eine Steuer abzulösen, damit der kleine Landwirt seine Produktion besser berechnen und entsprechend der Steuer den Umfang seiner Produktion bestimmen kann. Selbstverständlich wissen wir, daß das in der Lage, in der wir uns befinden, eine sehr schwer realisierbare Sache ist. Die Anbaufläche, die Ertragfähigkeit, die Produktionsmittel, alles das ist zurückgegangen, die Überschüsse sind zweifellos geringer geworden, und in sehr vielen Fällen gibt es überhaupt keine mehr. Mit diesen Verhältnissen muß man als mit einer Tatsache rechnen. Der Bauer muß ein wenig Hunger leiden, um dadurch die Fabriken und die Städte vor dem Verhungern zu bewahren. Im gesamtstaatlichen Maßstab ist das eine durchaus verständliche Sache; daß sie aber der zersplittert lebende, verarmte Landwirt be-

greift – darauf rechnen wir nicht. Und wir wissen, daß man hier ohne Zwang nicht auskommen wird – ohne Zwang, auf den die verelendete Bauernschaft sehr heftig reagiert. Man soll auch nicht glauben, daß uns diese Maßnahme vor der Krise retten wird. Aber zugleich stellen wir uns ein Maximum von Zugeständnissen zur Aufgabe, um für den Kleinproduzenten die besten Bedingungen zur Anwendung seiner Kräfte zu schaffen. Bis jetzt paßten wir uns den Aufgaben des Krieges an. Jetzt müssen wir uns den Verhältnissen der Friedenszeit anpassen. Vor diese Aufgabe sah sich das ZK gestellt; es ist die Aufgabe des Übergangs zur Naturalsteuer bei Bestehen der proletarischen Staatsmacht, und sie hängt eng mit den Konzessionen zusammen. Zu dieser Aufgabe werden Sie speziell Stellung nehmen, sie erfordert besondere Aufmerksamkeit. Die proletarische Staatsmacht kann sich durch Konzessionen eine Vereinbarung mit den kapitalistischen Staaten der fortgeschrittenen Länder sichern, und von dieser Vereinbarung hängt die Verstärkung unserer Industrie ab, ohne die wir auf dem Weg zur kommunistischen Gesellschaftsordnung nicht weiterkommen können; anderseits müssen wir es in dieser Übergangsperiode, in einem Lande mit überwiegender Bauernschaft, verstehen, zu Maßnahmen der wirtschaftlichen Sicherstellung der Bauernschaft, zu einem Maximum von Maßnahmen zur Erleichterung ihrer wirtschaftlichen Lage überzugehen. Solange wir die Bauernschaft nicht umgemodelt haben, solange die große Maschine sie nicht umgemodelt hat, muß ihr die Möglichkeit gesichert werden, frei zu wirtschaften. Die Lage, in der wir augenblicklich leben, ist zwitterhaft, unsere Revolution existiert, umgeben von kapitalistischen Ländern. Solange wir uns in einer solchen Zwitterlage befinden, sind wir genötigt, außerordentlich komplizierte Formen der gegenseitigen Beziehungen zu suchen. Wir konnten unter dem Druck des Krieges unsere Aufmerksamkeit nicht darauf konzentrieren, wie die gegenseitigen wirtschaftlichen Beziehungen zwischen der proletarischen Staatsmacht, die in ihren Händen die unerhört zerrüttete Großproduktion hält, und den kleinen Landwirten gestaltet werden sollen, wie man die Formen des Zusammenlebens mit den kleinen Landwirten finden soll, die, solange sie kleine Landwirte bleiben, ohne die Sicherstellung des Kleinbetriebs durch ein bestimmtes System des Umsatzes nicht leben können. Ich halte diese Frage gegenwärtig für die wichtigste wirtschaftliche und politische Frage der Sowjetmacht. Ich bin der Ansicht, daß sich jetzt, wo wir am Ende der

Kriegsperiode angelangt sind und im Berichtsjahr den Übergang zur Friedenslage zu verwirklichen begonnen haben, in dieser Frage die politischen Ergebnisse unserer Arbeit zusammenfassen lassen.

Dieser Übergang ist mit solchen Schwierigkeiten verbunden und hat dieses kleinbürgerliche Element so klar zum Vorschein gebracht, daß man es nüchtern betrachten muß. Wir betrachten diese Reihe von Erscheinungen vom Standpunkt des Klassenkampfes, und wir haben uns niemals darüber getäuscht, daß die Beziehungen des Proletariats zum Kleinbürgertum eine schwierige Frage sind, die für den Sieg der proletarischen Macht komplizierte Maßnahmen oder, richtiger gesagt, ein ganzes System komplizierter Übergangsmaßnahmen erfordert. Daraus, daß wir Ende 1918 ein Dekret über die Naturalsteuer erlassen haben, ist ersichtlich, daß die Kommunisten sich dieser Frage bewußt waren; wir konnten aber das Dekret infolge der Kriegsumstände nicht verwirklichen. Wir mußten im Zustand des Bürgerkriegs zu Maßnahmen der Kriegszeit übergehen. Es wäre jedoch der größte Fehler, wollten wir hieraus die Schlußfolgerung ziehen, daß nur solche Maßnahmen und Beziehungen möglich seien. Das würde bestimmt den Zusammenbruch der Sowjetmacht und der Diktatur des Proletariats bedeuten. Wenn der Übergang zum Frieden unter den Verhältnissen einer Wirtschaftskrise erfolgt, muß man daran denken, daß der Aufbau des proletarischen Staates in einem Lande mit Großproduktion leichter zu verwirklichen ist als in einem Lande, in dem die Kleinproduktion überwiegt. Diese Aufgabe erfordert eine ganze Reihe von Methoden, und wir verschließen keineswegs die Augen vor diesen Schwierigkeiten und vergessen nicht, daß Proletariat und Kleinproduktion zwei verschiedene Dinge sind. Wir vergessen nicht, daß es verschiedene Klassen gibt, daß die kleinbürgerliche anarchistische Konterrevolution die politische Vorstufe des Weißgardistentums ist. Wir müssen das mit klarem, nüchternem Blick sehen und uns bewußt sein, daß hier einerseits maximale Geschlossenheit, Standhaftigkeit und Disziplin innerhalb der proletarischen Partei und anderseits eine ganze Reihe wirtschaftlicher Maßnahmen notwendig sind, die wir einstweilen infolge der Kriegsverhältnisse nicht durchführen konnten. Wir müssen anerkennen, daß es notwendig ist, Konzessionen zu erteilen und für den Bedarf der Landwirtschaft Maschinen und Geräte zu kaufen, damit durch deren Austausch gegen Getreide zwischen dem Proletariat und der Bauernschaft solche Be-

ziehungen hergestellt werden, die unter den Verhältnissen der Friedenszeit die Existenz der Bauernschaft sicherstellen. Ich hoffe, daß wir darauf noch zurückkommen werden, und ich wiederhole, daß wir es hier meines Erachtens mit einer wichtigen Frage zu tun haben, und das abgelaufene Jahr, das als Übergang vom Krieg zum Frieden gekennzeichnet werden muß, stellt uns vor überaus schwierige Aufgaben.

Zum Schluß will ich nur noch ein paar Worte sagen zum Kampf gegen den Bürokratismus, eine Frage, die uns so viel Zeit geraubt hat. Schon im Sommer vorigen Jahres wurde diese Frage im ZK behandelt, im August wurde sie vom ZK in einem Schreiben an alle Organisationen aufgeworfen, im September stand sie auf der Parteikonferenz, und schließlich wurde diese Frage auf dem Sowjetkongreß im Dezember in breiterem Umfang aufgerollt. Zweifellos ist das bürokratische Geschwür vorhanden; es ist erkannt, und man muß dagegen einen wirklichen Kampf führen. Natürlich, in der Diskussion, deren Zeugen wir waren, wurde diese Frage in manchen Plattformen zumindest leichtfertig gestellt, und fast durch die Bank wurde sie vom kleinbürgerlichen Standpunkt aus betrachtet. Ohne Zweifel zeigte sich in der letzten Zeit unter den parteilosen Arbeitern Erregung und Unzufriedenheit. Als in Moskau Versammlungen von Parteilosen stattfanden, war es klar, daß sie aus der Demokratie, aus der Freiheit eine Losung machen, die zum Sturz der Sowjetmacht führt. Viele oder wenigstens einige Vertreter der „Arbeiteropposition" kämpften gegen dieses Übel, gegen diese kleinbürgerliche konterrevolutionäre Einstellung und sagten: „Wir werden uns dagegen zusammenschließen." Und tatsächlich, sie haben es verstanden, maximale Geschlossenheit an den Tag zu legen. Ob alle Anhänger der Gruppe der „Arbeiteropposition" und der anderen Gruppen mit einer halbsyndikalistischen Plattform so sind, weiß ich nicht. Es ist notwendig, daß wir das auf diesem Parteitag genauer erfahren, es ist notwendig, daß wir begreifen, daß der Kampf gegen den Bürokratismus ein absolut notwendiger Kampf ist und daß er ebenso kompliziert ist wie die Aufgabe des Kampfes gegen das kleinbürgerliche Element. Der Bürokratismus ist in unserer Staatsordnung so sehr zum wunden Punkt geworden, daß in unserem Parteiprogramm von ihm die Rede ist, und zwar deshalb, weil er mit diesem kleinbürgerlichen Element und seiner Zersplitterung zusammenhängt. Zu überwinden sind diese Krankheiten nur durch den Zusammenschluß der Werktätigen, damit sie

es verstehen, nicht nur die Dekrete der Arbeiter- und Bauerninspektion zu begrüßen – haben wir etwa wenig Dekrete, die begrüßt werden? –, sondern damit sie es auch verstehen, durch die Arbeiter- und Bauerninspektion ihr Recht zu verwirklichen, was augenblicklich nicht nur auf dem Lande, sondern auch in den Städten und sogar in den Hauptstädten nicht der Fall ist! Häufig versteht man es selbst dort nicht, sein Recht durchzusetzen, wo am meisten gegen den Bürokratismus gewettert wird. Auf diesen Umstand muß die Aufmerksamkeit immer und immer wieder gerichtet werden.

Hier beobachten wir häufig, daß manche, die gegen dieses Übel ankämpfen, der proletarischen Partei, der proletarischen Diktatur, der proletarischen Bewegung vielleicht sogar aufrichtig helfen wollen, während sie in Wirklichkeit dem kleinbürgerlichen anarchistischen Element helfen, das sich im Laufe der Revolution mehr denn einmal als der gefährlichste Feind der proletarischen Diktatur erwiesen hat. Jetzt – und das ist die grundlegende Schlußfolgerung und Lehre dieses Jahres – hat sich dieses Element noch einmal als der gefährlichste Feind gezeigt, der in einem Lande wie dem unseren am meisten Anhänger und Unterstützung finden kann, der die Stimmung breiter Massen ändern und sogar auf einen Teil der parteilosen Arbeiter übergreifen kann. Dann wird die Lage des proletarischen Staates sehr schwierig. Wenn wir das nicht begreifen, wenn wir diese Lehre nicht ziehen und diesen Parteitag nicht zu einem Wendepunkt sowohl in der ökonomischen Politik als auch im Sinne des maximalen Zusammenschlusses des Proletariats machen, dann wird man auf uns die traurigen Worte anwenden müssen, daß wir nichts vergessen haben von dem, was manchmal hohl und kleinlich war und was vergessen werden müßte, und nichts gelernt haben von dem, was ernsthaft ist und was wir in diesem Jahr der Revolution hätten lernen müssen. Ich hoffe, daß das nicht der Fall sein wird! (Stürmischer Beifall.)

3

SCHLUSSWORT ZUM BERICHT DES ZK DER KPR(B) 9. MÄRZ

(Anhaltender Beifall.) Genossen! Es war natürlich zu erwarten, daß sowohl die Kritik als auch die Bemerkungen, sowohl die Ergänzungs- als auch die Änderungsvorschläge usw. zum Bericht über die politische Tätigkeit des ZK am meisten auf die politische Arbeit, die politischen Fehler gerichtet sein und daß politische Hinweise gegeben würden.

Wenn man aber die Diskussion, die sich hier entrollt hat, aufmerksam prüft, wenn man noch einmal die Hauptpunkte durchliest, die in dieser Debatte aufgeworfen wurden, so kann man leider nicht umhin, sich zu fragen: Hat der Parteitag nicht deshalb diese Debatte so rasch geschlossen, weil so erstaunlich inhaltslos gesprochen wurde und fast nur Vertreter der „Arbeiteropposition" sprachen? In der Tat, was haben wir über die politische Arbeit des ZK und die gegenwärtigen politischen Aufgaben gehört? Die Mehrheit der Redner bezeichnete sich als „Arbeiteropposition" – eine Bezeichnung, die man nicht leichtnehmen darf! . . . Und man darf es auch nicht leichtnehmen, wenn in einem solchen Augenblick, in einer solchen Partei eine Opposition gebildet wird!

Genossin Kollontai hat beispielsweise direkt erklärt: „In Lenins Referat ist Kronstadt übergangen worden." Als ich das hörte, konnte ich nur die Hände über dem Kopf zusammenschlagen. Alle auf dem Parteitag Anwesenden wissen sehr wohl – natürlich kann man in den Zeitungsberichten nicht so offen sprechen wie hier –, daß ich in meinem Referat hier alles auf die Lehren von Kronstadt bezogen habe, alles von Anfang bis Ende. Ich hätte vielleicht eher den Vorwurf verdient, daß der größere Teil des Referats von den Lehren für die Zukunft handelte, die sich aus den Kronstädter Ereignissen ergeben, und der kleinere Teil von den Fehlern

der Vergangenheit, von den politischen Tatsachen und Knotenpunkten unserer Arbeit, die meines Erachtens unsere politischen Aufgaben bestimmen und uns helfen, solche Fehler, wie wir sie begangen haben, zu vermeiden.

Was haben wir hier über die Lehren von Kronstadt gehört?

Wenn Leute im Namen einer Opposition auftreten, diese Opposition als „Arbeiteropposition" bezeichnen und erklären, das ZK habe die Politik der Partei nicht richtig geleitet, dann muß diesen Leuten gesagt werden: Man soll diese Unrichtigkeiten in den Grundfragen aufzeigen, man soll zeigen, wie sie zu korrigieren sind. Leider haben wir absolut nichts, keine Silbe, kein Sterbenswörtchen über die gegenwärtige Lage und ihre Lehren gehört. Hier wurde die Schlußfolgerung, die ich gezogen habe, nicht einmal gestreift. Es mag wohl sein, daß diese Schlußfolgerung unrichtig ist, aber dazu wird ja auf dem Parteitag Bericht erstattet, damit diese Unrichtigkeiten korrigiert werden. Die Partei zusammenschweißen, keine Opposition in der Partei zulassen – das ist die politische Schlußfolgerung aus der gegenwärtigen Lage; die wirtschaftliche Schlußfolgerung aber lautet: sich nicht mit dem zufriedengeben, was in der Politik der Verständigung der Arbeiterklasse mit der Bauernschaft getan worden ist, neue Wege suchen, dieses Neue anwenden, erproben. Ich habe konkret aufgezeigt, was not tut. Vielleicht ist das nicht richtig, aber niemand hat auch nur ein einziges Wort darüber gesagt. Einer der Redner, ich glaube Rjasanow, hat mir lediglich den Vorwurf gemacht, daß die Steuer in meiner Rede urplötzlich aufgetaucht sei, ohne durch eine Diskussion vorbereitet worden zu sein. Das stimmt nicht. Ich wundere mich nur, wie verantwortliche Genossen auf dem Parteitag solche Äußerungen machen können. Die Diskussion über die Steuer ist vor einigen Wochen in der „Prawda" eröffnet worden. Wenn Genossen, die es lieben, Opposition zu spielen und uns Vorwürfe zu machen, daß wir nicht die Möglichkeit zu einer breiten Diskussion geben, an dieser Diskussion nicht teilnehmen wollten, so ist das ihre Schuld. Wir sind mit der Redaktion der „Prawda" nicht nur dadurch verbunden, daß Gen. Bucharin Mitglied des Zentralkomitees ist, sondern auch dadurch, daß die wichtigsten Themen und die wichtigsten Linien der Politik stets vom ZK beraten werden. Anders ist eine politische Arbeit nicht möglich. Die Frage der Steuer wurde vom ZK zur Diskussion gestellt. In der „Prawda" erschienen Artikel. Niemand

antwortete darauf. Damit haben diejenigen, die nicht antworteten, gezeigt, daß sie an dieser Frage nicht arbeiten wollten. Als aber bereits nach dem Erscheinen dieser Artikel in einer Sitzung des Moskauer Sowjets ein Teilnehmer dieser Sitzung auftrat – ich erinnere mich nicht mehr, ob es ein Parteiloser oder ein Menschewik war – und über die Steuer zu sprechen anfing, da sagte ich: Sie wissen nicht, was in der „Prawda" steht. Es war natürlicher, diesen Vorwurf einem Parteilosen zu machen als einem Parteimitglied. Die Diskussion in der „Prawda" wurde nicht zufällig eröffnet, auch auf dem Parteitag werden wir uns mit dieser Frage zu beschäftigen haben. Die Redner haben in ihrer Kritik absolute Unsachlichkeit an den Tag gelegt. Die Frage war zur Diskussion gestellt, und man hätte daran teilnehmen sollen, sonst wird diese ganze Kritik gegenstandslos. Genau dasselbe ist in der politischen Frage der Fall. Wie gesagt, meine ganze Aufmerksamkeit war darauf gerichtet, die richtige Schlußfolgerung aus den letzten Ereignissen zu ziehen.

Wir durchleben eine Zeit, in der eine ernste Gefahr vor uns heraufzieht: die kleinbürgerliche Konterrevolution ist, wie ich schon gesagt habe, gefährlicher als Denikin. Das haben die Genossen nicht bestritten. Diese Konterrevolution ist um so eigenartiger, als sie eine kleinbürgerliche, anarchistische ist. Ich behaupte, daß zwischen den Ideen und Losungen dieser kleinbürgerlichen, anarchistischen Konterrevolution und den Losungen der „Arbeiteropposition" ein Zusammenhang besteht. Von den Rednern hat – obwohl zumeist Vertreter der „Arbeiteropposition" gesprochen haben – gerade darauf keiner geantwortet. Indessen wird das durch die von Genossin Kollontai zum Parteitag herausgegebene Broschüre der „Arbeiteropposition" so anschaulich wie nur möglich bestätigt. Und ich werde mich wohl vor allem mit dieser Broschüre befassen müssen, um Ihnen klarzumachen, warum die Konterrevolution, von der ich sprach, eine anarchistische, kleinbürgerliche Form annimmt, warum sie so ausgedehnt und gefährlich ist und warum die Vertreter der „Arbeiteropposition", die hier auftreten, diese Gefahr überhaupt nicht verstehen.

Aber bevor ich den Vertretern der „Arbeiteropposition" antworte, die hier gesprochen haben, möchte ich, um es nicht zu vergessen, einige Worte zu einem anderen Thema sagen, über Ossinski. Da nahm nun ein Genosse, der nicht wenig geschrieben hat und mit einer eigenen Plattform aufgetreten ist, das Wort zu einer Kritik am Bericht des ZK. Man hätte

erwarten sollen, daß er auf dem Parteitag Kritik an den wichtigsten Maßnahmen üben würde, was wir dringend brauchen. Statt einer solchen Kritik erklärte er, man hätte Sapronow „hinausgeworfen" und daraus gehe klar hervor, daß die Worte von der Notwendigkeit der Geschlossenheit den Tatsachen zuwiderlaufen, und er betonte, daß zwei Vertreter der „Arbeiteropposition" ins Präsidium gewählt worden sind. Ich bin erstaunt, wie ein höchst angesehener Parteischriftsteller und Parteifunktionär, der einen verantwortlichen Posten bekleidet, mit solchen Lappalien, die von zehntrangiger Bedeutung sind, aufwarten kann! Eine spezifische Besonderheit Ossinskis ist, daß er in allem Politikasterei sieht. Diese Politikasterei sieht er auch darin, daß der „Arbeiteropposition" zwei Sitze im Präsidium eingeräumt worden sind.

Ich habe in einer Parteiversammlung in Moskau – leider muß ich das jetzt auch auf dem Parteitag wiederholen – den Beginn der Entstehung der „Arbeiteropposition" festgestellt, die sich im Oktober und November dadurch hervortat, daß sie sich bis zum System zweier Sitzungssäle, bis zur Bildung einer Fraktion verstieg.

Wir, insbesondere ich – in dieser Beziehung gab es keine Meinungsverschiedenheiten im ZK –, sprachen wiederholt davon, daß unsere Aufgabe darin besteht, in der „Arbeiteropposition" das Gesunde vom Ungesunden zu scheiden, gerade weil sie eine gewisse Verbreitung gefunden und in Moskau der Arbeit geschadet hat. Im November, als die Konferenz mit den zwei Sitzungssälen stattfand, als hier die einen saßen, während in einem anderen Raum desselben Stockwerks die anderen tagten, als auch ich daran glauben und als Bote aus dem einen Saal in den anderen gehen mußte – das war eine Schädigung der Arbeit, der Beginn von Fraktionsmacherei und Spaltung.

Schon im September, während der Parteikonferenz, sahen wir unsere Aufgabe darin, das Gesunde vom Ungesunden zu scheiden, denn man kann diese Gruppe nicht als eine gesunde Gruppe betrachten. Wenn man uns mangelnde Durchführung des Demokratismus vorwirft, so sagen wir: Das ist absolut richtig. Ja, er wird bei uns mangelhaft durchgeführt. In dieser Hinsicht sind Hilfe und Hinweise nötig, wie er durchzuführen ist. Es bedarf einer wirklichen Durchführung und keiner Redensarten. Wir akzeptieren auch diejenigen, die sich als „Arbeiteropposition" bezeichnen, ja solche mit einer schlimmeren Bezeichnung, obwohl ich glaube, daß es

keine schlimmere und unanständigere Bezeichnung für Mitglieder der Kommunistischen Partei gibt als diese. Selbst wenn sie sich aber eine viel schlimmere Bezeichnung zulegten, würden wir uns sagen: Da das nun einmal eine Krankheit ist, die einen Teil der Arbeiter ergriffen hat, muß man dieser Krankheit die ernsteste Aufmerksamkeit zuwenden. Und das, was uns Gen. Ossinski aus irgendeinem Grunde als Schuld anrechnet, muß uns als Verdienst angerechnet werden.

Nun komme ich zur „Arbeiteropposition". Sie haben zugegeben, daß Sie in der Opposition geblieben sind. Sie sind zum Parteitag mit der Broschüre der Genossin Kollontai gekommen, mit einer Broschüre, auf deren Titelblatt steht: „Die Arbeiteropposition". Sie haben die letzten Korrekturbogen in Druck gegeben, als Ihnen die Ereignisse von Kronstadt und die Erhebung der kleinbürgerlichen Konterrevolution bekannt waren. Und in diesem Augenblick kommen Sie mit der Bezeichnung „Arbeiteropposition"! Sie begreifen nicht, welche Verantwortung Sie auf sich laden und wie Sie die Einheit verletzen! Um wessentwillen? Wir werden Sie verhören, werden Sie hier einem Examen unterziehen.

Gen. Ossinski gebrauchte diesen Ausdruck polemisch, er sah irgendeine Schuld oder irgendeinen Fehler bei uns; genauso wie Rjasanow erblickte er in unserer Politik gegenüber der „Arbeiteropposition" Politikasterei. Es gibt hier keine Politikasterei, es ist die Politik, die das ZK treibt und treiben wird. Wenn es ungesunde Gruppen, ungesunde Strömungen gibt – laßt uns ihnen dreifache Aufmerksamkeit zuwenden.

Gibt es in dieser Opposition auch nur etwas Gesundes, so muß man alle Kräfte einsetzen, um das Gesunde vom Ungesunden zu scheiden. Wir können nicht mit vollem Erfolg gegen den Bürokratismus kämpfen und einen konsequenten Demokratismus durchführen, weil wir schwach sind, weil es an Kräften fehlt; diejenigen, die uns dabei helfen werden, muß man heranziehen; wer uns aber unter dem Schein der Hilfe derartige Broschüren auftischt, den muß man entlarven und aussieben!

Und diese Siebung wird jetzt auf dem Parteitag erleichtert. Hier hat man Leute ins Präsidium gewählt, die eine kranke Gruppe vertreten, und jetzt werden sie es schon nicht mehr wagen zu klagen, zu greinen, diese „Ärmsten", „Zurückgesetzten", „Geächteten" ... Kommt gefälligst zur Rednertribüne, steht Rede und Antwort! Ihr habt mehr geredet als irgend jemand sonst ... Prüfen wir nun: Womit werdet ihr uns aufwarten in

einem Augenblick, da eine Gefahr heraufzieht, die, wie ihr selber anerkennt, größer ist als die Gefahr, die von Denikin drohte? Womit werdet ihr uns aufwarten? Welche Kritik werdet ihr üben? Dieses Examen muß jetzt abgehalten werden, und ich glaube, es wird das endgültige Examen sein. Das Maß ist voll, man darf nicht ein solches Spiel mit der Partei treiben! Wer mit einer solchen Broschüre zum Parteitag kommt, treibt sein Spiel mit der Partei. Ein solches Spiel darf man nicht in einer Situation treiben, wo Hunderttausende demoralisierter Krieger die Wirtschaft ruinieren, zugrunde richten. So darf man sich nicht zur Partei verhalten, so darf man nicht handeln. Das muß man begreifen, damit muß Schluß gemacht werden!

Nach diesen Vorbemerkungen über die Präsidiumswahl und den Charakter der „Arbeiteropposition" möchte ich Ihre Aufmerksamkeit auf die Broschüre der Genossin Kollontai lenken. Diese Broschüre verdient wirklich Ihre Aufmerksamkeit: sie zieht das Fazit der im Laufe einiger Monate von dieser Opposition geleisteten Arbeit bzw. der von ihr bewirkten Zersetzung. Hier hat bereits, scheint mir, ein Genosse aus Samara davon gesprochen, daß ich der „Arbeiteropposition" „administrativ" das Etikett des Syndikalismus aufgeklebt hätte. Die Erwähnung des Administrierens ist hier zweifellos nicht am Platz, man muß sich auch hier erst ansehen, welche Frage einer administrativen Entscheidung bedarf. Gen. Milonow wollte mit einem möglichst gruseligen Wörtchen Eindruck schinden, aber es ging schief: ich klebe angeblich „administrativ" ein Etikett auf. Ich habe wiederholt davon gesprochen, daß Gen. Schljapnikow und andere mir in Versammlungen den Vorwurf machten, ich würde die Leute mit dem Wort „Syndikalismus" „terrorisieren". Und in irgendeiner Diskussion, wenn ich nicht irre, auf dem Bergarbeiterverbandstag, habe ich, als das erwähnt wurde, Gen. Schljapnikow geantwortet: „Welchen erwachsenen Menschen wollen Sie denn hinters Licht führen?" Gen. Schljapnikow und ich kennen uns ja seit vielen, vielen Jahren, noch aus der Arbeit in der Illegalität und in der Emigration, wie kann er da erklären, ich hätte durch die Charakterisierung einzelner Abweichungen jemanden terrorisiert! Und was hat es mit Administrieren zu tun, wenn ich von den Thesen der „Arbeiteropposition" sage, daß sie falsch sind, daß das Syndikalismus ist?! Und weshalb schreibt Genossin Kollontai, daß ich leichtfertig mit dem Wort „Syndikalismus" um mich werfe? Um so zu reden, muß man

es auch ein klein wenig beweisen. Ich bin bereit, auf Kredit anzunehmen, daß meine Beweisführung falsch, die Behauptung der Genossin Kollontai aber solider sei; ich bin bereit, das zu glauben. Aber es bedarf wenigstens eines kleinen Beweises – nicht durch Worte wie Terrorisieren oder Administrieren (womit ich mich leider von Amts wegen viel abgeben muß), sondern durch eine präzise Antwort zur Widerlegung der von mir gegen die „Arbeiteropposition" erhobenen Beschuldigung der syndikalistischen Abweichung.

Diese Beschuldigung wurde von mir vor der gesamten Partei erhoben, im Bewußtsein der vollen Verantwortung, und das steht gedruckt in einer Broschüre, die in 250000 Exemplaren erschienen ist und die alle gelesen haben.[43] Offenbar haben sich alle Genossen auf diesen Parteitag vorbereitet, und alle müssen wissen, daß eine syndikalistische Abweichung auch eine anarchistische Abweichung ist und daß die „Arbeiteropposition", die sich hinter dem Rücken des Proletariats versteckt, das kleinbürgerliche, anarchistische Element verkörpert.

Daß dieses Element in die breiten Massen eindringt, ist offensichtlich, und der Parteitag hat es klargemacht. Daß man diesem Element praktisch Geltung verschafft, ist durch die Broschüren der Genossin Kollontai und durch die Thesen des Gen. Schljapnikow bewiesen. Und hier kann man sich nicht allein damit aus der Affäre ziehen, daß man, wie Gen. Schljapnikow das stets tut, von seinem wahrhaft proletarischen Charakter redet.

Genossin Kollontai beginnt ihre Broschüre folgendermaßen: „Zur Opposition", lesen wir auf der ersten Seite, „gehört der fortgeschrittenste Teil der klassenmäßig organisierten Proletarier, der Kommunisten." Auf dem Verbandstag der Bergarbeiter hat ein Delegierter aus Sibirien bereits festgestellt, daß bei ihnen genau dieselben Fragen wie in Moskau aufgetaucht sind, und darauf weist Genossin Kollontai in ihrer Broschüre hin:

„Wir hatten keine Ahnung davon, daß in Moskau Meinungsverschiedenheiten bestehen und daß eine Diskussion über die Rolle der Gewerkschaften vor sich geht", sagte der Delegierte aus Sibirien auf dem Verbandstag der Bergarbeiter, „aber uns bewegten bereits die gleichen Fragen, vor denen Sie stehen."

Und weiter:

„Hinter der Arbeiteropposition stehen die proletarischen Massen oder genauer: die Arbeiteropposition ist der klassenmäßig zusammengeschweißte, klassenbewußte und klassenmäßig konsequente Teil unseres Industrieproletariats."

Also, Gott sei Dank, nun wissen wir es, daß Genossin Kollontai und Gen. Schljapnikow „klassenmäßig zusammengeschweißt" und „klassenbewußt" sind. Aber, Genossen, wenn man so redet und so schreibt, so muß man auch etwas Maß zu halten wissen! Auf S. 25 dieser Broschüre schreibt Genossin Kollontai, und das ist einer der wichtigsten Punkte der Thesen der „Arbeiteropposition":

„Die Leitung der Volkswirtschaft zu organisieren, obliegt dem Gesamtrussischen Kongreß der Produzenten, die in Gewerkschafts- und Produktionsverbänden zusammenzuschließen sind. Diese wählen das zentrale Organ, das die gesamte Volkswirtschaft leitet."

Das ist eben die These der „Arbeiteropposition", die ich in allen Fällen in der Diskussion und in der Presse angeführt habe. Und ich muß sagen, daß ich nach der Lektüre dieser These die anderen schon nicht mehr gelesen habe, denn das hieße Zeit vergeuden, weil es nach dieser These klar ist, daß sich die Leute bereits verrannt haben, daß das ein kleinbürgerliches, anarchistisches Element ist und daß jetzt, im Lichte der Kronstädter Ereignisse, diese These um so seltsamer klingt.

Ich habe im Sommer auf dem II. Kongreß der Komintern auf die Bedeutung der Resolution über die Rolle der kommunistischen Partei hingewiesen. Diese Resolution ist eine Resolution, die die kommunistischen Arbeiter, die kommunistischen Parteien der ganzen Welt vereinigt. Diese Resolution erklärt alles. Bedeutet das etwa, daß wir die Partei von der gesamten Arbeiterklasse, die in bestimmter Weise die Diktatur verwirklicht, absondern? So denken manche „Linke" und sehr viele Syndikalisten, und diese Ansicht ist jetzt überall verbreitet. Diese Ansicht ist eben ein Produkt kleinbürgerlicher Ideologie. Die Thesen der „Arbeiteropposition" schlagen ja dem Beschluß des II. Kongresses der Komintern über die Rolle der kommunistischen Partei bei der Verwirklichung der Diktatur des Proletariats ins Gesicht. Das ist eben Syndikalismus, weil es – denken Sie einmal darüber nach – klar ist, daß ein sehr großer Teil unseres Proletariats deklassiert ist, daß die unerhörten Krisen, die Stillegung der Fabriken dazu geführt haben, daß die Leute vor dem Hunger flohen, daß die

Arbeiter einfach die Fabriken verließen, im Dorf unterkommen mußten und aufhörten, Arbeiter zu sein. Wissen wir das etwa nicht und beobachten wir nicht, wie die unerhörten Krisen, der Bürgerkrieg, das Aufhören der richtigen Beziehungen zwischen Stadt und Land, das Versiegen der Getreidezufuhr zur Folge haben, daß irgendwelche kleinen Erzeugnisse, die in den Großbetrieben hergestellt werden, irgendwelche Feuerzeuge gegen Brot eingetauscht werden, da die Arbeiter hungern und kein Getreide herangeschafft wird? Nun, haben wir das etwa nicht in der Ukraine gesehen, nicht in Rußland gesehen? Das alles ist es denn auch, was wirtschaftlich zur Deklassierung des Proletariats führt, was unvermeidlich auch hier bürgerlich-anarchistische Tendenzen erzeugt und in Erscheinung treten läßt.

Nachdem wir alle diese Drangsale durchgemacht haben, nachdem wir all dies in der Praxis gesehen haben, wissen wir, wie verteufelt schwer es ist, dagegen anzukämpfen. Nach zweieinhalb Jahren Sowjetmacht sind wir vor der ganzen Welt aufgetreten und haben in der Kommunistischen Internationale erklärt, daß die Diktatur des Proletariats nicht anders als durch die kommunistische Partei möglich ist. Und wir wurden damals wütend beschimpft von den Anarchisten und Syndikalisten, die erklärten: „So also denken sie, zur Verwirklichung der proletarischen Diktatur braucht man die kommunistische Partei." Aber wir haben das vor der gesamten Kommunistischen Internationale erklärt. Und danach kommen zu uns „klassenbewußte und klassenmäßig zusammengeschweißte" Leute, die erklären, „die Leitung der Volkswirtschaft zu organisieren, obliegt dem Gesamtrussischen Kongreß der Produzenten" (Broschüre der Genossin Kollontai). Ein „Gesamtrussischer Kongreß der Produzenten" – was ist das? Werden wir mit derartigen Oppositionen in der Partei noch Zeit verlieren? Mir scheint, es ist genug darüber diskutiert worden! Alle diese Betrachtungen über Freiheit des Wortes und Freiheit der Kritik, von denen es in dieser Broschüre nur so wimmelt und die in allen Reden der „Arbeiteropposition" durchklingen, bilden neun Zehntel des Sinnes der Reden, die keinen besonderen Sinn haben – alles das sind Worte von gleichem Kaliber. Man soll doch, Genossen, nicht nur über Worte reden, sondern auch über ihren Inhalt. Mit Worten wie „Freiheit der Kritik" wird man uns nicht hinters Licht führen. Als man uns sagte, daß in der Partei Anzeichen einer Krankheit vorhanden sind, da erklärten wir, daß

dieser Hinweis dreifache Aufmerksamkeit verdient: kein Zweifel, diese Krankheit gibt es. Helfen Sie, diese Krankheit zu kurieren. Sagen Sie doch, wie Sie sie kurieren können. Wir haben durch die Diskussion ziemlich viel Zeit verloren, und ich muß sagen, daß es jetzt viel besser ist, „mit Gewehren zu diskutieren" als mit Thesen, wie sie von der Opposition aufgetischt werden. Wir brauchen jetzt keine Opposition, Genossen, es ist nicht die Zeit danach! Entweder hier oder dort mit dem Gewehr, aber nicht mit einer Opposition. Das ergibt sich aus der objektiven Lage, ob es Ihnen paßt oder nicht. Wir brauchen jetzt keine Opposition, Genossen! Und ich denke, der Parteitag wird diese Schlußfolgerung ziehen müssen, er wird die Schlußfolgerung ziehen müssen, daß es jetzt mit der Opposition zu Ende sein, ein für allemal aus sein muß, daß wir jetzt der Oppositionen müde sind! (Beifall.)

Das Recht, frei zu kritisieren, hatte diese Gruppe schon seit langem. Und wir fragen jetzt, auf dem Parteitag: Welches sind die Ergebnisse, welches ist der Inhalt Ihrer Kritik, was hat Ihre Kritik die Partei gelehrt? Diejenigen unter Ihnen, die den Massen, den wirklich klassenmäßig zusammengeschweißten und klassenmäßig reifen Massen näherstehen, sind wir bereit, zur Arbeit heranzuziehen. Wenn Gen. Ossinski darin Politikasterei erblicken sollte, so wird er allein dastehen, die übrigen aber werden darin eine zweckmäßige Hilfe für die Parteimitglieder sehen. Wir müssen denjenigen wirklich helfen, die wirklich unter der Arbeitermasse leben, sie näher kennen, Erfahrung haben und dem ZK ihre Hinweise geben können. Mögen sie sich nennen, wie sie wollen – das ist einerlei –, wenn sie nur bei der Arbeit helfen, wenn sie nicht Opposition spielen und nicht um jeden Preis Gruppen und Fraktionen verteidigen, sondern uns nur helfen. Wenn sie dagegen weiter Opposition spielen, dann wird die Partei sie ausschließen müssen.

Und wenn Genossin Kollontai auf der erwähnten Seite ihrer Broschüre in Fettdruck von „Mißtrauen zur Arbeiterklasse" schreibt, so soll damit ausgedrückt werden, daß sie angeblich eine wirkliche „Arbeiter"opposition sind. Auf Seite 36 derselben Broschüre ist dieser Gedanke noch krasser formuliert:

„Die ‚Arbeiteropposition' darf sich nicht und kann sich nicht auf Zugeständnisse einlassen. Das bedeutet nicht, zur Spaltung aufzufordern ..." „Nein, ihre Aufgabe ist eine andere. Sogar im Falle einer Niederlage auf dem Partei-

tag müssen wir in der Partei bleiben und Schritt für Schritt unseren Standpunkt energisch vertreten, um die Partei zu retten und ihre Linie zu korrigieren."

„Sogar im Falle einer Niederlage auf dem Parteitag" – sieh mal einer an, wie umsichtig! (Heiterkeit.) Verzeihen Sie, aber ich persönlich erlaube mir, mit Bestimmtheit zu erklären, daß der Parteitag das nicht zulassen wird! (Beifall.) Jeder hat das Recht, die Linie der Partei zu korrigieren. Ihnen hat man alle Möglichkeiten dazu geboten.

Auf dem Parteitag ist die Bedingung gestellt worden, es dürfe nicht der leiseste Verdacht aufkommen, daß wir irgend jemand ausschließen wollen. Wir begrüßen jede Unterstützung bei der Durchführung des Demokratismus. Aber mit Phrasen allein kann man ihn nicht durchführen, wenn das Volk erschöpft ist. Jeden, der der Sache helfen will, müssen wir willkommen heißen, aber wenn man erklärt, daß man sich „auf keine Zugeständnisse einlassen" und die Partei retten wird, indem man in der Partei bleibt – ja, wenn man Ihnen gestattet, in der Partei zu bleiben! (Beifall.)

Hier haben wir kein Recht, es bei irgendwelchen Zweideutigkeiten bewenden zu lassen. Die Arbeit zur Unterstützung im Kampf gegen den Bürokratismus, die Arbeit zur Unterstützung bei der Verfechtung des Demokratismus, die Unterstützung bei der Herstellung einer engeren Verbindung mit den wirklichen Arbeitermassen – das ist unbedingt notwendig. In dieser Hinsicht können und müssen wir „Zugeständnisse" machen. Wieviel sie auch davon reden mögen, daß sie sich auf keine Zugeständnisse einlassen, wir werden wiederholen: wir sind dazu bereit. Das sind gar keine Zugeständnisse, das ist Hilfe für die Arbeiterpartei. Dadurch werden wir alles, was in der „Arbeiteropposition" gesund und proletarisch ist, für die Partei gewinnen, übrigbleiben werden die „klassenbewußten" Verfasser syndikalistischer Reden. (Beifall.) In Moskau hat man diesen Weg beschritten. Die Moskauer Gouvernementskonferenz im November endete mit zwei Sitzungssälen: in diesem Saal saßen die einen, in jenem die anderen. Das bedeutete den Vorabend einer Spaltung. Die letzte Moskauer Konferenz erklärte: „Wir nehmen aus der ‚Arbeiteropposition' diejenigen, die wir wollen, und nicht diejenigen, die sie wollen", denn wir brauchen die Unterstützung von Leuten, die mit den Arbeitermassen verbunden sind und die uns praktisch lehren können, den Kampf gegen den Bürokratismus zu führen. Das ist eine schwierige Aufgabe. Ich glaube, der

Parteitag soll diese Erfahrung der Moskauer berücksichtigen und ebenfalls ein Examen vornehmen, und nicht nur zu diesem Punkt, sondern zu allen Punkten der Tagesordnung ist ein Examen vonnöten. Das Ergebnis muß sein, daß den Leuten, die erklären, daß sie sich „auf keine Zugeständnisse einlassen", gesagt wird: „Die Partei aber macht Zugeständnisse", denn es ist notwendig, daß einträchtig gearbeitet wird. Durch diese Politik werden wir das Gesunde vom Ungesunden in der „Arbeiteropposition" scheiden und zu einer Stärkung der Partei kommen.

Sehen Sie, hier hat man erklärt, ein „Gesamtrussischer Kongreß der Produzenten" solle die Produktion leiten. Es fällt mir schwer, noch Worte zu finden, um diesen Blödsinn zu kennzeichnen, aber ich tröste mich damit, daß hier alle Parteifunktionäre zugleich auch Sowjetfunktionäre sind, die bereits ein, zwei, drei Jahre revolutionäre Arbeit leisten. Vor ihnen lohnt es gar nicht, das zu kritisieren. Sie schließen deshalb auch die Debatte, wenn sie solche Reden hören, weil es langweilig, unernst ist, von einem „Gesamtrussischen Kongreß der Produzenten" zu reden, der die Volkswirtschaft leitet. Das könnte man vielleicht in einem Lande vorschlagen, wo man die politische Macht schon ergriffen, die Arbeit aber überhaupt noch nicht in Angriff genommen hat. Wir haben das bereits getan. Und es ist interessant, daß wir auf Seite 33 der gleichen Broschüre folgende Stelle finden:

„Die ‚Arbeiteropposition' ist nicht so unwissend, die große Rolle der Technik und der technisch geschulten Kräfte nicht in Rechnung zu stellen ..." „Sie denkt nicht daran, ihre eigenen, auf dem Kongreß der Produzenten gewählten Organe zur Leitung der Volkswirtschaft zu schaffen und dann die Volkswirtschaftsräte, Haupt- und Zentralverwaltungen aufzulösen. Nein, sie denkt an etwas anderes: Sie will diese notwendigen, technisch wertvollen Verwaltungszentralen ihrer Leitung unterstellen, ihnen theoretische Aufgaben zuweisen, sie so ausnutzen, wie seinerzeit die Fabrikanten die Kräfte der Spezialisten, der Techniker ausgenutzt haben."

Also, Genossin Kollontai und Gen. Schljapnikow und die „klassenmäßig zusammengeschweißten" Leute in ihrem Gefolge ... unterstellen ihrer unentbehrlichen Leitung die Volkswirtschaftsräte, Haupt- und Zentralverwaltungen, alle die Rykow, Nogin und sonstigen „Nullen", und werden ihnen theoretische Aufgaben zuweisen! Sagen Sie selbst, Genossen, kann man so etwas denn ernst nehmen? Wenn Sie irgendwelche „theore-

tischen Aufgaben" im Auge hatten, warum haben Sie sie dann nicht gestellt? Wozu haben wir Diskussionsfreiheit verkündet? Doch nicht einem bloßen Wortwechsel zuliebe. Während des Krieges erklärten wir: „Wir haben keine Zeit für Kritik, auf uns wartet Wrangel, sollten wir einen Fehler machen, so korrigieren wir ihn dadurch, daß wir Wrangel schlagen." Jetzt, da wir den Krieg beendet haben, beginnt man auf uns einzuschreien: „Gebt Diskussionsfreiheit!" Fragen wir: „Sagt, welche Fehler haben wir gemacht?" – so erwidert man uns: „Die Volkswirtschaftsräte und Hauptverwaltungen brauchen nicht aufgelöst zu werden, man soll ihnen theoretische Aufgaben zuweisen." Warum hat Gen. Kisseljow, der auf dem Verbandstag der Bergarbeiter als Vertreter der „klassenmäßig zusammengeschweißten" „Arbeiteropposition" in einer verschwindenden Minderheit geblieben ist – warum hat er, als er an der Spitze der Hauptverwaltung Textil stand, uns nicht beigebracht, wie man gegen die Bürokratie kämpft? Warum haben Gen. Schljapnikow, als er Volkskommissar war, und Genossin Kollontai, als sie gleichfalls Volkskommissar war, uns nicht beigebracht, wie man gegen den Bürokratismus kämpft? Wir wissen selber, daß es bei uns einen bürokratischen Anflug gibt, und wir, die wir am meisten mit diesem bürokratischen Apparat zu tun haben, wir leiden darunter. Wir unterschreiben ein Papierchen, aber wie wird es in die Tat umgesetzt? Wie soll man das nachprüfen, wenn der bürokratische Apparat so riesengroß ist? Sie wissen, wie man ihn verringern kann? – bitte, liebe Genossen, vermitteln Sie uns Ihre Kenntnisse! Sie haben den Wunsch zu diskutieren, aber außer allgemeinen Erklärungen hören wir nichts von Ihnen. Statt dessen befassen Sie sich mit reiner Demagogie. Sie sagen: „Die Spezialisten schikanieren die Arbeiter, die Arbeiter führen in der Republik der Arbeit ein Zuchthausdasein." Das ist reine Demagogie!

Genossen, lesen Sie alle diese Broschüre, ich bitte Sie dringend darum! Ein besseres Material gegen die „Arbeiteropposition" als die Broschüre der Genossin Kollontai „Die Arbeiteropposition" kann es nicht geben. Sie werden sehen, daß man so an die Frage wirklich nicht herangehen darf. Daß der Bürokratismus eine brennende Frage ist, erkennen wir alle an, das steht sogar in unserem Parteiprogramm. Es ist sehr leicht, die Hauptverwaltungen und Volkswirtschaftsräte zu kritisieren, aber wenn Sie in dieser Weise kritisieren, dann verstehen die parteilosen Arbeitermassen darunter – auflösen! Das greifen auch die Sozialrevolutionäre auf. Mir

haben ukrainische Genossen gesagt, daß auf der dortigen Konferenz[44] die linken Sozialrevolutionäre ihre Anträge wortwörtlich so formuliert haben. Und was besagen die Kronstädter Resolutionen? Sie haben sie nicht alle gelesen? Wir werden sie Ihnen zeigen: sie besagen genau dasselbe. Deshalb habe ich ja die Gefahr von Kronstadt unterstrichen, weil diese Gefahr eben darin besteht, daß scheinbar nur eine kleine Verschiebung gefordert wird: „Sollen sich die Bolschewiki trollen", „wir werden die Macht ein wenig korrigieren" – das ist es, was die Kronstädter wollen. Es kam aber so, daß Sawinkow in Reval eintraf, daß die Pariser Zeitungen zwei Wochen vorher über diese Ereignisse schrieben, daß ein weißer General auf der Bildfläche erschien. So ist die Sache vor sich gegangen. Und ähnliches hat sich in allen Revolutionen zugetragen. Deshalb sagen wir auch: Da wir dem entgegengehen, müssen wir uns zusammenschließen, um auf eine solche Sache mit dem Gewehr zu antworten, wie harmlos sie auch aussehen mag. Das habe ich schon in meiner ersten Rede gesagt. Darauf antwortet die „Arbeiteropposition" nicht, sondern sagt: „Die Volkswirtschaftsräte werden wir nicht auflösen, sondern ‚unserer Leitung unterstellen'." Der „Gesamtrussische Kongreß der Produzenten" soll 71 Hauptverwaltungen des Volkswirtschaftsrats seiner Leitung unterstellen! Ich frage, wollen sie sich über uns lustig machen, und kann man solche Leute ernst nehmen? Das eben ist das kleinbürgerliche, anarchistische Element nicht nur in der Arbeitermasse, sondern auch innerhalb unserer Partei, und das können wir auf keinen Fall dulden. Wir haben uns einen Luxus erlaubt: wir haben die Leute ihre Meinungen mit größter Ausführlichkeit darlegen lassen, haben sie wiederholt angehört. Als ich auf dem II. Verbandstag der Bergarbeiter gegen die Genossen Trotzki und Kisseljow polemisieren mußte, da traten klar zwei Standpunkte hervor. Die „Arbeiteropposition" erklärte: „Lenin und Trotzki werden sich vereinigen." Trotzki trat auf und sagte: „Wer nicht versteht, daß man sich vereinigen muß, der wendet sich gegen die Partei; natürlich werden wir uns vereinigen, weil wir der Partei ergeben sind." Ich unterstützte ihn. Gewiß, ich hatte Meinungsverschiedenheiten mit Gen. Trotzki; und wenn sich im ZK mehr oder weniger gleiche Gruppen herausbilden sollten, dann wird die Partei ihr Urteil fällen, und zwar so, daß wir uns gemäß dem Willen und den Direktiven der Partei vereinigen werden. Mit diesen Erklärungen sind Gen. Trotzki und ich zum Verbandstag der Bergarbeiter

gegangen und auch hierhergekommen. Die „Arbeiteropposition" dagegen sagt: „Wir werden keine Zugeständnisse machen, aber wir werden in der Partei bleiben." Nein, das wird nicht gelingen! (Beifall.) Ich erkläre nochmals, daß im Kampf gegen den Bürokratismus jede Unterstützung durch einen Arbeiter – wie er sich auch nennen mag, wenn er uns nur aufrichtig helfen will – für uns eine höchst wünschenswerte Unterstützung ist. In diesem Sinne werden wir „Zugeständnisse" (ich gebrauche dieses Wort in Anführungszeichen) machen, welche herausfordernden Erklärungen man auch an uns richten mag. Wir werden „Zugeständnisse" machen, weil wir wissen, wie schwer es ist zu arbeiten. Die Volkswirtschaftsräte und Hauptverwaltungen können wir nicht auflösen. Wenn man sagt, wir hätten Mißtrauen gegen die Arbeiterklasse, wir ließen die Arbeiter zu den leitenden Organen nicht zu, so ist das eine ausgemachte Unwahrheit. Jeden halbwegs brauchbaren Administrator aus den Reihen der Arbeiter suchen wir und nehmen ihn mit Freuden, wir erproben ihn. Wenn die Partei der Arbeiterklasse nicht vertraut und die Arbeiter nicht zu verantwortlichen Posten zuläßt, so muß man ja eine solche Partei zum Teufel jagen – sprechen Sie doch schon alles aus! Ich habe betont, daß das unwahr ist: wir leiden schwer unter dem Mangel an Kräften, nach der geringsten Hilfe eines einigermaßen tüchtigen Menschen – und erst recht aus den Reihen der Arbeiter – greifen wir mit beiden Händen. Aber wir haben solche Kräfte nicht. Auf diesem Boden entsteht die Anarchie. Hier muß man den Kampf gegen den Bürokratismus unterstützen, dazu aber brauchen wir Hunderttausende von Menschen.

Die Aufgabe des Kampfes gegen den Bürokratismus ist in unserem Programm als eine außerordentlich langwierige Arbeit bezeichnet worden. Je zersplitterter die Bauernschaft ist, desto unvermeidlicher ist der Bürokratismus im Zentrum.

Es ist leicht, Dinge zu schreiben, wie: „Bei uns in der Partei ist etwas faul." Sie verstehen selber, was es bedeutet, den Sowjetapparat zu schwächen, während sich zwei Millionen russische Emigranten im Ausland befinden. Sie sind durch den Bürgerkrieg hinausgejagt worden. Sie haben uns damit beglückt, daß sie sich jetzt in Berlin, Paris, London und allen Hauptstädten außer der unseren herumtreiben. Sie unterstützen dasselbe Element, das Kleinproduzent, kleinbürgerliches Element heißt.

Alles, was man tun kann, um den Bürokratismus durch die Beförderung

von Arbeitern auf höhere Stellungen zu überwinden, werden wir tun, jeden dahin gehenden praktischen Vorschlag werden wir akzeptieren. Selbst wenn man das mit dem unzutreffenden Wort „Zugeständnisse" bezeichnen sollte, wie man das hier tut, so besteht doch kein Zweifel, daß 99 Prozent des Parteitags im Gegensatz zu dieser Broschüre sagen werden: „Wir aber sind bereit, ‚Zugeständnisse' zu machen, und werden alles gewinnen, was gesund ist." Tun Sie sich mit den Arbeitern zusammen und lehren Sie uns, wie man gegen den Bürokratismus kämpft, wenn Sie das besser wissen als wir, hüten Sie sich aber davor, solche Reden zu halten wie Schljapnikow. Das ist etwas, worüber man nicht hinweggehen darf. Ich will auf den theoretischen Teil seiner Rede nicht eingehen, weil genau dasselbe bei Kollontai gesagt ist. Ich will mich nur zu den Tatsachen äußern, die er angeführt hat. Er erklärte, man lasse die Kartoffeln verfaulen, und fragte, warum man Zjurupa nicht vor Gericht stelle.

Ich aber frage: Warum stellt man Schljapnikow wegen solcher Reden nicht vor Gericht? Was meinen Sie, sprechen wir ernsthaft über Disziplin und Einheit in einer organisierten Partei oder befinden wir uns in einer Versammlung von Kronstädter Art? Das aber ist eine Kronstädter Phrase im Geiste der Anarchie, eine Phrase, auf die man mit dem Gewehr antwortet. Wir sind organisierte Parteimitglieder, wir sind hierhergekommen, um unsere Fehler zu korrigieren. Wenn es nach der Meinung des Gen. Schljapnikow notwendig gewesen wäre, Zjurupa vor Gericht zu stellen, warum hat Schljapnikow als organisiertes Parteimitglied dann nicht in der Kontrollkommission darüber Beschwerde geführt? Als wir die Kontrollkommission schufen, da sagten wir: Das ZK ist mit administrativer Arbeit überhäuft, laßt uns Leute wählen, die das Vertrauen der Arbeiter genießen, die mit administrativer Arbeit nicht so überhäuft sind und an Stelle des ZK die Beschwerden prüfen werden. Das gab uns ein Verfahren, Kritik zu entfalten und Fehler zu korrigieren. Wenn Zjurupa so unrichtig gehandelt hat, warum ist dann nicht in der Kontrollkommission darüber Beschwerde geführt worden? Schljapnikow aber kommt hierher, auf den Parteitag, vor die verantwortlichste Versammlung der Partei und der Republik, und erhebt Anklage, daß man Kartoffeln habe verfaulen lassen, und fragt, warum Zjurupa nicht vor Gericht gestellt worden sei. Ich aber frage, kommen im Militärressort etwa keine Fehler vor, gibt es da keine verlorenen Schlachten, zurückgelassene Fuhrparks und Heeres-

gut? Was meinen Sie, soll man solche Kommandeure vor Gericht stellen? Gen. Schljapnikow wirft hier mit Worten um sich, an die er selber nicht glaubt, mit Worten, die er nicht beweisen kann. Bei uns verfaulen Kartoffeln. Sicher gibt es eine Unmenge von Fehlern, unser Apparat klappt nicht, unser Verkehrswesen klappt nicht. Aber wenn solche Anklagen leichtfertig erhoben werden, noch dazu, wie hier schon einige Genossen festgestellt haben, in einem Ton der Schadenfreude, anstatt daß man die Fehler korrigiert; wenn man Antwort verlangt, warum Zjurupa nicht vor Gericht gestellt worden sei, dann stellt lieber uns, das ZK, vor Gericht. Wir halten ein solches Auftreten für Demagogie. Entweder muß man Zjurupa und uns vor Gericht stellen oder Schljapnikow; so aber kann man nicht arbeiten. Wenn Parteigenossen so auftreten wie Schljapnikow hier – er tritt aber in anderen Versammlungen immer so auf – und wenn in der Broschüre der Genossin Kollontai auch keine Namen genannt werden, so ist doch der ganze Geist der Broschüre genau derselbe – dann sagen wir: So kann man nicht arbeiten, denn das ist Demagogie, auf der die anarchistischen Machnoschen und Kronstädter Elemente basieren. Wir sind hier beide Parteimitglieder, stehen beide vor einem verantwortlichen Tribunal, und wenn Zjurupa das Gesetz verletzt hat und wir, das ZK, das decken, dann erheben Sie gefälligst eine bestimmte Anklage, werfen Sie aber nicht mit Worten um sich, die morgen hier, in Moskau, verbreitet und durch drahtlosen Klatsch sofort der Bourgeoisie übermittelt werden; morgen werden alle Klatschbasen aus den Sowjetinstitutionen, die Arme in die Seiten gestemmt, schadenfroh Ihre Worte wiederholen. Wenn Zjurupa so ist, wie ihn Schljapnikow hinstellt, wenn er, wie Schljapnikow es fordert, vor Gericht gestellt werden muß, so behaupte ich, daß man über diese Worte ernsthaft nachdenken muß; mit solchen Anklagen darf man nicht so einfach um sich werfen. Wer solche Anklagen erhebt, den entfernt man aus der Partei, oder man sagt ihm: Wir schicken dich zu den Kartoffeln, in das und das Gouvernement – dann wollen wir sehen, ob dort weniger Kartoffeln verfaulen werden als in den Gouvernements, die Zjurupa geleitet hat.

4

URSPRÜNGLICHER ENTWURF DER RESOLUTION ÜBER DIE VERBESSERUNG DER LAGE DER ARBEITER UND DER NOTLEIDENDEN BAUERN[45]

Die Erschöpfung infolge der Not und des Elends, die mit dem siebenjährigen Krieg und der wirtschaftlichen Zerrüttung zusammenhängen, und die Übermüdung infolge der fast übermenschlichen Kraftanspannung der Arbeiterklasse Rußlands in den letzten dreieinhalb Jahren haben gegenwärtig dermaßen zugenommen, daß sie von der Sowjetmacht außerordentliche Maßnahmen erfordern.

Der X. Parteitag der KPR fordert deshalb von der gesamten Partei, von allen Partei- und Sowjetinstitutionen, daß sie dieser Frage größte Aufmerksamkeit widmen und umgehend eine Reihe von Maßnahmen ausarbeiten, um, koste es, was es wolle, die Lage der Arbeiter zu verbessern und ihre Nöte zu lindern.

Der Parteitag billigt den Beschluß des ZK und der Sowjetmacht über die Verwendung eines Teils des Goldfonds zum Einkauf von Konsumgütern für die Arbeiter und fordert eine Erweiterung dieser Maßnahme und eine unverzügliche entsprechende Änderung unseres Importplans (Einfuhrplans).

Der Parteitag beauftragt das ZK, für die unverzügliche Durchführung von Maßnahmen zur Verbesserung der Lage der Arbeiter eine besondere zentrale Kommission zu bilden, die so beschaffen sein soll, daß sie zwecks schnellster Durchführung der vorgesehenen Maßnahmen und der Kontrolle über die Verwirklichung dieser Maßnahmen durch die Arbeiter selbst mit dem ZK der KPR und dem Gesamtrussischen Zentralrat der Gewerkschaften einerseits und mit dem Rat der Volkskommissare und dem Rat für Arbeit und Verteidigung anderseits unmittelbar zusammenarbeitet. Diese Kommission soll Unterkommissionen bei den-

jenigen Behörden schaffen, die sich besonders darauf einstellen können und müssen, einen Teil ihres Apparats und ihre Mittel sofort für Maßnahmen zur Verbesserung der Lage der Arbeiter zu verwenden (Volkskommissariat für Außenhandel, Volkskommissariat für Ernährungswesen, Volkskommissariat für Heereswesen, Komitee für staatliche Bauvorhaben[46], Volkskommissariat für Gesundheitswesen usw.). Ebenso sind Unterkommissionen in den Gouvernements mit starker Konzentration von Industriearbeitern nötig. Mit der sofortigen Ausarbeitung einer Verordnung über diese Kommissionen beauftragt der Parteitag das ZK und die Parteifunktionäre der entsprechenden Behörden.

Angesichts der schweren Notlage, in die die Bauernschaft infolge der Mißernte geraten ist und die in sehr vielen Fällen durch die Demobilisierung der Armee verstärkt wird, beauftragt der X. Parteitag das Zentralkomitee, durch den Rat der Volkskommissare und das Gesamtrussische Zentralexekutivkomitee ähnliche Maßnahmen zur Verbesserung der Lage der notleidenden Bauern durchzuführen, ohne sich auf die vom Gesamtrussischen Zentralexekutivkomitee bereits zu diesem Zweck gebildete Kommission zu beschränken.

Nach dem Manuskript.

5

REDE ÜBER DIE GEWERKSCHAFTEN 14. MÄRZ[47]

Genossen! Heute hat Gen. Trotzki besonders höflich gegen mich polemisiert und mir vorgeworfen oder zugeschrieben, ich sei übervorsichtig. Ich muß mich bei ihm für dieses Kompliment bedanken und mein Bedauern äußern, daß es mir nicht möglich ist, ihm das Kompliment zurückzugeben. Im Gegenteil, ich werde von meinem unvorsichtigen Freund sprechen müssen, um die Stellungnahme zu dem Fehler zu kennzeichnen, dessentwegen ich so viel Zeit unnütz verloren habe und dessentwegen die Diskussion über die Frage der Gewerkschaften jetzt fortgesetzt werden muß, anstatt daß wir zu aktuelleren Fragen übergehen. Gen. Trotzki hat sein letztes Wort zur Frage der Gewerkschaftsdiskussion in der „Prawda" vom 29. Januar 1921 gesagt. In seinem Artikel „Meinungsverschiedenheiten bestehen, aber wozu die Konfusion?" hat er mir vorgeworfen, daß ich an dieser Konfusion schuld sei, daß ich die Frage stelle, wer angefangen hat. Diese Beschuldigung fällt restlos auf Trotzki zurück: gerade er will die eigenen Fehler anderen in die Schuhe schieben. Sein ganzes Feuilleton war ja darauf aufgebaut, daß er die Rolle der Gewerkschaften in der Produktion in den Vordergrund gerückt habe und daß man darüber sprechen müsse. Falsch, nicht dadurch sind die Meinungsverschiedenheiten entstanden, nicht das hat sie zu einer krankhaften Erscheinung gemacht. Und wie langweilig es auch sein mag, nach der Diskussion zu wiederholen, bis zum Erbrechen zu wiederholen – allerdings habe ich an der Diskussion nur einen Monat teilgenommen –, so muß man doch wiederholen, daß nicht das der Ausgangspunkt war, sondern die Losung des „Durchrüttelns", die vom 2. bis 6. November auf der fünften Gesamtrussischen Gewerkschaftskonferenz verkündet wurde. Und damals schien es schon

allen, die Rudsutaks Resolution nicht verschlafen hatten – zu denen, die sie verschlafen hatten, gehörten aber die Mitglieder des ZK und darunter auch ich –, daß hinsichtlich der Rolle der Gewerkschaften in der Produktion keine Meinungsverschiedenheiten zu finden seien, während die dreimonatige Diskussion sie dann aufstöberte. Diese Meinungsverschiedenheiten gab es, und sie stellen einen politischen Fehler dar. Gen. Trotzki hat mir in der Diskussion im Großen Theater vor den verantwortlichen Funktionären vorgeworfen, ich hätte die Diskussion zu vereiteln gesucht. Das betrachte ich als ein Kompliment für mich: ich war bestrebt, die Diskussion in der Form, wie sie vor sich ging, zu vereiteln, weil ein solches Auftreten vor dem schweren Frühjahr schädlich war. Das konnten nur Blinde nicht sehen.

Gen. Trotzki witzelt jetzt darüber, daß ich die Frage stelle, wer angefangen hat, und er wundert sich, warum ich ihm einen Vorwurf daraus mache, daß er nicht in die Kommission eingetreten ist. Eben darum, weil das von großer Bedeutung ist, Gen. Trotzki, von sehr großer Bedeutung, denn das Nichteintreten in die Gewerkschaftskommission war ein Bruch der Disziplin des ZK. Und wenn Trotzki darüber spricht, so ergibt sich daraus nicht eine Auseinandersetzung, sondern eine Erschütterung der Partei und eine Verbitterung, es kommt zu Extremen. Gen. Trotzki hat das Wort „teuflisch" gebraucht. Ich erinnere mich an einen Ausdruck des Gen. Golzman. Ich will ihn nicht zitieren, weil das Wort „Teufel" einen schlimmen Beiklang hat, Golzman aber an etwas Sympathisches erinnert. Deshalb kann hier nicht die Rede sein von etwas „Teuflischem", aber auf beiden Seiten ist es zu Extremen gekommen und, was viel ungeheuerlicher ist: es hat manche Extreme bei manchen sehr sympathischen Genossen gegeben. Das darf man nicht vergessen. Wenn dazu aber noch die Autorität des Gen. Trotzki kommt, und wenn er am 25. Dezember öffentlich auftritt und erklärt, daß der Parteitag zwischen zwei Tendenzen zu wählen habe, so sind das unverzeihliche Worte! Diese Worte sind ein politischer Fehler, um dessentwillen wir einander bekämpfen. Und wenn man hier darüber witzelt, daß Beratungen in zwei Sitzungssälen vorkommen, so ist das naiv. Ich möchte den Witzbold sehen, der sagen wird, daß Beratungen der Delegierten auf einem Parteitag verboten sind, damit ihre Stimmen nicht zersplittert werden. Das wäre eine allzu große Übertreibung. Gen. Trotzki und das Zektran

haben einen politischen Fehler begangen, weil sie die Frage des „Durchrüttelns" stellten und grundfalsch stellten. Das war ein politischer Fehler, und dieser Fehler ist bis heute nicht korrigiert worden. Über das Verkehrswesen gibt es eine Resolution.[48]

Wir dagegen sprechen von der Gewerkschaftsbewegung, vom Verhältnis der Vorhut der Arbeiterklasse zum Proletariat. Wenn wir irgend jemand von einem hohen Posten abberufen, so liegt darin nichts Herabsetzendes. Dadurch wird niemand herabgesetzt. Hat jemand einen Fehler gemacht, so wird der Parteitag das konstatieren und die gegenseitigen Beziehungen und das gegenseitige Vertrauen zwischen der Vorhut der Arbeiterklasse und der Arbeitermasse wiederherstellen. Das ist die Bedeutung der „Plattform der Zehn". Wenn die Plattform Stellen enthält, die zu ersetzen sind, wenn das von Trotzki unterstrichen und von Rjasanow weiterentwickelt wird – so sind das Lappalien. Wenn in einer Rede gesagt wurde, daß in der Plattform die Hand Lenins oder irgendeine Beteiligung Lenins daran nicht zu sehen sei, so antworte ich: Wenn ich mich an allem, was ich unterschreiben muß, eigenhändig oder telefonisch beteiligen wollte, so hätte ich längst den Verstand verloren. Ich sage, um die gegenseitigen Beziehungen und das gegenseitige Vertrauen zwischen der Vorhut der Arbeiterklasse und der Arbeitermasse herzustellen, hätte man, wenn das Zektran einen Fehler begangen hat – jeder läßt sich einmal hinreißen –, diesen Fehler korrigieren müssen. Fängt man jedoch an, diesen Fehler zu verteidigen, so wird das zur Quelle einer politischen Gefahr. Täten wir nicht das Höchstmögliche im Sinne der Demokratie, um den Stimmungen, die hier Kutusow zum Ausdruck bringt, Rechnung zu tragen, so würden wir einen politischen Zusammenbruch erleben. Vor allem müssen wir überzeugen und dann erst Zwang anwenden. Wir müssen um jeden Preis zuerst überzeugen und dann erst Zwang anwenden. Wir haben es nicht verstanden, die breiten Massen zu überzeugen, und haben das richtige Verhältnis zwischen der Vorhut und den Massen gestört.

Wenn Leute wie Kutusow ihre sachliche Rede zum Teil gegen die bürokratischen Mißstände in unserem Apparat richten, so antworten wir: Das ist richtig, unser Staat ist ein Staat mit bürokratischen Auswüchsen. Wir fordern auch die parteilosen Arbeiter auf, dagegen zu kämpfen. Und hier muß ich sagen, daß Genossen vom Schlage Kutusows zu dieser Arbeit

stärker herangezogen und auf höhere Posten gestellt werden müssen. Das ist die Lehre, die sich aus unserer Erfahrung ergibt.

Was die syndikalistische Abweichung betrifft, so braucht man nur ein paar Worte zu Schljapnikow zu sagen, der behauptet, daß der „Gesamtrussische Kongreß der Produzenten" – wie es buchstäblich schwarz auf weiß in ihrer Plattform geschrieben steht und von der Kollontai bestätigt wird – mit Berufung auf Engels verteidigt werden könne. Das ist lächerlich. Engels spricht von der kommunistischen Gesellschaft. Dort wird es keine Klassen mehr geben, dort wird es Produzenten geben.[49] Gibt es aber jetzt bei uns Klassen? Jawohl. Gibt es jetzt bei uns einen Klassenkampf? Den allerwütendsten! Und wenn man im Augenblick des wütendsten Klassenkampfes kommt und sagt: „Gesamtrussischer Kongreß der Produzenten" – was ist das anderes als eine syndikalistische Abweichung, die man entschieden und ein für allemal verurteilen muß? In dem bunten Wechsel von Plattformen, den es gab, haben wir gesehen, daß sogar Bucharin über die Kandidaturen eines Drittels stolperte. Genossen, in der Geschichte der Partei dürfen wir solche Schwankungen nicht vergessen.

Jetzt werden wir, insofern die „Arbeiteropposition" die Demokratie verteidigte, insofern sie gesunde Forderungen stellte, unser höchstmögliches tun, um eine Annäherung mit ihr herbeizuführen, und der Parteitag als Parteitag muß eine bestimmte Auslese treffen. Sie behaupten, daß wir wenig gegen den Bürokratismus kämpfen – kommen Sie uns also zu Hilfe, kommen Sie näher heran, helfen Sie uns im Kampf; wenn Sie allerdings einen „Gesamtrussischen Kongreß der Produzenten" vorschlagen, so ist das kein marxistischer, kein kommunistischer Standpunkt. Dank den Bemühungen Rjasanows legt die „Arbeiteropposition" das Programm falsch aus. Im Programm heißt es: „Die Gewerkschaften *müssen dahin gelangen*, daß sie die ganze Leitung der gesamten Volkswirtschaft als eines einheitlichen wirtschaftlichen Ganzen tatsächlich in ihren Händen konzentrieren."[50] Schljapnikow, der wie immer übertreibt, glaubt, das werde nach unserer Meinung erst nach 25 Jahrhunderten geschehen. Das Programm sagt: Die Gewerkschaften „müssen dahin gelangen", und wenn der Parteitag sagen wird, daß sie dahin gelangt sind, dann wird diese Forderung verwirklicht sein.

Genossen! Wenn jetzt der Parteitag vor dem Proletariat ganz Rußlands, vor dem Proletariat der ganzen Welt erklären wird, daß er die von

der „Arbeiteropposition" gemachten Vorschläge für eine halbsyndikalistische Abweichung hält, so bin ich überzeugt, daß alles, was es in der Opposition an wahrhaft Proletarischem, Gesundem gibt, mit uns gehen und helfen wird, das Vertrauen der Massen zu uns wiederherzustellen, das wegen des kleinen zektranistischen Fehlers erschüttert worden ist. Dann werden wir mit vereinten Kräften unsere Reihen festigen, zusammenschließen und geeint zu dem schweren Kampf antreten können, der uns bevorsteht. Nehmen wir diesen Kampf einträchtig, entschlossen und standhaft auf, so werden wir daraus als Sieger hervorgehen. (Beifall.)

6

REFERAT ÜBER DIE ERSETZUNG DER ABLIEFERUNGSPFLICHT DURCH DIE NATURALSTEUER 15. MÄRZ

Genossen! Die Ersetzung der Ablieferungspflicht durch eine Steuer ist vor allem und am meisten eine politische Frage, denn der Kernpunkt dieser Frage besteht in dem Verhältnis der Arbeiterklasse zur Bauernschaft. Daß wir diese Frage aufwerfen, bedeutet, daß wir das Verhältnis dieser beiden Hauptklassen, durch deren Kampf gegeneinander oder durch deren Verständigung miteinander das Schicksal unserer ganzen Revolution entschieden wird, einer neuen oder, möchte ich sagen, vorsichtigeren und richtigeren ergänzenden Prüfung und einer gewissen Revision unterziehen müssen. Ich brauche hier nicht ausführlich auf die Gründe einer solchen Revision einzugehen. Sie alle wissen natürlich sehr gut, welche Summe von Ereignissen, besonders auf dem Boden der äußersten Verschärfung der Not, die durch den Krieg, die Zerrüttung, die Demobilisierung und die äußerst schwere Mißernte verursacht wurde, welche Summe von Umständen die Lage der Bauernschaft besonders schwer, besonders ernst gestaltet und ihr Schwanken vom Proletariat zur Bourgeoisie unvermeidlich verstärkt hat.

Ein paar Worte über die theoretische Bedeutung oder die theoretische Behandlung dieser Frage. Es steht außer Zweifel, daß man die sozialistische Revolution in einem Lande, wo die ungeheure Mehrheit der Bevölkerung zu den kleinbäuerlichen Produzenten gehört, nur durch eine ganze Reihe besonderer Übergangsmaßnahmen verwirklichen kann, die völlig unnötig wären in Ländern des entwickelten Kapitalismus, wo die Lohnarbeiter in Industrie und Landwirtschaft die gewaltige Mehrheit bilden. In den Ländern des entwickelten Kapitalismus gibt es eine Klasse der landwirtschaftlichen Lohnarbeiter, die sich im Laufe von Jahrzehnten

herausgebildet hat. Nur eine solche Klasse kann sozial, ökonomisch und politisch die Stütze des unmittelbaren Übergangs zum Sozialismus sein. Nur in solchen Ländern, wo diese Klasse hinreichend entwickelt ist, ist der unmittelbare Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus möglich und erfordert keine besonderen gesamtstaatlichen Übergangsmaßnahmen. In einer ganzen Reihe von Schriften, in allen unseren Reden, in der ganzen Presse haben wir betont, daß in Rußland die Dinge nicht so liegen, daß wir in Rußland eine Minderheit von Industriearbeitern und eine ungeheure Mehrheit von kleinen Landwirten haben. Die sozialistische Revolution kann in einem solchen Lande nur unter zwei Bedingungen endgültigen Erfolg haben. Erstens unter der Bedingung, daß sie rechtzeitig durch die sozialistische Revolution in einem oder in einigen fortgeschrittenen Ländern unterstützt wird. Wie Sie wissen, haben wir für diese Bedingung im Vergleich zu früher sehr viel, aber bei weitem nicht genug getan, damit sie zur Wirklichkeit werde.

Die andere Bedingung ist die Verständigung zwischen dem Proletariat, das seine Diktatur ausübt oder die Staatsmacht in seinen Händen hält, und der Mehrheit der bäuerlichen Bevölkerung. Verständigung ist ein sehr weiter Begriff, der eine ganze Reihe von Maßnahmen und Übergängen einschließt. Hier wäre zu sagen, daß wir in unserer ganzen Propaganda und Agitation reinen Wein einschenken müssen. Leute, die unter Politik kleine Schliche verstehen, die mitunter fast auf Betrug hinauslaufen, müssen in unserer Mitte die schärfste Verurteilung finden. Es gilt, ihre Fehler zu korrigieren. Die Klassen kann man nicht betrügen. Wir haben in den vergangenen drei Jahren sehr viel getan, um das politische Bewußtsein der Massen zu heben. Die Massen haben am meisten aus dem scharfen Kampf gelernt. Wir müssen – gemäß unserer Weltanschauung, unserer im Laufe von Jahrzehnten gemachten revolutionären Erfahrung und den Lehren unserer Revolution – die Fragen unverblümt stellen: die Interessen dieser zwei Klassen sind verschieden, der kleine Landwirt will nicht dasselbe, was der Arbeiter will.

Wir wissen, daß nur eine Verständigung mit der Bauernschaft die sozialistische Revolution in Rußland retten kann, solange die Revolution in anderen Ländern nicht eingetreten ist. Und das muß man auch in allen Versammlungen, in der ganzen Presse unverhohlen sagen. Jedenfalls dürfen wir nicht trachten, etwas zu verheimlichen, sondern müssen offen

sagen, daß die Bauernschaft mit der Form der Beziehungen zu ihr, die sich bei uns herausgebildet hat, unzufrieden ist, daß sie diese Form der Beziehungen nicht will und so nicht weiterleben wird. Das ist unbestreitbar. Dieser Wille der Bauernschaft ist eindeutig zum Ausdruck gekommen. Das ist der Wille der ungeheuren Massen der werktätigen Bevölkerung. Dem müssen wir Rechnung tragen, und wir sind hinreichend nüchterne Politiker, um geradeheraus zu sagen: Laßt uns unsere Politik gegenüber der Bauernschaft revidieren. So wie es bisher war – dieser Zustand ist nicht länger haltbar.

Wir müssen den Bauern sagen: „Wollt ihr zurück, wollt ihr das Privateigentum und den freien Handel vollständig wiederherstellen, so bedeutet das, unabwendbar und unvermeidlich hinabzusinken unter die Macht der Gutsbesitzer und Kapitalisten. Eine ganze Reihe historischer Beispiele und Beispiele von Revolutionen bezeugt das. Eine ganz kleine Betrachtung aus dem Abc des Kommunismus, aus dem Abc der politischen Ökonomie wird bestätigen, daß das unvermeidlich ist. Laßt uns Klarheit schaffen. Ist die Bauernschaft daran interessiert, sich mit dem Proletariat derart zu entzweien, daß sie zurücksinkt – und das Land zurücksinken läßt – zur Macht der Kapitalisten und Gutsbesitzer, oder ist sie nicht daran interessiert? Überlegt es euch und laßt es uns gemeinsam überlegen."

Und wir glauben, wenn man es richtig überlegt, so wird, bei all der anzuerkennenden tiefen Unstimmigkeit zwischen den ökonomischen Interessen des Proletariats und des kleinen Landwirts, die Überlegung zu unseren Gunsten ausfallen.

Wie schwer auch unsere Lage im Sinne der Hilfsquellen sein mag, die Aufgabe, die Mittelbauernschaft zufriedenzustellen, muß gelöst werden. Die Bauernschaft besteht heute weit mehr aus Mittelbauern als früher, die Gegensätze haben sich abgeschliffen, der Boden ist weit ausgeglichener zur Nutzung verteilt, dem Kulaken hat man die Flügel gestutzt und ihn zu einem erheblichen Teil expropriiert – in Rußland mehr als in der Ukraine, in Sibirien weniger. Aber im großen und ganzen zeigen die statistischen Angaben ganz unbestreitbar, daß das Dorf nivelliert, ausgeglichen worden ist, d. h., die schroffe Scheidung in Kulaken einerseits und Bauern, die das Land nicht bestellen können, anderseits hat sich verwischt. Alles ist gleichmäßiger geworden, die Bauernschaft hat im allgemeinen die Lage von Mittelbauern erlangt.

Können wir diese Mittelbauernschaft als solche, mit ihren ökonomischen Besonderheiten, mit ihren ökonomischen Wurzeln, zufriedenstellen? Wenn jemand unter den Kommunisten davon geträumt hat, daß sich in drei Jahren die ökonomische Basis, die ökonomischen Wurzeln des landwirtschaftlichen Kleinbetriebs umgestalten lassen, so war er natürlich ein Phantast. Und – gestehen wir es nur – solcher Phantasten gab es in unserer Mitte nicht wenige. Und daran ist nichts besonders Schlimmes. Wie hätte auch in einem solchen Lande ohne Phantasten die sozialistische Revolution begonnen werden können? Die Praxis hat selbstverständlich gezeigt, welch gewaltige Rolle alle möglichen Experimente und Versuche auf dem Gebiet der kollektiven Führung der Landwirtschaft spielen können. Die Praxis hat jedoch auch gezeigt, daß diese Experimente als solche eine negative Rolle spielten, wenn Leute, von den besten Absichten und Wünschen erfüllt, aufs Land hinausgingen, um Kommunen und Kollektivwirtschaften einzurichten, ohne wirtschaften zu können, weil ihnen die kollektive Erfahrung fehlte.

Sie wissen sehr wohl, wie viele solcher Beispiele es gab. Das ist, wie gesagt, nicht verwunderlich, denn die Ummodelung des kleinen Landwirts, die Ummodelung seiner ganzen Mentalität und seiner Gewohnheiten ist eine Sache, die Generationen erfordert. Diese Frage in bezug auf den kleinen Landwirt lösen, sozusagen seine ganze Mentalität gesunden lassen, kann nur die materielle Basis, die Technik, die massenhafte Verwendung von Traktoren und Maschinen in der Landwirtschaft, die weitgehende Elektrifizierung. Das würde den kleinen Landwirt von Grund aus und mit enormer Geschwindigkeit ummodeln. Wenn ich sage, daß Generationen nötig sind, so bedeutet das nicht, daß Jahrhunderte nötig sind. Sie verstehen sehr wohl, daß die Beschaffung von Traktoren, Maschinen und die Elektrifizierung eines riesigen Landes – daß eine solche Sache jedenfalls nicht weniger als Jahrzehnte beanspruchen kann. Das ist die objektive Situation.

Wir müssen uns bemühen, die Forderungen der Bauern zu erfüllen, die unbefriedigt, die unzufrieden sind, mit Recht unzufrieden sind und nicht zufrieden sein können. Wir müssen ihnen sagen: „Jawohl, eine solche Lage ist nicht länger haltbar." Wie soll man den Bauern zufriedenstellen, und was heißt es, ihn zufriedenzustellen? Woher können wir die Antwort auf die Frage erhalten, wie er zufriedenzustellen ist? Natürlich aus den

Forderungen der Bauernschaft selbst. Wir kennen diese Forderungen. Aber wir müssen sie überprüfen, müssen vom Standpunkt der Wirtschaftswissenschaft all das untersuchen, was wir über die ökonomischen Forderungen des Landwirts wissen. Sobald wir uns in diese Frage vertiefen, sagen wir uns sofort: Zufriedenstellen kann man den kleinen Landwirt im Grunde genommen durch zwei Dinge. Erstens ist eine gewisse Freiheit des Umsatzes, eine Freiheit für den kleinen Privateigentümer notwendig, und zweitens müssen Waren und Produkte beschafft werden. Was wäre das für eine Freiheit des Umsatzes, wenn nichts umzusetzen ist, was wäre das für eine Freiheit des Handels, wenn es nichts zu handeln gibt! Das würde ein Fetzen Papier bleiben, die Klassen werden aber nicht durch Papierchen, sondern durch materielle Dinge zufriedengestellt. Diese zwei Bedingungen gilt es recht gut zu begreifen. Über die zweite Bedingung – wie wir Waren beschaffen sollen, ob wir imstande sein werden, sie zu beschaffen –, darüber werden wir später reden. Auf die erste Bedingung dagegen – die Freiheit des Umsatzes – muß man näher eingehen.

Was bedeutet denn Freiheit des Umsatzes? Freiheit des Umsatzes ist Freiheit des Handels, Freiheit des Handels aber bedeutet: zurück zum Kapitalismus. Freiheit des Umsatzes und Freiheit des Handels – das bedeutet Warenaustausch zwischen einzelnen Kleinproduzenten. Wir alle, auch diejenigen, die nur das Abc des Marxismus gelernt haben, wissen, daß sich aus diesem Umsatz und der Freiheit des Handels unvermeidlich die Teilung der Warenproduzenten in Besitzer von Kapital und in Besitzer von Arbeitshänden, die Teilung in Kapitalisten und in Lohnarbeiter, d. h. die Wiederherstellung der kapitalistischen Lohnsklaverei ergibt, die nicht vom Himmel fällt, sondern in der ganzen Welt eben aus der agrikolen Warenwirtschaft herauswächst. Das wissen wir theoretisch ausgezeichnet, und in Rußland muß jeder, der sich das Leben und die Wirtschaftsverhältnisse des kleinen Landwirts genauer angesehen hat, das unbedingt wahrnehmen.

Es fragt sich nun, wie reimt sich das, kann denn die Kommunistische Partei die Freiheit des Handels anerkennen und einführen? Stecken hier nicht unversöhnliche Widersprüche? Darauf ist zu antworten, daß die Frage in der Praxis selbstverständlich außerordentlich schwer zu lösen ist. Ich sehe voraus und weiß aus Gesprächen mit Genossen, daß der vor-

läufige Beschlußentwurf über die Ersetzung der Ablieferungspflicht durch eine Steuer, der Entwurf, der an Sie verteilt worden ist, die meisten Fragen, berechtigte und unvermeidliche Fragen, in bezug auf den Austausch hervorrufen wird, der im Rahmen des lokalen Wirtschaftsverkehrs zugelassen sein soll. Das ist am Schluß des Paragraphen 8 gesagt. Was bedeutet das, welche Grenzen sind dem gezogen, wie soll das verwirklicht werden? Wenn jemand von unserem Parteitag eine Antwort auf diese Frage erwartet, dann irrt er. Die Antwort auf diese Frage werden wir von unserer Gesetzgebung erhalten, unsere Aufgabe ist lediglich, die prinzipielle Linie festzulegen, die Losung aufzustellen. Unsere Partei ist die regierende Partei, und die Entschließung, die der Parteitag faßt, wird für die ganze Republik verpflichtend sein. Hier haben wir diese Frage prinzipiell zu entscheiden. Wir müssen diese Frage prinzipiell entscheiden und die Bauernschaft davon in Kenntnis setzen, weil die Aussaat vor der Tür steht. Und dann müssen wir unseren ganzen Apparat, alle unsere theoretischen Kräfte, unsere ganze praktische Erfahrung aufbieten, um zu sehen, wie das zu machen ist. Kann man das machen, kann man, theoretisch gesprochen, bis zu einem gewissen Grad die Freiheit des Handels, die Freiheit des Kapitalismus für die kleinen Landwirte wiederherstellen, ohne dadurch die Grundfesten der politischen Macht des Proletariats zu erschüttern? Kann man das? Ja, das kann man, denn es kommt auf das Maß an. Wären wir imstande, auch nur eine geringe Menge von Waren zu bekommen, und hielten wir sie in der Hand des Staates, in der Hand des Proletariats, das die politische Macht besitzt, könnten wir diese Waren in Umlauf bringen, so würden wir als Staat zu unserer politischen Macht die ökonomische Macht hinzufügen. Die Einschleusung dieser Waren in den Umsatz wird den landwirtschaftlichen Kleinbetrieb beleben, der augenblicklich furchtbar daniederliegt unter dem Druck der schweren Verhältnisse des Krieges, der Zerrüttung und unter dem Druck der Unmöglichkeit, den landwirtschaftlichen Kleinbetrieb zu entwickeln. Der kleine Landwirt muß, solange er ein kleiner Landwirt bleibt, einen Ansporn, einen Anstoß, einen Anreiz haben, der seiner ökonomischen Basis, d. h. der kleinen Einzelwirtschaft, entspricht. Hier wird man um die örtliche Freiheit des Umsatzes nicht herumkommen. Wenn dieser Umsatz dem Staat im Austausch gegen Industrieerzeugnisse eine gewisse Mindestmenge Getreide verschafft, die zur Bedarfsdeckung der Stadt, der

Fabriken, der Industrie ausreicht, dann wird der wirtschaftliche Umsatz so wiederhergestellt, daß die Staatsmacht in den Händen des Proletariats bleibt und sich festigt. Die Bauernschaft fordert, man solle ihr in der Praxis zeigen, daß der Arbeiter, der die Fabriken, die Werke, die Industrie in seinen Händen hält, den Umsatz mit der Bauernschaft in Gang zu bringen vermag. Und anderseits setzt ein riesiges Agrarland mit schlechten Verkehrswegen, mit unermeßlichen Landstrecken, mit verschiedenartigem Klima, mit verschiedenen landwirtschaftlichen Bedingungen usw. unvermeidlich eine gewisse Freiheit des Umsatzes der lokalen Landwirtschaft und der lokalen Industrie im lokalen Maßstab voraus. Wir haben in dieser Hinsicht sehr viel gesündigt, weil wir zu weit gegangen sind: wir sind zu weit gegangen auf dem Wege der Nationalisierung des Handels und der Industrie, auf dem Wege der Drosselung des lokalen Umsatzes. War das ein Fehler? Zweifellos.

In dieser Beziehung war vieles von dem, was wir getan haben, einfach falsch, und es wäre das größte Verbrechen, hier nicht zu sehen und nicht zu begreifen, daß wir nicht Maß gehalten und nicht gewußt haben, wie Maß zu halten ist. Dabei war aber auch eine zwangsläufige Notwendigkeit: wir lebten bisher unter Verhältnissen eines so erbitterten, unerhört schweren Krieges, daß uns nichts anderes übrigblieb, als auch auf wirtschaftlichem Gebiet nach Kriegsbrauch zu handeln. Es war ein Wunder, daß ein ruiniertes Land einen solchen Krieg ausgehalten hat, und dieses Wunder ist nicht vom Himmel gefallen, sondern es ist aus den ökonomischen Interessen der Arbeiterklasse und der Bauernschaft hervorgewachsen, die dieses Wunder durch ihren Massenelan vollbracht haben; durch dieses Wunder wurde es möglich, die Gutsbesitzer und Kapitalisten abzuwehren. Aber zugleich bleibt es eine unzweifelhafte Tatsache, und sie darf in der Agitation und Propaganda nicht verhehlt werden, daß wir weiter gegangen sind, als es theoretisch und politisch notwendig war. Wir können in ziemlich großem Umfang den freien lokalen Warenverkehr zulassen, womit wir die politische Macht des Proletariats nicht zerstören, sondern festigen. Wie das zu machen ist, ist Sache der Praxis. Meine Aufgabe ist es, Ihnen zu beweisen, daß das theoretisch denkbar ist. Dem Proletariat, das die Staatsmacht in Händen hält, ist es durchaus möglich, wenn es irgendwelche Ressourcen besitzt, diese in Umlauf zu bringen und dadurch eine gewisse Befriedigung des Mittelbauern herbeizuführen,

ihn auf der Grundlage des lokalen Wirtschaftsverkehrs zufriedenzustellen.

Nun einige Worte über den lokalen Wirtschaftsverkehr. Vorher muß ich die Genossenschaftsfrage berühren. Natürlich brauchen wir beim lokalen Wirtschaftsverkehr die Genossenschaften, die bei uns allzusehr geknebelt worden sind. Unser Programm betont, daß der beste Verteilungsapparat die vom Kapitalismus hinterlassenen Genossenschaften sind, daß man diesen Apparat erhalten muß. So steht es im Programm. Haben wir das erfüllt? Sehr mangelhaft, und zum Teil haben wir es überhaupt nicht erfüllt, wiederum teils aus Versehen, teils aus der Zwangslage des Krieges heraus. Die Genossenschaften, die besser wirtschaftenden, ökonomisch höherstehenden Elementen Auftrieb gaben, gaben dadurch in der Politik den Menschewiki und Sozialrevolutionären Auftrieb. Das ist ein chemisches Gesetz, dagegen ist nichts zu machen! (Heiterkeit.) Die Menschewiki und Sozialrevolutionäre sind Leute, die bewußt oder unbewußt den Kapitalismus wiederaufrichten und den Judenitsch helfen. Das ist ebenfalls ein Gesetz. Wir müssen gegen sie Krieg führen. Wenn schon Krieg, dann wie im Krieg: wir mußten uns verteidigen, und wir haben uns verteidigt. Kann man aber unabänderlich in der jetzigen Lage verharren? Mitnichten. Und sich dadurch die Hände zu binden wäre unbedingt ein Fehler. Aus diesem Grunde schlage ich zur Genossenschaftsfrage eine Resolution vor, die ganz kurz ist. Ich will sie verlesen:

„In Anbetracht dessen, daß die Resolution des IX. Parteitags der KPR über die Stellung zur Genossenschaft ganz auf der Anerkennung des Prinzips der Ablieferungspflicht beruht, die jetzt durch die Naturalsteuer ersetzt wird, beschließt der X. Parteitag der KPR:

Die genannte Resolution wird aufgehoben.

Der Parteitag beauftragt das Zentralkomitee, Beschlüsse auszuarbeiten und auf Partei- und Sowjetlinie durchzuführen, die in Übereinstimmung mit dem Programm der KPR und in Anpassung an die Ersetzung der Ablieferungspflicht durch die Naturalsteuer die Struktur und die Tätigkeit der Genossenschaften verbessern und weiterentwickeln."[51]

Sie werden sagen, das sei unbestimmt. Ja, und es ist notwendig, daß es bis zu einem gewissen Grade unbestimmt ist. Warum ist das notwendig? Weil man, um ganz bestimmt sein zu können, bis ins letzte wissen müßte,

was wir während des ganzen Jahres schaffen werden. Wer weiß das? Niemand weiß es, und niemand kann es wissen.

Aber die Resolution des IX. Parteitags bindet uns die Hände, sie sagt: „Unterordnung unter das Volkskommissariat für Ernährungswesen". Das Ernährungskommissariat ist eine ausgezeichnete Institution, aber ihm unbedingt die Genossenschaften unterzuordnen und sich die Hände zu binden, während man die Beziehungen zu den kleinen Landwirten revidiert, hieße politisch einen offenkundigen Fehler begehen. Wir müssen das neugewählte ZK beauftragen, bestimmte Maßnahmen und Änderungen auszuarbeiten und festzulegen, die Schritte, die wir vorwärts und zurück machen werden, zu untersuchen – in welchem Grade hat das zu geschehen, wie sind die politischen Interessen zu wahren, inwieweit soll man die Zügel lockern, damit eine Erleichterung eintritt, wie sind die Ergebnisse der Erfahrung zu prüfen. Wir stehen in dieser Beziehung, theoretisch gesprochen, vor einer ganzen Reihe Übergangsstufen und Übergangsmaßnahmen. Für uns ist eines klar: Die Resolution des IX. Parteitags setzte voraus, daß unsere Bewegung geradlinig verlaufen werde. Es hat sich indes herausgestellt – wie das immer in der ganzen Geschichte der Revolutionen der Fall war –, daß die Bewegung im Zickzack verläuft. Sich durch eine solche Resolution die Hände zu binden wäre ein politischer Fehler. Durch die Aufhebung der Resolution sagen wir, daß man sich vom Programm leiten lassen muß, in dem die Bedeutung des genossenschaftlichen Apparats betont wird.

Mit der Aufhebung der Resolution sagen wir: Paßt euch der Ersetzung der Ablieferungspflicht durch eine Steuer an. Wann werden wir das aber durchführen? Nicht vor der Ernte, d. h. in einigen Monaten. Wird das in den verschiedenen Gegenden in gleicher Weise erfolgen? Auf keinen Fall. Zentralrußland, die Ukraine und Sibirien über einen Kamm zu scheren, sie in eine bestimmte Schablone zu zwängen, wäre die größte Torheit. Ich schlage vor, diesen Grundgedanken über die Freiheit des lokalen Warenverkehrs in Form eines Parteitagsbeschlusses festzulegen. Ich denke mir das so, daß daraufhin in den nächsten Tagen unbedingt ein Brief des ZK folgt, in dem gesagt wird, und natürlich besser gesagt wird, als ich es jetzt sage: Reißt nichts nieder, überstürzt nichts, klügelt nicht drauflos, geht so vor, daß die Mittelbauernschaft maximal zufriedengestellt wird, ohne daß die Interessen des Proletariats beeinträchtigt werden. Erprobt

dies, erprobt jenes, studiert praktisch, an Hand der Erfahrung, sprecht euch dann mit uns aus und sagt, was euch gelungen ist, und wir werden eine spezielle Kommission oder sogar einige Kommissionen schaffen, die die gesammelten Erfahrungen zusammenfassen werden. Die Frage des Geldes ist dabei sehr wichtig, weil die Geldzirkulation ein Ding ist, durch das vorzüglich kontrolliert wird, ob der Warenumsatz eines Landes befriedigend ist, und wenn dieser Umsatz nicht richtig funktioniert, verwandelt sich das Geld in wertloses Papier. Um dann auf Grund der Erfahrung vorgehen zu können, müssen wir die getroffenen Maßnahmen zehnmal überprüfen.

Man wird an uns die Frage richten und erfahren wollen, woher wir die Waren nehmen werden. Freiheit des Handels erfordert ja Waren, und die Bauern sind sehr gescheite Leute und verstehen großartig zu spotten. Können wir jetzt Waren beschaffen? Jetzt werden wir es können, weil sich unsere internationale Wirtschaftslage gewaltig gebessert hat. Wir kämpfen gegen das internationale Kapital, das beim Anblick unserer Republik sagte: „Das sind Räuber, Krokodile." (Diese Ausdrücke sind mir wortwörtlich von einer englischen Künstlerin übermittelt worden, die sie von einem höchst einflußreichen Politiker gehört hatte.) Nun, und sind sie Krokodile, so kann man sie nur verachten. Das war die Stimme des internationalen Kapitals. Das war die Stimme des Klassenfeindes, und von seinem Standpunkt aus hatte er recht. Die Richtigkeit solcher Schlüsse unterliegt jedoch der Überprüfung durch die Praxis. Wenn du, das Weltkapital, eine weltumspannende, gewaltige Kraft – wenn du „Krokodil" sagst und die ganze Technik in deiner Hand ist, dann versuch dein Glück und schieß es tot! Als das Kapital aber sein Glück versuchte, stellte sich heraus, daß es selber dabei schlechter fuhr. Nunmehr sagt das Kapital, das gezwungen ist, mit dem realen politischen und wirtschaftlichen Leben zu rechnen: „Handel tut not." Darin besteht unser gewaltiger Sieg. Ich kann Ihnen jetzt sagen, daß uns zwei Angebote einer Anleihe in Höhe von etwa hundert Millionen Goldrubel vorliegen. Gold haben wir zwar, aber Gold kann man nicht verkaufen, weil das eine Sache ist, die man nicht essen kann. Alle Länder sind wirtschaftlich zerrüttet, in der ganzen Welt sind infolge des Krieges die Währungsverhältnisse zwischen den kapitalistischen Staaten unglaublich durcheinandergeraten. Außerdem braucht man zum Verkehr mit Westeuropa eine Flotte, und die besitzen

wir nicht. Die Flotte ist in feindlichen Händen. Mit Frankreich haben wir keinerlei Vertrag geschlossen, Frankreich hält uns für seinen Schuldner, also sagt es von jedem Schiff: „Bitte schön, das gehört mir." Sie haben eine Kriegsflotte, wir haben keine. Das ist die Lage, in der wir bis jetzt Gold nur in kleinem, verschwindend geringem, lächerlich geringem Ausmaß realisieren konnten. Nun liegen uns von kapitalistischen Bankleuten zwei Angebote vor, eine Anleihe von hundert Millionen zu realisieren. Natürlich wird dieses Kapital Wucherzinsen nehmen. Aber bisher wollten sie überhaupt nichts davon wissen, bisher sagten sie: „Ich schieße dich nieder und nehme alles umsonst." Jetzt, da sie uns nicht niederschießen können, sind sie bereit, Handel zu treiben. Die Handelsverträge mit Amerika und England sind jetzt, man kann sagen, auf dem besten Wege, ebenso die Konzessionen. Gestern bekam ich noch einen Brief von Mister Vanderlip, der sich hier aufhält und neben einer ganzen Reihe von Beschwerden eine ganze Reihe von Plänen über Konzessionen und über eine Anleihe vorbringt. Das ist ein Vertreter des Finanzkapitals von der gerissensten Sorte; er steht in Verbindung mit den westlichen Staaten Nordamerikas, die Japan mit größter Feindschaft gegenüberstehen. Somit haben wir ökonomisch die Möglichkeit, Waren zu beschaffen. Inwieweit wir dazu wirklich imstande sein werden, ist eine andere Frage, aber eine gewisse Möglichkeit ist vorhanden.

Ich wiederhole, der Typus der wirtschaftlichen Beziehungen, der oben das Aussehen eines Blocks mit dem ausländischen Kapitalismus hat, wird unten der proletarischen Staatsmacht die Möglichkeit des freien Warenverkehrs mit der Bauernschaft geben. Ich weiß – und nahm bereits die Gelegenheit wahr, mich dazu zu äußern –, daß das gewisse Spötteleien ausgelöst hat. In Moskau gibt es eine ganze intelligenzlerisch-bürokratische Schicht, die versucht, eine „öffentliche Meinung" zu schaffen. Sie begann sich lustig zu machen: „Ein schöner Kommunismus ist da herausgekommen! Ungefähr wie ein Mensch, der statt der Beine Krücken und statt des Gesichts einen unförmigen Kopfverband hat, und vom Kommunismus ist ein Vexierbild übriggeblieben." Diese Art Witzeleien habe ich zur Genüge gehört, aber diese Witzeleien stammen entweder von Bürokraten oder sind nicht ernst zu nehmen! Rußland ist aus dem Krieg in einem solchen Zustand hervorgegangen, daß sein Befinden am ehesten dem eines Menschen gleicht, den man halbtot geprügelt hat: sieben Jahre lang

wurde auf das Land eingedroschen, da gebe Gott, daß es sich wenigstens auf Krücken fortbewege! So sieht die Lage aus, in der wir uns befinden! Zu glauben, daß wir uns ohne Krücken heraushelfen können, heißt nichts begreifen! Solange es in anderen Ländern keine Revolution gibt, werden wir Jahrzehnte brauchen, um uns herauszuwinden, und da ist es um Hunderte Millionen, ja sogar Milliarden nicht schade, die wir aus unseren unermeßlichen Reichtümern, aus unseren reichen Rohstoffquellen hergeben, nur um die Hilfe des fortgeschrittenen Großkapitalismus zu erhalten. Wir werden sie später mit Zinseszinsen zurückholen. Es ist aber unmöglich, in einem unglaublich ruinierten Land, in dem eine ebenfalls ruinierte Bauernschaft die riesige Mehrheit bildet, die proletarische Macht ohne die Hilfe des Kapitals zu behaupten, das dafür natürlich Hunderte Prozent Zinsen herausschinden wird. Das muß man begreifen. Und deshalb entweder dieser Typus wirtschaftlicher Beziehungen oder nichts. Wer die Frage anders stellt, der versteht von der praktischen Wirtschaft absolut nichts und sucht sich mit diesen oder jenen Witzeleien herauszureden. Man muß eine Tatsache wie die Ermattung und Erschöpfung der Massen sehen. Sieben Jahre Krieg – wie mußten sie sich bei uns auswirken, wenn vier Jahre Krieg in den fortgeschrittenen Ländern sich dort bis heute noch bemerkbar machen?!

Bei uns aber, in unserem zurückgebliebenen Land, befinden sich nach dem siebenjährigen Krieg die Arbeiter, die unerhörte Opfer gebracht haben, wie auch die Masse der Bauern geradezu in einem Zustand der Erschöpfung. Diese Erschöpfung, dieser Zustand grenzt an völlige Arbeitsunfähigkeit. Hier bedarf es einer wirtschaftlichen Atempause. Wir hatten vor, den Goldfonds für Produktionsmittel zu verwenden. Am besten wäre es, Maschinen herzustellen, aber auch wenn wir sie kauften, würden wir dadurch unsere Produktion aufbauen. Dazu ist jedoch erforderlich, daß wir einen Arbeiter, einen Bauer haben, der arbeiten könnte; in den meisten Fällen kann er aber nicht arbeiten: er ist erschöpft, er ist ermattet. Man muß ihn unterstützen, man muß den Goldfonds entgegen unserem früheren Programm zum Ankauf von Konsumgütern verwenden. Unser früheres Programm war theoretisch richtig, aber praktisch unhaltbar. Ich will eine Aufstellung bekanntgeben, die ich von Gen. Leshawa habe. Wir ersehen daraus, daß bereits einige hunderttausend Pud verschiedenartiger Lebensmittel gekauft sind und auf dem schnellsten Wege

aus Litauen, Finnland und Lettland befördert werden. Heute ist die Nachricht eingetroffen, daß in London eine Abmachung über Lieferung von Kohle in Höhe von 18½ Millionen Pud unterzeichnet worden ist, die wir zu kaufen beschlossen haben, um die Industrie Petrograds und die Textilindustrie zu beleben. Wenn wir Waren für den Bauern beziehen, so ist das natürlich eine Verletzung des Programms, so ist das unrichtig, aber man muß eine Atempause gewähren, denn das Volk ist so ermattet, daß es sonst nicht imstande ist zu arbeiten.

Ich muß noch einiges über den individuellen Warenaustausch sagen. Wenn wir von der Freiheit des Umsatzes sprechen, so bedeutet das individuellen Warenaustausch, d. h. eine Begünstigung der Kulaken. Aber was tun? Man soll nicht die Augen davor verschließen, daß die Ersetzung der Ablieferungspflicht durch eine Steuer bedeutet, daß das Kulakentum aus diesem System noch stärker hervorwachsen wird, als es bisher der Fall war. Es wird dort gedeihen, wo es vorher nicht hochkommen konnte. Aber dagegen muß man nicht mit Verbotsmaßnahmen kämpfen, sondern durch staatliche Vereinigung und durch staatliche Maßnahmen von oben. Kannst du der Bauernschaft Maschinen geben, so wirst du sie dadurch heben, und gibst du ihr Maschinen oder die Elektrifizierung, so werden Zehntausende oder Hunderttausende kleiner Kulaken auf der Strecke bleiben. Solange du das nicht geben kannst, gib eine gewisse Menge Waren. Hast du die Waren in deinem Besitz, so behauptest du die Macht, aber eine solche Möglichkeit zu unterbinden, abzudrosseln oder auszuschlagen würde bedeuten, sich jeglicher Möglichkeit eines Umsatzes zu berauben, das würde bedeuten, die Mittelbauernschaft nicht zufriedenzustellen, und es wäre kein Auskommen mit ihr. Die Bauernschaft in Rußland ist mehr zur Mittelbauernschaft geworden, und man braucht sich nicht davor zu fürchten, daß der Austausch ein individueller wird. Jeder wird dem Staat irgend etwas im Austausch geben können. Der eine wird Getreideüberschüsse geben können, der andere wird Erzeugnisse des Gemüsebaus austauschen, der dritte Arbeitsleistungen. Im Grunde ist die Lage so: Wir müssen die Mittelbauernschaft ökonomisch zufriedenstellen und uns mit der Freiheit des Umsatzes abfinden, sonst können wir angesichts der Verzögerung der internationalen Revolution die Macht des Proletariats in Rußland nicht behaupten, ökonomisch nicht behaupten. Man muß das klar erkennen und ohne die geringste Scheu darüber sprechen. In dem Be-

schlußentwurf über die Ersetzung der Ablieferungspflicht durch die Naturalsteuer (der Text wurde an Sie verteilt) werden Sie viele Unstimmigkeiten finden, es gibt Widersprüche darin, darum haben wir auch am Schluß geschrieben: „Der Parteitag, der im Prinzip" (ein vielsagendes und vielbedeutendes Wort) „die vom ZK vorgelegten Leitsätze über die Ersetzung der Ablieferungspflicht durch die Naturalsteuer billigt, beauftragt das ZK der Partei, diese Leitsätze schleunigst zu koordinieren." Wir wissen, daß sie nicht koordiniert wurden, wir konnten nicht die Zeit dazu finden, wir sind zu dieser Detailarbeit nicht gekommen. Die Formen der praktischen Durchführung der Steuer werden vom Gesamtrussischen Zentralexekutivkomitee und vom Rat der Volkskommissare detailliert ausgearbeitet und in einem entsprechenden Gesetz niedergelegt. Es ist folgendes Verfahren vorgesehen: wenn Sie diesen Entwurf heute annehmen, so wird er schon auf der nächsten Tagung des Gesamtrussischen Zentralexekutivkomitees zum Beschluß erhoben werden, das ebenfalls nicht ein Gesetz erlassen, sondern nur modifizierte Richtlinien herausgeben wird, sodann werden der Rat der Volkskommissare und der Rat für Arbeit und Verteidigung diese Richtlinien in ein Gesetz umwandeln und, was noch wichtiger ist, praktische Instruktionen geben. Wichtig ist, daß man draußen im Lande die Bedeutung der Sache begreift und uns entgegenkommt.

Warum mußten wir die Ablieferungspflicht durch eine Steuer ersetzen? Die Ablieferungspflicht setzte die Einziehung aller Überschüsse und die Einführung eines obligatorischen Staatsmonopols voraus. Wir konnten nicht anders handeln, wir befanden uns in einer äußersten Notlage. Theoretisch muß nicht unbedingt angenommen werden, daß das Staatsmonopol vom Standpunkt des Sozialismus das beste ist. Als Übergangsmaßnahme ist es in einem Bauernland, das eine Industrie besitzt – und dessen Industrie auch arbeitet –, möglich, das System der Steuer und des freien Umsatzes anzuwenden, wenn eine gewisse Menge von Waren vorhanden ist.

Eben dieser Umsatz ist für den Bauern ein Ansporn, ein Anreiz, ein Antrieb. Der Landwirt kann und soll in seinem eigenen Interesse fleißig sein, denn man wird ihm nicht alle Überschüsse wegnehmen, sondern nur die Steuer erheben, die möglichst im voraus festgesetzt werden muß. Die Hauptsache, es ist ein Ansporn, ein Anreiz, ein Antrieb für den kleinen

Landwirt bei der Bewirtschaftung seines Hofes vorhanden. Wir müssen unsere staatliche Wirtschaft in Anpassung an die Wirtschaft des Mittelbauern aufbauen, die wir in drei Jahren nicht umgestalten konnten und auch in zehn Jahren noch nicht umgestalten werden.

Der Staat war verpflichtet, eine bestimmte Lebensmittelmenge aufzubringen. Darum wurden die Pflichtablieferungen von uns im vergangenen Jahr erhöht. Die Steuer muß niedriger sein. Die Zahlen sind nicht genau festgelegt, sie lassen sich auch nicht genau festlegen. In Popows Broschüre „Die Getreideproduktion der Sowjetrepublik und der mit ihr föderierten Republiken" sind Materialien unserer Statistischen Zentralverwaltung angeführt, die genaue Zahlen enthalten und zeigen, aus welchen Gründen die landwirtschaftliche Produktion zurückgegangen ist.

Sollte eine Mißernte eintreten, so können keine Überschüsse eingezogen werden, weil es keine Überschüsse geben wird. Man müßte den Bauern das Brot vom Munde wegnehmen. Wird die Ernte gut ausfallen, dann werden zwar alle den Riemen etwas enger schnallen, aber der Staat wird gerettet sein; oder wir werden es nicht verstehen, den Leuten, die nicht satt zu essen haben, etwas abzunehmen, und dann wird der Staat zugrunde gehen. Das den Bauern klarzumachen, ist die Aufgabe unserer Propaganda. Gibt es eine leidliche Ernte, so werden die Überschüsse etwa eine halbe Milliarde Pud ausmachen. Sie decken den Bedarf und liefern einen gewissen Fonds. Alles dreht sich darum, den Bauern einen Ansporn, einen Anreiz vom wirtschaftlichen Standpunkt aus zu geben. Man muß dem kleinen Landwirt sagen: „Du, Landwirt, produziere Lebensmittel, der Staat aber erhebt eine minimale Steuer."

Meine Redezeit geht zu Ende, ich muß schließen. Ich wiederhole: Wir können jetzt nicht gleich ein Gesetz erlassen. Der Mangel unserer Resolution ist der, daß sie nicht allzu gesetzgeberisch aussieht – auf einem Parteitag werden ja keine Gesetze geschrieben. Deshalb schlagen wir vor, die Resolution des ZK im Prinzip anzunehmen und das ZK zu beauftragen, ihre Leitsätze zu koordinieren. Wir werden den Text dieser Resolution drucken lassen, und die Funktionäre draußen im Lande werden Sorge tragen, sie zu koordinieren und zu verbessern. Sie vollkommen zu koordinieren ist unmöglich, das ist eine unlösbare Aufgabe, weil das Leben viel zu buntscheckig ist. Übergangsmaßnahmen zu suchen ist eine sehr schwierige Aufgabe. Gelingt es nicht, das rasch und geradlinig zu tun –

wir werden den Mut nicht sinken lassen, wir werden unser Ziel erreichen. Jeder halbwegs einsichtige Bauer muß begreifen, daß wir als Regierung die Arbeiterklasse und die Werktätigen vertreten, mit denen sich die werktätigen Bauern (und sie machen neun Zehntel aus) darin einig sein können, daß jede Wendung nach rückwärts die Rückkehr zur alten zaristischen Regierung bedeuten würde. Das zeigt die Kronstädter Erfahrung. Dort will man die Weißgardisten nicht, will man unsere Macht nicht – eine andere Macht gibt es aber nicht –, und befindet sich in einer Lage, die die beste Agitation für uns und gegen jede neue Regierung ist.

Wir haben jetzt die Möglichkeit, uns mit den Bauern zu verständigen, und das muß praktisch, geschickt, findig, geschmeidig durchgeführt werden. Wir kennen den Apparat des Volkskommissariats für Ernährungswesen, wir wissen, daß das einer unserer besten Apparate ist. Wenn wir ihn mit anderen vergleichen, so sehen wir, daß das ein ausgezeichneter Apparat ist, und er muß erhalten bleiben, aber der Apparat muß der Politik untergeordnet sein. Der großartige Apparat des Ernährungskommissariats nützt uns gar nichts, wenn wir es nicht verstehen, die Beziehungen zu den Bauern in Ordnung zu bringen. Dann wird dieser großartige Apparat nicht unserer Klasse, sondern Denikin und Koltschak dienen. Da die Politik nun einmal eine entschiedene Änderung, Geschmeidigkeit und einen geschickten Übergang erfordert, so müssen die Leiter das begreifen. Ein fester Apparat muß für jede Art von Manövrieren tauglich sein. Verwandelt sich dagegen die Festigkeit des Apparats in Verknöcherung und stört bei Wendungen, so ist ein Kampf unvermeidlich. Darum müssen alle Kräfte aufgeboten werden, um das gesteckte Ziel unbedingt zu erreichen, die völlige Unterordnung des Apparats unter die Politik durchzusetzen. Die Politik ist das Verhältnis zwischen den Klassen – das entscheidet das Schicksal der Republik. Der Apparat als Hilfsmittel wird um so besser und brauchbarer zum Manövrieren sein, je fester er ist. Wenn er aber nicht imstande ist, das zu leisten, dann taugt er zu nichts.

Ich bitte Sie, die Hauptsache im Auge zu behalten; was die Ausarbeitung der Einzelheiten und der Auslegungen betrifft, so ist das eine Arbeit von mehreren Monaten. Jetzt aber müssen wir die Hauptsache im Auge behalten: Es ist notwendig, das Beschlossene noch heute abend durch Rundfunk der ganzen Welt mitzuteilen und bekanntzugeben, daß der Parteitag der Regierungspartei im Prinzip die Ablieferungspflicht durch

eine Steuer ersetzt und dadurch dem kleinen Landwirt eine ganze Reihe von Anreizen gibt, seine Wirtschaft zu erweitern und die Anbaufläche zu vergrößern; daß der Parteitag, indem er diesen Weg beschreitet, das System der Beziehungen zwischen Proletariat und Bauernschaft korrigiert und die Überzeugung zum Ausdruck bringt, daß auf diesem Weg gefestigte Beziehungen zwischen Proletariat und Bauernschaft erreicht werden. (Stürmischer Beifall.)

7

SCHLUSSWORT ZUM REFERAT ÜBER DIE ERSETZUNG DER ABLIEFERUNGSPFLICHT DURCH DIE NATURALSTEUER 15. MÄRZ

Genossen! Ich möchte gleich am Anfang einige Worte über die Frage der Genossenschaften sagen. Das Referat des Gen. Zjurupa war – wie er selbst erklärt hat und wie wir alle hier gehört haben – kein Korreferat in dem Sinne, daß ein prinzipiell anderer Standpunkt als der des Referenten vertreten worden wäre. Der Beschluß des ZK über die Ersetzung der Ablieferungspflicht durch eine Steuer wurde so einmütig gefaßt – und, die Hauptsache, wir sahen sofort, noch vor der Eröffnung des Parteitags, daß im Lande draußen verschiedene Genossen unabhängig davon, auf Grund der praktischen Erfahrung, zu denselben Schlußfolgerungen gelangt waren –, daß Zweifel an der Zweckmäßigkeit und Notwendigkeit einer solchen Maßnahme im Prinzip nicht möglich sind. Und das Referat des Gen. Zjurupa lief auf Ergänzungen und Warnungen in einer Reihe von Fragen hinaus, enthielt aber keinen Vorschlag für eine andere Politik.

Von dieser allgemeinen Linie seines Referats ist Gen. Zjurupa lediglich in der Frage der Genossenschaften abgewichen. Hier hat Gen. Zjurupa gegen die von mir vorgeschlagene Resolution opponiert, aber ich glaube, daß seine Einwände nicht als überzeugend gelten können. In welcher Weise sich die Verhältnisse des lokalen freien Wirtschaftsverkehrs im Sinne seines Fonds entwickeln werden, ob durch die Genossenschaften oder durch die Wiederherstellung des privaten Kleinhandels, können wir jetzt wohl kaum endgültig festlegen. Diese Frage muß man prüfen, darüber besteht kein Zweifel, und in dieser Hinsicht müssen wir aufmerksam die örtlichen Erfahrungen verfolgen; damit sind wir natürlich alle einverstanden. Ich glaube jedoch, daß ein gewisser Vorzug der Genossenschaften bleibt. Wenn sie politisch, wie ich bereits gesagt habe, eine Stätte der

Organisation, der Zentralisation, der Vereinigung uns politisch feindlicher Elemente bilden, die im Grunde genommen die Politik der Koltschak und Denikin betreiben, dann ändern natürlich die Genossenschaften im Vergleich zu den kleinen Wirtschaften, dem Kleinhandel, nur die Form der Sache. Es versteht sich von selbst, daß jedes Hochkommen des Kulakentums und jede Entwicklung der kleinbürgerlichen Verhältnisse die entsprechenden politischen Parteien erzeugen, die sich in Rußland in Jahrzehnten herausgebildet haben und die uns wohlbekannt sind. Hier ist zu wählen, nicht ob man diesen Parteien freie Bahn lassen soll oder nicht – sie werden durch die kleinbürgerlichen Wirtschaftsverhältnisse unvermeidlich erzeugt –, sondern wir haben, und auch das nur in einem gewissen Grade, lediglich zwischen den Formen der Konzentration, des vereinigten Auftretens dieser Parteien zu wählen. Es läßt sich keinesfalls beweisen, daß die Genossenschaften in dieser Hinsicht schlechter seien. Im Gegenteil, die Kommunisten werden gegenüber den Genossenschaften immerhin etwas mehr Mittel der systematischen Einwirkung und Kontrolle haben.

Die Resolution des IX. Parteitags über die Genossenschaften ist hier von Gen. Zjurupa entschieden verteidigt und von Gen. Miljutin entschieden bekämpft worden.

Gen. Zjurupa sprach unter anderem davon, daß ich selbst Zeuge jenes Kampfes war, der sich in der Genossenschaftsfrage vor ihrer Entscheidung durch den Parteitag abgespielt hat. Diese Tatsache muß ich bestätigen. In der Tat, es gab einen Kampf, und die Resolution des IX. Parteitags hat ihm ein Ende gesetzt, indem sie dem Ernährungsressort ein größeres Übergewicht oder, genauer gesagt, ein vollständiges Übergewicht sicherte. Aber jetzt aus dieser Erwägung heraus auf eine größere Handlungsfreiheit und Freiheit der Wahl politischer Maßnahmen in bezug auf die Genossenschaften zu verzichten, wäre ohne Zweifel bereits politisch falsch. Mir ist es natürlich viel unangenehmer, vom Standpunkt, sagen wir, des Vorsitzenden des Rats der Volkskommissare, dazu verurteilt zu sein, auf einem Dutzend Sitzungen einen kleinlichen Kampf und sogar Zank zu beobachten, als eine für alle verbindliche Resolution des Parteitags zur Grundlage zu haben, die diesem Kampf ein Ende setzt. Aber man soll nicht mit solchen Bequemlichkeiten rechnen, sondern mit den Interessen der Durchführung einer bestimmten Wirtschaftspolitik. Sie alle

haben hier gesehen, und die große Zahl von schriftlichen Anfragen, die ich erhielt – ein Berg von Zetteln –, hat es noch anschaulicher bestätigt, daß in dieser konkreten Frage eine Unmenge einzelner Schwierigkeiten bei der Durchführung dieser Änderung unserer Politik entsteht. Das ist der Kern der Sache. Und es besteht gar kein Zweifel, daß wir sie nicht auf einmal bewältigen können. Lassen wir die Resolution des IX. Parteitags über die Genossenschaften weiterhin gelten, so binden wir uns die Hände. Wir bringen uns in eine Lage, wo wir, da wir dem Parteitag über alles Rechenschaft ablegen müssen und verpflichtet sind, seine Politik durchzuführen, nicht imstande sein werden, vom Buchstaben dieser Resolution abzugehen. Die Resolution erinnert ständig an die Ablieferungspflicht, die Sie doch durch eine Steuer ersetzen.

In welchem Grade wir dem Wirtschaftsverkehr Freiheit lassen werden, wissen wir nicht.

Daß wir die Freiheit des Wirtschaftsverkehrs bis zu einem gewissen Grade bestehen lassen müssen, ist unzweifelhaft. Die ökonomischen Bedingungen dieser Tatsache müssen wir berücksichtigen und prüfen. Deshalb bringt uns natürlich die Aufhebung der Resolution des IX. Parteitags abermals in eine Lage, wo die bis zu einem gewissen Grade abgeschlossene Frage zu einer offenen Frage wird. Aber das ist ganz unvermeidlich. Das zu umgehen hieße den von uns in den Grundzügen festgelegten Verhältnissen der Wirtschaftspolitik, die zweifellos für die Bauern annehmbarer sind, Abbruch tun.

Daß die Ersetzung der Ablieferungspflicht durch eine Steuer eine für die Bauern annehmbarere Wirtschaftspolitik ist, darüber gibt es auf diesem Parteitag offenbar keine zwei Meinungen und gibt es unter den Kommunisten überhaupt keine zwei Meinungen. Darüber liegt uns auch eine ganze Reihe von Erklärungen parteiloser Bauern vor. Das ist einwandfrei festgestellt. Schon allein deswegen müssen wir diese Änderung vornehmen. Deshalb verlese ich nochmals die Resolution über die Genossenschaften: „In Anbetracht dessen, daß die Resolution des IX. Parteitags der KPR über die Stellung zur Genossenschaft ganz auf der Anerkennung des Prinzips der Ablieferungspflicht beruht, die jetzt durch die Naturalsteuer ersetzt wird, beschließt der X. Parteitag der KPR:

Die genannte Resolution wird aufgehoben.

Der Parteitag beauftragt das Zentralkomitee, Beschlüsse auszuarbeiten

und auf Partei- und Sowjetlinie durchzuführen, die in Übereinstimmung mit dem Programm der KPR und in Anpassung an die Ersetzung der Ablieferungspflicht durch die Naturalsteuer die Struktur und die Tätigkeit der Genossenschaften verbessern und weiterentwickeln."

Ich werde dem Parteitag im Namen des ZK vorschlagen, die erste Resolution – den vorläufigen Entwurf über die Ersetzung der Ablieferungspflicht durch eine Steuer – anzunehmen, sie im Prinzip gutzuheißen und das ZK der Partei zu beauftragen, sie zu koordinieren, auszuarbeiten und dem Gesamtrussischen ZEK vorzulegen, ebenso die zweite Resolution – über die Genossenschaften.

Nun gehe ich zu den Bemerkungen über, die hier gemacht worden sind. Ich muß sagen, die schriftlichen Anfragen, die ich erhalten habe, sind so zahlreich, die Zuschriften häufen sich zu einem solchen Berg, daß ich nicht nur außerstande bin, die Fragen aufzuzählen, die sie berühren, sondern auch notgedrungen darauf verzichten muß, sie vollständig so zu gruppieren, daß daraufhin die Aussprache jetzt fortgesetzt werden könnte. Ich bin leider gezwungen, darauf zu verzichten, und werde die Zuschriften als Material für die weitere Behandlung der Frage aufbewahren.

Vielleicht wird es gelingen, sie detaillierter für die Presse auszuwerten oder zumindest so zusammenzufassen und zu gruppieren, daß man allen Genossen Ökonomen, Administratoren und politischen Leitern, die sich aufs eingehendste damit befassen werden müssen, das Gesetz über die Ersetzung der Ablieferungspflicht durch eine Steuer vorzubereiten, einen detaillierten und wirklich vollständigen Überblick geben kann. Jetzt dagegen kann ich nur zwei grundlegende Komplexe herausgreifen und einige Worte über die beiden Haupteinwände oder -bemerkungen, über die beiden Haupttypen oder -gruppen von Fragen sagen, die in diesen Zuschriften vorgebracht werden.

Der erste Hinweis betrifft die Technik. Es gibt eine ganze Reihe von zahlreichen und detaillierten Bemerkungen darüber, wie schwer es sein wird, diese Maßnahmen konkret durchzuführen und wie viele ungelöste Fragen dabei auftauchen werden. Ich habe bereits in meinem ersten Referat den Vorbehalt gemacht, daß solche Bemerkungen ganz unvermeidlich sind und daß jetzt keinerlei Möglichkeit besteht, sofort zu erfahren, wie wir die Lösung dieser Schwierigkeiten in Angriff nehmen werden.

Der zweite – allgemeine – Hinweis bezieht sich schon auf die Grundlagen der Wirtschaftspolitik. Und worauf hier viele, sogar die meisten Redner in ihren Diskussionsbeiträgen eingingen und worauf in den mir überreichten Zuschriften hingewiesen wird, das ist die unvermeidliche Stärkung des Kleinbürgertums, der Bourgeoisie und des Kapitalismus. „Auf diese Weise", steht in einigen dieser Zuschriften, „öffnet ihr Tür und Tor für die Entwicklung der Bourgeoisie, der Kleinindustrie und für die Entwicklung kapitalistischer Verhältnisse." Dazu muß ich sagen, Genossen, wobei ich in einem gewissen Grade das wiederhole, was ich in meinem ersten Referat ausgeführt habe: Es besteht kein Zweifel, daß der Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus in verschiedenen Formen denkbar ist, je nachdem, ob wir im Lande bereits überwiegend großkapitalistische Verhältnisse haben oder ob der Kleinbetrieb überwiegt. Und von diesem Gesichtspunkt aus muß ich bemerken, daß man einige Schlußfolgerungen meiner Rede kritisiert hat, daß man das Verhältnis des Staatskapitalismus zum freien Kleinhandelsverkehr kritisiert hat, aber niemand von den Rednern hat kritisiert und ich habe keine einzige Zuschrift erhalten (immerhin habe ich die meisten gelesen, obwohl es mehrere Dutzend waren) – ich habe keine einzige Zuschrift gesehen, in der die angeführten Leitsätze kritisiert worden wären. Hätten wir einen Staat, in dem die Großindustrie überwiegt oder, sagen wir sogar, nicht überwiegt, aber sehr stark entwickelt ist und die Großproduktion in der Landwirtschaft stark entwickelt ist, so wäre ein direkter Übergang zum Kommunismus möglich. Andernfalls ist der Übergang zum Kommunismus ökonomisch unmöglich. Gen. Miljutin sprach hier davon, daß wir ein straffes System hatten und daß unsere Gesetzgebung, wie er sich ausdrückte, bis zu einem gewissen Grad ein straffes System eines solchen Übergangs darstellt, das jedoch die Notwendigkeit einer Reihe von Zugeständnissen an die Kleinbourgeoisie nicht berücksichtigt hat. Als Gen. Miljutin das sagte, zog er nicht die Schlußfolgerung, die ich ziehe. Bei dem straffen System, das wir schufen, ließen wir uns von militärischen und nicht von ökonomischen Erfordernissen, Erwägungen und Bedingungen leiten. Unter den Verhältnissen der unerhörten wirtschaftlichen Zerrüttung, in denen wir uns befanden, als wir gezwungen waren, nach dem großen Krieg eine Reihe von Bürgerkriegen durchzumachen, gab es keinen anderen Ausweg. Bei der Anwendung der von uns festgelegten Politik

wurden gewiß Fehler gemacht, es gab eine ganze Reihe von Überspitzungen – das muß man mit aller Deutlichkeit sagen. Aber unter den Bedingungen des Krieges, in die wir uns versetzt sahen, war diese Politik in den Grundzügen richtig. Wir hatten keine andere Möglichkeit als die maximale und sofortige Anwendung des Monopols, bis zur Einziehung aller Überschüsse, sogar ohne jede Vergütung. Anders konnten wir an diese Aufgabe gar nicht herangehen. Das bedeutete nicht ein straffes ökonomisches System. Das war eine Maßnahme, die nicht durch ökonomische Bedingungen hervorgerufen, sondern uns in erheblichem Maße durch die militärischen Bedingungen diktiert worden war. Was die ökonomischen Erwägungen betrifft, so ist hier die grundlegende Erwägung jetzt: Wie ist die Produktionsmenge zu steigern. Wir haben eine solche Verarmung, Zerrüttung, Ermattung, Erschöpfung der Hauptproduktivkräfte, der Arbeiter und Bauern, daß man dieser grundlegenden Erwägung – um jeden Preis die Produktenmenge zu steigern – vorübergehend alles unterordnen muß.

Man fragt mich: Welcher Zusammenhang besteht zwischen der Ersetzung der Ablieferungspflicht durch eine Steuer und der Aussaatkampagne, die jetzt durchgeführt wird? Und die Genossen bemühen sich in ihren Zuschriften, hier eine Reihe von Widersprüchen aufzudecken. Ich glaube, im wesentlichen besteht hier eine wirtschaftliche Übereinstimmung und kein Widerspruch. Die Aussaatkampagne ist auf eine Reihe von Maßnahmen berechnet, die alle wirtschaftlichen Möglichkeiten maximal ausnutzen sollen, um die Anbaufläche zu erweitern. Zu diesem Zweck muß man das Saatgut neu verteilen, es gut aufbewahren und befördern. Aber wir können selbst den kärglichen Vorrat an Saatgut, den wir haben, nicht befördern; in einem fort muß man zu einer ganzen Reihe von Maßnahmen der gegenseitigen Hilfe Zuflucht nehmen, um bei dem erstaunlichen Mangel an Inventar den Saatausfall zu verringern, um ihn zu beseitigen. Für eine ganze Reihe von Gouvernements ist daran nicht zu denken. Wenn der parteilose Bauer, der in sehr vielen Fällen schon selbst die Forderung nach der Ersetzung der Ablieferungspflicht durch eine Steuer gestellt hat, dadurch auf der gegebenen ökonomischen Grundlage einen Anreiz zur Entwicklung seiner Wirtschaft erhält, wenn er vor der Frühjahrskampagne eine Erklärung seitens der Staatsmacht erhält, daß diese Maßnahme beschlossen ist und durchgeführt wird – steht das denn

im Widerspruch zur allgemeinen Politik der Aussaatkampagne? Nein, das ist nicht der Fall, das ist vielmehr eine Maßnahme, die ein Element des Ansporns hineinträgt. Ich weiß, man wird sagen, das sei ein recht unbedeutendes Element des Ansporns. Die Frage steht nicht so. Könnten wir den Bauern sofort Dutzende von Schiffen zeigen, die aus England Waren bringen zum Austausch gegen das, was sie bei der bevorstehenden Ernte einbringen werden, so wäre das natürlich viel realer. Aber es wäre lächerlich, auf diese Weise Leute betrügen zu wollen, die die Bedingungen unseres Handels aus der Praxis kennen. Daß Schiffe mit Kohle und mit einer geringen Menge von Lebensmitteln von England auslaufen, wissen wir, davon hat uns Gen. Krassin berichtet; wir wissen, daß bis zum Abschluß des Handelsvertrags, der noch nicht unterzeichnet ist, halblegal Geschäfte mit einzelnen Händlern getätigt werden, denen die bürgerliche Regierung das natürlich nicht verbieten kann. Es ist eine schwierige Sache, in den Ring der Wirtschaftsblockade, von dem wir umgeben sind, eine Bresche zu schlagen, und wir können natürlich nicht irgend etwas Großartiges versprechen. Jedenfalls tun wir, was getan werden kann, eine diesbezügliche Änderung des Importplans nehmen wir vor.

Vom Standpunkt des Kleinbesitzers, des kleinen Landwirts ist die Steuer, die in geringerer Höhe festgesetzt wird als die Pflichtablieferungen, die mit größerer Genauigkeit festgesetzt wird und die ihm die Möglichkeit geben wird, mehr anzubauen, ihm die Möglichkeit geben wird, sicher zu sein, daß die Überschüsse der Verbesserung seiner Wirtschaft zugute kommen – ist die Steuer eine Linie der maximalen Unterstützung des tüchtigen Landwirts, was auch in der Aussaatkampagne in den Vordergrund gerückt worden ist. Alle Einwände laufen letztlich auf folgende Frage hinaus: Wird die Kleinbourgeoisie, die dem Kommunismus ökonomisch feindlich gegenübersteht, mehr gewinnen, oder wird die Großindustrie mehr gewinnen, die die Grundlage für den Übergang zum Sozialismus bildet und die, vom Zustand der Produktivkräfte aus gesehen, d. h. nach dem Hauptkriterium der gesamten gesellschaftlichen Entwicklung, die Grundlage der sozialistischen Wirtschaftsorganisation bildet, da sie die fortgeschrittenen Industriearbeiter vereinigt, die Klasse vereinigt, die die Diktatur des Proletariats ausübt?

Hier versuchten manche auszuführen bzw. ökonomisch zu schlußfolgern, daß die Kleinbourgeoisie, die hausindustrielle Warenproduktion,

zweifellos mehr gewinnen werde, und insbesondere versuchten sie das unter Hinweis darauf zu begründen, daß gerade die Großindustrie infolge der Erteilung von Konzessionen nicht sozialistisch sein werde. Ich glaube, diesen Überlegungen liegt ein ökonomischer Trugschluß zugrunde. Selbst wenn ganz exakt bewiesen wäre, daß proportional, ja, nehmen wir sogar an, absolut die Kleinindustrie weitaus mehr gewinnen wird, so widerlegt das keineswegs – weder theoretisch noch praktisch – die Richtigkeit der von uns zu unternehmenden Schritte. Die Schlußfolgerung ist, daß es für die ökonomische Festigung unseres gesamten Aufbaus des Sozialismus keine andere Stütze geben kann. Nehmen wir jetzt an, nur als Beispiel – ich nehme ein anschauliches Beispiel zur Erklärung –, daß die Kleinindustrie die Größe 100 darstellt (einerlei, ob das 100 Millionen Arbeitseinheiten oder 100 Einheiten irgendeiner anderen Art sind), die Großindustrie dagegen – 200. Nehmen wir weiter an, daß die Kleinindustrie auf kapitalistischer Grundlage zur Größenordnung 175 anwächst, die Großindustrie aber bei 200 stehenbleibt. Setzen wir eine Stagnation der Großindustrie und eine kolossale Entwicklung der Kleinindustrie voraus. Ich denke, daß sogar diese schlimmste Annahme, die ich gemacht habe, für uns einen zweifellosen Vorteil bedeuten würde, weil wir uns jetzt, wie das laufende Jahr gezeigt hat, wie unsere Brennstoff- und Verkehrsverhältnisse gezeigt haben, wie die Verteilung der Lebensmittel zeigt, an die Gen. Miljutin sehr zu Recht erinnert hat, kaum auf den Beinen halten können.

Hier hat man erklärt und schriftlich angefragt: „Wie werdet ihr bei der Entwicklung des Kapitalismus im Dorf den Arbeiterstaat behaupten?" Diese Erscheinung, die uns bedroht – die Entwicklung der Kleinproduktion und der Kleinbourgeoisie auf dem Lande –, diese Erscheinung stellt die größte Gefahr dar.

Gehen wir zu den Konzessionen über. Die Konzessionen sind ein Block mit dem Kapitalismus der fortgeschrittenen Länder. Man muß sich das Wesen der Konzessionen klar vorstellen. Das ist ein wirtschaftliches Bündnis, ein Block, ein Vertrag mit dem fortgeschrittenen Finanzkapital der fortgeschrittenen Länder, ein Vertrag, der uns eine geringe Vermehrung der Erzeugnisse, aber auch eine Vermehrung der Erzeugnisse der Kontrahenten bringen wird. Geben wir dem Konzessionär Erz oder Holz, so wird er sich den größten Teil dieses Produkts nehmen und uns einen

kleinen Anteil abgeben. Aber für uns ist es so wichtig, die Produktenmenge zu vermehren, daß auch ein kleiner Anteil ein gewaltiges Plus für uns ist. Eine kleine Verbesserung der Lage der städtischen Arbeiter, die durch die Konzessionen vertraglich gesichert ist und die für das Auslandskapital nicht die geringste Schwierigkeit bietet, sogar das ist ein Plus, eine Stärkung unserer Großindustrie. Und das wird dank dem wirtschaftlichen Einfluß dazu beitragen, die Lage des Proletariats zu verbessern, die Lage der Klasse zu verbessern, die die Staatsmacht in ihren Händen hält.

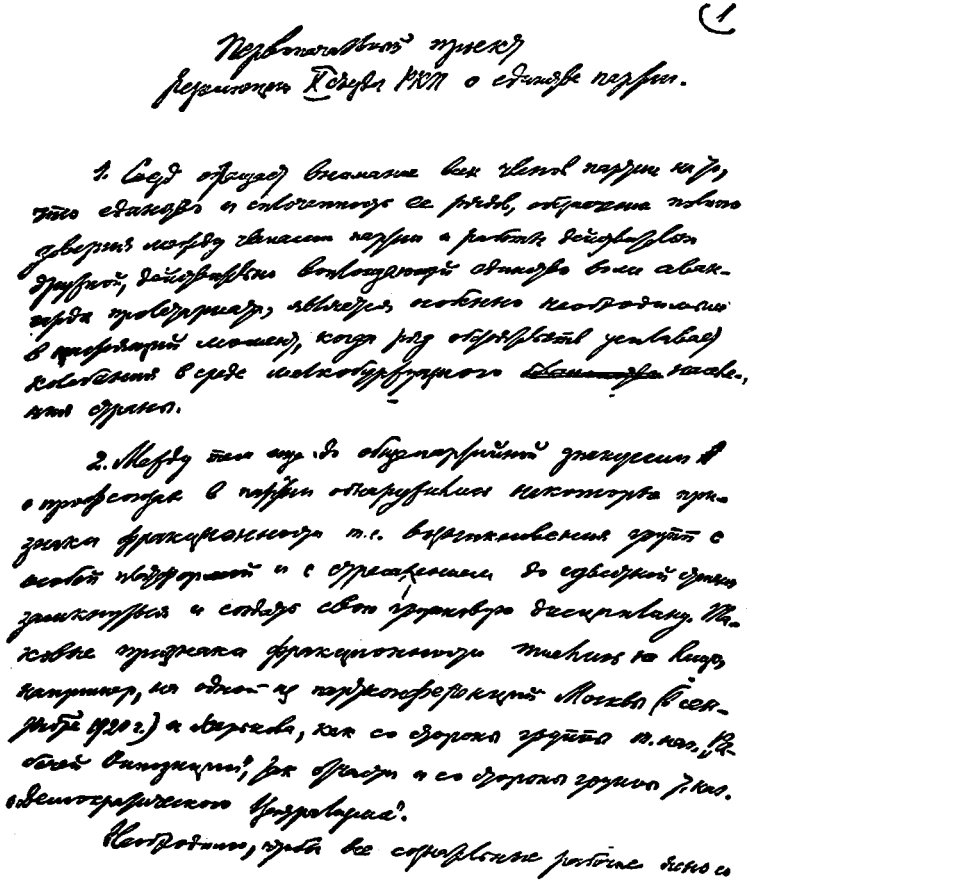
Die Furcht, daß die Kleinlandwirtschaft und die Kleinindustrie in einem Umfang zunehmen werden, der für unsere Großindustrie gefährlich werden könnte, ist unbegründet. Dafür, daß die Industrie ansteigt, müssen gewisse Voraussetzungen gegeben sein.

Bekommen wir eine Mißernte (ich habe Sie bereits auf die Broschüre Popows aufmerksam gemacht), haben wir eine Mißernte und ebensolche kümmerlichen Mittel zu erwarten wie im vergangenen Jahr, so wird von einer Abschwächung der Krise und von der Entwicklung der Kleinindustrie gar keine Rede sein können: Die Wiederherstellung kapitalistischer Verhältnisse ist nur unter der Bedingung möglich, daß sich Überschüsse an landwirtschaftlichen Erzeugnissen ergeben. Das letztere ist möglich und sehr wichtig, weil es uns ein wesentliches Plus gibt. Die Frage, ob die Klein- oder die Großproduktion mehr gewinnen wird, ist die Frage jener vereinigten und kombinierten Ausnutzung unseres Fonds und der Marktentwicklung, die wir durch ein Abkommen mit dem Kapitalismus im Zusammenhang mit den Konzessionen erreichen, und das wird uns eine Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion bringen. Davon, wer von uns diese Mittel besser ausnutzen wird, hängen auch die Ergebnisse ab. Ich glaube, wenn die Arbeiterklasse, die die wichtigsten Zweige der Großindustrie in ihrer Hand hält, ihre Aufmerksamkeit auf die allerwichtigsten von ihnen konzentriert, wird sie mehr gewinnen als die Kleinindustrie, selbst wenn diese proportional rascher anwachsen sollte. Die Lage der Textilindustrie war bei uns so, daß sich gegen Ende 1920 zweifellos eine Besserung abzeichnete, aber es mangelte an Brennstoff; hätten wir genügend Brennstoff gehabt, so würden wir bis zu 800 Millionen Arschin Gewebe bekommen haben und würden für den Austausch gegen landwirtschaftliche Erzeugnisse über Stoffe eigener Produktion verfügen.

Doch infolge der Brennstoffkrise haben wir einen gewaltigen Rückgang

der Produktion. Wenn jetzt auch Kohle im Ausland gekauft wird und in ein oder zwei Wochen Schiffe mit Kohle eintreffen werden, so haben wir dennoch bereits einige Wochen oder sogar Monate verloren.

Jede Verbesserung der Lage der Großproduktion, die Möglichkeit, einige große Fabriken in Gang zu setzen, festigt die Lage des Proletariats dermaßen, daß wir das kleinbürgerliche Element, sogar wenn es erstarkt, durchaus nicht zu fürchten brauchen. Nicht davor sollen wir uns fürchten, daß die Kleinbourgeoisie und das Kleinkapital zunehmen werden. Fürchten müssen wir uns davor, daß der Zustand des ärgsten Hungers, der Not, des Produktenmangels zu lange andauert, denn infolge dieses Zustands ist das Proletariat bereits völlig entkräftet und außerstande, der Elementarkraft der kleinbürgerlichen Schwankungen und der Verzweiflung zu widerstehen. Das ist schrecklicher. Bei einer Vermehrung der Produktenmenge wird keinerlei Entwicklung der Kleinbourgeoisie ein großes Minus sein, da das zur Entwicklung der Großindustrie beiträgt, und wir müssen daher die kleine Landwirtschaft anspornen. Alles, was wir zu ihrer Anspornung tun können, sind wir zu tun verpflichtet. Die Steuer ist diesbezüglich eine bescheidene, aber sichere Maßnahme, die diesem Ansporn dienen wird und die wir unbedingt beschließen müssen. (B e i f a l l.)



Erste Seite von W. I. Lenins Manuskript
„Ursprünglicher Entwurf der Resolution des X. Parteitags
der KPR über die Einheit der Partei"
März 1921

Verkleinert

8

URSPRÜNGLICHER ENTWURF DER RESOLUTION DES X. PARTEITAGS DER KPR ÜBER DIE EINHEIT DER PARTEI[52]

1. Der Parteitag lenkt die Aufmerksamkeit aller Mitglieder der Partei darauf, daß die Einheit und Geschlossenheit ihrer Reihen, die Sicherung des vollen Vertrauens unter den Parteimitgliedern und einer wirklich einmütigen Arbeit, die tatsächlich die Einheit des Willens der Avantgarde des Proletariats verkörpert, im gegenwärtigen Augenblick, wo eine Reihe von Umständen die Schwankungen unter der kleinbürgerlichen Bevölkerung des Landes verstärkt, besonders notwendig sind.

2. Indessen sind schon vor der allgemeinen Parteidiskussion über die Gewerkschaften in der Partei einige Anzeichen von Fraktionsbildung festzustellen gewesen, d. h. die Entstehung von Gruppen mit besonderen Plattformen und mit dem Bestreben, sich bis zu einem gewissen Grade abzuschließen und eine eigene Gruppendisziplin zu schaffen. Solche Anzeichen von Fraktionsbildung gab es beispielsweise auf einer der Parteikonferenzen in Moskau (im November 1920) und in Charkow sowohl bei der Gruppe der sog. „Arbeiteropposition" als auch teilweise bei der Gruppe des sog. „demokratischen Zentralismus".

Es ist notwendig, daß alle klassenbewußten Arbeiter die Schädlichkeit und Unzulässigkeit jeder wie immer gearteten Fraktionsbildung klar erkennen, die selbst dann, wenn die Vertreter der einzelnen Gruppen den besten Willen haben, die Parteieinheit zu wahren, in der Praxis unweigerlich dazu führt, daß die einmütige Arbeit geschwächt wird und daß die Feinde, die sich an die Regierungspartei heranmachen, erneut verstärkte Versuche unternehmen, die Zerklüftung zu vertiefen und sie für die Zwecke der Konterrevolution auszunutzen.

Die Ausnutzung jeder Art Abweichung von der streng konsequenten

kommunistischen Linie durch die Feinde des Proletariats hat sich mit größter Anschaulichkeit an dem Beispiel der Kronstädter Meuterei gezeigt, als die bürgerliche Konterrevolution und die Weißgardisten in allen Ländern der Welt sofort ihre Bereitschaft bekundeten, sogar die Losungen einer Sowjetordnung aufzugreifen, um nur ja die Diktatur des Proletariats in Rußland zu Fall zu bringen, als die Sozialrevolutionäre und überhaupt die bürgerliche Konterrevolution sich in Kronstadt der Losungen des Aufstands angeblich im Namen der Sowjetmacht gegen die Sowjetregierung in Rußland bedienten. Solche Tatsachen beweisen vollauf, daß die Weißgardisten danach trachten und es verstehen, sich den Anstrich von Kommunisten zu geben, ja sogar von Kommunisten, die am weitesten links stehen, nur um das Bollwerk der proletarischen Revolution in Rußland zu schwächen und zu stürzen. Die menschewistischen Flugblätter in Petrograd am Vorabend der Kronstädter Meuterei zeigen gleicherweise, wie die Menschewiki die Meinungsverschiedenheiten und einige Ansätze zur Fraktionsbildung innerhalb der KPR ausnutzten, um die Kronstädter Meuterer, die Sozialrevolutionäre und Weißgardisten, faktisch vorwärtszutreiben und zu unterstützen, wobei sie sich in Worten als Gegner von Aufständen und als Anhänger der Sowjetmacht, nur einer Sowjetmacht mit angeblich kleinen Korrekturen, ausgaben.

3. Die Propaganda in dieser Frage muß bestehen einerseits in der gründlichen Aufklärung über die Schädlichkeit und Gefährlichkeit der Fraktionsbildung vom Standpunkt der Parteieinheit und der Verwirklichung der Willenseinheit der Avantgarde des Proletariats, als der Grundbedingung für den Erfolg der Diktatur des Proletariats, anderseits in der Aufklärung über die Eigenart der neusten taktischen Manöver der Feinde der Sowjetmacht. Diese Feinde, die sich davon überzeugt haben, daß die Konterrevolution unter offen weißgardistischer Flagge hoffnungslos ist, machen jetzt alle Anstrengungen, um die Meinungsverschiedenheiten innerhalb der KPR auszunutzen und die Konterrevolution auf diese oder jene Weise, durch Auslieferung der Macht an eine politische Schattierung, die äußerlich der Anerkennung der Sowjetmacht am nächsten kommt, zu fördern.

Die Propaganda muß auch die Erfahrungen früherer Revolutionen erläutern, in denen die Konterrevolution die der extremsten revolutionären Partei am nächsten stehende Opposition unterstützte, um die revolutio-

näre Diktatur zu erschüttern und zu stürzen und dadurch dem weiteren vollen Sieg der Konterrevolution, dem Sieg der Kapitalisten und Gutsbesitzer, den Weg zu bahnen.

4. Im praktischen Kampf gegen die Fraktionsbildung ist es notwendig, daß jede Parteiorganisation aufs strengste darauf achtet, daß keinerlei fraktionelle Vorstöße geduldet werden. Die unbedingt notwendige Kritik an den Mängeln der Partei muß so gehandhabt werden, daß jeder praktische Vorschlag in möglichst präziser Form unverzüglich, ohne jegliche Verschleppung, an die örtlichen und zentralen leitenden Organe der Partei zur Erörterung und Entscheidung weitergeleitet wird. Jeder, der Kritik übt, muß außerdem, was die Form der Kritik betrifft, Rücksicht nehmen auf die Lage der Partei, die von Feinden umgeben ist, und in bezug auf den Inhalt der Kritik durch seine eigene unmittelbare Teilnahme an der Sowjet- und Parteiarbeit prüfen, wie die Fehler der Partei oder einzelner ihrer Mitglieder in der Praxis korrigiert werden. Jedwede Analyse der allgemeinen Linie der Partei oder die Auswertung ihrer praktischen Erfahrung, die Kontrolle der Durchführung ihrer Beschlüsse, das Studium der Methoden zur Berichtigung von Fehlern usw. dürfen auf keinen Fall vorher in Gruppen erörtert werden, die sich auf Grund irgendeiner „Plattform" u. ä. bilden, sondern sind ausschließlich der unmittelbaren Behandlung durch alle Parteimitglieder zuzuleiten. Zu diesem Zweck verfügt der Parteitag, regelmäßiger den „Diskussionny Listok"[53] und besondere Sammelbände herauszugeben, wobei unermüdlich darauf hinzuwirken ist, daß die Kritik rein sachlich geführt wird und keinesfalls Formen annimmt, die den Klassenfeinden des Proletariats förderlich sein können.

5. Indem der Parteitag die Abweichung in der Richtung zum Syndikalismus und Anarchismus, die in einer besonderen Resolution analysiert wird, prinzipiell ablehnt und das Zentralkomitee beauftragt, jegliche Fraktionsbildung völlig auszumerzen, erklärt er gleichzeitig, daß hinsichtlich der Fragen, welche die besondere Aufmerksamkeit, z. B. der Gruppe der sogenannten „Arbeiteropposition", auf sich gelenkt haben – Säuberung der Partei von nichtproletarischen und unzuverlässigen Elementen, Bekämpfung des Bürokratismus, Entfaltung des Demokratismus und der Initiative der Arbeiter usw. –, alle wie immer gearteten sachlichen Vorschläge mit der größten Aufmerksamkeit geprüft und in der praktischen

Arbeit erprobt werden müssen. Die Partei muß wissen, daß wir in diesen Fragen nicht alle notwendigen Maßnahmen durchführen, weil wir auf eine ganze Reihe verschiedenartiger Hindernisse stoßen, und daß die Partei, bei rücksichtsloser Zurückweisung unsachlicher und fraktioneller Scheinkritik, nach wie vor unermüdlich, unter Erprobung neuer Methoden, mit allen Mitteln gegen den Bürokratismus, für die Erweiterung des Demokratismus, der Initiative, für die Aufdeckung, Entlarvung und Vertreibung der Leute, die sich in die Partei eingeschlichen haben, usw. kämpfen wird.

6. Der Parteitag erklärt daher ausnahmslos alle Gruppen, die sich auf der einen oder anderen Plattform gebildet haben (wie die Gruppen der „Arbeiteropposition", des „demokratischen Zentralismus" usw.), für aufgelöst bzw. ordnet ihre sofortige Auflösung an. Die Nichtausführung dieses Parteitagsbeschlusses hat unbedingt und sofort den Ausschluß aus der Partei nach sich zu ziehen.

7. Um innerhalb der Partei und in der gesamten Sowjetarbeit strenge Disziplin herbeizuführen und die größte Einheit, bei Ausmerzung jeglicher Fraktionsbildung, zu erzielen, ermächtigt der Parteitag das Zentralkomitee, in Fällen von Disziplinbruch oder von Wiederaufleben oder Duldung der Fraktionsbildung alle Parteistrafen bis zum Ausschluß aus der Partei und gegenüber Mitgliedern des ZK deren Überführung in den Stand von Kandidaten des ZK, ja als äußerste Maßnahme sogar den Ausschluß aus der Partei, in Anwendung zu bringen. Die Anwendung dieser äußersten Maßnahme gegen Mitglieder des ZK, Kandidaten des ZK und Mitglieder der Kontrollkommission ist an die Bedingung geknüpft, daß ein Plenum des ZK einberufen wird, zu dem alle Kandidaten des ZK sowie alle Mitglieder der Kontrollkommission geladen werden. Erachtet diese gemeinsame Tagung der verantwortlichsten Leiter der Partei mit Zweidrittelmehrheit der Stimmen die Überführung eines Mitglieds des ZK in den Stand eines Kandidaten des ZK oder den Ausschluß aus der Partei für notwendig, so muß diese Maßregel unverzüglich durchgeführt werden.

Nach dem Manuskript.

9

URSPRÜNGLICHER ENTWURF DER RESOLUTION DES X. PARTEITAGS DER KPR ÜBER DIE SYNDIKALISTISCHE UND ANARCHISTISCHE ABWEICHUNG IN UNSERER PARTEI

1. In den letzten Monaten ist in den Reihen der Partei deutlich eine syndikalistische und anarchistische Abweichung zutage getreten, welche die entschiedensten Maßnahmen auf dem Gebiet des ideologischen Kampfes sowie zur Reinigung und Gesundung der Partei erfordert.

2. Die genannte Abweichung ist zum Teil dadurch hervorgerufen worden, daß in die Reihen der Partei ehemalige Menschewiki eingetreten sind, sodann auch Arbeiter und Bauern, die sich die kommunistische Weltanschauung noch nicht ganz zu eigen gemacht haben; hauptsächlich aber ist diese Abweichung durch die Einwirkung des kleinbürgerlichen Elements auf das Proletariat und die KPR hervorgerufen worden, eines Elements, das in unserem Lande außerordentlich stark ist und unvermeidlich Schwankungen in der Richtung zum Anarchismus erzeugt, besonders in Augenblicken, wo sich die Lage der Massen infolge der Mißernte und der äußerst verheerenden Folgen des Krieges kraß verschlechtert hat und wo durch die Demobilisierung der Millionenarmee viele Hunderttausende Bauern und Arbeiter ins Land hinausgeschleudert werden, die nicht sofort imstande sind, richtige Einkommenquellen für ihre Existenz zu finden.

3. Der theoretisch abgeschlossenste und prägnanteste Ausdruck dieser Abweichung (*Variante*: einer der abgeschlossensten usw. Ausdrücke dieser Abweichung) sind die Thesen und andere literarische Erzeugnisse der Gruppe der sogenannten „Arbeiteropposition". Bezeichnend genug ist beispielsweise ihre folgende These: „Die Leitung der Volkswirtschaft zu organisieren, obliegt dem Gesamtrussischen Kongreß der Produzenten, die in gewerkschaftlichen Produktionsverbänden zusammenzuschließen

sind. Diese wählen das zentrale Organ, das die gesamte Volkswirtschaft der Republik leitet."

Die Ideen, die dieser und zahlreichen ähnlichen Erklärungen zugrunde liegen, sind theoretisch von Grund aus falsch, denn sie bedeuten den völligen Bruch mit dem Marxismus und Kommunismus sowie mit den Ergebnissen der praktischen Erfahrung aller halbproletarischen Revolutionen und der jetzigen proletarischen Revolution.

Erstens vereinigt der Begriff „Produzent" den Proletarier mit dem Halbproletarier und mit dem kleinen Warenproduzenten und gibt somit den Grundbegriff des Klassenkampfes und die Grundforderung, zwischen den Klassen genau zu unterscheiden, radikal preis.

Zweitens ist die Orientierung auf die parteilosen Massen bzw. das Liebäugeln mit ihnen, das in der angeführten These zum Ausdruck kommt, eine nicht weniger radikale Abkehr vom Marxismus.

Der Marxismus lehrt – und diese Lehre ist nicht nur formell von der gesamten Kommunistischen Internationale im Beschluß des II. Kongresses der Komintern (1920) über die Rolle der politischen Partei des Proletariats bestätigt worden, sondern auch praktisch durch unsere Revolution bestätigt worden –, daß nur die politische Partei der Arbeiterklasse, d. h. die kommunistische Partei, imstande ist, eine solche Avantgarde des Proletariats und der gesamten werktätigen Masse zu vereinigen, zu erziehen und zu organisieren, die allein fähig ist, den unvermeidlichen kleinbürgerlichen Schwankungen dieser Masse, den unvermeidlichen Traditionen und Rückfällen in zünftlerische Beschränktheit oder zünftlerische Vorurteile unter dem Proletariat zu widerstehen und die ganze zusammengefaßte Tätigkeit des gesamten Proletariats zu leiten, d. h. es politisch zu leiten, und durch das Proletariat alle werktätigen Massen zu leiten. Anders ist die Diktatur des Proletariats nicht zu verwirklichen.

Die falsche Auffassung von der Rolle der kommunistischen Partei in ihrem Verhältnis zum parteilosen Proletariat und sodann im Verhältnis des ersten und des zweiten Faktors zur gesamten Masse der Werktätigen ist eine grundsätzliche theoretische Abkehr vom Kommunismus und eine Abweichung in der Richtung zum Syndikalismus und Anarchismus, diese Abweichung aber durchdringt alle Auffassungen der Gruppe der „Arbeiteropposition".

4. Der X. Parteitag der KPR erklärt, daß er alle Versuche der genann-

ten Gruppe und anderer Personen, ihre falschen Auffassungen unter Berufung auf Paragraph 5 des wirtschaftlichen Teils des Programms der KPR zu verteidigen, der sich mit der Rolle der Gewerkschaften befaßt, ebenfalls für grundfalsch hält. Dieser Paragraph besagt, daß „die Gewerkschaften dahin gelangen müssen, daß sie die ganze Leitung der gesamten Volkswirtschaft als eines einheitlichen wirtschaftlichen Ganzen tatsächlich in ihren Händen konzentrieren" und daß sie „auf diese Weise ein unlösbares Band zwischen der zentralen Staatsverwaltung, der Volkswirtschaft und den breiten Massen der Werktätigen sichern", indem sie diese Massen „zur unmittelbaren Arbeit an der Wirtschaftsführung heranziehen".

Als Vorbedingung für eine solche Lage, zu der die Gewerkschaften „gelangen müssen", erklärt das Programm der KPR im gleichen Paragraphen den Prozeß der „immer größeren Befreiung der Gewerkschaften von der zünftlerischen Beschränktheit" und die Erfassung der Mehrheit „und nach und nach aller" Werktätigen durch die Gewerkschaften.

Schließlich wird im gleichen Paragraphen des Programms der KPR unterstrichen, daß die Gewerkschaften „bereits auf Grund der Gesetze der RSFSR und der eingebürgerten Praxis an allen lokalen und zentralen Verwaltungsorganen der Industrie teilnehmen".

Anstatt gerade diese praktischen Erfahrungen der Teilnahme an der Verwaltung zu berücksichtigen, anstatt diese Erfahrungen in strenger Übereinstimmung mit den erreichten Erfolgen und korrigierten Fehlern weiter zu entwickeln, geben die Syndikalisten und Anarchisten direkt die Losung „Kongresse oder Kongreß der Produzenten" aus, die die Verwaltungsorgane der Wirtschaft „wählen". Die führende, erzieherische, organisierende Rolle der Partei gegenüber den Gewerkschaften des Proletariats und des Proletariats gegenüber den halbkleinbürgerlichen und ausgesprochen kleinbürgerlichen Massen der Werktätigen wird auf diese Weise vollständig umgangen, ausgeschaltet, und anstatt der Fortführung und Verbesserung der von der Sowjetmacht bereits begonnenen praktischen Arbeit zum Aufbau neuer Wirtschaftsformen ergibt sich ein kleinbürgerlich-anarchistisches Zerstören dieser Arbeit, das nur zum Triumph der bürgerlichen Konterrevolution führen kann.

5. Außer der theoretischen Unrichtigkeit und der grundfalschen Einstellung zur praktischen Erfahrung des von der Sowjetmacht begonnenen

wirtschaftlichen Aufbaus sieht der Parteitag der KPR in den Auffassungen dieser Gruppe und analoger Gruppen und Personen eine schwere politische Verirrung und eine unmittelbare politische Gefahr für das Bestehen der Diktatur des Proletariats selbst.

In einem Lande wie Rußland werden durch das gewaltige Überwiegen des kleinbürgerlichen Elements und durch die infolge des Krieges unvermeidliche wirtschaftliche Zerrüttung und Verarmung, die Epidemien und Mißernten, die krasse Verschärfung der Not und der Volksleiden besonders starke Schwankungen in den Stimmungen der kleinbürgerlichen und halbproletarischen Massen erzeugt. Diese Schwankungen verlaufen bald in der Richtung einer Stärkung des Bündnisses dieser Massen mit dem Proletariat, bald in der Richtung einer bürgerlichen Restauration, und die ganze Erfahrung aller Revolutionen des 18., 19. und 20. Jahrhunderts zeigt mit absoluter Klarheit und Überzeugungskraft, daß aus diesen Schwankungen nichts anderes herauskommen kann als die Restauration (Wiederherstellung) der Macht und des Eigentums der Kapitalisten und der Gutsbesitzer, falls die Einheit, die Kraft, der Einfluß der revolutionären Vorhut des Proletariats auch nur im geringsten geschwächt wird.

Deshalb sind die Ansichten der „Arbeiteropposition" und ihr ähnlicher Elemente nicht nur theoretisch falsch, sondern dienen auch praktisch als Ausdruck kleinbürgerlicher und anarchistischer Schwankungen, schwächen praktisch die konsequente führende Linie der kommunistischen Partei und helfen praktisch den Klassenfeinden der proletarischen Revolution.

6. Auf Grund all dessen verwirft der Parteitag der KPR entschieden diese Ideen, in denen sich die syndikalistische und anarchistische Abweichung äußert, und erkennt als notwendig an

erstens, unaufhörlich und systematisch den ideologischen Kampf gegen diese Ideen zu führen;

zweitens erklärt der Parteitag die Propaganda dieser Ideen für unvereinbar mit der Zugehörigkeit zur KPR.

Indem der Parteitag das ZK der Partei beauftragt, diese seine Beschlüsse strengstens durchzuführen, weist er zugleich darauf hin, daß in speziellen Veröffentlichungen, Sammelbänden usw. dem möglichst gründlichen Meinungsaustausch der Parteimitglieder über alle erwähnten Fragen Platz eingeräumt werden kann und soll.

Nach dem Manuskript.

10

REFERAT ÜBER DIE EINHEIT DER PARTEI UND DIE ANARCHO-SYNDIKALISTISCHE ABWEICHUNG 16. MÄRZ[54]

Genossen! Mir scheint, daß über diese Frage nicht viel gesagt zu werden braucht, da unser ganzer Parteitag bei der Behandlung aller Fragen schon die Themen angeschnitten hat, zu denen jetzt offiziell im Namen des Parteitags, also im Namen der gesamten Partei, Stellung genommen werden soll. Was die Resolution „Über die Einheit" betrifft, so enthält sie zu einem wesentlichen Teil eine Charakteristik der politischen Lage. Sie alle haben natürlich den gedruckten Text dieser Resolution, der hier verteilt wurde, gelesen. Nicht zu veröffentlichen ist der siebente Punkt, der eine außerordentliche Maßnahme einführt: das Recht des Ausschlusses aus dem ZK unter der Bedingung, daß in der gemeinsamen Tagung der Mitglieder und Kandidaten des ZK sowie der Mitglieder der Zentralen Kontrollkommission eine Zweidrittelmehrheit vorhanden ist. Diese Maßnahme wurde mehrmals in Sonderberatungen besprochen, in denen Vertreter aller Schattierungen zu Worte kamen. Wir wollen hoffen, Genossen, daß es nicht dazu kommen wird, diesen Punkt in Anwendung zu bringen; aber er ist notwendig in der neuen Lage, da wir hier vor einer ziemlich schroffen Wendung stehen und alle Spuren von Absonderung ausmerzen wollen.

Ich komme nun zur Resolution über die syndikalistischen und anarchistischen Abweichungen. Es handelt sich hier um die Frage, die im vierten Punkt der Tagesordnung des Parteitags berührt worden ist. Der Kernpunkt der ganzen Resolution ist die Festlegung unserer Stellung zu einigen Strömungen bzw. ideologischen Abweichungen. Wenn wir „Abweichungen" sagen, so betonen wir damit, daß wir hier noch nichts endgültig in Form Gebrachtes, nichts Unbedingtes und völlig Bestimmtes, sondern nur die Ansätze einer politischen Richtung sehen, die nicht ohne Einschätzung

durch die Partei bleiben darf. Im dritten Punkt der Resolution über die syndikalistische und anarchistische Abweichung, die Sie wahrscheinlich alle zur Hand haben, ist offensichtlich ein Druckfehler enthalten (wie aus Bemerkungen zu ersehen ist, ist dieser Druckfehler bereits entdeckt worden). Es muß heißen: „Bezeichnend ist beispielsweise ihre", d. h. der „Arbeiteropposition", „folgende These: ‚Die Leitung der Volkswirtschaft zu organisieren, obliegt dem Gesamtrussischen Kongreß der Produzenten, die in gewerkschaftlichen Produktionsverbänden zusammengeschlossen sind. Diese wählen die zentralen Organe, die die gesamte Volkswirtschaft der Republik leiten.'" Wir haben auf dem Parteitag über diesen Punkt schon mehrfach gesprochen, sowohl in Sonderberatungen als auch in den offenen Plenartagungen des Parteitags. Ich glaube, wir haben bereits klargestellt, daß es auf keinen Fall angängig ist, diesen Punkt unter Berufung darauf zu verteidigen, daß bei Engels eine Stelle über die Vereinigung der Produzenten zu finden ist; denn es ist ganz offensichtlich – und eine genaue Nachprüfung der in Frage kommenden Stelle bestätigt das –, daß bei Engels die Rede von der kommunistischen Gesellschaft ist, in der es keine Klassen mehr gibt. Darüber sind wir uns alle einig. Wenn es in der Gesellschaft keine Klassen mehr gibt, dann wird sie nur aus arbeitenden Produzenten bestehen, dann wird es keine Arbeiter und Bauern geben. Und aus allen Schriften von Marx und Engels wissen wir sehr wohl, daß sie aufs genaueste unterscheiden zwischen der Periode, in der es noch Klassen gibt, und der Periode, in der es keine mehr geben wird. Marx und Engels haben die Gedanken, Reden und Mutmaßungen über das Verschwinden der Klassen vor dem Kommunismus schonungslos verspottet und erklärt, daß nur der Kommunismus die Aufhebung der Klassen bedeutet.[55]

Wir sind in die Lage gekommen, die ersten zu sein, die die Frage dieser Aufhebung der Klassen praktisch gestellt haben, und in dem Bauernland sind jetzt zwei Hauptklassen geblieben: die Arbeiterklasse und die Bauernschaft. Daneben haben wir ganze Gruppen von Resten und Überbleibseln des Kapitalismus.

Unser Programm sagt eindeutig, daß wir die ersten Schritte tun, daß wir eine ganze Reihe von Übergangsstufen haben werden. Aber wir haben in der Praxis unserer Sowjetarbeit und der ganzen Geschichte der Revolution ständig aufs anschaulichste gesehen, daß es falsch ist, solche

theoretischen Definitionen zu geben, wie sie die Opposition im gegebenen Falle gibt. Wir wissen sehr wohl, daß bei uns Klassen geblieben sind und noch lange bleiben werden, daß sie in einem Lande mit überwiegender Bauernbevölkerung unvermeidlich noch lange, noch viele Jahre bestehen bleiben werden. Die Minimalfrist, in der es möglich wäre, die Großindustrie derart in Gang zu bringen, daß sie einen Fonds schaffen könnte, um sich die Landwirtschaft unterzuordnen, dürfte zehn Jahre betragen. Das ist die Minimalfrist bei unerhört günstigen technischen Bedingungen. Wir wissen jedoch, daß wir uns in unerhört ungünstigen Verhältnissen befinden. Einen Plan zum Aufbau Rußlands auf der Grundlage einer modernen Großindustrie haben wir – es ist der von wissenschaftlichen Kräften ausgearbeitete Elektrifizierungsplan. Hier werden zehn Jahre als Minimalfrist angesetzt, wobei als Grundlage Bedingungen vorausgesetzt werden, die sich den normalen einigermaßen nähern. Doch wissen wir nur zu gut, daß diese Bedingungen nicht vorhanden sind. Ein Jahrzehnt ist also für uns eine überaus kurze Frist – darüber braucht man kein Wort zu verlieren. Wir sind nun beim Kern der Frage angelangt: Es ist eine solche Lage möglich, daß dem Proletariat feindliche Klassen bestehenbleiben, daher können wir das, wovon bei Engels die Rede ist, jetzt praktisch eben nicht schaffen. Erst wird die Diktatur des Proletariats sein. Dann wird die klassenlose Gesellschaft kommen.

Es ist also eine solche Lage möglich, daß dem Proletariat feindliche Klassen bestehenbleiben. Danach wird die klassenlose Gesellschaft kommen. Marx und Engels führten einen schonungslosen Kampf gegen Leute, die die Klassenunterschiede vergaßen und von den Produzenten, vom Volk oder von den Werktätigen schlechthin sprachen. Wer die Werke von Marx und Engels auch nur einigermaßen kennt, der kann nicht vergessen, daß in allen diesen Werken immer wieder diejenigen verspottet werden, die von den Produzenten, vom Volk, von den Werktätigen schlechthin sprechen. Es gibt keine Werktätigen schlechthin oder Schaffenden schlechthin, sondern es gibt entweder den Produktionsmittel besitzenden Kleineigentümer, dessen ganze Mentalität und alle Lebensgewohnheiten kapitalistisch sind – was auch nicht anders sein kann –, oder den Lohnarbeiter, der eine ganz andere Mentalität hat, den Lohnarbeiter der Großindustrie, der im Antagonismus, im Gegensatz zu den Kapitalisten, im Kampfe mit ihnen steht.

Wenn wir nach drei Jahren unseres Kampfes bei dieser Frage angelangt sind, nachdem wir die Anwendung der politischen Macht des Proletariats erprobt haben und wissen, welche gewaltigen Schwierigkeiten in den Wechselbeziehungen zwischen den Klassen bestehen, da diese Klassen noch da sind, da Reste der Bourgeoisie noch in allen Ritzen und Spalten unseres Lebens, innerhalb der Sowjetinstitutionen zu beobachten sind – dann ist unter diesen Umständen das Auftauchen einer Plattform mit den Thesen, die ich verlesen habe, eine ausgesprochene und offenkundige syndikalistisch-anarchistische Abweichung. Diese Worte sind nicht übertrieben, sie sind wohlüberlegt. Eine Abweichung ist noch keine fertige Richtung. Eine Abweichung ist etwas, was sich korrigieren läßt. Manche Leute sind etwas vom Weg abgeirrt oder beginnen vom Weg abzuirren, aber das läßt sich noch gutmachen. Das wird meines Erachtens eben durch das Wort „Abweichung" zum Ausdruck gebracht. Damit wird betont, daß hier noch nichts Endgültiges vorliegt, daß die Sache noch leicht einzurenken ist; das bedeutet den Wunsch, zu warnen und die Frage in ihrem ganzen Umfang und grundsätzlich aufzurollen. Wenn jemand ein Wort findet, das diesen Gedanken besser ausdrückt – bitte sehr. Ich hoffe, daß wir um Worte nicht streiten werden, was aber das Wesen der Sache betrifft, so analysieren wir diese These als die grundlegende, um uns nicht in dem Wust ähnlicher Ideen zu verlieren, deren es in der Gruppe der „Arbeiteropposition" eine Unmenge gibt. Das zu analysieren, überlassen wir unseren Literaten sowie den Führern dieser Strömung, denn am Schluß der Resolution sagen wir ausdrücklich, daß in speziellen Veröffentlichungen und Sammelbänden für einen möglichst gründlichen Meinungsaustausch der Parteimitglieder über alle erwähnten Fragen Platz eingeräumt werden kann und soll. Wir können es uns jetzt nicht leisten, diese Frage aufzuschieben. Wir sind eine Partei, die in Verhältnissen verschärfter Schwierigkeiten kämpft. Wir müssen uns sagen: Damit die Einheit von Dauer sei, muß die und die Abweichung verurteilt werden. Ist sie einmal zum Vorschein gekommen, so muß man sie erkennen und erörtern. Ist aber eine eingehende Diskussion notwendig – bitte schön, es werden sich bei uns Leute finden, die die ganze einschlägige Literatur zitieren können, und falls es nötig und angebracht ist, werden wir diese Frage auch im internationalen Maßstab aufrollen, denn wie Sie eben aus dem Bericht des Vertreters der Komintern gehört haben und wie Sie alle wissen, gibt es

in den Reihen der internationalen revolutionären Arbeiterbewegung eine gewisse linke Abweichung. Die Abweichung, von der wir jetzt sprechen, ist die gleiche wie die anarchistische Abweichung bei der Kommunistischen Arbeiterpartei Deutschlands, der gegenüber auf dem vorigen Kongreß der Komintern eine klare Kampfstellung eingenommen wurde.[56] Die Ausdrücke, die dort gebraucht wurden, um diese Abweichung zu kennzeichnen, klangen oft schärfer als das Wort „Abweichung". Sie wissen, daß das eine internationale Frage ist. Es wäre daher falsch, wenn man sie in dem Sinne erledigen wollte, daß Schluß gemacht würde mit allem Diskutieren. Aber die theoretische Diskussion ist eine Sache, die politische Linie der Partei, der politische Kampf sind eine andere Sache. Wir sind kein Diskutierklub. Wir können und werden natürlich Sammelbände und spezielle Veröffentlichungen herausgeben, vor allem aber müssen wir unter den schwierigsten Verhältnissen kämpfen, und darum müssen wir uns zu einer festen Einheit zusammenschließen. Wenn dabei in die politische Diskussion, in den politischen Kampf Vorschläge hineingetragen werden wie die Organisierung eines „Gesamtrussischen Kongresses der Produzenten", dann können wir nicht einmütig und geschlossen marschieren; das ist nicht die Politik, die wir uns für mehrere Jahre vorgezeichnet haben. Das ist eine Politik, die die einmütige Arbeit der Partei hintertreiben würde, und diese Politik ist nicht nur theoretisch falsch, sie ist deshalb falsch, weil sie die Beziehungen zwischen den Klassen falsch definiert – also das Fundamentale und Grundlegende, ohne das es keinen Marxismus gibt und worüber der II. Kongreß der Komintern eine Resolution gefaßt hat. Die Dinge liegen zur Zeit so, daß das parteilose Element kleinbürgerlichen Schwankungen unterliegt, die bei der gegenwärtigen ökonomischen Lage Rußlands unvermeidlich sind. Wir müssen dessen eingedenk sein, daß die innere Gefahr in gewisser Hinsicht größer ist, als es die Gefahr war, die uns von Denikin und Judenitsch drohte, und wir müssen nicht nur eine formale, sondern eine viel tiefer gehende Geschlossenheit an den Tag legen. Um diese Geschlossenheit zu schaffen, können wir ohne eine ähnliche Resolution nicht auskommen.

Ferner halte ich den Paragraphen 4 dieser Resolution für sehr wichtig, denn er gibt eine Deutung unseres Programms, eine authentische Deutung, d. h. eine Deutung, die vom Autor ausgeht. Sein Autor ist der Parteitag, und darum muß der Parteitag eine Deutung geben, um Schluß zu

machen mit den Schwankungen, ja manchmal sogar dem Spiel, das mit unserem Programm getrieben wird: als ob über die Gewerkschaften im Programm gerade das gesagt sei, was manch einer gern herauslesen möchte. Sie haben die Kritik gehört, die Gen. Rjasanow von dieser Tribüne herab an diesem Programm geübt hat – bedanken wir uns bei dem Urheber dieser Kritik für die theoretischen Untersuchungen! Sie haben die Kritik gehört, die Gen. Schljapnikow geübt hat. Man darf das nicht mit Schweigen übergehen. Ich glaube, in der vorliegenden Resolution haben wir das, was wir jetzt brauchen. Im Namen des Parteitags, der das Programm bestätigt und der die höchste Instanz der Partei ist, muß gesagt werden: so und nicht anders verstehen wir dieses Programm. Ich wiederhole, daß die theoretischen Diskussionen damit nicht abgeschnitten werden. Vorschläge zur Änderung des Programms können gemacht werden, in dieser Hinsicht gibt es kein Verbot. Wir halten das Programm nicht für so überragend, daß daran nichts zu ändern wäre, aber es liegen im Augenblick keine formellen Vorschläge vor, wir haben der Behandlung dieser Frage keine Zeit gewidmet. Lesen wir dieses Programm aufmerksam durch, so finden wir hier folgendes: „Die Gewerkschaften müssen dahin gelangen, daß sie ... tatsächlich konzentrieren" usw.; „müssen dahin gelangen, daß sie ... tatsächlich konzentrieren" – das muß man hervorheben. Und weiter oben lesen wir, daß „die Gewerkschaften auf Grund der Gesetze ... an allen lokalen und zentralen Verwaltungsorganen der Produktion teilnehmen". Wir wissen, daß die kapitalistische Produktion im Zusammenwirken aller fortgeschrittenen Länder der Welt in Jahrzehnten aufgebaut wurde. Sind wir denn schon in Kinderei verfallen, daß wir glauben, im Augenblick der größten Not, des größten Elends in einem Lande, wo die Arbeiter die Minderheit bilden, in einem Lande mit einer erschöpften, verblutenden proletarischen Vorhut und einer Masse von Bauern könnten wir diesen Prozeß so schnell beenden?! Wir haben noch nicht einmal das Hauptfundament gelegt, wir haben erst begonnen, an Hand der Erfahrung festzustellen, wie die Leitung der Produktion unter Teilnahme der Gewerkschaften zu erfolgen hat. Wir wissen, das Haupthindernis ist die Not. Es stimmt nicht, daß wir die Massen nicht heranziehen; im Gegenteil, jedes halbwegs beachtenswerte Talent, jede nur einigermaßen herausragende Begabung in der Arbeitermasse findet unsere aufrichtigste Unterstützung. Nur muß die Lage ein

klein wenig erträglicher werden. Wir brauchen ein oder zwei Jahre Erholung vom Hunger, nicht weniger. Geschichtlich gesehen, ist das eine verschwindend kleine Zeitspanne, in unseren Verhältnissen aber ist das eine lange Zeit. Ein oder zwei Jahre Erholung vom Hunger, ein oder zwei Jahre normale Versorgung mit Brennstoff, damit die Fabriken arbeiten – und wir werden von der Arbeiterklasse hundertmal mehr Unterstützung erhalten, aus ihren Reihen werden viel mehr Talente hervorgehen, als wir jetzt haben. Daran zweifelt niemand, daran kann niemand zweifeln. Heute erhalten wir diese Unterstützung nicht, aber nicht deshalb, weil wir sie nicht wollen. Wir tun alles, was in dieser Hinsicht getan werden kann. Niemand wird sagen können, daß die Regierung, die Gewerkschaften, das Zentralkomitee der Partei auch nur eine einzige Möglichkeit in dieser Beziehung ungenutzt gelassen hätten; doch wir wissen, daß die Not verzweifelt groß ist, daß überall Hunger und Elend herrschen, und auf diesem Boden entsteht auf Schritt und Tritt Passivität. Fürchten wir uns nicht, das Übel und Unheil beim richtigen Namen zu nennen. Das ist es ja, was die Massen hindert, ihre Energie zu entfalten. Bei einer solchen Sachlage, daß in den Verwaltungen, wie wir aus der Statistik wissen, 60 Prozent Arbeiter sitzen, ist es absolut unmöglich, jetzt den Versuch zu machen, die Worte im Programm „Die Gewerkschaften müssen dahin gelangen, daß sie ... tatsächlich konzentrieren" usw. auf Schljapnikowsche Art auszulegen.

Eine authentische Deutung des Programms wird uns die Möglichkeit geben, die unentbehrliche taktische Geschlossenheit und Einheitlichkeit mit der notwendigen Diskussionsfreiheit zu verbinden, was denn auch am Schluß der Resolution betont wird. Worauf läuft die Resolution hinaus? Lesen wir den sechsten Punkt:

„Auf Grund all dessen verwirft der Parteitag der KPR entschieden diese Ideen, in denen sich die syndikalistische und anarchistische Abweichung äußert, und erkennt als notwendig an, erstens, unaufhörlich und systematisch den ideologischen Kampf gegen diese Ideen zu führen; zweitens erklärt der Parteitag die Propaganda dieser Ideen für unvereinbar mit der Zugehörigkeit zur KPR.

Indem der Parteitag das ZK der Partei beauftragt, diese seine Beschlüsse strengstens durchzuführen, weist er zugleich darauf hin, daß in speziellen Veröffentlichungen, Sammelbänden usw. dem möglichst gründ-

lichen Meinungsaustausch der Parteimitglieder über alle erwähnten Fragen Platz eingeräumt werden kann und soll."

Sehen Sie denn nicht, wo Sie doch alle in der einen oder anderen Weise Agitatoren und Propagandisten sind –, sehen Sie denn nicht den Unterschied zwischen der Propaganda von Ideen innerhalb kämpfender politischer Parteien und dem Meinungsaustausch in speziellen Veröffentlichungen und Sammelbänden? Ich bin überzeugt, daß diesen Unterschied jeder sehen wird, der gewillt ist, in den Sinn dieser Resolution einzudringen. Und wir hoffen, daß die Vertreter dieser Abweichung, die wir ins ZK aufnehmen, sich dort zum Parteitagsbeschluß so verhalten werden wie jedes bewußte, disziplinierte Parteimitglied; wir hoffen, daß wir mit ihrer Hilfe im ZK diese Grenzlinie ziehen werden, ohne eine besondere Lage zu schaffen; wir werden untersuchen, was sich in der Partei abspielt – eine Propaganda von Ideen innerhalb einer kämpfenden politischen Partei oder ein Meinungsaustausch in speziellen Veröffentlichungen und Sammelbänden. Wer sich dafür interessiert, Zitate von Engels bis in die letzten Feinheiten zu studieren – bitte schön! Es gibt Theoretiker, die der Partei stets einen nützlichen Rat geben werden. Das ist notwendig. Wir werden zwei, drei große Sammelbände herausgeben – das ist nützlich und absolut notwendig. Aber ähnelt das etwa einem Kampf von Plattformen, kann man denn das verwechseln? Das wird niemand verwechseln, der gewillt ist, sich in unsere politische Lage hineinzudenken.

Man hemme nicht unsere politische Arbeit, besonders in einem schwierigen Augenblick, aber verzichte nicht auf wissenschaftliche Untersuchungen. Wenn Gen. Schljapnikow zum Beispiel seine Mußestunden dazu verwenden will, als Ergänzung zu dem von ihm kürzlich veröffentlichten Band über seine Erfahrungen im revolutionären Kampf noch aus der Zeit der Illegalität in den nächsten Monaten einen zweiten Band mit der Analyse des Begriffs „Produzent" folgen zu lassen – bitte sehr! Die vorliegende Resolution aber wird uns als Wegweiser dienen. Wir hatten die breiteste, freieste Diskussion eröffnet. Die Plattform der „Arbeiteropposition" wurde im Zentralorgan der Partei in einer Auflage von 250 000 Exemplaren gedruckt. Wir haben sie von allen Seiten und in jeder Weise erwogen, wir haben auf der Grundlage dieser Plattform gewählt und schließlich den Parteitag einberufen, der das Fazit der politischen Diskus-

sion zieht und sagt: eine Abweichung ist festgestellt worden, lassen wir das Versteckspiel, sagen wir offen: eine Abweichung ist eine Abweichung, man muß sie korrigieren; wir werden sie korrigieren, die Diskussion aber wird eine theoretische Diskussion sein.

Deshalb eben wiederhole und unterstütze ich den Antrag, daß wir diese beiden Resolutionen annehmen, die Einheit der Partei untermauern und eine richtige Definition dessen geben, womit sich Parteiversammlungen befassen sollen und womit sich einzelne Personen – Marxisten, Kommunisten, die der Partei helfen und sich dieser oder jener theoretischen Frage widmen wollen – in ihrer freien Zeit befassen können. (Beifall.)

11

SCHLUSSWORT ZUM REFERAT ÜBER DIE EINHEIT DER PARTEI UND DIE ANARCHO-SYNDIKALISTISCHE ABWEICHUNG 16. MÄRZ

Genossen! Wir haben hier unglaublich scharfe Äußerungen gehört, von denen die schärfste wohl der gegen unsere Resolution erhobene Vorwurf der Verleumdung war. Aber es gibt Schärfen, die sich selbst entlarven. Sie haben die Resolution. Sie wissen, daß wir zwei Vertreter der „Arbeiteropposition" ins ZK aufgenommen haben, daß wir den Ausdruck „Abweichung" gebraucht haben. Ich unterstreiche seine Bedeutung. Weder Schljapnikow noch Medwedew haben ein anderes Wort vorgeschlagen. Wir haben hier die Thesen kritisiert, die auch von den Vertretern aller Schattierungen kritisiert worden sind. Wie kann man danach von Verleumdung reden? Wenn man den Leuten etwas zugeschrieben hätte, was sich durch Tatsachen widerlegen läßt, dann hätte dieses scharfe Wort einen Sinn. Jetzt ist das einfach der Ausdruck einer gewissen Gereiztheit. *Das ist kein ernst zu nehmender Einwand!*

Jetzt komme ich zu den Punkten, die hier vorgebracht worden sind. Es gab einen Hinweis, daß man gegenüber der Gruppe des „demokratischen Zentralismus" ungerecht gewesen wäre. Sie haben verfolgt, wie die Verständigung zwischen den Gruppen und der Meinungsaustausch in der Frage der Wahlen zum ZK, die hier von den Vertretern der Gruppe des „demokratischen Zentralismus" berührt worden ist, vor sich gegangen sind. Sie wissen, daß zum Beispiel ich persönlich, beginnend mit der Sonderberatung, an der die Gruppe der „Arbeiteropposition" vollzählig und eine Reihe sehr angesehener Genossen, Vertreter aller Schattierungen, teilnahmen, offen erklärt habe, daß uns Vertreter der Gruppen der „Arbeiteropposition" und des „demokratischen Zentralismus" im ZK erwünscht seien. In der Beratung, an der alle Genossen von der „Arbeiteropposition"

und Vertreter aller Schattierungen teilnahmen, hat niemand widersprochen. Es ist ganz klar, wenn wir als Ergebnis von der Gruppe des „demokratischen Zentralismus" einen Kandidaten und nicht ein Mitglied des ZK bekommen haben, so war dies das Resultat eines langen Meinungsaustauschs, einer Verständigung der Gruppen untereinander. Und darin irgendein Mißtrauen oder eine Ungerechtigkeit gegenüber der Gruppe des „demokratischen Zentralismus" zu sehen ist einfach Nörgelei. Alles, was notwendig war, um zu betonen, daß wir gerecht sein wollen, haben wir im ZK getan. Das ist eine Tatsache, die man nicht aus der Welt schaffen kann. Und die Schlußfolgerung zu ziehen, man sei ungerecht gewesen, ist Nörgelei! Oder ein Genosse aus der Gruppe des „demokratischen Zentralismus" hat beispielsweise davon geredet, daß Paragraph 7 der Resolution unnötig sei: das ZK habe ohnehin das Recht dazu. Wir schlagen vor, Paragraph 1 nicht zu veröffentlichen, denn wir hoffen, daß sich seine Anwendung erübrigen wird – das ist eine Maßnahme für den äußersten Fall. Aber wenn der Genosse von der Gruppe des „demokratischen Zentralismus" sagt: „Ihr hattet statutengemäß das Recht dazu", so kennt er das Statut nicht, so kennt er die Prinzipien des demokratischen Zentralismus nicht, so kennt er die Prinzipien des Zentralismus nicht. Daß das vom Parteitag gewählte ZK das Recht habe, jemand aus dem ZK auszuschließen, wird keinerlei Demokratie, keinerlei Zentralismus jemals zulassen. (Zwischenruf: „Durch die Partei".) Besonders durch die Partei. Der Parteitag wählt das ZK, dadurch drückt er ihm das höchste Vertrauen aus, dadurch übergibt er ihm die Führung. Und daß das ZK gegenüber seinem Mitglied ein solches Recht habe – so etwas hat unsere Partei niemals und nirgendwo zugelassen. Das ist eine Maßnahme für den äußersten Fall, die speziell im Bewußtsein der gegenwärtigen Gefahr getroffen wird. Es wird eine außerordentliche Körperschaft gebildet: das ZK plus die Kandidaten plus die Kontrollkommission mit gleichem Stimmrecht. Eine solche Körperschaft, ein solches Plenum von 47 Menschen war in unserem Statut nicht vorgesehen, und in unserer Praxis ist das niemals angewandt worden. Deshalb wiederhole ich, daß die Genossen aus der Gruppe des „demokratischen Zentralismus" weder das Statut noch die Prinzipien des demokratischen Zentralismus und des Zentralismus kennen. Das ist eine Maßnahme für den äußersten Fall. Ich hoffe, wir werden sie nicht anwenden. Sie zeigt nur, daß die Partei das anwendet, wovon Sie

gehört haben, falls Meinungsverschiedenheiten vorhanden sind, die von einer Seite aus die Möglichkeit einer Spaltung nahe rücken. Wir sind doch keine Kinder, wir haben schwere Zeiten gesehen, haben Spaltungen gesehen und durchgemacht, wir wissen, wie schwer sie sind, und wir fürchten uns nicht davor, die Gefahr beim Namen zu nennen.

Hat es auf früheren Parteitagen bei den schärfsten Meinungsverschiedenheiten Momente gegeben, die von einer Seite aus die Spaltung streiften? Nein. Gibt es solche Momente jetzt? Ja. Darauf ist wiederholt hingewiesen worden. Gegen diese Meinungsverschiedenheiten, glaube ich, läßt sich kämpfen.

Weiter wurde hier gesagt, daß die Einheit nicht durch solche Resolutionen geschaffen werde, daß gemäß der Resolution die Kritik einzig und allein über die Gouvernementsparteikomitees geleitet werden dürfe, daß gegenüber den Genossen von der „Arbeiteropposition" ein bestimmtes Mißtrauen zum Ausdruck komme, wodurch ihre Zugehörigkeit zum ZK erschwert werde. Aber auch das ist völlig unrichtig! Ich habe von Anfang an erklärt, warum das Wort „Abweichung" gewählt worden ist. Wenn es Ihnen nicht gefällt, dann übergeben Sie diese Resolution, nachdem Sie sie im Prinzip angenommen haben, dem Präsidium zu einer eventuellen Milderung. Finden wir ein milderes Wort, so würde ich vorschlagen, es an die Stelle des Wortes „Abweichung" zu setzen und auch an anderen Stellen den Wortlaut zu mildern. Dagegen werden wir nichts einwenden. Jetzt ist hier allerdings nicht die Zeit dazu, sich mit solchen Einzelheiten abzugeben. Überweisen Sie die Resolution an das Präsidium zur Redaktion, zur Milderung. Eine Verschärfung ist hier undenkbar – dagegen werde ich nicht polemisieren. Aber wenn man sagt, diese Resolution bedeute, daß ein Teil der Partei gegen den anderen aufgehetzt werde, so ist das wiederum falsch.

Ich weiß nicht, wie die Gruppe der „Arbeiteropposition" in Samara zusammengesetzt ist, ich bin dort nie gewesen, aber ich bin überzeugt, wenn ein Mitglied des ZK, ganz gleich welcher Schattierung, oder ein Parteitagsdelegierter, ganz gleich welcher Schattierung, außer der „Arbeiteropposition", in einer Versammlung der Parteiorganisation von Samara beweisen wollte, daß die Resolution keine Aufhetzung enthält, sondern eine Aufforderung zur Einheit ist, so würde er das ohne weiteres können. Wenn man hier einen Ausdruck wie „Aufhetzung" gebraucht, so

vergißt man den fünften Punkt der Resolution über die Einheit, in dem von der Anerkennung der Verdienste der „Arbeiteropposition" die Rede ist. Steht das dort etwa nicht nebeneinander? Einerseits „haben sie eine Abweichung", anderseits lese man den Paragraph 5: „Der Parteitag erklärt gleichzeitig, daß hinsichtlich der Fragen, welche die besondere Aufmerksamkeit, z. B. der Gruppe der sogenannten ‚Arbeiteropposition', auf sich gelenkt haben – Säuberung der Partei von nichtproletarischen und unzuverlässigen Elementen, Bekämpfung des Bürokratismus, Entfaltung des Demokratismus und der Initiative der Arbeiter usw. –, alle wie immer gearteten sachlichen Vorschläge mit der größten Aufmerksamkeit geprüft ... werden müssen" usw. Ist das etwa eine Aufhetzung? Das ist eine Anerkennung der Verdienste. Wir sagen: einerseits habt ihr in der Diskussion eine Abweichung gezeigt, die politisch gefährlich ist, sogar die Resolution des Gen. Medwedew gibt das mit anderen Worten zu, weiter aber wird gesagt: was den Kampf gegen den Bürokratismus betrifft, so sind wir damit einverstanden, daß wir noch nicht alles tun, was möglich wäre. Das ist eine Anerkennung der Verdienste und keine Aufhetzung!

Wenn ins ZK ein Genosse von der „Arbeiteropposition" aufgenommen wird, so ist das ein Ausdruck kameradschaftlichen Vertrauens. Und wenn danach irgend jemand in eine Versammlung kommt, die nicht durch Fraktionskampf aufgewühlt ist, so wird diese Versammlung sagen, daß hier keine Aufhetzung, sondern ein Ausdruck kameradschaftlichen Vertrauens vorliegt. Was die Maßnahme für den äußersten Fall betrifft, so bezieht sich das auf die Zukunft, das wenden wir heute nicht an, gegenwärtig bringen wir kameradschaftliches Vertrauen zum Ausdruck. Wenn Sie meinen, daß wir theoretisch unrecht haben, so haben wir die Möglichkeit, Dutzende von Sammelbänden herauszugeben, und wenn es, z. B. in der Parteiorganisation von Samara, junge Genossen gibt, die etwas Neues zu dieser Frage zu sagen haben, dann bitte, Genossen aus Samara! Wir werden einige Ihrer Artikel veröffentlichen. Es gibt doch keinen einzigen Menschen, der nicht den Unterschied verstände zwischen dem, was auf dem Parteitag gesagt wird, und dem, was draußen in Versammlungen geredet wird. Wenn Sie sich den genauen Text der Resolution vor Augen halten, so werden Sie sehen, daß hier ein prinzipieller theoretischer Hinweis gegeben worden ist, daß hier nichts Kränkendes enthalten ist und daß daneben die Verdienste im Kampf gegen den Bürokratismus anerkannt

werden, daß der Wunsch zum Ausdruck gebracht wird, Hilfe zu erhalten. Außerdem sind Vertreter dieser Gruppe ins ZK aufgenommen worden, das aber ist ein Ausdruck des höchsten Vertrauens, ein höheres kann es in der Partei nicht geben. Deshalb, Genossen, schlage ich vor, diese beiden Resolutionen anzunehmen, und zwar in namentlicher Abstimmung, sie dann dem Präsidium zur Redaktion, zur Milderung der Formulierung zu übergeben, und da Gen. Schljapnikow dem Präsidium angehört, so wird er vielleicht einen passenderen Ausdruck für das Wort „Abweichung" finden.

Was den angekündigten Rücktritt betrifft, so schlage ich vor, folgende Resolution anzunehmen: „Der Parteitag fordert alle Mitglieder der aufgelösten Gruppe der ‚Arbeiteropposition' auf, sich der Parteidisziplin zu fügen, verpflichtet sie, auf den ihnen übertragenen Posten zu verbleiben, und nimmt den Rücktritt des Gen. Schljapnikow sowie irgendwelche andere Rücktrittserklärungen nicht an."

12

BEMERKUNGEN ANLÄSSLICH DES ABÄNDERUNGSANTRAGS RJASANOWS ZUR RESOLUTION ÜBER DIE EINHEIT DER PARTEI

16. MÄRZ

Ich glaube, daß der Wunsch des Gen. Rjasanow, so bedauerlich das auch sein mag, unerfüllbar ist. Wir können der Partei und den Mitgliedern des ZK nicht das Recht nehmen, an die Partei zu appellieren, wenn eine grundlegende Frage Meinungsverschiedenheiten hervorruft. Ich vermag mir nicht vorzustellen, wie wir das tun könnten! Der jetzige Parteitag kann nicht die Wahlen zum künftigen Parteitag durch irgend etwas binden: was geschieht, wenn beispielsweise eine solche Frage auftaucht wie der Brester Friedensschluß? Bürgen Sie dafür, daß solche Fragen nicht auftauchen können? Dafür kann man nicht bürgen. Es wird möglich sein, daß man dann nach Plattformen wählen muß. (Rjasanow: „In einer einzigen Frage?") Natürlich. Aber in Ihrer Resolution heißt es: Keine Wahlen nach Plattformen. Ich glaube, daß wir nicht imstande sind, das zu verbieten. Wenn unsere Resolution über die Einheit und natürlich auch die Entwicklung der Revolution uns zusammenschweißen werden, so werden Wahlen nach Plattformen nicht wieder vorkommen. Die Lehre, die wir auf diesem Parteitag bekommen haben, wird nicht vergessen werden. Sollten aber die Umstände grundlegende Meinungsverschiedenheiten hervorrufen, kann man es dann verbieten, daß sie vor dem Richterstuhl der gesamten Partei ausgetragen werden? Das kann man nicht! Das ist ein übertriebener Wunsch, der unerfüllbar ist und den ich abzulehnen empfehle.[57]

13

REDE ZUR BRENNSTOFFFRAGE
16. MÄRZ

Erlauben Sie mir, für die Überweisung der Brennstofffrage an eine Kommission zu plädieren. Ohne Zweifel ist die Brennstoffkrise eine der grundlegenden, wenn nicht gar die wichtigste Frage unseres gesamten wirtschaftlichen Aufbaus. Aber ich frage mich: Geben uns das Referat und das Korreferat – das eine, das Gen. Rykow hält und das den Standpunkt des Präsidiums des Obersten Volkswirtschaftsrats darlegt, und das andere, das die Kritik dieser Politik darlegt, der Standpunkt des Gen. Larin – geben sie uns die Möglichkeit, einen endgültigen Beschluß zu einer so komplizierten Frage zu fassen, ohne sie an eine Kommission zu überweisen, ohne die Unterlagen zu studieren, aus denen hervorgeht, was hier die Hauptsache ist: Mängel des Apparats, Mißstände, Verbrechen oder Schwäche der bäuerlichen Wirtschaft, der Bauerngespanne, ohne die es unmöglich ist, Brennholz heranzufahren? Ich frage mich: Können wir ohne Kommission einen Beschluß fassen? Und ich behaupte: Nein. Deshalb wird es viel praktischer sein, eine erweiterte Kommission zu wählen, in der Genossen aus der Provinz überwiegen, die mit der Brennstoff- und insbesondere mit der Brennholzfrage nicht nur theoretisch vertraut sind, sondern auch auf diesem Gebiet gearbeitet haben, die diese Sache aus eigener praktischer Erfahrung kennen. Diese Kommission wird nicht nur die Referenten anhören, sondern eine ganze Reihe von Leuten vorladen und an Hand von Dokumenten die Ausführungen des Referenten und des Korreferenten überprüfen. Danach wird diese Kommission dem ZK berichten, und auf dieser Grundlage wird das ZK eine Reihe äußerst wichtiger Beschlüsse auf diesem Gebiet fassen müssen. Bei einem solchen Verfahren werden wir zu fruchtbareren und nützlicheren Ergebnissen kommen als durch eine Diskussion auf dem Parteitag, die uns einen ganzen Tag kosten kann und die schließlich sowieso damit enden wird, daß wir die Frage an eine Kommission überweisen.

14

ANTRAG ZUR BRENNSTOFFFRAGE
16. MÄRZ

Ich beantrage, zwecks sofortiger Ausarbeitung unaufschiebbarer Maßnahmen, insbesondere die Flößerei betreffend, die Hauptverwaltung für Forstwirtschaft zu beauftragen, unverzüglich eine Beratung mit den Parteitagsdelegierten zu organisieren, die mit der Arbeit der Brennstoff- und Brennholzbehörden praktisch vertraut sind.

15

REDE BEI DER SCHLIESSUNG DES PARTEITAGS
16. MÄRZ

Genossen! Der Parteitag, der in einem außerordentlich schicksalsschweren Augenblick unserer Revolution zusammengetreten ist, hat seine Arbeit abgeschlossen. Durch den Bürgerkrieg, geführt nach dem langjährigen imperialistischen Krieg, wurde das Land dermaßen ausgepumpt und durcheinandergebracht, daß wir jetzt, nach Beendigung des Bürgerkriegs, beobachten müssen, unter welch außerordentlich schwierigen Verhältnissen es wiederauflebt. Deshalb dürfen wir uns nicht wundern, daß es Erscheinungen des Zerfalls oder der Zersetzung gibt, daß das kleinbürgerliche und das anarchistische Element ihr Haupt erheben. Ist doch eine der Hauptbedingungen dessen die äußerste, unerhörte, nie dagewesene Verschärfung der Not und der Verzweiflung, von der jetzt Zehntausende und Hunderttausende, ja manchmal vielleicht noch mehr Menschen ergriffen werden, die keinen Ausweg aus der schweren Lage sehen. Aber wir wissen, Genossen, daß das Land weit schwerere Augenblicke überstanden hat. Während wir keineswegs die Augen vor der Gefahr verschließen, nicht im geringsten in Optimismus verfallen und uns und unseren Genossen ganz offen sagen, daß die Gefahr groß ist, rechnen wir gleichzeitig fest und sicher auf die Geschlossenheit der Vorhut des Proletariats. Wir wissen, daß es eine andere Kraft, die imstande wäre, die Millionen der zersplitterten Kleinbauern zusammenzuschließen, die fast durchweg unerhört Schweres durchmachen, daß es eine andere Kraft, die wirtschaftlich und politisch imstande wäre, sie gegen die Ausbeuter zusammenzuschließen – daß es eine andere Kraft als das klassenbewußte Proletariat nicht gibt. Wir sind überzeugt, daß diese Kraft aus der Erfahrung des Kampfes, aus der schweren Erfahrung der Revolution genügend gestählt hervorgegangen ist, um allen schweren Prüfungen und neuen Schwierigkeiten standzuhalten.

Genossen! Außer den in diesem Geiste gefaßten Beschlüssen ist von außerordentlicher Wichtigkeit der Beschluß unseres Parteitags in der Frage des Verhältnisses zur Bauernschaft. Wir beurteilen hier ganz nüchtern das Verhältnis zwischen den Klassen und scheuen uns nicht, offen zuzugeben, daß wir es mit einer überaus schwierigen Aufgabe zu tun haben, nämlich mit der Aufgabe, richtige Beziehungen des Proletariats zur überwiegenden Bauernschaft unter der Bedingung herzustellen, daß wir normale Beziehungen nicht sofort erreichen können. Normale Beziehungen sind solche und nur solche, bei denen das Proletariat die Großindustrie samt ihren Erzeugnissen in seiner Hand hält und die Bauernschaft nicht nur vollständig befriedigt, sondern ihre Lage, indem es ihr die Mittel zum Leben gibt, so erleichtert, daß der Unterschied im Vergleich zum kapitalistischen System offensichtlich und fühlbar ist. Dadurch und nur dadurch wird die Basis für eine normale sozialistische Gesellschaft geschaffen werden. Wir können das jetzt nicht tun – so sehr haben uns Zerrüttung, Not, Verelendung und Verzweiflung zu Boden gedrückt. Aber um dieses verfluchte Erbe leichter zu überwinden, reagieren wir trotz der zur Zeit des furchtbar schweren Krieges entstandenen Beziehungen auf diese Erscheinungen in bestimmter Weise. Wir werden kein Hehl daraus machen, daß die Bauernschaft triftige Gründe zur Unzufriedenheit hat. Wir werden eingehende Erklärungen geben und sagen, daß wir alles tun werden, was in unseren Kräften steht, um diese Lage zu beseitigen, um stärker mit den Lebensbedingungen des kleinen Landwirts zu rechnen.

Alles, was notwendig ist, um das Leben dieses Landwirts zu erleichtern, um dem kleinen Landwirt mehr zu geben, um Bedingungen für ein gesicherteres Wirtschaften zu schaffen, müssen wir tun. Wir haben keine Angst davor, daß diese Maßnahme Tendenzen hervorrufen kann, die dem Kommunismus feindlich sind, und das wird zweifellos der Fall sein.

Genossen, in diesem Geiste der nüchternen Beurteilung dieser Beziehungen und unserer vollen Bereitschaft, die Politik zu revidieren, müssen wir sie sogar modifizieren, denn wir haben zum erstenmal in der Geschichte einige Jahre lang daran gearbeitet, die Grundlagen einer sozialistischen Gesellschaft, die Grundlagen eines proletarischen Staates zu schaffen. Ich glaube, daß in dieser Hinsicht die Ergebnisse der Arbeit unseres Parteitags um so erfolgreicher sein werden, als in dieser Grundfrage bei uns von Anfang an absolute Einigkeit erzielt worden ist. Zwei

Grundfragen mußten einmütig entschieden werden, und es hat bei uns in der Frage der Beziehungen der Vorhut des Proletariats zu seiner Masse und der Beziehungen des Proletariats zur Bauernschaft keine Meinungsverschiedenheiten gegeben. Hierin haben wir größere Einigkeit denn je an den Tag gelegt, obwohl wir unsere Entscheidungen in politischen Verhältnissen zu treffen haben, die sehr schwierig sind.

Erlauben Sie mir nun, zu zwei Punkten überzugehen, die ich nicht zu notieren bitte. Der erste Punkt ist die Frage der Konzessionen in Baku und in Grosny. Diese Frage wurde auf dem Parteitag nur beiläufig gestreift. Ich konnte in dieser Sitzung nicht anwesend sein, aber man sagte mir, bei einem Teil der Genossen sei ein Gefühl der Unzufriedenheit oder des Mißtrauens zurückgeblieben. Mir scheint, es dürfte dafür keinen Grund geben. Das ZK hat die Frage der Erteilung von Konzessionen in Grosny und Baku gründlich geprüft. Wiederholt wurden spezielle Kommissionen geschaffen, wurden von den zuständigen Behörden spezielle Berichte angefordert. Meinungsverschiedenheiten gab es, und es wurde mehrmals abgestimmt, aber nach der letzten Abstimmung hat keine einzige Gruppe von Mitgliedern des ZK und kein einziges Mitglied des ZK von seinem unbestreitbaren Recht Gebrauch gemacht, an den Parteitag zu appellieren. Ich glaube, das neue ZK hat das volle Recht, das formelle und das faktische Recht, gestützt auf den Beschluß des Parteitags, diese wichtige Frage zu entscheiden. Ohne Konzessionen können wir auf eine Unterstützung durch die hochentwickelte moderne kapitalistische Technik nicht rechnen. Und ohne diese Technik können wir keine richtige Grundlage für unsere Großindustrie auf solchen Gebieten schaffen wie der Gewinnung von Erdöl, das für die gesamte Weltwirtschaft von außerordentlicher Bedeutung ist. Wir haben noch keinen einzigen Konzessionsvertrag abgeschlossen, wir werden aber alles tun, um solche Verträge zu schließen. Sie haben in der Zeitung gelesen, daß die Erdölleitung Baku–Tiflis in Betrieb genommen wird? Sie werden bald über eine ebensolche Erdölleitung bis Batum lesen. Das wird die Möglichkeit eines Zugangs zum Weltmarkt geben. Die Sache läuft darauf hinaus, unsere wirtschaftliche Lage zu verbessern, die technische Ausrüstung unserer Republik zu verstärken, die Produktenmenge, die Menge der Lebensmittel und der Gebrauchsgüter für unsere Arbeiter zu vergrößern. In dieser Hinsicht ist jede Erleichterung von gewaltiger Bedeutung für uns. Deshalb fürchten wir uns nicht, einen

Teil von Grosny und Baku in Konzession zu geben. Haben wir ein Viertel von Grosny und ein Viertel von Baku in Konzession gegeben, so werden wir diese Konzessionserteilung ausnutzen – wenn es uns gelingen wird, sie zu realisieren –, um auf den übrigen drei Vierteln die fortgeschrittene Technik des fortgeschrittenen Kapitalismus einzuholen. Jetzt sind wir außerstande, das auf andere Weise zu tun. Wer den Zustand unserer Wirtschaft kennt, wird das begreifen. Haben wir aber eine wenngleich mit Hunderten Millionen Goldrubel bezahlte Stütze, so werden wir alle Mittel anwenden, um das auf den übrigen drei Vierteln zu erreichen.

Der zweite Punkt, den ich nicht zu veröffentlichen bitte, ist ein Beschluß des Präsidiums, der speziell geprüft worden ist und die Art der Berichterstattung betrifft. Sie wissen, daß wir auf diesem Parteitag in einer Atmosphäre zu arbeiten hatten, die oft übermäßig nervös war und eine solche Zahl von Funktionären vom Parteitag ablenkte, wie das nie zuvor der Fall gewesen war. Deshalb muß man möglichst ruhig und durchdacht einen Plan ausarbeiten, wie in den örtlichen Organisationen Bericht zu erstatten ist, und muß sich in dieser Beziehung einen bestimmten Beschluß zur Richtschnur nehmen. Ein Genosse hat den Entwurf einer Direktive des Präsidiums für die Genossen verfaßt, die ins Land hinausfahren, und ich erlaube mir, diesen Entwurf zu verlesen (l i e s t).[58] Darüber habe ich schon einige Worte gesagt. Ich glaube, die wenigen verlesenen Zeilen dürften genügen, damit jeder Delegierte über die Frage nachdenkt und in den Berichten die nötige Vorsicht wahrt, die Gefährlichkeit der Lage nicht übertreibt und auf keinen Fall sich selbst und die anderen in eine Panikstimmung versetzt.

Für uns ist es um so weniger angängig und gibt es um so weniger auch nur den geringsten Grund, in Panik zu verfallen, als der Weltkapitalismus jetzt eine unerhört nervöse, hysterische Kampagne gegen uns eröffnet hat. Ich habe gestern, in Absprache mit Gen. Tschitscherin, einen zusammenfassenden Bericht über diese Frage erhalten, und ich glaube, es ist für alle von Nutzen, davon Kenntnis zu nehmen. Das ist ein Bericht zur Frage der Lügenkampagne über die innere Lage Rußlands. Noch nie, schreibt der Genosse, der das Material zusammengestellt hat, zu keiner Zeit hat es in der westeuropäischen Presse eine solche Orgie von Lügen und eine solche Massenproduktion von phantastischen Erfindungen über Sowjetrußland gegeben wie in den letzten zwei Wochen. Seit Anfang März

bringt die gesamte westeuropäische Presse täglich eine wahre Flut von phantastischen Meldungen, wie: Aufstände in Rußland, Sieg der Konterrevolution, Flucht Lenins und Trotzkis nach der Krim, die weiße Fahne auf dem Kreml, Ströme von Blut in den Straßen Petrograds und Moskaus, Barrikaden in diesen Städten, dichte Arbeiterscharen, die von den Anhöhen gegen Moskau stürmen, um die Sowjetmacht zu stürzen, Übergang Budjonnys auf die Seite der Rebellen, Sieg der Konterrevolution in einer ganzen Reihe von russischen Städten, wobei bald die eine, bald die andere Stadt figuriert und insgesamt fast die meisten Gouvernementsstädte Rußlands aufgezählt werden. Die Universalität und Planmäßigkeit dieser Kampagne zeigt, daß irgendein breit angelegter Plan aller führenden Regierungen dahintersteckt. Am 2. März erklärte das Foreign Office* durch die „Press Association", es halte die veröffentlichten Meldungen für unglaubwürdig, aber gleich darauf veröffentlichte das Foreign Office von sich aus eine Meldung über einen Aufstand in Petrograd, über die Beschießung Petrograds durch die Kronstädter Flotte und über Kämpfe in den Straßen Moskaus.

Am 2. März brachten alle englischen Zeitungen Telegramme über Aufstände in Petrograd und Moskau: Lenin und Trotzki seien nach der Krim geflohen, 14 000 Arbeiter in Moskau hätten die Konstituante gefordert, das Moskauer Arsenal und der Moskauer Kursker Bahnhof befänden sich in den Händen aufständischer Arbeiter, in Petrograd sei der Stadtbezirk Wassiljewski-Ostrow vollständig in den Händen von Aufständischen.

Ich will einige Beispiele von Rundfunkmeldungen und Telegrammen der darauffolgenden Tage anführen: Am 3. März telegrafiert Klyschko aus London, daß „Reuter"[59] die sinnlosen Gerüchte über einen Aufstand in Petrograd aufgegriffen habe und sie eifrig verbreite.

6. März: Der Berliner Korrespondent Mayson telegrafiert nach New York, daß Arbeiter aus Amerika eine wichtige Rolle in der Petrograder Revolution spielten und daß Tschitscherin dem General Hanecki durch Funk den Befehl erteilt habe, für Emigranten aus Amerika die Grenze zu sperren.

6. März: Sinowjew sei nach Oranienbaum geflüchtet. In Moskau beschieße die rote Artillerie Arbeiterviertel, Petrograd sei von allen Seiten abgeschnitten (Funkmeldung Wiegands).

* Britisches Auswärtiges Amt. *Die Red.*

7. März: Klyschko telegrafiert, daß nach Meldungen aus Reval auf den Straßen Moskaus Barrikaden errichtet worden seien; die Zeitungen bringen eine Meldung aus Helsingfors, daß Tschernigow von antibolschewistischen Truppen genommen worden sei.

7. März: Petrograd und Moskau in den Händen der Aufständischen. Aufstand in Odessa. Semjonow an der Spitze von 25 000 Kosaken auf dem Vormarsch in Sibirien. Das Revolutionskomitee in Petrograd habe die Festungsanlagen und die Flotte in seiner Gewalt (Meldungen der englischen Funkstation Poldhu).

Nauen, 7. März: Aufstand in den Fabrikvierteln Petrograds. Ein antibolschewistischer Aufstand habe Wolhynien erfaßt.

Paris, 7. März: Petrograd in den Händen des Revolutionskomitees. Der „Matin"[60] meldet, daß laut Informationen aus London über dem Kreml die weiße Flagge wehe.

Paris, 8. März: Die Meuterer hätten das Fort Krasnaja Gorka eingenommen. Regimenter der Roten Armee hätten im Gouvernement Pskow gemeutert. Die Bolschewiki schickten Baschkiren gegen Petrograd.

Am 10. März telegrafiert Klyschko: Die Zeitungen fragen sich, ob Petrograd gefallen sei oder nicht. Laut Meldungen aus Helsingfors seien drei Viertel Petrograds in den Händen der Rebellen; Trotzki oder – nach anderen Nachrichten – Sinowjew leite die Operationen von Tosno bzw. der Peter-Pauls-Festung aus; nach anderen Meldungen soll Brussilow zum Oberkommandierenden ernannt worden sein; nach Meldungen aus Riga sei Petrograd, mit Ausnahme der Bahnhöfe, am 9. genommen worden, die Rote Armee habe sich nach Gatschina zurückgezogen; die Streikenden in Petrograd gäben die Losung aus: „Nieder mit den Sowjets und den Kommunisten." Das englische Kriegsministerium hat erklärt, es sei noch nicht bekannt, ob sich die Kronstädter Rebellen mit den Petrograder vereinigt hätten, aber nach seinen Informationen befinde sich Sinowjew in der Peter-Pauls-Festung, von wo aus er die Sowjettruppen befehlige.

Aus der riesigen Zahl der Falschmeldungen dieser Zeit will ich folgende Beispiele anführen: Saratow habe sich in eine selbständige antibolschewistische Republik verwandelt (Nauen, 11. März). In den Wolgastädten fänden wütende Pogrome gegen die Kommunisten statt (ebenda). Im Gouvernement Minsk kämpften belorussische Militärabteilungen gegen die Rote Armee (ebenda).

Paris, 15. März: Der „Matin" meldet, daß sich die Kuban- und Donkosaken in großen Massen erhoben hätten.

Nauen meldete am 14. März, Budjonnys Kavallerie hätte sich den Rebellen bei Orjol angeschlossen. Zu verschiedener Zeit wurde von Aufständen in Pskow, Odessa und anderen Städten berichtet.

Am 9. März telegrafiert Krassin, der Washingtoner Korrespondent der „Times"[61] erkläre, daß das Sowjetregime seinem Ende entgegengehe und daß Amerika deshalb die Aufnahme von Beziehungen zu den Randstaaten aufschiebe. Zu verschiedener Zeit kamen Nachrichten aus amerikanischen Bankkreisen, daß es unter den gegebenen Verhältnissen ein Vabanquespiel wäre, Handel mit Rußland zu treiben.

Der New-Yorker Korrespondent des „Daily Chronicle"[62] meldet schon am 4. März, daß die Geschäftskreise und die Republikanische Partei Amerikas Handelsbeziehungen mit Rußland gegenwärtig für ein Vabanquespiel hielten.

Zweifellos hat die Lügenkampagne nicht nur Amerika im Auge, sondern auch die türkische Delegation in London und die Volksabstimmung in Schlesien.

Genossen, das Bild ist völlig klar. Das Weltsyndikat der Presse – dort herrscht eine Pressefreiheit, die darin besteht, daß die Presse zu 99 Prozent von den mit Hunderten Millionen Rubel arbeitenden Finanzmagnaten gekauft ist – hat einen weltweiten Feldzug der Imperialisten eröffnet, der vor allem das von Krassin eingeleitete Handelsabkommen mit England sowie das bevorstehende Handelsabkommen mit Amerika vereiteln soll, über das wir hier Verhandlungen führen, wie ich berichtet habe und worauf während der Sitzungen des Parteitags hingewiesen worden ist. Das zeigt, daß die uns umgebenden Feinde, nachdem sie nicht mehr die Möglichkeit haben, eine Intervention durchzuführen, auf eine Rebellion hoffen. Und die Kronstädter Ereignisse haben den Zusammenhang mit der internationalen Bourgeoisie gezeigt. Außerdem aber sehen wir, daß sie jetzt vom praktischen Standpunkt des internationalen Kapitals am meisten die Wiederherstellung normaler Handelsbeziehungen fürchten. Es wird ihnen jedoch nicht gelingen, sie zu vereiteln. Hier in Moskau befinden sich Vertreter des Großkapitals, die an alle diese Gerüchte nicht mehr glauben, und sie haben davon erzählt, wie in Amerika eine Gruppe von Bürgern eine noch nie dagewesene Methode der Agitation für Sowjetrußland angewandt hat.

Diese Gruppe hat aus den Zeitungen, aus den verschiedenartigsten Zeitungen, einige Monate lang alles gesammelt, was über Rußland, über die Flucht Lenins und Trotzkis, über die Erschießung Lenins durch Trotzki und umgekehrt geschrieben worden ist, und hat alles in einer Broschüre zusammengefaßt. Eine bessere Agitation für die Sowjetmacht kann man sich nicht vorstellen. Tagein, tagaus wurden Meldungen gesammelt, wie oft Lenin und Trotzki angeblich erschossen, ermordet worden sind, diese Meldungen wiederholten sich ja von Monat zu Monat, und dann, am Schluß, wurden sie in einem Sammelband zusammengefaßt und herausgegeben. Die heutige bürgerliche Presse Amerikas hat das Vertrauen in ihre Glaubwürdigkeit vollständig untergraben. Das ist der Feind, dem zwei Millionen russischer Emigranten aus den Kreisen der Gutsbesitzer und Kapitalisten im Ausland dienen, das ist die Armee der Bourgeoisie, die uns gegenübersteht. Und mögen sie nur versuchen, den praktischen Erfolg der Sowjetmacht zu untergraben und die Handelsbeziehungen zu vereiteln. Wir wissen, daß ihnen das nicht gelingen wird. Und diese ganze Information der internationalen Presse, jener Presse, die über Hunderttausende Zeitungen verfügt und die ganze Welt mit Nachrichten versorgt, zeigt noch einmal, bis zu welchem Grad wir von Feinden umringt sind und bis zu welchem Grad diese Feinde im Vergleich mit dem vergangenen Jahr geschwächt sind. Das müssen wir verstehen, Genossen! Ich glaube, daß die meisten anwesenden Parteitagsteilnehmer verstanden haben, welches Maß wir an unsere Meinungsverschiedenheiten anlegen müssen. Natürlich war es im Kampf auf dem Parteitag unmöglich, dieses Maß einzuhalten. Von Leuten, die eben noch einen Kampf geführt haben, kann man nicht verlangen, daß sie sofort das rechte Maß finden. Aber wenn wir auf unsere Partei als den Herd der Weltrevolution blicken und die Kampagne betrachten, die jetzt das Syndikat der Staaten der ganzen Welt gegen uns führt, so darf es bei uns keinen Zweifel geben. Mögen sie ihre Kampagne führen, wir haben einen Blick darauf geworfen und kennen genau das Maß unserer Meinungsverschiedenheiten. Wir wissen, nachdem wir uns auf diesem Parteitag zusammengeschlossen haben, werden wir wirklich aus unseren Meinungsverschiedenheiten absolut einig hervorgehen, mit einer noch gestählteren Partei, die immer entscheidenderen internationalen Siegen entgegengehen wird! (Stürmischer Beifall.)

REDE AUF DEM GESAMTRUSSISCHEN VERBANDSTAG DER EISENBAHN- UND SCHIFFAHRTSARBEITER 27. MÄRZ 1921[63]

Genossen! Gestatten Sie mir vor allem, Ihnen für die Begrüßung zu danken und gleicherweise mit einer Begrüßung Ihres Verbandstags zu antworten. (Stürmischer Beifall.) Bevor ich auf das Thema eingehe, das direkt die Aufgaben Ihres Verbandstags, Ihre Verhandlungen und die Erwartungen betrifft, welche die ganze Sowjetmacht an Ihren Verbandstag knüpft, möchte ich etwas weiter ausholen.

Als ich soeben durch den Tagungsraum ging, stieß ich auf ein Plakat mit der Aufschrift: „Das Reich der Arbeiter und Bauern wird nimmer enden." Als ich dieses merkwürdige Plakat las, das allerdings nicht an der gewohnten Stelle hing, sondern in einer Ecke stand – vielleicht ist jemand darauf gekommen, daß das Plakat mißlungen ist, und hat es beiseite geschoben –, als ich dieses merkwürdige Plakat las, da ging mir durch den Sinn: Über welch elementare und grundlegende Dinge bestehen doch bei uns Mißverständnisse und falsche Auffassungen. In der Tat, wenn das Reich der Arbeiter und Bauern nimmer enden sollte, so würde das bedeuten, daß es niemals Sozialismus geben wird, denn Sozialismus bedeutet Aufhebung der Klassen; solange aber Arbeiter und Bauern bestehen bleiben, bleiben auch verschiedene Klassen bestehen und kann es folglich keinen vollen Sozialismus geben. Und während ich so darüber nachdachte, wieso es bei uns, dreieinhalb Jahre nach dem Oktoberumsturz, so merkwürdige, wenn auch etwas beiseite geschobene Plakate gibt, begann ich auch darüber nachzudenken, daß wohl auch in bezug auf unsere verbreitetsten und gebräuchlichsten Losungen noch außerordentlich große Mißverständnisse bestehen dürften. Wir alle singen, daß wir jetzt unser entscheidendes letztes Gefecht führen – das ist beispielsweise eine unserer verbreitetsten

Losungen, die wir bei jeder Gelegenheit wiederholen. Aber ich befürchte fast, wenn man einen großen Teil der Kommunisten fragen wollte, gegen wen sie jetzt – natürlich nicht das letzte Gefecht, das wäre etwas zuviel gesagt, aber eines unserer entscheidenden letzten Gefechte führen, so befürchte ich, daß wenige eine richtige Antwort auf diese Frage geben und ein klares Verständnis dafür zeigen würden, gegen was oder gegen wen wir jetzt eines unserer entscheidenden letzten Gefechte führen. Und mich dünkt, daß es in diesem Frühjahr, im Zusammenhang mit den politischen Ereignissen, die die Aufmerksamkeit der breiten Massen der Arbeiter und Bauern auf sich gelenkt haben, mir scheint, daß es im Zusammenhang mit diesen Ereignissen angebracht wäre, zuerst noch einmal die Frage zu prüfen, oder zumindest zu versuchen, die Frage zu prüfen, gegen wen wir in diesem Frühjahr, eben jetzt, eines unserer entscheidenden letzten Gefechte führen. Gestatten Sie mir, bei dieser Frage zu verweilen.

Um sich in dieser Frage zurechtzufinden, glaube ich, ist es vor allem notwendig, möglichst genau und möglichst nüchtern noch einmal die Kräfte zu mustern, die einander gegenüberstehen und deren Kampf sowohl das Schicksal der Sowjetmacht als auch, allgemein gesprochen, den Verlauf und die Entwicklung der proletarischen Revolution, der Revolution zum Sturz des Kapitals in Rußland wie in den anderen Ländern, bestimmt. Welches sind diese Kräfte? Wie gruppieren sie sich gegeneinander? Wie sind diese Kräfte im gegenwärtigen Zeitpunkt verteilt? Jede halbwegs ernsthafte politische Zuspitzung, jede neue, wenn auch nicht sehr große Wendung der politischen Ereignisse muß stets jeden denkenden Arbeiter und jeden denkenden Bauern auf diese Frage bringen, auf die Frage, welche Kräfte vorhanden sind, wie sie sich gruppieren. Und erst dann, wenn wir es verstehen, diese Kräfte richtig und ganz nüchtern, unabhängig von unseren Sympathien und Wünschen einzuschätzen, erst dann werden wir imstande sein, in bezug auf unsere Politik überhaupt und unsere nächsten Aufgaben richtige Schlußfolgerungen zu ziehen. Gestatten Sie mir also, diese Kräfte nunmehr kurz zu schildern.

Dieser Kräfte gibt es in der Hauptsache, im allgemeinen und wesentlichen, drei. Ich beginne mit derjenigen, die uns am nächsten steht, mit dem Proletariat. Das ist die erste Kraft. Das ist die erste besondere Klasse. Sie alle wissen das ausgezeichnet. Sie selbst leben mitten in dieser Klasse. Wie ist ihre Lage heute? In der Sowjetrepublik ist das diejenige

Klasse, die vor dreieinhalb Jahren die Macht ergriffen und in dieser Zeit die Herrschaft, die Diktatur ausgeübt hat, die in diesen dreieinhalb Jahren mehr als alle anderen Klassen gelitten, ertragen, sich aufgerieben, Entbehrungen und Leiden erduldet hat. Diese dreieinhalb Jahre, die zum größten Teil im erbitterten Bürgerkrieg der Sowjetmacht gegen die gesamte kapitalistische Welt verstrichen, bedeuteten für die Arbeiterklasse, für das Proletariat solche Leiden, solche Entbehrungen, solche Opfer, eine solche Verschärfung aller Nöte, wie es das noch nie in der Welt gegeben hat. Und da geschah etwas Merkwürdiges. Die Klasse, die die politische Herrschaft erobert hat, tat das in dem Bewußtsein, daß sie die Macht allein übernimmt. Das ist im Begriff der Diktatur des Proletariats enthalten. Dieser Begriff hat nur dann einen Sinn, wenn die eine Klasse weiß, daß sie allein die politische Macht in die Hand nimmt und weder sich noch andere mit Gerede über eine „vom gesamten Volk getragene, aus allgemeinen Wahlen hervorgegangene, vom ganzen Volk geheiligte" Macht betrügt. Liebhaber solchen Wortgeklingels gibt es, wie Sie alle ausgezeichnet wissen, sehr viele, ja sogar allzu viele, aber jedenfalls nicht unter dem Proletariat; denn die Proletarier haben erkannt und in der Verfassung, in den Grundgesetzen der Republik niedergeschrieben, daß es sich um die Diktatur des Proletariats handelt. Diese Klasse war sich darüber im klaren, daß sie unter außergewöhnlich schwierigen Verhältnissen allein die Macht ergreift. Sie hat die Macht so ausgeübt, wie jede Diktatur ausgeübt wird, d. h., sie hat ihre politische Herrschaft mit der größten Festigkeit, mit der größten Unbeugsamkeit ausgeübt. Und dabei mußte sie in diesen dreieinhalb Jahren ihrer politischen Herrschaft so viel Elend und Hunger, so viele Entbehrungen und eine solche Verschlechterung ihrer wirtschaftlichen Lage über sich ergehen lassen wie keine Klasse je zuvor in der Geschichte. Es ist begreiflich, daß wir als Folge einer so übermenschlichen Anstrengung jetzt eine besondere Müdigkeit und Erschöpfung und eine besondere Zermürbung dieser Klasse zu verzeichnen haben.

Wie konnte es geschehen, daß in einem Lande, in dem das Proletariat, verglichen mit dem übrigen Teil der Bevölkerung, so wenig zahlreich ist, in einem zurückgebliebenen Lande, das von den Ländern mit einem zahlreicheren, klassenbewußteren, besser disziplinierten und organisierten Proletariat künstlich durch militärische Gewalt abgeschnitten war, wie konnte es geschehen, daß in einem solchen Lande, bei dem Widerstand,

bei dem Ansturm der Bourgeoisie der ganzen Welt, die eine Klasse ihre Macht ausüben konnte? Wie konnte sie das dreieinhalb Jahre lang durchhalten? Von wo kam die Unterstützung? Wir wissen, daß die Unterstützung aus dem Innern des Landes, aus der Masse der Bauern kam. Ich werde gleich auf diese zweite Kraft eingehen, aber zuerst muß ich mit der Analyse der ersten Kraft zu Ende kommen. Ich habe gesagt, und jeder von Ihnen hat das Leben seiner nächsten Kollegen in den Fabriken und Werken, den Depots und Werkstätten beobachtet und weiß, daß die Not dieser Klasse noch nie so groß und so akut war wie in der Epoche ihrer Diktatur. Noch nie war das Land so ermattet, so erschöpft wie jetzt. Was gab also dieser Klasse die moralische Kraft, diese Entbehrungen zu überstehen? Es ist klar und es leuchtet ohne weiteres ein, daß sie die moralische Kraft irgendwo hernehmen mußte, um diese materiellen Entbehrungen zu überwinden. Die Frage der moralischen Kraft, der moralischen Unterstützung ist, wie Sie wissen, eine unbestimmte Frage, man kann unter moralischer Kraft alles verstehen und kann da alles unterschieben. Um diese Gefahr – daß diesem Begriff der moralischen Kraft irgend etwas Unbestimmtes oder Phantastisches unterschoben werde – zu vermeiden, frage ich mich, ob sich nicht Merkmale finden lassen, um genau zu definieren, was dem Proletariat die moralische Kraft gegeben hat, die mit seiner politischen Herrschaft verbundenen beispiellosen materiellen Entbehrungen zu ertragen? Ich glaube, wenn man die Frage so stellt, dann läßt sich eine präzise Antwort finden. Man frage sich, ob die Sowjetrepublik das hätte aushalten können, was sie in den dreieinhalb Jahren ausgehalten hat, und ob sie dem Ansturm der von den Kapitalisten aller Länder der Welt unterstützten Weißgardisten so erfolgreich hätte standhalten können, wenn neben ihr zurückgebliebene und nicht fortgeschrittene Länder gestanden hätten? Es genügt, diese Frage zu stellen, um sie ohne jedes Zaudern zu beantworten.

Sie wissen, daß die reichsten Mächte der Welt dreieinhalb Jahre lang alle gegen uns Krieg geführt haben. Die militärische Macht, die uns gegenüberstand und die Koltschak, Judenitsch, Denikin und Wrangel unterstützte, war – Sie wissen das sehr gut, jeder von Ihnen hat am Krieg teilgenommen – unseren Streitkräften um ein vielfaches, unermeßlich und unbedingt überlegen. Sie wissen ausgezeichnet, daß alle diese Staaten auch jetzt unermeßlich mächtiger sind als wir. Wie konnte es also geschehen,

daß sie sich die Aufgabe stellten, die Sowjetmacht zu besiegen, und daß sie nicht siegten? Wie war das möglich? Wir haben darauf eine präzise Antwort. Das konnte geschehen und das ist geschehen, weil das Proletariat in allen kapitalistischen Ländern für uns war. Selbst in den Fällen, wo das Proletariat nachweislich unter dem Einfluß der Menschewiki und Sozialrevolutionäre stand – in den Ländern Westeuropas heißen sie anders –, unterstützte es dennoch nicht den Kampf gegen uns. Schließlich haben die Arbeiter, bei erzwungenen Zugeständnissen der Bonzen an die Massen, diesen Krieg zum Scheitern gebracht. Nicht wir haben gesiegt, denn unsere militärischen Kräfte sind nicht der Rede wert, sondern der Sieg wurde dadurch herbeigeführt, daß die Mächte nicht ihre ganze militärische Kraft gegen uns einsetzen konnten. Die Arbeiter der fortgeschrittenen Länder bestimmen den Gang eines Krieges so sehr, daß gegen ihren Willen kein Krieg geführt werden kann, und letzten Endes haben sie den Krieg gegen uns durch passiven und halbpassiven Widerstand zum Scheitern gebracht. Diese unanfechtbare Tatsache gibt die präzise Antwort auf die Frage, woher das russische Proletariat die moralische Kraft nehmen konnte, um sich dreieinhalb Jahre lang zu halten und zu siegen. Die moralische Kraft des russischen Arbeiters lag darin, daß er die Hilfe, die Unterstützung, die ihm in diesem Kampf durch das Proletariat aller fortgeschrittenen Länder Europas zuteil wurde, kannte, fühlte und empfand. In welcher Richtung dort die Entwicklung der Arbeiterbewegung verläuft, zeigt uns der Umstand, daß das größte Ereignis, das es in der letzten Zeit in der Arbeiterbewegung Europas gab, die Spaltung der sozialistischen Parteien in England, Frankreich, Italien und anderen Ländern war, sowohl in besiegten als auch in Siegerländern, in Ländern mit unterschiedlicher Kultur und unterschiedlichem wirtschaftlichem Entwicklungsgrad. In allen Ländern war das Hauptereignis dieses Jahres, daß sich aus den zerschlagenen, völlig bankrotten Parteien der Sozialisten und Sozialdemokraten – auf russisch: der Menschewiki und Sozialrevolutionäre – die Partei der Kommunisten gebildet hat, welche sich der Unterstützung aller Elemente erfreut, die in der Arbeiterklasse fortschrittlich sind. Und es besteht natürlich nicht der geringste Zweifel, daß wir uns nicht dreieinhalb Jahre, ja nicht einmal dreieinhalb Monate gehalten hätten, wenn den Kampf gegen uns nicht fortgeschrittene, sondern rückständige Länder geführt hätten, in denen es keine so mächtigen prole-

tarischen Massen gibt. Hätte unser Proletariat die moralische Kraft aufbringen können, wenn es sich nicht der Sympathien der Arbeiter der fortgeschrittenen Länder erfreut hätte, die uns unterstützten, trotz aller Lügen über die Sowjetmacht, die von den Imperialisten in Millionen Zeitungsexemplaren verbreitet werden, trotz aller Bemühungen der „Arbeiterführer", der Menschewiki und Sozialrevolutionäre, die den Kampf der Arbeiter für uns hintertreiben sollten und zu hintertreiben suchten? Gestützt auf diesen Beistand, hat unser Proletariat, obwohl zahlenmäßig schwach, obwohl erschöpft durch Elend und Entbehrungen, den Sieg davongetragen, weil es stark ist durch seine moralische Kraft.

Das also ist die erste Kraft.

Die zweite Kraft ist das, was zwischen dem entwickelten Kapital und dem Proletariat steht. Das ist das Kleinbürgertum, das sind die Kleinbesitzer, es ist das, was in Rußland die erdrückende Mehrheit der Bevölkerung ausmacht: die Bauernschaft. In der Hauptsache sind das Kleinbesitzer und landwirtschaftliche Kleinbetriebe. Zu neun Zehnteln sind sie das und können auch nichts anderes sein. An dem scharfen Kampf zwischen Kapital und Arbeit nehmen sie nicht täglich teil, sie sind nicht geschult, die ökonomischen und politischen Lebensbedingungen bringen sie einander nicht näher, sondern trennen sie, stoßen sie voneinander ab, verwandeln sie in Millionen kleiner Einzelbesitzer. Das sind die Tatsachen, die Ihnen allen wohlbekannt sind. Kollektive, Kollektivwirtschaften und Kommunen können erst nach langen, langen Jahren etwas daran ändern. Mit ihren Feinden von rechts, mit der Klasse der Gutsbesitzer, hat diese Kraft dank der revolutionären Energie und Selbstlosigkeit der proletarischen Diktatur so rasch aufgeräumt, wie es nie zuvor geschehen war, sie hat sie gründlich hinweggefegt, hat ihre Herrschaft mit unglaublicher Schnelligkeit beseitigt. Aber je rascher sie die Herrschaft dieser Klasse beseitigte, je rascher sie zu eigener Wirtschaft auf dem dem gesamten Volk gehörenden Grund und Boden überging, je entschiedener sie mit der kleinen Minderheit der Kulaken abrechnete, desto schneller verwandelte sie sich selbst in die Klasse kleiner Eigentümer. Sie wissen, daß das russische Dorf inzwischen eine Nivellierung erfahren hat. Der Prozentsatz der großen Landwirte und der Bauern, die das Land nicht bestellen können, ist zurückgegangen, die Zahl der mittleren Bauernwirtschaften ist gestiegen. Unser Dorf ist in dieser Zeit mehr kleinbürgerlich gewor-

den. Das ist eine selbständige Klasse, und zwar die Klasse, die nach der Beseitigung und Vertreibung der Gutsbesitzer und Kapitalisten die einzige Klasse bleibt, die fähig ist, sich dem Proletariat entgegenzustellen. Und darum ist es unsinnig, auf Plakaten zu schreiben, daß das Reich der Arbeiter und Bauern nimmer enden werde.

Sie wissen, was das, vom Standpunkt der politischen Stimmung aus gesehen, für eine Kraft ist. Es ist die Kraft des Schwankens. Das haben wir in unserer Revolution an allen Ecken und Enden des Landes gesehen – in Rußland auf die eine Art, in Sibirien auf eine andere Art, in der Ukraine wieder auf eine andere Art, aber das Ergebnis war überall das gleiche: Es ist die Kraft des Schwankens. Lange Zeit hindurch wurde sie von den Sozialrevolutionären und Menschewiki am Gängelband geführt, sowohl mit Hilfe Kerenskis wie in der Koltschakperiode; sowohl zu der Zeit, als es in Samara eine Konstituierende Versammlung gab, wie zu der Zeit, als der Menschewik Maiski bei Koltschak oder bei seinen Vorgängern Minister war usw. Diese Kraft schwankte zwischen der Führung des Proletariats und der Führung der Bourgeoisie. Warum hat diese Kraft, die in gewaltiger Überzahl ist, keine eigene Führung gehabt? Weil die ökonomischen Lebensverhältnisse dieser Masse derart sind, daß sie selber sich nicht vereinigen, selber sich nicht zusammenschließen kann. Das ist für jeden klar, der sich nicht gefangennehmen läßt von leeren Worten über das „allgemeine Stimmrecht", über die Konstituante und dergleichen „Demokratie", die das Volk in allen Ländern Jahrhunderte hindurch verdummt hat, während sie bei uns Hunderte Wochen von den Sozialrevolutionären und Menschewiki praktiziert wurde, die „jedesmal just an dieser selben Stelle" Schiffbruch erlitten. (Beifall.) Wir wissen aus unserer eigenen Erfahrung – und die Bestätigung hierfür finden wir in der Entwicklung aller Revolutionen, wenn man die neueste Epoche, sagen wir der letzten hundertfünfzig Jahre, in der ganzen Welt nimmt –, daß das Resultat stets und überall eben dieses war: Alle Versuche des Kleinbürgertums im allgemeinen und der Bauern im besonderen, sich ihrer Kraft bewußt zu werden, die Wirtschaft und Politik nach ihrem Willen zu lenken, endeten mit einem Fiasko. Entweder unter Führung des Proletariats oder unter Führung der Kapitalisten – ein Mittelding gibt es nicht. Alle, die davon träumen, sind eben hohle Träumer und Phantasten. Sie werden durch die Politik, die Ökonomie und die Geschichte widerlegt. Die

ganze Lehre von Marx zeigt: Setzt man die Kleinbesitzer als Eigentümer der Produktionsmittel und des Grund und Bodens voraus, so erwachsen aus dem Austausch zwischen ihnen unbedingt das Kapital und zugleich damit die Gegensätze zwischen Kapital und Arbeit. Der Kampf des Kapitals gegen das Proletariat ist eine Unvermeidlichkeit, ist ein Gesetz, das in der ganzen Welt zutage getreten ist, und wer sich nicht selbst betrügen will, der kann nicht umhin, das zu sehen.

Aus diesen grundlegenden ökonomischen Tatsachen ergibt sich denn auch, warum diese Kraft sich nicht von selbst geltend machen kann und warum die Versuche, das zu tun, in der Geschichte aller Revolutionen stets mit einem Fiasko geendet haben. Sofern es dem Proletariat nicht gelingt, die Revolution zu führen, stellt sich diese Kraft stets unter die Führung der Bourgeoisie. So war es in allen Revolutionen, und natürlich sind auch die Menschen in Rußland nicht mit einem besonderen Öl gesalbt, und wollten sie unter die Heiligen gehen, so würde nichts dabei herauskommen, als daß sie sich lächerlich machten. Selbstverständlich gilt die Geschichte für uns genauso wie für die anderen. Für uns alle ist das alles deshalb besonders anschaulich, weil wir alle das Kerenskiregime durchgemacht haben. Kluge, gebildete politische Führer mit großer Erfahrung in der Politik und in der Staatsverwaltung gab es zur Unterstützung der Regierung damals hundertmal mehr als bei den Bolschewiki. Wollte man alle Amtspersonen aufzählen, die uns sabotierten, die es sich aber nicht zur Aufgabe gemacht hatten, die Kerenskiregierung zu sabotieren, die sich auf die Menschewiki und Sozialrevolutionäre stützte, so wäre das die übergroße Mehrzahl. Und dennoch hat die Kerenskiregierung Schiffbruch erlitten. Also gab es Ursachen, die wirksamer waren als das gewaltige Übergewicht an intellektuellen, gebildeten Kräften, die gewohnt waren, den Staat zu verwalten, die diese Kunst in Jahrzehnten erlernt hatten, bevor sie die Staatsmacht übernehmen mußten. Diese Erfahrung haben in anderen Variationen auch die Ukraine, das Dongebiet, das Kubangebiet durchgemacht, und alle sind sie zu demselben Ergebnis gelangt. Hier kann es keine Zufälligkeiten geben. So lautet das ökonomische und politische Gesetz der zweiten Kraft: Entweder unter Führung des Proletariats – ein schwerer Weg, der aber aus der Herrschaft der Gutsbesitzer und Kapitalisten herauszuführen vermag – oder unter Führung der Kapitalisten, wie wir es in den fortgeschrittenen demokratischen Republiken sehen, sogar

in Amerika, wo die unentgeltliche Zuteilung von Land noch nicht ganz abgeschlossen ist (jedem beliebigen Bewerber pflegten 60 Desjatinen unentgeltlich zugeteilt zu werden; eine bessere Bedingung kann man sich gar nicht vorstellen!) und wo dies zur vollständigen Herrschaft des Kapitals geführt hat.

Das also ist die zweite Kraft.

Bei uns schwankt diese zweite Kraft, sie ist besonders ermattet. Sie hat die Lasten der Revolution zu tragen, und in den letzten Jahren stürzt immer mehr über sie herein: das Jahr der Mißernte, die Erfüllung der Ablieferungspflicht in Verbindung mit dem Viehsterben, dem Futtermangel usw. Bei einer solchen Lage ist es begreiflich, daß diese zweite Kraft, die Masse der Bauernschaft, in Verzweiflung geriet. An eine Verbesserung ihrer Lage konnte sie nicht denken, obwohl seit der Beseitigung der Gutsbesitzer dreieinhalb Jahre verstrichen sind; eine Verbesserung wird aber zur Notwendigkeit. Für die Heimkehrer aus der Armee gibt es keine Möglichkeit, ihre Arbeitskraft richtig zu verwenden. Und so verwandelt sich diese kleinbürgerliche Kraft in ein anarchistisches Element, das seine Forderungen in Unruhen zum Ausdruck bringt.

Die dritte Kraft ist allbekannt, es sind die Gutsbesitzer und Kapitalisten. Bei uns ist diese Kraft jetzt nicht sichtbar. Aber denken wir an eines der besonders wichtigen Ereignisse, eine besonders wichtige Lehre der letzten Wochen – die Kronstädter Ereignisse flammten auf wie ein Blitz, der die Wirklichkeit greller beleuchtete als irgend etwas anderes.

Heute gibt es kein Land in Europa, in dem es nicht weißgardistische Elemente gäbe. Die russischen Emigranten zählen an die siebenhunderttausend. Das sind geflüchtete Kapitalisten und jene Masse der Angestellten, die sich der Sowjetmacht nicht anpassen konnte. Diese dritte Kraft sehen wir nicht, sie ist ins Ausland gegangen, aber sie lebt und wirkt im Bunde mit den Kapitalisten der ganzen Welt, von denen sie ebenso unterstützt wird wie Koltschak, Judenitsch und Wrangel, unterstützt wird durch Finanzierung und unterstützt wird auf andere Art und Weise, weil die Kapitalisten ihre internationale Verbindung haben. Diese Leute hat jeder in Erinnerung. Gewiß sind Ihnen in den letzten Tagen in den Zeitungen die vielen Zitate und Auszüge aus der weißgardistischen Presse aufgefallen, in denen die Ereignisse von Kronstadt erläutert werden. In

den letzten Tagen hat Burzew, der in Paris eine Zeitung herausgibt, diese Ereignisse geschildert, auch Miljukow hat sie gewürdigt – Sie haben das natürlich alle gelesen. Warum haben unsere Zeitungen dem so viel Aufmerksamkeit geschenkt? Ist das richtig? Ja, das ist richtig, weil man seinen Feind genau kennen muß. Er ist nicht mehr so sichtbar, seitdem er die Grenze überschritten hat, aber man beachte – er ging nicht sehr weit fort, höchstens einige tausend Werst, und legte sich, dort angelangt, auf die Lauer. Er ist unversehrt, er lebt, er wartet. Darum muß man ihn scharf beobachten, um so mehr, als es sich nicht nur um Flüchtlinge handelt. Nein, das sind direkte Helfershelfer des Weltkapitals, die von ihm ausgehalten werden und gemeinsam mit ihm vorgehen.

Sie alle haben natürlich bemerkt, daß neben den Zitaten aus den im Ausland erscheinenden weißgardistischen Zeitungen auch Zitate aus französischen und englischen Zeitungen gebracht wurden. Das ist ein einziger Chor, ein einziges Orchester. Allerdings pflegt es bei diesen Orchestern keinen Dirigenten zu geben, der das Musikstück nach dem Notenblatt dirigiert. Dort dirigiert das internationale Kapital mit einer Methode, die weniger auffällig ist als der Dirigentenstab. Daß es aber ein einziges Orchester ist, dürfte Ihnen aus jedem beliebigen Zitat klar sein. Sie erklärten, wenn die Losung lauten werde „Sowjetmacht ohne Bolschewiki", so seien sie einverstanden. Miljukow setzt das besonders prägnant auseinander. Er hat aufmerksam Geschichte studiert und alle seine Kenntnisse aufgefrischt durch das Studium der russischen Geschichte am eigenen Leibe. Das Ergebnis seiner zwanzigjährigen Studien als Professor hat er untermauert durch zwanzigmonatige persönliche Erfahrungen. Er erklärt: Wenn die Losung lauten werde „Sowjetmacht ohne Bolschewiki", so sei er dafür. Ob das eine Verschiebung ein wenig nach rechts oder ein wenig nach links zu den Anarchisten sein wird, das ist im Ausland, in Paris, nicht zu sehen. Dort ist nicht zu sehen, was in Kronstadt vor sich geht, aber er sagt: „Meine Herren Monarchisten, überstürzen Sie sich nicht, stören Sie nicht dadurch, daß Sie darüber schreien." Und er erklärt, wenn eine Verschiebung nach links erfolge, so sei er bereit, für die Sowjetmacht gegen die Bolschewiki aufzutreten.

Das also schreibt Miljukow, und das ist absolut richtig. Er hat manches aus der russischen Geschichte und von den Gutsbesitzern und Kapitalisten gelernt, wenn er behauptet, daß die Kronstädter Ereignisse sowieso Aus-

druck des Bestrebens sind, eine Sowjetmacht ohne Bolschewiki zu errichten; ein wenig nach rechts, ein wenig freier Handel, ein wenig Konstituante. Man braucht nur irgendeinen Menschewik sprechen zu lassen, und man wird all dies zu hören bekommen, vielleicht sogar ohne diesen Saal zu verlassen. Wenn die Losung der Kronstädter Ereignisse eine kleine Abweichung nach links ist – Sowjetmacht mit Anarchisten, die durch die Not, den Krieg, die Demobilisierung der Armee hervorgebracht wurden –, warum ist dann Miljukow dafür? Weil er weiß, daß eine Abweichung nur möglich ist entweder in der Richtung zur proletarischen Diktatur oder in der Richtung zu den Kapitalisten.

Anders könnte die politische Macht nicht bestehen. Wenn wir auch nicht das letzte, sondern eines der entscheidenden letzten Gefechte führen, so lautet die einzig richtige Antwort auf die Frage, gegen wen wir heute eines der entscheidenden Gefechte führen werden: gegen das kleinbürgerliche Element im eigenen Hause. (Beifall.) Was die Gutsbesitzer und Kapitalisten betrifft, so haben wir sie im ersten Feldzug besiegt, jedoch nur im ersten, der zweite wird sich schon im internationalen Maßstab abspielen. Krieg gegen uns führen kann der heutige Kapitalismus nicht, selbst wenn er hundertmal stärker wäre, weil die Arbeiter dort, in den fortgeschrittenen Ländern, gestern den Krieg zum Scheitern gebracht haben und ihn heute noch besser, noch sicherer zum Scheitern bringen werden, weil sich die Folgen des Krieges dort immer stärker auswirken. Das kleinbürgerliche Element dagegen haben wir zwar im eigenen Hause besiegt, aber es wird sich noch geltend machen, und darauf rechnen die Gutsbesitzer und Kapitalisten, besonders die klügeren wie Miljukow, der den Monarchisten sagte: Sitzt ruhig zu Hause, haltet den Mund, denn sonst werdet ihr die Sowjetmacht nur stärken. Das hat der allgemeine Verlauf der Revolutionen gezeigt, in denen es wohl kurzlebige, vorübergehend vom flachen Land unterstützte Diktaturen der Werktätigen gab, aber keine dauerhafte Macht der Werktätigen; alles ebbte nach kurzer Zeit zurück. Es ebbte eben deswegen zurück, weil die Bauern, die Werktätigen, die Kleinbesitzer keine eigene Politik haben können und nach einer Reihe von Schwankungen zurückweichen müssen. So war es in der Großen Französischen Revolution, so war es in geringerem Ausmaß auch in allen anderen Revolutionen. Selbstverständlich haben alle daraus gelernt. Unsere Weißgardisten sind über die Grenzen abgezogen, sie sind

drei Tagereisen weit gefahren und sitzen nun dort, liegen auf der Lauer, gestützt und unterstützt vom westeuropäischen Kapital. So sieht die Lage aus. Daraus ergeben sich klar die Aufgaben und Pflichten des Proletariats.

Aus der Ermattung und Erschöpfung wird eine gewisse Stimmung, manchmal auch Verzweiflung geboren. Wie immer äußert sich bei den revolutionären Elementen diese Stimmung und Verzweiflung im Anarchismus. So war es in allen kapitalistischen Ländern, so geschieht es auch bei uns. Das kleinbürgerliche Element macht eine Krise durch, weil es in den letzten Jahren Schweres zu tragen hatte, zwar nicht so Schweres wie das Proletariat im Jahre 1919, aber dennoch Schweres. Die Bauernschaft mußte den Staat retten, die Ablieferungspflicht ohne Entgelt hinnehmen; aber sie ist nicht mehr imstande, eine derartige Anspannung auszuhalten, und daher ihre Kopflosigkeit, ihr Schwanken, ihr Wankelmut, und das berücksichtigt der kapitalistische Feind, der sagt: Bloß erst einmal ins Schwanken, ins Wanken bringen, dann wird die Sache schon ins Rollen kommen. Das ist die Bedeutung der Kronstädter Ereignisse, betrachtet unter Berücksichtigung der Klassenkräfte im gesamtrussischen und im internationalen Maßstab. Das ist die Bedeutung eines der entscheidenden letzten Gefechte, das wir führen, weil wir dieses kleinbürgerlich-anarchistische Element nicht besiegt haben und weil von dem Sieg über dieses Element jetzt das weitere Schicksal der Revolution abhängt. Besiegen wir es nicht, so werden wir zurückgeworfen, wie die Französische Revolution zurückgeworfen worden ist. Das wäre unvermeidlich, und das muß man im Auge behalten, ohne sich den Blick trüben zu lassen und ohne sich mit Phrasen herauszuwinden. Alles, was möglich ist, muß getan werden, um die Lage dieser Masse zu erleichtern und die proletarische Führung zu behaupten, dann wird die in Europa ansteigende Bewegung der kommunistischen Revolution eine neue Verstärkung erhalten. Was dort heute ausgeblieben ist, kann morgen eintreten, was morgen ausbleibt, kann übermorgen eintreten, aber solche Perioden wie morgen und übermorgen bedeuten in der Weltgeschichte nicht weniger als mehrere Jahre.

Das ist meine Antwort auf die Frage, wofür wir jetzt kämpfen und eines unserer entscheidenden letzten Gefechte führen, welches der Sinn der letzten Ereignisse ist, welchen Sinn der Klassenkampf in Rußland hat.

Jetzt ist begreiflich, warum sich dieser Kampf so zugespitzt hat, warum es uns so schwerfällt, zu verstehen, daß der Hauptfeind nicht mehr Judenitsch, Koltschak oder Denikin ist, sondern unsere innere Lage, unsere eigene Umwelt.

Hier kann ich nun zum Schlußteil meiner allzulang ausgefallenen Rede übergehen, zur Lage des Eisenbahn- und Schiffahrtsverkehrs und zu den Aufgaben des Verbandstags der Eisenbahn- und Schiffahrtsarbeiter. Ich glaube, das, was ich hier umrissen habe, hängt auf das engste, unzertrennlichste mit diesen Aufgaben zusammen. Es gibt wohl kaum einen anderen Teil des Proletariats, der durch seine tägliche ökonomische Betätigung so klar mit der Industrie und der Landwirtschaft in Verbindung tritt wie die Eisenbahn- und Schiffahrtsarbeiter. Sie sollen den Städten Lebensmittel bringen, Sie sollen vermittels des Transports von Industrieerzeugnissen das Dorf beleben. Das ist jedem klar, aber den Eisenbahn- und Schiffahrtsarbeitern ist das klarer als den anderen, denn das bildet den Gegenstand ihrer tagtäglichen Arbeit. Und daraus, scheint mir, ergibt sich von selbst, welch außergewöhnlich wichtige Aufgaben und welche Verantwortung gegenwärtig den Werktätigen des Eisenbahn- und Schiffahrtsverkehrs zufallen.

Sie alle wissen, daß Ihr Verbandstag unter Verhältnissen zusammengetreten ist, wo zwischen den Spitzen und den Mitgliedermassen des Verbandes Reibungen bestanden haben. Als diese Frage vor den letzten Parteitag gebracht wurde, wurden Beschlüsse gefaßt, um die Spitzen und die Mitgliedermassen miteinander in Einklang zu bringen durch Unterordnung der Spitzen unter die Mitgliedermassen, durch Korrektur der meines Erachtens vereinzelten, aber jedenfalls korrekturbedürftigen Fehler, die von den Spitzen begangen worden waren. Sie wissen, daß diese Korrekturen auf dem Parteitag vorgenommen wurden, daß dieser Parteitag seine Arbeit in größerer Geschlossenheit und größerer Einheit der Reihen der Kommunistischen Partei als bisher beendet hat. Das ist die gebührende Antwort, die notwendige und einzig richtige Antwort der Vorhut, d. h. des führenden Teils des Proletariats, auf die Bewegung des kleinbürgerlich-anarchistischen Elements. Wenn wir klassenbewußten Arbeiter die Gefährlichkeit dieser Bewegung begreifen, uns zusammenschließen und zehnmal einmütiger, hundertmal geschlossener arbeiten werden, so wird das unsere Kräfte verzehnfachen, und dann werden wir, nach dem Sieg

über den militärischen Ansturm, den Sieg auch über die Schwankungen, die Wankelmütigkeit dieses Elements davontragen, das unser ganzes tägliches Leben in Unruhe versetzt und deshalb, wie gesagt, auch gefährlich ist. Der Beschluß des Parteitags, der das korrigiert hat, worauf seine Aufmerksamkeit gelenkt worden war, bedeutet einen großen Schritt vorwärts zum Zusammenschluß und zur Einmütigkeit der proletarischen Armee. Jetzt haben Sie auf Ihrem Verbandstag das gleiche zu tun und den Beschluß des Parteitags in die Tat umzusetzen.

Ich wiederhole, von der Arbeit dieses Teils des Proletariats hängt das Schicksal der Revolution unmittelbar stärker ab als von seinen übrigen Teilen. Wir müssen den Umsatz zwischen Landwirtschaft und Industrie wiederherstellen, um ihn aber wiederherzustellen, bedarf es eines materiellen Rückhalts. Was ist der materielle Rückhalt für die Verbindung zwischen Industrie und Landwirtschaft? Das ist der Eisenbahn- und Schifffahrtsverkehr. Aus diesem Grunde haben Sie die Pflicht, sich zu Ihrer Arbeit besonders ernst zu verhalten, und zwar gilt das nicht nur für diejenigen unter Ihnen, die Mitglieder der Kommunistischen Partei und folglich bewußte Verfechter der proletarischen Diktatur sind, sondern auch für diejenigen, die der Partei nicht angehören, aber Funktionäre des Gewerkschaftsverbandes sind, der ein bis eineinhalb Millionen Werktätige des Verkehrswesens vereinigt. Sie alle müssen, aus unserer Revolution sowie allen früheren Revolutionen die Lehren ziehend, die ganze Schwierigkeit der jetzigen Lage begreifen, Sie dürfen sich nicht den Blick trüben lassen durch irgendwelche Losungen, mag von „Freiheit", von der Konstituante oder von „freien Sowjets" die Rede sein – es ist ja gar nicht schwer, die Etiketts auszuwechseln, hat sich doch Miljukow soeben als Anhänger der Sowjets der Kronstädter Republik ausgegeben –, Sie dürfen die Augen nicht verschließen vor dem Kräfteverhältnis der Klassen, dann werden Sie eine nüchterne und feste Basis, ein Fundament für alle Ihre politischen Schlußfolgerungen gewinnen. Es wird Ihnen klarwerden, daß wir eine Periode der Krise durchmachen, in der es von uns abhängt, ob die proletarische Revolution ebenso unentwegt dem Sieg entgegengehen wird, wie sie das in der letzten Zeit getan hat, oder ob Schwankungen und Wankelmut einen Sieg der Weißgardisten heraufbeschwören werden, der an der schweren Lage nichts ändern, aber Rußland um viele Jahrzehnte von der Revolution zurückwerfen wird. Für Sie, die Vertreter der Eisen-

bahn- und Schiffahrtsarbeiter, kann und darf es nur eine Schlußfolgerung geben: hundertfach größere proletarische Geschlossenheit und proletarische Disziplin. Koste es, was es wolle, Genossen, wir müssen das zuwege bringen und den Sieg erringen. (Stürmischer Beifall.)

„Prawda" Nr. 67 und 68, 29. und 30. März 1921.

Nach dem Text der „Prawda".

AN DAS BETRIEBSKOMITEE UND ALLE ARBEITER DES I. STAATLICHEN AUTOMOBILWERKES[64]

Verehrte Genossen! Ich habe von Gen. Smirnow, dem Vorsitzenden Ihres Betriebskomitees, die Mitteilung über die Produktion von Motoren und die Einladung zur Feier am 7. April erhalten.

Genossen, ich beglückwünsche Sie zu Ihrem Arbeitserfolg und zum Jubiläum der Lehrgänge für Automechaniker. Von ganzem Herzen wünsche ich Ihnen, daß Sie weiter tüchtig arbeiten, was Ihnen zweifellos neue Erfolge bringen wird. Besonders groß ist die Bedeutung Ihrer Erfolge für die ganze Masse der Arbeiter und Bauern; denn bei dem Erdölreichtum Rußlands eröffnet uns die Entwicklung der Motorenproduktion die Möglichkeit, die Bauernwirtschaften mit billigen und praktischen Motoren zu versorgen. Um jeden Preis müssen bei der Motorenproduktion noch mehr Erfolge erzielt werden.

Mit besten Wünschen und kommunistischem Gruß.

Lenin

Geschrieben am 7. April 1921.
Zuerst veröffentlicht am 21. Januar 1940 in der „Prawda" Nr. 21.

Nach dem Manuskript.

REFERAT ÜBER DIE NATURALSTEUER IN DER VERSAMMLUNG DER SEKRETÄRE UND VERANTWORTLICHEN VERTRETER DER ZELLEN DER KPR(B) DER STADT UND DES GOUVERNEMENTS MOSKAU 9. APRIL 1921[65]

Genossen! Über die Naturalsteuer und die Änderung der Ernährungspolitik sowie über die ökonomische Politik der Sowjetmacht bekommt man die verschiedenartigsten Meinungen zu hören, die viele Mißverständnisse erzeugen. Gestatten Sie mir, gemäß einer Vereinbarung mit Gen. Kamenew, unsere Themen so aufzuteilen, daß er es übernimmt, die soeben erlassenen Gesetze in allen ihren Einzelheiten darzulegen. Das wird um so zweckmäßiger sein, als Gen. Kamenew Vorsitzender der Kommission war, die zuerst vom Zentralkomitee unserer Partei eingesetzt und dann vom Rat der Volkskommissare bestätigt worden ist und die in einer ganzen Reihe von Beratungen mit Vertretern der zuständigen Behörden sämtliche in der letzten Zeit erlassenen Gesetze ausgearbeitet hat. Das letzte dieser Gesetze ist gestern erlassen worden, heute konnten wir es schon in den Zeitungen lesen. Es unterliegt keinem Zweifel, daß jedes dieser Gesetze eine ganze Reihe von praktischen Fragen aufwirft, und es wird nicht wenig Arbeit erforderlich sein, damit alle Funktionäre der Partei und der Sowjetinstitutionen im Lande draußen sich mit diesen Gesetzen genügend vertraut machen und die richtige Praxis ihrer Anwendung an Ort und Stelle finden können.

Ich möchte Ihr Augenmerk auf die allgemeine oder prinzipielle Bedeutung aller genannten Maßnahmen lenken. Wie ist es zu erklären, daß die Sowjetmacht und die Diktatur des Proletariats diesen Weg der Anerkennung des freien Handels in diesem oder jenem Maß beschreiten? In welchem Maß können freier Handel und individuelle Wirtschaft neben der sozialistischen Wirtschaft zugelassen werden? In welchem Maß kann dieses Wiederaufleben des Kapitalismus geduldet werden, das unvermeid-

lich erscheinen mag bei jeder, sei es auch noch so beschränkten Zulassung des freien Handels? Wodurch ist diese Änderung hervorgerufen, worin besteht ihr eigentlicher Sinn, ihr Charakter, ihre Bedeutung, und wie haben die Mitglieder der Kommunistischen Partei diese Änderung zu verstehen? Wie soll man sie erklären, und wo sind die Grenzen ihrer Anwendung in der Praxis zu sehen? Das ungefähr ist die Aufgabe, die ich mir stelle.

Die erste Frage besteht darin: Wodurch ist diese Änderung, die vielen übermäßig schroff und ungenügend begründet erscheint, hervorgerufen worden?

Die grundlegende und wichtigste Ursache dieser Änderung ist die ungewöhnlich verschärfte Krise der bäuerlichen Wirtschaft, ihre äußerst schwere Lage, die sich zum Frühjahr 1921 als viel schwerer erwies, als man voraussehen konnte; anderseits aber haben sich die Folgen dieser Lage sowohl auf die Wiederherstellung unseres Verkehrswesens als auch auf den Wiederaufbau unserer Industrie ausgewirkt. Ich möchte bemerken, daß man, wenn man von der Ersetzung der Ablieferungspflicht durch die Naturalsteuer spricht, wenn man die Bedeutung dieser Maßnahme erörtert, am meisten Fehler dadurch macht, daß man sich nicht die Frage vorlegt, worin eigentlich dieser Übergang besteht, wovon er – dieser Übergang – ausgeht und wozu er führt. Eine ungewöhnlich schwere Krise der bäuerlichen Wirtschaft, die nach all den durch den Krieg hervorgerufenen Verheerungen noch einen letzten Schlag erhielt durch die ungewöhnlich schwere Mißernte, den damit zusammenhängenden Futtermangel – denn die Mißernte betraf auch Wiesen und Weiden – und das Viehsterben, eine Schwächung der Produktivkräfte der bäuerlichen Wirtschaft, die an vielen Orten geradezu mit Ruin bedroht ist – das ist das Bild der bäuerlichen Wirtschaft zum Frühjahr 1921. Und da taucht die Frage auf: In welchem Zusammenhang steht diese ungewöhnlich verschärfte Krise der bäuerlichen Wirtschaft mit jener Ablösung der Ablieferungspflicht, die die Sowjetmacht vorgenommen hat? Ich sage, daß man, um die Bedeutung dieser Maßnahme zu begreifen, sich vor allem fragen muß: Wovon und wozu gehen wir hier über?

Wenn in einem Lande mit überwiegender Bauernbevölkerung die Arbeiterrevolution stattfindet und die Fabriken, Werke und Eisenbahnen in die Hände der Arbeiterklasse übergehen – worin muß dann das Wesen

der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen der Arbeiterklasse und der Bauernschaft bestehen? Offensichtlich darin, daß die Arbeiter, die in den nunmehr ihnen gehörenden Fabriken und Werken alle Erzeugnisse herstellen, die für das Land, also auch für die Bauernschaft als die Mehrheit der Bevölkerung, erforderlich sind, diese Erzeugnisse auf ihren Eisenbahnen und Binnenschiffen befördern und sie der Bauernschaft zustellen, von der sie alle Überschüsse an landwirtschaftlichen Produkten erhalten. Das ist vollkommen klar und erfordert wohl kaum weitere Erläuterungen. Spricht man aber von der Naturalsteuer, so wird das immer wieder vergessen. Das muß man aber im Auge behalten, denn um sich über die Bedeutung der Naturalsteuer, die nur eine Übergangsmaßnahme ist, klarzuwerden, muß man genau wissen, wohin wir eigentlich gelangen wollen. Nun, aus dem von mir Gesagten geht klar hervor, daß wir dahin gelangen wollen und müssen, daß die bäuerlichen Produkte dem Arbeiterstaat nicht als Überschüsse auf Grund der Ablieferungspflicht und nicht als Steuer geliefert werden, sondern im Austausch gegen alle Erzeugnisse, die die Bauernschaft braucht und die mit den Verkehrsmitteln befördert werden. Auf dieser Grundlage kann die Wirtschaft des Landes, das zum Sozialismus übergegangen ist, aufgebaut werden. Wenn die bäuerliche Wirtschaft sich weiterentwickeln kann, so muß man auch den weiteren Übergang auf fester Basis sichern, der weitere Übergang aber besteht unweigerlich darin, daß die äußerst unvorteilhaften und äußerst rückständigen, zersplitterten bäuerlichen Kleinbetriebe sich durch allmählichen Zusammenschluß zur gesellschaftlichen Großlandwirtschaft organisieren. So haben sich die Sozialisten das alles von jeher vorgestellt. Das eben ist auch die Auffassung unserer Kommunistischen Partei. Wie gesagt, die größte Quelle der Fehler und Mißverständnisse besteht darin, daß man die Naturalsteuer beurteilt, ohne zu berücksichtigen, worin die Eigentümlichkeit jener Übergangsmaßnahmen besteht, die notwendig sind, damit wir dorthin gelangen, wohin wir gelangen können und müssen.

Was ist also die Naturalsteuer? Die Naturalsteuer stellt eine Maßnahme dar, in der wir manches von der Vergangenheit und manches von der Zukunft finden. Steuer bedeutet, daß der Staat von der Bevölkerung etwas ohne jedes Entgelt nimmt. Ist diese Steuer ungefähr auf die Hälfte der Pflichtablieferungen des vorigen Jahres festgesetzt, so kann dem Arbeiterstaat zum Unterhalt der Roten Armee, der ganzen Industrie, der

gesamten nichtlandwirtschaftlichen Bevölkerung, zur Entfaltung der Produktion, zur Entwicklung der Beziehungen mit dem Ausland, dessen Hilfe in Form von Maschinen und Betriebsausrüstungen wir brauchen, die Steuer allein nicht ausreichen. Einerseits möchte der Arbeiterstaat sich auf die Steuer stützen und sie ungefähr auf die Hälfte von dem festsetzen, was vorher die Pflichtablieferungen einbrachten, anderseits möchte er sich auf den Austausch von Industrieerzeugnissen gegen diese oder jene Überschüsse der bäuerlichen Produktion stützen. In der Steuer ist also ein Teilchen der früheren Pflichtablieferungen und ein Teilchen jenes Systems enthalten, das allein als richtig erscheint, nämlich: Austausch von Erzeugnissen der sozialistischen Großbetriebe gegen Produkte der bäuerlichen Wirtschaft durch die Lebensmittelstellen der Staatsmacht, die der Arbeiterklasse gehört, durch die Genossenschaften der Arbeiter und Bauern.

Warum, fragt sich, sehen wir uns gezwungen, zu einer Maßnahme zu greifen, von der ein Teilchen der Vergangenheit angehört und nur ein Teilchen ins richtige Geleise gebracht wird, wobei wir noch lange nicht sicher sind, ob es uns gelingen wird, es sofort ins richtige Geleise zu bringen, und ob dieser Teil, den wir ins richtige Geleise bringen wollen, erheblich sein wird? Warum sehen wir uns gezwungen, zu einer derart halbschlächtigen Maßnahme zu greifen, warum sind wir in unserer Ernährungs- und Wirtschaftspolitik auf solche Maßnahmen angewiesen? Wodurch ist diese Maßnahme hervorgerufen worden? Jedermann weiß natürlich, daß sie nicht durch irgendeine Vorliebe der Sowjetmacht für diese oder jene Politik hervorgerufen worden ist. Sie ist hervorgerufen worden durch äußerste Not, durch eine hoffnungslose Lage. Sie wissen, daß wir mehrere Jahre hindurch, nachdem die Arbeiterrevolution in Rußland gesiegt hatte, nach dem imperialistischen Krieg den Bürgerkrieg durchstehen mußten, und heute kann man ohne Übertreibung sagen, daß unter allen Ländern, die in den imperialistischen Krieg verwickelt waren, ja sogar unter denen, die am meisten darunter gelitten haben, weil der Krieg sich auf ihrem Territorium abspielte, es dennoch kein einziges gibt, das so gelitten hätte wie Rußland; denn nach dem vierjährigen imperialistischen Krieg ertrugen wir drei Jahre Bürgerkrieg, der hinsichtlich Verheerung, Vernichtung, Verschlechterung der Produktionsbedingungen viel schlimmer war als der äußere Krieg, weil dieser Krieg sich im Innern des

Staates abspielte. Diese furchtbare Verheerung ist die Grundursache dafür, warum wir zu Beginn, in der Periode des Krieges, besonders als der Bürgerkrieg Getreidegebiete wie Sibirien, den Kaukasus und die ganze Ukraine abgeschnitten wie auch die Versorgung mit Kohle und Erdöl unterbunden und die Möglichkeit der Zufuhr sonstigen Brennstoffs eingeschränkt hatte – warum wir, die wir uns in einer belagerten Festung befanden, uns nicht anders halten konnten als durch Anwendung der Ablieferungspflicht, d. h. indem wir den Bauern alle Überschüsse wegnahmen, die es überhaupt gab, ja mitunter nicht nur die Überschüsse wegnahmen, sondern auch manches, was der Bauer selber brauchte, nur um die Armee kampffähig zu erhalten und die Industrie vor dem völligen Verfall zu bewahren. Während des Bürgerkriegs war diese Aufgabe außerordentlich schwierig, und nimmt man die Einschätzung dieser Aufgabe durch die anderen Parteien, so wurde sie von allen für unlösbar erklärt. Nehmen wir die Menschewiki und Sozialrevolutionäre, d. h. das Kleinbürgertum und die Partei der Kulaken. Diese Parteien schrien in den kritischsten Momenten des Bürgerkriegs am lautesten, die Bolschewiki hätten eine wahnwitzige Sache angezettelt, es sei unmöglich, im Bürgerkrieg standzuhalten, nachdem den Weißgardisten sämtliche Mächte zu Hilfe gekommen wären. In der Tat, die Aufgabe war außerordentlich schwierig, erforderte die Anspannung aller Kräfte und wurde nur deshalb mit Erfolg bewältigt, weil die Opfer, die in dieser Zeit von der Arbeiterklasse und der Bauernschaft gebracht wurden, man darf wohl sagen, übermenschlich waren. Eine solche Unterernährung, ein solches Hungern wie in den ersten Jahren ihrer Diktatur hat die Arbeiterklasse nie zu ertragen gehabt. Und so ist es begreiflich, daß es zur Lösung dieser Aufgabe keinerlei Möglichkeiten gab außer der Ablieferungspflicht im Sinne der Einziehung aller Überschüsse und eines Teils dessen, was der Bauer selber brauchte. „Hungere auch du ein wenig, aber wir werden gemeinsam unsere Sache durchhalten und Denikin und Wrangel verjagen" – eine andere Lösung konnte man sich nicht vorstellen.

Es war nicht so, daß ein ökonomisches System, ein ökonomischer Plan der Politik, vorhanden gewesen wäre, daß er angenommen worden wäre angesichts der Möglichkeit, zwischen dem einen und dem anderen System zu wählen. So war es nicht. Man konnte gar nicht daran denken, die Industrie wiederaufzubauen, wenn weder die Lebensmittel- noch die

Brennstoffversorgung auch nur minimal gesichert war. Die Aufgabe, die wir uns stellten, bestand darin, die Reste der Industrie zu erhalten, damit die Arbeiter nicht vollständig auseinanderliefen, und eine Armee zu haben – und diese Aufgabe konnte nicht anders gelöst werden als durch die Ablieferungspflicht ohne Entgelt, denn das Papiergeld ist natürlich kein Entgelt. Einen anderen Ausweg hatten wir nicht. Das war es, wovon wir ausgegangen sind, wozu wir aber übergehen, habe ich bereits gesagt. Um diesen Übergang zu bewerkstelligen, dazu braucht man eben eine Maßnahme wie die Steuer. Gelänge es, den Wiederaufbau unserer Industrie zu beschleunigen, so könnten wir vielleicht, eine bessere Ernte vorausgesetzt, rascher zu einem Austausch von Industrieerzeugnissen gegen landwirtschaftliche Produkte übergehen.

Viele von Ihnen erinnern sich wahrscheinlich, daß wir auf dem IX. Parteitag die Frage des Übergangs zur Wirtschaftsfront stellten. Die ganze Aufmerksamkeit war damals dieser Frage gewidmet. Wir glaubten damals, wir wären vom Krieg erlöst; hatten wir damals doch ein für das bürgerliche Polen unerhört günstiges Friedensangebot gemacht. Wie Sie wissen, wurde der Frieden vereitelt, es kam der polnische Krieg und seine Fortsetzung – Wrangel u. a. Die Zeitspanne vom IX. bis zum X. Parteitag war fast ganz mit Krieg ausgefüllt; Sie wissen, daß wir erst in der allerletzten Zeit den endgültigen Friedensvertrag mit den Polen und vor ein paar Tagen ein friedliches Abkommen mit den Türken unterzeichnet haben, das allein uns von den ewigen Kriegen im Kaukasus erlöst. Erst jetzt haben wir mit England einen Handelsvertrag geschlossen, dem weltweite Bedeutung zukommt, erst jetzt hat sich England genötigt gesehen, Handelsbeziehungen mit uns aufzunehmen; Amerika zum Beispiel lehnt das heute noch ab. Da haben Sie eine Vorstellung davon, mit welcher Mühe wir uns aus diesem Krieg herausgewunden haben. Hätten wir die Möglichkeit gehabt, die Absichten des IX. Parteitags schon damals zu verwirklichen, so hätten wir natürlich viel mehr Industrieerzeugnisse liefern können.

Bei mir war heute Gen. Koroljow aus Iwanowo-Wosnessensk, einem unserer industriereichsten, proletarischen, roten Gouvernements. Er führte Zahlen und Tatsachen an. Im ersten Jahr waren nicht mehr als sechs Fabriken in Betrieb, und keine einzige arbeitete auch nur einen ganzen Monat lang ununterbrochen. Das war ein vollkommener Still-

stand der Industrie. Im abgelaufenen Jahr wurden zum erstenmal zweiundzwanzig Fabriken in Gang gesetzt, die einige Monate, manche ein halbes Jahr ununterbrochen arbeiteten. Die Planaufgabe wurde auf 150 Millionen Arschin festgesetzt; nach den Angaben, die aus der allerletzten Zeit stammen, produzierten sie 117 Millionen Arschin; an Brennstoff erhielten sie aber bloß die Hälfte von dem, was veranschlagt war. So wurde uns ein Strich durch die Rechnung gemacht, und zwar nicht allein in Iwanowo-Wosnessensk, sondern in ganz Rußland. Das hing in hohem Grade zusammen mit dem Niedergang der bäuerlichen Wirtschaft, dem Viehsterben, der Unmöglichkeit, genügende Holzmengen zu den Eisenbahnstationen und Dampferanlegestellen zu befördern. Die Iwanowo-Wosnessensker bekamen infolgedessen weniger Holz, weniger Torf, weniger Erdöl. Es mutet wie ein Wunder an, daß sie, obwohl sie nur die Hälfte Brennstoff bekamen, dennoch ihr Programm mit 117 Millionen von 150 Millionen Arschin erfüllt haben. Sie steigerten die Arbeitsproduktivität und überführten die Arbeiter in die besten Fabriken, wodurch sie denn auch einen hohen Ausstoß erzielten. Da haben Sie ein naheliegendes und exaktes Beispiel, das zeigt, in welche Lage wir geraten sind. Auf dem IX. Parteitag wurde das ganze Textilprogramm auf etwas über 600 Millionen Arschin festgelegt; wir haben jetzt nicht einmal ein Drittel davon erfüllt, denn das Gouvernement Iwanowo-Wosnessensk hat sich zwar als das beste erwiesen, aber auch dieses Gouvernement liefert nur 117 Millionen. Sie können sich nun vorstellen – das vielmillionenköpfige Rußland und diese 117 Millionen Arschin Textilien. Das ist Bettelarmut. Die Wiederherstellung der Industrie wurde in so ungeheurem Ausmaß aufgehalten, daß bis zum Frühjahr 1921 ihre Wiederherstellung völlig undenkbar erschien. Wir brauchten eine große Armee, und sie wurde auf viele Millionen gebracht; sie im Winter rasch zu demobilisieren, war infolge des zerrütteten Verkehrswesens außerordentlich schwierig. All dies gelang uns um den Preis einer unerhörten Anspannung.

So sieht die Lage aus, die sich ergeben hat. Welchen anderen Ausweg gibt es als den, die Pflichtablieferungen bis zum äußersten herabzusetzen und 240 Millionen Pud Getreide statt 423 zu erfassen. Das ist das Minimum, das bei einer Durchschnittsernte zusammengebracht werden muß und bei dem wir uns mit knapper Not ernähren können. Damit wir uns darauf nicht zu beschränken brauchen, muß man der bäuerlichen Wirt-

schaft die Möglichkeit geben, auf die Beine zu kommen. Jetzt müssen Maßnahmen getroffen werden. Die beste Maßnahme wäre natürlich der Wiederaufbau der Großindustrie. Gewiß, das wäre die beste, die einzige ökonomisch richtige Maßnahme; die Produktion der Fabriken steigern und mehr Erzeugnisse liefern, die der Bauer braucht; nicht nur Textilien, die der Arbeitsmann und seine Familie brauchen, sondern auch Maschinen und Geräte, und seien es die einfachsten, die der Bauer auf das dringendste benötigt. Aber was mit den Textilien geschehen ist, ist auch mit der Metallindustrie geschehen. So liegen also die Dinge. Es gelang nicht, nach dem IX. Parteitag die Industrie wiederherzustellen, weil ein Kriegsjahr hereinbrach, es mangelte sowohl an der Brennstoffversorgung als auch an Transportmitteln, und die bäuerliche Wirtschaft war im höchsten Grade geschwächt. Welche Maßnahmen können ergriffen werden, um der bäuerlichen Wirtschaft die größtmögliche Hilfe zu leisten? Es gibt keine anderen Maßnahmen, als die Pflichtablieferungen herabzusetzen, sie in eine Steuer umzuwandeln, die bei einer Durchschnittsernte auf 240 Millionen Pud festgelegt ist, bei einer Mißernte vielleicht auf noch weniger, damit der Bauer weiß, daß er eine bestimmte Menge, die so niedrig wie möglich angesetzt ist, abliefern muß und seine ganze Arbeitskraft mit dem größten Eifer der Produktion zuwenden kann, damit alle übrigbleibenden Produkte ihm das einbringen können, was er braucht, und es der bäuerlichen Wirtschaft ermöglichen, sich nicht nur auf Konto der Industrie zu verbessern – das wäre am richtigsten, das wäre am rationellsten, aber dazu fehlen die Kräfte. Die Steuer ist äußerst niedrig bemessen, ihre Anwendung wird bereits zur Wiederherstellung der örtlichen Kleinindustrie führen, denn wir können die Großindustrie nicht so rasch wiederaufbauen, wie wir es möchten. Das ist schon durch das Iwanowo-Wosnessensker Programm bewiesen, das die höchste Quote von dem lieferte, was wir vorgesehen hatten. Man muß noch ein Jahr warten, bis die Brennstoffvorräte ausreichen werden, um die Produktion in allen Fabriken sicherzustellen. Gut, wenn wir es in einem Jahr zustande bringen, vielleicht aber erst in zwei. Können wir den Bauer versorgen? Wenn wir eine gute Ernte bekämen, würde es möglich sein.

Als auf dem Parteitag die Frage der Naturalsteuer zur Entscheidung stand, wurde eine Broschüre des Leiters unserer Statistischen Zentralverwaltung, des Gen. Popow, über die Getreideproduktion Rußlands ver-

teilt. Diese Broschüre wird dieser Tage in ergänzter Ausgabe erscheinen, und jeder sollte sie lesen. Sie gibt eine Vorstellung von der Getreideproduktion, ihre Berechnungen beruhen auf den Ergebnissen der von uns durchgeführten Volkszählung, die genaue Zahlen über die Gesamtbevölkerung ergeben und annähernd den Umfang der Wirtschaften ermittelt hat. In dieser Broschüre wird darauf hingewiesen, daß die bäuerliche Wirtschaft bei einer Ernte von vierzig Pud pro Desjatine auf dem jetzigen Territorium Sowjetrußlands 500 Millionen Pud Überschüsse ergeben könnte. Wir würden dann den Bedarf der städtischen Bevölkerung – 350 Millionen Pud – vollständig decken und hätten noch eine Reserve für den Außenhandel und für die Verbesserung der bäuerlichen Wirtschaft. Die Mißernte war so groß, daß im Durchschnitt nicht mehr als 28 Pud pro Desjatine eingebracht wurden. Es ergab sich ein Defizit. Rechnet man, wie es die Statistik tut, daß man achtzehn Pud pro Kopf braucht, so muß man pro Kopf drei Pud streichen und jeden Bauer zu einer gewissen Unterernährung verurteilen, um der Armee und den Industriearbeitern eine halbhungrige Existenz zu sichern. Bei dieser Sachlage hatten wir keinen anderen Ausweg, als die Pflichtablieferungen maximal herabzusetzen und sie in eine Steuer umzuwandeln. Es gilt, alle Kraft und Mühe aufzuwenden, um den bäuerlichen Kleinbetrieb zu verbessern. Ihm Textilien, Maschinen und andere Erzeugnisse der Großindustrie liefern – diese Aufgabe vermochten wir nicht zu lösen, aber sie muß sofort gelöst werden, und zwar muß sie gelöst werden mit Hilfe der Kleinindustrie. Schon das erste Jahr der Durchführung der neuen Maßnahme muß Resultate zeitigen.

Nun, warum wird der bäuerlichen Wirtschaft die meiste Beachtung geschenkt? Weil wir nur von dort die uns nötigen Lebensmittel und Brennstoffe erhalten können. Wenn die Arbeiterklasse als herrschende Klasse, als Klasse, die ihre Diktatur ausübt, die Wirtschaft richtig führen will, so muß sie sagen: Das hier ist der wundeste Punkt – die Krise der bäuerlichen Wirtschaft; das muß bereinigt werden, damit man sich noch einmal an den Wiederaufbau der Großindustrie machen und erreichen kann, daß in demselben Iwanowo-Wosnessensker Gebiet nicht zweiundzwanzig, sondern alle siebzig Fabriken arbeiten. Dann wird diese Textilgroßindustrie den Bedarf der ganzen Bevölkerung decken, und dann werden von der Bauernbevölkerung die Produkte nicht in Form einer Steuer,

sondern im Austausch gegen Industrieerzeugnisse bezogen werden, die ihr die Arbeiterklasse liefern wird. Das ist der Übergang, den wir jetzt erleben, da es nötig ist, Not und Hunger so zu verteilen, daß um den Preis der Unterernährung aller diejenigen gerettet werden, ohne die weder der Rest der Fabriken noch die Eisenbahnen noch auch die Armee zu erhalten sind, um den Weißgardisten Widerstand entgegenzusetzen.

Unsere Ablieferungspflicht wurde von den Menschewiki arg gelästert, die behaupteten, die Sowjetmacht hätte der Bevölkerung nichts gebracht außer Ablieferungspflicht, Not und Zerstörung, und der baldige Wiederaufbau unserer Industrie habe sich nach der teilweisen Wiederherstellung des Friedens, nach der Beendigung des Bürgerkriegs als unmöglich erwiesen. Aber selbst in den reichsten Ländern zählt ja die Zeit, in der man die Industrie wiederaufbauen kann, nach Jahren. Selbst ein so reiches Land wie Frankreich muß viel Zeit auf den Wiederaufbau seiner Industrie verwenden, und Frankreich hat doch unter diesem Krieg nicht so gelitten wie wir, denn dort wurde nur ein kleiner Teil des Landes von der Zerstörung betroffen. Man muß sich wundern, daß wir beispielsweise im ersten Jahr des noch unvollständigen Friedens erreicht haben, daß in Iwanowo-Wosnessensk zweiundzwanzig Fabriken von siebzig in Gang gesetzt und 117 Millionen Arschin von 150 Millionen erzeugt wurden. Die Ablieferungspflicht war seinerzeit unumgänglich, jetzt aber mußten wir die Ernährungspolitik ändern, d. h. von der Ablieferungspflicht zur Steuer übergehen. Das wird zweifellos die Lage des Bauern bessern, das wird ihm zweifellos die Möglichkeit geben, genauer, bestimmter und sicherer damit zu rechnen, daß er alle freien Getreideüberschüsse, die ihm verbleiben werden, zum Austausch, sei es auch nur für Gegenstände der örtlichen Hausindustrie, verwenden kann. Gerade deshalb ist diese ökonomische Politik der Sowjetmacht notwendig.

Zum Schluß möchte ich nun auf die Frage eingehen, wie sich diese Politik mit dem Standpunkt des Kommunismus verträgt und wie es zugeht, daß die kommunistische Sowjetmacht die Entwicklung des freien Handels fördert. Ist das vom Standpunkt des Kommunismus zu billigen? Um diese Frage beantworten zu können, müssen wir die Änderungen, die in der bäuerlichen Wirtschaft eingetreten sind, aufmerksam untersuchen. Anfangs war die Lage so, daß wir einen Ansturm der gesamten Bauernschaft gegen die Macht der Gutsbesitzer sahen. Gegen die Gutsbesitzer

wandten sich gleicherweise sowohl die armen Bauern als auch die Kulaken, wenn auch natürlich mit verschiedenen Absichten: die Kulaken mit dem Ziel, dem Gutsbesitzer den Boden wegzunehmen und darauf ihre eigene Wirtschaft zu entwickeln. Hierbei traten dann die verschiedenen Interessen und Bestrebungen der Kulaken und der Dorfarmut zutage. In der Ukraine ist dieser Interessengegensatz auch heute viel deutlicher zu sehen als bei uns. Die Dorfarmut konnte diese Wegnahme des Bodens von den Gutsbesitzern unmittelbar nur sehr wenig ausnutzen, denn sie verfügte dazu weder über Material noch über Geräte. Und nun sehen wir, daß die Dorfarmut sich organisiert, um zu verhindern, daß die Kulaken die enteigneten Ländereien an sich reißen. Die Sowjetmacht unterstützt die entstandenen Komitees der Dorfarmut bei uns und die „Komitees der unbegüterten Bauern" in der Ukraine.[66] Was war schließlich das Ergebnis? Das Ergebnis war, daß die Mittelbauern zum überwiegenden Element im Dorfe wurden. Wir wissen das aus der Statistik, und jeder, der im Dorf lebt, weiß es aus seinen eigenen Beobachtungen. Die Extreme haben sowohl in der Richtung zum Kulakentum wie in der Richtung zur Armut abgenommen, und die Mehrheit der Bevölkerung hat sich dem Typus des Mittelbauern anzunähern begonnen. Wollen wir die Produktivität unserer bäuerlichen Wirtschaft heben, müssen wir in erster Linie mit dem Mittelbauern rechnen. Dementsprechend mußte die Kommunistische Partei ihre Politik auch einrichten.

Ist nun das Dorf mittelbäuerlich geworden, so muß man dem Mittelbauern helfen, seine Wirtschaft zu heben, und außerdem an ihn die Anforderungen stellen, die wir an den Arbeiter stellen. Auf dem letzten Parteitag war die Hauptfrage die Produktionspropaganda: alle Kräfte an die Wirtschaftsfront, die Arbeitsproduktivität heben und die Produktenmenge vergrößern. Ohne Bewältigung dieser Aufgaben ist keine Vorwärtsbewegung möglich. Wenn wir das in bezug auf die Arbeiter sagen, so müssen wir dasselbe auch in bezug auf die Bauernschaft sagen. Vom Bauern wird der Staat eine bestimmte Steuer erheben, dafür aber verlangen, daß der Bauer nach Entrichtung der Steuer seine Wirtschaft erweitert, denn er weiß ja, daß man ihm weiter nichts nehmen wird und daß ihm sein ganzer Überschuß für den Ausbau der Wirtschaft verbleibt. Also erklärt sich die Änderung der Politik gegenüber der Bauernschaft dadurch, daß sich die Lage der Bauernschaft selbst geändert hat. Das Dorf

ist mehr mittelbäuerlich geworden, und wenn wir die Produktivkräfte entwickeln wollen, müssen wir dem Rechnung tragen.

Ich will noch daran erinnern, daß ich im Jahre 1918, nach dem Abschluß des Brester Friedens, gegen die Gruppe der sogenannten „linken Kommunisten" polemisieren mußte.[67] Wer damals in der Partei war, wird sich erinnern, wie manche Kommunisten befürchteten, der Brester Friedensschluß werde jede kommunistische Politik untergraben. In der Diskussion mit diesen Genossen sagte ich unter anderem: Den Staatskapitalismus brauchen wir bei uns in Rußland nicht zu fürchten, er wäre ein Schritt vorwärts. Das klang sehr befremdlich: Wieso – in der Sozialistischen Sowjetrepublik soll der Staatskapitalismus ein Schritt vorwärts sein? Und als Antwort darauf sagte ich: Schaut doch genau hin, was beobachten wir in Rußland vom Standpunkt der wirklichen ökonomischen Verhältnisse? Wir beobachten zumindest fünf verschiedene Systeme oder Wirtschaftsformen oder ökonomische Zustände, und zwar sind es, wenn man von unten nach oben zählt, die folgenden: erstens die patriarchalische Wirtschaft, bei der die Bauernwirtschaft nur für den Eigenbedarf arbeitet oder sich in einem Nomaden- oder Halbnomadenzustand befindet, solche Wirtschaften aber haben wir in Hülle und Fülle; zweitens die kleine Warenwirtschaft, bei der die Produkte auf dem Markt verkauft werden; drittens die kapitalistische Wirtschaft, das ist das Aufkommen von Kapitalisten, von kleinem privatwirtschaftlichem Kapital; viertens der Staatskapitalismus und fünftens der Sozialismus. Und wenn wir näher hinsehen, so müssen wir sagen, daß wir auch jetzt im ökonomischen System, in der ökonomischen Struktur Rußlands alle diese Beziehungen beobachten. Wir dürfen auf keinen Fall vergessen, was wir oft beobachten: die sozialistische Einstellung der Arbeiter in den dem Staat gehörenden Betrieben, wo die Arbeiter selbst Brennmaterial, Rohstoffe und Produkte herbeischaffen, oder wo die Arbeiter bemüht sind, die Industrieerzeugnisse richtig unter der Bauernschaft zu verteilen und sie selber hinbefördern. Das ist Sozialismus. Aber daneben besteht der Kleinbetrieb, der fast immer unabhängig vom Sozialismus existiert. Warum kann er unabhängig davon existieren? Weil die Großindustrie nicht wiederhergestellt ist, weil die sozialistischen Fabriken vielleicht nur ein Zehntel von dem bekommen können, was sie bekommen sollten; und sofern sie es nicht bekommen, bleibt der Kleinbetrieb von den sozialistischen Fabriken

unabhängig. Die ungeheuerliche wirtschaftliche Zerrüttung des Landes, der Mangel an Brennmaterial, Rohstoffen und Transportmitteln führt dazu, daß die Kleinproduktion getrennt vom Sozialismus besteht. Und ich sage: Unter solchen Umständen Staatskapitalismus – was wäre das? Das wäre eine Zusammenfassung der Kleinproduktion. Das Kapital faßt die Kleinproduktion zusammen, das Kapital wächst aus der Kleinproduktion hervor. Davor soll man die Augen nicht verschließen. Freilich, Freiheit des Handels bedeutet Wachstum des Kapitalismus; darüber kann man sich keinesfalls hinwegsetzen, und wer sich darüber hinwegsetzen und das von der Hand weisen wollte, würde sich nur an Worten ergötzen. Wenn es den Kleinbetrieb gibt, wenn freier Austausch besteht, dann entsteht Kapitalismus. Aber ist dieser Kapitalismus für uns gefährlich, wenn wir die Fabriken und Werke, das Verkehrswesen und den Außenhandel in unseren Händen haben? Und damals sagte ich und werde es jetzt wiederholen, denn es ist meiner Meinung nach unwiderlegbar, daß dieser Kapitalismus für uns nicht gefährlich ist. Ein solcher Kapitalismus sind die Konzessionen.

Wir sind intensiv bemüht, Konzessionsverträge abzuschließen, aber leider haben wir bisher keinen einzigen abgeschlossen. Dennoch sind wir ihnen jetzt näher, als wir es vor einigen Monaten waren, da wir uns das letztemal über die Konzessionen unterhielten. Was ist eine solche Konzession vom Standpunkt der ökonomischen Beziehungen? Das ist Staatskapitalismus. Die Sowjetmacht schließt einen Vertrag mit einem Kapitalisten. Laut Vertrag wird diesem eine gewisse Menge von Sachwerten überlassen: Rohstoffe, Bergwerke, Ölfelder, Erzlagerstätten oder, wie nach einem der letzten Konzessionsprojekte, sogar ein besonderer Betrieb (Konzessionsprojekt eines schwedischen Unternehmens zur Herstellung von Kugellagern). Die sozialistische Staatsmacht überläßt dem Kapitalisten die ihr gehörenden Produktionsmittel: Betriebe, Materialien, Bergwerke; der Kapitalist arbeitet als Kontrahent, als Pächter mit den sozialistischen Produktionsmitteln und zieht aus seinem Kapital Profit, während er dem sozialistischen Staat einen Teil der Erzeugnisse überläßt.

Wozu brauchen wir das? Damit wir sofort eine größere Menge von Erzeugnissen erhalten; und das brauchen wir, aus eigener Kraft können wir das nicht zustande bringen. Und so ergibt sich der Staatskapitalismus. Ist er gefährlich für uns? Nein, denn wir werden bestimmen, in welchem Maße wir Konzessionen erteilen. Sagen wir, eine Erdölkonzession. Das

wird uns mit einem Mal Millionen Pud Petroleum geben, mehr als wir selbst erzeugen werden. Das ist für uns von Vorteil, denn der Bauer wird uns seine Getreideüberschüsse für dieses Petroleum und nicht für Papiergeld liefern, und wir werden sofort die Möglichkeit haben, die Lage im ganzen Lande zu verbessern. Das ist der Grund, warum uns der Kapitalismus, der aus dem freien Handel unvermeidlich erwachsen wird, nicht schreckt. Er wird das Ergebnis eines erhöhten Umsatzes sein, das Ergebnis eines Austausches von Industrieerzeugnissen, sei es auch nur von Erzeugnissen der Kleinindustrie, gegen landwirtschaftliche Produkte.

Aus dem nun bekanntgegebenen Gesetz erfahren Sie, daß man in manchen Industriezweigen den Arbeitern anheimstellt, einen gewissen Teil der in ihrem Betrieb hergestellten Erzeugnisse als Naturalprämie zu erhalten, um sie gegen Getreide tauschen zu können. So werden die Textilarbeiter nach Deckung des Staatsbedarfs einen Teil der Textilien für sich bekommen und sie selbst gegen Getreide tauschen. Das ist notwendig, um die Lage der Arbeiter und die Lage der Bauern rascher zu verbessern. Im gesamtstaatlichen Maßstab könnten wir das nicht tun, aber es muß um jeden Preis getan werden. Deshalb verschließen wir keineswegs die Augen davor, daß Freiheit des Handels in einem gewissen Maße Entwicklung des Kapitalismus bedeutet, wir sagen aber: Dieser Kapitalismus wird unter Kontrolle, unter Aufsicht des Staates stehen. Hat der Arbeiterstaat von den Fabriken, Werken und Eisenbahnen Besitz ergriffen, so schreckt uns dieser Kapitalismus nicht. Das wird uns eine Verbesserung des Wirtschaftsverkehrs zwischen den bäuerlichen Produzenten und den benachbarten Hausindustriellen bringen, die zwar den Bedarf des Bauern an Industrieerzeugnissen nicht gar so üppig, aber doch bis zu einem gewissen Grade decken werden. Immerhin wird sich die bäuerliche Wirtschaft im Vergleich mit dem bisherigen Zustand verbessern, und wir brauchen diese Verbesserung dringend. Mag sich die Kleinindustrie bis zu einem gewissen Grad entwickeln, mag sich der Staatskapitalismus entwickeln – das schreckt die Sowjetmacht nicht; sie muß die Dinge mit offenen Augen sehen und sie beim rechten Namen nennen, aber sie muß das kontrollieren, muß das Maß bestimmen.

Die Konzessionen sind nicht gefährlich, wenn wir den Konzessionären ein paar Betriebe überlassen und die meisten für uns selber behalten; das braucht uns nicht zu schrecken. Gewiß, es wäre völlig widersinnig, wenn

die Sowjetregierung den größeren Teil dessen, was ihr gehört, als Konzessionen vergäbe; dann wären das keine Konzessionen, sondern es wäre eine Rückkehr zum Kapitalismus. Die Konzessionen brauchen uns nicht zu schrecken, solange wir sämtliche Staatsbetriebe in Händen halten und genau und streng erwägen, welche Konzessionen wir erteilen können, unter welchen Bedingungen und in welchem Umfang. Der Kapitalismus, der solcherart heranwächst, steht unter Kontrolle, unter Überwachung, die Staatsmacht aber bleibt in den Händen der Arbeiterklasse und des Arbeiterstaates. Sowohl das Kapital, das in Form von Konzessionen auftreten wird, als auch dasjenige, das durch die Genossenschaften und den freien Handel unvermeidlich heranwachsen wird, brauchen wir nicht zu fürchten; wir müssen danach streben, die Lage der Bauernschaft zu ändern und zu verbessern; wir müssen alle Kräfte anspannen, damit das im Interesse der Arbeiterklasse geschehe. Alles tun, was man für die Verbesserung der bäuerlichen Wirtschaft, für den Ausbau des örtlichen Umsatzes tun kann, und zugleich die gesamtstaatliche Wirtschaft so planen, daß die sozialistische Großindustrie rascher als bisher wiederhergestellt wird – all das werden wir mit Hilfe der Konzessionen eher erreichen als ohne Konzessionen; das werden wir eher erreichen, wenn die bäuerliche Wirtschaft sich erholt haben und wieder zu Kräften gekommen sein wird, als bei der absoluten Not, die bisher in der bäuerlichen Wirtschaft geherrscht hat.

Das hatte ich zu sagen zu der Frage, wie man vom kommunistischen Standpunkt aus diese Politik zu bewerten hat, warum sie notwendig war, warum sie uns, richtig angewandt, eine sofortige und jedenfalls raschere Besserung bringen wird, als wenn sie nicht angewandt würde.

„Prawda" Nr. 81, 82 und 83, 15., 16. und 17. April 1921.

Nach dem Text der „Prawda".

GRUSSBOTSCHAFT AN DIE BERATUNG VON VERTRETERINNEN DER FRAUENABTEILUNGEN DER OSTVÖLKER IN DEN SOWJETGEBIETEN UND -REPUBLIKEN[68]

Zu meinem tiefen Bedauern bin ich durch unaufschiebbare Arbeit verhindert, an Ihrer Beratung teilzunehmen. Ich sende Ihnen herzliche Grüße und wünsche Ihnen den besten Erfolg für Ihre Arbeit, insbesondere für die Arbeit zur Vorbereitung des bevorstehenden ersten Gesamtrussischen Kongresses der parteilosen Frauen des Ostens, der, richtig vorbereitet und durchgeführt, zweifellos eine große Rolle spielen wird *für die Erweckung des Bewußtseins und den organisatorischen Zusammenschluß der Frauen des Ostens.*

Lenin

„Prawda" Nr. 77,
10. April 1921.

Nach dem Text der „Prawda", verglichen mit dem von W. I. Lenin unterzeichneten Original.

REFERAT ÜBER DIE KONZESSIONEN IN DER SITZUNG DER KOMMUNISTISCHEN FRAKTION DES GESAMTRUSSISCHEN ZENTRALRATS DER GEWERKSCHAFTEN 11. APRIL 1921

Genossen! Die Frage der Konzessionen rief bei uns ziemlich unerwartete Meinungsverschiedenheiten hervor, weil im Prinzip diese Frage bereits im Herbst des vergangenen Jahres endgültig gelöst zu sein schien, und als am 23. November vorigen Jahres das Dekret des Rats der Volkskommissare über die Konzessionen erlassen wurde, gab es keinerlei Proteste in Parteikreisen, wenigstens nicht unter den verantwortlichen Funktionären, und es war nichts zu merken von irgendwelchen Meinungsverschiedenheiten, die auftauchen könnten. Sie wissen natürlich, daß man auf dem Parteitag einen speziellen Beschluß fassen mußte, der das Dekret über die Konzessionen bestätigt und es speziell auf die Erteilung von Konzessionen in Baku und Grosny ausdehnt.[69] Das mußte auf dem Parteitag durchgesetzt werden, damit keine Schwankungen in der Politik des Zentralkomitees auftreten können, in dem sich gerade in dieser Frage eine Scheidung der Geister zeigte, die in gewissem Grade durchaus nicht den früheren fraktionellen Scheidungen entsprach, sondern in erheblichem Maße mit Baku zusammenhängt. Einige Bakuer Genossen wollten sich nicht mit dem Gedanken abfinden, daß auch für Baku, vielleicht ganz besonders für Baku, Konzessionen notwendig sind und daß man in Baku den größeren Teil der Ölfelder als Konzessionen vergeben soll. Die Argumente waren außerordentlich verschiedenartig, angefangen damit, daß wir selber „schürfen" werden, wozu sollen wir Ausländer rufen, und weiter, daß die alten, im Kampf mit den Kapitalisten erprobten Arbeiter nicht darauf eingehen werden, sich wieder unter das Joch eines Kapitalisten zu beugen, usf.

Ich will jetzt nicht darüber urteilen, inwieweit solche Argumente von

allgemeiner Prinzipienfestigkeit zeugten oder aber, sozusagen, von Bakuer „Lokalpatriotismus", Bakuer Kirchturmpolitik. Von mir selbst muß ich sagen, daß ich diese Ansicht aufs entschiedenste bekämpft habe, da ich der Meinung bin, daß von ernsten praktischen Maßnahmen zur Verbesserung der wirtschaftlichen Lage gar keine Rede sein kann, wenn wir es nicht verstehen, eine Konzessionspolitik zu treiben und ausländisches Kapital zu Konzessionen heranzuziehen. Es ist unmöglich, die Frage der unverzüglichen Verbesserung der wirtschaftlichen Lage ernst zu stellen, wenn man die Konzessionspolitik nicht anwendet, wenn man sich nicht lossagt von den Vorurteilen, dem Lokalpatriotismus, zum Teil auch dem Zunftpatriotismus und der Meinung, daß wir selber „schürfen" werden. Wir müssen bereit sein, auf eine ganze Reihe von Opfern, Entbehrungen und Unbequemlichkeiten einzugehen, auf den Bruch mit Gewohnheiten, vielleicht sogar mit solchen, die sich eingefressen haben, wenn wir damit nur einen ernsthaften Umschwung und eine Verbesserung der ökonomischen Lage in den wichtigsten Industriezweigen herbeiführen. Das muß erreicht werden, koste es, was es wolle.

Auf dem Parteitag wurde die ganze Aufmerksamkeit in Anspruch genommen von der Frage der Politik gegenüber der Bauernschaft und der Frage der Naturalsteuer, die in der Gesetzgebung überhaupt den ersten Platz einnimmt und als zentrale politische Frage das Augenmerk der Partei auf sich zog. In den Fragen der Naturalsteuer und des Verhältnisses zur Bauernschaft ist uns bewußt geworden, daß wir nicht imstande sind, die Produktivität der Großindustrie so rasch zu steigern, wie das zur Befriedigung der Bedürfnisse der Bauern notwendig wäre, ohne zu solchen Krücken zu greifen wie die Wiedergeburt des freien Handels und der freien Industrie. Jetzt aber müssen wir, wenn auch mit Hilfe solcher Krücken, auf die Beine kommen, denn für jeden Menschen, der seine fünf Sinne beisammen hat, ist es offensichtlich, daß wir ohne diese Krücken hinter den Forderungen des Lebens zurückbleiben, denn die Lage spitzt sich weiterhin zu – sei es auch nur deshalb, weil die Flößerei in diesem Frühjahr aus einer ganzen Reihe von Gründen, vor allem durch Naturereignisse, zum größten Teil lahmgelegt ist. Die Brennstoffkrise rückt näher. Weiterhin droht das Frühjahr mit einer neuen Mißernte, ebenfalls hervorgerufen durch klimatische Bedingungen, mit Futtermangel, was das Brennstoffaufkommen noch mehr einschränken kann. Und wenn sich noch

eine Dürre einstellt, dann droht die Krise einen völlig außergewöhnlichen Charakter anzunehmen. Man muß verstehen, daß unter solchen Bedingungen alle Worte unseres Programms, die in erster Linie davon sprechen, daß die Produktenmenge um jeden Preis zu vergrößern ist, nicht zu dem Zweck niedergeschrieben wurden, sich daran zu ergötzen und sein Ergötzen an verschiedenen Resolutionen zu äußern, womit sich die Kommunisten außerordentlich eifrig befassen, sondern zu dem Zweck, um jeden Preis eine größere Produktenmenge zu liefern. Allein, ohne Hilfe des ausländischen Kapitals, schaffen wir das nicht. Für jeden, der sich keinen Illusionen hingibt und der Wirklichkeit ins Auge blickt, muß das offensichtlich sein. Aus diesem Grunde hat die Frage der Konzessionen eine solche Bedeutung erlangt, daß sich der Parteitag damit befassen mußte.

Nach einigen Debatten nahm der Rat der Volkskommissare die Grundprinzipien des Konzessionsvertrags an. Ich werde sie jetzt verlesen und alle Prinzipien aufzeigen, die besondere Bedeutung haben oder Meinungsverschiedenheiten hervorrufen. Wenn nicht alle Parteimitglieder, besonders die Führer der Gewerkschaftsbewegung, d. h. der organisierten Massen des Proletariats, der organisierten Mehrheit des Proletariats, die gegenwärtige Lage begreifen und daraus die entsprechenden Schlußfolgerungen ziehen, dann kann von einem wirtschaftlichem Aufbau natürlich im Ernst nicht die Rede sein. Ich werde die Grundprinzipien des Konzessionsvertrags Punkt für Punkt verlesen, wie sie vom Rat der Volkskommissare angenommen worden sind. Ich muß hinzufügen, daß wir bis jetzt noch keine einzige Konzession abgeschlossen haben. Prinzipielle Meinungsverschiedenheiten zu äußern ist uns gelungen – darin sind wir große Meister –, aber nicht eine einzige Konzession haben wir abgeschlossen. Vielleicht finden sich Leute, die sich darüber freuen. Wenn sie sich finden, dann ist das traurig, denn wenn wir das Kapital nicht zu Konzessionen heranziehen, so bedeutet das, daß es uns an Geschäftstüchtigkeit fehlt. Ein Kommunist kann sich freilich in Resolutionen austoben. Man kann damit die Reste unserer Papiervorräte nach Belieben vollschreiben. Erster Punkt:

„1. Der Konzessionär ist verpflichtet, die Lage der in Konzessionsunternehmen beschäftigten Arbeiter (im Vergleich mit anderen, in analogen Unternehmen der gleichen Gegend beschäftigten Arbeitern) so zu verbessern, daß sie der Durchschnittsnorm des Auslands gleichkommt."

Wir nehmen diese grundlegende Bestimmung deshalb in den Vertrag auf, um die Kommunisten und die Leiter unserer Wirtschaftsinstitutionen sofort an den Kern der Frage heranzuführen. Was ist uns das Wichtigste an den Konzessionen? Natürlich die Vergrößerung der Produktenmenge. Das versteht sich von selbst. Aber besonders wichtig, wenn nicht noch wichtiger, ist es auch, das wir die Lage der in Konzessionsbetrieben beschäftigten Arbeiter sofort verbessern können. Diese Bestimmungen des Konzessionsvertrags wurden nach wiederholter Erörterung der Frage angenommen, insbesondere auf Grund einer Reihe von Besprechungen, die einige Bevollmächtigte der RSFSR, besonders Gen. Krassin, mit einigen Finanzkönigen des modernen Imperialismus im Ausland führten. Man muß sagen, daß bei uns, wie Sie selbst wissen, natürlich die große Mehrheit der Kommunisten aus Büchern weiß, was Kapitalismus und Finanzkapital bedeuten, sie haben vielleicht sogar eine Broschüre darüber geschrieben, aber sachlich mit Vertretern des Finanzkapitals zu verhandeln, das verstehen 99 Prozent der Kommunisten nicht, und sie werden es auch niemals lernen.

In dieser Beziehung hat Gen. Krassin außerordentlich gute Voraussetzungen, weil er in Deutschland und in Rußland die Verhältnisse der Industrie sowohl von der praktischen als auch von der organisatorischen Seite her studiert hat. Dem Gen. Krassin wurden diese Bedingungen mitgeteilt, und er antwortete: „Im allgemeinen annehmbar." Wozu der Konzessionär vor allem verpflichtet wird, das ist, die Lage der Arbeiter zu verbessern. In einer Vorbesprechung Krassins mit einem der Erdölkönige war von eben diesem Umstand die Rede, wobei für die westeuropäischen Kapitalisten klar war, daß es bei der jetzigen Lage der Arbeiter völlig unmöglich ist, mit einer Steigerung der Produktivität zu rechnen. Diese Verpflichtung des Konzessionärs, die Lage der Arbeiter zu verbessern, ist nicht irgendeine humanitäre Bestrebung, sondern eine rein geschäftliche Seite der Frage. Zweiter Punkt:

„2. Dabei wird die niedrigere Arbeitsproduktivität des russischen Arbeiters berücksichtigt, und es ist vorgesehen, nach Möglichkeit die Norm der Arbeitsproduktivität des russischen Arbeiters zu überprüfen, nachdem er bessere Lebensbedingungen erreicht hat."

Diese Klausel war nötig, um eine einseitige Auslegung des Punktes zu vermeiden. All diese Punkte sind Regeln und Direktiven für alle Ver-

treter der Sowjetmacht, die mit Konzessionen zu tun haben werden, sie stellen Richtlinien dar, auf deren Grundlage Verträge ausgearbeitet werden. Wir haben den Entwurf eines Erdölvertrags, eines Vertrags für Kugellagerwerke, einen Entwurf für Waldkonzessionen und einen Vertrag betreffend Kamtschatka, von dem schon lange gesprochen wird, der aber aus vielerlei Gründen nicht in Kraft getreten ist. Der zweite Punkt war deshalb notwendig, damit der erste nicht einseitig aufgefaßt wird. Wir müssen berücksichtigen, daß die Arbeitsproduktivität nicht steigt, solange sich die Lage der Arbeiter nicht bessert. Auf diesen Kalkül verzichten heißt alle Fragen der Konzessionen von vornherein auf eine derart unsachliche Basis stellen, daß der Kapitalist gar nicht erst zu verhandeln beginnt. Dritter Punkt:

„3. Der Konzessionär ist verpflichtet, für die in Konzessionsunternehmen beschäftigten Arbeiter die lebensnotwendigen Konsumgüter aus dem Ausland einzuführen und sie ihnen nicht teurer zu verkaufen als zum Selbstkostenpreis plus einem bestimmten Prozentsatz für Unkosten."

Hier sollten 10 Prozent festgesetzt werden, aber bei der endgültigen Erörterung ließen wir die Höhe des Prozentsatzes weg. Es ist hier wichtig, daß wir die Einfuhr der für die Arbeiter lebensnotwendigen Konsumgüter aus dem Ausland zu Grunde legen. Wir wissen, daß wir angesichts des Zustands, in dem sich bei uns die bäuerliche Wirtschaft und die Brennstofffrage befinden, in den nächsten Jahren die Lage der Arbeiter nicht wesentlich verbessern und folglich auch die Arbeitsproduktivität nicht wesentlich steigern können. Folglich ist erforderlich, daß der Konzessionär die Notwendigkeit der Einfuhr aller Konsumgüter aus dem Ausland in diesen Vertrag aufnimmt, was für ihn ohne weiteres erfüllbar ist. Wir haben diesbezüglich schon die vorläufige Zustimmung einiger Haie des Kapitalismus. Die Konzessionäre werden auf diese Bedingungen eingehen, weil es für sie dringend notwendig ist, Rohstoffe zu erhalten, die für sie einen ungeheuren Wert darstellen. Die Beschaffung von Rohstoffen ist für sie in erster Linie notwendig. Ob diese Schwerpunktbetriebe nun zehn-, zwanzig- oder dreißigtausend Arbeiter beschäftigen werden – alle für die Arbeiter notwendigen Güter heranzuschaffen, wird den Konzessionären ein leichtes sein bei den Verbindungen, über welche die modernen Syndikate und Trusts verfügen, denn Kapitalisten, die nicht in Syndikaten und Trusts vereinigt sind, gibt es kaum noch, alle großen Unternehmen

basieren auf dem Monopol, nicht auf dem freien Markt, und sind infolgedessen in der Lage, die Belieferung anderer Kapitalisten mit Rohstoffen und Erzeugnissen zu sperren, während sie selbst die Möglichkeit haben, soviel Erzeugnisse zu erhalten, wie alle denkbaren vorläufigen Verträge erfordern. Diese Syndikate operieren mit Hunderten von Millionen. Sie werden die Möglichkeit haben, über gewaltige Vorräte an Lebensmitteln zu verfügen, und folglich werden sie diese Lebensmittel und andere notwendige Gebrauchsgüter für einige zehntausend Arbeiter beschaffen und nach Rußland bringen können.

Für sie bietet das wirtschaftlich keinerlei Schwierigkeit. Sie werden diese Unternehmen als Schwerpunktbetriebe betrachten, werden 100, wenn nicht gar 1000 Prozent Profit einheimsen und diese Unternehmen mit Lebensmitteln beliefern. Ich wiederhole, das bietet für sie ökonomisch keine Schwierigkeit. Wir müssen unserer Konzessionspolitik die Aufgabe zugrunde legen, die Lage der Arbeiter in den vorrangigen und danach auch in den übrigen Betrieben zu verbessern. Es folgt Punkt vier:

„4. Dabei ist der Konzessionär verpflichtet, falls die Regierung der RSFSR das fordert, außer dem für die in den Konzessionsunternehmen beschäftigten Arbeiter Eingeführten noch 50–100 Prozent dieser Menge einzuführen und der Regierung der RSFSR zu demselben Preis (Selbstkostenpreis plus ein bestimmter Prozentsatz für Unkosten) zu überlassen. Die Regierung der RSFSR ist berechtigt, diesen Preis mit einem Teil des vom Konzessionär hergestellten Erzeugnisses abzugelten (d. h. von dem ihr zustehenden Anteil abzuziehen)."

Auch diese Bedingung wurde in Vorbesprechungen mit den Finanzkönigen von diesen als erfüllbar akzeptiert, weil die Konzessionsunternehmen für sie Schwerpunktbetriebe sind.

Nehmen wir solche Erzeugnisse wie Erdöl, das sie von uns bekommen können, so werden sie die Möglichkeit haben, dieses im Ausland zu Monopolpreisen zu verkaufen. Deshalb können sie Lebensmittel nicht nur für die in dem betreffenden Unternehmen beschäftigten Arbeiter liefern, sondern auch einen bestimmten Prozentsatz darüber hinaus. Vergleichen Sie diesen Punkt mit dem ersten Punkt, so sehen Sie, was die Grundlinie der Konzessionspolitik ist: Die Verbesserung der Lage der Arbeiter, vor allem der in den Konzessionsunternehmen beschäftigten, und danach, in etwas geringerem Maße, auch der anderen, wofür wir

gewisse Konsumgüter aus dem Ausland zu beziehen suchen. Diese Güter bekommen wir jetzt nicht, wenn wir als Käufer auf dem Weltmarkt auftreten, selbst wenn wir sie bezahlen könnten. Auch wenn Sie Valuta haben, zum Beispiel Gold, dürfen Sie nicht vergessen, daß es keinen freien Markt gibt, daß der gesamte oder beinahe der gesamte Markt von den Syndikaten, Kartellen und Trusts besetzt ist, die sich von ihren imperialistischen Profiten leiten lassen und Güter zur Versorgung der Arbeiter nur für ihre eigenen Unternehmen liefern, nicht aber für andere, weil es den alten Kapitalismus – im Sinne des freien Marktes – schon nicht mehr gibt. Hier sehen Sie das Wesen der Konzessionspolitik in Anwendung auf die jetzigen Bedingungen des Finanzkapitals und auf den gigantischen Kampf der Trusts, den Kampf des einen gegen den andern. Die Konzessionspolitik ist ein Bündnis, das die eine Seite gegen die andere schließt, und solange wir nicht stark genug sind, müssen wir, um uns bis zum Sieg der internationalen Revolution halten zu können, ihre Feindschaft untereinander ausnützen. Ihnen ist die Versorgung der Arbeiter möglich, weil es dem modernen Großunternehmen nichts ausmacht, zwanzig- bis dreißigtausend Arbeiter mehr zu versorgen. Uns gäbe das die Möglichkeit, die Kosten mit Rohstoffen zu decken, beispielsweise mit Erdöl. Wenn wir mit einer zusätzlichen Menge von Holz und Erz – unseren wertvollsten Schätzen – diese zusätzliche, für die Arbeiter lebensnotwendige Menge von Konsumgütern bezahlen könnten, so wäre es uns möglich, in erster Linie die Lage der in den Konzessionsunternehmen beschäftigten Arbeiter zu verbessern, während der Rest zur Verbesserung der Lage der anderen Arbeiter – in geringerem Maße – dienen würde. Punkt fünf:

„5. Der Konzessionär ist verpflichtet, die Gesetze der RSFSR zu befolgen und insbesondere hinsichtlich der Arbeitsbedingungen, Zahlungstermine usw. ein Abkommen mit den Gewerkschaften zu treffen. (Falls der Konzessionär es fordert, sind wir bereit hinzuzufügen, daß bei solchen Abkommen die Norm eines durchschnittlichen amerikanischen oder westeuropäischen Arbeiters für beide Seiten verbindlich ist.)"

Diese Klausel wurde aufgenommen, um die Befürchtungen des Kapitals in bezug auf unsere Gewerkschaften zu zerstreuen. Wir sagen: Es ist ein Abkommen mit den Gewerkschaften zu treffen, weil sich die Teilnahme der Gewerkschaften wie ein roter Faden durch die gesamte Gesetzgebung

zieht, weil die Teilnahme der Gewerkschaften in alle Gesetze, die in dieser Hinsicht von wesentlicher Bedeutung sind, eingebaut ist, und die Stellung der Gewerkschaften, die den sozialistischen Prinzipien entspricht, durch das Gesetz gesichert ist. Würden wir nur sagen: der Kapitalist hat ein Abkommen mit den Gewerkschaften zu treffen, so könnte der Kapitalist, der richtig informiert ist und weiß, daß die Gewerkschaften von den kommunistischen Fraktionen und über diese von der Partei geführt werden, die Befürchtung hegen, daß man von diesen Kommunisten allen möglichen Unsinn erwarten kann, und er könnte ganz unglaubliche Bedingungen stellen. Vom Standpunkt des Kapitalisten sind solche Befürchtungen durchaus natürlich. Deshalb müssen wir sagen, daß wir für ein sachliches Abkommen sind – anders lohnt es sich gar nicht zu verhandeln. Deshalb sagen wir, daß wir einverstanden sind, einen solchen Zusatz zu machen. Wir stimmen für uns und für unsere Gewerkschaften zu, diese Norm gleich der Norm eines durchschnittlichen amerikanischen oder westeuropäischen Arbeiters anzunehmen. Anders, ich wiederhole, kann von einem für kapitalistische Verhältnisse tauglichen Vertrag gar keine Rede sein. Punkt sechs:

„6. Der Konzessionär ist verpflichtet, die wissenschaftlich-technischen Regeln, die den russischen und ausländischen Gesetzen entsprechen (Einzelheiten stehen in jedem Vertrag), streng einzuhalten."

Dieser Punkt wird im Vertrag besonders ausführlich entwickelt. Zum Beispiel der Erdölvertrag enthält 10 Artikel, in denen ausführliche wissenschaftliche Regeln dargelegt und beschrieben werden. Eine Haupteigenschaft der kapitalistischen Wirtschaft ist ihre Unfähigkeit, für die wissenschaftlich richtige Nutzung sowohl des Bodens als auch der Arbeitskraft zu sorgen. Ein Kampfmittel dagegen sind die wissenschaftlich-technischen Regeln. Wir wissen, daß zum Beispiel die Ölfelder bei unsachgemäßer oder nicht völlig sachgemäßer Ausbeutung der Verwässerung anheimfallen. Es ist klar, daß für uns der Erwerb technischer Ausrüstungen ungeheure Bedeutung hat. Ich erinnere hier daran, daß eine ungefähre Berechnung dessen, was wir an solchen Ausrüstungen brauchen, in dem Buch „Plan für die Elektrifizierung Rußlands" angestellt wurde. Ich habe die absolut genauen Zahlen nicht mehr im Gedächtnis, aber im großen und ganzen sind die Ausgaben für die Elektrifizierung mit 17 Milliarden Goldrubel festgelegt, wobei die Arbeiten erster Ordnung in etwa zehn

Jahren ausgeführt sein können. Wir beabsichtigen, bis zu 11 Milliarden dieser Summe aus unserem Fonds, sowohl mit Gold als auch durch Export, zu decken; das bedeutet, daß 6 Milliarden ungedeckt bleiben. Im Zusammenhang damit kommen die Autoren dieser Arbeit zu dem Schluß, daß man entweder Schuldverschreibungen ausgeben oder Konzessionen erteilen muß. Dieses Defizit muß gedeckt werden. Der Plan ist von den besten Spezialisten für die gesamte Republik vom Standpunkt der planmäßigen Entwicklung aller Industriezweige ausgearbeitet worden. Vor allem geht es um den Brennstoff und um die sparsamste, rationellste und vollkommenste Ausnutzung dieses Brennstoffs, der in allen wichtigsten Industriezweigen gebraucht wird. Wir könnten diese Aufgabe nicht lösen, wenn wir keine Ressourcen in Form von Konzessionen und Schuldverschreibungen hätten. Diese Bedingungen werden natürlich zu einem bestimmten, außerordentlich erwünschten Zeitpunkt nicht mehr bestehen. So nach einem besonders großen Streik von der Art, wie er jetzt in England vor sich geht, oder von der Art, wie er unlängst in Deutschland mit einem Mißerfolg geendet hat.[70] Aber dem erfolglosen Streik werden ein erfolgreicher Streik und eine erfolgreiche Revolution folgen, und dann werden wir unter sozialistischen Verhältnissen und nicht unter kapitalistischen leben.

Die Gefahr bei den Unterbrechungen in der Erdölgewinnung nimmt katastrophalen Charakter an. Den Kapitalisten ist es nicht gelungen, die Norm zu erreichen, die bis 1905 in Baku üblich war. Es stellt sich heraus, daß in den ausländischen Erdöllagerstätten, zum Beispiel in Kalifornien und Rumänien, den Ölfeldern eingestandenermaßen die gleiche Gefahr der Verwässerung droht. Die unzulängliche Wasserabsperrung führt zu einer immer stärkeren Verwässerung.

In den ausländischen und russischen Gesetzen gibt es diesbezüglich ausführliche Regeln. Als wir uns mit dieser Angelegenheit in Baku beschäftigten, haben wir uns bei unseren Spezialisten nach den rumänischen und kalifornischen Gesetzen erkundigt. Um unsere Rohstoffquellen zu erhalten, müssen wir erreichen, daß die wissenschaftlich-technischen Regeln eingehalten und beachtet werden. Handelt es sich zum Beispiel darum, Wald zu vergeben, so muß darauf geachtet werden, daß die Forstwirtschaft richtig betrieben wird. Handelt es sich darum, Erdöl zu vergeben, so muß dafür gesorgt werden, daß keine Verwässerung eintritt. Hier kommt es

also darauf an, die wissenschaftlich-technischen Regeln einzuhalten und eine rationelle Ausbeutung zu gewährleisten. Woher stammen nun diese Begriffe? Sie stammen aus den russischen und ausländischen Gesetzen. Damit zerstreuen wir die Befürchtung, daß wir uns diese Regeln selbst ausgedacht haben, weil sonst kein Kapitalist mit uns in Verhandlungen treten würde. Wir nehmen das, was in den russischen und ausländischen Gesetzen steht. Wenn wir das beste aus den Gesetzen Rußlands und eines beliebigen anderen Landes nehmen, so haben wir auf dieser Grundlage die Möglichkeit, die Norm zu garantieren, die der moderne Kapitalist jetzt erreicht. Das ist eine bestimmte sachlich begründete Norm, und sie ist nicht der kommunistischen Phantasie entsprungen, was die Kapitalisten mehr als alles andere fürchten, sondern der kapitalistischen Praxis entnommen. Wir garantieren, daß wir in diesen Verträgen unter allen Umständen und in jeder Beziehung, in allen Punkten des Konzessionsvertrags, nicht über das hinausgehen werden, was in der kapitalistischen Gesetzgebung verankert ist. Diesen Grundgedanken darf man keinen Augenblick außer acht lassen. Wir müssen auf dem Boden kapitalistischer Verhältnisse beweisen, daß diese Bedingungen für die Kapitalisten annehmbar sind, daß diese Bedingungen für sie vorteilhaft sind, und zugleich müssen wir es verstehen, daraus auch für uns Nutzen zu ziehen. Sonst ist jedes Gespräch über Konzessionen leeres Geschwätz. Wir sprechen also von dem, was in den kapitalistischen Gesetzen anerkannt ist. Alle wissen, daß der moderne Kapitalismus vom Standpunkt der technischen Vervollkommnungen, des technischen Niveaus, unvergleichlich höher steht als unsere heutige Industrie. Also beschränken wir uns nicht allein auf die russische Gesetzgebung. Bezüglich des Erdöls haben wir zum Beispiel begonnen, Bestimmungen aus den russischen, rumänischen und kalifornischen Gesetzen zu übernehmen. Wir haben das Recht, ein beliebiges Gesetz zu übernehmen, und damit wird jeder Verdacht zerstreut, daß wir uns hier willkürlich etwas ausgedacht hätten. Dem modernen Kapitalisten der Gegenwart, den Finanzkönigen und dem modernen Finanzkapital ist das verständlich. Sie richten sich nach den ausländischen Bedingungen und nach der ausländischen Norm. Wir stellen diese Norm auf, weil wir den sachlichen Forderungen des Kapitalismus Rechnung tragen. Wir gehen hier nicht von irgendwelchen Phantasien aus, und zugleich stellen wir uns das praktische Ziel, unsere Industrie so zu verbessern, daß sie dem fort-

geschrittenen modernen Kapitalismus entspricht. Jeder, der die Lage unserer Industrie kennt, versteht, daß das eine gewaltige Verbesserung ist. Würden wir diese Grundsätze in bezug auf einen bestimmten Teil der Industrie verwirklichen, und sei es auch nur der zehnte Teil, so wäre das ein gewaltiger Schritt vorwärts, ein Schritt, der für sie möglich und für uns außerordentlich wünschenswert ist. Siebenter Punkt:

„7. Analog zu Punkt 4 wird eine Bestimmung über die Ausrüstung festgelegt, die der Konzessionär aus dem Ausland einführt."

Der vierte Punkt besagt, daß der Konzessionär außer dem, was er für seinen Arbeitsbedarf einführt, darüber hinaus, wenn wir das in den Vertrag aufnehmen, noch eine gewisse Menge zum Verkauf, gegen besondere Bezahlung einführen muß. Bringt der Kapitalist für sich selbst vervollkommnete Bohrer und Werkzeuge mit, so haben wir das Recht zu fordern, daß er außer diesen Bohrern, die er selbst braucht, sagen wir, noch 25 Prozent für uns mitbringt, und wir werden dafür so zahlen, wie es im 4. Punkt steht, das heißt zum Selbstkostenpreis plus einen bestimmten Prozentsatz für Unkosten.

Die Zukunft sieht sehr günstig aus. Aber man darf keinesfalls zwei Arten von Tätigkeit miteinander verwechseln: einerseits die agitatorische, die diese Zukunft näher rückt, und anderseits die Fähigkeit, sich jetzt so einzurichten, daß wir in der kapitalistischen Umkreisung existieren können. Bringen wir das nicht fertig, so wird auf uns die unangenehme zweite Hälfte des Sprichworts zutreffen, das sagt: „Bis die Sonne aufgeht, ätzt der Tau die Augen aus." Wir müssen es verstehen, uns auf die Besonderheiten der kapitalistischen Welt zu stützen, die Gier der Kapitalisten nach Rohstoffen auszunutzen und daraus Vorteile zu ziehen, um unsere ökonomische Lage – wie seltsam das auch klingen mag – inmitten der Kapitalisten zu festigen. Die Aufgabe scheint seltsam zu sein: Wie kann die sozialistische Republik ihre Lage verbessern, indem sie sich auf den Kapitalismus stützt? Aber wir haben das im Kriege gesehen. Wir haben im Krieg nicht deshalb gesiegt, weil wir stärker waren, sondern deshalb, weil wir als die Schwächeren die Feindschaft zwischen den kapitalistischen Staaten ausgenutzt haben. Jetzt müssen wir entweder die Feindschaft zwischen den Trusts ausnutzen oder wir sind unfähig, uns den kapitalistischen Besonderheiten anzupassen, und werden im System der kapitalistischen Umkreisung nicht existieren können. Punkt acht:

„8. Ob die Zahlung des Arbeitslohns an die in Konzessionsunternehmen beschäftigten Arbeiter in ausländischer Währung oder in Form von Gutscheinen oder in sowjetischem Geld usw. erfolgt, wird durch eine besondere Vereinbarung in jedem Vertrag festgelegt."

Hier akzeptieren wir, wie Sie sehen, jede mögliche Bezahlung: ausländische Währung, Gutscheine, sowjetisches Geld, und wir sind von vornherein bereit, alle Vorschläge, die uns von Geschäftsleuten gemacht werden, wohlwollend zu prüfen. Was konkrete Vorschläge betrifft, so hörten unsere Vertreter den Vorschlag Vanderlips, der erklärte: „Ich möchte den Arbeitern einen Durchschnittslohn von, sagen wir, eineinhalb Dollar täglich zahlen. Dann möchte ich auf meinem Konzessionsgelände Läden einrichten: in diesen Läden werde ich alles haben, was die Arbeiter brauchen, und kaufen wird in den Läden derjenige können, der bestimmte Gutscheine bekommt, Gutscheine aber werde ich nur den Arbeitern geben, die in meinen Konzessionsunternehmen beschäftigt sind." Ob das nun so sein wird oder nicht, im Prinzip halten wir das für durchaus annehmbar. Natürlich tauchen hier eine Menge Schwierigkeiten auf. Eine Konzession, die der kapitalistischen Produktion Rechnung trägt, mit dem sowjetischen Standpunkt in Einklang zu bringen, ist natürlich keine leichte Sache, und jede derartige Bemühung ist, wie ich schon sagte, eine Fortsetzung des Kampfes zwischen dem Kapitalismus und dem Sozialismus. Dieser Kampf hat die Formen geändert, aber es ist ein Kampf geblieben. Jeder Konzessionär bleibt ein Kapitalist, und er wird danach trachten, die Sowjetmacht zu untergraben, aber wir müssen bestrebt sein, seine Gier auszunutzen. Wir sagen: „Uns tun auch 150 Prozent nicht leid, wenn wir eine Verbesserung der Lage unserer Arbeiter erreichen." Das ist es, worum der Kampf gehen wird. Hierbei bedarf es natürlich einer noch größeren Gewandtheit als beim Kampf um den Abschluß eines beliebigen Friedensvertrags. Beim Abschluß eines jeden Friedensvertrags geht ein Kampf vor sich, daran beteiligen sich bürgerliche Mächte, die hinter der einen Seite stehen. Jedesmal, wenn wir einen Friedensvertrag unterzeichneten, mit Lettland, Finnland oder Polen, standen hinter diesen Staaten ausländische Mächte, die ihnen die Hand führten. Und wir mußten diese Verträge so abschließen, daß sie einerseits den bürgerlichen Republiken die Möglichkeit zu existieren gaben und anderseits der Sowjetmacht vom Standpunkt der Weltdiplomatie Vorteile sicherten. Jeder Friedensvertrag mit bürger-

lichen Mächten ist ein Vertrag, der bestimmte militärische Punkte des Krieges fixiert. Genauso ist auch jeder Punkt eines Konzessionsvertrags ein militärischer Vertrag in dem Sinne, daß es um jeden Punkt Krieg gab. Man muß es verstehen, die Sache so einzurichten, daß die eigenen Interessen in diesem Krieg gewahrt bleiben. Das ist deshalb möglich, weil der Kapitalist aus dem Konzessionsunternehmen hohe Profite zieht, während wir eine gewisse Verbesserung der Lage unserer Arbeiter erreichen und gewisse zusätzliche Erzeugnisse erhalten, die auf unseren Anteil entfallen. Erfolgt die Bezahlung in ausländischer Währung, so taucht eine ganze Reihe komplizierter Fragen auf: wie soll man diese Währung in sowjetische umtauschen? wie soll man die Spekulation bekämpfen? usw. Wir stellen uns von vornherein darauf ein, daß wir gegen jede beliebige Form der Bezahlung zu kämpfen verstehen und daß wir uns davor nicht fürchten. Denkt euch aus, was ihr wollt, ihr Herren Kapitalisten – das wird in diesem Punkt gesagt. Ob die Ware von euch eingeführt und gegen besondere Gutscheine abgegeben wird, ob sie zu bestimmten Bedingungen verkauft wird oder nur gegen Ausweis der im Konzessionsbetrieb beschäftigten Arbeiter, uns ist das einerlei. Wir werden uns allen Bedingungen so anzupassen verstehen, daß wir auf dem Boden dieser Bedingungen mit euch kämpfen und eine gewisse Verbesserung der Lage unserer Arbeiter erkämpfen können. Das ist die Aufgabe, die wir uns stellen. Wie diese Aufgabe im Konzessionsvertrag gelöst werden wird, kann man noch nicht sagen. Im fernen Kamtschatka kann man nicht die gleichen Bedingungen der Verrechnung vorschlagen wie bei uns hier oder in Baku. Wird eine Konzession im Donezbecken erteilt, so können die Formen der Bezahlung nicht die gleichen sein wie im hohen Norden. Wir haben die Kapitalisten, was die Form der Bezahlung betrifft, an nichts gebunden. Jeder Punkt des Vertrags wird einen Kampf zwischen Kapitalisten und Sozialisten einschließen. Wir fürchten diesen Kampf nicht und sind im voraus überzeugt, daß wir es verstehen werden, aus den Konzessionen die größtmöglichen Vorteile zu ziehen. Punkt neun:

„9. Die Bedingungen der Einstellung, des materiellen Lebens und der Entlohnung ausländischer qualifizierter Arbeiter und Angestellter werden durch freie Vereinbarung des Konzessionärs mit der erwähnten Kategorie von Angestellten und Arbeitern geregelt.

Die Gewerkschaften sind nicht berechtigt, die Anwendung der russi-

schen Tarifsätze sowie der russischen Einstellungsvorschriften auf solche Arbeiter zu fordern."

Den Punkt neun hielten wir für unbedingt notwendig, da es eine außerordentliche Torheit wäre, bei den Kapitalisten Vertrauen zu den Kommunisten vorauszusetzen. Das ist klar – sowohl prinzipiell als auch um so mehr vom „rein geschäftlichen" Standpunkt. Und würden wir sagen, daß wir die Bestätigung dieser Einstellungsbedingungen durch die Gewerkschaften für obligatorisch ansehen, würden wir den Kapitalisten sagen, daß wir jeden beliebigen ausländischen Techniker oder Spezialisten aufnehmen, aber sie möchten sich bitte streng an das geltende Arbeitsrecht der RSFSR halten, so würde sich selbstverständlich kein einziger ausländischer Techniker daran halten können und wollen, so daß das eine bloße Formalität wäre. Man könnte einwenden, die Regierung sage das eine, die Gewerkschaften aber werden etwas anderes sagen, da ja die Regierung nicht die Gewerkschaften und die Gewerkschaften nicht die Regierung seien, und man könne hier eine juristische „Falle" stellen. Wir haben das aber nicht für Advokaten, nicht für Rechtsanwälte geschrieben, sondern für Kommunisten. Wir haben das auf der Grundlage des Beschlusses des X. Parteitags geschrieben, in dem gesagt wird, wie man Konzessionspolitik treiben muß. Aus unserer gesamten, dem Europäer zugänglichen Literatur ist bekannt, daß die Konzessionspolitik von der Kommunistischen Partei angeleitet wird, die die Regierungspartei ist. Das ist kein Trick, es ist in alle Sprachen übersetzt. Und wenn wir, als führende Politiker, nicht sagen würden, daß wir hier unseren Einfluß auf die Gewerkschaften nicht geltend machen können und wollen, dann könnte von einer Konzessionspolitik überhaupt nicht die Rede sein. Sie, die Kapitalisten, den Kommunismus lehren zu wollen, wäre fehl am Platze. Wir sind vorzügliche Kommunisten, aber die kommunistische Gesellschaftsordnung werden wir nicht auf dem Wege der Konzessionen einführen. Eine Konzession – das ist ein Vertrag mit einer bürgerlichen Macht. Und ebenso, wie wir einen Kommunisten, der darauf ausginge, mit einer bürgerlichen Macht einen Vertrag auf Grund kommunistischer Prinzipien abzuschließen, ins Irrenhaus sperren und ihm sagen würden: „du taugst nicht als Diplomat in einem bürgerlichen Land, obwohl du ein vorzüglicher Kommunist bist", so wäre auch ein Kommunist reif fürs Irrenhaus, der in bezug auf die Konzessionspolitik seinen Kommunismus in einem Vertrag

dokumentieren wollte. Hier muß man begreifen, was kapitalistischer Handel ist, und wer das nicht begreift, der taugt hier nichts. Entweder schließt man keine Konzessionsverträge, oder man begreift, daß diese kapitalistischen Bedingungen zu unseren Gunsten ausgenutzt werden müssen und daß man den ausländischen Arbeitern und Technikern volle Freiheit lassen muß. Auf diesem Gebiet werden wir natürlich keine Einschränkungen machen.

Eine Einschränkung folgt erst im dritten Teil des neunten Punktes:

„Das prozentuale Verhältnis der ausländischen Arbeiter und Angestellten zu den russischen wird sowohl hinsichtlich der Gesamtzahl als auch innerhalb der einzelnen Kategorien durch beiderseitige Vereinbarung beim Abschluß eines jeden Konzessionsvertrags im einzelnen festgelegt."

Wir können natürlich nicht ablehnen, daß ausländische Arbeiter in eine Gegend gebracht werden, wo wir keine russischen Arbeiter stellen können, wie zum Beispiel auf Kamtschatka für die Holzindustrie. Oder wenn die Kapitalisten in einer Industrie wie zum Beispiel dem Bergbau, dort Werke errichten wollen, wo es kein Trinkwasser oder keine Lebensmittel gibt, so müssen sie Arbeiter mitbringen, und wir werden ihnen gestatten, dorthin einen sehr hohen Prozentsatz Arbeiter mitzubringen. Umgekehrt bedingen wir uns dort, wo es russische Arbeiter gibt, ein prozentuales Verhältnis aus, das unseren Arbeitern die Möglichkeit gibt, einerseits zu lernen und anderseits ihre Lage zu verbessern, denn wir wollen aus den Konzessionen für unsere Arbeiter dergestalt Nutzen ziehen, daß die Betriebe nach dem neuesten Stand der kapitalistischen Technik vervollkommnet werden. Alles das stößt nicht auf prinzipielle Einwände seitens der Kapitalisten. Der letzte Punkt ist Punkt zehn:

„10. Dem Konzessionär kann das Recht eingeräumt werden, in Übereinkunft mit den Regierungsorganen der RSFSR hochqualifizierte Spezialisten unter den russischen Staatsbürgern zu werben; die Einstellungsbedingungen müssen in jedem einzelnen Fall mit den Organen der zentralen Regierung vereinbart werden."

Natürlich können wir in dieser Beziehung nicht so freien Spielraum garantieren wie in bezug auf die ausländischen Techniker und Arbeiter. Bei denen mischen wir uns nicht ein, sie sind ganz und gar den kapitalistischen Verhältnissen untergeordnet. Für unsere Spezialisten und Techniker versprechen wir eine solche Freiheit nicht. Wir können nicht ge-

statten, daß unsere besten Spezialisten in den Konzessionsbetrieben verwendet werden. Wir wünschen nicht, daß ihnen der Zutritt dahin völlig verwehrt wird, aber es ist eine Aufsicht über die Einhaltung des Vertrags von oben und von unten nötig. Die Aufsicht muß von den Arbeitern, den Mitgliedern der Kommunistischen Partei, ausgeübt werden, die in den Unternehmen arbeiten werden, und zwar eine Aufsicht über die Einhaltung der Vertragsbedingungen und auch in bezug auf die fachlich-technische Bildung dieser Arbeiter, sowie eine Aufsicht über die Befolgung der Gesetze. Dieser Punkt stieß in den Vorbesprechungen mit einigen Königen des modernen Kapitals nicht auf prinzipielle Einwände.

Das sind alle vom Rat der Volkskommissare bestätigten Punkte. Ich hoffe, daß durch sie klar wird, was für eine Konzessionspolitik wir treiben wollen.

Es besteht kein Zweifel, daß jede Konzession in ihrer Art ein neuer Krieg sein wird, ein Krieg im Sinne des wirtschaftlichen Krieges, ein Übertragen des Krieges auf eine andere Ebene. Dem muß man sich anpassen, aber man muß es verstehen, das vom Standpunkt des Parteitags zu tun. Man muß eine Atempause einlegen, muß Opfer und Entbehrungen auf sich nehmen, anders kommen wir nicht zum Ziel, das Ziel aber ist das eine: In der kapitalistischen Umkreisung nutzen wir die Profitgier der Kapitalisten und die Feindschaft der Trusts untereinander aus, um die Existenzbedingungen für die sozialistische Republik zu schaffen, die nicht außerhalb der Weltverbindungen existieren kann und unter den gegebenen Bedingungen ihre Existenz mit den kapitalistischen Verhältnissen verbinden muß. Es taucht die Frage auf, welcherart die konkreten Bedingungen sein werden. In bezug auf die Erdölverträge zum Beispiel sind diese konkreten Bedingungen so: ⅓ bis ¼ des gesamten Grosny und des gesamten Baku. Der Umfang des an uns abzuführenden Anteils ist festgelegt: Wir werden 30–40 Prozent des geförderten Erdöls für uns behalten. Wir führen die Verpflichtung ein, in einem bestimmten Zeitabschnitt die Förderung beispielsweise auf 100 Millionen zu bringen, sowie die Verpflichtung, eine Ölleitung von Grosny und von Petrowsk nach Moskau zu legen. Ob eine gewisse Zuschlagszahlung erfolgen muß, diese Frage wird in jedem einzelnen Vertrag vorgesehen. Aber der Typ des Vertrags muß aus diesen Bedingungen klar sein. Vom Standpunkt der Gewerkschaften ist es wichtig, daß die leitenden Parteielemente die Be-

sonderheit dieser Politik begreifen und sich die Aufgabe stellen, in Erfüllung des Parteitagsbeschlusses, angewandt auf die Aufgaben der sozialistischen Ordnung bei kapitalistischer Umkreisung, solche Konzessionen um jeden Preis zu erlangen. Jede Konzession wird ein Gewinn sein, eine sofortige Verbesserung der Lage eines Teils der Arbeiter und Bauern. Der Bauern deshalb, weil jede Konzession ein gewisses zusätzliches Produkt bringt, das wir zu erzeugen nicht imstande sind. Dafür werden wir bei den Bauern Produkte eintauschen und sie ihnen nicht in Form einer Steuer wegnehmen.

Das ist eine recht schwierige und für die Organe der Sowjetmacht sogar äußerst schwierige Operation. Von dieser Grundposition ausgehend, muß man es sich zur Aufgabe machen, Konzessionen zu erlangen, unter Überwindung aller diesbezüglich vorhandenen Vorurteile, der Unlust, sich umzustellen, der Unlust, alte Gewohnheiten preiszugeben, der Unannehmlichkeit, daß ein Teil der Arbeiter besser versorgt wird und ein anderer schlechter. Von solchen Unannehmlichkeiten und solchen Beanstandungen, mit denen wir jegliche sachliche Verbesserung vereiteln können, ließe sich noch eine Million ausdenken. Auf diese Vereitelung spekuliert auch das ausländische Kapital. Ich weiß keinen anderen Punkt, gegen den die gewitztesten Vertreter der russischen weißgardistischen Presse so sehr zu Felde gezogen wären, die in der Geschichte mit den Kronstädter Ereignissen bewiesen haben, um wieviel sie Tschernow und Martow, mit fünf multipliziert, überragen. Sie wissen sehr gut, wenn wir es wegen unserer Vorurteile nicht verstehen, die Lage der Arbeiter und Bauern zu verbessern, so werden wir uns dadurch noch größere Schwierigkeiten bereiten und das Prestige der Sowjetmacht endgültig untergraben. Sie wissen, daß wir diese Verbesserung um jeden Preis erreichen müssen. Es tut uns nicht leid, dem ausländischen Kapitalisten sogar 2000 Prozent Profit zu geben, wenn nur die Lage der Arbeiter und Bauern verbessert wird – und das muß geschehen, koste es, was es wolle.

Zuerst veröffentlicht 1932. *Nach dem Stenogramm.*

AN DIE GENOSSEN KOMMUNISTEN ASERBAIDSHANS, GEORGIENS, ARMENIENS, DAGESTANS UND DER BERGREPUBLIK

Indem ich den Sowjetrepubliken des Kaukasus heiße Grüße entbiete, gestatte ich mir, der Hoffnung Ausdruck zu geben, daß ihr enges Bündnis ein Vorbild nationalen Friedens schaffen wird, wie er unter der Bourgeoisie noch nie dagewesen und in einer bürgerlichen Gesellschaftsordnung unmöglich ist.

Doch so wichtig der nationale Friede zwischen den Arbeitern und Bauern der Nationalitäten des Kaukasus auch ist, unvergleichlich wichtiger ist es noch, die Sowjetmacht als Übergang zum Sozialismus zu behaupten und zu entwickeln. Die Aufgabe ist schwierig, aber durchaus erfüllbar. Am wichtigsten für ihre erfolgreiche Lösung ist es, daß die Kommunisten Transkaukasiens die *Eigenart* ihrer Lage, der Lage ihrer Republiken, zum Unterschied von der Lage und den Verhältnissen der RSFSR, begreifen, daß sie die Notwendigkeit einsehen, unsere Taktik nicht zu kopieren, sondern sie entsprechend der Verschiedenartigkeit der konkreten Verhältnisse wohlüberlegt zu modifizieren.

Die Sowjetrepublik in Rußland fand nirgends politische und militärische Unterstützung. Im Gegenteil, sie hatte Jahre hindurch gegen die militärischen Invasionen der Entente und gegen ihre Blockade zu kämpfen.

Die Sowjetrepubliken des Kaukasus hatten die politische und in geringem Maße auch die militärische Unterstützung der RSFSR. Das ist ein grundlegender Unterschied.

Zweitens: Von der Entente ist augenblicklich keine Invasion und keine militärische Unterstützung der georgischen, aserbaidshanischen, armenischen, dagestanischen Weißgardisten und der Weißgardisten der Bergvölker zu befürchten. Die Entente hat sich an Rußland die „Finger ver-

brannt", und das wird sie wahrscheinlich eine Zeitlang veranlassen, etwas vorsichtiger zu sein.

Drittens: Die kaukasischen Republiken sind in noch stärkerem Maße Bauernländer als Rußland.

Viertens: Ökonomisch war Rußland von den fortgeschrittenen kapitalistischen Ländern abgeschnitten und bleibt es immer noch in hohem Grade; der Kaukasus kann das „Zusammenleben" und den Warenaustausch mit dem kapitalistischen Westen schneller und leichter anbahnen.

Das sind noch nicht alle Unterschiede. Aber auch die aufgezählten Unterschiede genügen, um die Notwendigkeit einer anderen Taktik zu begreifen.

Mehr Milde, Vorsicht, Nachgiebigkeit gegenüber dem Kleinbürgertum, der Intelligenz und besonders der Bauernschaft. Ökonomisch den kapitalistischen Westen durch die Politik der Konzessionen und des Warenaustausches mit ihm in jeder Weise, energisch und rasch ausnutzen. Erdöl, Mangan, Kohle (die Gruben von Tkwartscheli), Kupfer – das ist die bei weitem nicht vollständige Liste der ungeheuren Bodenschätze. Es besteht die volle Möglichkeit, die Konzessionspolitik und den Warenaustausch mit dem Ausland breit zu entfalten.

Man soll das großzügig, entschlossen, geschickt, umsichtig tun und es in jeder Weise zur Verbesserung der Lage der Arbeiter und Bauern, zur Heranziehung der Intelligenz zum Aufbau der Wirtschaft ausnutzen. Es gilt, mit allen Kräften, unter Ausnutzung des Warenaustausches mit Italien, Amerika u. a. Ländern, die Produktivkräfte dieses reichen Gebiets, die weiße Kohle, die Bewässerung zu entwickeln. Die Bewässerung ist besonders wichtig, um Ackerbau und Viehzucht um jeden Preis zu heben.

Langsamer, vorsichtiger, systematischer zum Sozialismus übergehen – das ist für die Republiken des Kaukasus zum Unterschied von der RSFSR möglich und notwendig. Das muß man begreifen, und das muß man zum Unterschied von unserer Taktik durchzuführen verstehen.

Wir hatten die erste Bresche in den Weltkapitalismus zu schlagen. Die Bresche ist geschlagen. Wir haben uns behauptet in dem grausamen, übermenschlichen, schweren und mühsamen, qualvoll harten Krieg gegen die Weißgardisten, die Sozialrevolutionäre, die Menschewiki, die von der gesamten Entente durch ihre Blockade, ihre militärische Hilfe unterstützt wurden.

Sie, Genossen Kommunisten des Kaukasus, brauchen keine Bresche mehr zu schlagen. Sie müssen es verstehen, das Neue mit größerer Vorsicht und Systematik, unter Ausnutzung der für Sie günstigen internationalen Situation des Jahres 1921 zu schaffen. Sowohl Europa wie die ganze Welt sind 1921 schon nicht mehr das, was sie 1917 und 1918 waren.

Nicht unsere Taktik kopieren, sondern die Ursachen ihrer Eigenart, ihre Voraussetzungen und Ergebnisse selbständig durchdenken, nicht den Buchstaben, sondern den Geist, den Sinn, die Lehren der Erfahrungen der Jahre 1917–1921 bei sich anwenden. Ökonomisch sich sofort auf den Warenaustausch mit dem kapitalistischen Ausland stützen, nicht geizen: mag es Dutzende Millionen an höchst wertvollen Bergbauprodukten einstecken.

Man muß sofort suchen, die Lage der Bauern zu verbessern, und großzügige Arbeiten zur Elektrifizierung und Bewässerung einleiten. Die Bewässerung ist dringender als alles andere und wird mehr als alles andere das Gebiet umgestalten, es aufleben lassen, die Vergangenheit begraben und den Übergang zum Sozialismus festigen.

Entschuldigen Sie die Nachlässigkeit dieses Briefes; ich mußte ihn in aller Eile schreiben, um ihn dem Gen. Mjasnikow mitzugeben. Nochmals meine besten Grüße und Wünsche den Arbeitern und Bauern der Sowjetrepubliken des Kaukasus.

Moskau, den 14. April 1921 *N. Lenin*

„Prawda Grusii" Nr. 55, 8. Mai 1921.

Nach dem Text der „Prawda Grusii".

AN DIE KONFERENZ PARTEILOSER ARBEITER DER STADT PETROGRAD[71]

Genossen! Ich bedaure sehr, daß es mir nicht möglich war, Ihrem Vorschlag entsprechend nach Petrograd zu kommen. Ich begrüße von ganzem Herzen die Konferenz der Parteilosen und Ihre Arbeit. Gerade jetzt, wo die Bourgeoisie der ganzen Welt eine unerhörte Lügenkampagne gegen Sowjetrußland durchführt und danach trachtet, unsere Handelsabkommen mit dem Ausland zu vereiteln, gerade jetzt ist die Hilfe der parteilosen Massen, die Zusammenarbeit mit ihnen besonders wichtig. Die Arbeiter und Bauern haben nach den Kronstädter Ereignissen begonnen, besser als bisher zu verstehen, daß jede Machtverschiebung in Rußland für die Weißgardisten von Nutzen ist; nicht umsonst haben Miljukow und alle gewitzten Führer der Bourgeoisie die Kronstädter Losung „Sowjets ohne Bolschewiki" begrüßt.

Nochmals begrüße ich die Konferenz der Parteilosen und wünsche ihr viel Erfolg in der Arbeit. Insbesondere bitte ich, die Aufmerksamkeit darauf zu richten, daß es notwendig ist, dem wirtschaftlichen Aufbau jetzt und auch weiterhin ständig möglichst viele parteilose Arbeiter und Bauern zuzuführen. In Petrograd ist ein Gebietswirtschaftszentrum geschaffen worden. Es gilt, sich mit noch größerem Eifer in die Arbeit zu stürzen. Die örtlichen Funktionäre erhalten mehr Rechte, mehr Initiative. Die Parteilosen müssen ans Werk gehen und immer mehr und neue Menschen stellen.

Gruß *Lenin*

Geschrieben am 14. April 1921.
Veröffentlicht 1921. *Nach dem Manuskript.*

PLAN DER BROSCHÜRE „ÜBER DIE NATURALSTEUER"

I

Etwa*:

1. Allgemeine Bedeutung der Steuer.

   Zurück? Vorwärts? (zum Warenaustausch).
   Ist es ein „Brest"?
   Übergang von der Ablieferungspflicht (Einziehung der Überschüsse) zum Warenaustausch.
   „Kriegs"kommunismus versus** *richtige* wirtschaftliche Beziehungen.

2. Steuer und freier Handel.

   Steuer und freier Handel.
   Freiheit des Handels *versus* ökonomische Basis („örtlicher Umsatz") der Kleinwirtschaft.
   „ „ „ versus Staatsmacht des Proletariats.
   „ „ „ versus Konzessionen.
   Maß und Bedingungen des freien Handels.

---

* Etwa – bei Lenin deutsch. *Der Übers.*
** gegen. *Die Red.*

3. Mittelbauer. (Nivellierung.)

   Auf den Kulaken setzen?
   oder *Mittelbauer*?
   Nivellierung.
   Der tüchtige Bauer.
   Vermehrung der Erzeugnisse.

4. Wege des Übergangs zur sozialistischen Landwirtschaft.

   Kleinbauer
   Kollektivwirtschaften
   Elektrifizierung.

5. Genossenschaften.

6. Kampf gegen Bürokratismus
   (seine ökonomischen Grundlagen).

7. *Internationale Lage und innere Beziehungen.*

8. Parteikrise und politische Krise (1920/1921).

   Menschewiki + Sozialrevolutionäre + Anarchisten
   (Kronstadt).

9. *„Verständigung"* mit der Bauernschaft? oder *Diktatur*?

10. Parteilosenkonferenzen.

II

Plan der Broschüre

Würde den Inhalt genauer wiedergeben:

Über die Ersetzung der Ablieferungspflicht durch eine Steuer im Zusammenhang mit den allgemeinen Aufgaben und Bedingungen der gegenwärtigen politischen Lage.

Schwerfällig!

Über die Ersetzung der Ablieferungspflicht durch eine Steuer und über die Verständigung mit der Bauernschaft (oder: Über die Aufgaben der Arbeiterregierung in einem Bauernland) und über die Aufgaben der Arbeiterklasse gegenüber der Bauernschaft.

Die Ersetzung der Ablieferungspflicht durch eine Steuer im Zusammenhang mit den besonderen Bedingungen der gegenwärtigen politischen Lage.

Ersetzung der Ablieferungspflicht durch eine Steuer, ihre prinzipielle Bedeutung: vom „Kriegs"kommunismus zum *richtigen* sozialistischen Fundament.

Weder Ablieferungspflicht noch Steuer, sondern Austausch der Erzeugnisse der („sozialisierten") Großindustrie gegen bäuerliche Erzeugnisse, das ist das ökonomische *Wesen* des Sozialismus, seine Basis.

Ablieferungspflicht kein „Ideal", sondern eine bittere und traurige Notwendigkeit. Gegenteilige Auffassung – ein gefährlicher Fehler.

Ablieferungspflicht und „Apparat". Ohne „Apparat" wären wir längst zugrunde gegangen. Ohne systematischen und hartnäckigen Kampf für die Verbesserung des Apparats werden wir zugrunde gehen, bevor die Basis des Sozialismus geschaffen ist.

Bündnis der Arbeiter mit der Bauernschaft = α und ω* der Sowjetmacht. „Notwendige und ausreichende" Bedingung ihrer Festigkeit.

Dieses Bündnis gegen Denikin und Co. ist *nicht das gleiche*, wie das Bündnis (dasselbe) beim *wirtschaftlichen* Aufbau.

Das erste = bürgerliche Revolution.
Das zweite = sozialistische Revolution.

Übergang vom Krieg zum Aufbau.

IX. Parteitag 1920 (cf.** IV. 1918) versus X. Parteitag (III. 1921).

Übergang von der Ablieferungspflicht zum richtigen Warenaustausch.

Steuer im Prinzip vereinbar, verträgt sich mit freiem Handel für Getreide und andere Erzeugnisse.

Formaler Demokratismus versus Realität der Klassenbeziehungen in der Frage der Steuer und anderen Fragen ähnlicher Art.

---

* α und ω (erster und letzter Buchstabe des griechischen Alphabets) – das A und O. *Die Red.*

** confer – vergleiche. *Die Red.*

Zwang + Überzeugung (bei der Ablieferungspflicht) – bei der Steuer – beim „Warenaustausch".

In welchem Maße „Freiheit des Handels"? **Nach** Entrichtung der Steuer.

Spielraum für Versuche, für die Praxis. Kleinhandel . . .	Aufgabe der örtlichen Funktionäre. Aufgabe der örtlichen Behörden.

Typus der ökonomischen Beziehungen oder des ökonomischen Systems *vor* der proletarischen Revolution in einer Reihe von großen Ländern
= Konzentration oben
Freiheit des bäuerlichen Handels unten . . .
eine Art *Staat*skapitalismus (cf. IV. 1918).

Auf den Mittelbauern „setzen"? auf den Kulaken? Wiederherstellung der bürgerlichen Verhältnisse?

Nivellierung des Dorfes.

Die „Dorfarmut"
- erhielt ausgleichende Umteilung
- „ Gutsbesitzerland
- „ das Recht, vom Kulaken zu nehmen
- „ außerordentliche Unterstützung des Staates.

Zum *Kernpunkt*, zum *Prüfstein* wird (wurde) jetzt die Vermehrung der Erzeugnisse (cf. Programm der KPR).[72] Inde* das „Setzen" auf den Mittelbauern in der Landwirtschaft.

Der tüchtige Bauer als „zentrale Figur" unseres wirtschaftlichen Aufstiegs.

Individueller Warenaustausch.

Rolle der Kollektivwirtschaften: viele Dummheiten wurden gemacht. Vor Gericht stellen wegen Nichtdurchführung des Gesetzes *und wegen Unfähigkeit* (drei Jahre).

Ist für den Sozialismus der „Individualismus" des Bauern gefährlich? sein „freier Handel"? Nein.

Elektrifizierung: Maßstab. Plan auf weite Sicht, aber *Plan* und (ergo**) Kriterium. (Jeder Plan ist ein Maßstab, ein Kriterium, ein Leuchtturm, ein Wegweiser *etc.*)

* daher. *Die Red.*

** folglich. *Die Red.*

Wenn Elektrifizierung in 10–20 Jahren, dann ist der Individualismus des kleinen Landwirts und *sein* freier Handel im lokalen Umsatz nicht im geringsten gefährlich. *Wenn* keine Elektrifizierung, dann ist *sowieso* die Rückkehr zum Kapitalismus unvermeidlich.

Die internationale Lage hat sich günstig gestaltet: neues Gleichgewicht.

Ihr Zerfall, unser Zusammenschluß.	Entente versus Deutschland. Amerika versus Japan (und England). Amerika versus Europa. Imperialistische Welt versus „Asien" ($^1/_7$) ($^4/_7$) (0,250 × 7 = 1,75 (1,000 Milliarde von 1,750)[73]

10–20 Jahre richtige Beziehungen mit der Bauernschaft, und der Sieg ist im Weltmaßstab (sogar bei einer Verzögerung der proletarischen Revolutionen, die anwachsen) gesichert, sonst 20–40 Jahre Qualen weißgardistischen Terrors.

Aut – aut. Tertium non datur.*

NB:

„Verständigung" mit der Bauernschaft? Konstituante (direkt und verhüllt), Abstimmung, Verfassungsänderung, Sozialrevolutionäre und Menschewiki + Anarchisten.	*Genossenschaften.* Ihre ökonomische und politische (Menschewiki und Sozialrevolutionäre) Seite.	Zweideutigkeit des Begriffs „Verständigung" besonders versus „Diktatur".

Erfahrung und Lehre von Kronstadt (etwas Neues in der politischen Geschichte der Sowjetmacht).	Unversöhnlicher Kampf gegen die Menschewiki, Sozialrevolutionäre, Anarchisten.

Quid est „politica"?**

* Entweder – oder. Ein Drittes gibt es nicht. *Die Red.*

** Was ist „Politik"? *Die Red.*

(1) Vorhut des Proletariats zu *seiner* Masse.

(2) Proletariat zur *Bauernschaft.*

(3) Proletariat (und Bauernschaft) zur *Bourgeoisie.*

NB:

Müdigkeit, Erschöpfung, Verzweiflung... Keine Kräfte... „Atempause"... *Bürokratismus* (Gegenstück* zur Bauernschaft).	*Sowohl* in der Arbeiterklasse *als auch* in der Bauernschaft	Verbrauchtheit der „Spitzen" und Beförderung neuer Menschen aus den „unteren Schichten" = (α) der Jugend; (β) der Parteilosen.

NB NB:

Anarchismus und „marxistischer" Kampf dagegen. „Verzweiflung"?

Nicht das gleiche Tempo (des militärischen und des friedlichen Aufbaus).

Sowohl im IV. 1918 als auch im IV. 1920 stellten wir uns den Übergang vom Krieg zum friedlichen Aufbau als einfachen Übergang auf denselben Geleisen der *Politik* vor.

Übergang kompliziert: andere Beziehungen zur Bauernschaft, anderes Tempo, andere Situation.

Demobilisierung der Armee.

Banditentum. (Wirtschaftliche Zerrüttung. 7 Jahre Krieg.)

Entweder weißgardistischer Terror oder (immer mildere) Führung durch das Proletariat, seine *Diktatur.*

Das *Schreckliche* im Wort „Diktatur"?

* Gegenstück – bei Lenin deutsch. *Der Übers.*

NB:

Der parteilose Bauer als Maßstab, als Gradmesser, als Ratgeber – und als politische Losung (= Sozialrevolutionäre und Menschewiki). Abstimmen? Die Macht stürzen? Oder eine Verständigung **mit ihr** suchen?

Parteilosenkonferenzen *kein* absolutes politisches Werkzeug der Menschewiki und Sozialrevolutionäre + Anarchisten.
Caveant consules!*

Übliche Methode des üblichen bürgerlichen Parteiwesens und des bürgerlichen Parlamentarismus: durch Zugeständnisse *„einfangen"*. Aber wir anerkennen nicht den *eigentlichen Boden* des bürgerlichen Parlamentarismus, des „üblichen (bürgerlichen) Parteiwesens"!!

NB

NB: NB:

„Ökonomische Grundlagen des Absterbens des Staates" („Staat und Revolution"): *hier* ebenfalls „ökonomische *Grundlagen*" des *Absterbens* des Bürokratismus, des Absterbens von Oben und Unten, des Absterbens der Ungleichheit (cf. „Erste Schritte vom Kapitalismus zum Kommunismus"). *Noch keine* **WIRTSCHAFTLICHE** *Basis* des **Sozialismus.** Worin besteht sie? **Im Warenaustausch mit der Bauernschaft!!**

NB

Zum Kampf gegen den Bürokratismus.

NB

NB

+**Anmerkung.** Bedeutung der politischen Krise des Frühjahrs (II–III) 1921 („Übergänge") und der Parteikrise (XI. oder IX. 1920 – III. 1921). Die Spitzen der Partei ihrer Masse anpassen oder vice versa**? Die Partei der Masse (des Proletariats + dann der Bauernschaft) oder vice versa.

* Mögen die Konsuln wachsam sein! *Die Red.*

** umgekehrt. *Die Red.*

III

Staatskapitalismus nicht schrecklich, sondern *erwünscht*.

Vom Staatskapitalismus lernen.

Beispiele:
1) Konzessionen.
2) Genossenschaften.
3) Kommissionäre.
4) Pacht.

4. Unorganisierter Kapitalismus.

„Elementargewalt" c'est le mot*. 1794 versus 1921.

Alles *mit Maß* und unter *bestimmten* Bedingungen.
Welches ist dieses Maß?
Das wird die Erfahrung zeigen.
Etwa ¼.

„Umsatz"
hauptsächlich und in erster Linie
Naturalsteuer und Umsatz.

Kampf gegen Spekulation. Quid est?**

Direktiven an die Funktionäre des Ernährungswesens:

$$100 + 100 = 200\,\%$$
$$? \; \Sigma \; 100 + 25$$
$$60 + 60$$

Diese (3 und 4) Arten sind schwach, denn wir sind *schwach und dumm*. cf. Bürokratismus . . .

Freiheit des Handels α) für die Entwicklung der Produktivkräfte der bäuerlichen Wirtschaft β) für die Entwicklung der Kleinindustrie γ) für den Kampf gegen den Bürokratismus.

Maß? Bedingungen?
Die Praxis muß es zeigen.

---

* das ist das Wort. *Die Red.*

** Was ist das? *Die Red.*

Funktionär des Ernährungswesens: Beschaffe 100%

Etwa:* $\begin{cases} 100+100=200 \\ 100+25=125 \\ 60+60=120 \end{cases}$

Kampf gegen Spekulation?
Quid est?

Politische Seite:
Sturz durch kleinbürgerliche Elementargewalt (5. V. 1918).
„Vorbild" französische Revolution. cf. 10. XI. 1918 Anti-Kautsky.[74]

Pessimismus oder Optimismus?
Abschätzung der Kräfte. Nüchternheit und tollkühne Leidenschaftlichkeit.

IV

Schluß etwa:**

Übergang zur Politik.
Ökonomik im Frühjahr 1921 hat sich in Politik verwandelt: „Kronstadt".

Rolle der Sozialrevolutionäre + Menschewiki (Dan, Roshkow und Co., Martow und Co.). „Kleine Verschiebung", ganz gleich, ob nach rechts oder links.

Miljukow klüger als Tschernow und Martow: es ist nicht schwer, klüger zu sein als diese in sich selbst verliebten Tröpfe, Helden der Phrase, Ritter der kleinbürgerlichen Doktrin (1789–1848–1920).

Sie gehören ins Gefängnis, nicht aber auf eine *Parteilosen*konferenz.

1794 versus 1921.

Schwankungen der „Elementargewalt" (Quid est Elementargewalt) und Festigkeit.

* Etwa – bei Lenin deutsch. *Der Übers.*

** etwa – bei Lenin deutsch. *Der Übers.*

Auswahl und
Beförderung der Menschen.
Pessimismus oder Optimismus? Ganz nüchterne Einschätzung des Übels und der Schwierigkeiten.
Rückhaltlose Hingabe im Kampf. $\Sigma\Sigma$ =

Ergebnisse:

1) „Umsatz". Quid est?
2) Kleinindustrie. Wo sind Rohstoffe?
3) Austausch.
4) Kapitalismus.
5) Staatskapitalismus.
6) Örtliche Initiative.
7) Menschewiki und Sozialrevolutionäre + Parteilose.

Geschrieben Ende März-Anfang April 1921. *Nach dem Manuskript.*

ÜBER DIE NATURALSTEUER

(Die Bedeutung der neuen Politik und ihre Bedingungen)

STATT EINER EINLEITUNG

Die Frage der Naturalsteuer erregt gegenwärtig besonders starke Beachtung und ruft besonders viele Diskussionen und Auseinandersetzungen hervor. Das ist durchaus begreiflich, denn unter den jetzigen Verhältnissen ist das tatsächlich eine der Hauptfragen der Politik.

Die Diskussionen tragen einen etwas hitzigen Charakter. An diesem Gebrechen leiden wir aus allzu begreiflichen Gründen alle. Um so nützlicher wird der Versuch sein, an diese Frage nicht von ihrer „aktuellen", sondern von der allgemein prinzipiellen Seite heranzugehen. Mit anderen Worten: einen Blick zu werfen auf den allgemeinen Hintergrund des Bildes, auf dem wir jetzt die Konturen bestimmter praktischer Maßnahmen der Tagespolitik einzeichnen.

Um einen solchen Versuch zu machen, gestatte ich mir, ein längeres Zitat aus meiner Broschüre „Die Hauptaufgabe unserer Tage. – Über ‚linke' Kinderei und über Kleinbürgerlichkeit"[75] anzuführen; diese Broschüre erschien 1918 als Ausgabe des Petrograder Deputiertensowjets und enthält erstens einen vom 11. März 1918 datierten Zeitungsartikel über den Brester Frieden und zweitens eine vom 5. Mai 1918 datierte Polemik gegen die damalige Gruppe der linken Kommunisten. Die Polemik ist jetzt überflüssig, und ich lasse sie weg. Ich bringe nur die Ausführungen über den „Staatskapitalismus" und über die Grundelemente unserer heutigen Wirtschaft des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus.

Hier folgt, was ich damals geschrieben habe:

ÜBER DIE HEUTIGE WIRTSCHAFT RUSSLANDS

(Aus der Broschüre von 1918)

„Der Staatskapitalismus wäre ein Schritt vorwärts gegenüber der jetzigen Lage der Dinge in unserer Sowjetrepublik. Hätten wir in etwa einem halben Jahr den Staatskapitalismus errichtet, so wäre das ein gewaltiger Erfolg und die sicherste Garantie dafür, daß sich in einem Jahr der Sozialismus bei uns endgültig festigt und unbesiegbar wird.

Ich kann mir vorstellen, mit welch edler Entrüstung manch einer vor diesen Worten zurückschrecken wird... Wie? In der Sozialistischen Sowjetrepublik soll der Übergang zum Staats*kapitalismus* ein Schritt vorwärts sein?... Und das wäre kein Verrat am Sozialismus?

Gerade auf diesen Punkt müssen wir näher eingehen.

Erstens muß man untersuchen, wie denn nun der *Übergang* vom Kapitalismus zum Sozialismus aussieht, der uns Recht und Grund gibt, uns sozialistische Republik der Sowjets zu nennen.

Zweitens muß man den Fehler derjenigen aufdecken, die die kleinbürgerlichen ökonomischen Bedingungen und das kleinbürgerliche Element als den *Haupt*feind des Sozialismus bei uns nicht sehen.

Drittens muß man die Bedeutung des *Sowjet*staates, den ökonomischen Unterschied zwischen dem Sowjetstaat und dem bürgerlichen Staat gut verstehen.

Prüfen wir alle diese drei Umstände.

Es hat wohl noch keinen Menschen gegeben, der sich die Frage nach der Wirtschaft Rußlands gestellt und dabei den Übergangscharakter dieser Wirtschaft bestritten hätte. Kein einziger Kommunist hat wohl auch bestritten, daß die Bezeichnung ‚Sozialistische Sowjetrepublik' die Entschlossenheit der Sowjetmacht bedeutet, den Übergang zum Sozialismus zu verwirklichen, keineswegs aber, daß die jetzigen ökonomischen Zustände als sozialistisch bezeichnet werden.

Was aber bedeutet das Wort Übergang? Bedeutet es nicht in Anwendung auf die Wirtschaft, daß in der betreffenden Gesellschaftsordnung Elemente, Teilchen, Stückchen des Kapitalismus und des Sozialismus vorhanden sind? Jeder wird zugeben, daß dem so ist. Aber nicht jeder, der das zugibt, macht sich Gedanken darüber, welches denn nun die Elemente

der verschiedenen gesellschaftlichen Wirtschaftsformen sind, die es in Rußland gibt. Das aber ist der ganze Kern der Frage.

Zählen wir diese Elemente auf:

1. Die patriarchalische Bauernwirtschaft, die in hohem Grade Naturalwirtschaft ist;
2. die kleine Warenproduktion (hierher gehört die Mehrzahl der Bauern, die Getreide verkaufen);
3. der privatwirtschaftliche Kapitalismus;
4. der Staatskapitalismus;
5. der Sozialismus.

Rußland ist so groß und so bunt, daß sich alle diese verschiedenen Typen ökonomischer Gesellschaftsstruktur in ihm verflechten. Die Eigenart der Lage besteht gerade darin.

Es fragt sich: Welche Elemente wiegen nun vor? Klar ist, daß in einem kleinbäuerlichen Lande das kleinbürgerliche Element vorwiegt und vorwiegen muß; die Mehrheit, und zwar die gewaltige Mehrheit der Landwirte sind kleine Warenproduzenten. Die Hülle des Staatskapitalismus (Getreidemonopol, unter Kontrolle stehende Unternehmer und Händler, bürgerliche Genossenschaftler) wird bei uns bald hier, bald dort von *Schiebern* zerrissen, und der Hauptgegenstand der Spekulation ist *Getreide.*

Der Hauptkampf entfaltet sich gerade auf diesem Gebiet. Zwischen wem und wem geht dieser Kampf vor sich, wenn man in den Termini ökonomischer Kategorien wie ‚Staatskapitalismus' sprechen will? Etwa zwischen der vierten und der fünften Stufe in der Reihenfolge, wie ich sie eben aufgezählt habe? Gewiß nicht. Hier kämpft nicht der Staatskapitalismus gegen den Sozialismus, sondern die Kleinbourgeoisie plus privatwirtschaftlicher Kapitalismus kämpfen zusammen, gemeinsam, sowohl gegen den Staatskapitalismus als auch gegen den Sozialismus. Die Kleinbourgeoisie widersetzt sich *jeder* staatlichen Einmischung, Rechnungsführung und Kontrolle, mag sie nun staatskapitalistischer oder staatssozialistischer Natur sein. Das ist eine ganz unwiderlegbare Tatsache der Wirklichkeit, in deren Verkennung die Wurzel einer ganzen Reihe ökonomischer Fehler liegt. Der Schieber, der Marodeur des Handels, der Sprenger des Monopols – das ist unser ‚innerer' Hauptfeind, der Feind der ökonomischen Maßnahmen der Sowjetmacht. Wenn es vor 125 Jahren

den französischen Kleinbürgern, glühendsten und aufrichtigsten Revolutionären, noch zu verzeihen war, daß sie den Schieber durch Hinrichtung einzelner, weniger ‚Auserwählter' und durch donnernde Deklarationen zu besiegen suchten, so ruft heute das rein französische Herangehen irgendwelcher linken Sozialrevolutionäre an diese Frage bei jedem bewußten Revolutionär nur Abscheu oder Ekel hervor. Wir wissen sehr wohl, daß die ökonomische Grundlage der Spekulation die in Rußland außerordentlich breite Schicht der Kleineigentümer und der privatwirtschaftliche Kapitalismus ist, der in jedem Kleinbürger seinen Agenten hat. Wir wissen, daß diese kleinbürgerliche Hydra mit ihren Millionen Fangarmen bald hier, bald dort einzelne Schichten der Arbeiter erfaßt, daß die Spekulation an Stelle des Staatsmonopols in alle Poren unseres sozialökonomischen Lebens eindringt.

Wer das nicht sieht, der zeigt gerade durch seine Blindheit, daß er im Banne kleinbürgerlicher Vorurteile steht . . .

Der Kleinbürger hat sein Sümmchen Geld, einige Tausend, das er ‚rechtens' und besonders unrechtmäßig während des Krieges angehäuft hat. Das ist der ökonomische Typus, der charakteristisch ist als Grundlage der Spekulation und des privatwirtschaftlichen Kapitalismus. Geld ist eine Bescheinigung zum Empfang von gesellschaftlichen Gütern, und die viele Millionen zählende Schicht der Kleineigentümer, die diesen Schein fest in Händen hält, versteckt ihn vor dem ‚Staat', da sie an keinen Sozialismus und Kommunismus glaubt und nur ‚abwartet', bis der proletarische Sturm ‚vorüber' ist. Entweder werden wir diesen Kleinbürger unserer Kontrolle und Rechnungsführung unterordnen (wir können das tun, wenn wir die Armen, d. h. die Mehrheit der Bevölkerung oder die Halbproletarier, um die klassenbewußte proletarische Vorhut organisieren), oder aber er wird unsere Arbeitermacht ebenso unvermeidlich und unabwendbar zu Boden werfen, wie die Napoleon und Cavaignac, die ja gerade auf diesem kleinbesitzerlichen Boden emporwuchsen, die Revolution zu Boden warfen. So steht die Frage. Nur so steht die Frage . . .

Der Kleinbürger, der seine paar Tausender aufbewahrt, ist ein Feind des Staatskapitalismus, und diese Tausender will er unbedingt für sich und gegen die arme Bevölkerung, gegen jede gesamtstaatliche Kontrolle realisieren; die Summe der Tausender aber ergibt eine Basis von vielen Milliarden für den Schleichhandel, der unseren sozialistischen Aufbau unter-

gräbt. Angenommen, eine bestimmte Zahl von Arbeitern produziere im Laufe einiger Tage eine Summe von Werten, die gleich 1000 ist. Nehmen wir ferner an, 200 von dieser Summe gehen bei uns verloren infolge kleiner Schiebungen, durch allerhand Veruntreuungen und dadurch, daß Kleineigentümer die Dekrete und Anordnungen der Sowjetmacht umgehen. Jeder klassenbewußte Arbeiter wird sagen: Könnte ich von den tausend 300 geben, damit größere Ordnung und Organisation geschaffen wird, so würde ich gern 300 statt 200 geben, denn diesen ‚Tribut' später zu verringern, sagen wir bis auf 100 oder 50, wird unter der Sowjetmacht ein leichtes sein, sobald Ordnung und Organisation herrschen, sobald die Sabotage der Kleineigentümer gegen jedes Staatsmonopol endgültig gebrochen ist.

Dieses einfache Zahlenbeispiel, das wir der Allgemeinverständlichkeit halber absichtlich bis zum äußersten vereinfacht haben, beleuchtet das Verhältnis der jetzigen Lage des Staatskapitalismus und des Sozialismus. Die Arbeiter haben die Macht im Staate in Händen, sie besitzen juristisch vollständig die Möglichkeit, das ganze Tausend zu ‚nehmen', d. h. keine Kopeke ohne sozialistische Zweckbestimmung herzugeben. Diese juristische Möglichkeit, die sich auf den faktischen Übergang der Macht an die Arbeiter stützt, ist ein Element des Sozialismus. Aber auf vielen Wegen unterspült die Flut der kleinbesitzerlichen und privatkapitalistischen Anarchie die Rechtslage, schleppt die Spekulation herein, vereitelt die Durchführung der sowjetischen Dekrete. Der Staatskapitalismus wäre ein gewaltiger Schritt vorwärts, *sogar wenn* (und ich habe absichtlich ein solches Zahlenbeispiel angeführt, um das kraß zu demonstrieren) wir *mehr* bezahlen müßten als jetzt; denn es lohnt, ‚Lehrgeld' zu zahlen, denn dies ist von Nutzen für die Arbeiter, denn der Sieg über Unordnung, Zerrüttung, Schlamperei ist wichtiger als alles andere, denn das Fortbestehen der kleinbesitzerlichen Anarchie ist die größte, die schlimmste Gefahr, die uns (wenn wir ihrer nicht Herr werden) *unbedingt* zugrunde richten wird, während die Zahlung eines größeren Tributs an den Staatskapitalismus uns nicht nur nicht zugrunde richten, sondern uns auf dem sichersten Wege zum Sozialismus führen wird. Die Arbeiterklasse, die gelernt hat, wie die Staatsordnung gegen die Anarchie des Kleineigentümers zu behaupten ist, die gelernt hat, wie eine große gesamtstaatliche Organisation der Produktion auf staatskapitalistischen Grundlagen in Gang zu setzen ist,

wird dann – man entschuldige den Ausdruck – alle Trümpfe in der Hand haben, und die Festigung des Sozialismus wird gesichert sein.

Der Staatskapitalismus steht *ökonomisch* unvergleichlich höher als unsere jetzige Wirtschaftsweise, das zum ersten.

Zweitens aber hat er nichts Schreckliches für die Sowjetmacht an sich, denn der Sowjetstaat ist ein Staat, in dem die Macht der Arbeiter und der armen Bauern gesichert ist . . .

*

Um die Frage noch klarer zu machen, wollen wir zunächst ein ganz konkretes Beispiel des Staatskapitalismus anführen. Alle wissen, was für ein Beispiel das ist: Deutschland. Hier haben wir das ‚letzte Wort' moderner großkapitalistischer Technik und planmäßiger Organisation, die dem *junkerlich-bürgerlichen Imperialismus unterstellt* sind. Man lasse die hervorgehobenen Wörter aus, setze an Stelle des militärischen, junkerlichen, bürgerlichen, imperialistischen Staates ebenfalls einen Staat, aber einen Staat von anderem sozialen Typus, mit anderem Klasseninhalt, den Sowjetstaat, d. h. einen proletarischen Staat, und man wird die ganze Summe der Bedingungen erhalten, die den Sozialismus ergibt.

Sozialismus ist undenkbar ohne großkapitalistische Technik, die nach dem letzten Wort modernster Wissenschaft aufgebaut ist, ohne planmäßige staatliche Organisation, die Dutzende Millionen Menschen zur strengsten Einhaltung einer einheitlichen Norm in der Erzeugung und Verteilung der Produkte anhält. Davon haben wir Marxisten stets gesprochen, und es lohnt nicht, auch nur zwei Sekunden für ein Gespräch mit Leuten zu verschwenden, die sogar das nicht begriffen haben (die Anarchisten und die gute Hälfte der linken Sozialrevolutionäre).

Sozialismus ist außerdem undenkbar ohne die Herrschaft des Proletariats im Staate: das ist ebenfalls eine Binsenwahrheit. Die Geschichte (von der niemand, vielleicht außer den menschewistischen Flachköpfen ersten Ranges, erwartet hatte, daß sie uns glatt, ruhig, leicht und einfach den ‚vollen' Sozialismus bringen werde) nahm einen so eigenartigen Verlauf, daß sie im Jahre 1918 zwei getrennte Hälften des Sozialismus gebar, eine neben der anderen, wie zwei künftige Kücken unter der einen Schale des internationalen Imperialismus. Deutschland und Rußland verkörpern 1918 am anschaulichsten die materielle Verwirklichung einerseits der

ökonomischen, produktionstechnischen, sozialwirtschaftlichen Bedingungen und anderseits der politischen Bedingungen für den Sozialismus.

Die siegreiche proletarische Revolution in Deutschland würde mit einem Male, mit größter Leichtigkeit, jede Schale des Imperialismus zerbrechen (leider ist sie aus bestem Stahl verfertigt und läßt sich deshalb nicht durch die Anstrengungen eines jeden Kückens zerbrechen), den Sieg des Weltsozialismus ohne Schwierigkeiten oder mit geringfügigen Schwierigkeiten bestimmt verwirklichen – freilich wenn man den weltgeschichtlichen Maßstab der ‚Schwierigkeit' nimmt, und nicht den engen Spießermaßstab.

Wenn in Deutschland die Revolution noch mit ihrer ‚Geburt' säumt, ist es unsere Aufgabe, vom Staatskapitalismus der Deutschen zu *lernen*, ihn *mit aller Kraft* zu übernehmen, keine diktatorischen Methoden zu scheuen, um diese Übernahme der westlichen Kultur durch das barbarische Rußland noch stärker zu beschleunigen, ohne dabei vor barbarischen Methoden des Kampfes gegen die Barbarei zurückzuschrecken. Wenn es unter den Anarchisten und linken Sozialrevolutionären (mir fielen unwillkürlich die Reden von Karelin und Ge im Zentralexekutivkomitee ein) Leute gibt, die imstande sind, in der Art eines Karelin zu räsonieren, daß es uns Revolutionären nicht gezieme, vom deutschen Imperialismus ‚zu lernen', so muß man eins sagen: Die Revolution, die solche Leute ernst nehmen wollte, wäre hoffnungslos (und durchaus verdientermaßen) verloren.

In Rußland überwiegt jetzt gerade der kleinbürgerliche Kapitalismus, von dem sowohl zum staatlichen Großkapitalismus als auch zum Sozialismus *ein und derselbe Weg* führt, der Weg *über ein und dieselbe* Zwischenstation, die ‚allgemeine Rechnungsführung und Kontrolle über die Erzeugung und Verteilung der Produkte' heißt. Wer das nicht versteht, der begeht einen unverzeihlichen ökonomischen Fehler, entweder weil er die Tatsachen der Wirklichkeit nicht kennt, weil er nicht sieht, was ist, weil er der Wahrheit nicht ins Auge zu schauen vermag, oder aber, weil er sich auf die abstrakte Gegenüberstellung von ‚Kapitalismus' und ‚Sozialismus' beschränkt und die konkreten Formen und Stufen dieses Übergangs heute bei uns nicht erfaßt.

Nebenbei sei gesagt: Das ist derselbe theoretische Fehler, der die Besten aus dem Lager der ‚Nowaja Shisn' und des ‚Wperjod'[76] in die Irre geführt hat; die Schlechtesten und die Mittelmäßigen unter ihnen, von der Bourgeoisie eingeschüchtert, trotten aus Stumpfsinn und Charakterlosigkeit

hinter ihr her; die Besten haben nicht begriffen, daß die Lehrmeister des Sozialismus nicht umsonst von einer ganzen Periode des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus sprachen und nicht ohne Grund die ‚langen Geburtswehen' bei der Geburt der neuen Gesellschaft[77] hervorhoben, wobei diese neue Gesellschaft wiederum eine Abstraktion ist, die nicht anders verwirklicht werden kann als durch eine Reihe mannigfaltiger, unvollkommener konkreter Versuche, diesen oder jenen sozialistischen Staat zu schaffen.

Gerade weil man aus der jetzigen ökonomischen Lage Rußlands nicht vorwärtskommen kann, ohne das durchzumachen, *was* dem Staatskapitalismus und dem Sozialismus *gemeinsam* ist (allgemeine Rechnungsführung und Kontrolle), ist es ein einziger theoretischer Unsinn, andere und sich selbst zu schrecken mit ‚Evolution *in Richtung* zum Staatskapitalismus'. Das eben heißt, in Gedanken abzuschweifen ‚seitab' vom wirklichen Weg der ‚Evolution', diesen Weg zu verkennen; in der Praxis aber ist das gleichbedeutend mit einem *Zurückzerren* zum Kapitalismus der Kleineigentümer.

Damit der Leser sich überzeuge, daß ich keineswegs erst jetzt den Staatskapitalismus ‚hoch' einschätze, sondern das auch *vor* der Eroberung der Macht durch die Bolschewiki getan habe, erlaube ich mir, folgendes aus meiner Broschüre ‚Die drohende Katastrophe und wie man sie bekämpfen soll', die im September 1917 geschrieben wurde, zu zitieren:

‚Man versuche einmal, an Stelle des junkerlich-kapitalistischen, an Stelle des gutsbesitzerlich-kapitalistischen Staates den revolutionär-demokratischen Staat zu setzen, d. h. einen Staat, der in revolutionärer Weise alle Privilegien abschafft, der sich nicht davor fürchtet, auf revolutionärem Wege den Demokratismus voll und ganz zu verwirklichen. Man wird sehen, daß der staatsmonopolistische Kapitalismus in einem wirklich revolutionär-demokratischen Staat unweigerlich, unvermeidlich einen Schritt zum Sozialismus hin bedeutet.

... Denn der Sozialismus ist nichts anderes als der nächste Schritt vorwärts, über das staatskapitalistische Monopol hinaus.

... Der staatsmonopolistische Kapitalismus ist die vollständige materielle Vorbereitung des Sozialismus, ist seine unmittelbare Vorstufe, denn auf der historischen Stufenleiter gibt es zwischen dieser Stufe und derjenigen, die Sozialismus heißt, keinerlei Zwischenstufen mehr.' (S. 27 und 28.)[78]

Man beachte, daß das unter Kerenski geschrieben worden ist, daß hier *nicht* von der Diktatur des Proletariats, *nicht* von dem sozialistischen, sondern von einem ‚revolutionär-demokratischen' Staat die Rede ist. Ist es denn nicht klar, daß wir, *je höher* wir uns über diese politische Stufe erhoben, *je vollständiger* wir in den Sowjets den sozialistischen Staat und die Diktatur des Proletariats verkörpert haben, *um so weniger* den ‚Staatskapitalismus' zu fürchten brauchen? Ist es denn nicht klar, daß wir im *materiellen*, ökonomischen, produktionstechnischen Sinne noch nicht die ‚Vorstufe' des Sozialismus erreicht haben? Und daß wir anders als über diese, von uns noch nicht erreichte ‚Vorstufe' nicht zur Tür des Sozialismus hineingehen können? . . .

*

Höchst lehrreich ist noch folgender Umstand.

Als wir im Zentralexekutivkomitee mit dem Genossen Bucharin stritten, bemerkte er unter anderem: In der Frage der hohen Gehälter für Spezialisten stehen ‚wir' ‚rechts von Lenin', denn wir sehen hier keinerlei Abweichung von den Prinzipien, eingedenk der Worte von Marx, daß es unter gewissen Umständen für die Arbeiterklasse am zweckmäßigsten wäre, ‚die ganze Bande auszukaufen'[79] (nämlich der Bande der Kapitalisten, d. h. der Bourgeoisie den Boden, die Fabriken, die Werke und sonstigen Produktionsmittel *abzukaufen*).

Das ist eine außerordentlich interessante Bemerkung . . .

Man denke sich in den Gedanken von Marx hinein.

Es handelte sich um das England der siebziger Jahre des vorigen Jahrhunderts, um die Kulminationsperiode des vormonopolistischen Kapitalismus, um ein Land, das damals am wenigsten Militarismus und Bürokratie kannte, um ein Land, das damals die meisten Möglichkeiten eines ‚friedlichen' Sieges des Sozialismus im Sinne des ‚Auskaufs' der Bourgeoisie durch die Arbeiter hatte. Und Marx sagte: Unter gewissen Umständen werden es die Arbeiter keineswegs ablehnen, die Bourgeoisie auszukaufen. Marx band sich – und den künftigen Führern der sozialistischen Revolution – nicht die Hände in bezug auf die Formen, die Methoden, die Art und Weise der Umwälzung, denn er verstand sehr wohl, was für eine Unmenge neuer Probleme dann erstehen wird, wie sich im Laufe der Umwälzung die gesamte Situation ändern, wie oft und wie stark sie sich im Laufe der Umwälzung ändern wird.

Nun, und ist es denn in Sowjetrußland *nach* Eroberung der Macht durch das Proletariat, *nach* Unterdrückung des militärischen und des durch Sabotage geübten Widerstands der Ausbeuter nicht augenscheinlich, daß *einige* Bedingungen dem Typus nach so sind, wie sie sich vor einem halben Jahrhundert in England hätten gestalten können, wenn es damals begonnen hätte, friedlich zum Sozialismus überzugehen? Die Unterordnung der Kapitalisten unter die Arbeiter hätte damals in England durch folgende Umstände gesichert werden können: 1. durch das völlige Überwiegen der Arbeiter, der Proletarier, in der Bevölkerung, da eine Bauernschaft nicht vorhanden war (in England waren in den siebziger Jahren Anzeichen vorhanden, die auf außerordentlich rasche Erfolge des Sozialismus unter den Landarbeitern hoffen ließen); 2. durch die ausgezeichnete Organisiertheit des Proletariats in den Gewerkschaften (England war damals in dieser Hinsicht das erste Land der Welt); 3. durch das verhältnismäßig hohe Kulturniveau des Proletariats, das durch die Schule einer jahrhundertelangen Entwicklung der politischen Freiheit gegangen war; 4. durch die lange Gewohnheit der großartig organisierten Kapitalisten Englands – damals waren sie die bestorganisierten Kapitalisten aller Länder der Welt (jetzt hat Deutschland diese Priorität übernommen) –, politische und ökonomische Fragen durch Kompromisse zu lösen. Infolge dieser Umstände also konnte damals der Gedanke aufkommen, daß eine *friedliche* Unterordnung der Kapitalisten Englands unter seine Arbeiter möglich sei.

Bei uns ist diese Unterordnung gegenwärtig durch bestimmte konkrete Voraussetzungen verbürgt (durch den Sieg im Oktober und die Unterdrückung des militärischen und des durch Sabotage geübten Widerstands der Kapitalisten von Oktober bis Februar). Bei uns wurde, da von einem völligen Überwiegen der Arbeiter, der Proletarier, in der Bevölkerung und von ihrer hohen Organisiertheit *nicht* die Rede sein kann, die Unterstützung der Proletarier durch die arme und rasch ruinierte Bauernschaft zu einem Faktor des Sieges. Schließlich gibt es bei uns auch kein hohes Kulturniveau und keine Gewohnheit, Kompromisse zu schließen. Durchdenkt man diese konkreten Bedingungen, dann wird es klar, daß wir jetzt die Methoden schonungsloser Abrechnung mit den kulturell rückständigen Kapitalisten, die sich auf keinerlei ‚Staatskapitalismus' einlassen, von keinem Kompromiß wissen wollen, die fortfahren, Maßnahmen der Sowjetmacht durch Spekulation, Korrumpierung der armen Bevölkerung

usw. zu durchkreuzen, *verbinden* können und müssen *mit den Methoden des Kompromisses* oder des Auskaufs gegenüber den kulturell hochstehenden Kapitalisten, die für den ‚Staatskapitalismus' zu haben und fähig sind, ihn durchzuführen, die dem Proletariat nützlich sind als kluge und erfahrene Organisatoren größter Betriebe, die wirklich Dutzende Millionen Menschen mit Produkten versorgen.

Bucharin ist ein ausgezeichnet gebildeter marxistischer Ökonom. Deshalb erinnerte er sich daran, daß Marx im höchsten Grade recht hatte, als er die Arbeiter lehrte, daß es wichtig sei, die Organisation der Großproduktion gerade im Interesse eines leichtern Übergangs zum Sozialismus zu erhalten, und daß der Gedanke durchaus zulässig sei, *die Kapitalisten gut zu bezahlen*, sie auszukaufen, wenn (als Ausnahme: England war damals eine Ausnahme) die Umstände sich so gestalten, daß sie die Kapitalisten zwingen, sich friedlich zu fügen und in kultivierter, organisierter Weise, unter der Bedingung des Auskaufs, zum Sozialismus überzugehen.

Bucharin ist jedoch in einen Fehler verfallen, weil er sich nicht hineingedacht hat in die konkrete Eigenart der jetzigen Situation in Rußland – einer Situation, die einzigartig ist, da wir, das Proletariat Rußlands, mit unserer politischen Ordnung, mit der Stärke der politischen Macht der Arbeiter England, Deutschland oder jedem beliebigen anderen Land *voraus* sind, zugleich aber in bezug auf die Organisation eines wohlgeordneten Staatskapitalismus, in bezug auf die Höhe der Kultur, den Grad der Vorbereitung auf die materiell-produktionstechnische ‚Einführung' des Sozialismus, *hinter* dem rückständigsten der westeuropäischen Staaten zurückstehen. Ist es etwa nicht klar, daß sich aus dieser eigenartigen Lage gegenwärtig gerade die Notwendigkeit eines ‚Auskaufs' eigener Art ergibt, den die Arbeiter den kulturell am höchsten stehenden, talentvollsten, organisatorisch fähigsten Kapitalisten anbieten müssen, die bereit sind, in den Dienst der Sowjetmacht zu treten und gewissenhaft zu helfen, die große und größte ‚staatliche' Produktion zu organisieren? Ist es etwa nicht klar, daß wir in dieser eigenartigen Lage bestrebt sein müssen, zweierlei Fehler zu vermeiden, von denen jeder auf seine Art ein kleinbürgerlicher Fehler ist? Einerseits wäre es ein nicht wiedergutzumachender Fehler, wenn man erklären wollte, da das Mißverhältnis zwischen unseren ökonomischen ‚Kräften' und unserer politischen Kraft

eine anerkannte Tatsache ist, hätte man ‚folglich' die Macht nicht ergreifen sollen. So denken ‚Menschen im Futteral'*, die vergessen, daß es niemals eine ‚Übereinstimmung' geben wird, daß es sie in der Entwicklung der Gesellschaft ebensowenig geben kann wie in der Entwicklung der Natur, daß der siegreiche Sozialismus nur entstehen wird aus der revolutionären Zusammenarbeit der Proletarier *aller* Länder durch eine Reihe von Versuchen – von denen jeder, einzeln genommen, einseitig sein, an einer gewissen Nichtübereinstimmung leiden wird.

Anderseits wäre es ein ausgesprochener Fehler, den Schreihälsen und Phrasenhelden freies Spiel zu lassen, die sich an ‚feurigem' Revoluzzertum begeistern, aber unfähig sind zu einer konsequenten, durchdachten, abgewogenen, auch die schwierigsten Übergänge in Rechnung stellenden revolutionären Arbeit.

Glücklicherweise hat uns die Entwicklungsgeschichte der revolutionären Parteien und die Geschichte des bolschewistischen Kampfes gegen sie scharf ausgeprägte Typen vererbt, von denen die linken Sozialrevolutionäre und die Anarchisten recht anschaulich den Typus schlechter Revolutionäre illustrieren. Sie kreischen jetzt bis zur Hysterie, überschlagen sich mit gellenden Rufen gegen das ‚Paktierertum' der ‚rechten Bolschewiki'. Sie sind jedoch nicht imstande, darüber nachzudenken, *worin* das ‚Paktierertum' schlecht war und *weshalb* die Geschichte und der Gang der Revolution mit Recht den Stab gebrochen haben über das ‚Paktierertum'.

Die Paktiererpolitik aus Kerenskis Zeiten trat die Macht ab an die imperialistische Bourgeoisie, die Frage der Macht aber ist die Grundfrage einer jeden Revolution. Das Paktierertum eines Teils der Bolschewiki im Oktober/November 1917 entsprang entweder der Furcht vor der Machtergreifung durch das Proletariat oder dem Wunsch, die Macht gleichmäßig *zu teilen* nicht nur mit ‚unzuverlässigen Mitläufern' vom Schlage der linken Sozialrevolutionäre, sondern auch mit den Feinden, den Tschernowleuten, den Menschewiki, die uns unvermeidlich bei dem Wichtigsten gestört hätten: bei der Auseinanderjagung der Konstituante, bei der schonungslosen Niederschlagung der Bogajewskis, bei der vollen Durchsetzung von Maßnahmen der sowjetischen Institutionen, bei jeder Konfiskation.

Jetzt ist die Macht erobert, behauptet, gefestigt in den Händen einer Par-

* „Der Mann im Futteral" – Hauptfigur der gleichnamigen Novelle von A. P. Tschechow. *Der Übers.*

tei, der Partei des Proletariats, sogar ohne ‚unzuverlässige Mitläufer'. Jetzt von Paktierertum sprechen, wo gar nicht die Rede sein kann von einer Teilung der *Macht*, von einem Verzicht auf die Diktatur der Proletarier gegen die Bourgeoisie, heißt wie ein Papagei eingelernte, aber unverstandene Worte einfach wiederholen. Wenn man es ‚Paktierertum' nennt, daß wir in einer Lage, wo wir das Land verwalten können und müssen, bemüht sind, unter den vom Kapitalismus geschulten Elementen die kulturell am höchsten stehenden, ohne mit Geld zu knausern, heranzuziehen, sie in unseren Dienst zu stellen gegen den kleinbesitzerlichen Zerfall, so heißt das, daß man überhaupt unfähig ist, über die ökonomischen Aufgaben des sozialistischen Aufbaus nachzudenken."[80]

ÜBER DIE NATURALSTEUER, DEN FREIEN HANDEL UND DIE KONZESSIONEN

In den zitierten Ausführungen aus dem Jahre 1918 ist eine Reihe von Fehlern bezüglich der Fristen enthalten. Die Fristen erwiesen sich als länger, als damals angenommen wurde. Das ist nicht verwunderlich. Die Grundelemente unserer Wirtschaft sind jedoch die gleichen geblieben. Die „Dorfarmut" (Proletarier und Halbproletarier) hat sich in sehr vielen Fällen in Mittelbauern verwandelt. Dadurch ist das kleinbesitzerliche, kleinbürgerliche „Element" verstärkt worden. Der Bürgerkrieg 1918 bis 1920 aber hat die Zerrüttung des Landes außerordentlich verschlimmert, die Wiederherstellung seiner Produktivkräfte aufgehalten und gerade das Proletariat am stärksten bluten lassen. Hinzu kam die Mißernte von 1920, der Futtermangel, das Viehsterben, wodurch die Wiederherstellung des Verkehrswesens und der Industrie noch mehr aufgehalten wurde, da es sich zum Beispiel auf die Heranschaffung von Holz, unserem wichtigsten Brennstoff, durch Bauerngespanne auswirkte.

Im Ergebnis hat sich die politische Situation im Frühjahr 1921 so gestaltet, daß es zur dringenden Notwendigkeit wurde, sofort die entschiedensten, die schleunigsten Maßnahmen zu ergreifen, um die Lage der Bauernschaft zu verbessern und ihre Produktivkräfte zu heben.

Warum gerade der Bauernschaft und nicht der Arbeiter?

Weil zur Verbesserung der Lage der Arbeiter Brot und Brennstoff nötig

sind. Gegenwärtig entsteht das größte „Hemmnis" – von der gesamten Wirtschaft des Staates aus gesehen – gerade dadurch. Die Erzeugung und Aufbringung von Getreide, die Beschaffung und Beförderung von Brennstoff können aber nicht anders gesteigert werden als durch eine Besserung der Lage der Bauernschaft, durch die Hebung ihrer Produktivkräfte. Man muß mit der Bauernschaft beginnen. Wer das nicht begreift, wer geneigt ist, in dem Umstand, daß die Bauern in den Vordergrund gerückt werden, eine „Absage" oder so etwas wie eine Absage an die Diktatur des Proletariats zu erblicken, der denkt sich einfach nicht richtig in die Sache hinein, der läßt sich von der Phrase gefangennehmen. Diktatur des Proletariats bedeutet Leitung der Politik durch das Proletariat. Das Proletariat als führende, als herrschende Klasse muß es verstehen, die Politik so zu lenken, daß in erster Linie das dringendste, das „wundeste" Problem gelöst wird. Am dringlichsten sind jetzt Maßnahmen, die geeignet sind, unverzüglich die Produktivkräfte der bäuerlichen Wirtschaft zu heben. Nur *auf diesem Wege* kann man erreichen, daß sowohl die Lage der Arbeiter verbessert als auch das Bündnis der Arbeiter mit der Bauernschaft gefestigt, die Diktatur des Proletariats gestärkt wird. Derjenige Proletarier oder Vertreter des Proletariats, der *nicht auf diesem Wege* eine Besserung der Lage der Arbeiter herbeiführen wollte, würde *in Wirklichkeit* zu einem Helfershelfer der Weißgardisten und Kapitalisten werden. Denn nicht diesen Weg gehen, bedeutet: die Zunftinteressen der Arbeiter über die Klasseninteressen stellen, bedeutet: die Interessen der gesamten Arbeiterklasse, ihrer Diktatur, ihres Bündnisses mit der Bauernschaft gegen die Gutsbesitzer und Kapitalisten, ihrer führenden Rolle im Kampf für die Befreiung der Arbeit vom Joch des Kapitals den Interessen des unmittelbaren, augenblicklichen, teilweisen Vorteils der Arbeiter zum Opfer bringen.

Also: In erster Linie sind sofortige und ernsthafte Maßnahmen zur Hebung der Produktivkräfte der Bauernschaft nötig.

Das läßt sich ohne ernste Änderungen in der Ernährungspolitik nicht durchführen. Eine solche Änderung war die Ersetzung der Ablieferungspflicht durch die Naturalsteuer, verbunden mit dem freien Handel nach Entrichtung der Steuer, zumindest im örtlichen Wirtschaftsverkehr.

Worin besteht das Wesen der Ersetzung der Ablieferungspflicht durch die Naturalsteuer?

Hierüber sind unrichtige Vorstellungen weit verbreitet. Das Unrichtige rührt größtenteils daher, daß man das Wesen des Übergangs nicht zu ergründen sucht, sich nicht fragt, wovon dieser Übergang ausgeht und wozu er führt. Man stellt sich die Sache so vor, als handle es sich um einen Übergang vom Kommunismus schlechthin zu bürgerlichen Zuständen schlechthin. Gegen diesen Fehler muß man unweigerlich das ins Feld führen, was im Mai 1918 gesagt worden ist.

Die Naturalsteuer ist eine der Formen des Übergangs von einem durch äußerste Not, Ruin und Krieg erzwungenen eigenartigen „Kriegskommunismus" zu einem geregelten sozialistischen Produktenaustausch. Dieser aber ist seinerseits eine der Formen des Übergangs vom Sozialismus, und zwar einem Sozialismus mit Eigentümlichkeiten, die durch das Vorherrschen der Kleinbauernschaft in der Bevölkerung hervorgerufen sind, zum Kommunismus.

Der eigenartige „Kriegskommunismus" bestand darin, daß wir faktisch von den Bauern alle Überschüsse, ja mitunter nicht nur die Überschüsse, sondern einen Teil der für den Bauern notwendigen Lebensmittel einzogen, um den Bedarf der Armee und den Unterhalt der Arbeiter zu decken. Wir nahmen sie größtenteils auf Kredit, gegen Papiergeld. Anders hätten wir in dem ruinierten kleinbäuerlichen Land über die Gutsbesitzer und Kapitalisten nicht siegen können. Und die Tatsache, daß wir gesiegt haben (trotz der Unterstützung unserer Ausbeuter durch die mächtigsten Staaten der Welt), zeigt nicht nur, welche Wunder an Heldenmut die Arbeiter und Bauern im Kampfe für ihre Befreiung zu vollbringen vermögen. Diese Tatsache zeigt auch, welche Rolle als Lakaien der Bourgeoisie die Menschewiki, die Sozialrevolutionäre, Kautsky und Co. in Wirklichkeit spielten, als sie uns diesen „Kriegskommunismus" *als Schuld* ankreideten. Er muß uns als Verdienst angerechnet werden.

Aber nicht minder notwendig ist es, das wirkliche Maß dieses Verdienstes zu kennen. Der „Kriegskommunismus" war durch Krieg und Ruin erzwungen. Er war keine Politik, die den wirtschaftlichen Aufgaben des Proletariats entsprach, und konnte es auch nicht sein. Er war eine zeitweilige Maßnahme. Die richtige Politik des Proletariats, das seine Diktatur in einem kleinbäuerlichen Lande ausübt, ist der Austausch von Getreide gegen Industrieerzeugnisse, die der Bauer braucht. Nur eine solche Ernährungspolitik entspricht den Aufgaben des Proletariats, nur

sie ist geeignet, die Grundlagen des Sozialismus zu festigen und zu seinem vollen Sieg zu führen.

Die Naturalsteuer bedeutet den Übergang dazu. Wir sind noch immer so ruiniert, so zu Boden gedrückt durch die Last des Krieges (der gestern gewesen ist und, infolge der Gier und Wut der Kapitalisten, morgen wieder ausbrechen kann), daß wir nicht imstande sind, dem Bauern für das *ganze* von uns benötigte Getreide Industrieerzeugnisse zu liefern. Da wir das wissen, führen wir die Naturalsteuer ein, das heißt, die (für die Armee und die Arbeiter) erforderliche Mindestmenge an Getreide nehmen wir als Steuer, während wir den Rest gegen Industrieerzeugnisse tauschen werden.

Dabei darf noch folgendes nicht übersehen werden. Die Not und der Ruin sind derart, daß wir nicht imstande sind, die fabrikmäßige, staatliche, sozialistische Großproduktion *mit einem Schlag* wiederherzustellen. Dazu bedarf es großer Vorräte an Getreide und Brennstoff in den Zentren der Großindustrie, bedarf es einer Ersetzung der verschlissenen Maschinen durch neue usw. Wir haben aus der Erfahrung gelernt, daß sich das nicht mit einemmal machen läßt, und wir wissen, daß selbst die reichsten und fortgeschrittensten Länder nach dem verheerenden imperialistischen Krieg erst nach einer gewissen, ziemlich langen Reihe von Jahren imstande sein werden, diese Aufgabe zu bewältigen. Es ist also notwendig, in gewissem Maße zur Wiederherstellung der *Klein*industrie beizutragen, die keine Maschinen erfordert, die weder staatliche noch große Vorräte an Rohmaterial, Brennstoff und Lebensmitteln erfordert, die der bäuerlichen Wirtschaft sofort eine gewisse Hilfe zu leisten und ihre Produktivkräfte zu heben vermag.

Was ergibt sich hieraus?

Es ergibt sich auf der Grundlage einer gewissen (wenn auch nur örtlichen) Freiheit des Handels ein Wiederaufleben des Kleinbürgertums und des Kapitalismus. Das unterliegt keinem Zweifel. Es wäre lächerlich, davor die Augen zu verschließen.

Es fragt sich: Ist das notwendig? Läßt sich das rechtfertigen? Ist das nicht gefährlich?

Derartige Fragen werden viele gestellt, und in den meisten Fällen offenbaren sie nur (gelinde gesprochen) die Naivität des Fragestellers.

Man erinnere sich daran, wie ich im Mai 1918 die in unserer Wirt-

schaft vorhandenen Elemente (Bestandteile) der verschiedenen gesellschaftlichen Wirtschaftsformen definiert habe. Es wird niemandem gelingen, zu bestreiten, daß alle diese fünf Stufen (oder Bestandteile) aller dieser fünf Wirtschaftsformen, von der patriarchalischen, das heißt halbbarbarischen, bis zur sozialistischen, vorhanden sind. Daß in einem kleinbäuerlichen Land die kleinbäuerliche, das heißt zum Teil patriarchalische, zum Teil kleinbürgerliche „Wirtschaftsform" überwiegt, liegt auf der Hand. Die Entwicklung des Kleinbetriebs ist eine kleinbürgerliche Entwicklung, ist eine kapitalistische Entwicklung, sobald Austausch vorhanden ist. Das ist eine unbestreitbare Wahrheit, eine Binsenwahrheit der politischen Ökonomie, die zudem durch die alltägliche Erfahrung und Beobachtung selbst des Spießers bestätigt wird.

Welche Politik kann nun das sozialistische Proletariat angesichts einer solchen ökonomischen Wirklichkeit treiben? Soll es dem Kleinbauern *alle* von ihm benötigten Erzeugnisse aus der Produktion des sozialistischen Großbetriebs im Austausch gegen Getreide und Rohstoffe liefern? Das wäre die wünschenswerteste, die „richtigste" Politik – wir haben damit auch begonnen. Doch wir können nicht *alle* Erzeugnisse liefern, können es bei weitem nicht und werden dazu nicht so bald in der Lage sein, zumindest so lange nicht, bis wir wenigstens die erste Baufolge der Arbeiten zur Elektrifizierung des ganzen Landes abgeschlossen haben. Was ist da zu tun? Entweder versucht man, jegliche Entwicklung des privaten, nichtstaatlichen Austausches, d. h. des Handels, d. h. des Kapitalismus, die beim Vorhandensein von Millionen Kleinproduzenten unvermeidlich ist, völlig zu verbieten, zu unterbinden. Eine solche Politik wäre eine Dummheit und würde den Selbstmord der Partei bedeuten, die sie ausprobieren wollte. Dummheit, denn diese Politik wäre ökonomisch unmöglich; Selbstmord, denn Parteien, die eine derartige Politik probieren, erleiden unweigerlich Schiffbruch. Machen wir kein Hehl daraus, daß so mancher Kommunist in „Gedanken, Worten und Taten" gesündigt hat, indem er gerade einer *solchen* Politik verfallen war. Sorgen wir dafür, daß wir uns von diesen Fehlern frei machen. Wir müssen uns unbedingt von ihnen frei machen, sonst wird es ganz schlimm werden.

Oder (die letzte *mögliche* und einzig vernünftige Politik) man versucht nicht, die Entwicklung des Kapitalismus zu verbieten oder zu unterbinden, sondern bemüht sich, sie in das Fahrwasser des *Staatskapitalismus*

zu leiten. Das ist ökonomisch möglich, denn den Staatskapitalismus gibt es in dieser oder jener Form, in diesem oder jenem Grade überall dort, wo Elemente des freien Handels und des Kapitalismus überhaupt vorhanden sind.

Ist es möglich, den Sowjetstaat, die Diktatur des Proletariats mit dem Staatskapitalismus zu kombinieren, zu vereinigen, zu vereinbaren?

Gewiß ist das möglich. Das habe ich eben im Mai 1918 zu beweisen gesucht. Das habe ich, wie ich hoffe, im Mai 1918 auch bewiesen. Mehr als das: Ich habe damals auch bewiesen, daß der Staatskapitalismus, verglichen mit dem kleinbesitzerlichen (sowohl dem kleinpatriarchalischen als auch dem kleinbürgerlichen) Element, einen Schritt vorwärts bedeutet. Man begeht eine Unmenge Fehler, wenn man den Staatskapitalismus nur dem Sozialismus gegenüberstellt oder ihn nur mit diesem vergleicht, während man in der gegebenen politischen und ökonomischen Situation den Staatskapitalismus unbedingt auch mit der kleinbürgerlichen Produktion vergleichen muß.

Die ganze Frage besteht – sowohl theoretisch als auch praktisch – darin, richtige Methoden zu finden, wie man die (bis zu einem gewissen Grade und für eine gewisse Zeit) unvermeidliche Entwicklung des Kapitalismus in das Fahrwasser des Staatskapitalismus lenken soll, welche Bedingungen man hierfür schaffen muß, wie man für die nahe Zukunft die Umwandlung des Staatskapitalismus in den Sozialismus zu sichern hat.

Um die Lösung dieser Frage in Angriff zu nehmen, muß man sich vor allem möglichst klar vorstellen, was der Staatskapitalismus innerhalb unseres Sowjetsystems, im Rahmen unseres Sowjetstaates praktisch sein wird und sein kann.

Der einfachste Fall oder das einfachste Beispiel dafür, wie die Sowjetmacht die Entwicklung des Kapitalismus in das Fahrwasser des Staatskapitalismus leitet, wie sie den Staatskapitalismus „züchtet", sind die Konzessionen. Jetzt sind sich bei uns alle darüber einig, daß Konzessionen notwendig sind, aber nicht alle machen sich darüber Gedanken, welche Bedeutung die Konzessionen haben. Was sind die Konzessionen unter dem Sowjetsystem vom Standpunkt der gesellschaftlichen Wirtschaftsformen und ihrer Wechselbeziehungen? Sie sind ein Vertrag, ein Block, ein Bündnis der Sowjetmacht, d. h. der proletarischen Staatsmacht, mit dem Staatskapitalismus gegen das kleinbesitzerliche (patriarchalische und klein-

bürgerliche) Element. Der Konzessionär ist ein Kapitalist. Er führt das Unternehmen kapitalistisch, um des Profits willen, er geht auf einen Vertrag mit der proletarischen Staatsmacht ein, um einen Extraprofit über den üblichen hinaus zu erzielen oder um solche Rohstoffe zu erhalten, die er sonst nicht oder nur äußerst mühsam beschaffen kann. Die Sowjetmacht erzielt einen Vorteil durch die Entwicklung der Produktivkräfte und die Vermehrung der Produktenmenge, sei es sofort oder in kürzester Zeit. Wir besitzen, sagen wir, hundert der und der extraktiven Industrieunternehmen, Bergwerke, Waldmassive. Wir können nicht alle ausbeuten – dazu reichen die Maschinen, Lebensmittel und Verkehrsmittel nicht aus. Aus den gleichen Gründen exploitieren wir auch die übrigen Anlagen schlecht. Infolge der schlechten und ungenügenden Ausnutzung der Großbetriebe tritt eine Stärkung des kleinbesitzerlichen Elements in allen seinen Erscheinungsformen ein: Schwächung der umliegenden (und sodann auch der gesamten) bäuerlichen Wirtschaft, Untergrabung ihrer Produktivkräfte, Erschütterung ihres Vertrauens zur Sowjetmacht, Veruntreuungen und Massenspekulation im kleinen (was am gefährlichsten ist) usw. Indem die Sowjetmacht den Staatskapitalismus in der Form von Konzessionen „züchtet", stärkt sie die Großproduktion gegenüber der Kleinproduktion, den fortschrittlichen Betrieb gegenüber dem rückständigen, die Maschinenarbeit gegenüber der Handarbeit, vermehrt sie die Produktenmenge der Großindustrie in ihren Händen (den abzuführenden Anteil), stärkt sie die staatlich geregelten ökonomischen Beziehungen als Gegengewicht zu den kleinbürgerlich-anarchischen. Eine maßvoll und behutsam durchgeführte Konzessionspolitik wird uns zweifellos helfen, den Stand der Produktion, die Lage der Arbeiter und Bauern rasch (bis zu einem gewissen, nicht hohen Grade) zu heben – natürlich um den Preis gewisser Opfer, gegen Auslieferung von Millionen und aber Millionen Pud von wertvollsten Erzeugnissen an die Kapitalisten. Die Bestimmung des Maßes und der Bedingungen, unter denen die Konzessionen für uns vorteilhaft und nicht gefährlich sind, hängt vom Kräfteverhältnis ab, wird durch Kampf entschieden, denn die Konzession ist auch eine Form des Kampfes, ist eine Fortsetzung des Klassenkampfes in anderer Form, keinesfalls aber eine Ersetzung des Klassenkampfes durch Klassenfrieden. Die Methoden des Kampfes wird die Praxis zeigen.

Der Staatskapitalismus in der Form von Konzessionen ist, verglichen

mit anderen Formen des Staatskapitalismus innerhalb des Sowjetsystems, wohl die einfachste, deutlichste, klarste, genauestens umrissene Form. Hier haben wir direkt einen formellen, schriftlichen Vertrag mit dem zivilisiertesten, fortgeschrittensten, westeuropäischen Kapitalismus. Wir kennen genau unsere Vorteile und unsere Verluste, unsere Rechte und unsere Pflichten, wir kennen genau die Frist, für die wir eine Konzession erteilen, wir kennen die Bedingungen des vorfristigen Auskaufs, falls der Vertrag das Recht eines vorfristigen Auskaufs vorsieht. Wir zahlen einen gewissen „Tribut" an den Weltkapitalismus, wir „kaufen uns los" von ihm in der und der Beziehung und erhalten dafür sofort ein bestimmtes Maß von Festigung der Stellung der Sowjetmacht, von Verbesserung der Bedingungen für unser Wirtschaften. In bezug auf die Konzessionen läuft die ganze Schwierigkeit der Aufgabe darauf hinaus, beim Abschluß eines Konzessionsvertrags alles zu überlegen und zu erwägen und dann zu verstehen, seine Einhaltung zu überwachen. Zweifellos gibt es hier Schwierigkeiten, und Fehler sind hier vermutlich in der ersten Zeit unvermeidlich, aber diese Schwierigkeiten sind geringfügig im Vergleich zu den anderen Aufgaben der sozialen Revolution und namentlich im Vergleich zu den anderen Formen der Entwicklung, Zulassung, Züchtung des Staatskapitalismus.

Im Zusammenhang mit der Einführung der Naturalsteuer ist es die wichtigste Aufgabe aller Partei- und Sowjetfunktionäre, die Prinzipien, Grundsätze, Grundlagen der „Konzessions"politik (d. h. dem „Konzessions"-Staatskapitalismus ähnlichen Politik) richtig auf die übrigen Formen des Kapitalismus, des freien Handels, des örtlichen Umsatzes usw. anzuwenden.

Nehmen wir die Genossenschaften. Nicht umsonst hat das Dekret über die Naturalsteuer eine sofortige Revision der Bestimmungen über die Genossenschaften und eine gewisse Erweiterung ihrer „Freiheit" und ihrer Rechte nach sich gezogen. Die Genossenschaften sind ebenfalls eine Form des Staatskapitalismus, aber eine weniger einfache, weniger scharf ausgeprägte, verwickeltere Form, die daher unserer Staatsmacht in der Praxis größere Schwierigkeiten bereitet. Die Genossenschaften der kleinen Warenproduzenten (und von diesen als den vorherrschenden, für ein kleinbäuerliches Land typischen, ist hier die Rede, nicht aber von den Arbeitergenossenschaften) erzeugen unvermeidlich kleinbürgerliche, kapi-

talistische Verhältnisse, fördern deren Entwicklung, rücken kleine Kapitalisten in den Vordergrund und bieten ihnen die größten Vorteile. Das kann gar nicht anders sein, wenn die Kleinbesitzer nun einmal vorherrschen und die Möglichkeit sowie die Notwendigkeit eines Austausches besteht. Freiheit und Rechte der Genossenschaften bedeuten unter den gegenwärtigen Verhältnissen in Rußland Freiheit und Rechte für den Kapitalismus. Es wäre eine Dummheit oder ein Verbrechen, vor dieser offenkundigen Wahrheit die Augen zu verschließen.

Doch der „genossenschaftliche" Kapitalismus ist unter der Sowjetmacht, zum Unterschied vom privatwirtschaftlichen Kapitalismus, eine Spielart des Staatskapitalismus und ist als solcher für uns zur Zeit vorteilhaft und nützlich, selbstverständlich in einem gewissen Grade. Insofern die Naturalsteuer die Freiheit bedeutet, die verbleibenden (nicht als Steuer einzuziehenden) Überschüsse zu verkaufen, müssen wir uns bemühen, *diese* Entwicklung des Kapitalismus – denn der freie Verkauf, der freie Handel, *ist* eine Entwicklung des Kapitalismus – in das Fahrwasser des genossenschaftlichen Kapitalismus zu leiten. Der genossenschaftliche Kapitalismus ist dem Staatskapitalismus darin ähnlich, daß er die Rechnungsführung, Kontrolle, Beaufsichtigung, die vertraglichen Beziehungen zwischen dem Staat (in diesem Falle dem Sowjetstaat) und dem Kapitalisten erleichtert. Die Genossenschaften sind als Form des Handels nicht nur aus den angeführten Gründen vorteilhafter und nützlicher als der Privathandel, sondern auch deshalb, weil sie den Zusammenschluß, die Organisierung von Millionenmassen der Bevölkerung und sodann der gesamten Bevölkerung erleichtern, und dieser Umstand ist seinerseits, unter dem Gesichtswinkel des späteren Übergangs vom Staatskapitalismus zum Sozialismus, ein gigantisches Plus.

Vergleichen wir die Konzessionen und die Genossenschaften als Formen des Staatskapitalismus. Die Konzession fußt auf der maschinellen Großindustrie, die Genossenschaft auf der handwerksmäßigen, zum Teil sogar patriarchalischen Kleinindustrie. Die Konzession betrifft in jedem einzelnen Konzessionsvertrag einen einzelnen Kapitalisten oder eine einzelne Firma, ein Syndikat, ein Kartell, einen Trust. Die Genossenschaften umfassen viele Tausende, ja Millionen Kleinunternehmer. Die Konzession läßt einen genauen Vertrag und eine genaue Frist zu, sie setzt diese sogar voraus. Die Genossenschaft läßt weder einen ganz genauen Vertrag noch

eine ganz genaue Frist zu. Es ist viel leichter, ein Gesetz über Genossenschaften aufzuheben, als einen Konzessionsvertrag zu lösen. Aber die Lösung des Vertrags bedeutet, daß mit einem Schlag, einfach, sofort die faktischen Beziehungen des ökonomischen Bündnisses oder des ökonomischen „Zusammenlebens" mit dem Kapitalisten gelöst werden, dagegen kann keine Aufhebung eines Gesetzes über Genossenschaften, kein Gesetz überhaupt sofort das faktische „Zusammenleben" der Sowjetmacht mit den Kleinkapitalisten aufheben, ja es ist überhaupt außerstande, die faktischen ökonomischen Beziehungen zu lösen. Auf den Konzessionär „aufzupassen" ist leicht, auf die Genossenschaftler dagegen schwer. Der Übergang von den Konzessionen zum Sozialismus bedeutet den Übergang von einer Form der Großproduktion zu einer anderen Form der Großproduktion. Der Übergang von den Genossenschaften der Kleinunternehmer zum Sozialismus ist der Übergang von der Kleinproduktion zur Großproduktion, d. h. ein komplizierterer Übergang, der aber dafür im Falle des Gelingens geeignet ist, breitere Massen der Bevölkerung zu erfassen, geeignet ist, tiefere und zähere Wurzeln der alten, vorsozialistischen, ja vorkapitalistischen Verhältnisse auszureißen, die jeder „Neuerung" am hartnäckigsten widerstehen. Die Konzessionspolitik wird uns, im Falle des Gelingens, eine kleine Zahl – im Vergleich zu unseren Betrieben – mustergültiger Großbetriebe bringen, die auf der Höhe des modernen fortgeschrittenen Kapitalismus stehen; nach einigen Jahrzehnten werden diese Betriebe ganz in unseren Besitz übergehen. Die Genossenschaftspolitik wird uns, im Falle des Gelingens, einen Aufschwung des Kleinbetriebs bringen und seinen Übergang – in unbestimmter Frist – zur Großproduktion auf der Grundlage des freiwilligen Zusammenschlusses erleichtern.

Nehmen wir eine dritte Art des Staatskapitalismus. Der Staat zieht den Kapitalisten als Händler heran und zahlt ihm eine bestimmte Provision für den Verkauf von staatlichen Erzeugnissen und für den Aufkauf von Erzeugnissen des Kleinproduzenten. Eine vierte Art: Der Staat verpachtet an den kapitalistischen Unternehmer einen dem Staat gehörenden Betrieb oder ein extraktives Industrieunternehmen oder ein Waldmassiv, eine Länderei usw., wobei der Pachtvertrag am ehesten einem Konzessionsvertrag gleichkommt. Von diesen beiden letztgenannten Arten des Staatskapitalismus wird bei uns überhaupt nicht gesprochen, man denkt gar

nicht an sie, man übersieht sie ganz. Das geschieht aber nicht deswegen, weil wir etwa stark und klug, sondern weil wir schwach und dumm sind. Wir scheuen uns, der „niedrigen Wahrheit" direkt ins Antlitz zu schauen, und erliegen nur zu oft der Macht „des erhebend schönen Wahns". Immer wieder kommen wir darauf zurück, daß „wir" vom Kapitalismus zum Sozialismus übergehen, und vergessen dabei, uns genau und deutlich vorzustellen, wer unter diesem „wir" zu verstehen ist. Man muß sich die Aufzählung aller – unbedingt aller ohne Ausnahme – Bestandteile, aller verschiedenartigen gesellschaftlichen Wirtschaftsformen in unserer Ökonomik, die ich in meinem Artikel vom 5. Mai 1918 gegeben habe, vor Augen halten, um diese klare Vorstellung nicht zu vergessen. „Wir", die Avantgarde, der Vortrupp des Proletariats, gehen unmittelbar zum Sozialismus über, der Vortrupp ist aber nur ein kleiner Teil des gesamten Proletariats, das seinerseits nur ein kleiner Teil der Gesamtmasse der Bevölkerung ist. Und damit „wir" die Aufgabe unseres unmittelbaren Übergangs zum Sozialismus erfolgreich lösen können, müssen wir erkennen, welche *vermittelnden* Wege, Methoden, Behelfe und Hilfsmittel notwendig sind, um von den *vorkapitalistischen* Verhältnissen zum Sozialismus überzugehen. Das ist der springende Punkt.

Man sehe sich die Karte der RSFSR an. Nördlich von Wologda, südöstlich von Rostow am Don und von Saratow, südlich von Orenburg und Omsk, nördlich von Tomsk ziehen sich unermeßliche Landstriche hin, auf denen Dutzende riesengroßer Kulturstaaten Platz fänden. Und in allen diesen Landstrichen herrschen patriarchalische Zustände, Halbbarbarei und ausgesprochene Barbarei. Und in den entlegenen ländlichen Gegenden des ganzen übrigen Rußlands? Überall dort, wo Dutzende Werst von Feldwegen – richtiger: Dutzende Werst von Wegelosigkeit – das Dorf von der Eisenbahn, das heißt von der materiellen Verbindung mit der Kultur, mit dem Kapitalismus, mit der Großindustrie, mit der großen Stadt trennen? Überwiegen nicht in allen diesen Gegenden ebenfalls patriarchalische Zustände, Oblomowtum*, Halbbarbarei?

Ist die Verwirklichung des unmittelbaren Übergangs von diesem in Rußland vorherrschenden Zustand zum Sozialismus denkbar? Bis zu einem gewissen Grade ja, aber nur unter der einen Bedingung, die wir jetzt, dank einer gewaltigen und nunmehr abgeschlossenen wissenschaft-

* Oblomow – Titelheld eines Romans von I. A. Gontscharow. *Der Übers.*

lichen Arbeit, genau kennen. Diese Bedingung ist die Elektrifizierung. Wenn wir Dutzende von Bezirkskraftwerken bauen (wir wissen jetzt, wo und wie man sie bauen kann und muß), wenn wir von ihnen elektrische Energie in jedes Dorf leiten, wenn wir eine genügende Menge von Elektromotoren und sonstigen Maschinen beschaffen, dann wird es keiner Übergangsstufen, keiner vermittelnden Kettenglieder von den patriarchalischen Zuständen zum Sozialismus bedürfen oder so gut wie nicht bedürfen. Wir wissen jedoch ausgezeichnet, daß diese „eine" Bedingung mindestens zehn Jahre allein für die Arbeiten der ersten Baufolge erfordert und daß eine Abkürzung dieser Frist wiederum nur denkbar ist, falls die proletarische Revolution in solchen Ländern wie England, Deutschland, Amerika siegt.

Für die nächsten Jahre aber muß man es verstehen, an die vermittelnden Kettenglieder zu denken, die geeignet sind, den Übergang von den patriarchalischen Zuständen, von der Kleinproduktion zum Sozialismus zu erleichtern. „Wir" lassen uns immer noch zu Betrachtungen verleiten wie: „Der Kapitalismus ist ein Übel, der Sozialismus ein Segen." Aber diese Betrachtung ist unrichtig, denn sie vergißt die Gesamtheit der vorhandenen gesellschaftlichen Wirtschaftsformen, von denen sie nur zwei herausgreift.

Der Kapitalismus ist ein Übel gegenüber dem Sozialismus. Der Kapitalismus ist ein Segen gegenüber dem Mittelalter, gegenüber der Kleinproduktion, gegenüber dem mit der Zersplitterung der Kleinproduzenten zusammenhängenden Bürokratismus. Insofern wir noch nicht imstande sind, den unmittelbaren Übergang von der Kleinproduktion zum Sozialismus zu verwirklichen, insofern ist der Kapitalismus in gewissem Maße unvermeidlich als das elementar entstehende Produkt der Kleinproduktion und des Austausches, und insofern müssen wir uns den Kapitalismus zunutze machen (besonders indem wir ihn in das Fahrwasser des Staatskapitalismus leiten) als vermittelndes Kettenglied zwischen der Kleinproduktion und dem Sozialismus, als Mittel, Weg, Behelf, Methode zur Steigerung der Produktivkräfte.

Man nehme die Frage des Bürokratismus und betrachte sie von der ökonomischen Seite her. Am 5. Mai 1918 liegt der Bürokratismus nicht in unserem Blickfeld. Ein halbes Jahr nach der Oktoberrevolution, nachdem wir den alten bürokratischen Apparat von oben bis unten zerschlagen haben, spüren wir dieses Übel noch nicht.

Ein weiteres Jahr vergeht. Auf dem VIII. Parteitag der Kommunistischen Partei Rußlands (18.–23. März 1919) wird ein neues Parteiprogramm angenommen, und in diesem Programm sprechen wir unumwunden, ohne Scheu, das Übel zuzugeben, und beseelt von dem Wunsch, es zu enthüllen, zu entlarven, zu brandmarken, das Denken und Wollen, die Energie, die Aktion zum Kampf gegen das Übel zu wecken, von einem *„teilweisen Wiederaufleben des Bürokratismus innerhalb der Sowjetordnung"*.

Es vergingen weitere zwei Jahre. Im Frühjahr 1921, nach dem VIII. Sowjetkongreß, auf dem (Dezember 1920) die Frage des Bürokratismus behandelt wurde, nach dem X. Parteitag der KPR (März 1921), der das Fazit der Diskussionen zog, die aufs engste mit der Analyse des Bürokratismus zusammenhingen, sehen wir *dieses* Übel noch klarer, noch deutlicher, noch gefahrdrohender vor uns. Welches sind die ökonomischen Wurzeln des Bürokratismus? Diese Wurzeln sind hauptsächlich zweifacher Art: Einerseits benötigt die entwickelte Bourgeoisie gerade gegen die revolutionäre Bewegung der Arbeiter (zum Teil auch der Bauern) einen bürokratischen Apparat, in erster Linie einen militärischen, sodann einen richterlichen usw. Den gibt es bei uns nicht. Die Gerichte sind bei uns Klassengerichte gegen die Bourgeoisie. Unsere Armee ist eine Klassenarmee gegen die Bourgeoisie. Der Bürokratismus steckt nicht in der Armee selbst, sondern in den mit ihr zusammenhängenden Dienststellen. Bei uns ist die ökonomische Wurzel des Bürokratismus eine andere: die Vereinzelung, Zersplitterung der Kleinproduzenten, ihre Armut und Kulturlosigkeit, die Wegelosigkeit, das Analphabetentum, der mangelnde *Umsatz* zwischen Landwirtschaft und Industrie, das Fehlen einer Verbindung und Wechselwirkung zwischen ihnen. In sehr hohem Grade ist das eine Folge des Bürgerkriegs. Als wir blockiert, von allen Seiten belagert, von der ganzen Welt und später von dem getreidereichen Süden, von Sibirien, von der Kohle abgeschnitten waren, konnten wir die Industrie nicht wiederherstellen. Wir durften nicht haltmachen vor dem „Kriegskommunismus", wir durften nicht zurückschrecken vor dem äußersten, verzweifeltsten Mittel: ein halbhungriges, ja schlimmer als halbhungriges Dasein ertragen, aber um jeden Preis, trotz des unerhörten Ruins und des fehlenden Umsatzes, die Arbeiter- und Bauernmacht behaupten. Und wir ließen uns nicht einschüchtern durch das, wodurch die Sozialrevolutionäre

und Menschewiki eingeschüchtert waren (die faktisch der Bourgeoisie mehr aus Angst und Eingeschüchtertheit Gefolgschaft leisteten). Aber das, was in dem blockierten Land, in der belagerten Festung, eine Bedingung des Sieges war, offenbarte seine negative Seite gerade im Frühjahr 1921, als die letzten weißgardistischen Truppen endgültig vom Territorium der RSFSR vertrieben waren. Man kann und muß in einer belagerten Festung jeglichen Umsatz „sperren"; bei besonderem Heldenmut der Massen läßt sich das drei Jahre lang ertragen. Danach verschlimmerte sich der Ruin des Kleinproduzenten noch mehr, die Wiederherstellung der Großindustrie verzögerte sich, wurde noch weiter hinausgeschoben. Der Bürokratismus als Erbschaft der „Belagerung", als Überbau der Zersplitterung und Niedergedrücktheit des Kleinproduzenten, trat nun voll in Erscheinung.

Man muß den Mut haben, das Übel furchtlos einzugestehen, um es desto entschiedener zu bekämpfen, um wieder und immer wieder von vorn anzufangen – wir werden noch mehr als einmal auf allen Gebieten unseres Aufbaus wieder von vorn anfangen müssen, indem wir das Unfertige verbessern und verschiedene Wege zum Herangehen an die Aufgabe wählen. Es hat sich herausgestellt, daß sich die Wiederherstellung der Großindustrie verzögert, es hat sich herausgestellt, daß der „gesperrte" Umsatz zwischen Industrie und Landwirtschaft ein unerträglicher Zustand ist – also muß man sich auf das leichter Erreichbare verlegen: die Wiederherstellung der Kleinindustrie. Man muß von dieser Seite her helfen, muß diese Ecke des durch Krieg und Blockade halb zerstörten Gebäudes stützen. Es gilt, auf jede Art und um jeden Preis den Umsatz zu entfalten, ohne Furcht vor dem Kapitalismus, denn wir haben ihm bei uns (durch die Expropriation der Gutsbesitzer und der Bourgeoisie in der Wirtschaft, durch die Arbeiter- und Bauernmacht in der Politik) genügend enge, genügend „mäßige" Schranken gesetzt. Das ist der Grundgedanke der Naturalsteuer, das ist ihre ökonomische Bedeutung.

Sämtliche Partei- und Sowjetfunktionäre müssen alle ihre Anstrengungen, ihre ganze Aufmerksamkeit darauf richten, eine große Initiative draußen im Lande – in den Gouvernements, noch mehr in den Kreisen, noch mehr in den Amtsbezirken und Ortschaften – für den wirtschaftlichen Aufbau zu wecken, hervorzurufen, und zwar gerade unter dem Gesichtswinkel, die bäuerliche Wirtschaft sofort, sei es auch nur mit „geringen" Mitteln, in geringem Umfang zu heben, ihr durch die Entwick-

lung der umliegenden Kleinindustrie zu helfen. Der gesamtstaatliche einheitliche Wirtschaftsplan verlangt, daß gerade das zum Mittelpunkt der Aufmerksamkeit und Sorge, zum Mittelpunkt der „vorrangigen" Arbeiten werde. Eine gewisse Verbesserung, die hier, unmittelbar am „Fundament", dem breitesten und tiefsten Fundament, erreicht wird, wird es ermöglichen, in kürzester Zeit die Wiederherstellung der Großindustrie energischer und erfolgreicher in Angriff zu nehmen.

Der Funktionär des Ernährungswesens kannte bisher die eine grundlegende Direktive: Bringe 100 Prozent Pflichtablieferungen auf. Jetzt lautet die Direktive anders: Bringe in kürzester Frist 100 Prozent Steuer auf, bringe dann noch 100 Prozent durch Austausch gegen Erzeugnisse der Groß- *und Klein*industrie auf. Wer 75 Prozent der Steuer und 75 Prozent (von den zweiten 100 Prozent) im Austausch gegen Erzeugnisse der Groß- und Kleinindustrie aufbringt, wird eine für den Staat nützlichere Arbeit leisten als derjenige, der 100 Prozent Steuer und 55 Prozent (von den zweiten 100 Prozent) im Austausch aufbringt. Die Aufgabe des Funktionärs des Ernährungswesens wird komplizierter. Einerseits ist das eine fiskalische Aufgabe. Ziehe möglichst schnell, möglichst rationell die Steuer ein. Anderseits ist das eine volkswirtschaftliche Aufgabe. Suche die Genossenschaften so zu lenken, der Kleinindustrie so zu helfen, die Initiative, die Aktivität im Lande draußen so zu fördern, daß sich der Umsatz zwischen Landwirtschaft und Industrie steigert und festigt. Das verstehen wir noch sehr, sehr schlecht; der Beweis dafür ist der Bürokratismus. Wir dürfen uns nicht scheuen zuzugeben, daß wir hier noch *viel vom Kapitalisten lernen können und müssen.* Vergleichen wir die Ergebnisse der praktischen Erfahrung nach Gouvernements, Kreisen, Amtsbezirken und Dörfern: In dem einen Ort haben die großen und kleinen Privatkapitalisten das und das erreicht. Ihr Profit beträgt ungefähr soundso viel. Das ist der Tribut, das Entgelt, das wir als „Lehrgeld" bezahlt haben. Lehrgeld zu zahlen braucht einem nicht leid zu tun, wenn die Lehre nur etwas taugt. In einem benachbarten Ort ist auf genossenschaftlichem Wege das und das erreicht worden. Der Gewinn der Genossenschaften ist der und der. In einem dritten Ort ist auf rein staatlichem, rein kommunistischem Wege das und das erreicht worden (dieser dritte Fall wird zur Zeit eine seltene Ausnahme sein).

Die Aufgabe muß darin bestehen, daß jede Wirtschaftszentrale eines

Gebiets, jede Wirtschaftsberatung beim Exekutivkomitee eines Gouvernements unverzüglich darangeht, die verschiedenartigsten Versuche oder Systeme hinsichtlich des „Umsatzes" jener Überschüsse zu organisieren, die nach Entrichtung der Naturalsteuer übrigbleiben, und das als die dringlichste Angelegenheit betrachtet. Nach einigen Monaten muß man praktische Resultate haben, um sie zu vergleichen und zu studieren. Am Ort gewonnenes oder von anderswo beschafftes Salz; Petroleum aus dem Zentrum; holzverarbeitende Hausindustrie; mit örtlichem Rohstoff arbeitendes Handwerk, das einige, wenn auch nicht sehr wichtige, aber für den Bauern notwendige und nützliche Erzeugnisse liefert; „weiße Kohle" (Verwertung örtlicher, obzwar unbedeutender Wasserkräfte für die Elektrifizierung) und so weiter und dergleichen mehr – alle Hebel müssen in Bewegung gesetzt werden, um den Umsatz der Industrie und der Landwirtschaft zu beleben, koste es, was es wolle. Wer auf diesem Gebiet die besten Resultate erzielt, sei es auch auf dem Wege des privatwirtschaftlichen Kapitalismus, sei es sogar ohne Genossenschaften, ohne direkte Umwandlung dieses Kapitalismus in Staatskapitalismus, der wird dem sozialistischen Aufbau in ganz Rußland mehr Nutzen bringen als derjenige, der auf die Reinheit des Kommunismus „bedacht" ist, Reglements, Direktiven, Instruktionen für den Staatskapitalismus und die Genossenschaften schreibt, aber praktisch den Umsatz nicht vorwärtsbringt.

Das mag als ein Paradox erscheinen: der privatwirtschaftliche Kapitalismus in der Rolle eines Helfers des Sozialismus?

Aber das ist keineswegs ein Paradox, sondern eine ökonomisch völlig unbestreitbare Tatsache. Da wir ein kleinbäuerliches Land mit einem besonders zerrütteten Verkehrswesen vor uns haben, ein Land, das eben erst aus Krieg und Blockade herauskommt, das politisch geführt wird vom Proletariat, in dessen Händen sich das Verkehrswesen und die Großindustrie befinden, so ergibt sich aus diesen Voraussetzungen ganz unvermeidlich erstens die überragende Bedeutung des örtlichen Umsatzes im gegebenen Zeitpunkt, und zweitens die Möglichkeit, den Sozialismus auf dem Wege über den privatwirtschaftlichen Kapitalismus (ganz zu schweigen vom Staatskapitalismus) zu fördern.

Weniger Streit um Worte. In dieser Hinsicht sündigen wir immer noch übermäßig viel. Mehr Mannigfaltigkeit in praktischen Versuchen und mehr Studium dieser Praxis. Es gibt Verhältnisse, wo eine mustergültige

Organisierung der örtlichen Arbeit, selbst im allerbescheidensten Maßstab, von größerer Bedeutung für den Staat ist als viele Zweige der zentralen staatlichen Tätigkeit. Und gerade solche Verhältnisse haben wir gegenwärtig in bezug auf die bäuerliche Wirtschaft im allgemeinen und den Austausch von Überschüssen der landwirtschaftlichen Produktion gegen Industrieerzeugnisse im besonderen. Eine vorbildliche Arbeit in dieser Hinsicht auch nur in einem Amtsbezirk ist von größerer gesamtstaatlicher Bedeutung als eine „vorbildliche" Verbesserung des zentralen Apparats des einen oder anderen Volkskommissariats. Denn der zentrale Apparat hat sich bei uns während dreieinhalb Jahren bereits so weit herausgebildet, daß er sich schon eine gewisse schädliche Trägheit angeeignet hat; wir können ihn nicht erheblich und rasch verbessern, wir wissen nicht, wie wir das anfangen sollen. Die Hilfe für seine radikalere Verbesserung, für einen neuen Zustrom von frischen Kräften, für den erfolgreichen Kampf gegen den Bürokratismus, für die Überwindung der schädlichen Trägheit muß von draußen kommen, von unten, von der mustergültigen Organisierung eines kleinen „Ganzen", aber eben eines „Ganzen", d. h. nicht einer einzelnen Wirtschaft, nicht eines einzelnen Wirtschaftszweiges, nicht eines einzelnen Unternehmens, sondern der *Summe aller* wirtschaftlichen Beziehungen, der *Summe* des *ganzen* Wirtschaftsverkehrs, sei es auch nur eines kleinen Bezirks.

Wer von uns dazu verurteilt ist, weiter im zentralen Apparat zu arbeiten, wird fortfahren, den Apparat zu verbessern und ihn vom Bürokratismus zu säubern, sei es auch in bescheidenem, unmittelbar erreichbarem Umfang. Die größte Hilfe in dieser Beziehung aber kommt von draußen, wird von draußen kommen. Im Lande draußen stehen die Dinge im allgemeinen – soweit ich es übersehen kann – besser als im Zentrum, und das ist auch begreiflich, denn das Übel des Bürokratismus konzentriert sich naturgemäß im Zentrum; Moskau ist diesbezüglich zwangsläufig die schlimmste Stadt und überhaupt der schlimmste „Ort" in der Republik. Im Lande draußen sind Abweichungen vom Durchschnitt nach beiden Seiten zu verzeichnen; Abweichungen nach der schlechteren Seite sind seltener als Abweichungen nach der besseren. Die Abweichungen nach der schlechteren Seite sind Mißbräuche, begangen von alten Beamten, Gutsbesitzern, Bourgeois und sonstigem Gesindel, das sich bei den Kommunisten eingeschlichen hat und sich mitunter abscheuliche Übergriffe und

Gemeinheiten, Verhöhnungen der Bauernschaft, leistet. Hier tut eine Säuberung mit Mitteln des Terrors not: auf der Stelle gerichtliche Aburteilung und unbedingt Erschießung. Mögen die Martow, Tschernow und parteilose Spießer ihres Schlages sich an die Brust schlagen und rufen: „Ich danke dir, Gott, daß ich nicht bin wie ‚diese Leute', daß ich den Terror nicht anerkannt habe und nicht anerkenne." Diese Tröpfe „erkennen den Terror nicht an", denn sie haben sich die Rolle ausgesucht, als dienstbeflissene Helfershelfer der Weißgardisten die Arbeiter und Bauern zu betölpeln. Die Sozialrevolutionäre und Menschewiki „erkennen den Terror nicht an", denn sie treten in der Rolle auf, die Massen unter der Flagge des „Sozialismus" *dem weißgardistischen Terror auszuliefern.* Das haben das Kerenskiregime und das Kornilowabenteuer in Rußland, das Koltschakregime in Sibirien, der Menschewismus in Georgien bewiesen, das haben die Helden der II. Internationale und der „zweieinhalbten" Internationale[81] in Finnland, Ungarn, Österreich, Deutschland, Italien, England usw. bewiesen. Mögen die dienstbeflissenen Helfershelfer des weißgardistischen Terrors sich damit brüsten, daß sie jeglichen Terror ablehnen. Wir jedoch werden die bittere, aber unbestreitbare Wahrheit aussprechen: In den Ländern, die eine unerhörte Krise, eine Auflösung der alten Beziehungen, eine Verschärfung des Klassenkampfes nach dem imperialistischen Krieg 1914–1918 durchmachen – und das gilt für alle Länder der Welt –, ist es entgegen den Heuchlern und Phrasenhelden unmöglich, ohne Terror auszukommen. Entweder der weißgardistische, bürgerliche Terror auf amerikanische, englische (Irland), italienische (die Faschisten), deutsche, ungarische oder sonstige Manier oder der rote, proletarische Terror. Ein Mittelding gibt es nicht, ein „Drittes" gibt es nicht und kann es nicht geben.

Die Abweichungen nach der besseren Seite sind: erfolgreiche Bekämpfung des Bürokratismus, feinfühliges Verhalten zu den Bedürfnissen der Arbeiter und Bauern, sorgsame Hebung der Wirtschaft, Steigerung der Arbeitsproduktivität, Entwicklung des örtlichen Umsatzes zwischen Landwirtschaft und Industrie. Diese Abweichungen nach der besseren Seite sind zwar häufiger als die nach der schlechteren, aber dennoch selten. Sie sind jedoch vorhanden. Die Heranbildung neuer, junger, frischer, durch Bürgerkrieg und Entbehrungen gestählter kommunistischer Kräfte erfolgt überall draußen im Lande. Wir tun noch lange, lange nicht genug, damit

diese Kräfte systematisch und unentwegt von unten nach oben aufrücken. Das kann und muß großzügiger und beharrlicher geschehen. Manche Funktionäre könnte und sollte man von der Arbeit im zentralen Apparat auf eine lokale Arbeit versetzen: Als Leiter von Kreisen und *Amtsbezirken* können sie dort durch *mustergültige* Organisierung der *ganzen* wirtschaftlichen Tätigkeit *in ihrer Gesamtheit* gewaltigen Nutzen bringen und ein für den *gesamten Staat* wichtigeres Werk vollbringen als durch manche zentrale Funktion. Denn eine mustergültige Organisation der Arbeit wird eine Pflanzstätte für weitere Funktionäre sein und als nachahmenswertes Beispiel dienen, das zu übernehmen schon verhältnismäßig leicht sein wird, wir aber können vom Zentrum aus helfen, daß das „Übernehmen" des mustergültigen Beispiels überall in großem Ausmaß erfolgt und zur Pflicht gemacht wird.

Die Entwicklung des „Umsatzes" zwischen Landwirtschaft und Industrie auf der Grundlage der Überschüsse nach Entrichtung der Naturalsteuer und der Kleinindustrie, namentlich der Hausindustrie, verlangt ihrem Wesen nach eine selbständige, sachkundige, kluge *lokale Initiative*, und daher gewinnt die mustergültige Organisation der Arbeit im Kreis und im Amtsbezirk gegenwärtig vom gesamtstaatlichen Standpunkt eine ganz außergewöhnliche Bedeutung. Auf militärischem Gebiet zum Beispiel haben wir uns während des letzten Krieges gegen Polen nicht gescheut, gegen die bürokratische Rangordnung zu verstoßen, haben wir uns nicht gescheut, Mitglieder des Revolutionären Kriegsrats der Republik (unter Belassung in dieser hohen, zentralen Funktion) zu „degradieren" und auf niedrigere Posten zu versetzen. Weshalb sollte man jetzt nicht manche Mitglieder des Gesamtrussischen ZEK, Mitglieder von Kollegien oder andere hochgestellte Genossen mit der Arbeit sogar in einem Kreis, sogar in einem Amtsbezirk betrauen? Wir sind doch wahrhaftig noch nicht so „verbürokratisiert", daß wir daran „Anstoß" nehmen sollten. Und es werden sich bei uns Dutzende von Funktionären im zentralen Apparat finden, die gern darauf eingehen werden. Der wirtschaftliche Aufbau der gesamten Republik wird dadurch außerordentlich gewinnen, und die mustergültigen Amtsbezirke oder Kreise werden nicht nur eine große, sondern geradezu eine entscheidende, eine historische Rolle spielen.

Nebenbei. Als geringfügiger, aber dennoch bedeutungsvoller Umstand muß erwähnt werden, daß es notwendig ist, die Frage nach der Bekämp-

fung der Spekulation prinzipiell anders zu stellen. Den „regulären" Handel, der sich der Staatskontrolle nicht entzieht, müssen wir unterstützen, es ist für uns vorteilhaft, ihn zu entwickeln. Es ist aber *unmöglich*, die Spekulation vom „regulären" Handel zu unterscheiden, wenn man Spekulation im politisch-ökonomischen Sinn auffaßt. Freiheit des Handels ist Kapitalismus, Kapitalismus ist Spekulation. Davor die Augen zu verschließen wäre lächerlich.

Also was tun? Soll man die Spekulation für straffrei erklären?

Nein. Alle Gesetze über die Spekulation müssen überprüft und umgearbeitet werden, wobei jeder *Unterschleif* und jede direkte oder indirekte, offene oder versteckte *Umgehung der staatlichen Kontrolle, Aufsicht und Rechnungsführung* unter Strafe gestellt (und faktisch dreimal so streng wie bisher verfolgt) werden muß. Eben durch eine solche Behandlung der Frage (im Rat der Volkskommissare ist die Arbeit bereits in Angriff genommen, d. h., der Rat der Volkskommissare hat bereits angeordnet, mit der Arbeit zur Revision der Gesetze über die Spekulation zu beginnen) wird es uns gelingen, die in gewissem Maße unvermeidliche und für uns notwendige Entwicklung des Kapitalismus in das Fahrwasser des *Staats*kapitalismus zu leiten.

POLITISCHE ERGEBNISSE UND SCHLUSSFOLGERUNGEN

Mir bleibt noch übrig, wenigstens kurz auf die politische Situation einzugehen, wie sie sich im Zusammenhang mit der oben skizzierten Ökonomik herausgebildet und verändert hat.

Es wurde bereits gesagt, daß die Grundzüge unserer Wirtschaft 1921 dieselben sind, wie sie es 1918 waren. Das Frühjahr 1921 brachte – hauptsächlich infolge der Mißernte und des Viehsterbens – eine extreme Verschärfung in der Lage der Bauernschaft, die infolge des Krieges und der Blockade ohnehin außerordentlich schwer war. Die Folge der Verschärfung waren politische Schwankungen, die, allgemein gesprochen, der innersten „Natur" des Kleinproduzenten entsprechen. Der krasseste Ausdruck dieser Schwankungen war die Meuterei in Kronstadt.

Am kennzeichnendsten an den Kronstädter Ereignissen sind gerade die

Schwankungen des kleinbürgerlichen Elements. Etwas Festgeformtes, Klares, Bestimmtes gibt es kaum. Nebelhafte Losungen wie „Freiheit", „freier Handel", „Befreiung vom Joch", „Sowjets ohne Bolschewiki" oder Neuwahl der Sowjets oder Erlösung von der „Parteidiktatur" und so weiter und so fort. Sowohl die Menschewiki als auch die Sozialrevolutionäre verkünden, die Kronstädter Bewegung sei „ihre" Bewegung. Wiktor Tschernow sendet einen Eilboten nach Kronstadt: Auf Empfehlung dieses Eilboten stimmt in Kronstadt der Menschewik Walk, einer der Kronstädter Führer, für die *„Konstituante"*. Die gesamte Bande der Weißgardisten macht im Nu, man kann sagen, mit der Geschwindigkeit der Funktelegrafie, *„für Kronstadt"* mobil. Die weißgardistischen Militärspezialisten in Kronstadt, eine Reihe von Spezialisten, nicht nur Koslowski allein, arbeiten einen Plan zur Landung in Oranienbaum aus, einen Plan, der die schwankende menschewistisch-sozialrevolutionär-parteilose Masse in Schrecken versetzt. Mehr als ein halbes Hundert im Ausland erscheinender weißgardistischer russischer Zeitungen entfaltet mit rasender Energie eine Kampagne *„für Kronstadt"*. Die Großbanken, alle Kräfte des Finanzkapitals veranstalten Sammlungen zur Unterstützung von Kronstadt. Der kluge Führer der Bourgeoisie und der Gutsbesitzer, der Kadett Miljukow, setzt geduldig dem einfältigen Wiktor Tschernow direkt (und den wegen ihrer Verbindungen mit Kronstadt im Petrograder Gefängnis sitzenden Menschewiki Dan und Roshkow indirekt) auseinander, daß es keinen Sinn habe, sich mit der Konstituante zu überstürzen, daß *man sich für die Sowjetmacht – nur ohne Bolschewiki – aussprechen könne und müsse.*

Es ist natürlich nicht schwer, klüger zu sein als solche selbstgefällige Narren wie Tschernow, dieser Held der kleinbürgerlichen Phrase, oder wie Martow, der Ritter des „marxistisch" zurechtgestutzten spießbürgerlichen Reformismus. Nicht darum handelt es sich ja im Grunde, daß Miljukow als Person klüger ist, sondern darum, daß der Parteiführer der Großbourgeoisie dank seiner Klassenstellung den Klassensinn der Sache und die politischen Wechselbeziehungen klarer sieht und besser erfaßt als die Führer des Kleinbürgertums – die Tschernow und Martow. Denn die Bourgeoisie ist tatsächlich eine Klassenkraft, die unter dem Kapitalismus unvermeidlich herrscht, sowohl im monarchistischen Staat als auch in der allerdemokratischsten Republik, und ebenso unvermeidlich die Unter-

stützung der Weltbourgeoisie genießt. Das Kleinbürgertum aber, *das heißt* alle Helden der II. Internationale und der „zweieinhalbten" Internationale, kann dem ökonomischen Wesen der Sache nach nichts anderes sein als der Ausdruck von Klassenohnmacht – daher die Schwankungen, die Phrasen, die Hilflosigkeit. 1789 konnten die Kleinbürger noch große Revolutionäre sein; 1848 waren sie lächerlich und jämmerlich; 1917 bis 1921 sind sie widerliche Helfershelfer der Reaktion, sind sie ihrer tatsächlichen Rolle nach direkte Lakaien der Reaktion, einerlei, ob sie Tschernow und Martow oder Kautsky, MacDonald und so weiter und so fort heißen.

Wenn Martow in seiner Berliner Zeitschrift erklärt, Kronstadt habe nicht nur menschewistische Losungen durchgeführt, sondern auch den Beweis geliefert, daß eine antibolschewistische Bewegung möglich sei, die nicht vollständig den Weißgardisten, den Kapitalisten und Gutsbesitzern diene, so ist das gerade das Musterbeispiel eines in sich selbst verliebten spießbürgerlichen Narziß. Laßt uns einfach die Augen verschließen vor der Tatsache, daß alle echten Weißgardisten den Kronstädter Meuterern zujubelten und durch die Banken Gelder zur Unterstützung von Kronstadt sammelten! Miljukow hat gegenüber den Tschernow und Martow recht, denn er verrät, welches die *wirkliche* Taktik der *wirklichen* weißgardistischen Kraft ist, der Kraft der Kapitalisten und Gutsbesitzer: Laßt uns jeden, wer immer es auch sei, sogar die Anarchisten, und jede beliebige Sowjetmacht unterstützen, *wenn nur* die Bolschewiki gestürzt werden, *wenn nur* eine *Verschiebung der Macht* herbeigeführt wird! Einerlei, ob nach rechts oder nach links, ob zu den Menschewiki oder zu den Anarchisten, nur eine Verschiebung der Macht weg von den Bolschewiki; das übrige aber – das übrige werden „wir", die Miljukow, „wir", die Kapitalisten und Gutsbesitzer, „selber" besorgen; die Anarchisten, die Tschernow und Martow werden wir mit einem Fußtritt davonjagen, wie wir es in Sibirien mit Tschernow und Maiski, wie wir es in Ungarn mit den ungarischen Tschernow und Martow, wie wir es in Deutschland mit Kautsky, in Wien mit den Fr. Adler und Co. gemacht haben. Diese spießbürgerlichen Narzisse – die Menschewiki, Sozialrevolutionäre und Parteilosen – hat die wirkliche Bourgeoisie, die weiß, was sie will, in allen Revolutionen Dutzende Male in allen Ländern zu Hunderten übertölpelt und davongejagt. Das ist geschichtlich bewiesen. Das ist durch Tatsachen be-

legt. Die Narzisse werden schwatzen. Die Miljukow und die Weißgardisten werden handeln.

„Nur eine Verschiebung der Macht weg von den Bolschewiki, einerlei, ob ein wenig nach rechts oder ein wenig nach links, alles Weitere wird sich finden" – darin hat Miljukow vollkommen recht. Das ist eine Klassenwahrheit, die durch die ganze Geschichte der Revolutionen aller Länder, durch die ganze jahrhundertelange Epoche der neuen Geschichte seit dem Mittelalter bestätigt wird. Den zersplitterten Kleinproduzenten, den Bauer, vereinigt ökonomisch *und politisch* entweder die Bourgeoisie (so war es unter dem Kapitalismus stets, in allen Ländern, in allen Revolutionen der Neuzeit, und so wird es unter dem Kapitalismus stets sein) oder das Proletariat (so war es, für eine ganz kurze Zeit, in Keimform auf den Höhepunkten der Entwicklung einiger der größten Revolutionen der neueren Geschichte; so war es in Rußland 1917–1921 in einer entwickelteren Form). Von einem „dritten" Weg, von einer „dritten Kraft" können nur selbstgefällige Narzisse schwatzen und träumen.

Unter großen Schwierigkeiten, in erbittertem Kampf haben die Bolschewiki die Avantgarde des Proletariats herausgebildet, die fähig ist zu regieren, haben sie die Diktatur des Proletariats errichtet und behauptet, und das Kräfteverhältnis der Klassen in Rußland ist nach der Überprüfung durch die Erfahrung, durch die Praxis von vier Jahren, sonnenklar zutage getreten: die stahlharte, gestählte Avantgarde der einzigen revolutionären Klasse, das kleinbürgerliche schwankende Element, die im Ausland lauernden und von der Weltbourgeoisie unterstützten Miljukow, die Kapitalisten und Gutsbesitzer. Das ist sonnenklar. Jede „Verschiebung der Macht" werden nur sie ausnutzen und können nur sie ausnutzen.

In der angeführten Broschüre aus dem Jahre 1918 wurde darüber direkt gesagt: Der „Hauptfeind" ist das „kleinbürgerliche Element". „Entweder werden wir es unserer Kontrolle und Rechnungsführung unterordnen, oder aber es wird unsere Arbeitermacht ebenso unvermeidlich und unabwendbar zu Boden werfen, wie die Napoleon und Cavaignac, die ja gerade auf diesem kleinbesitzerlichen Boden emporwuchsen, die Revolution zu Boden warfen. So steht die Frage. Nur so steht die Frage." (Aus der Broschüre vom 5. Mai 1918, siehe oben.)[82]

Unsere Stärke liegt in der völligen Klarheit und Nüchternheit der Einschätzung *aller* vorhandenen Klassengrößen, sowohl der russischen wie

auch der internationalen, und sodann in der sich hieraus ergebenden eisernen Energie, Festigkeit, Entschlossenheit und Hingabe im Kampf. Feinde haben wir viele, aber sie sind uneinig, oder sie wissen nicht, was sie wollen (wie alle Kleinbürger, alle Martow und Tschernow, alle Parteilosen, alle Anarchisten). Wir aber sind einig, direkt untereinander und indirekt mit den Proletariern aller Länder; wir wissen, was wir wollen. Und daher sind wir im Weltmaßstab unbesiegbar, wenn auch die Möglichkeit einer Niederlage einzelner proletarischer Revolutionen für kürzere oder längere Zeit keineswegs ausgeschlossen ist.

Man bezeichnet das kleinbürgerliche Element nicht umsonst als Elementargewalt, denn es ist tatsächlich etwas höchst Formloses, Unbestimmtes und Unbewußtes. Die Narzisse des Kleinbürgertums glauben, das „allgemeine Stimmrecht" ändere total die Natur des Kleinproduzenten unter dem Kapitalismus; in Wirklichkeit aber *hilft* es der Bourgeoisie, mit Hilfe von Kirche, Presse, Lehrerschaft, Polizei, Militarismus, wirtschaftlicher Knechtung in tausenderlei Formen, hilft ihr, sich die zersplitterten Kleinproduzenten *unterzuordnen*. Der Ruin, die Not, die schwere Lage erzeugen Schwankungen: heute für die Bourgeoisie, morgen für das Proletariat. Nur die gestählte Avantgarde des Proletariats ist fähig, den Schwankungen standzuhalten und zu widerstehen.

Die Ereignisse im Frühjahr 1921 haben wieder einmal die Rolle der Sozialrevolutionäre und Menschewiki gezeigt: Sie helfen dem schwankenden kleinbürgerlichen Element, sich von den Bolschewiki abzukehren und eine „Verschiebung der Macht" zugunsten der Kapitalisten und Gutsbesitzer zu bewerkstelligen. *Die Menschewiki und Sozialrevolutionäre haben nun gelernt, sich den Anstrich von „Parteilosen" zu geben.* Das ist vollauf erwiesen. Und nur Dummköpfe können das jetzt nicht sehen, können nicht begreifen, daß wir uns nicht betölpeln lassen dürfen. Die Parteilosenkonferenzen sind kein Fetisch. Sie sind wertvoll, wenn man durch sie der noch unberührten Masse, den außerhalb der Politik stehenden Schichten der werktätigen Millionen näherkommen kann, sie sind aber schädlich, wenn sie eine Plattform abgeben für die Menschewiki und Sozialrevolutionäre, die sich den Anstrich von „Parteilosen" gegeben haben. Solche Leute fördern Meutereien, helfen den Weißgardisten. Die Menschewiki und Sozialrevolutionäre, sowohl die offenen wie auch die als Parteilose getarnten, gehören ins Gefängnis (oder in die im Ausland

erscheinenden Zeitschriften, neben die Weißgardisten; wir haben Martow gern ins Ausland gehen lassen), aber nicht auf eine Parteilosenkonferenz. Man kann und soll andere Methoden ausfindig machen, um die Stimmung der Massen kennenzulernen, um ihnen näherzukommen. Wer in Parlamentarismus, in Konstituanten und Parteilosenkonferenzen machen möchte, der soll ins Ausland gehen; schert euch dorthin, zu Martow, tut uns den Gefallen, kostet die Herrlichkeit der „Demokratie" aus, erkundigt euch bei den Wrangelsoldaten, wie diese Herrlichkeit aussieht, bitte schön. Wir haben andere Sorgen, als uns auf „Konferenzen" mit „Oppositionen" abzugeben. Wir sind von der Bourgeoisie der ganzen Welt umringt, die auf jeden Augenblick des Schwankens lauert, um „ihre Leute" wieder herzuschicken, um die Gutsbesitzer und Bourgeois wieder einzusetzen. Die Menschewiki und Sozialrevolutionäre, die offenen sowohl wie die als „Parteilose" verkappten, werden wir im Gefängnis halten.

Wir werden auf jede Weise engere Verbindungen mit der politisch unberührten Masse der Werktätigen anknüpfen, außer auf solche Weise, die den Menschewiki und Sozialrevolutionären Spielraum gewährt, die *Schwankungen Spielraum gewährt, welche für Miljukow vorteilhaft sind.* Wir werden besonders eifrig Hunderte und aber Hunderte Parteiloser, wirklicher Parteiloser aus der Masse, aus den Reihen der Arbeiter und Bauern, zur Arbeit in den Sowjetinstitutionen, vor allem zur Wirtschaftsarbeit heranziehen, nicht aber diejenigen, die sich den „Anstrich" von Parteilosen gegeben haben, um eingepaukte menschewistische und sozialrevolutionäre Instruktionen herunterzuleiern, die für Miljukow so vorteilhaft sind. Bei uns arbeiten Hunderte und Tausende von Parteilosen, davon Dutzende auf höchst wichtigen und verantwortungsvollen Posten. Mehr Kontrolle über ihre Arbeit. Stärkere Heranziehung von Tausenden und aber Tausenden einfacher Werktätiger, um neue Kräfte zu überprüfen, sie zu erproben und auf Grund der praktischen Überprüfung systematisch und unentwegt, zu Hunderten, auf höhere Posten zu befördern.

Die Kommunisten verstehen bei uns immer noch zuwenig, worin ihre wirkliche Aufgabe der Leitung besteht: Nicht danach trachten, „alles" „selber" zu tun, wobei man sich übernimmt und die Arbeit nicht schafft, zwanzigerlei anfängt und nichts zu Ende führt, sondern die Arbeit von

Dutzenden und Hunderten von Helfern kontrollieren, die Kontrolle ihrer Arbeit von unten, d. h. durch die wirkliche Masse, organisieren; die Arbeit *lenken* und von denen *lernen*, die über Kenntnisse (Spezialisten) und über Erfahrungen in großzügiger Organisation der Wirtschaft (Kapitalisten) verfügen. Ein gescheiter Kommunist scheut sich nicht, vom Militärspezialisten zu lernen, obgleich neun Zehntel der Militärspezialisten fähig sind, bei jeder sich bietenden Gelegenheit Verrat zu üben. Ein gescheiter Kommunist wird sich nicht scheuen, vom Kapitalisten zu lernen (einerlei, ob es sich um einen großkapitalistischen Konzessionär, einen Kommissionshändler oder einen kleinkapitalistischen Genossenschaftler usw. handelt), obgleich der Kapitalist nicht besser ist als der Militärspezialist. Hat man doch in der Roten Armee gelernt, die Verräter unter den Militärspezialisten herauszufischen, die ehrlichen und gewissenhaften auszusuchen und im großen und ganzen Tausende und Zehntausende von Militärspezialisten zu verwenden. Wir lernen, dasselbe (in abgewandelter Form) mit den Ingenieuren und Lehrern zu tun, obgleich wir das viel schlechter machen als in der Roten Armee (dort haben Denikin und Koltschak uns tüchtig angetrieben und gezwungen, rascher, eifriger und vernünftiger zu lernen). Wir werden lernen, das gleiche (wiederum in abgewandelter Form) mit den Kommissionshändlern, den für den Staat arbeitenden Aufkäufern, den kleinkapitalistischen Genossenschaftlern, den Konzessionsunternehmern usw. zu tun.

Die Masse der Arbeiter und Bauern braucht eine sofortige Besserung ihrer Lage. Wir werden das erreichen, wenn wir neue Kräfte, darunter parteilose Kräfte, zu nützlicher Arbeit heranziehen. Die Naturalsteuer und eine Reihe damit zusammenhängender Maßnahmen werden dazu beitragen. Die ökonomische Wurzel der unvermeidlichen Schwankungen des Kleinproduzenten werden wir dadurch beschneiden. Die politischen Schwankungen aber, die nur Miljukow von Nutzen sind, werden wir rücksichtslos bekämpfen. Schwankende gibt es viele. Wir sind wenige. Die Schwankenden sind uneinig. Wir sind einig. Die Schwankenden sind ökonomisch unselbständig. Das Proletariat ist ökonomisch selbständig. Die Schwankenden wissen nicht, was sie wollen: Sie möchten gern, aber traun sich nicht, und Miljukow erlaubt es nicht. Wir dagegen wissen, was wir wollen.

Und darum werden wir siegen.

SCHLUSS

Fassen wir zusammen.

Die Naturalsteuer bedeutet den Übergang vom Kriegskommunismus zum geregelten sozialistischen Produktenaustausch.

Die totale wirtschaftliche Zerrüttung, verschärft durch die Mißernte von 1920, hat diesen Übergang zu einer dringenden Notwendigkeit gemacht, weil es unmöglich ist, die Großindustrie rasch wiederherzustellen.

Daher: In erster Linie die Lage der Bauern verbessern. Das Mittel: die Naturalsteuer, die Entwicklung des Umsatzes zwischen Landwirtschaft und Industrie, die Entwicklung der Kleinindustrie.

Umsatz bedeutet freien Handel, bedeutet Kapitalismus. Er ist uns in dem Maße von Nutzen, in dem er uns helfen wird, die Zersplitterung der Kleinproduzenten und, bis zu einem gewissen Grade, auch den Bürokratismus zu bekämpfen. Das Maß wird sich aus der Praxis, der Erfahrung ergeben. Für die proletarische Macht hat das nichts Schreckliches an sich, solange das Proletariat die Macht fest in Händen hält, das Verkehrswesen und die Großindustrie fest in Händen hält.

Den Kampf gegen die Spekulation muß man in einen Kampf gegen Unterschleife und gegen die Umgehung der staatlichen Aufsicht, Rechnungsführung und Kontrolle verwandeln. Durch eine solche Kontrolle leiten wir den in einem gewissen Maße unvermeidlichen und für uns notwendigen Kapitalismus in das Fahrwasser des Staatskapitalismus.

Allseitige, höchstmögliche Entfaltung der Initiative, Aktivität und Selbständigkeit draußen im Lande um jeden Preis, was die Förderung des Umsatzes zwischen Landwirtschaft und Industrie betrifft. Studium der praktischen Erfahrungen in dieser Hinsicht. Möglichst große Mannigfaltigkeit dieser Erfahrungen.

Hilfe für die Kleinindustrie, die die bäuerliche Landwirtschaft beliefert und ihr hilft, auf die Beine zu kommen; Hilfe für sie bis zu einem gewissen Grade auch durch Zuweisung staatlicher Rohstoffe. Das größte Verbrechen ist, Rohstoffe unverarbeitet zu lassen.

Die Kommunisten sollen sich nicht scheuen, bei den bürgerlichen Spezialisten, darunter auch bei den Händlern, den kleinkapitalistischen Genossenschaftlern und den Kapitalisten, in die „Lehre" zu gehen. Sie sollen von ihnen der Form nach anders, aber dem Wesen der Sache nach

ebenso lernen, wie sie von den Militärspezialisten gelernt und mit Erfolg gelernt haben. Die Ergebnisse der „Lehre" sollen nur an Hand der praktischen Erfahrung geprüft werden: Mache es besser als die bürgerlichen Spezialisten an deiner Seite, erreiche so oder anders einen Aufschwung der Landwirtschaft, einen Aufschwung der Industrie, eine Entwicklung des Umsatzes zwischen Landwirtschaft und Industrie. Knausere nicht bei der Bezahlung von „Lehrgeld": Ein hohes Lehrgeld zahlen ist nicht schade, wenn man nur ordentlich lernt.

Man muß der Masse der Werktätigen auf jede Weise helfen, ihr näherkommen, aus ihrer Mitte Hunderte und Tausende parteiloser Mitarbeiter auf wirtschaftliche Posten stellen. Die „Parteilosen" dagegen, die in Wirklichkeit nichts anderes sind als in das Modegewand Kronstädter Parteilosigkeit verkleidete Menschewiki und Sozialrevolutionäre, muß man vorsorglich im Gefängnis halten oder nach Berlin zu Martow schicken, damit sie alle Herrlichkeiten der reinen Demokratie frei genießen und mit Tschernow, Miljukow und den georgischen Menschewiki ihre Gedanken frei austauschen können.

21. April 1921

Veröffentlicht im Mai 1921 als Broschüre.

Nach dem Text der Broschüre, verglichen mit dem Manuskript.

AUF SCHALLPLATTEN AUFGENOMMENE REDEN[83]

1

ÜBER DIE NATURALSTEUER

Die Ablieferungspflicht für landwirtschaftliche Produkte ist durch die Naturalsteuer ersetzt worden. Das Gesamtrussische Zentralexekutivkomitee hat darüber ein Dekret erlassen. In Ausführung des Dekrets hat der Rat der Volkskommissare bereits ein Gesetz über die Naturalsteuer veröffentlicht. Alle Sowjetinstitutionen sind jetzt verpflichtet, die Bauern möglichst umfassend mit dem Gesetz über die Naturalsteuer vertraut zu machen und seine Bedeutung zu erklären.

Warum war die Ersetzung der Ablieferungspflicht durch die Naturalsteuer notwendig? Weil die Ablieferungspflicht außerordentlich drückend und unbequem für die Bauern war und die Mißernte von 1920 die Not und Verarmung der Bauern noch mehr verschärfte. Außerdem nahm infolge des Futtermangels das Viehsterben zu, die Zufuhr von Holz aus den Wäldern ließ nach, die Arbeit der Fabriken, die Erzeugnisse für den Austausch gegen das Getreide der Bauern herstellen, ging zurück. Es wurden Maßnahmen der Arbeiter- und Bauernmacht notwendig, die der schweren Lage der Bauern unverzüglich Abhilfe brächten.

Die Naturalsteuer ist fast um die Hälfte geringer als die Pflichtablieferungen: zum Beispiel an Getreide 240 Millionen Pud anstatt 423. Die Höhe der Steuer ist jedem Bauern im voraus, das heißt schon seit dem Frühjahr, genau bekannt. Auf diese Weise werden bei der Einziehung der

Steuer weniger Mißbräuche vorkommen. Auf diese Weise wird der Bauer mehr daran interessiert sein, die Anbaufläche zu erweitern, seine Wirtschaft zu verbessern und einen höheren Ernteertrag zu erzielen.

Unser Land ist wirtschaftlich unerhört zerrüttet worden, zuerst durch den Zarenkrieg, dann durch den Bürgerkrieg, das heißt durch den Feldzug der Gutsbesitzer und Kapitalisten gegen die Sowjetmacht der Arbeiter und Bauern. Es gilt, die Wirtschaft um jeden Preis zu heben. In erster Linie muß die bäuerliche Wirtschaft gehoben, gestärkt und verbessert werden.

Die Naturalsteuer wird dazu beitragen, die bäuerliche Wirtschaft zu heben. Die Bauern werden jetzt mit größerer Zuversicht und mit mehr Eifer an ihre Arbeit gehen, und das ist die Hauptsache.

25. IV. 1921. *N. Lenin*

Zuerst veröffentlicht 1924. *Nach dem Manuskript.*

2

ÜBER DIE KONZESSIONEN UND ÜBER DIE ENTWICKLUNG DES KAPITALISMUS

Die Sowjetmacht lädt ausländische Kapitalisten ein, die in Rußland Konzessionen erwerben wollen.

Was ist eine Konzession? Ein Vertrag des Staates mit einem Kapitalisten, der es übernimmt, die Produktion (zum Beispiel das Fällen und Flößen von Holz, die Förderung von Kohle, Erdöl, Erz usw.) in Gang zu bringen oder zu vervollkommnen, wofür er einen Teil des gewonnenen Produkts an den Staat abführt, während er den anderen Teil als Profit für sich behält.

Handelt die Sowjetmacht richtig, die jetzt, nachdem sie die russischen Gutsbesitzer und Kapitalisten davongejagt hat, ausländische Kapitalisten einlädt? Sie handelt richtig, denn wenn sich die Arbeiterrevolution in den anderen Ländern verzögert hat, so müssen wir gewisse Opfer bringen, nur um eine rasche, ja eine sofortige Besserung der Lage der Arbeiter und Bauern zu erreichen. Die Opfer bestehen darin, daß wir im Laufe einer Reihe von Jahren dem Kapitalisten Dutzende Millionen Pud wertvoller Produkte geben werden, die Besserung der Lage der Arbeiter und Bauern aber besteht darin, daß wir sofort eine zusätzliche Menge von Erdöl, Petroleum, Salz, Kohle, landwirtschaftlichen Geräten u. dgl. m. erhalten werden. Wir haben kein Recht, auf eine sofortige Besserung der Lage der Arbeiter und Bauern zu verzichten, denn angesichts der Zerrüttung unserer Wirtschaft ist das notwendig, und die erwähnten Opfer werden uns nicht zugrunde richten.

Ist es nicht gefährlich, Kapitalisten einzuladen, heißt das nicht den Kapitalismus entwickeln? – Jawohl, das heißt den Kapitalismus entwickeln, aber das ist nicht gefährlich, denn die Macht bleibt in den Händen

der Arbeiter und Bauern, und das Eigentum der Gutsbesitzer und Kapitalisten wird nicht wiederhergestellt. Die Konzession ist eine Art Pachtvertrag. Der Kapitalist wird zum Pächter eines Teils des Staatseigentums, auf Grund eines Vertrags, auf eine bestimmte Frist, er wird aber nicht zum Eigentümer. Das Eigentum verbleibt dem Staat.

Die Sowjetmacht wacht darüber, daß der kapitalistische Pächter den Vertrag einhält, daß der Vertrag für uns vorteilhaft ist, daß eine Besserung der Lage der Arbeiter und Bauern eintritt. Unter solchen Bedingungen ist eine Entwicklung des Kapitalismus nicht gefährlich, die Arbeiter und Bauern aber haben den Vorteil, daß es mehr Produkte geben wird.

25. IV. 1921 *N. Lenin*

Zuerst veröffentlicht 1924. *Nach dem Manuskript.*

3

ÜBER KONSUM- UND PRODUKTIONSGENOSSENSCHAFTEN

Als Konsumgenossenschaften bezeichnet man eine Vereinigung von Arbeitern und Bauern zum Zweck der Beschaffung und Verteilung der für sie notwendigen Produkte. Als Produktionsgenossenschaften bezeichnet man eine Vereinigung kleiner Landwirte oder Hausindustrieller zum Zweck der Herstellung und des Absatzes verschiedener Produkte, sowohl landwirtschaftlicher (beispielsweise von Gemüse, Molkereiprodukten und dergleichen) als auch nichtlandwirtschaftlicher (von allen möglichen Industrieerzeugnissen, Gegenständen aus Holz, Eisen, Leder usw.).

Dank der Ersetzung der Ablieferungspflicht durch die Naturalsteuer werden die Bauern Überschüsse an Getreide zur eigenen Verfügung bekommen und diese Überschüsse gegen alle möglichen Erzeugnisse frei austauschen.

Die Produktionsgenossenschaften werden die Entwicklung der Kleinindustrie fördern, und diese wird die Menge der von den Bauern benötigten Erzeugnisse vergrößern, die zum größten Teil weder einen weiten Eisenbahntransport noch weitläufige Fabrikanlagen erfordern. Man muß die Produktionsgenossenschaften mit allen Mitteln unterstützen und entwickeln, muß ihnen jederlei Hilfe angedeihen lassen – das ist Pflicht der Partei- und Sowjetfunktionäre, denn das wird die Lage der Bauernschaft sofort erleichtern und verbessern. Von der Verbesserung des Lebens und der Wirtschaft der Bauern aber hängt jetzt am meisten der Aufschwung und die Wiederherstellung der Volkswirtschaft im Arbeiter- und Bauernstaat ab.

Die Konsumgenossenschaften müssen ebenfalls unterstützt und entwickelt werden, denn sie werden eine rasche, richtige und billige Ver-

teilung der Produkte ermöglichen. Die Sowjetbehörden sollen nur die Tätigkeit der Genossenschaften kontrollieren, damit kein Betrug vorkommt, dem Staat nichts verhehlt und kein Mißbrauch getrieben wird, sie dürfen aber die Genossenschaften auf keinen Fall behindern, sondern müssen ihnen in jeder Weise Hilfe und Förderung angedeihen lassen.

Geschrieben am 25. April 1921.
Zuerst veröffentlicht 1924.

Nach einer Niederschrift der Schallplattenaufnahme.

AN GENOSSEN KRSHISHANOWSKI AN DAS PRÄSIDIUM DER STAATLICHEN PLANKOMMISSION

Von einem einheitlichen staatlichen Wirtschaftsplan ist bei uns bisher kaum etwas zu spüren. Es überwiegt das Bestreben, alles und jedes zu „heben", alle Wirtschaftszweige, sogar alle Betriebe, die uns der Kapitalismus hinterlassen hat.

Die Staatliche Plankommission muß die Arbeit so organisieren, daß wenigstens bis zur Ernteeinbringung die Grundlagen eines allgemeinen staatlichen Wirtschaftsplans für die nächste Zeit, für ein oder zwei Jahre, ausgearbeitet sein werden.

Als Ausgangspunkt muß man die Ernährung nehmen, denn gerade hier liegt die Wurzel all der vielen Schwierigkeiten. Man muß versuchen, den allgemeinen staatlichen Wirtschaftsplan für drei Fälle zu berechnen: erstens 200, zweitens 250 und drittens 300 Millionen Pud Getreide in den Händen des Staates für ein Jahr (1. IX. 1921–1. IX. 1922). Wenn es große Schwierigkeiten machen sollte, alle Berechnungen für die drei Fälle vollständig anzustellen, so dürfte es vielleicht rationeller sein, sich mit einer genauen Berechnung für den Fall der Aufbringung von 250 Millionen Pud zu begnügen, wobei ein Überschuß (300–250) als Reserve für den Notfall zu betrachten wäre; für den Fall eines absoluten Getreidemangels aber (200 Millionen Pud) sollte man nur eine annähernde Berechnung ausarbeiten (soundso viel im Ausland hinzukaufen, soundso viel insgesamt bei der Industrie, dem Verkehrswesen, der Armee usw. „kürzen").

Angenommen, der staatliche Getreidefonds ist soundso groß; Abzug – der Vorrat für den Fall eines Krieges, einer Unterbrechung der Bahnverbindungen usw.

Weiter folgt der Brennstoff. Die und die Perspektiven: von – bis,

Minimum und Maximum der hierfür erforderlichen Lebensmittel. Die Möglichkeit, die Brennstoffversorgung auf die und die Höhe zu bringen, wenn die Vorräte an Getreide um soundso viel erhöht werden.

Die Möglichkeit der Einsparung von Brennstoff durch Konzentration der Produktion in wenigen der besten Betriebe ist so und so. Das muß man berechnen. Im Zusammenhang damit ist zu berechnen, ob eine Einsparung von Lebensmitteln möglich ist durch Schließung unnötiger oder nicht unbedingt nötiger Betriebe und durch Überführung der Arbeiter (wohin? Ist eine Überführung möglich? Wenn nein, sich als Mindestaufgabe stellen, solche Arbeiter auf verringerte Ration zu setzen).

Einsparung von Brennstoff durch Gewährung von Prämien für sparsamen Verbrauch und durch Verstärkung der Kontrolle über den Verbrauch. Ungefähre Berechnung einer solchen Einsparung, wenn dafür diese oder jene Anhaltspunkte vorhanden sind.

Die Armee (die Flotte gesondert, hier ist eine besondere Berechnung notwendig, ausgehend von maximaler Einschränkung, nahezu Abschaffung, der Flotte und der Ausgaben für sie). Berechnung für 1,6 Millionen zum 1. IX. 1921, dann bedingte Berechnung für die Hälfte dieser Zahl.

Sowjetangestellte. Gesamtzahl. Mögliche Verringerung um 25 Prozent, um 50 Prozent. Prämiierung eines Viertels (der jetzigen Zahl, das unbedingt erforderlich ist) für die Verringerung der Gesamtzahl. Diese Frage der Prämiierung des verbleibenden Viertels (bzw. des Drittels oder der Hälfte) für die Verringerung der Zahl der Esser (und für die Einschränkung des Verbrauchs von Brennstoff, zum Beispiel dadurch, daß man drei Schichten einführt und von drei Institutionen zwei schließt) muß wegen ihrer außerordentlichen Wichtigkeit besonders geprüft werden.

Die Industrie, in mehrere Gruppen eingeteilt. Eine möglichst geringe Zahl von Hauptgruppen. Wasser und Licht. Minimum des Notwendigen zur Deckung des Minimalbedarfs: α) der produktiven Konsumtion; β) der individuellen Konsumtion. Berechnung für eine bestimmte Zahl von Hauptgruppen (vielleicht Verteilung der detaillierten Ausarbeitung nach einzelnen Industriezweigen und nach einzelnen Bezirken und Städten an spezielle Unterkommissionen oder spezielle Bevollmächtigte an Ort und Stelle oder an die Statistischen Gouvernementsbüros usw.) – Berechnung, in wieviel Großbetrieben man die gesamte Produktion konzentrieren und wieviel man schließen kann. Das ist offenbar die wichtigste Frage, die ein

besonders gründliches Studium erfordert: erstens ein rein statistisches (Angaben für 1920 und nach Möglichkeit auch für 1918 und 1919, hie und da können ausnahmsweise auch Angaben der Vorkriegsstatistik behelfsmäßig herangezogen werden); zweitens ein ökonomisches, das folgende Spezialaufgabe lösen muß:

Läßt sich nicht für die frei werdenden städtischen und Industriearbeiter, die der Staat nicht ernähren sollte und denen man in der Stadt keine andere Arbeit geben kann, vorübergehend, auf ein, zwei Jahre, in den Getreidegegenden Beschäftigung finden, unter der Bedingung, daß sie für den Bedarf der bäuerlichen Bevölkerung der Umgegend arbeiten?

Ferner folgen nach der Industrie, bei unbedingter Aussonderung der Bauindustrie, das Verkehrswesen (vielleicht wird man es der Industrie voranstellen müssen?) und speziell die Elektrifizierung.

Und so weiter.

Die Berechnung muß zunächst, wenn auch nur in groben Zügen, nur mit annähernden Daten, aber unbedingt kurzfristig, in ein, höchstens zwei Monaten geliefert werden, und zwar die Berechnung des allgemeinen Bildes, des ganzen Verbrauchs der Gesamtmenge an Lebensmitteln und der Gesamtmenge an Brennstoff für ein Jahr. Dann werden wir diesen grob umrissenen Plan präzisieren, korrigieren, ändern; aber man muß den Plan wenigstens in den Grundzügen, wenigstens in ganz groben Umrissen für ein Jahr (oder vielleicht einzeln für die vier Quartale des Jahres oder für die drei Drittel 1. IX. 1921–1. I. 1922; 1. I.–1. V.; 1. V.–1. IX. 1922) in der erwähnten kürzesten Frist haben.

Unbedingt ständig mit 1920 vergleichen. Vielleicht kann und soll man eine Reihe von Berechnungen gerade im Sinne eines vergleichenden statistischen und ökonomischen Studiums der Daten für 1920 und der „Perspektiven" für 1921/1922 durchführen.

Ich bitte das Präsidium der Staatlichen Plankommission, ohne zunächst meinen Vorschlag dem Plenum der Staatlichen Plankommission zu unterbreiten, mir die Meinung sowohl der Mehrheit als auch einzelner Mitglieder des Präsidiums über diesen Brief zu übermitteln.

Der Vorsitzende des Rats für Arbeit und Verteidigung
W. Uljanow (Lenin)

14. V. 1921

PS: 1. Besondere Beachtung muß man der Industrie schenken, die geeignete Güter für den Austausch gegen Getreide herstellt, um auf dem Wege des Austauschs innerhalb des Landes Getreide zu beschaffen. Diese Industrie muß man auf jeden Fall für sich aussondern, um eine genaue Antwort auf die Frage geben zu können: Läßt sich nicht bei dem Mangel an Getreide überhaupt, wenn man eine bestimmte Menge von Lebensmitteln und Brennstoff einem bestimmten Industriezweig oder bestimmten Betrieben zuweist, eine bestimmte Menge von Erzeugnissen und im Austausch gegen sie eine bestimmte Menge von Getreide beschaffen? Diese bedingte Berechnung muß im voraus vorgenommen werden, um sie in gewissen Fällen nach der Ernte anzuwenden.

2. Man muß versuchen, auszusondern und aufzustellen: a) Betriebe (mit der Arbeiterzahl), die der Staat unbedingt braucht, und b) Betriebe – und ihre Arbeiterzahl –, die sich halten aus Tradition, Routine, weil die Arbeiter den Beruf und den Wohnort nicht wechseln wollen usw. und die man schließen müßte vom Standpunkt des rationellen Wirtschaftens und der Überführung der Industrie in wenige Betriebe, in die besten, die in mehreren Schichten arbeiten. Allgemeines Fazit hinsichtlich der einen wie der anderen Kategorie. Berechnung einer verringerten Lebensmittelration für die zweite Kategorie, um auf diese Weise einen Anreiz zur Liquidierung dieser Betriebe zu schaffen.

Zuerst veröffentlicht 1923. *Nach dem Manuskript.*

DIREKTIVE DES RATS FÜR ARBEIT UND VERTEIDIGUNG AN DIE ÖRTLICHEN SOWJETINSTITUTIONEN[84]

Entwurf

Die allerdringendste Aufgabe der Sowjetrepublik ist die Wiederherstellung der Produktivkräfte, die Hebung der Landwirtschaft, der Industrie und des Verkehrswesens. Die Verheerung und Verelendung, die der imperialistische Krieg überall verursacht hat, sind so ungeheuer groß, daß in der ganzen Welt eine Wirtschaftskrise wütet, und sogar in den fortgeschrittenen Ländern, die vor dem Kriege Rußland in ihrer Entwicklung weit voraus waren und die unvergleichlich weniger durch den Krieg gelitten haben, geht die Wiederherstellung der Wirtschaft unter außergewöhnlichen Schwierigkeiten vor sich und wird sich eine lange Reihe von Jahren hinziehen. Und so steht es sogar in vielen „Sieger"ländern, obwohl sie durch ein Bündnis mit den reichsten kapitalistischen Staaten verbunden sind und den riesigen Tribut erhalten, der den besiegten, abhängigen und kolonialen Ländern auferlegt worden ist.

Es ist begreiflich, daß das rückständige Rußland, das nicht nur den imperialistischen Krieg durchgemacht hat, sondern auch über drei Jahre Bürgerkrieg, der den Arbeitern und Bauern von den Gutsbesitzern und Kapitalisten mit Hilfe der Weltbourgeoisie aufgezwungen worden war, seine Wirtschaft unter unermeßlich größeren Schwierigkeiten wiederherstellen muß. Die schwere Mißernte des Jahres 1920, der Futtermangel und das Viehsterben haben die Lage der bäuerlichen Wirtschaft unerträglich gemacht.

Nach dem vom Gesamtrussischen Zentralexekutivkomitee erlassenen Gesetz ist die Ablieferungspflicht durch die Naturalsteuer ersetzt worden.[85] Es ist festgelegt worden, daß der Landwirt die ihm verbleibenden Überschüsse gegen beliebige Erzeugnisse frei austauschen darf. Im Be-

schluß des Rats der Volkskommissare sind die Steuersätze veröffentlicht. Die Steuer ist ungefähr halb so hoch wie die Pflichtablieferungen. Der Rat der Volkskommissare hat ein neues Gesetz über die Genossenschaften erlassen, das ihre Rechte im Zusammenhang mit dem freien Austausch der landwirtschaftlichen Überschüsse erweitert.

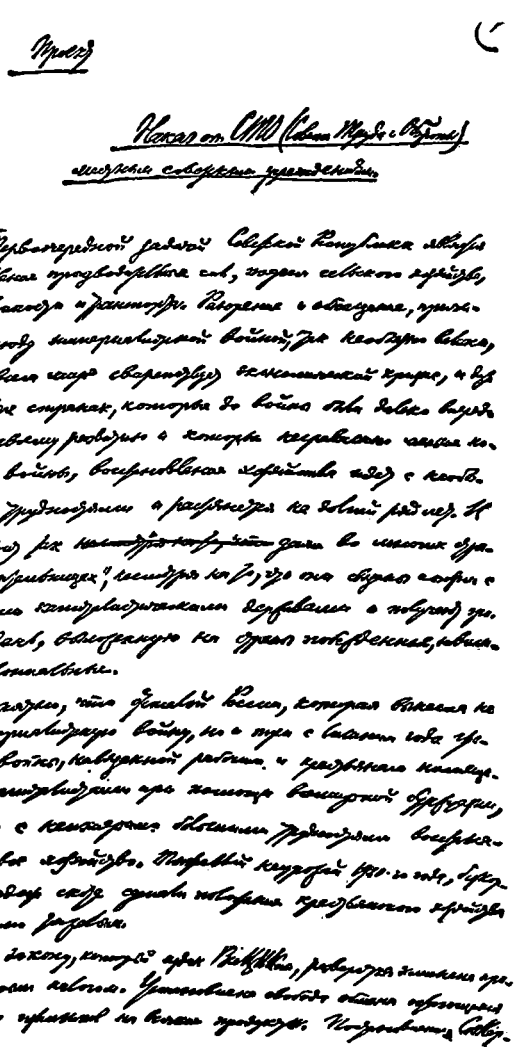
Durch diese Gesetze ist sehr viel getan worden, um die Lage der bäuerlichen Wirtschaft sofort zu verbessern, das Interesse der Bauern an der Erweiterung der Anbaufläche und der Verbesserung des Ackerbaus und der Viehzucht zu steigern und zugleich auch die örtliche Kleinindustrie, für die keine großen staatlichen Vorräte an Lebensmitteln, Rohstoffen und Brennmaterial beschafft und befördert werden müssen, zu heben und zu entwickeln.

Bei der Verbesserung der bäuerlichen Wirtschaft, der Entwicklung der Industrie und der Organisierung des Umsatzes zwischen Landwirtschaft und Industrie gewinnt jetzt die selbständige örtliche Initiative besonders große Bedeutung. Es ergeben sich große Möglichkeiten, neue Kräfte, neue Energien zur Wiederherstellung der Volkswirtschaft einzusetzen.

Der Rat für Arbeit und Verteidigung, der auf Grund des Beschlusses des VIII. Gesamtrussischen Sowjetkongresses verpflichtet ist, die Tätigkeit der Volkskommissariate für Wirtschaft zusammenzufassen und anzuleiten, wendet sich an alle örtlichen Institutionen mit der dringenden Forderung, alle Kräfte anzuspannen und um jeden Preis eine umfassende Tätigkeit zu entfalten, um allseitig die bäuerliche Wirtschaft zu verbessern und die Industrie zu heben, wobei sie die neuen Gesetze strikt durchzuführen und sich streng an die nachstehend dargelegten grundlegenden Leitsätze und Direktiven zu halten haben.

Der praktische Gradmesser der Erfolge unseres wirtschaftlichen Aufbaus im gesamtstaatlichen Maßstab ist jetzt in erster Linie zweifacher Art: erstens der Erfolg der raschen, vollständigen, vom staatlichen Gesichtspunkt aus richtigen Einziehung der Naturalsteuer; zweitens – und das ist besonders wichtig – der Erfolg des Warenaustausches und des Austausches von landwirtschaftlichen Produkten gegen Industrieerzeugnisse, der Erfolg des Umsatzes zwischen Landwirtschaft und Industrie.

Das ist das Wesentlichste, das sofort und um jeden Preis Notwendige. Dadurch wird die gesamte Arbeit überprüft und ein Fundament geschaffen für die Verwirklichung des großen Plans der Elektrifizierung, die uns die



Erste Seite von W. I. Lenins Manuskript
„Direktive des Rats für Arbeit und Verteidigung an die örtlichen Sowjetinstitutionen. Entwurf" – Mai 1921

Verkleinert

Wiederherstellung der Großindustrie und des Verkehrswesens in solchem Umfang und auf einer solchen technischen Basis ermöglichen wird, daß wir endgültig und für immer den Hunger und das Elend überwinden.

Es gilt, die Naturalsteuer zu 100 Prozent einzuziehen und dann noch ebensoviel Lebensmittel durch freien Austausch der landwirtschaftlichen Überschüsse gegen Industrieerzeugnisse aufzubringen. Gewiß, das kann nicht überall mit einemmal gelingen, aber das müssen wir uns alle als nächste Aufgabe stellen, und wir werden sie in kürzester Frist verwirklichen können, wenn wir die Lage unserer Wirtschaft richtig verstehen und mit aller Energie den richtigen Weg zu ihrer Hebung beschreiten. Alle lokalen Behörden, alle lokalen Institutionen eines jeden Gouvernements, eines jeden Kreises, eines jeden Gebietszentrums, einer jeden autonomen Republik müssen, vereint und koordiniert, die Sache so anpacken, daß der Austausch der Überschüsse vom Fleck kommt. Soll die Erfahrung zeigen, inwieweit es gelingen wird, diesen Austausch durch Steigerung der Produktion und Lieferung von staatlichen Erzeugnissen der sozialistischen Großbetriebe vorwärtszubringen; inwieweit es gelingen wird, die örtliche Kleinindustrie zu fördern und zu entwickeln; welche Rolle die Genossenschaften und der Privathandel, die Unternehmer, die Kapitalisten spielen werden, die vom Staat registriert sind. Es müssen alle erdenklichen Methoden unter größter Entfaltung der örtlichen Initiative erprobt werden. Wir stehen vor einer neuen Aufgabe, die noch nirgendwo in der Welt ausprobiert worden ist; wir sind dabei, diese Aufgabe zu lösen, und zwar unter Verhältnissen, wo die Nachkriegszerrüttung es nicht erlaubt, die Hilfsquellen genau zu berechnen oder im voraus zu bestimmen, welchen Grad von Anspannung die Arbeiter und Bauern ertragen können, die unerhört schwere Opfer für den Sieg über die Gutsbesitzer und Kapitalisten gebracht haben. Wir müssen kühner und breiter die verschiedenartigsten Methoden anwenden, die Sache von verschiedenen Seiten in Angriff nehmen und das Kapital und den Privathandel in unterschiedlichem Grade zulassen, ohne Furcht davor, daß in gewissem Grade der Kapitalismus gezüchtet wird, wenn wir nur sofort den Umsatz heben, dadurch sowohl die Landwirtschaft wie auch die Industrie beleben und an Hand der praktisch gewonnenen Ergebnisse errechnen, über welche Hilfsquellen das Land verfügt und auf welchem Wege man am sichersten zur Verbesserung der Lage der Arbeiter und Bauern kommen kann, um im weiteren groß-

zügiger und festgegründeter am wirtschaftlichen Aufbau zu arbeiten und den Elektrifizierungsplan zu verwirklichen.

Wieviel landwirtschaftliche Überschüsse haben die Bauern – über die Steuer hinaus – gegen Erzeugnisse der Kleinindustrie und des Privathandels und wieviel gegen Erzeugnisse ausgetauscht, die vom Staat geliefert werden? Das sind zwei Fragen, die jeden Sowjetfunktionär, der am wirtschaftlichen Aufbau arbeitet, in erster Linie interessieren müssen. Das sind die nächsten Hauptrichtungen, in denen wir die größten Erfolge erzielen müssen und woran wir den Erfolg der Arbeit messen werden, und dann werden wir beurteilen, wie man zu den weiteren Aufgaben übergehen soll. Alle Fragen des wirtschaftlichen Aufbaus überhaupt müssen mit diesen beiden nächsten Fragen koordiniert werden.

Um diese Koordinierung herbeizuführen, um in möglichst großem Umfang die Initiative, die Selbständigkeit, den Arbeitselan im Lande draußen anzuspornen und um die Arbeit des zentralen Apparats durch die lokale Erfahrung und die lokale Überwachung sowie umgekehrt zu kontrollieren und auf diese Weise den Schlendrian und Bürokratismus zu beseitigen, hat der Rat für Arbeit und Verteidigung beschlossen (siehe speziell den Text des Beschlusses):

erstens, überall Wirtschaftsberatungen einzuführen, um die Arbeit der örtlichen Organe aller Volkskommissariate für Wirtschaft zu koordinieren,

und zweitens, eine regelmäßige Berichterstattung der örtlichen Wirtschaftsberatungen einzuführen, um die Erfahrungen auszutauschen, um den Wettbewerb zu organisieren und vor allem, um an Hand der lokalen Arbeit und ihrer Ergebnisse zu prüfen, ob die Arbeitsmethoden und der Aufbau der zentralen Institutionen richtig sind.

Die örtlichen Wirtschaftsberatungen müssen nach dem Typus des Rats für Arbeit und Verteidigung organisiert werden und in demselben Verhältnis zu den örtlichen Exekutivkomitees stehen wie der Rat für Arbeit und Verteidigung zum Rat der Volkskommissare. Der Rat für Arbeit und Verteidigung hat die Befugnisse einer Kommission des Rats der Volkskommissare; setzen sich die Mitglieder des Rats für Arbeit und Verteidigung aus Mitgliedern des Rats der Volkskommissare zusammen, so erhält man eine vollständige Koordinierung der Arbeit beider Institutionen, jede Möglichkeit von Reibungen zwischen ihnen ist ausgeschaltet, rasches Ar-

beiten und Einfachheit des Apparats gewährleistet, denn der Rat für Arbeit und Verteidigung schafft keinerlei neuen Apparat, sondern bedient sich der Apparate der Ressorts, wobei er bemüht ist, sie zu vereinfachen und aufeinander abzustimmen.

Die Gouvernements-Wirtschaftsräte müssen in dem gleichen Verhältnis zu den Gouvernements-Exekutivkomitees stehen; in der Praxis gestaltet sich die Sache denn auch gerade so. Bei der Bestätigung der Mitglieder und des Vorsitzenden der Gebiets- und Regionswirtschaftsräte ist der Rat für Arbeit und Verteidigung überdies bestrebt, die Erfahrungen der örtlichen Funktionäre zu berücksichtigen und ohne Beratung mit ihnen keine Bestätigung zu erteilen. Die Gebietswirtschaftsräte müssen und werden zweifelsohne bestrebt sein, ihre Arbeit mit den Gouvernements-Wirtschaftsräten zu koordinieren, indem sie diese weitestgehend zur Mitarbeit heranziehen, sie informieren, sie an der Arbeit interessieren. Es wäre wohl verfrüht, schon jetzt zu versuchen, alle diese Wechselbeziehungen zu reglementieren; wir haben noch wenig Erfahrungen, bei Versuchen einer solchen Reglementierung könnte ein rein bürokratisches Machwerk herauskommen. Es ist zweckmäßiger, es vorerst der Praxis zu überlassen, geeignete Formen der Beziehungen herauszubilden (der Rat für Arbeit und Verteidigung hat ungefähr ein Jahr neben dem Rat der Volkskommissare gearbeitet, ohne im Grunde genommen ein Statut zu haben). Es dürfte besser sein, wenn diese Formen anfänglich nicht absolut stabil sind: Mannigfaltigkeit ist erwünscht, nützlich, sogar notwendig, um die verschiedenen Systeme der Wechselbeziehungen genauer zu erforschen und vollständiger miteinander vergleichen zu können.

Die Kreis- und Amtsbezirks-Wirtschaftsräte sollen auf denselben Grundlagen gebildet werden, selbstverständlich unter Zulassung aller möglichen Modifikationen des Grundtypus, d. h., die Exekutivkomitees können die Aufgaben und Pflichten der Wirtschaftsberatungen gänzlich übernehmen, können ihre eigenen „disponierenden" oder „ökonomischen" Sitzungen den Wirtschaftsberatungen gleichstellen, können (zum Beispiel in den Amtsbezirken, manchmal auch in den Kreisen) zur Erfüllung aller oder einiger Aufgaben der Wirtschaftsberatungen spezielle Kommissionen bestimmen oder sogar speziell einzelne Personen ernennen und so weiter und so fort. Die unterste Zelle müssen die *Dorfkomitees* sein, sie müssen zu den untersten Organen des Rats für Arbeit und Verteidigung im Dorf

werden. Das Gesetz über die entsprechende Erweiterung der Befugnisse der Dorfkomitees und über die Festsetzung ihrer Beziehungen zu den Dorfsowjets ist bereits vom Rat der Volkskommissare bestätigt und am 28. V. 1921 veröffentlicht worden. Zu den Pflichten der Gouvernements-Exekutivkomitees gehört diese oder jene vorläufige Festlegung der für die betreffende Gegend geeignetsten Regeln, bei unbedingter *Erweiterung* und nicht Einengung der Initiative zur Selbständigkeit der örtlichen Organe im allgemeinen und der unteren Zellen *im besonderen*.

In den industriellen Kreisen und Siedlungen müssen die untersten Organe des Rats für Arbeit und Verteidigung die Bezirkskomitees und die Betriebskomitees oder die Verwaltungen der Fabriken und Werke sein, je nachdem, ob man es mit einem einzigen Industriezweig oder mit mehreren zu tun hat. Auf jeden Fall ist die *Zusammenarbeit* mit den Exekutivkomitees der Kreis-, Amtsbezirks- und Dorfsowjets bei den Maßnahmen zur Leitung des *gesamten* örtlichen Wirtschaftslebens in dieser oder jener Form eine unbedingte Notwendigkeit.

Weiter. Die Frage der regelmäßigen Berichterstattung der örtlichen Organe an den Rat für Arbeit und Verteidigung erlangt außerordentlich große Wichtigkeit, denn ein Krebsschaden, an dem wir kranken, besteht in dem mangelnden Studium der praktischen Erfahrungen, in dem Mangel an Erfahrungsaustausch und an gegenseitiger Kontrolle der zentralen Verordnungen durch die Praxis der örtlichen Organe und der Praxis der örtlichen Organe durch die zentrale Leitung. Eines der wichtigsten Mittel im Kampf gegen Bürokratismus und Schlendrian muß die Kontrolle der Durchführung der zentral herausgegebenen Gesetze und Verordnungen durch die örtlichen Organe sein; dazu bedarf es der Berichte, die zur *allgemeinen Kenntnis* veröffentlicht werden, wobei unbedingt eine *größere Beteiligung von Parteilosen* und nichtbeamteten Personen anzustreben ist. Eine solche Zeitschrift wie „Nasche Chosjaistwo" [Unsere Wirtschaft], „Halbmonatsschrift des Gouvernements-Wirtschaftsrats von Twer" (Nr. 1, 15. IV. 1921; Nr. 2, 30. IV. 1921), zeigt, daß man sich im Lande draußen immer mehr bewußt wird, wie notwendig das Studium, die Beleuchtung, die Bekanntgabe der Ergebnisse unserer wirtschaftlichen Erfahrungen sind, und richtige Wege findet, um dieses Bedürfnis zu befriedigen. Gewiß, nicht in jedem Gouvernement wird man, zumindest in den nächsten Monaten, eine Zeitschrift gründen können, nicht überall wird

man zweimal monatlich 3000 Exemplare drucken können, wie das in Twer der Fall ist. Aber nicht nur in jedem Gouvernement, sondern auch in jedem Kreis kann und muß man alle zwei Monate (für den Anfang kann man als Ausnahme auch längere Zeitspannen zulassen) einen Bericht über die örtliche Wirtschaftstätigkeit abfassen und ihn, sagen wir, in 100–300 Exemplaren drucken. Papier und Druckereien für eine so kleine Arbeit werden unbedingt überall aufzutreiben sein, wenn wir die Wichtigkeit und Dringlichkeit dieser Arbeit und somit die Notwendigkeit verstehen werden, zur Befriedigung dieses Bedürfnisses vielen Behörden Papier fortzunehmen, die eine Masse unnötiger oder bei weitem nicht in erster Linie nötiger Sachen drucken. Setzt man in Petit, druckt man zweispaltig (wie es die Genossen in Twer tun), begreift man die simple Wahrheit, daß sogar hundert Exemplare – wenn jeder Gouvernementsbibliothek und jeder großen staatlichen Bibliothek ein Exemplar zugestellt wird – schon die zwar kärgliche, aber dennoch *unzweifelhafte* Möglichkeit einer *gesamtrussischen* Information und Registrierung der Erfahrungen geben, so wird die Realisierbarkeit und Dringlichkeit dieser Sache einleuchten.

Eine wirkliche Registrierung der Erfahrungen, ein wirklicher Erfahrungsaustausch, die Heranziehung aller hervorragenden und fähigen Organisatoren aus den Reihen der Parteilosen – all dies ist unmöglich ohne regelmäßiges Veröffentlichen von Berichten, sei es auch in einer verschwindend geringen Zahl von Exemplaren. Das kann und muß man sofort durchsetzen.

Bei der Abfassung der Berichte muß man größtmögliche Kürze mit einer präzisen Beantwortung der gestellten Fragen vereinen. Die Fragen zerfallen in vier Gruppen: Die erste Gruppe umfaßt diejenigen Fragen, die insbesondere gegenwärtig in den Vordergrund treten. Diese Fragen müssen in jedem Bericht mit größter Exaktheit und Ausführlichkeit beantwortet werden. Das ist insbesondere deshalb notwendig, weil diese Fragengruppe für die übergroße Mehrheit der Kreise gerade im gegenwärtigen Augenblick von außerordentlich hoher aktueller Bedeutung ist. Für die Minderheit der Kreise und Bezirke, nämlich für die rein industriellen, werden andere Fragen in den Vordergrund treten. Die zweite Gruppe umfaßt Fragen, die ebenfalls in jedem Bericht unbedingt zu beantworten sind, aber sehr oft kann und muß die Antwort in Form einer kurzen Zusammenfassung der Berichte gegeben werden, die bereits den entsprechenden Be-

hörden eingereicht worden sind. In allen diesen Fällen muß im Bericht an den Rat für Arbeit und Verteidigung unbedingt angegeben werden: die Berichte sind dann und dann an die und die Instanzen abgegangen, das Fazit der geleisteten Arbeit kommt in diesen Berichten kurz in den und den Zahlen zum Ausdruck. Solche Auskünfte braucht der Rat für Arbeit und Verteidigung sowohl zur Kontrolle der einzelnen Behörden als auch zur Erlangung von Gesamtzahlen, die die erreichten Resultate auf dem Gebiet der Lebensmittel, des Brennstoffs, der Industrie usw. wiedergeben. Die dritte Gruppe umfaßt Fragen, die *nicht* in jedem Bericht unbedingt zu beantworten sind. Die Antworten auf diese Fragen sind anfangs, d. h. im ersten Bericht, obligatorisch, in den weiteren Berichten aber werden nur Ergänzungen und neue Tatsachen angeführt, je nachdem sich neues Material angesammelt hat. In vielen Fällen wird es nicht möglich sein, alle zwei Monate auf diese Fragen zu antworten. Die vierte Gruppe umfaßt alle möglichen zusätzlichen Fragen, die nicht im voraus angegeben sind und nicht zentral gestellt werden, sondern an Ort und Stelle auftauchen. Diese Gruppe muß von den örtlichen Institutionen selbst zusammengestellt werden, und zwar ohne jedwede Einschränkung. Selbstverständlich müssen Fragen, die Staatsgeheimnisse betreffen (militärische oder mit militärischen Operationen und der Sicherheit des Staates usw. zusammenhängende Fragen), in einem besonderen Bericht behandelt werden, der nicht veröffentlicht werden darf, sondern als vertraulicher Bericht ausschließlich für den Rat für Arbeit und Verteidigung bestimmt ist.

Gehen wir nun zur Aufzählung der Fragen über:

ERSTE FRAGENGRUPPE

1. *Warenaustausch mit der Bauernschaft*

Der Wichtigkeit und Aktualität nach ist das gegenwärtig die erste Frage. Erstens kann der Staat ohne vollständige und regelmäßige Versorgung der Armee und der städtischen Arbeiter mit Lebensmitteln den wirtschaftlichen Aufbau überhaupt nicht durchführen, der Warenaustausch aber muß zum Hauptmittel werden, um Lebensmittel zu beschaffen. Zweitens ist der Warenaustausch ein Prüfstein für richtige Wechselbeziehungen

zwischen Industrie und Landwirtschaft sowie das Fundament der gesamten Arbeit zur Schaffung eines halbwegs richtig funktionierenden Währungssystems. Auf die Frage des Warenaustausches (dazu gehört auch der Produktenaustausch, denn das staatliche Produkt, das Produkt der sozialistischen Fabrik, das gegen bäuerliche Lebensmittelprodukte ausgetauscht wird, ist keine Ware im Sinne der politischen Ökonomie, jedenfalls nicht nur Ware, nicht mehr Ware, hört auf, Ware zu sein), auf die Frage des Warenaustausches muß jetzt das Hauptaugenmerk aller Wirtschaftsräte, aller Organe des wirtschaftlichen Aufbaus gelenkt werden.

Vorbereitung zum Warenaustausch? Was ist konkret für diese Vorbereitung getan worden? – Vom Volkskommissariat für Ernährungswesen? – von den Genossenschaften? Zahl der Genossenschaftsläden dafür? Gibt es solche Läden in jedem Amtsbezirk? In wieviel Dörfern? Fonds für Warenaustausch? Preise auf dem „freien" Markt? Überschüsse an Getreide und anderen landwirtschaftlichen Produkten? Gibt es Erfahrungen im Warenaustausch und welche? Fazit und Resultate? Kampf gegen Veruntreuungen des für den Austausch bestimmten Warenfonds und der Lebensmittel? (Besonders wichtiger Punkt, der die Untersuchung *eines jeden Falls* von Veruntreuung erfordert.)

Salz und Petroleum als Artikel des Warenaustausches? Textilien? Andere Erzeugnisse? Was wird am meisten gebraucht? Was fehlt dem Bauern am meisten? Was könnte von der örtlichen Klein- oder Hausindustrie geliefert werden? Oder durch Entwicklung der örtlichen Industrie?

Zahlen und Tatsachen über die Gestaltung des Warenaustausches und über seine Ergebnisse sind von größter Bedeutung für die Summierung der Erfahrungen im gesamten Staat.

Bestehen geregelte Beziehungen zwischen dem Kommissariat für Ernährungswesen, als dem Organ für Kontrolle und Überwachung des Warenaustausches, und den Genossenschaften, als den Organen, die den Warenaustausch durchführen? Wie gestalten sich diese Wechselbeziehungen in der Praxis? in ihrer Verwirklichung an Ort und Stelle?

Rolle des Privathandels im Warenaustausch? In welchem Grade entwickelte bzw. entwickelt sich der Privathandel? Zahl der Händler, ihr Umsatz an den wichtigsten Produkten? insbesondere an Lebensmitteln?

2. *Verhältnis des Staates zu den Kapitalisten*

Warenaustausch und freier Handel bedeuten, daß unvermeidlich Kapitalisten und kapitalistische Verhältnisse aufkommen. Davor brauchen wir keine Angst zu haben. Der Arbeiterstaat verfügt über genügend Mittel, um die Entwicklung dieser Verhältnisse, die bei Bestehen der Kleinproduktion nützlich und notwendig sind, *nur mit Maß* zuzulassen und um diese Verhältnisse zu kontrollieren. Alles kommt jetzt gerade darauf an, das Ausmaß der Erscheinung genau zu erforschen und geeignete (nicht einengende, richtiger: nicht untersagende) Methoden der Kontrolle und Rechnungsführung durch den Staat ausfindig zu machen.

In welchem Grade entwickelt sich der Privathandel im Zusammenhang mit der Ersetzung der Ablieferungspflicht durch die Steuer? Läßt er sich statistisch erfassen oder nicht? Nur Schleichhandel oder auch regulärer Handel? Registrierung des Handels und Ergebnisse der Registrierung?

Unternehmertum: gibt es Fälle, daß Kapitalisten und Unternehmer vorschlagen, diese oder jene Betriebe oder Einrichtungen an sie zu verpachten? oder Verkaufsräume? Genaue Registrierung und Analyse dieser Fälle? Wie steht es um die wenigstens ungefähre Feststellung der Ergebnisse der Handelsoperationen? Ebenso Rechnungslegung der Pächter, der Kommissionäre, wenn es solche gibt?

Gab es Vorschläge von der Art des Kommissionshandels? Beschaffung von Produkten, Aufkauf von Produkten für den Staat gegen Prozente? Oder Verkauf und Verteilung? Oder Organisierung von Industriebetrieben?

Die Hausindustrie, inwiefern hat sich nach Einführung der Naturalsteuer ihre Lage geändert? Grad ihrer Entwicklung überhaupt? Quelle der Angaben?

3. *Förderung der selbständigen Initiative beim Warenaustausch und beim wirtschaftlichen Aufbau überhaupt*

Diese Frage hängt mit der vorhergehenden eng zusammen. Die Förderung der Initiative kann häufig unabhängig von den kapitalistischen Verhältnissen erfolgen. Wie soll man diese Förderung verwirklichen? Diese

Frage müssen sich die Wirtschaftsräte und überhaupt alle Organe des wirtschaftlichen Aufbaus stellen. Infolge der Neuheit dieser Aufgabe kann man jetzt wohl kaum ganz bestimmte Direktiven geben. Alles kommt darauf an, daß man dieser Frage die größte Aufmerksamkeit zuwendet, jede wirtschaftliche Initiative anspornt, die praktischen Erfahrungen sorgfältig studiert und den ganzen Staat mit ihnen bekannt macht.

Der kleine Landwirt, der dem Staat die Steuer entrichtet und mit ihm, mit der sozialistischen Fabrik, in Warenaustausch tritt – das bedeutet eine wirtschaftliche Situation, die vom Staat und gerade von seinen örtlichen Organen unbedingt eine allseitige Förderung der Aktivität, der Initiative erfordert. Der Austausch der Beobachtungen und Erfahrungen der örtlichen Institutionen wird es ermöglichen, Material zu sammeln und diese allgemeine und nicht genügend bestimmte Frage vielleicht später durch eine Reihe von Beispielen und detaillierten Direktiven zu ergänzen.

4. Koordinierung der Wirtschaftsarbeit verschiedener Ressorts innerhalb der örtlichen administrativen Einheiten: der Amtsbezirke, Kreise und Gouvernements

Das Fehlen koordinierter Arbeit der verschiedenen örtlichen Ressorts ist eines der großen Übel, die den wirtschaftlichen Aufbau behindern. Man muß dieser Frage die größte Aufmerksamkeit zuwenden. Die Aufgabe der Wirtschaftsräte besteht darin, dieses Nebeneinanderarbeiten zu beseitigen und die Selbständigkeit der örtlichen Institutionen zu entwickeln. Es müssen praktische Beispiele gesammelt werden, um eine bessere Organisation der Sache zu erreichen und Beispiele erfolgreicher Arbeit zum Vorbild für alle zu machen. Bei dem äußersten Mangel an Lebensmitteln war es beispielsweise natürlich und unvermeidlich, daß der Selbständigkeit der örtlichen Organe in bezug auf den Verbrauch des aufgebrachten Getreides die größte Beschränkung auferlegt wurde. Bei entsprechender Kontrolle und in dem Maße, wie die Getreidevorräte zunehmen, muß man diese Selbständigkeit erhöhen. Dadurch kann und muß man eine Abnahme des Bürokratismus, eine Einschränkung der Transporte, einen Ansporn zur Produktion, eine Verbesserung der Lage der Bauern und Arbeiter erreichen. Lebensmittel, örtliche Kleinindustrie,

Brennstoff, gesamtstaatliche Großindustrie usw. – alle diese Gebiete hängen eng zusammen, und ihre „ressortmäßige" Trennung voneinander, die für die staatliche Verwaltung notwendig ist, bringt Schaden, wenn man nicht eine ständige Arbeit zur Koordinierung, zur Beseitigung der Reibungen, des Schlendrians, der ressortmäßigen Beschränktheit, der Amtsschimmelei leistet. An Ort und Stelle, in unmittelbarer Nähe der Arbeiter- und Bauernmassen, treten diese Mängel klarer hervor, und die örtlichen Organe müssen eben durch Erfahrungsaustausch Methoden zur erfolgreichen Bekämpfung dieser Mängel ausarbeiten.

Worin und wie ist nun konkret die Arbeit zur Koordinierung der Tätigkeit der örtlichen Wirtschaftsräte, der Forstverwaltungen, der Kreislandabteilungen, der Volkswirtschaftsräte und so weiter zum Ausdruck gekommen? – Auf diese Frage sind präzise, wohlerwogene und ausführliche Antworten unbedingt notwendig.

Welche Strafe wurde Funktionären auferlegt, die zum Schaden des Zentrums und entgegen zentraler Anweisung örtliche Ansprüche befriedigt haben? Die Namen der Bestraften? Verringert sich die Zahl solcher Verfehlungen? Ist das Strafmaß erhöht worden und wie?

5. Verbesserung der Lage der Arbeiter und 6. – der Bauern

Alle Erfolge des wirtschaftlichen Aufbaus verbessern die Lage der Arbeiter und Bauern. Aber erstens richten auch hier Ressortgeist und fehlende Koordinierung viel Schaden an. Und zweitens muß man diese Fragen besonders herausgreifen, damit die erreichten Resultate auf diesem Gebiet aufmerksam verfolgt werden. Was ist nun erreicht worden? Auf welche Weise? Eine Beantwortung dieser Fragen tut not.

Die Ermattung und sehr oft die direkte Erschöpfung infolge des langjährigen Krieges, zuerst des imperialistischen Krieges, dann des Bürgerkrieges, sind so groß, daß es unbedingt besonderer Anstrengungen bedarf, um die Lage der Arbeiter und Bauern zu verbessern. Es wird bei weitem, bei weitem nicht alles getan, was sogar bei unseren kärglichen Mitteln getan werden kann und muß. Bei weitem nicht alle Ressorts und Institutionen schenken dem ihre ganze Aufmerksamkeit. Deshalb ist es die aller-

dringendste Notwendigkeit, die örtlichen Erfahrungen in dieser Hinsicht zu sammeln und zu studieren. Die Berichte über diese Frage müssen aufs genaueste, vollständigste und präziseste abgefaßt sein: dann wird sofort zu erkennen sein, wo oder in welchen Ressorts man am meisten im Rückstand ist. Dann wird es mit vereinten Kräften gelingen, rascher eine Verbesserung zu erzielen.

7. Erweiterung des Kreises der Staatsfunktionäre für den wirtschaftlichen Aufbau

Diese Erweiterung brauchen wir besonders dringend, aber systematische Anstrengungen, um eine solche Erweiterung zu erzielen, können wir nur sehr wenig beobachten. Unter dem Kapitalismus suchten sich die einzelnen „Chefs" – hinter dem Rücken der andern, denen sie ein Bein stellten –, gute Angestellte, Verwalter, Direktoren zu sichern; sie beschäftigten sich damit Jahrzehnte, und nur wenige der bestorganisierten „Firmen" erzielten gute Resultate. Jetzt ist der Arbeiter- und Bauernstaat der „Chef", und er muß großzügig, planmäßig, systematisch *und offen* die Auslese der besten Kräfte für den wirtschaftlichen Aufbau, der besten Administratoren und Organisatoren für spezielle und allgemeine, örtliche und gesamtstaatliche Aufgaben organisieren. Wir stoßen noch in einem fort auf die Erbschaft aus der ersten Periode der Sowjetmacht, nämlich aus der Periode des erbittertsten Bürgerkriegs und der tollen Sabotage, eine Erbschaft, die darin zum Ausdruck kommt, daß die Kommunisten sich in einem engen Kreis der Regierenden abschließen und sich scheuen oder es nicht verstehen, Parteilose in genügender Zahl zur Arbeit heranzuziehen.

Man muß sich in aller Eile und mit allen Kräften daranmachen, diesen Mangel abzustellen. Aus der Masse der Arbeiter, der Bauern, der Intellektuellen kommen nicht wenig fähige und ehrliche Parteilose, die man auf höhere Posten im wirtschaftlichen Aufbau stellen muß, wobei die nötige Kontrolle und Leitung den Kommunisten vorbehalten bleibt. Anderseits bedarf es aber auch der Kontrolle der Parteilosen über die Kommunisten; zu diesem Zweck muß man Gruppen von parteilosen Arbeitern und Bauern, die sich als ehrlich bewährt haben, sowohl in die Arbeiter- und

Bauerninspektion aufnehmen, als auch ohne jede Amtsstellung informell zur Überprüfung und Beurteilung der Arbeit heranziehen.

Die örtlichen Institutionen, insbesondere der Amtsbezirke, Kreise und Bezirke, die die Zusammensetzung der Arbeiter- und Bauernmasse am besten kennen, sollen in ihren Berichten an den Rat für Arbeit und Verteidigung *Listen* von Parteilosen geben, die ihre Ehrlichkeit in der Arbeit bewiesen haben oder einfach auf Parteilosenkonferenzen hervorgetreten sind oder die unbestrittene Achtung im Betrieb, Dorf, Amtsbezirk usw. genießen; sie müssen ferner darauf hinweisen, zu welcher Arbeit diese Personen auf dem Gebiet des wirtschaftlichen Aufbaus herangezogen werden. Unter „Arbeit" ist sowohl die Bekleidung von Ämtern zu verstehen als auch die *Teilnahme an der Kontrolle oder Prüfung ohne irgendwelche Ämter* sowie reguläre inoffizielle Beratungen usw.

Die diesbezüglichen Fragen müssen unbedingt regelmäßig beantwortet werden. Sonst kann der sozialistische Staat die Heranziehung der Massen zum wirtschaftlichen Aufbau nicht richtig organisieren. Neue Mitarbeiter, die ehrlich und ergeben sind, gibt es. Es gibt ihrer viele unter den Parteilosen. Wir kennen sie nicht. Nur die Berichte der örtlichen Organe werden dazu beitragen, sie kennenzulernen, sie in einer Arbeit größeren, nach und nach zu vergrößernden Maßstabs zu erproben, werden dazu beitragen, ein solches Übel wie die Loslösung der kommunistischen Zellen von der Masse zu beseitigen. Dieses Übel aber ist an vielen Orten zu beobachten.

8. Methoden und Ergebnisse des Kampfes gegen Bürokratismus und Schlendrian

Wahrscheinlich werden in der ersten Zeit die meisten Antworten auf diese Frage sehr einfach ausfallen: keinerlei Methoden und keinerlei Ergebnisse. Die Beschlüsse des VIII. Gesamtrussischen Sowjetkongresses sind gelesen und vergessen worden.

Aber wenn es auf diesem Gebiet traurig bestellt ist, so werden wir keineswegs das Beispiel derjenigen nachahmen, die sich der Verzweiflung hingeben und resigniert abwinken. Wir wissen, daß Bürokratismus und Schlendrian in Rußland vor allem mit dem Kulturniveau und den Folgen der außerordentlichen Zerrüttung und Verarmung infolge des Krieges

zusammenhängen. Der Kampf gegen dieses Übel kann nur dann erfolgreich sein, wenn er im Laufe einer ganzen Reihe von Jahren mit größter Hartnäckigkeit geführt wird. Deshalb darf man die Flinte nicht ins Korn werfen, sondern muß die Arbeit immer wieder von neuem anfangen, die unterbrochene Sache wieder aufnehmen und mannigfache Methoden zur Erreichung des Zieles erproben.

Reorganisierung der Arbeiter- und Bauerninspektion; Heranziehung von Parteilosen sowohl durch diese Inspektion als auch neben ihr; gerichtliche Verfolgungen; Verringerung der Zahl der Angestellten und deren Auslese; Prüfung und Koordinierung der Arbeit der Behörden und so weiter und so fort. Alle diese Maßnahmen, alles, worauf im Beschluß des VIII. Sowjetkongresses hingewiesen wird; alle in der Presse hervorgehobenen Maßnahmen und Methoden müssen systematisch, unbeirrt, wiederholt, vielmals erprobt, verglichen und studiert werden.

Die Gouvernements-Wirtschaftsräte und alle anderen Organe, die im Lande draußen die Arbeit des wirtschaftlichen Aufbaus zusammenfassen und lenken, müssen die Durchführung der gesetzlich vorgeschriebenen und durch die praktische Erfahrung gebotenen Maßnahmen verlangen. Die örtlichen Erfahrungen müssen gesammelt werden. Die Antwort auf die obige Frage, so schwer es auch in der ersten Zeit sein mag, die Leute daran zu gewöhnen, daß sie eine genaue, vollständige und rechtzeitige Antwort geben, muß dem Rat für Arbeit und Verteidigung zugestellt werden. Der Rat für Arbeit und Verteidigung wird das durchsetzen. Und die Arbeit wird zweifellos gute Resultate zeitigen, wenn auch nicht so rasch, wie es Leute erwarten mögen, die fortwährend den „Kampf gegen Bürokratismus" in eine Phrase (oder in eine Wiederholung des weißgardistischen, sozialrevolutionären und auch menschewistischen Klatsches) verwandeln, anstatt in hartnäckiger und ausdauernder Arbeit konkrete Maßnahmen anzuwenden.

ZWEITE FRAGENGRUPPE

9. Hebung der Landwirtschaft: a) bäuerliche Wirtschaft, b) Sowjetwirtschaften, c) Kommunen, d) Artels, e) Genossenschaften, f) andere Arten gesellschaftlicher Wirtschaft

Kürzeste Zusammenfassung, mit Zahlen aus den Berichten, die an die zuständigen Behörden gegangen sind, unter Angabe, wann jeder Bericht erstattet worden ist.

Ausführlichere Angaben – nicht in jedem Bericht, sondern periodisch alle 4–6 Monate usw. – über die wichtigsten Seiten der örtlichen Wirtschaft, über die Ergebnisse der Untersuchungen, über die wichtigsten Maßnahmen, bei unbedingter Prüfung ihrer Resultate.

Nicht weniger als zweimal im Jahr müssen genaue Angaben gemacht werden über die Zahl aller Arten von Kollektivwirtschaften (kollektiv geführten Wirtschaften, b–f), mit Unterteilung in nachweislich gut, erträglich und unbefriedigend funktionierende. Eine typische Wirtschaft aus jeder dieser letzten drei Gruppen muß mindestens zweimal im Jahr ausführlich beschrieben werden, unter genauer Anführung aller Daten über die betreffende Wirtschaft, ihre Größe, ihren Standort, die Produktionsergebnisse, die Unterstützung, die sie der bäuerlichen Wirtschaft angedeihen läßt, usw.

10. Hebung der Industrie: a) der Großindustrie, die ausschließlich zentral geleitet wird, b) der Großindustrie, die teilweise oder ganz von den örtlichen Organen geleitet wird, c) der Klein-, Kustar-, Hausindustrie usw.*

Die Antworten müssen ebenso gehalten sein, wie die zum vorhergehenden Punkt. In bezug auf Kategorie *a* müssen die örtlichen Organe, die aus nächster Nähe unmittelbar das Leben und die Arbeit eines gesamtstaatlichen Großbetriebs, seinen Einfluß auf die Bevölkerung der Umgegend, die Stellung der Bevölkerung zu ihm beobachten, unbedingt in jedem Bericht Angaben über diese Betriebe machen, Angaben darüber, womit die

* Kustarindustrie – die vorwiegend ländliche russische Hausindustrie. Siehe auch: W. I. Lenin, Werke, Bd. 3, Kapitel VI, Abschnitt VIII. *Der Übers.*

örtlichen Organe einem solchen Betrieb helfen, welches die Ergebnisse dieser Hilfe sind, welche Hilfe solche Betriebe der örtlichen Bevölkerung leisten, welches die dringendsten Nöte solcher Betriebe, die Mängel ihrer Organisation usw. sind.

11. Brennstoff: a) Holz, b) Kohle, c) Erdöl, d) Brennschiefer, e) andere Arten von Brennstoff (Windbruch usw.)

Genauso wie bei den beiden vorhergehenden Fragen: kürzeste Zusammenfassung, mit Zahlen aus den Berichten, die an die zuständigen Behörden gegangen sind, wobei unbedingt anzugeben ist, wann diese Berichte erstattet worden sind.

Ausführliche Angaben über besonders Wichtiges, über das, was über den Ressortrahmen hinausgeht, über die örtliche Koordinierung der Arbeit usw.

Besonders große Aufmerksamkeit muß der Einsparung von Brennstoff zugewandt werden. Welche Maßnahmen werden ergriffen? Welches sind ihre Ergebnisse?

12. Ernährungswesen

Allgemeine Zusammenfassung der Berichte an das Kommissariat für Ernährungswesen unter Einhaltung der obenerwähnten Bedingungen.

Gemüsebau und Landwirtschaft in den Vororten (bei den Fabriken und Werken). Ihre Ergebnisse.

Örtliche Erfahrungen in bezug auf die Organisation der Schüler- und Kinderspeisung, der Kantinen, der öffentlichen Speisung überhaupt usw.

Es müssen unbedingt zweierlei Zahlenangaben gemacht werden: die Zahl der mit Lebensmitteln versorgten Personen und die Menge der verausgabten Lebensmittel für jeweils zwei Monate.

In jedem großen Verbraucherzentrum (Großstadt, mittlere Stadt, militärische Einrichtungen in besonderen Siedlungen usw.) ernähren wir viele überflüssige Esser, Beamte, die sich angebiedert haben, Bourgeois und Spekulanten, die sich verstecken, usw. Man muß systematisch solche „überflüssigen" Esser „herausfischen", die das Grundgesetz verletzen: „Wer nicht arbeitet, der soll auch nicht essen." Dazu muß an jedem solchen Ort

ein verantwortlicher Statistiker bestimmt werden, der verpflichtet ist, die Angaben der Volkszählung vom 28. VIII. 1920 und die Angaben der laufenden Statistik zu studieren und alle zwei Monate über die überflüssigen Esser eigenverantwortlich Bericht zu erstatten.

13. *Bauwesen*

Die Antworten sind von derselben Art wie die vorhergehenden. Auf diesem Gebiet sind örtliche Initiative und Selbständigkeit besonders wichtig und müssen besonders breite Anwendung finden. Ausführliche Angaben sind unbedingt notwendig über die wichtigsten Maßnahmen auf diesem Gebiet und ihre Ergebnisse.

14. *Mustergültige und aussichtslose Betriebe und Einrichtungen*

Alle Betriebe, alle Einrichtungen, alle Institutionen, die mit dem wirtschaftlichen Aufbau zu tun haben und es verdienen, als mustergültig oder zumindest als herausragend oder als erfolgreich arbeitend (wenn es keinen mustergültigen und keinen herausragenden Betrieb gibt) bezeichnet zu werden, sind zu beschreiben. Zusammensetzung der Verwaltung (Namen) solcher Betriebe. Ihre Arbeitsmethoden. Ergebnisse. Stellung der Arbeiter und der Bevölkerung dazu.

Dasselbe hinsichtlich aussichtsloser und nutzloser Betriebe.

Besonders wichtig ist die Frage der Schließung von Betrieben, die nicht unbedingt notwendig sind (aussichtslose; solche, die geschlossen werden könnten, wobei die Arbeit an eine kleinere Zahl von größeren Betrieben zu überweisen wäre usw.). Statistische Erfassung solcher „überflüssigen" Betriebe, ihre Zahl und die Reihenfolge, in der die Republik von ihnen befreit werden sollte.

15. *Verbesserung der Wirtschaftsarbeit*

Das besonders Wichtige und Kennzeichnende, das von einzelnen Erfindern, vorbildlichen Mitarbeitern geleistet wird, unter Angabe der Namen; Versuche, denen die örtlichen Organe Bedeutung beimessen, und so weiter.

16. Naturalprämien

Das ist eine Einrichtung, die nach ihrer Rolle im sozialistischen Aufbau zu den wichtigsten gehört. Die Heranziehung zur Arbeit ist ein überaus wichtiges und schwieriges Problem des Sozialismus.

Notwendig ist eine systematische Auswertung der praktischen Erfahrungen, die gesammelt und studiert werden müssen.

Alle zwei Monate sind unbedingt Berichte mit Tatsachenmaterial zu erstatten: wieviel Naturalprämien sind ausgegeben worden? Welche Produkte? In welchem Arbeitszweig? (Getrennt: Waldarbeiten und alle anderen Arten von Arbeiten.) Vergleich der Ergebnisse der Arbeit, ihrer Resultate, der Menge der Produkte, mit Angaben über die Höhe der verteilten Naturalprämien.

Fälle der Verwandlung der Naturalprämie in eine Reserve des Arbeitslohns? Jeden Fall gesondert anführen.

Ausgabe von Naturalprämien an besonders erfolgreiche Betriebe? und an einzelne Arbeiter? Genaue Beschreibung jedes Falls.

Berechnung: Gibt es nicht ein örtliches Produkt, das man dadurch erhalten könnte (sowohl für den Warenaustausch mit dem Ausland als auch für besonders günstige Verwertung in Rußland), daß die Naturalprämien in einem bestimmten Umfang erhöht werden? Diese Berechnung ist sehr wichtig, denn wenn wir sie richtig und überall durchführen, werden wir viele wertvolle Produkte finden, mit denen wir das Ausland profitabel, mit Gewinn beliefern können, selbst dann, wenn ein gewisser Teil der Naturalprämien aus demselben Ausland bezogen werden muß.

17. Die Gewerkschaften, ihre Teilnahme an der Produktion

Die örtlichen Gouvernementsräte und Kreisorgane der Gewerkschaften sind verpflichtet, sofort Berichterstatter und deren Stellvertreter zu ernennen, die sowohl selber als auch mit Hilfe des örtlichen Statistikers alle zwei Monate einen Bericht über diese Frage zu erstatten haben.

In bezug auf die Produktionspropaganda bedarf es genauer Angaben über die Zahl der Vorlesungen, Versammlungen, Demonstrationen, mit Namensnennung der Veranstalter usw.

Aber noch ungleich wichtiger als die Produktionspropaganda sind Angaben über die wirkliche Teilnahme der Betriebskomitees und überhaupt der Gewerkschaften an der Produktion. Formen dieser Teilnahme? Beschreibung jedes typischen Falls. Praktische Ergebnisse. Vergleich der Betriebe, in denen die Teilnahme der Gewerkschaften an der Produktion gut oder leidlich organisiert ist, mit Betrieben, in denen das nicht der Fall ist.

Die Frage der Arbeitsdisziplin ist besonders wichtig. Unbedingt notwendig sind Berichte über die Zahl der Arbeitsversäumnisse. Vergleich der Betriebe mit niedriger und hoher Arbeitsdisziplin.

Methoden der Hebung der Arbeitsdisziplin.

Kameradschaftliche Disziplinargerichte. Wieviel und wann eingeführt? Wieviel Verhandlungen im Monat? Ergebnisse?

18. Veruntreuungen und Diebstähle

Neben Institutionen, die die Ausbreitung dieses Übels sehen und dagegen ankämpfen, gibt es auch solche, die antworten, daß „im Zuständigkeitsbereich der Behörde oder der Institution oder des Betriebs keine Veruntreuungen vorkommen", daß „alles in bester Ordnung ist".

Unbedingt notwendig sind genaue Zweimonatsberichte. Wieviel Institutionen, Betriebe usw. machen Angaben? Wieviel nicht?

Kurze Zusammenfassung dieser Angaben.

Maßnahmen zur Bekämpfung der Diebstähle.

Werden die Leiter zur Verantwortung gezogen? Die Verwaltungen? Die Betriebskomitees? (Wegen ungenügenden Kampfes gegen Diebstähle.)

Werden Haussuchungen vorgenommen? Werden andere Kontrollmaßnahmen angewandt und welche?

Wirkt sich das neue Gesetz über den Warenaustausch und die Überlassung eines Teils der selbst produzierten Erzeugnisse an die Arbeiter zu diesem Zweck in einer Verringerung der Diebstähle aus? Genaue Angaben darüber.

Örtliche, d. h. am betreffenden Ort vorhandene Lager, sowohl solche, die dem Staat gehören, als auch solche, die den örtlichen Behörden gehören. Kurze Zusammenfassung der Berichte über die Lager mit Angabe, wann jeder Bericht erstattet worden ist.

Angaben der örtlichen Behörden über Lager von gesamtstaatlicher Bedeutung. Maßnahmen zu ihrer Bewachung. Diebstähle. Zahl der Angestellten in den Lagern usw.

19. Schleichhandel

Ausmaß dieser Erscheinung nach Angaben der örtlichen Organe. Zusammensetzung der Schleichhändler (vorwiegend): Arbeiter? Bauern? Eisenbahner? Andere Sowjetangestellte? usw.

Zustand der Eisenbahnen und der Schiffahrt.

Maßnahmen zur Bekämpfung des Schleichhandels und Ergebnisse dieser Maßnahmen.

Was ist getan worden, um einen Überblick über die Schleichhändler und den Schleichhandel zu bekommen?

20. Verwendung von Truppenteilen für Arbeitszwecke

Arbeitsarmeen. Ihre Zusammensetzung und zahlenmäßige Stärke, ihre Arbeitsleistung. Wie ist die Berichterstattung organisiert? Verhalten der örtlichen Bevölkerung?

Andere Formen der Verwendung von Truppenteilen; ebenso der „Allgemeinen Militärischen Ausbildung" für Arbeitszwecke.

Zahlenmäßige Stärke der örtlichen Truppenteile, ebenso der örtlichen Einrichtungen der „Allgemeinen Militärischen Ausbildung" und der Jugendlichen, die von ihr erfaßt werden.

Praktische Versuche, Jugendliche im Rahmen der „Allgemeinen Militärischen Ausbildung" und Rotarmisten für einzelne Arbeiten der Kontrolle, für sanitäre Zwecke, Hilfeleistungen für die örtliche Bevölkerung und bei diesen oder jenen wirtschaftlichen Operationen einzusetzen. Ausführliche Beschreibung jedes Versuchs oder, wenn es mehrere sind, von zwei typischen Versuchen: des gelungensten und des mißlungensten.

21. *Arbeitsdienstpflicht und Arbeitsmobilisierung*

Wie setzen sich die örtlichen Abteilungen des Volkskommissariats für Arbeit zusammen? Ihre Arbeit?

Kurze Zusammenfassung der von ihnen an das Volkskommissariat für Arbeit gesandten Berichte, unter unbedingter Angabe, wann jeder Bericht erstattet worden ist.

Nicht weniger als einmal in vier Monaten Beschreibung von zwei typischen Fällen der Arbeitsmobilisierung, des gelungensten und des mißlungensten.

Aufzählung der Arbeitspflichtleistungen. Zusammenfassende Angaben über die Zahl der Verpflichteten und über die Ergebnisse der Arbeit.

Worin drückt sich die Teilnahme der örtlichen Institutionen der Statistischen Zentralverwaltung aus bei der Durchführung der Arbeitspflichtleistungen und der Arbeitsmobilisierung?

DRITTE FRAGENGRUPPE

22. *Gebiets- und örtliche Wirtschaftsräte*

Wann und wie sind die Wirtschaftsräte in dem betreffenden Gebiet, Gouvernement, Kreis, Amtsbezirk gebildet worden? Arbeitsverhältnis untereinander und zwischen ihnen und den Dorfkomitees? den Betriebskomitees?

Die Wirtschaftsräte bei den Bezirkssowjets der großen Städte? Ihre Zusammensetzung und Arbeit, die Arbeitsorganisation, das Verhältnis zum Stadtsowjet?

Bestehen Bezirkskomitees und Bezirkswirtschaftsräte? Ist eine Notwendigkeit dafür vorhanden? Ist eine Aussonderung der ausgeprägtesten Fabrik- oder Industriesiedlungen mit ihrer näheren Umgebung usw. erforderlich?

23. *Die Staatliche Plankommission beim Rat für Arbeit und Verteidigung und ihr Verhältnis zu den örtlichen Wirtschaftsorganen*

Gibt es Gebietsorgane der Staatlichen Plankommission? Oder besondere Bevollmächtigte? oder Gruppen von Spezialisten in dieser Funktion?

Ist irgendwie (und konkret wie?) das Verhältnis zur Staatlichen Plankommission festgelegt? Braucht man eine solche Festlegung?

24. *Elektrifizierung*

Gibt es in der örtlichen Gouvernements- und Kreisbibliothek den „Plan für die Elektrifizierung der RSFSR, Bericht an den VIII. Sowjetkongreß"? In wieviel Exemplaren? Wenn nicht, so bedeutet das, daß die dortigen Delegierten zum VIII. Sowjetkongreß entweder unehrliche Leute sind, die aus der Partei hinausgejagt und von allen verantwortlichen Posten entfernt werden müssen, oder Nichtstuer, denen durch Gefängnishaft beigebracht werden muß, daß sie ihre Pflicht zu erfüllen haben. (Auf dem VIII. Sowjetkongreß wurden 1500 bis 2000 Exemplare für die örtlichen Bibliotheken verteilt.)

Welche Maßnahmen sind in Ausführung des Beschlusses des VIII. Sowjetkongresses über eine großzügige Propaganda des Elektrifizierungsplans getroffen worden? Wieviel Artikel sind in der Lokalpresse darüber erschienen? Wieviel Vorträge gehalten worden? Zahl der Zuhörer?

Sind für diese Vorträge und für den Unterricht alle örtlichen Funktionäre, die theoretische oder praktische Kenntnisse auf dem Gebiet der Elektrizität haben, mobilisiert worden? Wieviel solcher Funktionäre gibt es? Wie arbeiten sie? Werden die örtlichen oder nahegelegenen Kraftwerke für die Vorlesungen und den Unterricht ausgenutzt? Ihre Zahl?

In wieviel Lehranstalten ist gemäß dem Beschluß des VIII. Sowjetkongresses der Unterricht über den Elektrifizierungsplan eingeführt worden?

Ist irgend etwas Praktisches zur Verwirklichung dieses Plans oder im Plan nicht vorgesehener Elektrifizierungsarbeiten getan worden, und zwar was?

Gibt es einen örtlichen Plan und eine festgesetzte Reihenfolge der Elektrifizierungsarbeiten?

25. Warenaustausch mit dem Ausland

Diese Frage haben alle Grenzgegenden, aber nicht sie allein, unbedingt zu beantworten. In den Kreisen und Gouvernements, die den an der Grenze liegenden benachbart sind, gibt es Möglichkeiten für den Warenaustausch und für die Beobachtung, wie er vor sich geht. Ferner ist, worauf bereits oben (Punkt 16: Naturalprämien) hingewiesen worden ist, die Teilnahme am Warenaustausch mit dem Ausland sogar für Gegenden möglich, die von der Grenze recht weit entfernt liegen.

Zustand der Häfen? Bewachung der Grenzen? Umfang und Formen der Handelsbeziehungen? Kurze Zusammenfassung der dem Volkskommissariat für Außenhandel darüber erstatteten Berichte unter Angabe, wann jeder Bericht erstattet worden ist.

Kontrolle der Arbeit des Volkskommissariats für Außenhandel durch die örtlichen Wirtschaftsräte? Deren Meinung über die praktische Organisation und über die Resultate?

26. Eisenbahn-, Schiffahrts- und Lokalverkehr

Kurze Zusammenfassung der den zuständigen Behörden erstatteten Berichte unter Angabe, wann jeder Bericht erstattet worden ist.

Einschätzung der Sachlage vom örtlichen Standpunkt.

Mängel des Verkehrswesens. Maßnahmen zur Verbesserung und Ergebnisse dieser Maßnahmen?

Stand des Lokalverkehrs und Maßnahmen zu seiner Verbesserung.

27. Unterstützung der Wirtschaftsarbeit durch die Presse

Örtliche Presseorgane und „Ekonomitscheskaja Shisn". Wie wird die Wirtschaftsarbeit beleuchtet? Teilnahme von Parteilosen? Prüfung und Beurteilung der praktischen Erfahrungen?

Verbreitung der örtlichen Presseorgane und der „Ekonomitscheskaja Shisn"? Werden sie in den Bibliotheken aufbewahrt und sind sie der Bevölkerung zugänglich?

Herausgabe von Broschüren und Büchern über den wirtschaftlichen Aufbau. Aufzählung der erschienenen Publikationen.

Bedarf an ausländischer Literatur und Befriedigung dieses Bedarfs. Sind die Veröffentlichungen des „Büros für Wissenschaft und Technik des Auslands" eingetroffen? Ihre Einschätzung? Andere ausländische Publikationen in russischer und anderen Sprachen?

VIERTE FRAGENGRUPPE

Zu dieser Gruppe gehören Fragen nach Wahl und Weisung der örtlichen Institutionen selbst und einzelner Personen, und zwar können die Fragen direkt wie indirekt, eng wie entfernt mit dem wirtschaftlichen Aufbau zusammenhängen.

Zur Abfassung der Berichte müssen unbedingt die örtlichen Mitarbeiter der Statistischen Zentralverwaltung herangezogen werden. Ob man ihnen direkt oder anderen Personen die Abfassung des Berichts überträgt, ist Sache der örtlichen Wirtschaftsräte, aber die Teilnahme der Statistischen Gouvernementsbüros und der Kreisstatistiker ist obligatorisch. Jeder Bericht oder jede Antwort auf eine Frage muß, wenn diese Antworten von verschiedenen Personen herrühren, von dem Verfasser unter Angabe seiner Stellung gezeichnet werden, falls er eine amtliche Stellung bekleidet. Für den Bericht tragen die Verantwortung sowohl der Verfasser des Berichts als auch sämtliche Mitglieder der örtlichen Wirtschaftsräte, deren Pflicht es ist, rechtzeitig wahrheitsgetreue Berichte zu erstatten.

Besteht ein Mangel an örtlichen Kräften, so müssen unter Verantwortung von Statistikern und besonders ernannten Genossen (aus der Arbeiter- und Bauerninspektion und aus anderen Institutionen) Instruktionskurse über die Abfassung von Berichten organisiert werden, wobei die Namen der für die Leitung der Kurse Verantwortlichen und das Kalenderprogramm ihrer Arbeit zu veröffentlichen sind.

21. Mai 1921 *Lenin*

Veröffentlicht 1921 als Broschüre.

Nach dem Text der Broschüre, verglichen mit dem Manuskript.

X. GESAMTRUSSISCHE KONFERENZ DER KPR(B)[86]

26.–28. Mai 1921

Veröffentlicht am 27. und 28. Mai 1921 im „Bulletin der Gesamtrussischen Konferenz der KPR(Bolschewiki)" Nr. 1 und 2.

Nach dem Text des „Bulletins".

1

REDE BEI DER ERÖFFNUNG DER KONFERENZ 26. MAI

Genossen! Gestatten Sie, daß ich die Gesamtrussische Konferenz der KPR für eröffnet erkläre.

Es ist Ihnen bekannt, Genossen, daß diese Konferenz früher einberufen worden ist, als es das Statut vorsieht. Folglich ist es keine ordentliche oder zumindest keine ganz ordentliche Konferenz. Ferner ist Ihnen bekannt, daß der Hauptpunkt der Tagesordnung, die Hauptfrage, die uns veranlaßt hat, die Konferenz vorfristig einzuberufen, die Frage der ökonomischen Politik, der Naturalsteuer ist. Diese Frage ist gegenwärtig die Hauptfrage.

Ich schlage vor, zur Wahl des Präsidiums der Konferenz zu schreiten.

2

REFERAT ÜBER DIE NATURALSTEUER 26. MAI

Genossen! Ich hatte die Frage der Naturalsteuer für die Partei in einer Broschüre zu behandeln, die, wie ich annehme, den meisten der Anwesenden bekannt ist.[87] Daß diese Frage auf einer Parteikonferenz zur Debatte gestellt wurde, kam für mich persönlich in dem Sinne unerwartet, daß ich keine Unterlagen hatte, die es als notwendig erscheinen ließen, die Frage zu erörtern, aber sehr viele Genossen, die im Lande draußen waren, insbesondere Gen. Ossinski, nachdem er eine Reihe Gouvernements bereist hatte, teilten dem ZK mit – und das wurde von einigen weiteren Genossen unterstützt –, daß im Lande draußen die Politik, die im Zusammenhang mit der Naturalsteuer eingeschlagen worden ist, in hohem Grade ungeklärt und zum Teil sogar unverstanden bleibt. Angesichts der außergewöhnlichen Wichtigkeit dieser Politik schien eine ergänzende Erörterung auf einer Parteikonferenz derart notwendig zu sein, daß beschlossen wurde, die Konferenz vorfristig einzuberufen. Mir fällt die Aufgabe zu, das einleitende Referat über die allgemeine Bedeutung dieser Politik zu halten, und ich möchte mich darauf beschränken, lediglich geringfügige Ergänzungen zu dem zu geben, was ich in der Broschüre ausgeführt habe. Wie gerade jetzt im Lande draußen die Frage gestellt wird, welche Mängel, Unzulänglichkeiten und Unklarheiten dort am stärksten spürbar sind, darüber bin ich unmittelbar nicht unterrichtet. Ich werde wahrscheinlich noch ergänzende Erläuterungen geben müssen, wenn sich aus den auf der Konferenz gestellten Fragen oder aus dem Verlauf der Debatte ergeben wird, worauf gegenwärtig die Aufmerksamkeit der örtlichen Funktionäre und der Partei gerichtet werden muß.

Soweit ich sehen konnte, hängen die Mißverständnisse und die unge-

nügende Klarheit im Begreifen der politischen Aufgaben betreffs der Naturalsteuer und der Neuen Ökonomischen Politik vielleicht damit zusammen, daß die eine oder andere Seite der Sache übertrieben wird. Aber derartige Übertreibungen sind, solange wir die Sache nicht praktisch verwirklichen, ganz unvermeidlich, und bevor wir wenigstens eine Lebensmittelkampagne auf den neuen Grundlagen durchgeführt haben, wird es kaum möglich sein, die wirklichen Grenzen für die Anwendung der oder jener Besonderheiten dieser Politik einigermaßen genau festzulegen. Ich will nur in allgemeinen Zügen auf gewisse Widersprüche eingehen, die, wie ich aus einigen in der Sitzung eingereichten schriftlichen Anfragen ersehen konnte, die meisten Mißverständnisse hervorgerufen haben. Nicht selten werden die Naturalsteuer und die mit ihr zusammenhängenden Änderungen in unserer Politik im Sinne eines grundlegenden Umschwungs in der Politik ausgelegt. Kein Wunder, daß diese Auslegung von der weißgardistischen, hauptsächlich der sozialrevolutionären und der menschewistischen Presse im Ausland stark aufgebauscht wird. Aber ich weiß nicht, ob durch einen gewissen Einfluß analoger Handlungsweise, der sich auch auf dem Territorium der RSFSR geltend macht, oder ob durch die verschärfte Unzufriedenheit, die infolge der außerordentlichen Verschlechterung der Ernährungslage in gewissen Kreisen zu spüren war und vielleicht auch jetzt noch zu spüren ist, vielleicht auch bei uns solche Bedenken in gewissem Grade Verbreitung gefunden und weitgehend eine falsche Vorstellung von der Bedeutung der vorgenommenen Änderung und dem Charakter der neuen Politik hervorgerufen haben.

Es liegt in der Natur der Sache, daß bei dem ungeheuren Überwiegen der bäuerlichen Bevölkerung unsere Hauptaufgabe – in der Politik überhaupt und in der ökonomischen Politik speziell – die Herstellung bestimmter Beziehungen zwischen der Arbeiterklasse und der Bauernschaft ist. Zum erstenmal in der neuesten Geschichte haben wir es mit einer Gesellschaftsordnung zu tun, wo die Ausbeuterklasse beseitigt ist, wo wir jedoch zwei verschiedene Klassen haben: die Arbeiterklasse und die Bauernschaft. Bei dem ungeheuren Überwiegen der Bauernschaft mußte sich dieses Überwiegen auf die ökonomische Politik und auf die gesamte Politik überhaupt auswirken. Die Hauptfrage für uns bleibt – und wird im Laufe einer langen Reihe von Jahren unvermeidlich bleiben – die Herstellung richtiger Beziehungen zwischen diesen

beiden Klassen, richtiger Beziehungen vom Standpunkt der Aufhebung der Klassen. Die Formel von der Verständigung zwischen der Arbeiterklasse und der Bauernschaft wird von den Feinden der Sowjetmacht sehr häufig aufgegriffen und sehr häufig gegen uns ausgespielt, weil diese Formel an sich völlig unbestimmt ist. Unter Verständigung zwischen der Arbeiterklasse und der Bauernschaft kann man alles mögliche verstehen. Läßt man außer acht, daß die Verständigung vom Standpunkt der Arbeiterklasse nur dann zulässig, richtig und prinzipiell möglich ist, wenn sie die Diktatur der Arbeiterklasse unterstützt und eine der Maßnahmen ist, die auf die Aufhebung der Klassen abzielen, so bleibt die Formel von der Verständigung der Arbeiterklasse mit der Bauernschaft natürlich eine Formel, die auch in den Auffassungen aller Feinde der Sowjetmacht und aller Feinde der Diktatur Anwendung findet. Auf welche Weise ist nun in der ersten Periode unserer Revolution, das heißt in der Periode, die man jetzt annähernd als sich im Leben durchsetzend betrachten kann, diese Verständigung herbeizuführen? Wie hat sich die Diktatur des Proletariats bei dem ungeheuren Überwiegen der bäuerlichen Bevölkerung behauptet und gefestigt? Die Hauptursache, die Haupttriebkraft und der Hauptfaktor unserer Verständigung war der Bürgerkrieg. Der Bürgerkrieg führte, obwohl er fast immer mit einem Bündnis gegen uns begann, an dem sowohl die Weißgardisten als auch die Sozialrevolutionäre und die Menschewiki teilnahmen, jedesmal unweigerlich dazu, daß alle auf die Konstituante schwörenden sozialrevolutionären und menschewistischen Elemente – sei es durch einen Staatsstreich oder ohne einen solchen – in den Hintergrund gedrängt wurden und an die Spitze der Weißgardisten ausschließlich kapitalistische und gutsbesitzerliche Elemente traten. Das war in den Regierungen Koltschaks und Denikins ebenso der Fall wie bei all den zahlreichen kleineren Regierungen und Feldzügen gegen uns. Und das war der Hauptfaktor, der die Form des Bündnisses des Proletariats mit der Bauernschaft bestimmte. Dieser Umstand verdoppelte unsere unerhörten Schwierigkeiten, er enthob uns aber anderseits des Kopfzerbrechens darüber, in welcher Weise die Formel vom Bündnis zwischen der Arbeiterklasse und der Bauernschaft verwirklicht werden sollte, weil diese Formel und die Bedingungen durch die Kriegsumstände mit absoluter, kategorischer Bestimmtheit vorgeschrieben wurden und uns nicht die geringste Wahl blieb.

Einzig und allein die Arbeiterklasse konnte die Diktatur in der Form verwirklichen, die der Krieg und die Bedingungen dieses Bürgerkriegs erheischten. Die Beteiligung der Gutsbesitzer am Bürgerkrieg vereinigte die Arbeiterklasse und die Bauern unbedingt, vorbehaltlos und unwiderruflich. In dieser Hinsicht gab es keinerlei innerpolitische Schwankungen. Bei den gigantischen Schwierigkeiten, vor denen wir standen, weil Rußland von seinen wichtigsten Getreidegebieten abgeschnitten war und die Ernährungslage sich aufs äußerste verschärfte, wäre unsere Ernährungspolitik ohne die Ablieferungspflicht in der Praxis nicht durchzuführen gewesen. Diese Ablieferungspflicht bedeutete, daß nicht nur die Überschüsse weggenommen wurden, die selbst bei einer richtigen Verteilung wohl kaum ausgereicht hätten. Ich kann hier nicht ausführlich darauf eingehen, welche Fehler bei der Ablieferungspflicht unterliefen. Auf jeden Fall hat die Ablieferungspflicht ihre Aufgabe erfüllt, die Industrie zu erhalten, selbst dann, als wir von den Getreidegebieten weitestgehend abgeschnitten waren. Und nur unter den Verhältnissen des Krieges konnte das einigermaßen befriedigen. Sobald wir mit dem äußeren Feinde wirklich gründlich aufgeräumt hatten – das aber war erst gegen 1921 tatsächlich der Fall –, sahen wir uns vor eine andere Aufgabe gestellt – die Aufgabe des *ökonomischen* Bündnisses zwischen der Arbeiterklasse und der Bauernschaft. Erst gegen Frühjahr 1921 haben wir diese Aufgabe unmittelbar gestellt, und das geschah zu einer Zeit, als die Mißernte von 1920 die Lage der Bauern unglaublich verschlechtert hatte, als wir zum erstenmal bis zu einem gewissen Grade innerpolitische Schwankungen durchmachten, die nicht mit dem Ansturm der Feinde von außen, sondern mit dem Verhältnis zwischen der Arbeiterklasse und der Bauernschaft zusammenhingen. Hätte uns das Jahr 1920 eine sehr gute oder wenigstens eine gute Ernte gebracht, hätten wir von den auf 420 Millionen Pud veranschlagten Pflichtablieferungen 400 Millionen Pud aufgebracht, so hätten wir unser Industrieprogramm zum größten Teil erfüllen können, und dann hätten wir einen gewissen Fonds zum Austausch städtischer Industrieerzeugnisse gegen landwirtschaftliche Produkte gehabt. Bei uns trat indes das Gegenteil ein. Es kam zu einer Brennstoffkrise, die an manchen Orten noch schärfer war als die Lebensmittelkrise, so daß es völlig unmöglich war, die bäuerliche Wirtschaft mit städtischen Erzeugnissen zu versorgen. Es kam zu einer unglaublich schweren Krise der bäuerlichen

Wirtschaft. Aus diesen Umständen ergab sich also, daß wir die alte Ernährungspolitik auf keinen Fall beibehalten konnten. Wir mußten auf die Tagesordnung die Frage setzen, welche ökonomischen Grundlagen für das Bündnis zwischen der Arbeiterklasse und der Bauernschaft wir unverzüglich, als Übergang zu weiteren Maßnahmen, brauchen.

Die Übergangsmaßnahme zur weiteren Entwicklung läuft darauf hinaus, den Austausch von Industrieerzeugnissen gegen landwirtschaftliche Produkte vorzubereiten, damit ein Zustand entstehe, bei dem der Bauer seine Erzeugnisse nicht anders als im Austausch gegen städtische und Fabrikerzeugnisse herzugeben braucht, wobei er nicht allen Formen unterworfen sein sollte, die im kapitalistischen System bestanden. Aber kraft der ökonomischen Verhältnisse konnten wir nicht im Traum daran denken. Eben deshalb haben wir die Übergangsform gewählt, von der ich gesprochen habe, nämlich: in Form einer Steuer Produkte ohne jegliches Äquivalent zu erlangen und zusätzliche Produkte durch Warenaustausch zu beschaffen. Dazu muß man jedoch einen entsprechenden Fonds haben, während unser Fonds außerordentlich unbeträchtlich ist, und die Möglichkeit, ihn durch Warenaustausch mit dem Ausland aufzufüllen, ergibt sich erst in diesem Jahr, nachdem wir eine Reihe von Verträgen mit kapitalistischen Mächten abgeschlossen haben. Allerdings sind diese Verträge vorläufig erst ein Auftakt, ein Vorspiel; ein wirklicher Warenaustausch hat bis heute noch nicht begonnen. Die Sabotage dieser Abkommen und alle möglichen Versuche seitens der Mehrheit oder des größten Teils der kapitalistischen Kreise, sie zu durchkreuzen, dauern ununterbrochen an, und es ist höchst bezeichnend, daß die russische weißgardistische Presse, darunter die sozialrevolutionäre und menschewistische, ihre Kräfte wohl auf nichts energischer und hartnäckiger konzentriert als auf diese Abkommen. Es ist sonnenklar, daß die Bourgeoisie zum Kampf besser gerüstet, daß sie entwickelter ist als das Proletariat und daß sich ihr Klassenbewußtsein durch all die „Unannehmlichkeiten", die sie über sich ergehen lassen mußte, noch mehr geschärft hat, weshalb sie auch einen mehr als normalen Spürsinn an den Tag legt. Es genügt, sich die weißgardistische Presse etwas näher anzusehen, um zu erkennen, daß sie gerade den Punkt unter Feuer nimmt, der den Zentralpunkt, den Knotenpunkt unserer Politik bildet.

Die gesamte weißgardistische russische Presse stellt sich nach dem Miß-

erfolg der militärischen Invasion – die offensichtlich gescheitert ist, wenn der Kampf auch noch weitergeht – das undurchführbare Ziel, die Handelsabkommen zu durchkreuzen. Die Kampagne, die in diesem Frühjahr in außerordentlich verstärktem Maße unternommen wurde – wobei die Sozialrevolutionäre und Menschewiki unter den konterrevolutionären Kräften an erster Stelle standen –, dieser Kampf wurde zu einem bestimmten Zweck geführt: zum Frühjahr die wirtschaftlichen Abkommen zwischen Rußland und der kapitalistischen Welt zum Scheitern zu bringen. Und dieses Ziel haben sie in hohem Grade erreicht. Gewiß, die grundlegenden Verträge haben wir abgeschlossen, die Zahl dieser Verträge nimmt zu, und den Widerstand, der sich in dieser Hinsicht verstärkt hat, überwinden wir, aber es ist eine für uns sehr gefährliche Verzögerung eingetreten; denn ohne eine gewisse Hilfe aus dem Ausland ist die Wiederherstellung der Großindustrie und die Wiederherstellung eines geregelten Warenaustausches entweder unmöglich oder erleidet eine Verzögerung, die außerordentlich gefährlich ist. Das sind die Bedingungen, unter denen wir zu handeln haben, und das sind die Bedingungen, die die Frage der Wiederherstellung des Handels für die Bauern an die erste Stelle gerückt haben. Ich will auf die Frage der Konzessionen nicht eingehen, denn über diese Frage wurde in den Parteiversammlungen am meisten diskutiert und sie ruft in der letzten Zeit keine Bedenken mehr hervor. Die Dinge liegen nach wie vor so, daß wir eifrig Konzessionen anbieten, daß aber die ausländischen Kapitalisten bis heute keine einzige halbwegs ernsthafte Konzession erhalten haben und wir bisher keinen einzigen halbwegs soliden Konzessionsvertrag abgeschlossen haben. Die ganze Schwierigkeit besteht darin, eine praktisch erprobte Methode zur Heranziehung des westeuropäischen Kapitals ausfindig zu machen.

Theoretisch ist es für uns ganz unzweifelhaft – und bei allen sind, wie mir scheint, die Zweifel daran verflogen –, theoretisch, sage ich, ist es ganz klar, daß es für uns vorteilhaft ist, uns vom europäischen Kapital loszukaufen mit einigen Dutzenden oder Hunderten von Millionen, die wir ihm noch überlassen könnten, um binnen kürzester Frist die Vorräte an Betriebsausrüstungen, Materialien, Rohstoffen und Maschinen zur Wiederherstellung unserer Großindustrie zu vermehren.

Die wirkliche und einzige Basis für die Sicherung von Hilfsquellen, für die Schaffung der sozialistischen Gesellschaft ist allein die Großindustrie.

Ohne den kapitalistischen Großbetrieb, ohne eine hochstehende Großindustrie kann vom Sozialismus überhaupt nicht die Rede sein, und erst recht nicht in einem Bauernland; wir in Rußland wissen das jetzt viel konkreter als früher, und wir sprechen heute, statt von einer unbestimmten oder abstrakten Form der Wiederherstellung der Großindustrie, von einem bestimmten, genau berechneten, konkreten Elektrifizierungsplan. Wir haben einen ganz genau berechneten Plan, berechnet unter Mitarbeit der besten russischen Spezialisten und Wissenschaftler, der uns eine bestimmte Vorstellung davon gibt, mit welchen Hilfsquellen wir, unter Berücksichtigung der natürlichen Besonderheiten Rußlands, diese großindustrielle Basis für unsere Wirtschaft schaffen können, schaffen müssen und schaffen werden. Sonst kann von einem wirklich sozialistischen Fundament unseres Wirtschaftslebens gar keine Rede sein. Das bleibt ganz unbestreitbar, und wenn in letzter Zeit im Zusammenhang mit der Naturalsteuer darüber in abstrakten Ausdrücken gesprochen wurde, so muß man jetzt konkret sagen, daß vor allem die Großindustrie wiederhergestellt werden muß. Ich persönlich bekam von einigen Genossen derartige Äußerungen zu hören und konnte darauf natürlich nur mit einem Achselzucken antworten. Anzunehmen, daß wir jemals dieses Hauptziel vergessen könnten, ist natürlich ganz lächerlich und unsinnig. Hier muß man sich nur fragen, wie solche Zweifel und Bedenken bei den Genossen entstehen konnten, wie sie annehmen konnten, daß diese grundlegende Hauptaufgabe, ohne welche die materielle Produktionsbasis des Sozialismus undenkbar ist, daß diese Aufgabe bei uns in den Hintergrund getreten sei. Diese Genossen haben einfach das Verhältnis zwischen unserem Staat und der Kleinindustrie falsch verstanden. Unsere Hauptaufgabe ist die Wiederherstellung der Großindustrie. Damit wir aber einigermaßen ernsthaft und systematisch zur Wiederherstellung dieser Großindustrie übergehen können, brauchen wir die Wiederherstellung der Kleinindustrie. Wir hatten in diesem Jahr, 1921, und im vergangenen Jahr eine kolossale Unterbrechung in unserer Arbeit zur Wiederherstellung der Großindustrie zu verzeichnen.

Im Herbst und Winter 1920 wurden einige wichtige Zweige unserer Großindustrie in Gang gebracht, mußten aber wieder stillgelegt werden. Weswegen? Warum? Es gab viele Fabriken, die die Möglichkeit hatten, sich hinreichend mit Arbeitskräften zu versehen, die die Möglichkeit

hatten, sich mit Rohstoffen einzudecken. Warum wurde also die Arbeit dieser Fabriken unterbrochen? Weil wir über keinen genügenden Lebensmittel- und Brennstoffonds verfügten. Ohne 400 Millionen Pud Getreide (ich nenne eine ungefähre Zahl) als staatliche Reserve, die durch eine richtige monatliche Verteilung gesichert ist, kann von irgendeinem regelrechten wirtschaftlichen Aufbau, von einer Wiederherstellung der Großindustrie kaum die Rede sein; ohne diese Reserve befinden wir uns in einer solchen Lage, daß die für einige Monate bereits begonnene Arbeit zur Wiederherstellung der Großindustrie wieder unterbrochen ist. Die überwiegende Mehrheit der an sich schon wenigen Betriebe, die in Gang gesetzt wurden, liegt jetzt still. Ohne einen völlig gesicherten und ausreichenden Lebensmittelfonds kann gar keine Rede davon sein, daß der Staat seine Aufmerksamkeit auf die Großindustrie konzentrieren könnte, daß er ihre Wiederherstellung systematisch organisieren könnte, so organisieren, daß diese Wiederherstellung, wenn auch in bescheidenem Umfang, ununterbrochen vor sich ginge.

Und was Brennstoff betrifft, so bleibt uns bis zum Wiederaufbau des Donezbeckens und solange wir nicht regelmäßig Erdöl erhalten, wiederum nur das Holz, die Holzfeuerung, also wiederum die Abhängigkeit von derselben Kleinwirtschaft.

Daraus ergab sich nun ein Fehler, ein Irrtum bei den Genossen, die nicht begriffen, warum gegenwärtig das Hauptaugenmerk auf den Bauer gerichtet sein muß. Manche Arbeiter sagen: Den Bauern gibt man gewisse Vergünstigungen, uns aber gibt man nichts. Solche Äußerungen konnte man hören, aber sie sind, wie ich glaube, zum Glück nicht allzu verbreitet, denn es muß gesagt werden, daß solche Äußerungen gefährlich sind, weil sie in dieselbe Kerbe hauen wie die Sozialrevolutionäre; hier haben wir es mit einer offensichtlichen politischen Provokation zu tun und auch mit Überresten zünftlerischer, nicht klassenmäßiger, sondern eng gewerkschaftlicher Vorurteile der Arbeiter, wobei die Arbeiterklasse sich als einen Teil der gleichberechtigten kapitalistischen Gesellschaft betrachtet und sich nicht bewußt ist, daß sie damit immer noch auf der alten kapitalistischen Grundlage steht: dem Bauern hat man Vergünstigungen gegeben, ihn von der Ablieferungspflicht befreit, ihm den freien Teil seiner Überschüsse zum Austausch überlassen; wir Arbeiter, die wir an der Werkbank stehen, wollen das gleiche haben.

Was liegt einem solchen Standpunkt zugrunde? Im Kern die gleiche kleinbürgerliche Ideologie. Da die Bauern einen Bestandteil der kapitalistischen Gesellschaft ausmachen, bleibt auch die Arbeiterklasse ein Bestandteil dieser Gesellschaft. Folglich, wenn der Bauer Handel treibt, müssen auch wir Handel treiben. Hier leben zweifellos alte Vorurteile wieder auf, die den Arbeiter an die alte Welt ketten. Die eifrigsten Verfechter und sogar die einzigen aufrichtigen Verfechter der alten kapitalistischen Welt sind die Sozialrevolutionäre und Menschewiki. In den übrigen Lagern werden Sie unter Hunderten, Tausenden und sogar Hunderttausenden keine aufrichtigen Verfechter der kapitalistischen Welt finden. Aber in den Kreisen der sogenannten reinen Demokratie, die von den Sozialrevolutionären und Menschewiki repräsentiert wird, sind noch solche seltenen Exemplare übriggeblieben, die aufrichtig für den Kapitalismus eintreten. Und je beharrlicher sie ihren Standpunkt verteidigen, um so gefährlicher ist ihr Einfluß auf die Arbeiterklasse. Sie sind um so gefährlicher in einem Moment, wo die Arbeiterklasse Perioden der Produktionsunterbrechung durchmachen muß. Die materielle Hauptbasis für die Entwicklung des proletarischen Klassenbewußtseins ist die Großindustrie, wenn der Arbeiter die in Betrieb befindlichen Fabriken sieht, wenn er tagtäglich jene Kraft verspürt, die tatsächlich imstande sein wird, die Klassen aufzuheben.

Wenn die Arbeiter diesen Boden der materiellen Produktion unter den Füßen verlieren, dann bemächtigt sich gewisser Schichten der Arbeiter ein Zustand der Unausgeglichenheit, der Unbestimmtheit, der Verzweiflung, des Unglaubens, und in Verbindung mit der direkten Provokation durch unsere bürgerliche Demokratie – die Sozialrevolutionäre und Menschewiki – übt das eine bestimmte Wirkung aus. Und hier stellt sich eine solche Mentalität ein, daß sich auch in den Reihen der Kommunistischen Partei Leute finden, die folgendermaßen argumentieren: Den Bauern hat man eine Spende gegeben, also muß man auf derselben Grundlage und mit denselben Methoden auch den Arbeitern etwas geben. Wir mußten dem einen gewissen Tribut zollen. Das Dekret über die Prämiierung der Arbeiter mit einem Teil der Fabrikerzeugnisse ist natürlich ein Zugeständnis an die Stimmungen, die in der Vergangenheit wurzeln, die mit dem Zustand des Unglaubens und der Verzweiflung zusammenhängen. Bis zu der oder jener enggezogenen Grenze war dieses Zugeständnis notwendig. Es

ist gemacht worden, aber man darf nicht eine Sekunde lang vergessen, daß wir hier ein Zugeständnis machten und machen, das von keinem anderen Standpunkt notwendig ist als lediglich vom ökonomischen, vom Standpunkt der Interessen des Proletariats. Das grundlegende und wesentliche Interesse des Proletariats erfordert den Wiederaufbau der Großindustrie und einer stabilen wirtschaftlichen Basis für sie; dann wird das Proletariat seine Diktatur festigen, dann wird es seine Diktatur mit Sicherheit, allen politischen und kriegsbedingten Schwierigkeiten zum Trotz, zu Ende führen. Warum mußten wir nun das Zugeständnis machen und warum ist es äußerst gefährlich, wollte man es breiter als nötig auffassen? Eben weil wir nur durch zeitweilige Bedingungen und Schwierigkeiten in der Lebensmittel- und Brennstofflage genötigt waren, diesen Weg zu beschreiten.

Wenn wir sagen: Das Verhältnis zur Bauernschaft darf nicht auf der Ablieferungspflicht, sondern muß auf der Steuer aufgebaut sein – was ist dann der bestimmende ökonomische Faktor dieser Politik? Die Tatsache, daß die kleinbäuerlichen Wirtschaften bei der Ablieferungspflicht keine richtige ökonomische Basis haben und auf viele Jahre hinaus zum Dahinvegetieren verurteilt sind, daß der landwirtschaftliche Kleinbetrieb nicht existieren und sich nicht entwickeln kann, weil der kleine Landwirt das Interesse an der Festigung und Entwicklung seiner Tätigkeit und an der Vermehrung der Produktenmenge verliert, was zur Folge hat, daß wir ohne ökonomische Basis bleiben. Eine andere Basis, eine andere Quelle haben wir nicht, aber wenn der Staat nicht große Lebensmittelvorräte in seinen Händen konzentriert, kann von einem Wiederaufbau der Großindustrie gar nicht die Rede sein. Vor allem deshalb führen wir denn auch diese Politik durch, die unsere Ernährungsverhältnisse ändert.

Wir führen sie durch, damit wir einen Fonds für den Wiederaufbau der Großindustrie bekommen, damit die Arbeiterklasse vor allen Betriebsstockungen bewahrt bleibt, denen die Großindustrie – sogar eine Großindustrie, die so kläglich ist wie die unsrige, wenn man sie mit derjenigen der fortgeschrittenen Länder vergleicht – nicht ausgesetzt sein darf, damit der Proletarier der Notwendigkeit enthoben wird, bei der Auftreibung von Existenzmitteln seine Zuflucht zu nichtproletarischen, sondern kleinbürgerlichen Schleichhandelsmethoden zu nehmen, die für uns die größte ökonomische Gefahr darstellen. Infolge der traurigen Verhältnisse unserer

Wirklichkeit sind die Proletarier gezwungen, ihre Zuflucht zu nichtproletarischen Verdienstmethoden zu nehmen, die nicht mit der Großindustrie zusammenhängen, sondern kleinbürgerliche Schleichhandelsmethoden sind, und sich durch Diebereien oder aber durch private Produktion in der vergesellschafteten Fabrik Erzeugnisse zu verschaffen und diese Erzeugnisse gegen landwirtschaftliche Produkte auszutauschen. Hier steckt für uns die ökonomische Hauptgefahr, die Hauptgefahr für die ganze Existenz der Sowjetordnung. Heute aber muß das Proletariat seine Diktatur so verwirklichen, daß es sich als Klasse sicher fühlt, daß es Boden unter den Füßen spürt. Doch dieser Boden schwindet. Anstatt eines ununterbrochen arbeitenden großen Maschinenbetriebs sieht der Proletarier etwas anderes und ist genötigt, in der ökonomischen Sphäre als Spekulant oder Kleinproduzent aufzutreten.

Um ihm das zu ersparen, dürfen wir in der Übergangszeit keine Opfer scheuen. Um die ununterbrochene, wenn auch langsame Wiederherstellung der Großindustrie zu sichern, dürfen wir nicht davor zurückscheuen, den ausländischen Kapitalisten etwas zukommen zu lassen, die gierig danach sind, ist es doch gegenwärtig, vom Standpunkt des Aufbaus des Sozialismus, vorteilhaft, den ausländischen Kapitalisten Hunderte Millionen draufzuzahlen, dafür aber die Maschinen und Materialien zum Wiederaufbau der Großindustrie zu erhalten, die uns die ökonomische Basis des Proletariats wiederherstellen und es in ein starkes Proletariat verwandeln werden, nicht aber in ein Proletariat, das auch weiterhin Schleichhandel treibt. Die Menschewiki und Sozialrevolutionäre haben uns die Ohren voll geschrien, daß man auf die Aufgaben der Diktatur des Proletariats verzichten müsse, weil das Proletariat deklassiert sei. Sie schrien das seit 1917, und man muß sich nur wundern, daß sie bis 1921 nicht müde geworden sind, das immer wieder zu wiederholen. Wenn wir aber diese Anwürfe hören, so antworten wir nicht, daß es keine Deklassierung, daß es kein Minus gebe, sondern wir sagen, daß die Verhältnisse der russischen und der internationalen Wirklichkeit derart sind, daß das Proletariat selbst dann, wenn es eine Periode der Deklassierung durchzumachen, ein solches Minus zu verzeichnen hat, trotz dieses Minus seine Aufgabe der Eroberung und Behauptung der Macht erfüllen kann.

Zu leugnen, daß die Umstände der Deklassierung des Proletariats ein Minus sind, wäre lächerlich, unsinnig und absurd. Anfang 1921 sahen wir,

daß nach der Beendigung des Kampfes gegen die äußeren Feinde die Hauptgefahr, das größte Übel darin bestand, daß wir außerstande waren, die ununterbrochene Produktionsarbeit in den größten Betrieben zu sichern, die uns in geringer Zahl verblieben waren. Das ist das Ausschlaggebende. Ohne diese ökonomische Basis kann es keine feste politische Macht der Arbeiterklasse geben. Um die ununterbrochene Wiederherstellung der Großindustrie zu gewährleisten, ist es notwendig, die Ernährungsfrage so zu regeln, daß ein Fonds, sagen wir, von 400 Millionen Pud sichergestellt und richtig verteilt wird. Ihn vermittels der alten Ablieferungspflicht zu beschaffen, wären wir absolut nicht in der Lage. Die Jahre 1920 und 1921 haben das gezeigt. Jetzt sehen wir, daß man vermittels der Naturalsteuer diese Aufgabe, die ungeheure Schwierigkeiten bietet, dennoch erfüllen kann. Mit den alten Methoden werden wir diese Aufgabe nicht bewältigen, und wir müssen neue Methoden finden. Vermittels der Naturalsteuer und richtiger Beziehungen zum Bauern als Kleinproduzenten können wir diese Aufgabe bewältigen. Wir haben uns bis jetzt recht viel damit beschäftigt, das theoretisch zu beweisen.

Ich glaube, nach der Parteipresse und den Ausführungen in den Versammlungen zu urteilen, ist es theoretisch vollkommen bewiesen, daß wir diese Aufgabe lösen können, wenn wir neben der politischen Macht das Verkehrswesen, die Großbetriebe, die ökonomische Basis in den Händen des Proletariats behalten. Wir müssen den Bauern als Kleinproduzenten einen ziemlichen Spielraum lassen. Ohne Hebung der bäuerlichen Wirtschaft werden wir die Ernährungslage nicht bessern können.

In diesem Rahmen müssen wir auch die Frage der Entwicklung der Kleinindustrie auf der Grundlage des freien Handels, des freien Umsatzes stellen. Diese Freiheit des Umsatzes ist das Mittel, das die Möglichkeit gibt, zwischen der Arbeiterklasse und der Bauernschaft Beziehungen herzustellen, die ökonomisch stabil sind. Die Angaben über den Umfang der landwirtschaftlichen Produktion werden jetzt immer präziser. Auf dem Parteitag wurde eine Broschüre über die Getreideproduktion verteilt, sie wurde damals noch in Korrekturabzügen an die Parteitagsdelegierten ausgegeben. Seither ist dieses Material gesammelt und erweitert worden. Die Broschüre ist zwar in endgültiger Fassung bereits in Satz gegeben, aber zur Konferenz noch nicht fertig geworden, und ich kann nicht sagen, ob sie bis zu dem Zeitpunkt, wo die Konferenz auseinandergeht, erschei-

nen wird. Wir werden alle Maßnahmen ergreifen, aber versprechen, daß es gelingen wird, sie herauszubringen, ist unmöglich.

Das ist ein kleiner Bruchteil der Arbeiten, die wir geleistet haben, um den Stand der landwirtschaftlichen Produktion, die Hilfsquellen, über die wir verfügen, möglichst genau festzustellen.

Immerhin läßt sich sagen, daß Angaben vorliegen, die darauf schließen lassen, daß wir die ökonomische Aufgabe durchaus zu lösen vermögen, besonders in diesem Jahr, wo die Ernteaussichten nicht ganz schlecht oder nicht so schlecht sind, wie im Frühjahr zu erwarten war; das sichert uns die Möglichkeit, den landwirtschaftlichen Fonds aufzubringen, um uns ganz dem zwar langsamen, aber ununterbrochenen Wiederaufbau der Großindustrie zu widmen.

Damit die Aufgabe, den Produktionsfonds aufzubringen, gelöst werde, müssen Formen der Beziehungen zum Bauern, zum Kleinbesitzer ausfindig gemacht werden, und hier gibt es keine andere Form als die Naturalsteuer, denn eine andere Form hat niemand vorgeschlagen, und man kann sie sich auch nicht vorstellen. Es gilt jedoch, diese Aufgabe praktisch zu lösen, für die richtige Erhebung der Naturalsteuer zu sorgen, sie nicht so einzutreiben wie früher, als man zwei- bis dreimal nahm und den Bauern in viel schlimmeren Verhältnissen zurückließ, so daß der tüchtigste Bauer am meisten zu leiden hatte und jede Möglichkeit ökonomisch stabiler Beziehungen zunichte gemacht wurde. Die Naturalsteuer, die ebenfalls eine Maßnahme der Zwangseintreibung von jedem Bauern ist, muß anders gehandhabt werden. Auf Grund der früher zusammengetragenen und veröffentlichten Daten läßt sich sagen, daß die Naturalsteuer in dieser Hinsicht jetzt einen ganz gewaltigen, entscheidenden Wandel bringen wird, ob es jedoch gelingen wird, alles in Einklang zu bringen, bleibt noch bis zu einem gewissen Grade eine offene Frage. Daß wir jedoch dem Bauern unverzüglich eine Verbesserung seiner Lage bringen müssen, das steht außer Zweifel.

Die Aufgabe, die den örtlichen Funktionären gestellt wird, ist folgende: einerseits die Naturalsteuer restlos einziehen und anderseits es in möglichst kurzer Frist tun. Die Schwierigkeit vergrößert sich dadurch, daß in diesem Jahr eine außergewöhnlich frühe Ernte bevorsteht, und wenn wir uns bei den Vorbereitungen dazu nach den üblichen Terminen richten würden, könnten wir zu spät kommen. Aus diesem Grunde ist die frühere

Einberufung der Parteikonferenz wichtig und zeitgemäß. Man muß schneller als bisher darangehen, den gesamten Apparat auf die Einziehung der Naturalsteuer einzustellen. Von der raschen Einziehung der Naturalsteuer hängt sowohl die Versorgung des Staates mit einem Minimalfonds von 240 Millionen Pud als auch die Sicherstellung der Lage der Bauernschaft ab. Jede Verzögerung bei der Einziehung der Steuer bedeutet eine gewisse Beengung des Bauern. Die Entrichtung der Steuer wird nicht freiwillig vonstatten gehen, ohne Zwang werden wir nicht auskommen, die Steuererhebung schafft für die bäuerliche Wirtschaft eine Reihe von Beschränkungen. Wenn wir diese Operation der Steuererhebung ungebührlich in die Länge ziehen, wird der Bauer unzufrieden sein und sagen, daß er keine Verfügungsfreiheit über die Überschüsse habe. Damit die Freiheit in der Praxis einer Freiheit ähnlich sei, ist es notwendig, daß die Steuererhebung rasch vor sich geht, daß der Steuererheber den Bauer nicht lange belästigt, das aber läßt sich machen, wenn man die Zeitspanne von der Ernte bis zur vollen Steuererhebung abkürzt.

Das ist die eine Aufgabe; die andere besteht darin, in maximalen Grenzen sowohl die Freiheit des Umsatzes für den Bauer als auch die Hebung der Kleinindustrie herbeizuführen, um jenem Kapitalismus, der auf dem Boden des Kleineigentums und des Kleinhandels heranwächst, eine gewisse Freiheit zu gewähren, ohne ihn zu fürchten, denn er ist für uns absolut nicht gefährlich.

Infolge der allgemeinen ökonomischen und politischen Konjunktur, die sich jetzt herausgebildet hat, wo das Proletariat alle Schlüssel der Großindustrie in Händen hält, wo von irgendeiner Aufhebung der Nationalisierung gar keine Rede sein kann, brauchen wir ihn nicht zu fürchten. Zu einer Zeit, da wir am stärksten unter dem völligen Mangel an Produkten, unter unserer völligen Verarmung zu leiden haben, wäre es lächerlich zu befürchten, daß der Kapitalismus auf der Grundlage des landwirtschaftlichen Kleinbetriebs eine Gefahr darstelle. Das befürchten heißt das Kräfteverhältnis unserer Ökonomik ganz und gar außer acht lassen, heißt ganz und gar verkennen, daß die bäuerliche Wirtschaft als bäuerlicher Kleinbetrieb ohne eine gewisse Freiheit des Umsatzes und ohne damit zusammenhängende kapitalistische Beziehungen in keiner Weise stabil sein kann.

Das, Genossen, müssen Sie sich fest einprägen, und unsere Hauptauf-

gabe besteht darin, überall im Lande draußen einen Anstoß zu geben, ein Maximum von Initiative aufzubringen und maximale Selbständigkeit sowie maximale Kühnheit an den Tag zu legen; in dieser Beziehung besteht bisher unser Manko darin, daß wir vor einem einigermaßen großzügigen Vorgehen zurückgeschreckt sind. Uns fehlt jederlei mehr oder minder konkret bearbeitete, an Ort und Stelle gesammelte praktische Erfahrung darüber, wie es im Lande draußen mit dem Warenaustausch und dem Warenumsatz aussieht, wie es gelungen ist, die Kleinindustrie wiederaufzubauen und halbwegs zu entwickeln, die Kleinindustrie, die imstande ist, die Lage der Bauern unverzüglich zu erleichtern, ohne daß sie wie die Großindustrie große Arbeiten erheischt, bestehend in der Zufuhr von beträchtlichen Lebensmittel- und Brennstoffvorräten nach den Industriezentren. In dieser Beziehung wird im Lande draußen vom gesamtwirtschaftlichen Standpunkt aus nicht genügend getan. Uns fehlen diese Angaben der örtlichen Organe, wir wissen nicht, wie es in der ganzen Republik um die Sache bestellt ist, wir verfügen über keine Beispiele wirklich richtiger Organisierung der Arbeit, und diesen Eindruck haben auf mich sowohl der Gewerkschaftskongreß als auch der Kongreß des Obersten Volkswirtschaftsrats gemacht.[88]

Der Hauptmangel dieser Kongresse ist wiederum der, daß wir uns mehr mit so blutleeren Dingen wie Thesen, allgemeinen Programmen und Betrachtungen befassen, anstatt daß die Leute auf dem Kongreß wirklich ihre örtlichen Erfahrungen austauschen, damit sie, heimgekehrt, sagen können: Seht, unter tausend Beispielen haben wir ein gutes gefunden, und dem werden wir nacheifern. Solcher guten Beispiele aber gibt es bei uns unter tausend nicht nur eines, sondern viel mehr. Diese Art von Verhandlungsführung sehen wir jedoch am allerwenigsten.

Ich will nicht vorgreifen, möchte aber doch ein paar Worte über die kollektive Versorgung der Arbeiter sagen, d. h. über den Übergang vom Kartensystem zu einem Verfahren, bei dem einem bestimmten Betrieb, soweit er wirklich arbeitet, proportional zu seiner Leistung eine gewisse Menge Lebensmittel gesichert wird. Die Idee ist ausgezeichnet, aber bei uns hat man sie in etwas halb Phantastisches verwandelt. Eine wirkliche Vorarbeit in dieser Richtung aber haben wir vorläufig nicht. Wir kennen noch kein Beispiel, daß man in dem und dem Kreis, in der und der Fabrik, sei es auch mit einer kleinen Belegschaft, diese Maßnahme angewandt

hätte – und nun das Ergebnis vorweist. Das ist bei uns nicht der Fall. Und darin liegt der größte Mangel unserer ganzen Arbeit. Wir müssen ohne Unterlaß wiederholen, daß wir uns statt mit allgemeinen Fragen, die im Jahre 1918, d. h. in längst vergangener Zeit, am Platze waren, im Jahre 1921 mit praktischer Fragestellung befassen müssen. Wenn wir auf den Kongressen in erster Linie berichten, wo es bei uns Musterbeispiele guter Arbeit gibt, und solche Vorbilder haben wir zur Genüge, so werden wir dadurch die übrigen verpflichten, dem Vorbild dessen nachzueifern, was in wenigen seltenen, eine Ausnahme bildenden Orten praktisch als Bestleistung erreicht worden ist. Das bezieht sich auf die Arbeit des Gewerkschaftskongresses, gilt aber auch für das gesamte Ernährungswesen.

Für die Vorbereitung zur Erhebung der Naturalsteuer, zum Warenaustausch usw. ist in einer kleinen Anzahl von Fällen an manchen Orten ziemlich viel getan worden. Eben das zu studieren, haben wir nicht fertiggebracht, und jetzt besteht eine große Aufgabe darin, die überwiegende Zahl der Orte auf das Niveau des besten vorhandenen Vorbilds zu bringen. Zu dieser Arbeit, zum praktischen Studium der Erfahrungen, zur Förderung unserer zurückgebliebenen und mittelmäßigen Kreise und Amtsbezirke, die zweifellos auf einem ganz unbefriedigenden Niveau stehen und denen nur eine verschwindende Anzahl höchst zufriedenstellender gegenübersteht – zu dieser Arbeit müssen wir übergehen. Größte Beachtung verdient auf den Kongressen nicht das Studium allgemeiner Thesen und Versammlungsprogramme, sondern das Studium der praktischen Erfahrungen, der befriedigenden und mehr als befriedigenden Beispiele, sowie die Hebung der zurückgebliebenen und mittelmäßigen Orte, die überwiegen, auf das Niveau dieser seltenen, aber doch vorhandenen Beispiele.

Das sind die Bemerkungen, auf die ich mich beschränken muß. (Beifall.)

3

SCHLUSSWORT ZUM REFERAT ÜBER DIE NATURALSTEUER 27. MAI

Genossen! Ich glaube, wir haben trotz der von vielen Genossen aus den Lokalorganisationen geäußerten Unzufriedenheit über die Referate und die Diskussion doch ein Ziel erreicht: wir haben erfahren, wie man im Lande draußen die neue Politik auffaßt und anwendet. Wir konnten der Konferenz wohl kaum ein anderes Ziel setzen als einen Meinungsaustausch, damit wir uns diese neue Politik gut zu eigen machen und einmütig darangehen, sie richtig anzuwenden. Dieses Ziel haben wir erreicht. Gewiß, es hat Bedenken und sogar Schwankungen in den Meinungen gegeben, die leider mitunter weit hinausgingen über den Rahmen nur praktischer Bedenken und Mutmaßungen darüber, ob das „ernst" oder „unernst", für lange oder nicht für lange ist. Was Gen. Wareikis ausgeführt hat, war im Grunde unkommunistisch und erinnerte dem Gedankengang nach an Menschewismus. Das muß geradeheraus gesagt werden. Wie konnte er uns mit der Frage belästigen: „Sagt, ist die Bauernschaft eine Klasse oder keine Klasse?" Natürlich ist sie eine Klasse. Dann, sagt er, brauche sie politische Zugeständnisse, wenn nicht, so seien gewisse Maßnahmen in dieser Richtung notwendig, die immerhin einer Subatowiade ähnlich wären.

Hier wurde auf Martow verwiesen, der das in vollem Umfang behauptet habe, Gen. Wareikis dagegen sagt: „bis zu einem gewissen Grade", „in diesem oder jenem Maße", „zum Teil". Es entsteht eine ganz unglaubliche, ungeheuerliche Konfusion. Das ist dieselbe Konfusion wie damals, als man uns die Anwendung von Gewalt zum Vorwurf machte. Und wieder müssen wir auseinandersetzen: Wenn wir von Diktatur sprechen, so bedeutet das Anwendung von Gewalt. Jeder Staat bedeutet Gewalt-

anwendung, aber der ganze Unterschied liegt darin, ob diese Gewalt gegen die Ausgebeuteten oder gegen die Ausbeuter angewandt wird, ob sie gegen die Klasse der Werktätigen und Ausgebeuteten angewandt wird. Genau dasselbe gilt für den Vergleich mit der Subatowiade. Worin bestand das Wesen der Subatowiade? Darin, daß man durch kleine wirtschaftliche Zugeständnisse an die unterdrückten Klassen die Klasse der Unterdrücker unterstützte. Deshalb war die Antwort damals folgende: Durch wirtschaftliche Zugeständnisse werdet ihr das Proletariat, die Klasse, die für die Befreiung aller Unterdrückten gekämpft hat, nicht zwingen, auf die Idee der Eroberung der politischen Macht und der Zerstörung des Systems der Unterdrückung zu verzichten. Jetzt hält das Proletariat die Staatsmacht in seinen Händen und leitet sie. Es führt die Bauernschaft. Was bedeutet das – die Bauernschaft führen? Das bedeutet erstens, eine Linie verfolgen, die auf die Aufhebung der Klassen und nicht auf den Kleinproduzenten gerichtet ist. Wichen wir ab von dieser Linie, der fundamentalen, grundlegenden Linie, so würden wir aufhören, Sozialisten zu sein, und würden ins Lager der Kleinbürger, ins Lager der Sozialrevolutionäre und Menschewiki geraten, die jetzt die ärgsten Feinde des Proletariats sind. Vor kurzem zitierte Gen. Bucharin in der „Prawda" einen so ernst zu nehmenden politischen Kopf wie Miljukow (kein Vergleich mit Tschernow und Martow), der Betrachtungen darüber anstellt, daß heute in Rußland in der politischen Kampfarena nur für eine sozialistische Partei Platz sei. Und insofern diese „sozialistischen" Parteien, die Sozialrevolutionäre und Menschewiki, die Mühe des Kampfes gegen die Bolschewiki auf sich nehmen möchten, seien sie – die Sozialrevolutionäre und Menschewiki – „herzlich willkommen". Das ist wörtlich Miljukows Ausdruck, der zeigt, daß er gescheiter ist als Martow und Tschernow, schon allein deshalb, weil er ein Vertreter der Großbourgeoisie ist (auch wenn er persönlich nicht so klug wäre wie Tschernow und Martow). Und Miljukow hat recht. Er schätzt die politischen Entwicklungsstufen ganz nüchtern ein und meint, für die Rückkehr zum Kapitalismus seien der Sozialrevolutionarismus und der Menschewismus eine notwendige Übergangsstufe. Die Bourgeoisie braucht eine solche Stufe, und wer das nicht begreift, ist ein Dummkopf.

Miljukow hat vom Standpunkt der Interessen der Bourgeoisie aus vollkommen und absolut recht. Wenn wir, als die Partei des Proletariats, die

Bauernschaft führen, so müssen wir die Linie verfolgen, die Großindustrie zu stärken, und müssen daher auf wirtschaftliche Zugeständnisse eingehen. Das Proletariat hat die Bauernschaft geführt, und zwar so geführt, daß die Bauernschaft während des Bürgerkriegs mehr wirtschaftliche Vorteile erhielt als das Proletariat selbst. In der Sprache Martows hieße das Subatowiade. Wirtschaftliche Zugeständnisse zugunsten der Bauernschaft sind gemacht worden. Diese Zugeständnisse sind dem Teil der Werktätigen gemacht worden, der die Mehrheit im Lande ausmacht. Ist das etwa eine falsche Politik? Nein, das ist die einzig richtige Politik! Was man hier über Martows Redereien, daß sich eine Klasse nicht betrügen lasse, auch gesagt haben mag, so frage ich Sie dennoch: Womit betrügen wir denn? Wir sagen, daß es zwei Wege gibt: mit Martow und Tschernow und über sie zu Miljukow, oder mit den Kommunisten. Was nun uns betrifft, so kämpfen wir für die Vernichtung des Kapitalismus und für die Errichtung des Kommunismus; unser Weg ist sehr schwer, und auf diesem Wege gibt es viele Müde und Ungläubige. Die Bauernschaft glaubt nicht. Aber betrügen wir etwa? Es ist lächerlich zu sagen, daß wir eine Klasse betrügen und daß wir uns zwischen drei Fichten verirrt hätten, ja nicht einmal zwischen drei, sondern zwischen zwei Fichten, weil das Proletariat und die Bauernschaft nur zwei Klassen bilden. Das Proletariat führt die Bauernschaft, aber diese Klasse kann man nicht so vertreiben, wie man die Gutsbesitzer und Kapitalisten vertrieben und vernichtet hat. Man muß die Bauernschaft lange und mit viel Mühe und unter großen Entbehrungen ummodeln. Von uns, von der führenden Partei, hängt es ab, wieviel Unbilden auf das Proletariat und wieviel auf die Bauernschaft entfallen werden. Wovon soll man sich bei dieser Verteilung leiten lassen – zu gleichen Teilen, mit gleichem Maß? Davon mögen die Tschernow und Martow reden, wir aber sagen, daß man sich von den Interessen des Proletariats, d. h. von der Sicherung gegen eine Restauration des Kapitalismus und von der Sicherung des Weges zum Kommunismus leiten lassen muß. Wenn die Bauernschaft augenblicklich mehr ermüdet, mehr erschöpft ist oder, richtiger, wenn sie sich für mehr ermüdet hält, so machen wir ihr auch mehr Zugeständnisse zur Sicherung gegen eine Restauration des Kapitalismus und zur Sicherung der Wege zum Kommunismus. Das ist die richtige Politik, und wir lassen uns dabei einzig und allein vom Klassenstandpunkt leiten. Wir erklären den Bauern offen und ehrlich, ohne jeden Be-

trug: Um den Weg zum Sozialismus einzuhalten, machen wir euch, Genossen Bauern, eine ganze Reihe von Zugeständnissen, aber nur in den und den Grenzen und in dem und dem Maß, und natürlich werden wir das Maß und die Grenzen selber bestimmen. Das Zugeständnis selbst erfolgt unter dem Gesichtspunkt der Verteilung der Bürde, die bisher stärker auf dem Proletariat lastete als auf der Bauernschaft. In den dreieinhalb Jahren der Diktatur des Proletariats hat das Proletariat mehr Unbilden auf sich genommen als die Bauernschaft. Das ist eine ganz offenkundige und unanfechtbare Wahrheit. So steht also die Frage des Verhältnisses zwischen Proletariat und Bauernschaft, d. h., entweder muß die Bauernschaft mit uns zu einer Verständigung kommen, und wir machen ihr wirtschaftliche Zugeständnisse, oder – Kampf. Deshalb stellen alle anderen Argumente eine ganz heillose Konfusion dar. In Wirklichkeit ist jeder andere Weg ein Weg zu Miljukow, zur Wiedereinsetzung der Gutsbesitzer und Kapitalisten. Wir aber sagen, daß wir auf alle Zugeständnisse eingehen werden in den Grenzen dessen, was die Macht des Proletariats stützt und festigt, das trotz aller Schwierigkeiten und Hindernisse unentwegt der Aufhebung der Klassen und dem Kommunismus entgegengeht.

Weiter. Sehr falsche Äußerungen fielen aus Anlaß der Bemerkung zur Rede des Gen. Swiderski. Auf ihn stürzten sich sofort alle Vertreter der Opposition mit einer Art glänzender Parlamentsreden. Als der glänzendste Vertreter der „parlamentarischen Opposition" erwies sich Gen. Larin. Im Sowjetsystem gibt es nicht besonders viel Spielraum für parlamentarische Reden, aber immerhin fordert die Natur ihr Recht, und obwohl bei uns keine parlamentarischen Einrichtungen bestehen, haben sich doch parlamentarische Sitten erhalten. Über Gen. Swiderski wurde gesagt, er sei für die Lebensmittelinspektion eingetreten und habe sich sogar bis zur Diktatur im Ernährungswesen verstiegen. Vielleicht hat sich Gen. Swiderski im Ausdruck vergriffen. Aber dem Wesen der Sache nach hat er recht. Wir hatten die Rollen der Referenten so verteilt, daß jeder sozusagen ein bestimmtes Instrument spielen sollte. Über den Austausch hat ein Vertreter des Zentralverbandes der Konsumgenossenschaften gesprochen, Gen. Chintschuk, ein Genossenschaftler. Bei uns ist, wie Sie wissen, vom Zentralverband ein Vertrag mit dem Staat geschlossen worden. Wenn nicht alle Genossen diesen Vertrag gelesen haben, so haben

sie sich nicht gründlich mit dem Material vertraut gemacht. Bei uns schließt der Staat einen Vertrag mit den Vertretern des Zentralverbandes der Konsumgenossenschaften, der Vertreter des Volkskommissariats für Ernährungswesen schließt einen Vertrag mit dem Vertreter der Genossenschaften, und die Genossenschaftler im Ausland müssen unserem Vertrag Rechnung tragen. Im Vertrag legen wir fest, daß alle Waren an die Genossenschaften gehen, daß die Genossenschaftler Handel treiben für uns, für den zentralisierten Staat, für den Großbetrieb, für das Proletariat, nicht aber für sich selbst. Das ist eine sehr einschneidende und wichtige Bedingung. Denn anders geht es nicht. In Petrograd, in Moskau herrscht Hunger, aber zur selben Zeit zeigt uns Gen. Brjuchanow Tabellen, aus denen hervorgeht, daß im Lande draußen, in den satten Gouvernements, doppelt soviel aufgegessen wurde, als den Leuten zustand, während man uns nur halb soviel wie nötig lieferte. Was ist nun Ihre Meinung: Brauchen wir bei einer solchen Sachlage eine Diktatur im Ernährungswesen? Meiner Meinung nach brauchen wir sie, brauchen sie doppelt und dreifach, weil es bei uns beliebig viel solcher Undiszipliniertheiten gibt. Man muß wissen, daß wir ohne Zwang nicht auskommen werden, und die Verteilung durch den Zentralverband der Konsumgenossenschaften muß unter unserer Kontrolle erfolgen.

Wir sagen dem Zentralverband: Ihr habt gut Handel getrieben, und wir geben euch eine Prämie in Form bestimmter Prozente. Das ist in den Vertrag aufgenommen worden, und wir werden diesen Kommissionshandel unbedingt durch jede Art von Prämiensystem anspornen, indem wir für günstigen Handel Prämien geben, aber wir werden fordern, daß dieser Handel uns zugute kommt, dem Staat zugute kommt, der die Großindustrie zentralisiert hat und der vom Proletariat geleitet wird. Wird das für die Großindustrie von Nutzen sein? Für wen denn sonst?

Was meinen Sie, kann man die Lebensmittelversorgung ohne Steuer gewährleisten? Auf keinen Fall! Was uns mehr einbringen kann, Steuer oder Austausch, wissen wir nicht, aber daß wir keinen genügenden Fonds für den Austausch haben, ist eine Tatsache. Ohne einen Apparat zur Ausübung von Zwang werden wir jetzt das, was wir brauchen, nicht bekommen. Niemals! Das ist für jeden offensichtlich. Und in dieser Beziehung hat Swiderski als Vertreter seiner Linie völlig recht. Wir haben die Lebensmittelinspektion gutgeheißen, und das Präsidium des Gesamt-

russischen Zentralexekutivkomitees wird auf Sie einen stärkeren Druck ausüben, denn Sie wissen, wen man einsetzen muß – das ist Ihre Sache, haben Sie aber jemanden eingesetzt, dann passen Sie auf, daß er seine Pflicht erfüllt. Werden dem Staat nicht ungefähr vierhundert Millionen Pud Getreide gewährleistet, so kann jetzt von einer Großindustrie und einem sozialistischen Aufbau überhaupt nicht die Rede sein. Wer das in diesen drei Jahren nicht gelernt hat, bei dem ist Hopfen und Malz verloren. Aber wir haben trotz einer Unmenge von Fehlern diesen Fonds immer mehr vergrößert, und wenn wir auch im Jahre 1920, als wir diesen Fonds vergrößerten, einen kolossalen Fehler bei der Verteilung machten, hatten wir doch einen riesigen Fortschritt zu verzeichnen. Wir müssen an die Sache nüchtern herangehen und sagen, daß zur Einziehung der Naturalsteuer ein schnell arbeitender Apparat notwendig ist. Hier ist es nicht am Platz, liberale Reden zu halten und darauf anzuspielen, daß die Lebensmittelinspektion eine ach so unangenehme Sache sei.

Daß wir aber die Steuer in der Übergangszeit vom Kapitalismus zum Kommunismus, bei überwiegender bäuerlicher Bevölkerung, ohne Zwang einziehen könnten – einen solchen „Kommunismus" gibt es meines Wissens noch nicht. Wenn Sie wollen, daß die Großindustrie, die Basis der proletarischen Diktatur, unterstützt wird, so müssen Sie auch wollen, daß dieser Apparat funktioniert. Und hier braucht man natürlich Zentralismus. Sehen Sie sich die Statistik an. Nur wenige von Ihnen kennen sie leider gut genug. Sehen Sie, wieviel die lokalen Institutionen trotz der zentralen Anordnungen für sich genommen haben. Und nun kommen zu uns hierher Genossen aus Moskau und Petrograd und legen Tabellen über die Nichtbefolgung der zentralen Anordnungen vor. Es stellt sich heraus, es gab drei Ermahnungen, ebensoviel Rügen, was aber weiter? Weiter Verhaftung, Absetzung usw. (Zwischenruf: „Wieviel solcher Fälle hat es gegeben?") Verletzungen gab es viele, Absetzungen aber nur wenige. Das ist es, was ich zur Verteidigung dieser Linie sagen wollte.

Die Ernte wird in diesem Jahr offenbar in vielen Gegenden leidlich sein, und zwar früher, als wir erwartet haben. Also muß man rechtzeitig Vorkehrungen treffen, und jetzt ist die Lage derart, daß man rasch den Grundfonds aufbringen muß. Folglich ist es ganz falsch, sich so zu dieser Sache zu verhalten, wie es viele hier tun.

Was Gen. Larin betrifft, so liegt sein Talent mehr auf dem Gebiet der parlamentarischen Opposition und dem Gebiet der Journalistik als auf dem Gebiet sachlicher Arbeit. Was Projekte betrifft, so ist er unermüdlich. Er hat hier erwähnt, daß er schon im Januar 1920 ein gutes Projekt unterbreitet hätte. Aber wollte man alle Projekte des Gen. Larin sammeln und unter ihnen die guten heraussuchen, so ließe sich ihr Verhältnis sicher in Zehntel pro mille (von tausend) ausdrücken.

Am 10. Mai hat er unserem Politbüro ein Projekt des allgemeinen Übergangs zur kollektiven Versorgung eingereicht. Das Grundprinzip ist verlockend, aber wann hat er das eingereicht? Am 10. Mai 1921, da es solchen Zentren wie Moskau und Petrograd absolut an Lebensmitteln mangelt, da diese bedeutenden Zentren der Russischen Republik vorübergehend zu einem halbhungrigen, einem viertelhungrigen Dasein verurteilt sind. Die Umstellung der Versorgungsorgane in einem Augenblick vorschlagen, da die Leute das Letzte aus sich herausholen, an den direkten Telegrafenleitungen sitzen, die nach Sibirien, nach dem Kaukasus, nach der Ukraine führen, jeden Güterzug, fast jeden Waggon verfolgen – das ist lächerlich. Zum Teufel, wie kann in einer solchen Zeit vom Übergang zur allgemeinen kollektiven Versorgung die Rede sein? Das Politbüro hat folgende Resolution gefaßt: „Das Projekt Larins und des Gesamtrussischen Zentralrats der Gewerkschaften (der Gesamtrussische Zentralrat hatte natürlich nichts Eiligeres zu tun, als diesen Entwurf zu unterschreiben) wird abgelehnt und der Verfasser des Projekts beauftragt, die Frage noch einmal zu überprüfen, und zwar gründlicher, von der Möglichkeit einer realen Versorgung aus gesehen . . ." Das ist die Grundlage, die auf dem Gewerkschaftskongreß wiederholt wurde (wenn Sie die Thesen Tschubars und Golzmans gelesen haben), wobei Tschubar die Hauptteile seiner Thesen in Übereinstimmung mit der behutsamen Politik brachte, die im ZK der Partei festgelegt worden war. Golzman und Larin handelten nach der Regel, die mir Larin, als die Sitzung des Politbüros zu Ende war, halb scherzhaft ins Ohr flüsterte. (Ich denke, daß ich keine Indiskretion begehe, wenn ich dieses Gespräch wiedergebe.) Als Larin sah, daß diese Resolution angenommen war, sagte er zu mir: „Sie haben uns den kleinen Finger gereicht, wir werden die ganze Hand nehmen." Da dachte ich – obwohl ich das auch früher schon wußte –, jetzt wissen wir, wie man mit Larin feilschen muß. Wenn er um eine Million bittet, so soll man ihm

ein Fünfzigkopekenstück geben. (Heiterkeit.) Hier in der Diskussion stellte sich heraus, daß Larin, als man ihn nach Tatsachenmaterial fragte, ein Beispiel anführte, das er als „glänzend" bezeichnete und das sich auf den Bau der Eisenbahnlinie Kisljar–Staroteretschny bezieht. Obwohl hier bereits bewiesen wurde, daß dieses Beispiel nicht neu ist, daß solche Versuche bereits gemacht worden sind, ist es doch ein Fortschritt, wenn man uns ein konkretes Beispiel, das Resultat eines Versuchs präsentiert anstatt allgemeiner Betrachtungen, anstatt unzähliger Thesen. Es wäre ein Unglück, wenn alle Welt diese Thesen zu lesen und zu diskutieren anfinge, von denen man neun Zehntel nicht ohne ein Gefühl der Schwere im Kopf zu Ende lesen kann.

Nicht Thesen brauchen wir, sondern die Auswertung der örtlichen Erfahrungen. Laßt uns diese Erfahrungen studieren; sonst kommt es so, daß wir ein System auf das andere aufbauen und Gesetzentwürfe über kollektive Versorgung drauflos fabrizieren, während das Minimum einer realen Versorgung fehlt. Praktische Arbeit wird im Lande draußen geleistet. Man sagte uns: Kein Grund, den örtlichen Organen vorzuwerfen, daß sie ihre Erfahrungen nicht austauschen. Hier wurde dem ZK der Vorwurf gemacht, daß es die örtlichen Erfahrungen nicht übermittle. Aber wir haben sie ja gar nicht, wir wühlen ausschließlich in Dekreten herum. Die meisten von uns stecken bis über die Ohren in dieser unangenehmen Arbeit, deshalb können wir die örtlichen Erfahrungen nicht sehen. Die müssen Sie übermitteln. Als Larin das glänzende Beispiel der Eisenbahnlinie Kisljar–Staroteretschny schilderte, da war das richtig, denn das war örtliche Erfahrung. Aber auch hier ließ er sich hinreißen, Tschubar und Ossinski mußten ihn korrigieren. Das ist nicht das einzige Beispiel. Er meinte, nach dem alten System habe der Arbeiter 28 Pfund bekommen und nach dem neuen 4 Pud. Ich bezweifelte diese Zahlen und fragte ihn, woher er sie habe. Er antwortete, das sei von der Arbeiter- und Bauerninspektion nachgeprüft worden. Aber wir wissen, daß Larin nicht nur ein Parlamentarier ist, sondern auch Karikaturen zu zeichnen versteht. Zuerst zeichnete er eine Karikatur und versicherte, es gebe kein schlimmeres Untier als die Arbeiter- und Bauerninspektion; jetzt aber sagt er: 4 Pud statt 28 Pfund – das sei von der Arbeiter- und Bauerninspektion nachgeprüft worden. Zuerst untergräbt er mit solchen Mätzchen jeden Glauben an die Arbeiter- und Bauerninspektion, und dann führt er eine Bescheinigung der

Arbeiter- und Bauerninspektion als einzigen Beweis an. Sowohl Tschubar als auch Ossinski sagen, daß dieses System in der Holzindustrie wiederholt angewandt worden sei. Alles kommt darauf an, daß wir die Erfahrungen eines Ortes mit den Erfahrungen eines anderen vergleichen. Der beste Teil der Ausführungen Larins war der, wo er schilderte, wie die Arbeiten beim Bau der Eisenbahnlinie Kisljar–Staroteretschny vor sich gehen. Ist das in Tula oder Tambow nicht besser gemacht worden? – das ist es, was wir erfahren müssen. Das kann man Ihnen von zentraler Stelle nicht geben, denn das wissen wir nicht, Sie müssen das vom Lande draußen mitbringen, machen Sie uns diese Angaben, belehren Sie uns, und wir werden alle lernen und dem besten Vorbild nacheifern.

Es wird bei uns auf tausend lokale Zentren, im Kreis- oder Bezirksmaßstab, zwei oder drei solcher Versuche geben, vielleicht auch mehr, aber zwei, drei werden sich gewiß finden lassen. Man muß sie gründlich studieren, aber in sachlicher Weise, muß ein hochnotpeinliches Verhör anstellen und die Zahlen nachprüfen, ohne sich auf bloße Reden der Opposition zu verlassen. Wenn wir die Sache so anpacken, dann werden die Zentralstellen daraus lernen können.

Ferner bin ich der Meinung, daß das Wichtigste, was uns die Diskussion gegeben hat, eine Reihe von Fingerzeigen ist, wie der begonnene Austausch durchgeführt wurde, es fehlten bloß genaue Angaben. Die Genossen aus dem Donezbecken schickten ein Telegramm, in dem es hieß: Wir erhielten im Austausch 3000 Pud Weizen. Das betraf einen kleinen Teil des Landes, aber Einzelheiten sind uns unbekannt. Ich dachte, die Genossen würden hier auftreten und sagen: gegen welche Äquivalente, vermittels welcher Organisation, ob des Ernährungskommissariats, eines Pächters, eines Konzessionärs oder eines Privatunternehmers? Das wissen wir nicht, das aber ist viel wichtiger als unsere Dekrete. Dekrete kann man lesen, und um hier über Dekrete zu reden, lohnt es sich nicht zusammenzukommen, um sich aber ein Urteil darüber zu bilden, wie man im Donezbecken 3000 Pud Weizen erhalten hat und ob die Genossen das in Wolhynien oder in Tambow vielleicht besser gemacht haben, dazu muß man zusammenkommen. Im Lande draußen ist Erhebliches geleistet worden. Es ist notwendig, daß die örtlichen Vertreter die Ergebnisse ihrer praktischen Erfahrungen hierherbringen: ich habe das und das getan, aber mich hat die zentrale Institution gestört, und ich habe es so gemacht, daß

ich die zentrale Institution untergekriegt habe. Vom Gouvernement Tambow hat hier ein Genosse, der in einen parlamentarischen Ton verfiel und gegen das Ernährungskommissariat wetterte, ganz vage gesagt, daß es dort genossenschaftliche Hauptstellen und Einrichtungen gibt. Die Genossen haben es darauf ankommen lassen. Es gibt dort eine Menge ungünstiger Nebenbedingungen, Saatausfall, überhaupt schwere Bedingungen, es gibt dort Minus auf Minus, und dennoch ersah man aus seinen Angaben, daß der Austausch begonnen hat und daß die Genossenschaften in Gang gekommen sind. Es wurde sogar Pomade erwähnt. Wieviel Pomade habt ihr genommen, unter welchen Bedingungen habt ihr sie verteilt? Auch Pomade muß man in Umlauf bringen: im Handel muß man mit der Nachfrage rechnen. Wird Pomade verlangt, so müssen wir sie liefern. Man kann auch mit Hilfe von Pomade, wenn wir zu wirtschaften verstehen, eine Großindustrie errichten. Nur muß man berechnen, wieviel man von dieser Pomade kaufen oder beschaffen muß, um 1000 Pud Getreide zu kaufen. Ich glaube, daß wir im Unterschied zu den kapitalistischen Ländern, die Schnaps und sonstige Betäubungsmittel in Umlauf bringen, solche Dinge nicht zulassen werden, weil sie uns, so vorteilhaft sie auch für den Handel sein mögen, zurück zum Kapitalismus führen würden, nicht aber vorwärts zum Kommunismus, während Pomade diese Gefahr nicht heraufbeschwört. In bezug auf Wolhynien wurde gesagt, es gebe dort Orte, wo man für 10 Pfund Salz ein Pud Getreide bekommt. Aber wie wurde dieser Handel bewerkstelligt? Hatten Sie Verkäufer? Wie haben Sie gehandelt? Wer hat die Waren aufbewahrt? Wer legte die Schlösser vor? Wieviel ist gestohlen worden? – Darüber wurde nichts gesagt. Aber gerade das ist für Sie wichtig. Statt dessen sprach man davon, daß die Polen ein Pud Salz für ein Pud Getreide gegeben haben. Ich sagte denn auch im Gespräch mit einem Genossen: Wenn die Polen für ein Pud Getreide ein Pud Salz bieten, die Bauern das Pud Getreide aber für 10 Pfund Salz hergeben, dann hätten Sie auch für sich etwas einhandeln können. Wer hat Sie daran gehindert? Es wurde gesagt, die Zentralstellen hätten gehindert. Ich erlaube mir, nicht zu glauben, daß die Zentralstellen Sie daran gehindert haben, für ein Pud polnisches Salz vier Pud Getreide zu bekommen. Es kann nicht sein, daß wir dagegen waren; niemals werde ich das glauben. Früher, als die Armee da war, beklagten sich die Genossen darüber, daß alles durch die Militärbehörden ging, jetzt aber, wo die

Armee nicht da ist, wo wir keinen Krieg haben, muß man bei den Zentralstellen anfragen. Ein Genosse sagte, es gebe jetzt bei ihnen einen „Jushbum"* und sie lägen im Kampf gegen diesen „Jushbum", als ich aber fragte, bei welcher Institution sie sich über den „Jushbum" beschwert hätten, da antwortete er, er wisse das nicht. Aber gerade das ist sehr wichtig.

Die Institution zu nennen, bei der sie sich über den „Jushbum" beschwert haben, sind sie nicht imstande. Was dieser „Jushbum" ist, weiß ich nicht; das ist sicher eine Institution, die an denselben bürokratischen Auswüchsen leidet, wie auch alle unsere anderen Sowjetinstitutionen. Die Bourgeoisie führt bis heute den Kampf gegen uns. Viele von ihnen haben wir ins Ausland verschickt, unter die Fittiche Miljukows, aber es gibt hier noch viele Tausende, und sie führen gegen uns Krieg nach allen Regeln der bürokratischen Kunst. Und Sie, Genossen, wie führen Sie den Kampf dagegen? Sie glauben, man könne diesem „Jushbum" usw. mit bloßen Händen beikommen. Als wir Krieg gegen Denikin führten, sind wir nicht mit bloßen Händen gegen ihn in den Kampf gezogen, sondern haben uns gut bewaffnet und Armeen organisiert. Hier aber sitzen gewiefte Kanzleibeamte, die jetzt die Interessen ihrer Klasse darin erblicken, daß sie Schweinereien machen und uns an der Arbeit hindern, die glauben, daß sie die Kultur retten, wenn sie auf den Sturz der Bolschewiki hinarbeiten; die das Kanzleiwesen hundertmal besser kennen als wir. Denn woher sollten wir es auch kennen? Gegen diese Leute muß man nach allen Regeln der Kunst kämpfen und diejenigen Parteigenossen zur Verantwortung ziehen, die herumgehen und sich beklagen oder Anekdoten darüber erzählen, daß in der und der Institution die und die Schweinerei passiert ist, die in ganz Moskau herumgehen und Witze über bürokratische Vorfälle machen. Und Sie, Genossen, die Sie bewußte Kommunisten sind, was haben Sie für den Kampf dagegen getan? „Ich habe mich beschwert." An welche Institution haben Sie diese Beschwerde gerichtet? Es stellt sich heraus, überhaupt an keine Institution, dabei hätte eine Beschwerde sowohl beim Rat der Volkskommissare als auch beim Gesamtrussischen Zentralexekutivkomitee vorgebracht werden müssen, d. h. unter Ausnutzung aller Rechte, die unsere Verfassung gewährt. Natürlich ist dieser Krieg mitunter auch mit Niederlagen verbunden. Aber wo steht geschrieben, daß

* Hauptverwaltung Papier für den Süden. *Der Übers.*

es in Kriegen, sogar den siegreichsten, ohne Niederlagen abgeht? So sind auch hier Niederlagen möglich, den Kampf muß man aber führen. Das wird bei uns jedoch nicht ernst genommen. Hat man etwa jemand wegen bürokratischer Verschleppung vor Gericht gestellt? Wo gibt es bei uns Urteile von Volksgerichten deswegen, weil ein Arbeiter oder Bauer, der gezwungen ist, vier- oder fünfmal in eine Behörde zu rennen, schließlich etwas ausgehändigt bekommt, was formal zwar richtig, aber im Grunde genommen eine Verhöhnung ist? Sie sind doch Kommunisten, warum stellen Sie denn diesen Herren Bürokraten nicht eine Falle und schleppen sie dann nicht wegen bürokratischer Verschleppung vors Volksgericht und ins Gefängnis? Wieviele solcher Leute haben Sie wegen bürokratischer Verschleppung ins Gefängnis gesteckt? So etwas verursacht natürlich viel Scherereien, wird jeder sagen. Der und der fühlt sich womöglich gekränkt. So denken viele, aber um sich zu beklagen und Anekdoten zu erzählen, dazu reicht die Kraft aus. Und in diesen Anekdoten verwischt sich letzten Endes die Grenze zwischen der Anekdote und dem Klatsch, der in den ausländischen Zeitschriften der Menschewiki und Sozialrevolutionäre gedruckt wird. Die Menschewiki schreiben: „Wir haben eigene Korrespondenten in allen Sowjetinstitutionen Moskaus." (Heiterkeit.) Alle Anekdoten, die hier erzählt werden und die besonders in den Reden der parlamentarischen Opposition gebräuchlich sind, figurieren meistens nach einigen Tagen in den menschewistischen Zeitschriften. Aber man muß doch eine Grenze kennen, man muß ernsten Kampf vom einfachen Anekdotenerzählen unterscheiden. Gewiß, wenn das Volk ermüdet ist, dann kann vielleicht dieser oder jener talentierte Redner dadurch, daß er eine Anekdote erzählt, den Leuten eine gewisse Entspannung bieten. Von diesem Standpunkt aus kann ich auf Grund eigener Beobachtung nichts dagegen einwenden. Aber man darf sich damit nicht zufriedengeben, man muß die Erfahrungen zusammenfassen, aus denen ersichtlich ist, wie Sie die Schuldigen herausgefischt und wieviel Gerichtsverhandlungen Sie durchgeführt, welches Resultat Sie erzielt haben. Wenn wir die Sache so anpacken, dann werden wir in diesem Krieg unsern Mann stehen, obwohl dieser Krieg ungleich schwieriger ist, als es der Bürgerkrieg war.

Ich möchte noch ein paar Worte über das Gouvernement Nikolajew sagen. Der Genosse aus dem Gouvernement Nikolajew hat hier eine ganze Reihe wertvoller Anregungen gegeben. Aber sie sind größtenteils nicht bis

zu Ende durchdacht. Er sagt: „Textilien und Eisen werden gekauft, Pomade aber nicht." Andere dagegen meinten, Textilien würden nicht gehen. Der Genosse fiel über die Schleichhändler her: da er gezwungen ist, die Freiheit des Handels zu gewährleisten, möchte er wissen, wie man dagegen ankämpfen soll. Auf alte Art kann man den Kampf nicht führen, als neue Methode haben wir die Bewachung des Transports durchgeführt und eine Reihe von neuen Dekreten angenommen, aber natürlich lassen sich Resultate nicht rasch erzielen. Wo ist aber in dieser Beziehung Ihre örtliche Erfahrung? Wir haben jetzt eine Reihe von Dekreten über die Bewachung des Transports nicht vor den Schleichhändlern, sondern vor „seiner mißbräuchlichen Benutzung". Es sind spezielle Kommissionen, außerordentliche Dreiergruppen der Gesamtrussischen Tscheka und der Transport-Tscheka geschaffen worden, es gibt da auch die Militärbehörden und das Volkskommissariat für Verkehrswesen. Welche Organe funktionieren nun aber bei Ihnen im Lande draußen? Wie koordinieren sie ihre Arbeit? Was wird hinsichtlich der Beschwerden getan, daß die Schleichhändler überhandnehmen? Wie gehen sie vor? Wie verständigen sie sich? Darüber müßte man sprechen. Aber statt dessen kommt man und klagt: „Die Schleichhändler haben bei uns überhandgenommen." Wir haben richtungweisende Dekrete beschlossen. Vielleicht sind sie nicht richtig, man muß sie überprüfen, aber wie ist das zu machen? Wir veröffentlichen die Dekrete. Sie kennen sie, Sie kommen hierher, um über sie und ihre praktische Anwendung zu beraten. In dem und dem Ort ist die und die Transport-Dreiergruppe soundso vorgegangen. Hier mit Erfolg, dort ohne Erfolg. Vielleicht wird das keine so glänzende Rede werden wie eine Rede über Ernährungsdiktatur. Aber anders können wir nicht lernen, in der Ausarbeitung unserer Dekrete weniger Fehler zu machen, und das ist die Hauptsache.

Am Ende angelangt, komme ich zu den Schlußfolgerungen, die Gen. Ossinski, wie mir scheint, sehr richtig formuliert hat und die das Fazit unserer Tätigkeit ziehen. Ossinski hat drei Schlußfolgerungen gezogen. Erste Schlußfolgerung: „Ernsthaft und für lange Zeit." Ich glaube, daß er durchaus recht hat. „Ernsthaft und für lange Zeit" – das muß man sich wirklich hinter die Ohren schreiben und gut einprägen, denn infolge der Unsitte zu klatschen, werden Gerüchte verbreitet, daß eine Politik in Anführungszeichen, d. h. Politikasterei, getrieben, daß alles für den

Augenblick getan werde. Das ist falsch. Wir tragen den Klassenverhältnissen Rechnung und überlegen uns, wie das Proletariat handeln muß, um die Bauernschaft trotz allem in der Richtung zum Kommunismus zu führen. Gewiß, wir müssen einen Rückzug machen, aber man muß sich höchst ernsthaft, vom Standpunkt der Klassenkräfte aus, dazu verhalten. Darin eine List zu erblicken heißt die Spießer, das Kleinbürgertum nachahmen, das sich nicht nur außerhalb der Kommunistischen Partei zählebig behauptet.

Wir müssen parteilose Mitarbeiter mit Unternehmungsgeist aufrücken lassen. Wir müssen immer aufs Neue wiederholen, daß der Charakter der Versammlungen, Parteitage, Konferenzen und Beratungen in der Kommunistischen Partei und in Sowjetrußland immerhin nicht der gleiche sein kann, wie er früher gewesen ist und wie er sich bei uns noch erhalten hat, nämlich daß man Reden im Geiste einer parlamentarischen Opposition austauscht und dann eine Resolution verfaßt. Resolutionen haben sich bei uns in solchen Mengen angehäuft, daß niemand imstande ist, sie zu lesen, ja auch nur zu sammeln. Wir müssen uns mit sachlicher Arbeit und nicht mit Resolutionen befassen. Unter dem bürgerlichen Regime haben sich mit sachlicher Arbeit die Unternehmer befaßt, nicht aber die Staatsorgane, während bei uns die Wirtschaftsfragen Sache der Allgemeinheit sind. Das ist für uns die interessanteste Politik. Man kann natürlich zum 999sten Mal auf die Menschewiki schimpfen, und das muß man auch tun, aber trotzdem ist das bereits eine Wiederholung, mit der sich viele von uns schon dreißig Jahre lang abgeben. Und die meisten haben das gründlich satt.

Hingegen die Frage, wie man im sozialistischen Staat Textilien, Pomade und sonstiges gegen Getreide austauschen, wie man es anstellen soll, für polnisches Salz ein zusätzliches Pud Mehl zu bekommen – das ist hundertmal interessanter. Obzwar das nicht üblich ist, muß man sich in Parteiversammlungen mit der Frage dieses Unternehmungsgeistes beschäftigen. Die ganze kapitalistische Welt leidet in höchstem Grade Hunger. Was Salz, Pomade und andere kleine Dinge betrifft, so sind sie sehr reich daran, und wenn wir die Losung des örtlichen Umsatzes und der örtlichen Initiative richtig anwenden, so werden wir manches zusätzliche Pud Getreide gewinnen.

Gen. Gussew hat mir den Entwurf eines Statuts für eine kommu-

nistische Produktionsgenossenschaft gegeben. Das Wesen des Entwurfs ist im fünften Punkt dargelegt, in dem die Genossenschaftsmitglieder ersuchen, ihnen eine „gesunde hygienische Lebensmittelration" zu garantieren. (Heiterkeit.) Eine „gesunde hygienische Lebensmittelration" – darauf läuft unsere ganze Ernährungspolitik hinaus. Es gilt, 240 Millionen Pud Getreide durch die Steuer und 160 Millionen im Warenaustausch, d. h. insgesamt 400 Millionen Pud so aufzubringen, daß die Bauernschaft die wirtschaftliche Stabilität dieses Aufbringungssystems spürt.

Die Ablieferungspflicht konnte man nicht länger beibehalten. Diese Politik mußte geändert werden. In dieser Beziehung stehen wir jetzt vielleicht an der schwierigsten Stelle unseres Aufbaus. Vergleichen wir die gesamte Arbeit der Kommunistischen Partei mit einem vierjährigen Lehrgang der höheren Wissenschaften, so kann man unsere Lage folgendermaßen definieren: Wir legen die Versetzungsprüfung vom dritten zum vierten Studienjahr ab; wir haben sie noch nicht bestanden, aber wir werden sie, allen Anzeichen nach zu urteilen, bestehen. Will man nach den einzelnen Studienjahren rechnen, so hat das erste Studienjahr von den siebziger Jahren des vorigen Jahrhunderts bis 1903 gedauert; das war die einleitende, die Anfangsperiode von der Volkstümlerbewegung, der Sozialdemokratie und der II. Internationale zum Bolschewismus. Das war das erste Studienjahr.

Das zweite Studienjahr: von 1903 bis 1917, gekennzeichnet durch eine ernste Vorbereitung zur Revolution und die erste Erfahrung der Revolution von 1905. Das dritte Studienjahr: von 1917 bis 1921; das sind vier Jahre, die ihrem Inhalt nach mehr bedeuten als die ersten 40 Jahre. Das war eine recht gründliche Prüfung, nachdem das Proletariat an die Macht gekommen war, aber es war noch nicht die entscheidende Prüfung. Wenn wir in unserem Lied singen: „Auf zum entscheidenden letzten Gefecht", so muß ich sagen, daß das leider nicht das letzte Gefecht, sondern, wenn man schon ganz genau sein will, eines der Gefechte ist, die sich dem entscheidenden letzten Gefecht nähern. Jetzt legen wir die Versetzungsprüfung vom dritten zum vierten Studienjahr ab; und danach müssen wir noch gut durch das ganze vierte Studienjahr kommen: dann werden wir tatsächlich unbesiegbar sein. Wir können den Sieg an der Wirtschaftsfront davontragen. Wenn wir in bezug auf die Bauernschaft den Sieg davontragen und in diesem Jahr eine „gesunde hygienische Lebensmittelration"

zusammenbekommen, so wird das die Versetzungsprüfung vom dritten zum vierten Studienjahr sein. Danach wird der ganze Aufbau, den wir planen, ernsthafteren Charakter tragen.

So sieht die Aufgabe aus, vor der wir stehen. Deshalb möchte ich mir am Schluß erlauben, aber und abermals den Wunsch zu äußern, daß wir trotz der Schwierigkeiten, trotz aller alten Traditionen, nach denen es verpönt ist, sich auf Parteitagen, Konferenzen und guten parlamentarischen Versammlungen mit kleinen örtlichen Wirtschaftsfragen zu befassen, uns doch sagen: Als Kommunisten müssen wir uns damit befassen, müssen wir die praktischen Erfahrungen in der Wirtschaftsarbeit der unteren Organe auswerten, wo die Dekrete angewandt und erprobt werden, wo ihre Fehler korrigiert werden müssen, wo man die Sache so anfassen muß, daß die Ergebnisse hier in der Versammlung zusammengefaßt werden können. Dann wird unser Aufbau wirklich und sicher voranschreiten. (Stürmischer Beifall.)

4

ENTWURF EINER RESOLUTION ZU DEN FRAGEN DER NEUEN ÖKONOMISCHEN POLITIK

1. Die grundlegende politische Aufgabe besteht gegenwärtig darin, daß sich alle Partei- und Sowjetfunktionäre die Neue Ökonomische Politik voll und ganz zu eigen machen und sie strikt durchführen.

Die Partei erklärt, daß diese Politik für einen langen Zeitabschnitt, für eine Reihe von Jahren, festgelegt ist, und verlangt von allen, sie mit peinlichster Sorgfalt und Gewissenhaftigkeit durchzuführen.

2. An die erste Stelle rückt der Warenaustausch als Haupthebel der Neuen Ökonomischen Politik. Richtige Beziehungen zwischen Proletariat und Bauernschaft, die Schaffung einer völlig stabilen Form des ökonomischen Bündnisses dieser beiden Klassen für die Periode des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus sind unmöglich, wenn nicht ein systematischer Warenaustausch oder Produktenaustausch zwischen Industrie und Landwirtschaft hergestellt wird.

Insbesondere ist der Warenaustausch notwendig als Anreiz zur Erweiterung der bäuerlichen Anbauflächen und zur Verbesserung der bäuerlichen Landwirtschaft.

Unternehmungsgeist und Initiative von unten sind um jeden Preis allseitig zu unterstützen und zu fördern.

Die Gouvernements mit den größten Getreideüberschüssen müssen zu Schwerpunkten erklärt werden, wo der Warenaustausch in erster Linie durchzuführen ist.

3. Ausgehend davon, daß die Genossenschaften der hauptsächliche Apparat zur Durchführung des Warenaustausches sind, ist die Politik des Abschlusses von Verträgen zwischen den Organen des Kommissariats für Ernährungswesen und den Genossenschaftsorganen sowie die Übergabe

der Warenaustauschfonds durch die Organe des Ernährungskommissariats an die Genossenschaften zwecks Erfüllung der von der Staatsmacht gestellten und von ihr zu kontrollierenden Aufgaben als richtig anzuerkennen.

Den Genossenschaften ist weitgehend die Möglichkeit zu geben, Produkte aufzubringen, die örtliche Industrie allseitig zu entwickeln und das Wirtschaftsleben überhaupt zu heben.

Unterstützung der Kreditoperationen der Genossenschaften.

Bekämpfung des anarchischen (d. h. sich jeglicher Kontrolle und Aufsicht durch den Staat entziehenden) Warenaustausches durch dessen Konzentration vorwiegend in den Händen der Genossenschaften, ohne jedoch den regulären freien Handel im geringsten einzuengen.

Marktforschung.

4. Unterstützung der (privaten und genossenschaftlichen) Klein- und Mittelbetriebe, vorwiegend solcher, die nicht mit Rohstoffen, Brennmaterial und Lebensmitteln aus staatlichen Reserven beliefert werden müssen.

Zulassung der Verpachtung staatlicher Betriebe an Privatpersonen, Kooperativen, Artels und sonstige Genossenschaften. Recht der örtlichen Wirtschaftsorgane, solche Verträge ohne Erlaubnis übergeordneter Organe zu schließen. Obligatorische Information des Rats für Arbeit und Verteidigung über jeden derartigen Fall.

5. Überprüfung (gewisser Teile) der Produktionsprogramme der Großindustrie in Richtung auf eine verstärkte Produktion von Massenbedarfsgütern und bäuerlichen Geräten.

Erweiterung der Selbständigkeit und Initiative jedes Großbetriebs hinsichtlich der Verfügung über Finanzmittel und Materialreserven. Vorlage einer entsprechenden genauen Verfügung zur Bestätigung durch den Rat der Volkskommissare.

6. Entwicklung des Systems der Naturalprämien und versuchsweise Organisierung einer kollektiven Versorgung.

Organisierung einer richtigeren Verteilung der Lebensmittel mit dem Ziel, die Arbeitsproduktivität zu steigern.

7. Notwendigkeit der Beibehaltung und Verstärkung des Apparats, um die Naturalsteuer schnell, vollständig und überall einzuziehen. Zu diesem Zweck Ausstattung der Lebensmittelstellen mit der nötigen Parteiautorität.

Beibehaltung und Verstärkung der Zentralisation des Apparats für die Lebensmittelbeschaffung.

8. Konzentration aller vorstehenden Maßnahmen auf die praktische Kampfaufgabe des laufenden Jahres: einen Getreidefonds von nicht weniger als 400 Millionen Pud als Basis für die Wiederherstellung der Großindustrie und die Verwirklichung des Elektrifizierungsplans zu schaffen.

9. Der Entwurf der Direktive des Rats für Arbeit und Verteidigung ist im Prinzip anzunehmen und die Fraktion des Gesamtrussischen ZEK zu beauftragen, ihn zum Gesetz erheben zu lassen.

Als unerläßliche und dringendste Aufgabe der Partei ist zu betrachten, daß im allgemeinen diese Direktive strikt durchgeführt wird und im besonderen Parteilose auf verantwortliche Posten befördert und zur Arbeit herangezogen werden.

10. Die zentralen Institutionen sind besonders verantwortlich zu machen, wenn örtliche Initiative behindert oder ungenügend unterstützt wird. Die Fraktion des Gesamtrussischen ZEK wird beauftragt, einen entsprechenden Beschluß auszuarbeiten und ihn bereits auf der nächsten Tagung zur Annahme zu bringen.

11. Die Konferenz beauftragt das ZK und alle Organisationen der Partei, systematisch eine Reihe von Maßnahmen zur Verstärkung der Agitation und Propaganda zu treffen sowie eine entsprechende Umstellung der Parteikräfte vorzunehmen, damit alle oben dargelegten Aufgaben restlos erläutert und planmäßig durchgeführt werden.

12. Die aufmerksame und allseitige Beleuchtung und Auswertung der beim wirtschaftlichen Aufbau im Lande draußen und im Zentrum gemachten praktischen Erfahrungen – sowohl in der Presse als auch in Versammlungen, Konferenzen, Kongressen der Gewerkschaften, der Sowjets, der Partei usw. – ist der Partei als unbedingt wichtigste Aufgabe zu stellen.

Zum erstenmal vollständig veröffentlicht nach dem Text des Korrekturbogens mit W. J. Lenins Abänderungen.

5

REDE BEI DER SCHLIESSUNG DER KONFERENZ 28. MAI

Genossen! Ich glaube, daß ich mich auf ganz wenige Worte beschränken kann. Wir haben, wie Sie wissen, diese Konferenz außer der Reihe einberufen und uns das Hauptziel gestellt, zwischen den Zentralstellen und den örtlichen Organen, zwischen den Parteifunktionären und allen Sowjetfunktionären in bezug auf die ökonomische Politik volle Klarheit zu schaffen. Ich denke, die Konferenz hat diese Aufgabe unbedingt erfüllt. Hier haben die Genossen wiederholt betont, daß Gen. Ossinski die Stimmung sehr vieler und wahrscheinlich sogar der meisten örtlichen Parteifunktionäre vollkommen richtig zum Ausdruck brachte, als er sagte, man müsse alle Zweifel daran beseitigen, daß die vom X. Parteitag festgelegte und des weiteren durch Dekrete und Beschlüsse verankerte Politik von der Partei unbedingt als Politik akzeptiert wird, die ernsthaft und für lange Zeit durchzuführen ist. Das hat die Konferenz denn auch mit allem Nachdruck bestätigt und durch eine ganze Reihe von Punkten ergänzt. Nach der Heimkehr der Genossen wird nicht die geringste Möglichkeit einer unrichtigen Auslegung bleiben. Gewiß, wenn wir eine Politik festzulegen suchen, die eine lange Reihe von Jahren gelten soll, so vergessen wir keinen Augenblick, daß die internationale Revolution, das Tempo und die Bedingungen ihrer Entwicklung alles ändern können. Gegenwärtig ist die internationale Lage so, daß ein gewisses zeitweiliges, labiles, aber immerhin ein Gleichgewicht entstanden ist; ein solches Gleichgewicht, daß die imperialistischen Staaten bei all ihrem Haß und trotz des Wunsches, über Sowjetrußland herzufallen, von diesem Gedanken abgekommen sind, weil die Zersetzung der kapitalistischen Welt progressiv weitergeht, die Einigkeit geringer und geringer, der Druck der unter-

drückten Kolonialvölker aber, die über eine Milliarde Menschen zählen, von Jahr zu Jahr, von Monat zu Monat, ja von Woche zu Woche stärker wird. Wir können uns diesbezüglich aber nicht aufs Raten verlegen. Unsere Haupteinwirkung auf die internationale Revolution üben wir jetzt durch unsere Wirtschaftspolitik aus. Auf die Russische Sowjetrepublik sind die Augen aller gerichtet, aller Werktätigen in allen Ländern der Welt ohne jede Ausnahme und ohne jede Übertreibung. Das haben wir erreicht. Die Kapitalisten können nichts mehr totschweigen oder verheimlichen, deshalb greifen sie mit Vorliebe unsere wirtschaftlichen Fehler und unsere Schwächen auf. Der Kampf ist im Weltmaßstab auf dieses Gebiet übertragen. Lösen wir diese Aufgabe, dann haben wir im internationalen Maßstab bestimmt und endgültig gewonnen. Deshalb erlangen die Fragen des wirtschaftlichen Aufbaus für uns eine ganz außerordentliche Bedeutung. An dieser Front müssen wir durch eine langsame, allmähliche – rasch geht es nicht –, aber unaufhörliche Steigerung und Vorwärtsbewegung den Sieg erringen. Und mir scheint, unsere Konferenz hat dazu beigetragen, daß wir dieses Ziel unbedingt und auf jeden Fall erreichen. (Beifall.)

Veröffentlicht am 2. Juni 1921 in der „Prawda" Nr. 119.

Nach dem Text der „Prawda".

REDE IN DER SITZUNG DES GESAMTRUSSISCHEN ZENTRALEXEKUTIVKOMITEES ÜBER DIE ÖRTLICHEN WIRTSCHAFTSORGANE

30. MAI 1921[89]

Genossen! Ich habe nur noch sehr wenig hinzuzufügen zu dem, was Gen. Ossinski gesagt hat, da der ursprüngliche Entwurf der Direktive, der in Ihrem Besitz ist[90], und der Grundgedanke dieses Gesetzentwurfes bereits dargelegt worden sind. Gerade weil es in dieser Frage Details gibt, von deren Festlegung im Grunde genommen die ganze Sache dem Wesen nach abhängt, wurde beschlossen, sich nicht auf ihre Behandlung im Rat für Arbeit und Verteidigung und im Rat der Volkskommissare zu beschränken, sondern diese Frage der Parteikonferenz, die im Prinzip die Direktive gutgeheißen hat, sowie auch dem höchsten gesetzgebenden Organ, der Tagung des Gesamtrussischen Zentralexekutivkomitees, vorzulegen. Es ist notwendig, daß die örtlichen Funktionäre aufmerksam die Methoden der Durchführung dieses Gesetzes prüfen, und vielleicht wird es am Anfang erforderlich sein, eine ganze Reihe von Ergänzungsbestimmungen zu erlassen.

Diese Maßnahme darf sich auf keinen Fall in eine weitere Quelle zur Stärkung des Bürokratismus verwandeln. Das wäre wohl nicht ganz ausgeschlossen, wenn wir eine übermäßig große Anzahl von Berichten bekämen oder wenn die Art ihrer Abfassung keine Garantie für die Möglichkeit einer Nachprüfung gäbe. Hier, Genossen, muß man sich die Art der Abfassung der Berichte überlegen, und vielleicht werden Sie die Wahl einer speziellen Kommission für zweckmäßig halten, die sich die Aus-

führungen, die hier gemacht werden, und die Instruktionen und Direktiven, die Sie erteilen werden, zur Richtschnur nimmt, um die Frage einer endgültigen Prüfung zu unterziehen. Schon jetzt gibt es ziemlich viel Material über diese Frage. Selbstverständlich, wenn Berichte erstattet werden sollen, dann müssen das nicht nur die Wirtschaftsorgane, sondern auch die Volkskommissariate tun, d. h. auch die Volkskommissariate, die zwar für die Wirtschaft nicht direkt zuständig, aber nichtsdestoweniger mit der Wirtschaftsarbeit eng verbunden sind. Ein Hauptzweck der Veröffentlichung der Berichte ist, sie der parteilosen Masse und der Bevölkerung überhaupt zugänglich zu machen. Das können wir nicht durch eine Massenherstellung, durch eine Massenpublikation dieser Berichte erreichen, sondern nur dadurch, daß wir sie in den Bibliotheken konzentrieren. Ist dem aber so, dann muß man eine solche Arbeitsmethode festsetzen, daß das Wesentliche der Berichte in gedrängter Form, das Wesentliche dessen, was die Bevölkerung am meisten interessiert, unbedingt gedruckt wird. Die technischen Möglichkeiten dafür sind vorhanden. Bevor ich das Wort ergriff, habe ich bei dem Vertreter der Hauptverwaltung Papier Erkundigungen eingezogen. Er legte mir einen genauen Bericht über 339 Kreisstellen vor, der zeigt, daß es in jeder der Kreisstellen drucktechnische Möglichkeiten gibt und daß auch genug Papier vorhanden ist, um ganz kurze Berichte zu drucken. Dabei kalkulierte er so, daß das kleinste der Kreiszentren einen Bogen druckt, selbstverständlich einmal im Monat. Einmal im Monat ist viel zu oft. Ob Sie einmal in zwei Monaten oder in vier Monaten oder vielleicht in längeren Zeitabschnitten festlegen – das wird offenbar auf Grund der Hinweise der örtlichen Organe entschieden werden. Die Zahl der Exemplare setzt er auf tausend an und errechnet so, daß die erforderliche Papiermenge gegenwärtig vorhanden ist. Tausend Exemplare – das gäbe die Möglichkeit, diese Berichte mindestens jeder Kreisbibliothek zuzustellen, und folglich die Möglichkeit, alle Interessenten, insbesondere die parteilosen Massen, mit diesen Berichten bekannt zu machen. Natürlich wird man die Sache zunächst in Form eines Versuchs in Angriff nehmen müssen; garantieren, daß sie sofort gelingen und daß es keinerlei Mängel geben wird, kann man natürlich nicht.

Am Schluß meiner kurzen Ergänzung möchte ich eines hervorheben. Eine der wichtigsten Aufgaben ist jetzt, die Parteilosen weitgehend zur

Arbeit heranzuziehen und zu erreichen, daß wirklich außer den Parteimitgliedern und auf jeden Fall außer den Vertretern der zuständigen Behörde eine möglichst breite Masse von Parteilosen an der Arbeit interessiert wird und an ihr teilnimmt. Uns schien es, daß man das nicht anders tun kann als durch Publikation von Berichten, zumindest ihres wesentlicheren Teils. Es gibt Institutionen, die außerordentlich vollständige Berichte geben. Alles, was wir bisher über diese Frage erfahren haben, beweist, daß es ausgezeichnet organisierte örtliche Institutionen gibt. Jedenfalls liefert die Arbeit im Lande draußen ständig viel Material, das eine recht zuversichtliche Stimmung rechtfertigt. Was uns wirklich fehlt, ist die Fähigkeit, die besten Vorbilder weitgehend auszunutzen – wir haben nicht viele davon –, um sie zu Musterbeispielen zu machen, die für alle verpflichtend sind. In unseren Presseorganen sehen wir keine Heraushebung der wirklich mustergültigen örtlichen Institutionen mit praktischer Erfahrung. Wenn wir die Berichte drucken, sie breiten Massen der Bevölkerung zugänglich machen und sie sogar in jeder Kreisbibliothek konzentrieren, so muß das zum Nutzen gereichen für die richtige Organisierung von Parteilosenkonferenzen, um breitere Massen zur wirtschaftlichen Aufbauarbeit heranzuziehen. Es sind nicht wenige Resolutionen darüber angenommen worden. Mancherorts ist auch etwas getan worden. Im gesamtrussischen Maßstab aber wird zweifellos bei weitem nicht genug getan. Indessen werden wir auf diese Weise die Institutionen anspornen und erreichen, daß jeder halbwegs verantwortliche Funktionär beim örtlichen Aufbau die Möglichkeit hat, den Zentralstellen seine Erfahrungen in präziser und bestimmter Form mit eigner Unterschrift zur Kenntnis zu bringen und sie als Vorbild herauszustellen. Daran dürfte es uns jetzt wohl am meisten fehlen.

Was die Art und Weise betrifft, wie wir weiterhin die Zusammenfassung und das Studium dieser Berichte, ihre Ausnutzung auf Konferenzen, Kongressen und durch Institutionen handhaben sollen, so wird das davon abhängen, was die Erfahrung künftig zeigt. Jetzt ist die Hauptsache, auf Grund der bei den örtlichen Funktionären vorhandenen Erfahrungen dieses Dekret zu bestätigen und versuchsweise die Möglichkeit zu geben, es so zu erproben, daß wir bis zum bevorstehenden Gesamtrussischen Kongreß (ungefähr im Dezember dieses Jahres) unbedingt einige Ergebnisse erzielen, die zeigen würden, wie man auf Grund der

Erfahrung diese Maßnahme weiterentwickeln, vervollkommnen, abändern und ergänzen muß.

Das ist die kurze Ergänzung, auf die ich mich zunächst beschränken möchte.

Zuerst vollständig veröffentlicht 1922 in dem Buch „I.–IV. Tagung des Gesamtrussischen Zentralexekutivkomitees der VIII. Wahlperiode. Stenografischer Bericht", Moskau.

Nach dem Text des Buches.

REDE AUF DER III. GESAMTRUSSISCHEN KONFERENZ FÜR ERNÄHRUNGSWESEN 16. JUNI 1921[91]

Genossen! Gestatten Sie mir vor allem, Ihre Konferenz sowohl im Namen des Rats der Volkskommissare als auch im Namen des Zentralkomitees der KPR zu begrüßen.

Genossen! Es ist uns natürlich allen verständlich, warum Ihrer Konferenz so besonders große Beachtung geschenkt werden muß nicht nur von den Funktionären des Ernährungswesens, sondern auch von allen Sowjet- und Parteifunktionären, von der gesamten Partei, und überhaupt von allen, die sich zu den Geschicken der Sowjetrepublik und den vor ihr stehenden Aufgaben einigermaßen verantwortungsbewußt verhalten. Ihre Konferenz tritt zu einem ganz außergewöhnlich wichtigen Zeitpunkt zusammen und kann in dieser Hinsicht keinesfalls den üblichen laufenden Ernährungskonferenzen gleichgestellt werden, die Sie wiederholt abgehalten haben und noch des öftern abhalten werden.

Die ganz außergewöhnliche Wichtigkeit Ihrer jetzigen Konferenz erklärt sich aus zwei Umständen. Es ist vor allem der unvorgesehene Umstand, den wir befürchtet haben und der das Land nun schon das zweite Jahr wieder mit außerordentlich gefährlichen Nöten heimsucht: ob wir in eine ganze Phase von Dürrejahren eingetreten sind, wie man es uns das zweite Jahr prophezeit, wissen wir noch nicht, aber daß wir das zweite Jahr abermals in beträchtlichen Gebieten eine sehr starke Mißernte sowohl von Getreide als auch von Futterpflanzen haben werden, das ist schon klar zutage getreten und entrollt vor uns das Bild einer riesigen Gefahr. Ich will jetzt nicht darauf eingehen, wie groß das Gebiet ist, das nach den vorliegenden Berichten über die Getreide- und Futterpflanzenernte gegenwärtig von der Mißernte betroffen ist. Jedenfalls ist dieses Gebiet

beträchtlich. Jedenfalls haben wir bereits das Bild vor Augen, daß in einer ganzen Reihe von Gouvernements ein riesiger Ausfall der Naturalsteuer eintreten wird, daß außerdem in einer ganzen Reihe von Gouvernements die Bevölkerung in eine ausweglose, unerhört schwere Lage geraten wird, und daß die Funktionäre des Ernährungswesens, anstatt in diesen Gouvernements eine bestimmte Menge von Überschüssen für den Unterhalt der Armee, der Arbeiterklasse und der Industrie einzuziehen, sich vor die Notwendigkeit gestellt sehen werden, diesen Gouvernements zu helfen, den Hungernden zu helfen. Die Aufgaben, die somit den Funktionären des Ernährungswesens zufallen, vergrößern über alle unsere Erwartungen hinaus die Schwere jener Arbeit, die Ihnen obliegt. Das ist der erste Umstand.

Der zweite Umstand, der keine so unerwartete Erscheinung darstellt, ist der, daß wir uns in einer Zeit des Übergangs, der Wende in der gesamten Ernährungspolitik befinden. Es ist jetzt das erstemal, daß wir unter Bedingungen, wo sich die Ernährungspolitik radikal geändert hat, wo die Sowjetmacht nicht nur die Ernährungspolitik, sondern in vieler Hinsicht die eigentlichen Grundlagen ihrer ökonomischen Politik hat ändern müssen, wo die ungewöhnlich schwere Lage der Bauernschaft im vergangenen Jahr und dann die klar zutage getretene Unmöglichkeit, die Großindustrie rasch wiederherzustellen, uns gezwungen haben, die ganze staatliche Tätigkeit auf ein anderes Geleise umzuleiten – es ist das erstemal, daß wir unter solchen Bedingungen in eine Lebensmittelkampagne eintreten und uns versammeln, um das Fazit zu ziehen aus den Erfahrungen der örtlichen Funktionäre des Ernährungswesens und uns vorzubereiten zur Erfüllung der Aufgaben, die den Ernährungsfunktionären obliegen.

Die Notwendigkeit einzusehen, daß man der schweren Lage des Landes, der Unmöglichkeit einer raschen Wiederherstellung der Großindustrie Rechnung tragen muß, heißt sich darauf vorbereiten, die kleinbäuerliche Wirtschaft, koste es, was es wolle, um jeden Preis, aus der kritischen Lage in eine erträgliche Lage zu überführen, zu diesem Zweck die Kleinindustrie, die örtliche Industrie zu heben, diesbezüglich solche Maßnahmen zu ergreifen, die sofort die Kleinwirtschaft stärken, ihr die Möglichkeit geben, im örtlichen Maßstab Handel zu treiben, und dadurch das Gebiet der Anwendung von Kapital erweitern, dadurch aber die ganze

Sowjetmacht und ihre eigentlichen Grundlagen sowie ihre ganze ökonomische Politik auf ein anderes Geleise überleiten.

Sie wissen sehr wohl, wieviel Mühe es uns alle, und in erster Linie Sie, im Laufe der drei Jahre gekostet hat, den Apparat für die Lebensmittelbeschaffung halbwegs zu konsolidieren, um ihn zur Erfüllung wenigstens der minimalsten, wenigstens der allernotwendigsten Aufgaben zu befähigen. Deshalb brauche ich Ihnen, die Sie das unmittelbar aus nächster Nähe beobachtet und durchgemacht haben, nicht zu sagen, was die Aufgabe bedeutet, die ganze Arbeit rasch umzustellen und neu zu organisieren; was es bedeutet, sich zu organisieren in einer Situation, die erst geprüft werden muß, und gleichzeitig die Aufgabe zu lösen, eine größere Menge von Lebensmitteln aufzubringen. Sie wissen das alles selbst. Trotz der furchtbaren, unerhörten, mitunter unmenschlichen Schwierigkeiten des Bürgerkriegs hat die Ernährungspolitik von Jahr zu Jahr für alle handgreifliche und augenscheinliche Ergebnisse gezeitigt, die sich viel rascher, als man das auf Grund der praktischen Ergebnisse auf irgendeinem anderen Gebiet der Sowjetarbeit hätte nachweisen können, verbessert und gesteigert haben. Aber Sie wissen natürlich auch, daß wir zwar die Getreidebeschaffung von 110 Millionen Pud im ersten Jahr dank der Anspannung aller Kräfte der Ernährungsfunktionäre auf 280 Millionen und noch mehr gesteigert haben – Sie wissen alle ausgezeichnet, daß das unzureichend ist.

Jetzt treten wir zum erstenmal in eine große Lebensmittelkampagne ein unter Bedingungen, wo es auf dem Territorium der RSFSR keine weißgardistischen Truppen und keine feindlichen Heerscharen mehr gibt. Aber auch dabei muß man einige Vorbehalte machen: mit Ausnahme der beginnenden Intervention der Japaner in der Fernöstlichen Republik, d. h. wiederum, gleich im ersten Jahr, da wir sagen können, daß wir im großen und ganzen den Bürgerkrieg hinter uns haben, wird es hier sofort für alle klar, daß wir von der internationalen Bourgeoisie umringt sind, die von der Roten Armee eine sehr nachhaltige Lektion erhalten, aber keineswegs ihre Versuche aufgegeben hat, den Feldzug in direkter oder verhüllter, in systematischer oder episodischer Form bei der ersten günstigen Gelegenheit wiederaufzunehmen. Also auch in dieser Beziehung sind wir keineswegs vollkommen gesichert. Aber außerdem wissen Sie, daß an sich der Übergang vom Krieg zur Wirtschaft, der Übergang, von dem wir so lange

geredet, dem wir mehrere Parteikonferenzen und Parteitage gewidmet haben, daß dieser Übergang einfach an und für sich, als Übergang, neue gewaltige Schwierigkeiten geschaffen hat, denn bei dem zerstörten Apparat und dem zerrütteten Verkehrswesen hat allein der Übergang von der alten großen Armee, die an der Grenze in Kampfordnung stand, zur Armee der Friedenszeit gewaltige Schwierigkeiten ausgelöst, mit denen wir offenbar in der Hauptsache fertig geworden sind, aber trotzdem wird jeder, der die Dinge kennt, nicht daran zweifeln, daß noch eine nicht geringe Menge von Schwierigkeiten geblieben ist.

Eben deshalb sage ich, daß der jetzigen Ernährungskonferenz ganz außergewöhnliche Bedeutung zukommt, daß sie keineswegs nur spezielle Ernährungsfragen zu entscheiden hat, daß Ihre Aufmerksamkeit, Ihre Anstrengungen jetzt für die Republik notwendig sind nicht nur in Ihrer Eigenschaft als Funktionäre des Ernährungswesens, als Menschen, die von der Sowjetmacht mit der ungeheuer wichtigen Aufgabe der Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln betraut worden sind – das ist nicht genug. Von Ihnen, als Parteifunktionären, wird die Anspannung aller Kräfte gefordert, um eine ganze Reihe von Aufgaben zu lösen, die erst in Form von Direktiven vorliegen, von Beschlüssen, die durch die obersten Organe der Sowjetmacht und die Parteiorganisation angenommen worden sind. Sie wissen aber selbst, wie weit es von einem allgemeinen Beschluß, von allgemeinen Direktiven bis zur praktischen Umsetzung in etwas Reales ist, daß das gewaltige Lasten bedeutet, welche die Funktionäre auf sich nehmen müssen, um diese prinzipiellen Anweisungen erfolgreich durchzuführen, sie so durchzuführen, daß sie nicht nur auf dem Papier bleiben, was leider in Sowjetrußland nicht gar so selten vorkommt.

Ich möchte an den Beschluß der letzten Parteikonferenz erinnern, die sich speziell mit der Frage der Neuen Ökonomischen Politik befaßt hat.[92] Die Parteikonferenz war außer der Reihe einberufen worden, um allen Genossen die volle Gewißheit einzuflößen, daß diese Politik, wie man auf der Konferenz sagte, ernsthaft und für lange Zeit beschlossen ist, damit in dieser Hinsicht künftig keinerlei Schwankungen vorkommen. Es hat ja nicht wenig Schwankungen, nicht wenig Unsicherheit gegeben. Und nun betont die Parteikonferenz, als das höchste Organ der führenden Regierungspartei, die die Staatsmacht der Arbeiterklasse leitet, die Bedeutung, welche der Aufbringung eines großen Lebensmittelfonds von 400 Mil-

lionen Pud zukommt. Sie hebt hervor, daß die ganze Bedeutung der Ernährungspolitik, der Übergang zu einer weitgehenden Zulassung des freien Handels, für uns darauf hinausläuft, einen großen Lebensmittelfonds, beträchtliche staatliche Reserven zu schaffen. Sonst ist weder die Wiederherstellung der Großindustrie noch die Wiederherstellung der Geldzirkulation möglich, jeder Sozialist versteht aber, daß ohne Wiederherstellung der Großindustrie, der einzigen realen Grundlage, vom sozialistischen Aufbau gar keine Rede sein kann.

Das Land ist wirtschaftlich unerhört zerrüttet. Auch früher, vor dem imperialistischen Krieg, war es rückständiger, nach dem Krieg aber war es mehr ruiniert als andere Länder und ertrug dann weitere drei Jahre die unerhörten Lasten des Krieges mit der Bourgeoisie und den Gutsbesitzern. Die besiegten Länder, mit denen Rußland verglichen werden kann, wie Serbien und Österreich, wo die Industrie nicht minder, ja mitunter noch mehr ruiniert worden ist als in Rußland – diese Länder befinden sich in einer völlig verzweifelten, völlig ausweglosen Lage. Da sie auf die Hilfe der Bourgeoisie rechneten, denn sie haben den Krieg gegen sie nicht eröffnet, sind sie doppelt niedergedrückt: durch Hunger, Ruin, Verelendung, wie wir, und durch das Bewußtsein, daß sie in einer hilflosen Lage sind, weil sie auf die Bourgeoisie gesetzt haben und nun ohne Aussicht auf Beistand zugrunde gehen. Wir dagegen, trotz all der unerhörten Schwierigkeiten, sehen und erkennen klar, die Arbeiter- wie die Bauernmassen sehen klar, daß trotz der unerhörten Schwierigkeiten neue Kräfte in Erscheinung treten. Jede Schwierigkeit hat neue Kräfte auf den Plan gerufen, hat neue Energiequellen erschlossen, hat neue Wege gewiesen. Das Wirken dieser Kräfte hat uns bewiesen, daß wir zwar verteufelt langsam, aber dennoch vorankommen, daß wir die Schwierigkeiten überwinden, wie unerhört qualvoll ihre Bewältigung mitunter auch sein mag. Es erstarkt das Bewußtsein, daß die wirtschaftlichen Beziehungen auf ganz anderen Grundlagen aufgebaut werden, daß die werktätige Klasse, wie groß auch ihre Leiden sein mögen, alle Fragen ohne Hilfe der Kapitalisten löst, Schritt für Schritt, Tag für Tag, daß sie gegen die Kapitalisten vorgeht und ihnen eine Position nach der andern entreißt.

Genossen, das ist, wie mir scheint, der Kern, der Sinn, das Fazit der Beschlüsse der Parteikonferenz. Und damit möchte ich besonders unterstreichen, wie sehr die jetzige Konferenz nicht nur eine Beratung von

Spezialisten ist, sondern eine Beratung von Partei- und Sowjetfunktionären, die in der Praxis neue Formen der ökonomischen Politik schaffen und unter außerordentlich schwierigen Verhältnissen das Fundament des ganzen Sowjetgebäudes erbauen müssen.

Erbaut werden muß auf zweierlei Weise: erstens vermittels der Steuer und zweitens vermittels des Warenaustausches. Die Steuer wurde unter Annahme einer Durchschnittsernte auf 240 Millionen Pud festgesetzt – eine Summe, die sogar für eine kümmerliche Ernährung der notwendigen Armee und der absolut notwendigen Industriebetriebe nicht ausreicht, eine Summe, deren volle Aufbringung zu 100 Prozent nicht nur bei der uns drohenden Mißernte, sondern überhaupt eine Aufgabe von größter Schwierigkeit ist.

Ich habe keine genauen Angaben zur Hand darüber, wie sich in den Bezirken während der drei Jahre unserer Erfahrungen in der Lebensmittelbeschaffung der Prozentsatz der Erfüllung unserer Pläne und unserer Aufgaben auf dem Gebiet des Ernährungswesens geändert hat. Daß aber der mit vereinten Kräften geschaffene Apparat besser war als in einer ganzen Reihe unserer anderen Volkskommissariate, daß wir hier eine ständige Erhöhung der Arbeitsfähigkeit haben – das ist allen bekannt. Und ich halte es für unwiderleglich, daß wir in diesem Jahr, wo dieser Arbeit große Aufmerksamkeit zugewandt wird, den Prozentsatz der Erfüllung der Aufgaben, die uns die Republik auferlegt, erhöhen werden. Wenn nicht zu 100, so fast zu 100 Prozent müssen wir sie erfüllen, und wir können das erreichen, sogar bei den Schwierigkeiten, vor die uns die drohende Mißernte gestellt hat. Vielleicht wird der Ernteausfall Dutzende Millionen Pud ausmachen, aber vielleicht wird der Ausfall durch jenen Zuwachs an der Naturalsteuer ausgeglichen werden, den die Gebiete zu liefern versprechen, in denen die Ernte besonders gut ist.

Genossen, die Ernte rechnet in keiner Weise mit dem Zustand des Apparats für die Lebensmittelbeschaffung und hat uns nicht das Vergnügen gemacht, dort besonders gut auszufallen, wo dieser Apparat besonders gut ist. Wirft man unter dem Gesichtspunkt der Ernteaussichten einen Blick auf die Karte, so zeigt sich, daß die Gebiete der RSFSR und anderer benachbarter Bruderrepubliken, in denen die Ernte besonders gut oder überdurchschnittlich zu werden verspricht, daß gerade dort der Apparat für die Lebensmittelbeschaffung keineswegs über, sondern sogar

unter dem Durchschnitt steht. Die Aufgabe, die Kräfte dieses Apparats umzugruppieren, wird mit aller Energie gestellt werden müssen; aber um diese Umgruppierung durchzuführen, kennen wir zuwenig Leute, die genügend geschult wären, genügend Erfahrung hätten und, am neuen Ort angekommen, sich sofort anpassen und die Arbeit rasch vorantreiben würden. Das ist eine Sache, die immer wieder von neuem Beachtung erfordert.

Was das Wichtigste ist, was die Parteikonferenz in den Vordergrund gerückt hat und was vom letzten Parteitag beschlossen worden ist – das ist die Aufgabe des Warenaustausches. Auf diese Frage richtet sich die größte Aufmerksamkeit aller, die im Mittelpunkt der sowjetischen und gesamtparteilichen Arbeit in Moskau stehen, die größte Aufmerksamkeit und die größte Sorge. Inwiefern es uns gelungen ist, uns darauf vorzubereiten, was hier praktisch getan worden ist, was von diesen Plänen verwirklicht worden ist – das ist eine Frage, die Sie als erste bereits auf Grund der wirklichen Kenntnis der Dinge entscheiden müssen. Hier ist es von besonders großer, besonders wesentlicher Bedeutung, daß Sie Ihre praktischen Erfahrungen austauschen und das Fazit daraus ziehen.

Die Sache ist neu, sie erfordert eine noch größere Umgruppierung der Kräfte. Sie erfordert nicht das, was früher vom Apparat für die Lebensmittelbeschaffung verlangt wurde: eine mehr oder weniger einförmige, möglichst reibungslos funktionierende Maschine, die die Aufgabe hat, eine bestimmte Menge von Lebensmitteln aufzubringen und weiter nichts. Nein, hier gilt es, die Verschiedenheit der Gegenden, die Verschiedenheit der Nachfrage nach Waren, die Verschiedenheit des Äquivalents zu berücksichtigen. Es geht nicht darum, sich dem anzupassen, was die Sowjetmacht verlangt und was der Sowjetapparat leisten kann. Nein, Sie müssen sich den wirtschaftlichen Lebensbedingungen der kleinen Landwirte anpassen, Sie müssen berücksichtigen, was sie brauchen und welche ihrer Bedürfnisse befriedigt sind. Sie haben den Schleichhandel bekämpft, den Handel, der die staatlichen Vorschriften umgeht. Sie müssen auch jetzt den Kampf dagegen führen. Aber um den Warenaustausch in Fluß zu bringen und vom freien Markt nicht geschlagen zu werden, um von diesem freien Handel nicht geschlagen zu werden, müssen wir ihn genau kennen, mit ihm wetteifern und ihn mit seinen eigenen Trümpfen, mit seinen eigenen Waffen schlagen – und dazu muß man ihn kennen.

Wir brauchen keine alten bürokratischen Mittel, sondern eine Berücksichtigung der Handelsbedingungen; wir müssen sie genau kennen, müssen es verstehen, alle möglichen Veränderungen rasch in Rechnung zu stellen. Dazu brauchen wir eine rasche Zustellung sowohl der Lebensmittel als auch der Austauschmittel auf dem riesigen Raum der RSFSR. Die Schwierigkeiten, vor denen wir stehen, sind sehr groß. Aber das ist die Grundlage der ganzen Neuen Ökonomischen Politik für die Zeit, solange wir die Großindustrie nicht vollständig wiederhergestellt haben werden. Diese Zeit kann sich jedoch über mindestens ein Jahrzehnt erstrecken, und wir müssen für diese Zeit Formen der Beziehungen zwischen der Arbeiterklasse und der Bauernschaft, zwischen diesen beiden einzigen Klassen finden, auf die gestützt wir unsere Wirtschaft aufzubauen haben; wir müssen zwischen diesen Klassen ein Bündnis schaffen, das beide Seiten wirtschaftlich befriedigt, ein Bündnis, das mit dem Kleinbauern als Kleinbauern rechnet, solange wir ihm nicht alle Erzeugnisse der Großindustrie liefern können.

Man muß mit dem kleinen Landwirt rechnen, der seine Überschüsse verkauft; man muß auch damit rechnen, daß die städtische Bevölkerung, die Arbeiter ihre Lage verbessern müssen. Sonst werden wir bei unserer weiteren Aufbauarbeit, die den Übergang zum Sozialismus so konsolidieren wird, daß man uns nicht mehr zurückwerfen kann, keinen Erfolg erzielen. Deshalb ist der Warenaustausch jetzt die wichtigste Frage unserer ganzen ökonomischen Politik. Daran werden Sie arbeiten müssen, sowohl als Funktionäre des Ernährungswesens wie auch als Volkswirtschaftler und als Mitarbeiter der Genossenschaften. Das ist es, was die Sowjetmacht von Ihnen erwartet, das ist es, was die Partei und die ganze Republik von Ihnen erwarten, denn auf Ihre Einstellung zu dieser Arbeit, auf Ihren Erfolg setzt gegenwärtig die ganze Sowjetrepublik ihre größte Hoffnung, davon hängt der ganze sozialistische Aufbau ab.

Genossen, ich muß abschließend feststellen, daß Ihre Konferenz eine spezielle Aufgabe zu lösen hat: Sie hat die Frage zu behandeln, die im Mai vor dem Politbüro des ZK der Partei gestellt und nach einer Beratung im ZK auf dem Gesamtrussischen Gewerkschaftskongreß entschieden worden ist. Diese Frage besteht darin, daß man mit der notwendigen Behutsamkeit und allmählich, aber dennoch unverzüglich den Weg beschreite, die kollektive Versorgung zu erproben. In unserer Verteilung der Lebens-

mittel haben sich Mängel gezeigt, und es kann nicht weiter so bleiben. Die Lebensmittelverteilung, die wir auf dem Prinzip der Ausgleichung aufgebaut haben, hat zu einer Gleichmacherei geführt, die sich mitunter schädlich auf die Steigerung der Produktion auswirkt. Es ist notwendig, daß die Republik mit den von ihr gesammelten Getreideüberschüssen nur das unterhält, was für die Produktion erforderlich ist. Alle Betriebe unserer Industrie können wir nicht versorgen, aber das brauchen wir auch nicht: das hieße verschwenderisch wirtschaften. Die Großindustrie ganz wiederherzustellen sind wir nicht imstande; also muß man das aussondern, was besser ausgerüstet ist, was eine höhere Produktivität verspricht, und nur das soll man versorgen.

Die Funktionäre des Ernährungswesens können sich nicht darauf beschränken zu denken: Wir werden soundso viel Millionen Pud bekommen, wir werden sie nach den und den Normen, etwa nach dem bestehenden Kartensystem, verteilen und damit basta; alles übrige geht uns nichts an. Auf der Tagesordnung steht die Zusammenfassung der Tätigkeit aller Volkskommissariate für Wirtschaft. Nicht nur das, was unmittelbar die Funktionäre des Ernährungswesens betrifft, sondern die ganze Summe der wirtschaftlichen Tätigkeit – das muß jeden pflichtbewußten Funktionär des Ernährungswesens interessieren. Es werden höhere Anforderungen an ihn gestellt.

Es geht nicht an, nur Funktionär des Ernährungswesens zu sein. Man muß Volkswirtschaftler sein und jeden entsprechenden Schritt der Arbeit im Zusammenhang mit der Arbeit aller Volkskommissariate für Wirtschaft und mit allen Ergebnissen dieser Arbeit beurteilen.

Ist die Rede von der Verteilung der Lebensmittel, so darf man nicht nur daran denken, daß man gerecht verteilen muß, man muß vielmehr daran denken, daß diese Verteilung eine Methode, ein Werkzeug, ein Mittel zur Steigerung der Produktion ist. Man soll von Staats wegen mit Lebensmitteln nur diejenigen Angestellten versorgen, die bei größter Arbeitsproduktivität wirklich notwendig sind, und betrachtet man die Verteilung der Lebensmittel als ein Werkzeug der Politik, so gilt es, die Zahl derjenigen zu verringern, die nicht unbedingt notwendig sind, und diejenigen anzuspornen, die wirklich gebraucht werden. Ist die Verteilung ein Werkzeug der Politik, durch die unsere Industrie wiederhergestellt wird, so muß man diejenigen Industriebetriebe versorgen, die jetzt wirklich not-

wendig sind, und darf keineswegs diejenigen Betriebe versorgen, die wir jetzt nicht brauchen. Dadurch werden wir eine Einsparung an Brennstoff, eine Einsparung an Lebensmitteln erreichen. In dieser Beziehung haben wir im Laufe einer ganzen Reihe von Jahren mit gewaltigen Mängeln gewirtschaftet. Jetzt muß man diese Mängel abstellen.

Sie sehen, je mehr man in die Sache eindringt, desto mehr breitet sich das Netz der Aufgaben aus, vor denen Ihre Ernährungskonferenz steht. Ich hoffe jedoch, daß sich niemand von Ihnen durch die Erkenntnis der Kompliziertheit dieser Aufgaben einschüchtern lassen wird, daß im Gegenteil die außergewöhnlichen Aufgaben, vor denen Sie als Sowjetfunktionäre und als Parteifunktionäre stehen, in Ihnen neue Energien wecken werden, um diese Aufgaben zu bewältigen. Die Erfahrungen der vergangenen Arbeit in den anderen Volkskommissariaten können anschaulich zeigen, daß es unbedingt notwendig ist, die Sowjetarbeit und die Parteiarbeit zu kombinieren. Eine ganze Reihe von aktuellen Kampfaufgaben konnte von den Funktionären des Ernährungswesens unter außerordentlich schwierigen Verhältnissen nur deswegen bewältigt werden, weil man bei weitem nicht immer den allgemein benutzten Weg beschritt, sondern den Weg außerordentlicher Maßnahmen, der Anwendung von Methoden der Vorrangigkeit und einer bestimmten Kampfordnung, von außergewöhnlicher Tätigkeit sowohl der Sowjetinstitutionen als auch der Parteiorgane einschlagen mußte. Ich wiederhole, gerade die fundamentale Grundlage unserer ökonomischen Politik bildet die Hauptfrage Ihrer Ernährungskonferenz. Darauf muß Ihr ganzes Augenmerk gerichtet sein.

Zum Schluß erlauben Sie mir, der Zuversicht Ausdruck zu geben, daß es uns durch die Zusammenfassung der Kräfte in der Richtung, die wir eingeschlagen haben, gelingen wird, die Grundlagen der erfolgreichen ökonomischen Politik zu stärken, die das Bündnis der Arbeiterklasse und der Bauernschaft, der zwei Grundklassen, auf denen die Sowjetmacht fußt, schaffen wird, jenes Wirtschaftsbündnis, das allein imstande sein wird, uns den Erfolg unseres ganzen sozialistischen Aufbaus zu sichern. (Stürmischer Beifall.)

„Prawda" Nr. 133 und 134, 22. und 23. Juni 1921. *Nach dem Text der „Prawda".*

III. KONGRESS
DER KOMMUNISTISCHEN INTERNATIONALE[98]

22. Juni – 12. Juli 1921

Zuerst vollständig veröffentlicht: Die „Thesen zum Referat auf dem III. Kongreß der Kommunistischen Internationale über die Taktik der KPR" 1921 als Broschüre, die Reden und das Referat 1922 in dem Buch „Der dritte Weltkongreß der Kommunistischen Internationale. Stenografischer Bericht", Petrograd.

Die „Thesen" nach dem Manuskript. Die Rede zur italienischen Frage, die Rede zur Verteidigung der Taktik der Kommunistischen Internationale und das Referat über die Taktik der KPR nach dem Text des Buches, sämtliche verglichen mit dem Verhandlungsprotokoll in deutscher Sprache.

1

THESEN ZUM REFERAT AUF DEM III. KONGRESS DER KOMMUNISTISCHEN INTERNATIONALE ÜBER DIE TAKTIK DER KPR

(Ursprünglicher Entwurf)

1. Die internationale Lage der RSFSR

Für die internationale Lage der RSFSR ist gegenwärtig ein gewisses Gleichgewicht kennzeichnend, das zwar außerordentlich labil ist, aber dennoch eine eigenartige Konjunktur der Weltpolitik geschaffen hat.

Diese Eigenart besteht in folgendem: Einerseits ist die internationale Bourgeoisie von tollem Haß und toller Feindschaft gegen Sowjetrußland erfüllt und jeden Augenblick bereit, sich auf Sowjetrußland zu stürzen, um es zu erdrosseln. Anderseits haben alle Versuche der militärischen Einmischung, die diese Bourgeoisie Hunderte Millionen Franken kosteten, mit einem vollen Mißerfolg geendet, obwohl die Sowjetmacht damals schwächer war, als sie es jetzt ist, und die russischen Gutsbesitzer und Kapitalisten ganze Armeen auf dem Territorium der RSFSR hatten. Die Opposition gegen den Krieg mit Sowjetrußland hat sich in allen kapitalistischen Ländern außerordentlich verstärkt, sie gibt der revolutionären Bewegung des Proletariats starken Auftrieb und erfaßt sehr breite Massen der kleinbürgerlichen Demokratie. Die Interessengegensätze zwischen den verschiedenen imperialistischen Ländern haben sich verschärft und vertiefen sich mit jedem Tag immer mehr. Die revolutionäre Bewegung unter den Millionen und aber Millionen der unterdrückten Völker des Ostens wächst mit bemerkenswerter Kraft. Es zeigte sich, daß infolge aller dieser Umstände der internationale Imperialismus außerstande war, Sowjetrußland zu erdrosseln, obwohl er viel stärker ist als Sowjetrußland, und daß er sich gezwungen sah, Sowjetrußland zeitweilig anzuerkennen oder halb anzuerkennen und Handelsverträge mit ihm zu schließen.

Es entstand ein zwar äußerst unsicheres, äußerst labiles Gleichgewicht, aber immerhin ein Gleichgewicht, das der Sozialistischen Republik, natürlich nicht für lange Zeit, die Möglichkeit gibt, in der kapitalistischen Umwelt fortzubestehen.

2. *Das Kräfteverhältnis der Klassen im internationalen Maßstab*

Auf Grund dieser Sachlage hat sich das Kräfteverhältnis der Klassen im internationalen Maßstab folgendermaßen gestaltet:

Die internationale Bourgeoisie, die nicht die Möglichkeit hat, einen offenen Krieg gegen Sowjetrußland zu führen, verhält sich abwartend, sie lauert auf den Augenblick, wo die Umstände ihr erlauben werden, diesen Krieg wiederaufzunehmen.

Das Proletariat der fortgeschrittenen kapitalistischen Länder hat bereits überall seine Vorhut herausgebildet, die kommunistischen Parteien, die im Wachsen begriffen sind, unbeirrt der Eroberung der Mehrheit des Proletariats in jedem Lande entgegengehen und den Einfluß der alten trade-unionistischen Bürokraten und der durch die imperialistischen Privilegien korrumpierten Oberschicht der Arbeiterklasse in Amerika und Europa zerstören.

Die kleinbürgerliche Demokratie der kapitalistischen Länder, deren fortgeschrittenster Teil in der II. Internationale und der zweieinhalbten Internationale vertreten ist, bildet gegenwärtig die Hauptstütze des Kapitalismus, insofern unter ihrem Einfluß die Mehrheit bzw. ein beträchtlicher Teil der in Industrie und Handel beschäftigten Arbeiter und Angestellten bleibt, die Angst haben, im Falle einer Revolution ihren durch die imperialistischen Privilegien geschaffenen relativen kleinbürgerlichen Wohlstand einzubüßen. Aber die wachsende Wirtschaftskrise verschlechtert überall die Lage der breiten Massen, und dieser Umstand sowie die bei einem Weiterbestehen des Kapitalismus immer augenscheinlicher werdende Unvermeidlichkeit neuer imperialistischer Kriege erschüttern diese Stütze immer mehr.

Die werktätigen Massen der kolonialen und halbkolonialen Länder, die die gewaltige Mehrheit der Bevölkerung der Erde ausmachen, sind bereits seit Beginn des 20. Jahrhunderts zum politischen Leben erwacht, beson-

ders durch die Revolutionen in Rußland, der Türkei, Persien und China. Der imperialistische Krieg 1914–1918 und die Sowjetmacht in Rußland verwandeln diese Massen endgültig in einen aktiven Faktor der Weltpolitik und der revolutionären Zerstörung des Imperialismus, obwohl das gebildete Kleinbürgertum Europas und Amerikas, darunter auch die Führer der II. und zweieinhalbten Internationale, das hartnäckig nicht sehen wollen. Britisch-Indien steht an der Spitze dieser Länder; dort reift die Revolution um so schneller heran, je bedeutender dort einerseits das Industrie- und Eisenbahnproletariat wird und je brutaler anderseits der Terror der Engländer wird, die immer öfter zu Massenmorden (Amritsar)[94], zu öffentlichen Auspeitschungen usw. greifen.

3. *Das Kräfteverhältnis der Klassen in Rußland*

Die innenpolitische Lage Sowjetrußlands wird dadurch bestimmt, daß hier zum erstenmal in der Weltgeschichte während einer ganzen Reihe von Jahren nur zwei Klassen bestehen: das Proletariat, erzogen in Jahrzehnten einer sehr jungen, aber immerhin modernen maschinellen Großindustrie, und die Kleinbauernschaft, die die gewaltige Mehrheit der Bevölkerung bildet.

Die Großgrundbesitzer und die Kapitalisten sind in Rußland nicht verschwunden, sie sind aber einer vollständigen Expropriation unterworfen und politisch vollständig geschlagen worden als Klasse, deren Überreste sich unter den Staatsangestellten der Sowjetmacht versteckt haben. Ihre Klassenorganisation haben sie im Ausland in Gestalt der Emigration aufrechterhalten, die wahrscheinlich anderthalb bis zwei Millionen Menschen zählt und über mehr als ein halbes Hundert Tageszeitungen aller bürgerlichen und „sozialistischen" (d. h. kleinbürgerlichen) Parteien, über Reste einer Armee und zahlreiche Verbindungen mit der internationalen Bourgeoisie verfügt. Diese Emigration arbeitet mit allen Kräften und Mitteln daran, die Sowjetmacht zu zerstören und den Kapitalismus in Rußland wiederherzustellen.

4. Das Proletariat und die Bauernschaft in Rußland

Bei einer solchen inneren Lage Rußlands ist für sein Proletariat als die herrschende Klasse die gegenwärtige Hauptaufgabe, die Maßnahmen richtig zu bestimmen und durchzuführen, die für die Führung der Bauernschaft, für ein festes Bündnis mit ihr, für eine lange Reihe von allmählichen Übergängen zum vergesellschafteten maschinellen landwirtschaftlichen Großbetrieb notwendig sind. Diese Aufgabe ist in Rußland besonders schwierig, sowohl infolge der Rückständigkeit unseres Landes als auch infolge seiner furchtbaren Verheerung durch sieben Jahre imperialistischen Krieg und Bürgerkrieg. Aber auch abgesehen von dieser Besonderheit gehört diese Aufgabe zu den schwierigsten Aufgaben des sozialistischen Aufbaus, vor die alle kapitalistischen Länder – vielleicht mit alleiniger Ausnahme von England – gestellt sein werden. Doch auch in bezug auf England darf man nicht vergessen, daß dort zwar die Klasse der kleinen Pächter in der Landwirtschaft zahlenmäßig besonders gering ist, daß dafür aber der Prozentsatz der Arbeiter und Angestellten, die eine kleinbürgerliche Lebenshaltung haben, besonders groß ist infolge der faktischen Versklavung von Hunderten Millionen Menschen in den Kolonien, die England „gehören".

Deshalb besteht vom Standpunkt der Entwicklung der proletarischen Weltrevolution als eines einheitlichen Prozesses die Bedeutung der Epoche, die von Rußland durchgemacht wird, darin, die Politik des Proletariats, das die Staatsmacht in seinen Händen hält, gegenüber der kleinbürgerlichen Masse praktisch zu erproben und zu prüfen.

5. Das militärische Bündnis des Proletariats und der Bauernschaft in der RSFSR

Die Grundlage für richtige Wechselbeziehungen zwischen dem Proletariat und der Bauernschaft ist in Sowjetrußland in den Jahren 1917–1921 geschaffen worden, als der Überfall der Kapitalisten und Gutsbesitzer, die sowohl von der gesamten Weltbourgeoisie wie auch von allen Parteien der kleinbürgerlichen Demokratie (den Sozialrevolutionären und Menschewiki) unterstützt wurden, das militärische Bündnis des Proletariats

und der Bauernschaft zum Schutz der Sowjetmacht schuf, stärkte und in feste Form brachte. Der Bürgerkrieg ist die schärfste Form des Klassenkampfes, und je schärfer dieser Kampf ist, desto schneller verbrennen in seinem Feuer alle kleinbürgerlichen Illusionen und Vorurteile, desto offenkundiger zeigt die Praxis selbst sogar den rückständigsten Schichten der Bauernschaft, daß nur die Diktatur des Proletariats die Bauernschaft retten kann, daß die Sozialrevolutionäre und Menschewiki faktisch nur Schleppenträger der Gutsbesitzer und Kapitalisten sind.

Aber wenn das militärische Bündnis zwischen dem Proletariat und der Bauernschaft die erste Form ihres festen Bündnisses bildete – und bilden mußte –, so hätte es sich ohne ein gewisses ökonomisches Bündnis dieser Klassen nicht einmal einige Wochen halten können. Der Bauer hat vom Arbeiterstaat den gesamten Boden und Schutz vor dem Gutsbesitzer, vor dem Kulaken erhalten; die Arbeiter haben von den Bauern Lebensmittel auf Kredit bis zur Wiederherstellung der Großindustrie erhalten.

6. Der Übergang zu richtigen wirtschaftlichen Wechselbeziehungen zwischen dem Proletariat und der Bauernschaft

Vom sozialistischen Standpunkt aus kann das Bündnis zwischen den Kleinbauern und dem Proletariat erst dann vollkommen richtig und stabil sein, wenn es dem Proletariat dank der völligen Wiederherstellung des Verkehrswesens und der Großindustrie möglich sein wird, den Bauern im Austausch gegen Lebensmittel alle für sie und für die Verbesserung ihrer Wirtschaft notwendigen Erzeugnisse zu liefern. Bei der ungeheuren Verwüstung des Landes ließ sich das auf keinen Fall mit einem Schlage erreichen. Die Ablieferungspflicht war für den nicht genügend organisierten Staat die am ehesten durchführbare Maßnahme, um sich in dem unerhört schweren Krieg gegen die Gutsbesitzer zu behaupten. Die Mißernte und der Futtermangel im Jahre 1920 verschärften die ohnehin schwere Notlage der Bauern ganz besonders und machten den sofortigen Übergang zur Naturalsteuer zu einer unbedingten Notwendigkeit.

Die mäßige Naturalsteuer ergibt sofort eine große Verbesserung der Lage der Bauernschaft und interessiert diese zugleich an der Erweiterung der Anbaufläche und der Verbesserung des Ackerbaus.

Die Naturalsteuer ist der Übergang von der Requisition aller Getreideüberschüsse des Bauern zu einem regulären sozialistischen Produktenaustausch zwischen der Industrie und der Landwirtschaft.

7. *Die Bedeutung und die Bedingungen der Zulassung des Kapitalismus und der Konzessionen durch die Sowjetmacht*

Die Naturalsteuer bedeutet natürlich, daß der Bauer über die Überschüsse, die ihm nach der Entrichtung der Steuer verbleiben, frei verfügen kann. Insofern der Staat nicht imstande sein wird, dem Bauern Erzeugnisse der sozialistischen Fabrik im Austausch gegen alle diese Überschüsse zu liefern, bedeutet Freiheit des Handels mit den Überschüssen unvermeidlich Freiheit der Entwicklung des Kapitalismus.

Innerhalb dieses Rahmens ist das jedoch für den Sozialismus keineswegs gefährlich, solange das Verkehrswesen und die Großindustrie in den Händen des Proletariats verbleiben. Im Gegenteil, die Entwicklung des Kapitalismus unter Kontrolle und bei Regulierung durch den proletarischen Staat (d. h. in *diesem* Sinne des Wortes „Staats"kapitalismus) ist in einem wirtschaftlich außerordentlich zerrütteten und rückständigen kleinbäuerlichen Land (natürlich nur in einem gewissen Grade) vorteilhaft und notwendig, insofern sie geeignet ist, die *sofortige* Hebung der bäuerlichen Wirtschaft zu beschleunigen. Noch mehr gilt das für die Erteilung von Konzessionen: Ohne auch nur im geringsten die Nationalisierung aufzuheben, gibt der Arbeiterstaat bestimmte Bergwerke, Waldmassive, Erdölfelder und anderes ausländischen Kapitalisten in Pacht, um von ihnen zusätzliche Ausrüstungen und Maschinen zu bekommen, die uns ermöglichen, die Wiederherstellung der sowjetischen Großindustrie zu beschleunigen.

Was wir an die Konzessionäre in Gestalt eines Teils der hochwertigen Produkte zahlen, ist zweifellos ein Tribut des Arbeiterstaates an die Weltbourgeoisie; ohne das auch nur im geringsten zu vertuschen, müssen wir klar erkennen, daß es für uns vorteilhaft ist, diesen Tribut zu zahlen, um die Wiederherstellung unserer Großindustrie zu beschleunigen und rasch eine ernsthafte Verbesserung der Lage der Arbeiter und Bauern herbeizuführen.

8. Die Erfolge unserer Ernährungspolitik

Die Ernährungspolitik Sowjetrußlands war in den Jahren 1917–1921 zweifellos sehr grobschlächtig, unvollkommen und führte zu vielen Mißbräuchen. Bei ihrer Durchführung wurde eine Reihe von Fehlern gemacht. Sie war aber unter den damaligen Verhältnissen im großen und ganzen die einzig mögliche Politik. Und sie hat ihre historische Aufgabe erfüllt: sie hat die proletarische Diktatur in dem wirtschaftlich zerrütteten und rückständigen Lande gerettet. Es ist eine unbestreitbare Tatsache, daß sie sich nach und nach vervollkommnet hat. Im ersten Jahr unserer vollständigen Herrschaft (1. VIII. 1918 – 1. VIII. 1919) brachte der Staat 110 Millionen Pud Getreide auf; im zweiten 220; im dritten über 285.

Jetzt, wo wir bereits praktische Erfahrungen haben, stellen wir uns die Aufgabe und rechnen damit, 400 Millionen Pud aufzubringen (Aufkommen der Naturalsteuer = 240 Millionen Pud). Nur wenn der Arbeiterstaat wirklich einen genügenden Lebensmittelfonds besitzt, wird er imstande sein, in wirtschaftlicher Hinsicht fest auf eigenen Füßen zu stehen, eine zwar langsame, aber unaufhörliche Wiederherstellung der Großindustrie zu sichern und ein geregeltes Finanzsystem zu schaffen.

9. Die materielle Grundlage des Sozialismus und der Plan der Elektrifizierung Rußlands

Die einzige materielle Grundlage des Sozialismus kann nur die maschinelle Großindustrie sein, die imstande ist, auch die Landwirtschaft zu reorganisieren. Aber auf diesen allgemeinen Leitsatz darf man sich nicht beschränken. Man muß ihn konkretisieren. Eine Großindustrie, die dem Stand der modernen Technik entspricht und imstande ist, die Landwirtschaft zu reorganisieren, bedeutet Elektrifizierung des ganzen Landes. Wir mußten die wissenschaftliche Arbeit zur Aufstellung des Plans einer solchen Elektrifizierung der RSFSR leisten, und wir haben das getan. Unter Teilnahme von über 200 der besten Wissenschaftler, Ingenieure und Agronomen Rußlands ist diese Arbeit beendet worden, liegt gedruckt in Gestalt eines umfangreichen Bandes vor und ist im allgemeinen vom

VIII. Gesamtrussischen Sowjetkongreß im Dezember 1920 bestätigt worden. Jetzt ist bereits die Einberufung eines Gesamtrussischen Kongresses der Elektrotechniker organisiert worden, der im August 1921 zusammentreten und diese Arbeit einer eingehenden Prüfung unterziehen wird. Dann wird sie endgültig vom Staat bestätigt werden. Die Elektrifizierungsarbeiten erster Ordnung sind auf zehn Jahre berechnet; sie werden ungefähr 370 Millionen Arbeitstage erfordern.

Während wir 1918 nur 8 neu errichtete Kraftwerke besaßen (mit 4757 kW), haben wir 1919 diese Zahl auf 36 erhöht (mit 1648 kW), und 1920 auf 100 (mit 8699 kW).

Wie bescheiden dieser Anfang für unser riesiges Land auch sein mag, so ist doch der Anfang gemacht worden, die Arbeit hat begonnen und geht immer besser vor sich. Der russische Bauer ist nach dem imperialistischen Krieg, nachdem eine Million von Kriegsgefangenen in Deutschland die moderne fortgeschrittene Technik kennengelernt hat, und nach der schweren, aber stählenden Erfahrung des dreijährigen Bürgerkriegs nicht mehr derselbe, der er in alter Zeit war. Mit jedem Monat sieht er immer klarer und deutlicher, daß einzig und allein die Führung durch das Proletariat imstande ist, die Masse der kleinen Landwirte aus der Knechtschaft des Kapitals zu befreien und zum Sozialismus zu führen.

10. Die Rolle der „reinen Demokratie", der II. und zweieinhalbten Internationale, der Sozialrevolutionäre und Menschewiki als der Verbündeten des Kapitals

Die Diktatur des Proletariats bedeutet nicht die Einstellung des Klassenkampfes, sondern seine Fortsetzung in neuer Form und mit neuen Mitteln. Solange Klassen bestehen, solange die in einem einzigen Lande gestürzte Bourgeoisie ihre Attacken gegen den Sozialismus im internationalen Maßstab verzehnfacht, solange ist diese Diktatur notwendig. Die Klasse der kleinen Landwirte macht in der Übergangszeit unvermeidlich eine Reihe von Schwankungen durch. Die Schwierigkeiten des Übergangs und der Einfluß der Bourgeoisie rufen unvermeidlich von Zeit zu Zeit Schwankungen in der Stimmung dieser Masse hervor. Das Proletariat, das durch die Zerstörung seiner Existenzgrundlage, der maschinellen Großindustrie,

geschwächt und bis zu einem gewissen Grade deklassiert worden ist, steht vor der sehr schweren größten historischen Aufgabe, sich trotz dieser Schwankungen zu behaupten und sein Werk der Befreiung der Arbeit vom Joch des Kapitals zu Ende zu führen.

Der politische Ausdruck der Schwankungen des Kleinbürgertums ist die Politik der kleinbürgerlichen demokratischen Parteien, d. h. der Parteien der II. und der zweieinhalbten Internationale, zu denen in Rußland die Parteien der Sozialrevolutionäre und der Menschewiki gehören. Diese Parteien, die jetzt ihre Generalstäbe und Zeitungen im Ausland haben, befinden sich faktisch in einem Block mit der gesamten bürgerlichen Konterrevolution und dienen ihr auf Treu und Glauben.

Die klugen Führer der russischen Großbourgeoisie, an ihrer Spitze Miljukow, der Führer der Partei der „Kadetten" (der „konstitutionellen Demokraten"), haben diese Rolle der kleinbürgerlichen Demokratie, d. h. der Sozialrevolutionäre und Menschewiki, ganz klar, präzis und offen eingeschätzt. Anläßlich des Kronstädter Aufstands, bei dem die Menschewiki, Sozialrevolutionäre und Weißgardisten ihre Kräfte vereinigt hatten, sprach sich Miljukow für die Losung „Sowjets ohne Bolschewiki" aus. In Entwicklung dieses Gedankens schrieb er, die Sozialrevolutionäre und Menschewiki seien „herzlich willkommen" („Prawda" Nr. 64, Jahrgang 1921, Zitat aus den Pariser „Poslednije Nowosti"[95]), denn ihnen falle die Aufgabe der *ersten Verschiebung* der Macht weg von den Bolschewiki zu. Miljukow, der Führer der Großbourgeoisie, zieht die richtigen Lehren aus allen Revolutionen, die gezeigt haben, daß die kleinbürgerliche Demokratie unfähig ist, die Macht zu behaupten, und immer nur als Deckmantel für die Diktatur der Bourgeoisie, nur als Stufe zur Alleinherrschaft der Bourgeoisie dient.

Die proletarische Revolution in Rußland bestätigt von neuem diese Erfahrung von 1789–1794 und 1848–1849, sie bestätigt die Worte F. Engels', der in einem Brief an Bebel vom 11. XII. 1884 schrieb:

Die „reine Demokratie" kann „im Moment der Revolution ... als letzter Rettungsanker der ganzen bürgerlichen und selbst feudaler Wirtschaft momentan Bedeutung bekommen ... So verstärkte die gesamte feudal-bürokratische Masse 1848 März bis September die Liberalen, um die revolutionären Massen niederzuhalten ... Jedenfalls ist unser einziger Gegner am Tag der Krise und am Tag nachher – die um die reine Demo-

kratie sich gruppierende Gesamtreaktion, und das, glaub' ich, darf nicht aus den Augen verloren werden." (Veröffentlicht russisch in der Zeitung „Kommunistitscheski Trud"[96] Nr. 360 vom 9. VI. 1921, im Artikel des Gen. W. Adoratski, „Marx und Engels über Demokratie". Deutsch in dem Buch: Friedrich Engels, „Politisches Vermächtnis", Nr. 12 der „Internationalen Jugend-Bibliothek", Berlin 1920, S. 18/19.)[97]

N. Lenin

Moskau, Kreml, 13. VI. 1921

2

REDE ZUR ITALIENISCHEN FRAGE 28. JUNI

Genossen! Ich möchte vor allem Gen. Lazzari antworten. Er hat gesagt: „Bringt konkrete Tatsachen, keine Worte." Ausgezeichnet. Wenn wir aber die Entwicklung der reformistisch-opportunistischen Tendenz in Italien verfolgen, was haben wir dann – Worte oder Tatsachen? In Ihren Reden und in Ihrer ganzen Politik vergessen Sie den für die sozialistische Bewegung Italiens schwerwiegenden Umstand, daß nicht allein diese Tendenz, sondern auch eine reformistisch-opportunistische Gruppe schon seit langer Zeit besteht. Ich erinnere mich noch gut an die Zeit, als Bernstein mit seiner opportunistischen Propaganda begann, die mit dem Sozialpatriotismus, dem Verrat und dem Bankrott der II. Internationale endete. Schon seit dieser Zeit kennen wir Turati nicht nur dem Namen nach, sondern auch aus seiner Propaganda in der italienischen Partei und in der italienischen Arbeiterbewegung, deren Desorganisator er seit jener Zeit 20 Jahre lang war. Zeitmangel erlaubt mir nicht, das Material, das die italienische Partei betrifft, gründlich zu studieren, aber für eines der wichtigsten Dokumente halte ich den Bericht in einer bürgerlichen italienischen Zeitung – ich erinnere mich nicht mehr, ob es in „La Stampa"* oder „Corriere della Sera"** war – über die Konferenz Turatis und seiner Freunde in Reggio Emilia.[98] Ich habe ihn mit dem verglichen, was im „Avanti!"[99] veröffentlicht worden ist. Ist das nicht ein genügender Beweis? Nach dem II. Kongreß der Kommunistischen Internationale sagten wir Serrati und seinen Freunden, als wir uns mit ihnen auseinandersetzten, klipp und klar, wie unserer Überzeugung nach die Situation ist. Wir erklärten ihnen,

* „Die Presse". *Die Red.*

** „Abendkurier". *Die Red.*

daß die italienische Partei keine kommunistische Partei werden könne, solange sie noch Leute wie Turati in ihren Reihen duldet.

Sind das nun politische Tatsachen oder wieder nur Worte? Und als wir, nach dem II. Kongreß der Kommunistischen Internationale, dem italienischen Proletariat offen erklärten: „Laßt euch auf keine Einigung mit den Reformisten, mit Turati ein" – und als Serrati begann, in der italienischen Presse Artikel gegen die Kommunistische Internationale zu veröffentlichen, und eine besondere Konferenz der Reformisten einberief – waren das auch nur Worte? Das war mehr als eine Spaltung, das war schon die Bildung einer neuen Partei. Man mußte blind sein, um das nicht zu sehen. Dieses Dokument ist für diese Frage von entscheidender Bedeutung. Alle, die an der Konferenz in Reggio Emilia teilgenommen haben, müssen aus der Partei ausgeschlossen werden: sie sind Menschewiki, nicht russische, aber italienische Menschewiki. Lazzari sagte: „Wir kennen die Mentalität des italienischen Volkes." Ich persönlich hätte nicht den Mut, dasselbe vom russischen Volk zu behaupten, aber das ist nicht von Belang. „Die italienischen Sozialisten kennen den Geist des italienischen Volkes gut" – sagte Lazzari. Mag sein, ich will es nicht bestreiten. Daß sie aber den italienischen Menschewismus nicht kennen, zeigen die konkreten Tatsachen und ihre hartnäckige Weigerung, ihn auszurotten. Wir sind genötigt zu sagen: Es ist notwendig, wie traurig das auch sein mag, die Resolution unseres Exekutivkomitees zu bestätigen. Eine Partei, die Opportunisten und Reformisten vom Schlage Turatis in ihren Reihen duldet, kann der Kommunistischen Internationale nicht angehören.

„Wozu den Namen der Partei ändern?" fragte Gen. Lazzari. „Er ist doch durchaus befriedigend." Wir können jedoch eine derartige Ansicht nicht teilen. Wir kennen die Geschichte der II. Internationale, ihren Niedergang und Bankrott. Kennen wir denn nicht die Geschichte der deutschen Partei? Wissen wir denn nicht, daß das größte Unglück der Arbeiterbewegung in Deutschland darin bestand, daß sie den Bruch nicht schon vor dem Kriege vollzog? Das hat 20 000 Arbeitern das Leben gekostet, die von den Scheidemännern und Zentristen – durch ihre Polemik und ihre Anklagen gegen die deutschen Kommunisten – der deutschen Regierung ausgeliefert worden sind.

Und sehen wir jetzt nicht dasselbe Bild in Italien? Die italienische Partei ist niemals eine wahrhaft revolutionäre Partei gewesen. Es ist ihr

größtes Unglück, daß sie mit den Menschewiki und Reformisten nicht schon vor dem Kriege gebrochen hat und daß diese nach wie vor in der Partei bleiben. Gen. Lazzari sagt: „Wir erkennen die Notwendigkeit eines Bruchs mit den Reformisten durchaus an; die einzige Meinungsverschiedenheit besteht darin, daß wir es nicht für notwendig hielten, ihn auf dem Parteitag in Livorno[100] zu vollziehen." Die Tatsachen besagen aber etwas anderes. Es ist nicht das erste Mal, daß wir die Frage des italienischen Reformismus behandeln. Als wir im vorigen Jahr mit Serrati darüber diskutierten, fragten wir ihn: „Verzeihen Sie, aber warum kann die Spaltung in der italienischen Partei nicht jetzt vollzogen werden, warum muß sie verschoben werden?" Und welche Antwort hat uns Serrati darauf gegeben? Keine. Und wenn Gen. Lazzari den Artikel Frossards zitiert, in dem es heißt, daß „man geschickt und klug sein muß", so sieht er hierin offensichtlich ein Argument zu seinen Gunsten und gegen uns. Ich glaube, daß er sich irrt. Das ist umgekehrt ein ausgezeichnetes Argument für uns und gegen Gen. Lazzari. Wenn er gezwungen sein wird, den italienischen Arbeitern sein Verhalten und seinen Abfall zu erklären, was werden diese sagen? Wenn die italienischen Arbeiter unsere Taktik als klug und geschickt anerkennen im Vergleich mit den Zickzackbewegungen der angeblich linken Kommunisten, jener linken Kommunisten, die nicht einmal immer einfach Kommunisten sind, sondern viel öfter an Anarchisten erinnern – was werden Sie ihnen antworten?

Was bedeutet das ganze Gerede Serratis und seiner Partei, die Russen wollten nichts anderes, als daß man ihnen nachahme? Wir fordern gerade das Gegenteil. Es genügt nicht, die kommunistischen Resolutionen auswendig zu kennen und bei jeder Gelegenheit revolutionäre Redewendungen zu gebrauchen. Das ist zuwenig, und wir sind von vornherein gegen Kommunisten, die diese oder jene Resolution auswendig kennen. Die erste Bedingung für den wahren Kommunismus ist der Bruch mit dem Opportunismus. Mit den Kommunisten, die das unterschreiben, werden wir ganz frei und offen sprechen, und wir werden das volle Recht und den Mut haben, ihnen zu sagen: „Macht keine Dummheiten, seid klug und gewandt." Aber so werden wir nur mit den Kommunisten reden, die mit den Opportunisten gebrochen haben, was man von Ihnen noch nicht sagen kann. Und darum muß ich noch einmal sagen: Ich hoffe, daß der Kongreß die Resolution des Exekutivkomitees bestätigen wird. Gen. Lazzari er-

klärte: „Wir befinden uns in der Vorbereitungsperiode." Das ist absolut wahr. Sie befinden sich in der Vorbereitungsperiode. Die erste Etappe dieser Periode ist der Bruch mit den Menschewiki, ähnlich wie wir selber ihn 1903 mit unseren Menschewiki vollzogen haben. Und unter der Tatsache, daß die deutsche Partei mit den Menschewiki nicht gebrochen hat, leidet die ganze deutsche Arbeiterklasse während der langen und mühseligen Nachkriegsperiode in der Geschichte der deutschen Revolution.

Gen. Lazzari sagt, die italienische Partei mache eine Vorbereitungsperiode durch. Ich erkenne das vollauf an. Und die erste Etappe ist der ernsthafte, endgültige, unzweideutige und entschiedene Bruch mit dem Reformismus. Und dann wird die Masse restlos für den Kommunismus sein. Die zweite Etappe wird keineswegs darin bestehen, daß man die revolutionären Losungen wiederholt. Sie wird darin bestehen, daß man unsere klugen und geschickten Beschlüsse annehmen wird, die immer klug und geschickt sein und stets wiederholen werden: Die revolutionären Grundsätze müssen den Besonderheiten der verschiedenen Länder angepaßt sein.

Die Revolution in Italien wird anders verlaufen, als sie in Rußland verlaufen ist. Sie wird anders beginnen. Und zwar wie? Weder Sie noch wir wissen das. Die italienischen Kommunisten sind nicht immer in genügendem Maße Kommunisten. Hat sich denn während der Fabrikbesetzung in Italien dort auch nur ein einziger Kommunist hervorgetan? Nein, der Kommunismus existierte damals noch nicht in Italien; man kann von einem gewissen Anarchismus sprechen, aber keineswegs von einem marxistischen Kommunismus. Dieser muß erst geschaffen und den Arbeitermassen durch die Erfahrung des revolutionären Kampfes anerzogen werden. Und der erste Schritt auf diesem Wege ist der endgültige Bruch mit den Menschewiki, die mehr als 20 Jahre lang mit der bürgerlichen Regierung zusammengearbeitet und ihr geholfen haben. Es ist wohl möglich, daß Modigliani, den ich auf der Zimmerwalder und der Kienthaler Konferenz ein wenig zu beobachten Gelegenheit hatte, ein hinreichend geschickter Politiker ist, um nicht in die bürgerliche Regierung einzutreten, sondern im Zentrum der Sozialistischen Partei zu bleiben, wo er der Bourgeoisie viel mehr Nutzen bringen kann. Aber schon die ganze theoretische Einstellung, die ganze Propaganda, die ganze Agitation der Gruppe Turatis und seiner Freunde bedeutet eine Zusammenarbeit mit der Bourgeoisie. Haben das

nicht etwa die zahlreichen Zitate bewiesen, die in der Rede Gennaris angeführt wurden? Ja, das ist die Einheitsfront, die von Turati schon vorbereitet worden war. Darum muß ich dem Gen. Lazzari antworten: Durch Reden wie die Ihrige und diejenige, die Gen. Serrati hier gehalten hat, wird die Revolution nicht vorbereitet, sondern desorganisiert. (Bravorufe, Beifall.)

In Livorno hatten Sie eine beträchtliche Mehrheit. Sie hatten 98 000 Stimmen gegen 14 000 der Reformisten und 58 000 der Kommunisten. Für den Beginn einer rein kommunistischen Bewegung in einem Lande wie Italien mit seinen bekannten Traditionen, ohne genügende Vorbereitung der Spaltung, bedeutet diese Zahl für die Kommunisten einen großen Erfolg.

Es ist ein großer Sieg, ein greifbarer Beweis, der die Tatsache illustriert, daß sich die Arbeiterbewegung in Italien rascher entwickeln wird, als sich unsere Bewegung in Rußland entwickelt hat, denn wenn Sie die Zahlen kennen, die auf unsere Bewegung Bezug haben, werden Sie wissen, daß wir im Februar 1917, nach dem Sturz des Zarismus und zur Zeit der bürgerlichen Republik, gegenüber den Menschewiki noch eine Minderheit bildeten. So war es nach 15 Jahren erbitterter Kämpfe und Spaltungen. Bei uns ist der rechte Flügel nicht zur Entfaltung gelangt, aber das war nicht so einfach, wie Sie denken, wenn Sie von Rußland in einem geringschätzigen Ton sprechen. Sicher werden sich die Dinge in Italien ganz anders entwickeln. Nach 15 Jahren Kampf gegen die Menschewiki und nach dem Sturz des Zarismus begannen wir mit einer viel geringeren Zahl von Anhängern zu arbeiten. Bei Ihnen gibt es 58 000 kommunistisch gesinnte Arbeiter gegen 98 000 vereinigte Zentristen, die eine unbestimmte Haltung einnehmen. Das ist ein Beweis, eine Tatsache, die unbedingt alle diejenigen überzeugen muß, die vor der Massenbewegung der italienischen Arbeiter nicht die Augen verschließen wollen. Alles kommt nicht auf einmal. Aber es ist schon ein Beweis dafür, daß die Arbeitermassen, nicht die alten Führer, nicht die Bürokraten, nicht die Professoren, nicht die Journalisten, sondern die wirklich ausgebeutete Klasse, die Vorhut der Ausgebeuteten, hinter uns steht. Und das ist ein Kennzeichen des großen Fehlers, den Sie in Livorno begangen haben. Das ist eine Tatsache. Sie verfügten über 98 000 Stimmen, aber Sie zogen es vor, mit 14 000 Reformisten gegen 58 000 Kommunisten zusammenzugehen. Selbst wenn diese Kommunisten

keine wirklichen Kommunisten wären, selbst wenn sie nur Parteigänger von Bordiga wären – was nicht wahr ist, denn Bordiga hat nach dem II. Kongreß ganz loyal erklärt, er sage sich von allem Anarchismus und Antiparlamentarismus los –, hätten Sie mit ihnen gehen müssen. Was haben Sie getan? Sie haben die Vereinigung mit den 14 000 Reformisten und den Bruch mit den 58 000 Kommunisten vorgezogen, das aber ist der beste Beweis dafür, daß die Politik Serratis für Italien unheilvoll war. Wir haben niemals gewollt, daß Serrati in Italien die russische Revolution nachahme. Das wäre töricht. Wir sind vernünftig und geschmeidig genug, um diese Torheit zu vermeiden. Serrati aber hat bewiesen, daß er mit seiner Politik in Italien unrecht hatte. Vielleicht mußte er lavieren. Das ist der Ausdruck, den er hier vor einem Jahr am häufigsten wiederholte. Er sagte: „Wir verstehen zu lavieren, wir wollen nicht sklavisch nachahmen. Das wäre Idiotie. Wir werden lavieren müssen, um die Trennung vom Opportunismus herbeizuführen. Ihr Russen versteht es nicht, das zu tun. Wir Italiener verstehen uns besser darauf. Wir werden schon sehen." Und was haben wir gesehen? Serrati hat ausgezeichnet laviert. Er hat mit 58 000 Kommunisten gebrochen. Jetzt aber kommen die Genossen hierher und sagen: „Wenn ihr uns zurückstoßt, werden die Massen in Verwirrung geraten." Nein, Genossen, Sie täuschen sich. Die Arbeitermassen in Italien sind jetzt verwirrt, und es wird für sie von Nutzen sein, wenn wir ihnen sagen: „Wählt, Genossen, wählt, italienische Arbeiter, zwischen der Kommunistischen Internationale, die niemals verlangen wird, daß ihr die Russen sklavisch nachahmt, und den Menschewiki, die wir seit 20 Jahren kennen und die wir nie und nimmer als Nachbarn in der wahrhaft revolutionären Kommunistischen Internationale dulden werden." Das ist es, was wir den italienischen Arbeitern sagen werden. Über das Resultat kann kein Zweifel bestehen. Die Arbeitermassen werden mit uns gehen. (Stürmischer Beifall.)

3

REDE ZUR VERTEIDIGUNG DER TAKTIK DER KOMMUNISTISCHEN INTERNATIONALE 1. JULI

Genossen! Ich muß mich zu meinem großen Bedauern auf die Defensive beschränken. (Heiterkeit.) Ich sage, zu meinem großen Bedauern, weil ich, nachdem ich mich mit der Rede des Gen. Terracini und den Abänderungsvorschlägen der drei Delegationen* bekannt gemacht habe, nur allzugern die Offensive ergriffen hätte, denn gegen solche Ansichten, wie sie Terracini und diese drei Delegationen vertreten haben, muß man eigentlich offensiv vorgehen. Wenn der Kongreß gegen solche Fehler, gegen solche „linken" Dummheiten nicht entschlossen zur Offensive übergeht, dann ist die ganze Bewegung dem Untergang geweiht. Das ist meine tiefe Überzeugung. Wir sind jedoch organisierte und disziplinierte Marxisten. Mit Reden gegen einzelne Genossen können wir uns nicht begnügen. Wir Russen haben diese linken Phrasen schon bis zum Überdruß satt. Wir sind Menschen der Organisation. Bei der Ausarbeitung unserer Pläne müssen wir organisiert vorgehen und die richtige Linie zu finden suchen. Gewiß, es ist für niemand ein Geheimnis, daß unsere Thesen ein Kompromiß sind. Warum auch nicht? Unter Kommunisten, die schon den dritten Kongreß abhalten und bestimmte Grundsätze ausgearbeitet haben, sind unter gewissen Umständen Kompromisse notwendig. Unsere Thesen, die von der russischen Delegation unterbreitet worden sind, wurden aufs sorgfältigste studiert und vorbereitet, sie waren das Ergebnis langer Überlegungen und Beratungen mit verschiedenen Delegationen. Sie stellen sich das Ziel, die Grundlinie der Kommunistischen Internationale festzulegen, und sind besonders jetzt notwendig, nachdem wir die wirklichen Zentristen nicht nur formell verurteilt, sondern auch aus der Partei ausge-

* der deutschen, der österreichischen und der italienischen Kommunistischen Partei. *Der Übers.*

schlossen haben. Das sind die Tatsachen. Ich muß diese Thesen in Schutz nehmen. Und wenn jetzt Terracini kommt und sagt, wir müßten den Kampf gegen die Zentristen fortsetzen, und dann erzählt, wie man diesen Kampf führen will, dann sage ich: Wenn diese Abänderungsvorschläge eine gewisse Richtung bedeuten sollen, dann ist ein rücksichtsloser Kampf gegen diese Richtung notwendig, denn andernfalls gäbe es keinen Kommunismus und keine Kommunistische Internationale. Ich wundere mich, daß die Kommunistische Arbeiterpartei Deutschlands diese Anträge nicht unterschrieben hat. (Heiterkeit.) Man höre bloß, was Terracini verteidigt und was diese Abänderungsanträge besagen. Sie beginnen folgendermaßen: „S. 1, Spalte 1, Zeile 19 ist zu streichen: ‚Mehrheit' . . ." Mehrheit! Das soll höchst gefährlich sein! (Heiterkeit.) Und weiter: Für das Wort „Grundsätze" ist das Wort „Ziele" zu setzen. Grundsätze und Ziele sind zwei verschiedene Dinge. In bezug auf die Ziele können auch die Anarchisten mit uns übereinstimmen, denn auch sie sind für die Abschaffung der Ausbeutung und der Klassenunterschiede.

Ich habe in meinem Leben wenig Anarchisten gesehen und gesprochen, aber doch genug. Ich konnte mich mit ihnen unter Umständen über die Ziele verständigen, nie aber über die Grundsätze. Grundsätze – das ist nicht dasselbe wie Ziel und Programm, wie Taktik und Theorie. Taktik und Theorie sind nicht Grundsätze. Was unterscheidet uns von den Anarchisten hinsichtlich der Grundsätze? Die Grundsätze des Kommunismus bestehen in der Errichtung der Diktatur des Proletariats und der Anwendung von staatlichem Zwang in der Übergangsperiode. Das sind die Grundsätze des Kommunismus, aber das ist nicht sein Ziel. Die Genossen, die diesen Abänderungsantrag stellten, haben einen Fehler gemacht.

Zweitens heißt es dort: „Das Wort ‚Mehrheit' ist zu streichen." Lesen Sie das Ganze:

„Der III. Kongreß der Kommunistischen Internationale tritt erneut an die Prüfung der taktischen Fragen in einer Situation heran, wo sich in einer ganzen Reihe von Ländern die objektive Lage revolutionär zugespitzt hat und wo sich eine ganze Reihe kommunistischer Massenparteien herausgebildet hat, die aber noch nirgends die tatsächliche Führung der Mehrheit der Arbeiterklasse in deren wirklichem revolutionärem Kampf innehaben."

Und da will man das Wort „Mehrheit" streichen. Wenn wir uns nicht einmal über so einfache Sachen verständigen können, dann verstehe ich

nicht, wie wir zusammenarbeiten und das Proletariat zum Siege führen wollen. Dann braucht man sich nicht zu wundern, wenn wir uns auch über die Grundsätze nicht verständigen können. Zeigen Sie mir eine Partei, die schon die Mehrheit der Arbeiterklasse erobert hätte. Terracini hat nicht im entferntesten daran gedacht, irgendein Beispiel anzuführen. Und ein solches Beispiel gibt es auch nicht.

Also: statt „Grundsätze" – „Ziele" setzen und das Wort „Mehrheit" streichen. Ich danke schön! Das machen wir nicht mit. Sogar die deutsche Partei – eine der besten –, sogar sie hat die Mehrheit der Arbeiterklasse nicht hinter sich. Das ist eine Tatsache. Wir, die wir vor den schwersten Kämpfen stehen, fürchten uns nicht, diese Wahrheit auszusprechen, aber hier finden sich drei Delegationen, die mit einer Unwahrheit beginnen wollen, denn wenn der Kongreß das Wort „Mehrheit" streicht, dann zeigt er damit, daß er die Unwahrheit will. Das ist so klar wie nur etwas.

Weiter heißt es in den Anträgen: „S. 4, Spalte 1, Zeile 10 sind zu streichen die Worte ‚Offener Brief' usw." Ich habe heute schon eine Rede gehört, in der ich denselben Gedanken gefunden habe. Da war es aber durchaus natürlich. Es war die Rede des Gen. Hempel von der KAPD. Er sagte: „Der Offene Brief war ein opportunistischer Akt." Zu meinem größten Bedauern und meiner tiefsten Beschämung habe ich solche Ansichten schon privat gehört. Daß aber auf dem Kongreß, nachdem schon so lange Diskussionen geführt worden sind, der „Offene Brief" als opportunistisch bezeichnet wird – das ist eine Schmach und Schande! Und jetzt kommt Gen. Terracini im Namen von drei Delegationen und will das Wort „Offener Brief" streichen. Wozu dann der Kampf gegen die KAPD? Der „Offene Brief" ist als politischer Schritt vorbildlich. So steht es in unseren Thesen. Das muß unbedingt verteidigt werden. Er ist vorbildlich als erster Akt der praktischen Methode, die Mehrheit der Arbeiterklasse zu gewinnen. Wer nicht versteht, daß wir in Europa, wo fast alle Proletarier organisiert sind, die Mehrheit der Arbeiterklasse erobern müssen, der ist für die kommunistische Bewegung verloren, der wird niemals etwas lernen, wenn er das in den drei Jahren der großen Revolution noch nicht gelernt hat.

Terracini sagt, in Rußland hätten wir gesiegt, obwohl die Partei sehr klein war. Er ist unzufrieden, daß in bezug auf die Tschechoslowakei das gesagt wird, was in den Thesen steht. Hier sind 27 Abänderungsanträge,

und wenn ich sie alle kritisieren wollte, dann müßte ich wie einige andere Redner mindestens drei Stunden lang sprechen ... Hier wurde gesagt, in der Tschechoslowakei zähle die Kommunistische Partei drei- bis vierhunderttausend Mitglieder, man müsse die Mehrheit gewinnen, eine unüberwindliche Kraft schaffen und fortfahren, neue Arbeitermassen zu gewinnen. Sofort ist Terracini zum Angriff bereit. Er sagt: Wenn schon vierhunderttausend Arbeiter in der Partei sind, wozu brauchen wir dann noch mehr? Streichen! (Heiterkeit.) Er fürchtet sich vor dem Wort „Massen" und möchte es ausmerzen. Gen. Terracini hat von der russischen Revolution nicht viel begriffen.

Wir waren in Rußland eine kleine Partei, aber wir hatten außerdem auch die Mehrheit der Sowjets der Arbeiter- und Bauerndeputierten im ganzen Lande. (Zwischenruf: „Richtig!") Wo haben Sie das? Mit uns war fast die Hälfte der Armee, die damals zumindest 10 Millionen Mann zählte. Haben Sie etwa die Mehrheit der Armee? Zeigen Sie mir ein solches Land! Wenn diese Ansichten des Gen. Terracini von noch drei Delegationen geteilt werden, dann ist etwas faul in der Internationale! Dann müssen wir sagen: „Halt! Entschiedener Kampf! Sonst ist die Kommunistische Internationale verloren."

Auf Grund der Erfahrungen, die ich habe, und obwohl ich mich in der Defensive befinde (Heiterkeit), muß ich sagen, daß das Ziel meiner Rede und ihr Grundsatz die Verteidigung der Resolution und der Thesen ist, die von unserer Delegation vorgelegt worden sind. Natürlich wäre es pedantisch zu sagen, daß man daran kein Jota ändern darf. Ich habe schon recht viele Resolutionen gelesen, und ich weiß wohl, daß man an jeder Zeile Verbesserungen vornehmen könnte. Aber das wäre Pedanterie. Wenn ich jetzt trotzdem erkläre, daß politisch kein Buchstabe geändert werden darf, so geschieht das, weil ich sehe, daß die Abänderungsanträge einen ganz bestimmten politischen Charakter tragen, weil sie auf einen Weg führen, der für die Kommunistische Internationale schädlich und gefährlich ist. Deshalb muß ich, müssen wir alle, auch die russische Delegation, darauf bestehen, daß an den Thesen nicht ein Buchstabe geändert wird. Wir haben unsere rechten Elemente nicht nur verurteilt, sondern fortgejagt. Wenn man aber aus dem Kampf gegen die Rechten einen Sport macht, wie Terracini es tut, dann müssen wir sagen: „Schluß damit! Sonst wird die Gefahr allzu ernst!"

Terracini hat die Offensivtheorie verteidigt. Die berüchtigten Abänderungsanträge bringen hierüber zwei bis drei Seiten lange Formulierungen. Wir brauchen das nicht zu lesen. Wir wissen, was darin geschrieben steht. Terracini hat ganz klar gesagt, worum es sich handelt. Die Offensivtheorie hat er mit dem Hinweis auf „dynamische Tendenzen" und den „Übergang von der Passivität zur Aktivität" verteidigt. Wir in Rußland haben schon genügend politische Erfahrung im Kampf gegen die Zentristen. Schon vor 15 Jahren haben wir gegen unsere Opportunisten und Zentristen wie auch gegen die Menschewiki gekämpft, und wir haben nicht nur über die Menschewiki, sondern auch über die halben Anarchisten den Sieg davongetragen.

Hätten wir das nicht getan, dann wären wir nicht dreieinhalb Jahre, ja nicht einmal dreieinhalb Wochen imstande gewesen, die Macht in unseren Händen zu halten, und könnten hier keine kommunistischen Kongresse einberufen. „Dynamische Tendenzen" und „Übergang von der Passivität zur Aktivität" – das sind alles Phrasen, die von den linken Sozialrevolutionären gegen uns ins Treffen geführt wurden. Jetzt sitzen sie im Gefängnis und verteidigen dort die „Ziele des Kommunismus" und denken nach über den „Übergang von der Passivität zur Aktivität". (Heiterkeit.) So zu argumentieren, wie es in den Abänderungsanträgen geschieht, ist unmöglich, denn es finden sich darin weder Marxismus noch politische Erfahrung, noch Argumente. Haben wir etwa in unseren Thesen eine allgemeine Theorie der revolutionären Offensive entwickelt? Hat etwa Radek oder ein anderer von uns eine solche Dummheit begangen? Wir sprachen von der Offensivtheorie in bezug auf ein ganz bestimmtes Land und eine ganz bestimmte Periode.

Wir können aus unserem Kampf gegen die Menschewiki Fälle anführen, die beweisen, daß es schon vor der ersten Revolution Leute gab, die daran zweifelten, daß eine revolutionäre Partei die Offensive ergreifen muß. Wenn bei einem Sozialdemokraten – damals nannten wir uns alle so – solche Zweifel entstanden, nahmen wir den Kampf gegen ihn auf und sagten, daß er ein Opportunist ist, daß er vom Marxismus und von der Dialektik der revolutionären Partei nichts versteht. Kann denn die Partei darüber streiten, ob eine revolutionäre Offensive überhaupt zulässig sei? Bei uns müßten wir 15 Jahre zurückgehen, um solche Beispiele zu finden. Gibt es offene oder verkappte Zentristen, die die Offensivtheorie bestrei-

ten, so muß man solche Leute unverzüglich ausschließen. Diese Frage kann keinen Streit hervorrufen. Die Tatsache aber, daß wir noch jetzt, nach drei Jahren Bestehens der Kommunistischen Internationale, über „dynamische Tendenzen" und den „Übergang von der Passivität zur Aktivität" streiten – das ist eine Schmach und Schande.

Wir streiten nicht darüber mit Gen. Radek, der mit uns gemeinsam diese Thesen ausgearbeitet hat. Vielleicht war es nicht ganz richtig, in Deutschland eine Diskussion *über die Theorie* der revolutionären Offensive anzufangen, nachdem man keine wirkliche Offensive vorbereitet hatte. Die Märzaktion ist trotzdem ein großer Schritt vorwärts, ungeachtet der fehlerhaften Führung. Aber das ist nicht ausschlaggebend. Hunderttausende Arbeiter haben heldenhaft gekämpft. So heldenmütig die KAPD auch gegen die Bourgeoisie gekämpft haben mag, müssen wir doch sagen, was Gen. Radek in einem russischen Artikel über Hölz gesagt hat. Wenn irgend jemand, sei er auch Anarchist, heldenmütig gegen die Bourgeoisie kämpft, so ist das natürlich eine große Sache, wenn aber Hunderttausende gegen die niederträchtige Provokation der Sozialverräter und gegen die Bourgeoisie kämpfen, dann ist das ein wirklicher Schritt vorwärts.

Es ist sehr wichtig, sich kritisch zu den eigenen Fehlern zu verhalten. Damit haben wir begonnen. Wenn jemand nach einem Kampf von Hunderttausenden gegen diesen Kampf auftritt und sich so benimmt wie Levi, dann muß man ihn ausschließen. Das ist auch geschehen. Aber wir müssen daraus eine Lehre ziehen: Haben wir denn die Offensive vorbereitet? (R a d e k: „Wir haben nicht einmal die Defensive vorbereitet.") Jawohl, von Offensive war nur in Zeitungsartikeln die Rede. Diese Theorie, angewandt auf die Märzaktion in Deutschland 1921, war falsch – das müssen wir zugeben –, aber im allgemeinen ist die Theorie der revolutionären Offensive keineswegs falsch.

Wir haben in Rußland gesiegt, und zwar so leicht gesiegt, weil wir unsere Revolution während des imperialistischen Krieges vorbereitet hatten. Das ist die erste Bedingung. Zehn Millionen Arbeiter und Bauern waren bei uns bewaffnet, und unsere Losung war: sofortiger Frieden, koste es, was es wolle. Wir haben gesiegt, weil die breitesten Bauernmassen gegen die Großgrundbesitzer revolutionär eingestellt waren. Die Sozialrevolutionäre, die Leute von der II. und zweieinhalbten Internationale, waren im November 1917 die große Bauernpartei. Sie forderten revolu-

tionäre Mittel, aber als echte Helden der II. und zweieinhalbten Internationale hatten sie nicht Mut genug, um revolutionär zu handeln. Wir haben im August und September 1917 gesagt: „Theoretisch kämpfen wir gegen die Sozialrevolutionäre, genauso wie früher, aber praktisch sind wir bereit, ihr Programm anzunehmen, weil nur wir dieses Programm verwirklichen können." Das haben wir gesagt, und das haben wir getan. Die Bauernschaft, die im November 1917, nach unserem Sieg, gegen uns gestimmt war und eine Mehrheit von Sozialrevolutionären in die Konstituierende Versammlung geschickt hatte, wurde von uns gewonnen, wenn nicht binnen wenigen Tagen, wie ich irrtümlicherweise erwartet und vorausgesagt hatte, so jedenfalls binnen wenigen Wochen. Der Unterschied war nicht groß. Zeigen Sie mir in Westeuropa ein Land, wo Sie die Mehrheit der Bauernschaft binnen wenigen Wochen auf Ihre Seite ziehen könnten. Vielleicht in Italien? (H e i t e r k e i t.) Wenn man sagt, daß wir in Rußland siegten, obwohl wir nur eine kleine Partei hatten, dann beweist das nur, daß man die russische Revolution nicht begriffen hat und absolut nicht begreift, wie man eine Revolution vorbereiten muß.

Unser erster Schritt war, eine wirkliche kommunistische Partei zu schaffen, um zu wissen, mit wem wir sprechen und zu wem wir volles Vertrauen haben können. Auf dem I. und dem II. Kongreß lautete die Losung: „Nieder mit den Zentristen!" Wenn wir mit den Zentristen und halben Zentristen, die wir in Rußland Menschewiki nennen, nicht auf der ganzen Linie und in der ganzen Welt fertig werden, dann verstehen wir nicht einmal das Abc des Kommunismus. Unsere erste Aufgabe ist die Bildung einer wahrhaft revolutionären Partei und der Bruch mit den Menschewiki. Das ist indes erst die Vorbereitungsschule. Wir haben schon den III. Kongreß einberufen, aber Gen. Terracini wiederholt immer wieder, die Aufgabe der Vorbereitungsschule bestehe darin, die Zentristen und halben Zentristen zu jagen, zu verfolgen und zu entlarven. Danke schön! Das haben wir schon zur Genüge getan. Daß die Zentristen unsere Feinde sind, haben wir schon auf dem II. Kongreß gesagt. Aber schließlich muß man doch weiterschreiten. Die zweite Stufe, nachdem wir uns in der Partei zusammengeschlossen haben, wird darin bestehen, daß wir lernen, wie man die Revolution vorbereitet. In vielen Ländern haben wir noch nicht einmal gelernt, wie man die Führung erobert. Wir haben in Rußland nicht nur deshalb gesiegt, weil wir die unbestrittene Mehrheit der Arbeiter-

klasse auf unserer Seite hatten (während der Wahlen 1917 war die erdrückende Mehrheit der Arbeiter für uns und gegen die Menschewiki), sondern auch deshalb, weil unmittelbar nach der Eroberung der Macht die Hälfte der Armee und binnen wenigen Wochen neun Zehntel der Bauernmasse auf unsere Seite übergingen. Wir haben gesiegt, weil wir nicht unser, sondern das sozialrevolutionäre Agrarprogramm annahmen und praktisch verwirklichten. Unser Sieg bestand gerade darin, daß wir das sozialrevolutionäre Programm verwirklichten; deshalb war der Sieg auch so leicht. Können Sie im Westen etwa solche Illusionen haben? Das wäre lächerlich! Vergleichen Sie doch die konkreten ökonomischen Verhältnisse, Gen. Terracini und alle, die Sie diese Abänderungsanträge unterzeichnet haben! Obwohl sich die Mehrheit so schnell auf unsere Seite geschlagen hatte, waren die Schwierigkeiten, die wir nach dem Sieg meistern mußten, sehr groß. Wir setzten uns dennoch durch, weil wir nicht nur unsere Ziele, sondern auch unsere Grundsätze nicht vergessen hatten und in unserer Partei keine Leute duldeten, die über Grundsätze schwiegen und über Ziele, „dynamische Tendenzen" und den „Übergang von der Passivität zur Aktivität" redeten. Vielleicht wird man uns zur Last legen, daß wir solche Herrschaften lieber im Gefängnis halten. Anders ist jedoch die Diktatur unmöglich. Wir müssen die Diktatur vorbereiten, und diese Vorbereitung besteht im Kampf gegen solche Phrasen und solche Abänderungsanträge. (Heiterkeit.) Überall ist in unseren Thesen die Rede von der Masse. Aber, Genossen, man muß doch verstehen, was Masse heißt. Die KAPD, Genossen von links, hat dieses Wort allzusehr mißbraucht. Aber auch Gen. Terracini und alle, die diese Abänderungsanträge unterzeichnet haben, wissen ebenfalls nicht, was unter dem Wort „Masse" zu verstehen ist.

Ich spreche ohnehin schon zu lange und möchte daher nur einige Worte über den Begriff „Masse" sagen. Der Begriff „Masse" ändert sich, je nachdem sich der Charakter des Kampfes ändert. Zu Beginn des Kampfes genügten schon einige tausend wirklich revolutionäre Arbeiter, damit man von der Masse sprechen konnte. Gelingt es der Partei, nicht nur ihre Mitglieder in den Kampf einzubeziehen, gelingt es ihr, auch Parteilose aufzurütteln, so ist das schon der Beginn der Eroberung der Massen. Wir haben in unseren Revolutionen Fälle erlebt, wo einige tausend Arbeiter schon die Masse vertraten. In der Geschichte unserer Bewegung, in der

Geschichte unseres Kampfes gegen die Menschewiki werden Sie viele Beispiele finden, wo einige tausend Arbeiter in einer Stadt genügten, um den Massencharakter der Bewegung offenkundig zu machen. Wenn einige tausend parteilose Arbeiter, die gewöhnlich ein Spießerleben führen und ein klägliches Dasein fristen, die niemals etwas von Politik gehört haben, revolutionär zu handeln beginnen, so ist das die Masse. Verbreitet und verstärkt sich die Bewegung, so geht sie allmählich in eine wirkliche Revolution über. Wir haben das 1905 und 1917, in drei Revolutionen, gesehen, und Sie werden sich ebenfalls noch davon überzeugen müssen. Ist die Revolution schon genügend vorbereitet, so ändert sich der Begriff der „Masse": einige tausend Arbeiter stellen keine Masse mehr dar. Dieses Wort beginnt etwas anderes zu bedeuten. Der Begriff der Masse ändert sich in dem Sinne, daß man darunter die Mehrheit zu verstehen hat, und zwar nicht nur die einfache Mehrheit der Arbeiter, sondern die Mehrheit aller Ausgebeuteten; etwas anderes darunter zu verstehen ist für einen Revolutionär unzulässig, jeder andere Sinn, den man in dieses Wort hineinlegt, wird unverständlich. Es ist möglich, daß auch eine kleine Partei, beispielsweise die englische oder die amerikanische, wenn sie den Gang der politischen Entwicklung gut studiert hat und das Leben und die Gewohnheiten der parteilosen Masse kennt, in einem günstigen Augenblick eine revolutionäre Bewegung hervorrufen wird (Gen. Radek hat als gutes Beispiel den Bergarbeiterstreik genannt). Wenn eine solche Partei in einem solchen Augenblick mit ihren Losungen auftritt und es erreicht, daß Millionen von Arbeitern ihr folgen, dann ist das eine Massenbewegung. Ich bestreite nicht unbedingt, daß die Revolution auch mit einer ziemlich kleinen Partei begonnen und zum siegreichen Ende geführt werden kann. Man muß aber wissen, mit welchen Methoden man die Massen für sich zu gewinnen hat. Dazu muß man die Revolution gründlich vorbereiten. Und da kommen nun Genossen und erklären: Man muß die Forderung „großer" Massen sofort fallenlassen. Gegen diese Genossen muß man den Kampf aufnehmen. Ohne gründliche Vorbereitung werden Sie in keinem Lande den Sieg erringen. Eine ganz kleine Partei kann genügen, um die Masse zu führen. In gewissen Augenblicken braucht man keine großen Organisationen.

Um zu siegen, braucht man aber die Sympathie der Massen. Nicht immer ist die absolute Mehrheit erforderlich; doch um zu siegen und die Macht zu behaupten, ist nicht nur die Mehrheit der Arbeiterklasse erfor-

derlich – ich gebrauche hier den Terminus „Arbeiterklasse" in westeuropäischem Sinne, meine also das Industrieproletariat –, sondern auch die Mehrheit der ausgebeuteten und werktätigen Landbevölkerung. Haben Sie darüber nachgedacht? Finden wir in der Rede von Terracini diesen Gedanken auch nur angedeutet? Es gibt darin lediglich „dynamische Tendenz" und „Übergang von der Passivität zur Aktivität". Streift er auch nur mit einem einzigen Wort die Ernährungsfrage? Die Arbeiter verlangen jedoch Nahrung, wenn sie auch viel ertragen und hungern können, wie wir das in Rußland bis zu einem gewissen Grad gesehen haben. Wir müssen daher nicht nur die Mehrheit der Arbeiterklasse, sondern auch die Mehrheit der werktätigen und ausgebeuteten Landbevölkerung auf unsere Seite ziehen. Haben Sie das vorbereitet? Fast nirgends.

Also, ich wiederhole: Ich muß rückhaltlos unsere Thesen verteidigen, und diese Verteidigung halte ich für meine Pflicht. Die Zentristen haben wir nicht nur verurteilt, sondern auch aus der Partei verjagt. Jetzt müssen wir uns gegen die andere Seite wenden, die wir auch für gefährlich halten. Wir müssen den Genossen in höflichster Form die Wahrheit sagen (auch in unseren Thesen ist das liebenswürdig und zuvorkommend gesagt), damit sich niemand gekränkt fühle: Vor uns stehen jetzt andere, wichtigere Fragen als die Jagd auf Zentristen. Genug damit. Wir sind dieser Frage schon ein wenig überdrüssig. Statt dessen müßten die Genossen lernen, den wirklich revolutionären Kampf zu führen. Die deutschen Arbeiter haben bereits damit begonnen. Hunderttausende von Proletariern haben in diesem Lande heldenmütig gekämpft. Jeden, der gegen diesen Kampf auftritt, muß man sofort ausschließen. Aber nachdem man das getan hat, darf man nicht leere Phrasen dreschen, sondern muß sofort anfangen zu lernen, aus den begangenen Fehlern zu lernen, wie man den Kampf besser organisiert. Wir dürfen unsere Fehler nicht verheimlichen, weil der Feind das ausnutzen könnte. Wer das fürchtet, ist kein Revolutionär. Im Gegenteil, wenn wir den Arbeitern offen sagen: „Ja, wir haben Fehler gemacht", so bedeutet das, daß wir sie das nächste Mal nicht wiederholen, daß wir den Zeitpunkt richtiger zu wählen verstehen werden. Und wenn im Kampfe selbst die Mehrheit der Werktätigen – nicht nur die Mehrheit der Arbeiter, sondern die Mehrheit aller Ausgebeuteten und Unterdrückten – auf unserer Seite stehen wird, dann werden wir wirklich siegen. (Anhaltender stürmischer Beifall.)

4

REFERAT ÜBER DIE TAKTIK DER KPR
5. JULI

Genossen! Eigentlich hatte ich keine Möglichkeit, mich auf dieses Referat richtig vorzubereiten. Die Übersetzung meiner Broschüre über die Naturalsteuer und die Thesen über die Taktik der Kommunistischen Partei Rußlands – das ist alles, was ich systematisch vorbereiten konnte. Diese Materialien will ich nur durch einige Erläuterungen und Bemerkungen ergänzen.

Um die Taktik unserer Partei zu begründen, muß man, wie ich glaube, mit einer Beleuchtung der internationalen Lage beginnen. Wir haben schon die ökonomische Lage des Kapitalismus im internationalen Maßstab eingehend erörtert, und der Kongreß hat zu dieser Frage bereits bestimmte Resolutionen angenommen. Ich behandle diese Frage in meinen Thesen ganz kurz und ausschließlich vom politischen Standpunkt aus. Die ökonomische Grundlage berühre ich nicht, aber ich glaube, daß in der internationalen Lage unserer Republik politisch mit der Tatsache gerechnet werden muß, daß jetzt unbestreitbar ein gewisses Gleichgewicht der Kräfte eingetreten ist, die offen, mit der Waffe in der Hand, gegeneinander den Kampf um die Herrschaft der einen oder anderen führenden Klasse führten, ein Gleichgewicht zwischen der bürgerlichen Gesellschaft, der internationalen Bourgeoisie in ihrer Gesamtheit einerseits und Sowjetrußland anderseits. Aber natürlich ist das ein Gleichgewicht nur in beschränktem Sinne. Nur von diesem militärischen Kampf behaupte ich, daß ein gewisses Gleichgewicht in der internationalen Lage eingetreten ist. Es muß natürlich betont werden, daß hier nur von einem relativen Gleichgewicht, von einem recht labilen Gleichgewicht die Rede ist. In den kapitalistischen Staaten hat sich ebenso wie in jenen Ländern, die bisher nur als

Objekte und nicht als Subjekte der Geschichte betrachtet wurden, d. h. in den kolonialen und halbkolonialen Ländern, viel Zündstoff angehäuft; daher ist es durchaus möglich, daß in diesen Ländern früher oder später ganz unerwartet Aufstände, große Kämpfe und Revolutionen ausbrechen werden. In den letzten Jahren haben wir den direkten Kampf der internationalen Bourgeoisie gegen die erste proletarische Republik gesehen. Dieser Kampf bildete den Mittelpunkt der ganzen weltpolitischen Lage, und eben hierin ist jetzt eine Änderung eingetreten. Da der Versuch der internationalen Bourgeoisie, unsere Republik zu erdrosseln, mißlungen ist, ist auch ein Gleichgewicht, natürlich ein recht labiles Gleichgewicht, eingetreten.

Natürlich verstehen wir ausgezeichnet, daß die internationale Bourgeoisie jetzt viel stärker ist als unsere Republik und daß nur ein eigenartiges Zusammentreffen von Umständen sie daran hindert, den Krieg gegen uns fortzusetzen. In den letzten Wochen konnten wir schon wieder einen Versuch im Fernen Osten beobachten, die Invasion zu erneuern, und es unterliegt keinem Zweifel, daß man derartige Versuche auch weiter fortsetzen wird. Darüber gibt es in unserer Partei keinen Zweifel. Wichtig ist für uns festzustellen, daß ein labiles Gleichgewicht vorhanden ist und daß wir diese Atempause ausnutzen müssen, indem wir die charakteristischen Merkmale der gegenwärtigen Lage berücksichtigen und unsere Taktik den Eigentümlichkeiten dieser Lage anpassen, ohne auch nur einen Augenblick zu vergessen, daß über Nacht erneut die Notwendigkeit eines bewaffneten Kampfes eintreten kann. Die Organisierung der Roten Armee, ihre Stärkung, bleibt nach wie vor unsere Aufgabe. Und hinsichtlich der Ernährungsfrage müssen wir nach wie vor und in erster Linie an unsere Rote Armee denken. In der gegebenen internationalen Lage, wo wir immer noch neue Überfälle und neue Invasionsversuche der internationalen Bourgeoisie erwarten müssen, können wir keinen anderen Weg einschlagen. Was aber unsere praktische Politik betrifft, so hat die Tatsache, daß in der internationalen Lage ein gewisses Gleichgewicht eingetreten ist, eine gewisse Bedeutung, jedoch nur in dem Sinne, daß wir anerkennen müssen, daß die revolutionäre Bewegung zwar vorwärtsgeschritten, daß aber die Entwicklung der internationalen Revolution in diesem Jahr nicht so geradlinig verlaufen ist, wie wir es erwartet hatten.

Als wir seinerzeit die internationale Revolution begannen, taten wir es

nicht in dem Glauben, daß wir ihrer Entwicklung vorgreifen könnten, sondern deshalb, weil eine ganze Reihe von Umständen uns veranlaßte, diese Revolution zu beginnen. Wir dachten: Entweder kommt uns die internationale Revolution zu Hilfe, und dann ist unser Sieg ganz sicher, oder wir machen unsere bescheidene revolutionäre Arbeit in dem Bewußtsein, daß wir selbst im Falle einer Niederlage der Sache der Revolution dienen und daß unsere Erfahrungen den anderen Revolutionen von Nutzen sein werden. Es war uns klar, daß ohne die Unterstützung der internationalen Weltrevolution der Sieg der proletarischen Revolution unmöglich ist. Schon vor der Revolution und auch nachher dachten wir: Entweder sofort oder zumindest sehr rasch wird die Revolution in den übrigen Ländern kommen, in den kapitalistisch entwickelteren Ländern, oder aber wir müssen zugrunde gehen. Trotz dieses Bewußtseins taten wir alles, um das Sowjetsystem unter allen Umständen und um jeden Preis aufrechtzuerhalten, denn wir wußten, daß wir nicht nur für uns, sondern auch für die internationale Revolution arbeiten. Wir haben das gewußt, wir haben dieser Überzeugung wiederholt Ausdruck gegeben, sowohl vor der Oktoberrevolution als auch unmittelbar nach ihr und während des Abschlusses des Brest-Litowsker Friedens. Und das war, allgemein gesprochen, richtig.

Indessen verlief die Bewegung in Wirklichkeit nicht so geradlinig, wie wir erwartet hatten. In den anderen großen, kapitalistisch am meisten entwickelten Ländern ist die Revolution bis heute nicht ausgebrochen. Die Revolution entwickelt sich wohl – wir können das mit Befriedigung feststellen – in der ganzen Welt, und nur dank diesem Umstand ist die internationale Bourgeoisie, obwohl sie ökonomisch und militärisch hundertmal stärker ist als wir, nicht imstande, uns zu erdrosseln. (Beifall.)

Wie diese Lage zustande gekommen ist und welche Schlußfolgerungen wir daraus ziehen müssen, behandle ich im Abschnitt 2 der Thesen. Ich will noch hinzufügen, daß ich daraus folgende endgültige Schlußfolgerung ziehe: Die Entwicklung der internationalen Revolution, die wir vorausgesagt haben, schreitet vorwärts. Aber diese Vorwärtsbewegung ist nicht so geradlinig, wie wir erwartet haben. Es ist auf den ersten Blick klar, daß es in den anderen kapitalistischen Ländern nach dem Abschluß des Friedens, wie schlecht dieser auch sein mag, nicht gelungen ist, eine Revolution zu entfachen, obwohl die revolutionären Symptome, wie wir wissen,

sehr bedeutsam und zahlreich waren, sogar viel bedeutsamer und zahlreicher, als wir angenommen hatten. Jetzt beginnen Broschüren zu erscheinen, die uns zu erzählen wissen, daß in den letzten Jahren und Monaten diese revolutionären Symptome in Europa viel ernster waren, als wir vermutet hatten. Was sollen wir jetzt tun? Gegenwärtig ist eine gründliche Vorbereitung der Revolution und ein tiefschürfendes Studium ihrer konkreten Entwicklung in den fortgeschrittenen kapitalistischen Ländern notwendig. Das ist die erste Lehre, die wir aus der internationalen Lage ziehen müssen. Für unsere Russische Republik müssen wir diese kurze Atempause dazu benutzen, unsere Taktik dieser Zickzacklinie der Geschichte anzupassen. Politisch ist dieses Gleichgewicht sehr wichtig, weil wir klar sehen, daß gerade in vielen westeuropäischen Ländern, wo die breiten Massen der Arbeiterklasse, und höchst wahrscheinlich auch die große Mehrheit der Bevölkerung, organisiert sind, die Hauptstütze der Bourgeoisie gerade die feindlichen Organisationen der Arbeiterklasse bilden, die der II. und der zweieinhalbten Internationale angeschlossen sind. Hierüber spreche ich im Abschnitt 2 der Thesen, und ich glaube hier nur zwei Punkte streifen zu müssen, die in unserer Diskussion über die Taktik schon erörtert wurden. Erstens, die Eroberung der Mehrheit des Proletariats. Je organisierter das Proletariat in einem kapitalistisch entwickelten Lande ist, um so mehr Gründlichkeit verlangt die Geschichte von uns bei der Vorbereitung der Revolution und mit um so größerer Gründlichkeit müssen wir daran arbeiten, die Mehrheit der Arbeiterklasse zu erobern. Zweitens ist die Hauptstütze des Kapitalismus in den industriell entwickelten kapitalistischen Ländern gerade der Teil der Arbeiterklasse, der in der II. und der zweieinhalbten Internationale organisiert ist. Könnte sich die internationale Bourgeoisie nicht auf diesen Teil der Arbeiter, auf diese konterrevolutionären Elemente innerhalb der Arbeiterklasse stützen, so wäre sie gar nicht imstande, sich weiter zu halten.

Ich möchte hier auch die Bedeutung der Bewegung in den Kolonien betonen. Diesbezüglich sehen wir in allen alten Parteien, in allen bürgerlichen und kleinbürgerlichen Arbeiterparteien der II. und zweieinhalbten Internationale noch immer Reste alter sentimentaler Anschauungen: Sie sind, sagen sie, voller Sympathie für die unterdrückten kolonialen und halbkolonialen Völker. Die Bewegung in den Kolonialländern wird immer noch als unbedeutende nationale und völlig friedliche Bewegung betrach-

tet. Dem ist aber nicht so. Seit Beginn des 20. Jahrhunderts sind in dieser Beziehung große Veränderungen eingetreten, nämlich: Millionen und Hunderte Millionen – faktisch die übergroße Mehrheit der Bevölkerung unseres Erdballs – treten jetzt als selbständige aktive revolutionäre Faktoren auf. Und es ist absolut klar, daß in den kommenden entscheidenden Schlachten der Weltrevolution die ursprünglich auf die nationale Befreiung gerichtete Bewegung der Mehrheit der Bevölkerung des Erdballs sich gegen den Kapitalismus und Imperialismus kehren und vielleicht eine viel größere revolutionäre Rolle spielen wird, als wir erwarten. Es ist wichtig zu betonen, daß wir zum erstenmal in unserer Internationale darangegangen sind, diesen Kampf vorzubereiten. Gewiß sind auf diesem gewaltigen Gebiet die Schwierigkeiten viel größer, aber jedenfalls geht die Bewegung vorwärts, und die Massen der Werktätigen, die Bauern der Kolonialländer, werden, obwohl sie jetzt noch rückständig sind, in den folgenden Phasen der Weltrevolution eine sehr große revolutionäre Rolle spielen. (Lebhafte Zustimmung.)

Was die innere politische Lage unserer Republik betrifft, so muß ich mit einer genauen Untersuchung der Klassenverhältnisse beginnen. In den letzten Monaten ist hier insofern eine Änderung eingetreten, als wir die Bildung neuer gegen uns gerichteter Organisationen der Ausbeuterklasse beobachten. Die Aufgabe des Sozialismus besteht darin, die Klassen abzuschaffen. In den vordersten Reihen der Ausbeuterklasse stehen die Großgrundbesitzer und die industriellen Kapitalisten. Hier ist die Arbeit der Zerstörung ziemlich leicht und kann in einigen Monaten, bisweilen sogar in einigen Wochen oder Tagen, zu Ende geführt werden. Wir in Rußland haben unsere Ausbeuter, die Großgrundbesitzer ebenso wie die Kapitalisten, expropriiert. Während des Krieges hatten sie keine eigene Organisation und handelten nur als Schildknappen der militärischen Kräfte der internationalen Bourgeoisie. Jetzt, nachdem wir den Angriff der internationalen Konterrevolution abgeschlagen haben, hat sich eine Organisation der russischen Bourgeoisie und aller russischen konterrevolutionären Parteien im Ausland gebildet. Man kann die Zahl der russischen Emigranten, die im gesamten Ausland verstreut leben, auf anderthalb oder zwei Millionen schätzen. Fast in jedem Lande geben sie Tageszeitungen heraus, und alle Parteien, diejenigen der Großgrundbesitzer wie der Kleinbürger, Sozialrevolutionäre und Menschewiki nicht ausgenommen,

verfügen über zahlreiche Verbindungen mit ausländischen bürgerlichen Elementen, d. h., sie bekommen genug Geld, um eine eigene Presse zu haben; wir können beobachten, daß im Ausland alle unsere früheren politischen Parteien ohne Ausnahme zusammenarbeiten, und wir sehen, wie die „freie" russische Presse im Ausland, angefangen von den Sozialrevolutionären und Menschewiki bis zu den reaktionärsten Monarchisten, den Großgrundbesitz verteidigt. Das erleichtert uns bis zu einem gewissen Grade unsere Aufgabe, weil wir die Kräfte des Feindes, seine Organisiertheit und die politischen Strömungen in seinem Lager leichter überblicken können. Auf der anderen Seite erschwert das natürlich unsere Arbeit, weil diese russischen konterrevolutionären Emigranten alle Mittel ausnutzen, um den Kampf gegen uns vorzubereiten. Dieser Kampf beweist von neuem, daß im großen und ganzen der Klasseninstinkt und das Klassenbewußtsein der herrschenden Klassen noch immer höher entwickelt sind als das Klassenbewußtsein der unterdrückten Klassen, obwohl die russische Revolution in dieser Hinsicht mehr geleistet hat als alle früheren Revolutionen. In Rußland gibt es kein Dorf, wo die Menschen, wo die Unterdrückten nicht aufgerüttelt worden wären. Und dennoch, wenn wir die Organisiertheit und politische Klarheit der Ansichten der im Ausland lebenden russischen konterrevolutionären Emigranten nüchtern beurteilen, werden wir uns überzeugen, daß das Klassenbewußtsein der Bourgeoisie immer noch höher ist als das Klassenbewußtsein der Ausgebeuteten und Unterdrückten. Diese Leute machen alle möglichen Versuche, sie nutzen sehr geschickt jede Gelegenheit aus, um in dieser oder jener Form Sowjetrußland anzugreifen und zu zerschlagen. Es wäre höchst lehrreich – und ich denke, die ausländischen Genossen werden das tun –, die wichtigsten Bestrebungen, die wichtigsten taktischen Methoden, die wichtigsten Strömungen dieser russischen Konterrevolution systematisch zu verfolgen. Sie arbeitet hauptsächlich im Ausland, und es wird den ausländischen Genossen nicht besonders schwerfallen, diese Bewegung zu verfolgen. In gewisser Hinsicht müssen wir von diesem Feind lernen. Diese konterrevolutionären Emigranten sind sehr gut informiert, sie sind hervorragend organisiert, sie sind gute Strategen, und ich glaube, wenn wir systematisch vergleichen und systematisch untersuchen, wie sie sich organisieren, wie sie diese oder jene Gelegenheit ausnutzen, so könnte das eine starke propagandistische Wirkung auf die Arbeiterklasse ausüben. Das ist keine all-

gemeine Theorie, das ist praktische Politik, und man sieht hier, was der Feind gelernt hat. Die russische Bourgeoisie hat in den letzten Jahren eine furchtbare Niederlage erlitten. Ein altes geflügeltes Wort sagt, daß geschlagene Armeen gut lernen. Die geschlagene reaktionäre Armee hat gut gelernt, ausgezeichnet gelernt. Sie lernt mit größtem Heißhunger, und sie hat wirklich große Erfolge erzielt. Damals, als wir die Macht in einem einzigen Ansturm nahmen, war die russische Bourgeoisie unorganisiert und politisch unentwickelt. Jetzt, glaube ich, steht sie auf der Höhe der modernen westeuropäischen Entwicklung. Wir müssen damit rechnen, wir müssen unsere eigenen Organisationen und Methoden verbessern, und wir werden darauf mit allen Kräften hinarbeiten. Es war verhältnismäßig leicht für uns, und ich glaube, es wird auch für die anderen Revolutionen ebenso leicht sein, mit diesen zwei Ausbeuterklassen fertig zu werden.

Aber außer dieser Ausbeuterklasse gibt es in fast allen kapitalistischen Ländern, England vielleicht ausgenommen, die Klasse der Kleinproduzenten und der kleinen Landwirte. Die Hauptfrage der Revolution ist jetzt der Kampf gegen diese zwei letzten Klassen. Um sie aus der Welt zu schaffen, muß man andere Methoden anwenden als im Kampf gegen die Großgrundbesitzer und Kapitalisten. Diese beiden Klassen konnten wir einfach expropriieren und fortjagen – was wir auch getan haben. Aber mit den letzten kapitalistischen Klassen, mit den Kleinproduzenten und den Kleinbürgern, die in allen Ländern existieren, können wir nicht so verfahren. In den meisten kapitalistischen Ländern stellen diese Klassen eine sehr starke Minderheit, etwa 30 bis 45 Prozent der Bevölkerung, dar. Wenn wir die kleinbürgerlichen Elemente der Arbeiterklasse hinzunehmen, kommen sogar mehr als 50 Prozent heraus. Man kann sie nicht expropriieren oder fortjagen – hier muß der Kampf anders geführt werden. Die Bedeutung der Periode, die jetzt in Rußland anbricht, besteht vom internationalen Standpunkt aus – wenn man die internationale Revolution als einheitlichen Prozeß betrachtet – im wesentlichen darin, daß wir praktisch die Frage des Verhältnisses des Proletariats zur letzten kapitalistischen Klasse in Rußland zu lösen haben. Theoretisch haben alle Marxisten diese Frage gut und leicht gelöst; aber Theorie und Praxis sind zwei verschiedene Dinge, und diese Frage praktisch oder theoretisch zu lösen ist durchaus nicht ein und dasselbe. Wir wissen bestimmt, daß wir große Fehler gemacht haben. Vom internationalen Standpunkt aus ist es ein

enormer Fortschritt, daß wir bestrebt sind, das Verhältnis des Proletariats, das die Staatsmacht in seinen Händen hält, zur letzten kapitalistischen Klasse, zum tiefsten Grundpfeiler des Kapitalismus, zum Kleineigentum, zum Kleinproduzenten zu bestimmen. Vor diese Frage sind wir jetzt praktisch gestellt. Ich glaube, wir werden diese Aufgabe lösen können. Jedenfalls wird die Erfahrung, die wir machen, für die kommenden proletarischen Revolutionen von Nutzen sein, und sie werden sich technisch besser auf die Lösung dieser Frage vorbereiten können.

Ich habe versucht, in meinen Thesen die Frage des Verhältnisses des Proletariats zur Bauernschaft zu analysieren. Zum erstenmal in der Geschichte gibt es einen Staat, in dem nur diese zwei Klassen vorhanden sind – nur das Proletariat und die Bauernschaft. Die Bauernschaft bildet die übergroße Mehrheit der Bevölkerung. Sie ist natürlich sehr rückständig. Wie drückt sich nun praktisch in der Entwicklung der Revolution das Verhältnis des Proletariats, das die Macht in Händen hält, zur Bauernschaft aus? Die erste Form ist die eines Bündnisses, eines engen Bündnisses. Das ist eine sehr schwierige, aber jedenfalls ökonomisch und politisch mögliche Aufgabe.

Wie gingen wir nun praktisch an diese Aufgabe heran? Wir schlossen ein Bündnis mit der Bauernschaft. Wir verstehen dieses Bündnis so: Das Proletariat befreit die Bauernschaft von der Ausbeutung durch die Bourgeoisie, von der Führung und Beeinflussung durch die Bourgeoisie, es gewinnt sie für sich, um die Ausbeuter gemeinsam zu besiegen.

Die Menschewiki argumentieren folgendermaßen: Die Bauernschaft bildet die Mehrheit, wir sind reine Demokraten, die Mehrheit soll also entscheiden. Da aber die Bauernschaft nicht selbständig sein kann, so bedeutet das praktisch nichts anderes als die Restauration des Kapitalismus. Die Losung ist dieselbe: Bündnis mit den Bauern. Wenn wir davon sprechen, dann verstehen wir darunter die Stärkung und Kräftigung des Proletariats. Wir haben dieses Bündnis zwischen dem Proletariat und der Bauernschaft zu verwirklichen versucht, wobei die erste Etappe ein militärisches Bündnis war. Der dreijährige Bürgerkrieg schuf enorme Schwierigkeiten, aber er erleichterte in gewisser Hinsicht unsere Aufgabe. Das mag seltsam klingen, aber es ist so. Der Krieg war nichts Neues für die Bauern; der Krieg gegen die Ausbeuter, gegen die Großgrundbesitzer war ihnen durchaus verständlich. Die ungeheuren Massen der Bauern waren

für uns. Trotz der riesigen Entfernungen und obwohl die Mehrzahl unserer Bauern weder lesen noch schreiben kann, wurde unsere Propaganda sehr leicht von ihnen aufgenommen. Das ist ein Beweis dafür, daß die breiten Massen – ebenso wie in den fortgeschritteneren Ländern – aus ihrer eigenen praktischen Erfahrung viel eher lernen als aus Büchern. Und bei uns wurde die praktische Erfahrung für die Bauernschaft noch dadurch erleichtert, daß Rußland so außerordentlich groß ist und verschiedene Teile des Landes zu ein und derselben Zeit verschiedene Stadien der Entwicklung durchmachen konnten.

In Sibirien und in der Ukraine konnte die Konterrevolution zeitweilig siegen, weil die Bourgeoisie dort die Bauernschaft hinter sich hatte, weil die Bauern gegen uns waren. Die Bauern erklärten nicht selten: „Wir sind Bolschewiki, aber keine Kommunisten. Wir sind für die Bolschewiki, weil sie die Gutsbesitzer fortgejagt haben, wir sind aber nicht für die Kommunisten, weil sie gegen die individuelle Wirtschaft sind." Für eine gewisse Zeit konnte die Konterrevolution in Sibirien und in der Ukraine siegen, weil die Bourgeoisie im Kampfe um den Einfluß unter den Bauern erfolgreich war. Es genügte jedoch eine sehr kurze Zeit, um den Bauern die Augen zu öffnen. In kurzer Zeit hatten sie praktische Erfahrungen gesammelt, und bald sagten sie: „Ja, die Bolschewiki sind recht unangenehme Leute, wir haben sie nicht gern, immerhin aber sind sie besser als die Weißgardisten und die Konstituierende Versammlung." Konstituante ist bei ihnen ein Schimpfwort, nicht nur bei den aufgeklärten Kommunisten, sondern auch bei den Bauern. Sie wissen aus dem praktischen Leben, daß die Konstituierende Versammlung und die weiße Garde ein und dasselbe bedeuten, daß der ersteren die letztere unweigerlich auf dem Fuße folgt. Die Menschewiki nutzen das militärische Bündnis mit der Bauernschaft ebenfalls aus, ohne aber daran zu denken, daß dieses Bündnis allein nicht genügt. Ein militärisches Bündnis kann ohne ein ökonomisches Bündnis nicht existieren. Wir leben ja nicht von der Luft allein; unser Bündnis mit den Bauern hätte sich keineswegs lange halten können ohne ein ökonomisches Fundament, das die Grundlage unseres Sieges im Krieg gegen unsere Bourgeoisie war: denn unsere Bourgeoisie vereinigte sich ja mit der ganzen internationalen Bourgeoisie.

Die Grundlage dieses ökonomischen Bündnisses zwischen uns und der Bauernschaft war natürlich sehr einfach, sogar primitiv. Der Bauer bekam

von uns den ganzen Boden und die Unterstützung gegen den Großgrundbesitz. Wir sollten dafür Lebensmittel erhalten. Dieses Bündnis war etwas völlig Neues und beruhte nicht auf dem gewöhnlichen Verhältnis zwischen Warenproduzenten und Konsumenten. Unsere Bauern verstanden das viel besser als die Helden der II. und zweieinhalbten Internationale. Sie sagten sich: „Diese Bolschewiki sind strenge Führer, aber dennoch sind sie unsere Leute." Wie dem auch sein mochte, wir schufen auf diese Weise die Grundlagen eines neuen ökonomischen Bündnisses. Die Bauern gaben der Roten Armee ihre Produkte und bekamen von ihr Unterstützung bei der Verteidigung ihres Besitzes. Das vergessen immer wieder die Helden der II. Internationale, die, wie Otto Bauer, die jetzige Situation ganz und gar nicht begreifen. Wir geben zu, daß die ursprüngliche Form des Bündnisses sehr primitiv war und daß wir sehr viele Fehler zugelassen haben. Aber wir mußten so schnell wie möglich handeln, wir mußten um jeden Preis die Versorgung der Armee organisieren. Während des Bürgerkriegs waren wir von allen Getreidegebieten Rußlands abgeschnitten. Unsere Lage war furchtbar, und es ist schier ein Wunder, daß das russische Volk und die russische Arbeiterklasse so viele Leiden, so große Not und Entbehrung ertragen konnten, auf nichts gestützt als auf den unerschütterlichen Willen zum Sieg. (Lebhafte Zustimmung und Beifall.)

Nach dem Bürgerkrieg war unsere Aufgabe jedenfalls eine andere geworden. Wäre das Land wirtschaftlich nicht derart zerrüttet gewesen, wie es nach den sieben Jahren ununterbrochenen Krieges der Fall war, so wäre uns der Übergang zu einer neuen Form des Bündnisses zwischen dem Proletariat und der Bauernschaft wohl leichter gefallen. Aber die ohnehin schwierigen Verhältnisse im Lande wurden noch durch die Mißernte, den Futtermangel usw. kompliziert. Die Entbehrungen der Bauern wurden dadurch unerträglich. Wir mußten etwas unternehmen, um den breiten Massen der Bauernschaft sofort zu zeigen, daß wir bereit sind, unsere Politik, ohne vom revolutionären Weg auch nur einen Schritt abzuweichen, so zu ändern, daß sich die Bauern sagen können: Die Bolschewiki wollen unverzüglich unsere unerträgliche Lage verbessern, koste es, was es wolle.

So erfolgte die Änderung unserer ökonomischen Politik: an die Stelle der Requisition trat die Naturalsteuer. Das wurde nicht mit einemmal

ersonnen. In der bolschewistischen Presse können Sie Monate hindurch Vorschläge finden, aber ein wirklich erfolgversprechendes Projekt wurde nicht ersonnen. Das ist jedoch nicht wichtig. Wichtig ist die Tatsache, daß wir die Änderung unserer ökonomischen Politik vorgenommen haben, ausschließlich von praktischen Erwägungen ausgehend und der Notwendigkeit gehorchend. Mißernte, Futtermangel, Brennstoffmangel – das alles ist selbstverständlich von entscheidendem Einfluß auf die gesamte Wirtschaft, darunter auch auf die Bauernwirtschaft. Streikt die Bauernschaft, so bekommen wir kein Holz. Und bekommen wir kein Holz, so müssen die Fabriken stillstehen. Die Wirtschaftskrise nahm daher infolge der großen Mißernte und des Futtermangels im Frühjahr 1921 riesige Ausmaße an. Das waren alles Folgen des dreijährigen Bürgerkriegs. Es galt nun, der Bauernschaft zu zeigen, daß wir unsere Politik rasch ändern können und wollen, um ihre Not unverzüglich zu lindern. Wir sagen stets – auch auf dem II. Kongreß wurde es gesagt –, daß die Revolution Opfer fordert. Es gibt Genossen, die in ihrer Propaganda so argumentieren: Wir sind bereit, die Revolution zu machen, aber sie darf nicht allzu schwer sein. Wenn ich nicht irre, hat Gen. Šmeral in seiner Rede auf dem tschechoslowakischen Parteitag[101] diese These aufgestellt. Ich habe das im Bericht des Reichenberger „Vorwärts"[102] gelesen. Dort gibt es anscheinend einen leicht linksradikalen Flügel. Ganz unparteiisch dürfte diese Quelle also nicht sein. Jedenfalls muß ich erklären, daß Šmeral, wenn er das gesagt haben sollte, unrecht hat. Einige Redner, die nach Šmeral sprachen, sagten auf dem erwähnten Parteitag: „Ja, wir gehen mit Šmeral, weil wir dann keinen Bürgerkrieg haben werden." Ist das alles wahr, so muß ich erklären, daß eine solche Agitation nicht kommunistisch und nicht revolutionär ist. Natürlich erheischt jede Revolution gewaltige Opfer von der Klasse, die die Revolution macht. Die Revolution unterscheidet sich von einem gewöhnlichen Kampf dadurch, daß zehnmal, hundertmal mehr Menschen an der Bewegung teilnehmen, und in dieser Hinsicht bedeutet jede Revolution Opfer nicht nur für einzelne Personen, sondern für die ganze Klasse. Die Diktatur des Proletariats in Rußland hat so viele Opfer, so große Not und Entbehrung für die herrschende Klasse, für das Proletariat, mit sich gebracht, wie sie niemals in der Geschichte zu verzeichnen waren, und es ist höchst wahrscheinlich, daß das auch in jedem anderen Lande genauso sein wird.

Die Frage ist nun, wie verteilen wir diese Entbehrungen? Wir sind die Staatsmacht. Wir sind bis zu einem gewissen Grade imstande, die Entbehrungen zu verteilen, sie mehreren Klassen aufzubürden und dadurch die Lage einzelner Schichten der Bevölkerung verhältnismäßig zu erleichtern. Nach welchem Grundsatz müssen wir verfahren? Nach dem der Gerechtigkeit oder der Mehrheit? Nein. Wir müssen praktisch handeln. Wir müssen die Verteilung so vornehmen, daß wir die Macht des Proletariats behaupten. Das ist unser einziger Grundsatz. Am Anfang der Revolution mußte die Arbeiterklasse unerhörte Entbehrungen erdulden. Ich stelle jetzt fest, daß unsere Ernährungspolitik von Jahr zu Jahr immer größere Erfolge erzielt. Und die Lage hat sich im allgemeinen zweifellos gebessert. Aber die Bauern haben in Rußland durch die Revolution unbedingt mehr gewonnen als die Arbeiterklasse. Darüber kann kein Zweifel bestehen. Vom theoretischen Standpunkt aus beweist das natürlich, daß unsere Revolution bis zu einem gewissen Grade eine bürgerliche Revolution war. Als Kautsky dieses Argument gegen uns vorbrachte, lachten wir. Natürlich kann es ohne Expropriierung des Großgrundbesitzes, ohne Verjagung der Großgrundbesitzer und ohne Aufteilung des Grund und Bodens nur eine bürgerliche und keine sozialistische Revolution geben. Wir waren jedoch die einzige Partei, die es vermochte, die bürgerliche Revolution zu Ende zu führen und den Kampf für die sozialistische Revolution zu erleichtern. Die Sowjetmacht und das Sowjetsystem sind Einrichtungen des sozialistischen Staates. Wir haben diese Einrichtungen schon geschaffen, aber das Problem des ökonomischen Wechselverhältnisses zwischen Bauernschaft und Proletariat ist noch nicht gelöst. Vieles ist noch zu tun, und das Ergebnis des Kampfes wird davon abhängen, ob wir diese Aufgabe lösen können oder nicht. Also, die Verteilung der Entbehrungen ist praktisch eine der schwierigsten Aufgaben. Im allgemeinen ist in der Lage der Bauernschaft eine Besserung eingetreten, während der Arbeiterklasse schwere Leiden zufielen, und zwar gerade deshalb, weil sie ihre Diktatur ausübt.

Ich sprach bereits davon, daß der Futtermangel und die Mißernte im Frühjahr 1921 furchtbare Not unter der Bauernschaft hervorriefen, die bei uns die Mehrheit bildet. Ohne mit den Bauernmassen in einem guten Verhältnis zu stehen, können wir nicht existieren. Es war daher unsere Aufgabe, ihnen sofort zu helfen. Die Lage der Arbeiterklasse ist äußerst

schwer. Sie leidet furchtbar. Doch die politisch entwickelteren Elemente begreifen, daß wir im Interesse der Diktatur der Arbeiterklasse die größten Anstrengungen machen müssen, um der Bauernschaft zu helfen, koste es, was es wolle. Die Vorhut der Arbeiterklasse hat das begriffen, es gibt aber in dieser Vorhut noch Leute, die das nicht kapieren können, die zu ermattet sind, um das zu verstehen. Sie erblickten darin einen Fehler, sie fingen an, das Wort Opportunismus zu gebrauchen. Sie sagten, die Bolschewiki hülfen jetzt den Bauern. Der Bauer, der uns ausbeute, bekomme alles, was er wolle, der Arbeiter dagegen hungere. Aber ist das Opportunismus? Wir helfen den Bauern aus dem Grunde, weil ohne das Bündnis mit ihnen die politische Macht des Proletariats unmöglich und nicht zu behaupten ist. Eben dieses Motiv der Zweckmäßigkeit war für uns entscheidend und nicht das Motiv der gerechten Verteilung. Wir helfen den Bauern, weil das unerläßlich ist, damit wir die politische Macht behaupten. Das höchste Prinzip der Diktatur ist die Wahrung des Bündnisses des Proletariats mit der Bauernschaft, damit das Proletariat die führende Rolle und die Staatsmacht behaupten kann.

Das einzige Mittel, das wir hierfür fanden, war der Übergang zur Naturalsteuer, eine unvermeidliche Folge des Kampfes. Wir werden diese Steuer im nächsten Jahr zum erstenmal anwenden. Praktisch ist dieses Prinzip noch nicht erprobt. Wir müssen vom militärischen zum ökonomischen Bündnis übergehen, und theoretisch ist die einzige Grundlage hierfür die Einführung der Naturalsteuer. Das ist theoretisch die einzige Möglichkeit, zu einer wirklich soliden ökonomischen Basis der sozialistischen Gesellschaft zu kommen. Die sozialisierte Fabrik liefert dem Bauern ihre Erzeugnisse, und der Bauer gibt dafür Getreide. Das ist die einzig mögliche Existenzform der sozialistischen Gesellschaft, die einzige Form des sozialistischen Aufbaus in einem Lande, in dem der Kleinbauer die Mehrheit oder zumindest eine sehr starke Minderheit bildet. Einen Teil wird der Bauer in Form der Steuer, einen anderen Teil im Austausch gegen die Erzeugnisse der sozialistischen Fabrik oder im Warenaustausch geben.

Hier kommen wir nun zu der schwierigsten Frage. Die Naturalsteuer bedeutet selbstverständlich Freiheit des Handels. Der Bauer hat das Recht, den Rest seines Getreides, der ihm nach Entrichtung der Naturalsteuer bleibt, frei auszutauschen. Diese Freiheit des Austausches bedeutet Freiheit des Kapitalismus. Wir sagen das offen und betonen das. Wir ver-

hehlen das keineswegs. Es wäre schlimm um uns bestellt, wenn wir das verheimlichen wollten. Freiheit des Handels bedeutet Freiheit des Kapitalismus, bedeutet aber zugleich eine neue Form des Kapitalismus. Das bedeutet, daß wir den Kapitalismus bis zu einem gewissen Grade neu schaffen. Wir tun das ganz offen. Das ist Staatskapitalismus. Aber Staatskapitalismus in einer Gesellschaft, in der das Kapital die Macht hat, und Staatskapitalismus in einem proletarischen Staat – das sind zwei verschiedene Begriffe. In einem kapitalistischen Staat bedeutet Staatskapitalismus, daß der Kapitalismus vom Staat anerkannt und von ihm kontrolliert wird zum Nutzen der Bourgeoisie und gegen das Proletariat. Im proletarischen Staat geschieht dasselbe zum Nutzen der Arbeiterklasse, um gegen die noch immer starke Bourgeoisie bestehen und kämpfen zu können. Wir müssen selbstverständlich der fremden Bourgeoisie, dem ausländischen Kapital, Konzessionen gewähren. Ohne im geringsten die Nationalisierung aufzuheben, überlassen wir Bergwerke, Waldmassive, Erdölvorkommen ausländischen Kapitalisten, um von ihnen Industrieerzeugnisse, Maschinen usw. zu erhalten und auf diese Weise unsere eigene Industrie wiederherzustellen.

In der Frage des Staatskapitalismus waren wir uns selbstverständlich nicht alle gleich einig. Wir konnten aber bei diesem Anlaß mit großer Freude feststellen, daß unsere Bauernschaft sich entwickelt und daß sie die historische Bedeutung des Kampfes, den wir gegenwärtig führen, durchaus begriffen hat. Ganz einfache Bauern aus den entlegensten Orten kamen zu uns und sagten: „Wie? Unsere Kapitalisten, die russisch sprechen, sind verjagt worden, und jetzt sollen ausländische Kapitalisten zu uns kommen?" Zeugt das etwa nicht von der Entwicklung unserer Bauern? Dem ökonomisch gebildeten Arbeiter braucht man nicht zu erklären, warum das notwendig ist. Durch den siebenjährigen Krieg sind wir so ruiniert, daß die Wiederherstellung unserer Industrie viele Jahre erfordert. Wir müssen bezahlen für unsere Rückständigkeit, für unsere Schwäche, für das, was wir jetzt lernen und was wir lernen müssen. Wer lernen will, muß Lehrgeld zahlen. Wir müssen das allen und jedem erklären, und wenn wir das praktisch beweisen, werden die riesigen Massen der Bauern und Arbeiter mit uns einverstanden sein, weil sich dadurch ihre Lage sofort verbessern wird, weil dadurch die Möglichkeit des Wiederaufbaus unserer Industrie gewährleistet wird. Was zwingt uns dazu? Wir sind

nicht allein auf der Welt. Wir existieren im System der kapitalistischen Staaten ... Auf der einen Seite Kolonialländer, aber die können uns noch nicht helfen; auf der anderen Seite kapitalistische Länder, die aber sind unsere Feinde. Es ergibt sich ein gewisses Gleichgewicht, allerdings ein sehr schlechtes. Aber wir müssen immerhin mit dieser Tatsache rechnen. Wir dürfen vor dieser Tatsache nicht die Augen verschließen, wenn wir existieren wollen. Entweder sofortiger Sieg über die gesamte Bourgeoisie oder Zahlung eines Tributs.

Wir gestehen ganz offen, wir verhehlen nicht, daß Konzessionen im System des Staatskapitalismus einen Tribut an den Kapitalismus bedeuten. Aber wir gewinnen Zeit, und Zeit gewinnen heißt alles gewinnen, besonders in der Epoche des Gleichgewichts, in der unsere ausländischen Genossen ihre Revolution gründlich vorbereiten. Je gründlicher sie aber vorbereitet wird, desto sicherer wird der Sieg sein, nun, und bis dahin werden wir einen Tribut zahlen müssen.

Einige Worte über unsere Ernährungspolitik. Sie war zweifellos primitiv und schlecht. Aber wir haben auch Erfolge aufzuweisen. Im Zusammenhang damit muß ich noch einmal betonen, daß die einzig mögliche ökonomische Grundlage des Sozialismus die maschinelle Großindustrie ist. Wer das vergißt, der ist kein Kommunist. Wir müssen diese Frage konkret ausarbeiten. Wir dürfen die Fragen nicht so stellen, wie das die Theoretiker des alten Sozialismus tun. Wir müssen sie praktisch stellen. Was heißt moderne Großindustrie? Das heißt Elektrifizierung ganz Rußlands. Schweden, Deutschland und Amerika sind schon nahe daran, das zu verwirklichen, obwohl sie noch bürgerliche Länder sind. Ein Genosse aus Schweden erzählte mir, daß dort ein beträchtlicher Teil der Industrie elektrifiziert ist und auch 30 Prozent der Landwirtschaft. In Deutschland und Amerika als noch entwickelteren kapitalistischen Ländern ist das in noch höherem Grad der Fall. Maschinelle Großindustrie ist gleichbedeutend mit Elektrifizierung des ganzen Landes. Wir haben schon eine spezielle Kommission ernannt, bestehend aus den besten Volkswirtschaftlern und technischen Fachkräften. Sie sind allerdings fast alle gegen die Sowjetmacht gestimmt. Alle diese Spezialisten werden zum Kommunismus kommen, aber nicht so wie wir, nicht durch zwanzigjährige illegale Arbeit, während der wir das Abc des Kommunismus fortgesetzt studiert, wiederholt und wiedergekäut haben.

Fast alle Organe der Sowjetmacht waren dafür, daß wir zu den Spezialisten gehen. Die Spezialisten, die Ingenieure werden zu uns kommen, wenn wir ihnen praktisch beweisen, daß auf diese Art die Produktivkräfte des Landes gehoben werden. Es genügt nicht, ihnen das theoretisch zu beweisen. Wir müssen ihnen das praktisch beweisen. Und wir werden diese Leute für uns gewinnen, wenn wir die Frage anders stellen, nicht so, daß wir den Kommunismus theoretisch propagieren. Wir sagen: Die Großindustrie ist das einzige Mittel, um die Bauernschaft vor Not und Hunger zu retten. Damit sind alle einverstanden. Aber wie ist das zu machen? Die Industrie auf der alten Grundlage wiederaufzubauen erfordert allzuviel Arbeit und Zeit. Wir müssen die Industrie moderner gestalten, und zwar dadurch, daß wir zur Elektrifizierung übergehen. Die Elektrifizierung nimmt viel weniger Zeit in Anspruch. Die Pläne der Elektrifizierung haben wir schon ausgearbeitet. Mehr als 200 Spezialisten – fast alle ohne Ausnahme Gegner der Sowjetmacht – haben daran mit Interesse gearbeitet, obwohl sie nicht Kommunisten sind. Sie mußten jedoch vom Standpunkt der technischen Wissenschaft anerkennen, daß das der einzig richtige Weg ist. Gewiß, vom Plan bis zu seiner Verwirklichung ist noch ein sehr weiter Weg. Die vorsichtigen Spezialisten sagen, die erste Folge der Arbeiten erfordere nicht weniger als zehn Jahre. Für Deutschland hat Professor Ballod berechnet, daß drei bis vier Jahre genügen, um es zu elektrifizieren. Für uns sind selbst zehn Jahre zu wenig. Ich führe in meinen Thesen faktische Zahlen an, damit Sie sehen, wie wenig wir bisher auf diesem Gebiet tun konnten. Die Zahlen, die ich anführe, sind derart bescheiden, daß man sofort ihre mehr propagandistische als wissenschaftliche Bedeutung erkennt. Wir müssen indes mit der Propaganda beginnen. Der russische Bauer, der am Weltkrieg teilgenommen und mehrere Jahre in Deutschland gelebt hat, hat dort gesehen, wie man modern wirtschaften muß, um den Hunger zu besiegen. Wir müssen eine breite Propaganda dafür machen. Diese Pläne haben an und für sich bis jetzt eine geringe praktische, dafür aber eine sehr große agitatorische Bedeutung.

Der Bauer sieht, daß etwas Neues geschaffen werden muß. Der Bauer versteht, daß nicht jeder für sich, sondern der Staat als Ganzes daran arbeiten muß. In der deutschen Kriegsgefangenschaft hat der Bauer gesehen und gelernt, worin die wirkliche Grundlage des Lebens, eines kulturvollen Lebens, besteht. 12000 Kilowatt – das ist ein sehr bescheidener

Anfang. Vielleicht wird ein Ausländer, der die amerikanische, deutsche oder schwedische Elektrifizierung kennt, darüber lachen. Aber wer zuletzt lacht, lacht am besten. Ja, das mag ein bescheidener Anfang sein. Die Bauernschaft beginnt jedoch zu begreifen, daß neue Arbeiten in riesigem Maßstab durchgeführt werden müssen und daß sie bereits in Angriff genommen werden. Es sind enorme Schwierigkeiten zu überwinden. Wir werden versuchen, mit den kapitalistischen Ländern in Beziehung zu treten. Man soll es nicht bedauern, daß wir den Kapitalisten einige hundert Millionen Kilogramm Erdöl zur Verfügung stellen unter der Bedingung, daß sie uns helfen, unser Land zu elektrifizieren.

Und nun zum Schluß einige Worte über die „reine Demokratie". Ich zitiere, was Engels in seinem Brief an Bebel vom 11. Dezember 1884 geschrieben hat:

Die „reine Demokratie" kann „im Moment der Revolution, als äußerste bürgerliche Partei, als welche sie sich schon in Frankfurt aufgespielt, als letzter Rettungsanker der ganzen bürgerlichen und selbst feudaler Wirtschaft momentan Bedeutung bekommen ... So verstärkte die gesamte feudal-bürokratische Masse 1848 März bis September die Liberalen, um die revolutionären Massen niederzuhalten ... Jedenfalls ist unser einziger Gegner am Tag der Krise und am Tag nachher – die um die reine Demokratie sich gruppierende Gesamtreaktion, und das, glaub' ich, darf nicht aus den Augen verloren werden."

Wir können unsere Fragen nicht so stellen, wie es die Theoretiker tun. Die gesamte Reaktion, nicht nur die bürgerliche, sondern auch die feudale, gruppiert sich um die „reine Demokratie". Die deutschen Genossen wissen am besten, was die „reine Demokratie" bedeutet, weil Kautsky und die anderen Führer der II. und der zweieinhalbten Internationale diese „reine Demokratie" gegen die bösen Bolschewiki verteidigen. Beurteilen wir die russischen Sozialrevolutionäre und Menschewiki nicht nach ihren Worten, sondern nach ihren Taten, dann sind sie nichts anderes als Vertreter der kleinbürgerlichen „reinen Demokratie". In unserer Revolution haben sie mit klassischer Reinheit gezeigt, was die reine Demokratie bedeutet, ebenso wie während der letzten Krise, während des Kronstädter Aufstands. Die Gärung unter der Bauernschaft war sehr stark, auch unter den Arbeitern herrschte Unzufriedenheit. Sie waren müde und erschöpft. Es gibt ja auch Grenzen der menschlichen Kraft. Drei Jahre lang haben sie

gehungert, man kann aber nicht vier oder fünf Jahre lang hungern. Natürlich hat der Hunger einen gewaltigen Einfluß auf die politische Aktivität. Was taten die Sozialrevolutionäre und Menschewiki? Die ganze Zeit hindurch schwankten sie und stärkten damit die Bourgeoisie. Die Organisierung aller russischen Parteien im Ausland hat gezeigt, wie jetzt die Sache steht. Die klügsten Führer der russischen Großbourgeoisie sagten sich: „Wir können in Rußland nicht sofort siegen. Daher muß unsere Losung sein: ‚Sowjets ohne Bolschewiki'." Der Führer der Kadetten, Miljukow, verteidigte die Sowjetmacht gegen die Sozialrevolutionäre. Das klingt höchst seltsam. Derart ist aber die praktische Dialektik, die wir in unserer Revolution auf eigenartige Weise studieren: in der Praxis unseres Kampfes und des Kampfes unserer Gegner. Die Kadetten verteidigen die „Sowjets ohne Bolschewiki", weil sie die Lage gut verstehen und weil sie hoffen, auf diese Weise einen Teil der Bevölkerung zu ködern. Das sagen die klugen Kadetten. Nicht alle Kadetten sind natürlich klug, aber ein Teil ist klug und hat gewisse Erfahrungen aus der Französischen Revolution geschöpft. Die Losung lautet jetzt: Kampf gegen die Bolschewiki um jeden Preis, koste es, was es wolle. Die gesamte Bourgeoisie hilft jetzt den Menschewiki und Sozialrevolutionären. Die Sozialrevolutionäre und Menschewiki bilden jetzt die Vorhut der gesamten Reaktion. Wir haben in diesem Frühjahr die Früchte dieser konterrevolutionären Waffenbrüderschaft gesehen.

Daher müssen wir den rücksichtslosen Kampf gegen diese Elemente fortsetzen. Die Diktatur ist ein Zustand des verschärften Krieges. Wir befinden uns eben in einem solchen Zustand. Eine militärische Invasion gibt es gegenwärtig nicht. Wir stehen jedoch isoliert da. Aber anderseits sind wir nicht völlig isoliert, da die gesamte internationale Bourgeoisie der Welt nicht imstande ist, jetzt offen gegen uns Krieg zu führen, weil die gesamte Arbeiterklasse – obwohl ihre Mehrheit noch nicht kommunistisch ist – doch politisch so bewußt ist, daß sie keine Intervention zuläßt. Die Bourgeoisie muß mit dieser Stimmung der Massen rechnen, auch wenn diese sich noch nicht völlig zum Kommunismus durchgerungen haben. Deshalb kann die Bourgeoisie jetzt nicht die Offensive gegen uns ergreifen, obwohl das auch nicht ausgeschlossen ist. Solange kein allgemeines, endgültiges Ergebnis vorliegt, wird der Zustand des furchtbaren Krieges fortdauern. Und wir sagen: „Im Kriege handeln wir nach Kriegsbrauch;

wir versprechen keinerlei Freiheit und keinerlei Demokratie." Wir erklären den Bauern ganz offen, daß sie wählen müssen: entweder die Macht der Bolschewiki – und wir werden ihnen alle möglichen Zugeständnisse machen bis zu den Grenzen, innerhalb deren es möglich ist, die Macht zu behaupten, und sie dann zum Sozialismus führen – oder aber die bürgerliche Macht. Alles andere ist Betrug, reinste Demagogie. Diesem Betrug, dieser Demagogie muß der schärfste Kampf angesagt werden. Unser Standpunkt ist: Einstweilen große Zugeständnisse und größte Vorsicht, und zwar gerade deshalb, weil ein gewisses Gleichgewicht vorhanden ist, eben deshalb, weil wir schwächer sind als unsere vereinigten Gegner, weil unsere ökonomische Basis zu schwach ist und wir einer stärkeren wirtschaftlichen Grundlage bedürfen.

Das ist es, was ich den Genossen über unsere Taktik, über die Taktik der Kommunistischen Partei Rußlands sagen wollte. (Anhaltender Beifall.)

GEDANKEN ÜBER EINEN „PLAN" DER STAATSWIRTSCHAFT

Der Hauptfehler von uns allen war bisher, daß wir mit dem günstigeren Fall rechneten, und deshalb verfielen wir in bürokratische Illusionen. Von unseren Plänen wurde nur ein verschwindender Teil realisiert. Über die Pläne machte sich das Leben lustig, machten sich alle lustig.

Das muß von Grund aus geändert werden.

Man muß mit dem ungünstigsten Fall rechnen. Erfahrung haben wir bereits, zwar eine geringe, aber praktische Erfahrung.

Lebensmittel? Frumkin sagt: das Ideal wäre: 150 Millionen Pud Steueraufkommen + 50 Millionen Pud durch Austausch + 40 Millionen Pud aus der Ukraine = 240 Millionen Pud.

Man muß bei der Berechnung ausgehen von **insgesamt** 200 Millionen Pud im Jahr.

Was sollen wir mit dieser verschwindend geringen Hungerzahl anfangen? 200 : 12 = 16⅔.

α) Das Minimum für die Armee nehmen, d. h., die Rationen für das Minimum der Armee berechnen.

β) Die wirtschaftliche Arbeit der Armee bescheiden, höchst bescheiden in den Plan aufnehmen.

1 Subbotnik* 60 Prozent der Armee (Teilnehmer).

1 von 3 Sonnabenden 50 Prozent Teilnehmer (50 Prozent der Armee) usw.

γ) Für Angestellte – rücksichtslose Kürzung.

* Bei den Subbotniks (abgeleitet von Subbota – Sonnabend) wurde freiwillige kollektive Arbeit nach der Berufsarbeit und ohne Entlohnung geleistet. *Der Übers.*

δ) Arbeiter.

Sofort eine Liste der besten *Betriebe* (unbedingt der *Betriebe*) nach Industriezweigen aufstellen.

½ bis ⅘ der jetzigen schließen.

Die übrigen in 2 Schichten arbeiten lassen. Nur diejenigen, die genug *Brennstoff* und *Brot*, sogar bei minimaler Beschaffung von Getreide (200 Millionen Pud) und Brennstoff (?), *für das ganze Jahr* haben.

Auszuarbeiten ist das in *groben Zügen*, mit annähernder Richtigkeit sofort, in spätestens einem Monat.

Brennstoff ist da.

Das Volkskommissariat für Verkehrswesen ist da.

Hinsichtlich Lebensmittel nicht vertiefen, nicht präzisieren; *200 Millionen Pud annehmen.*

Betreffs Industrie *nach Zweigen* und *nach Gouvernements* blitzschnell durchführen (keinesfalls aufschieben, bis „vollständig"),

und, das WICHTIGSTE,

70 Prozent der Mitglieder der Staatlichen Plankommission *14 Stunden täglich* an die Arbeit setzen (die Wissenschaft soll sich gedulden; man hat ihnen gute Rationen gegeben, nun muß man sie zwingen zu arbeiten).

Jedem individuelle Aufgaben übertragen in bezug auf *„allgemeine Überwachung"* (so heißt es, glaube ich, in den Bestimmungen über die Staatliche Plankommission?) – **einzelner** Betriebe.

Nehmen wir an, *700* große Werke, Betriebe, Depots (der Eisenbahn), Sowjetwirtschaften usw. usf. müssen wir (und können wir auch im schlimmsten Fall: 200 Millionen Pud Getreide im Jahr) in Gang setzen und vom 1. X. 1921 bis 1. X. 1922 ohne Unterbrechung arbeiten lassen.

700 : 35 Mitglieder der Staatlichen Plankommission = 20.

Sollen es 30 sein (nicht alle Mitglieder der Staatlichen Plankommission werden sich ununterbrochen mit laufender Arbeit befassen).

Kontrollieren Sie *die 30 unermüdlich*. Sie tragen die Verantwortung dafür.

Darüber hinaus 30–70 unwichtige zusätzlich, nebenbei, leichthin, nicht kontrollieren, sondern sich manchmal, hin und wieder über sie *informieren*.

Unermüdlich kontrollieren heißt die volle *Verantwortung* tragen für rationelle Verausgabung von Brennstoff und Brotgetreide, maximale Beschaffung des einen wie des anderen, maximale Zufuhr, Einsparung von

Brennstoff (sowohl in der Industrie als auch auf der Eisenbahn usw.), Einsparung von Lebensmitteln (*nur* gute Arbeitskräfte ernähren), Steigerung der Arbeitsprodukivität *usw.*

Alles übrige verpachten oder irgend jemand überlassen oder schließen oder „aufgeben", vergessen *bis zu einer dauerhaften Besserung*, die absolut erlaubt, nicht auf 200 Millionen Pud Getreide + X Millionen Pud Brennstoff zu rechnen, sondern auf 300 Millionen Pud Getreide + 150 Prozent von X Brennstoff.

Das sind meine Gedanken über den Staatsplan.

Denken Sie darüber nach. Wir werden darüber sprechen.

4. VII.

Lenin

Zuerst veröffentlicht 1924.

Nach dem Manuskript.

GRUSSBOTSCHAFT AN DIE TAGUNG DER BEVOLLMÄCHTIGTEN DES ZENTRALVERBANDES DER KONSUMGENOSSENSCHAFTEN

Ich begrüße die Tagung der Bevollmächtigten des Zentralverbandes der Konsumgenossenschaften im Namen des Rats der Volkskommissare und des Zentralkomitees der KPR und bedaure außerordentlich, daß ich an der Tagung nicht persönlich teilnehmen und mich nicht über die sehr komplizierten Aufgaben äußern kann, die vor den Genossenschaften stehen.

Ich zweifle nicht daran, daß der Erfahrungsaustausch über die bereits geleistete Arbeit zu ihrer Lösung im Geiste der Übereinstimmung mit dem Plan des allgemeinen wirtschaftlichen Aufbaus des Landes beitragen wird. Der Erfolg der bevorstehenden praktischen Arbeit wird in hohem Grade davon abhängen, ob im Warenverkehr die richtigen Beziehungen zwischen der städtischen Industrie und der Landwirtschaft gefunden werden, ob die Genossenschaften es verstehen werden, durch konsequenten und unentwegten Kampf alle Hindernisse wegzuräumen, die der Entwicklung des Warenaustausches im Wege stehen, und eine dominierende Stellung auf diesem Gebiet einzunehmen, ob sie es verstehen werden, die zersplitterten Warenwerte zu sammeln und neue ins Leben zu rufen. Die praktische Lösung dieser Fragen ist das beste Mittel, um letztlich unsere Ziele zu erreichen, nämlich die Wiederherstellung der Landwirtschaft und auf dieser Grundlage die Stärkung und Entwicklung der Großindustrie.

Durch die Mißernte, die in einer Reihe von Gouvernements eingetreten ist, sind diese Aufgaben außerordentlich kompliziert worden. Die Tagung wird bei ihrer Arbeit dem hereingebrochenen neuen Unheil besondere Aufmerksamkeit zuwenden und bei der Entscheidung aller laufenden Fragen seine Folgen im Auge behalten müssen.

Ich bin überzeugt, daß die sowjetischen Genossenschaften, wie kurz

ihre Arbeitserfahrung unter den neuen Verhältnissen auch sein möge, es verstehen werden, sich in die allgemeine Arbeit zur Überwindung der wirtschaftlichen Zerrüttung einzuschalten und im Kampf gegen diese Zerrüttung maximale Energie zu entfalten.

Geschrieben am 16. Juli 1921.
Veröffentlicht am 19. Juli 1921 in der „Prawda" Nr. 156.

Nach dem Text der „Prawda".

BEGRÜSSUNGSSCHREIBEN AN DEN I. INTERNATIONALEN KONGRESS DER REVOLUTIONÄREN FACH- UND INDUSTRIEVERBÄNDE[103]

18. VII.

Ich bitte Sie sehr, den Delegierten des Internationalen Gewerkschaftskongresses folgendes zu übermitteln:

Ich danke ihnen von ganzem Herzen für die mir durch Sie übermittelte Einladung zur Teilnahme am Kongreß. Ich bedaure zutiefst, daß ich der Einladung krankheitshalber nicht Folge leisten kann, da ich auf ärztliche Anweisung einen Monatsurlaub antreten und Moskau verlassen mußte.

Ich bitte Sie, den Delegierten meinen Gruß und meine heißen Wünsche für den Erfolg des Kongresses zu übermitteln. Die ganze Wichtigkeit des Internationalen Gewerkschaftskongresses läßt sich schwer in Worten ausdrücken. Die Gewinnung der Gewerkschaftsmitglieder für die Ideen des Kommunismus geht überall unaufhaltsam vorwärts, in allen Ländern, in der ganzen Welt. Sie geht nicht geradlinig, nicht regelmäßig, nicht gleichmäßig vor sich und hat Tausende von Hindernissen zu überwinden, aber sie schreitet unaufhaltsam vorwärts. Der Internationale Gewerkschaftskongreß wird diese Bewegung beschleunigen. Der Kommunismus wird in den Gewerkschaften siegen. Keine Kräfte der Welt werden den Zusammenbruch des Kapitalismus und den Sieg der Arbeiterklasse über die Bourgeoisie aufhalten.

Mit heißem Gruß und fester Zuversicht in den unausbleiblichen Sieg des Kommunismus.

N. Lenin

Veröffentlicht 1921. *Nach dem Manuskript.*

APPELL AN DAS INTERNATIONALE PROLETARIAT

In Rußland herrscht in einigen Gouvernements eine Hungersnot, die der Katastrophe von 1891 offensichtlich nur wenig nachsteht.

Das ist die schwere Folge der Rückständigkeit Rußlands und des siebenjährigen Krieges, zuerst des imperialistischen Krieges und dann des Bürgerkrieges, den die Gutsbesitzer und Kapitalisten aller Länder den Arbeitern und Bauern aufgezwungen haben.

Hilfe tut not. Die Sowjetrepublik der Arbeiter und Bauern erwartet diese Hilfe von den Werktätigen, von den Industriearbeitern und kleinen Landwirten.

Die Massen der einen wie der anderen werden selbst vom Kapitalismus und Imperialismus überall unterdrückt, aber wir sind überzeugt, daß sie trotz ihrer eigenen schweren Lage, die sich aus der Arbeitslosigkeit und der wachsenden Teuerung ergibt, unserem Appell Gehör schenken werden.

Wer sein Lebtag das Joch des Kapitals am eigenen Leibe verspürt hat, wird die Lage der Arbeiter und Bauern Rußlands verstehen, wird mit dem Instinkt des Werktätigen und Ausgebeuteten verstehen oder empfinden, wie notwendig die Unterstützung der Sowjetrepublik ist, die als erste die dankbare, aber schwere Aufgabe auf sich nehmen mußte, den Kapitalismus zu stürzen. Dafür rächen sich die Kapitalisten aller Länder an der Sowjetrepublik. Deswegen bereiten sie neue Pläne eines Feldzugs, einer Intervention, konterrevolutionärer Verschwörungen gegen sie vor.

Mit um so größerer Tatkraft, dessen sind wir gewiß, mit um so größerer Selbstaufopferung werden uns die Arbeiter und die von ihrer eigenen Arbeit lebenden kleinen Landwirte aller Länder zu Hilfe eilen.

2. VIII. 1921 *N. Lenin*

„Prawda" Nr. 172, 6. August 1921.

Nach dem Text der „Prawda", verglichen mit dem Manuskript.

APPELL AN DIE BAUERN DER UKRAINE

Die Ukraine rechts des Dnepr hat in diesem Jahr eine ausgezeichnete Ernte eingebracht. Die Arbeiter und Bauern des hungernden Wolgagebiets, die jetzt in eine Notlage geraten sind, die nicht viel leichter ist als die entsetzliche Katastrophe von 1891, erwarten Hilfe von den ukrainischen Bauern. Rasche Hilfe tut not. Reichliche Hilfe tut not. Es darf keinen einzigen Bauern geben, der nicht seine Überschüsse mit den hungernden Wolgabauern teilt, die kein Saatgut haben, um die Felder zu bestellen.

Schickt aus jedem Kreis, der mit Getreide versorgt ist, wenigstens zwei bis drei gewählte Vertreter der Bauern nach dem Wolgagebiet, damit sie dorthin Getreide bringen, damit sie mit eigenen Augen die Größe des Unheils, der Not, des Hungers sehen, damit sie nach ihrer Rückkehr ihren Landsleuten erzählen, wie notwendig rasche Hilfe ist.

Der Vorsitzende des Rats der Volkskommissare
W. Uljanow (Lenin)

2. VIII. 1921

„Prawda" Nr. 172,
6. August 1921

Nach dem Text der „Prawda", verglichen mit dem Manuskript.

BRIEF AN G. MJASNIKOW

5. VIII. 1921

Gen. Mjasnikow!

Ich habe erst heute Ihre *beiden* Artikel gelesen. Welcherart Ihr Auftreten in der Permer (ich glaube, in der Perмer) Organisation war und worin der Konflikt mit ihr besteht, weiß ich nicht. Darüber kann ich nichts sagen. Diese Sache wird das Organisationsbüro untersuchen, das, wie ich hörte, eine spezielle Kommission gewählt hat.

Meine Aufgabe ist eine andere: Ihre Briefe als literarische und politische Dokumente zu beurteilen.

Interessante Dokumente!

Der Artikel „Heikle Fragen" zeigt meiner Meinung nach besonders anschaulich Ihren Grundfehler. Und ich halte es für meine Pflicht, alles zu tun, was in meiner Macht steht, um Sie zu überzeugen.

Am Anfang des Artikels wenden Sie die Dialektik richtig an. Jawohl, wer die Ersetzung der Losung „Bürgerkrieg" durch die Losung „Bürgerfrieden" nicht begreift, der ist ein Narr, wenn nichts Schlimmeres. Jawohl, darin haben Sie recht.

Aber gerade deshalb, weil Sie darin recht haben, wundert es mich, daß Sie die von Ihnen selbst richtig angewandte Dialektik bei Ihren Schlußfolgerungen vergessen konnten.

„... Pressefreiheit von den Monarchisten bis zu den Anarchisten einschließlich ..." Ausgezeichnet! Aber Verzeihung – alle Marxisten und alle Arbeiter, die über die vierjährige Erfahrung unserer Revolution nachgedacht haben, werden sagen: Untersuchen wir einmal, *was für eine* Pressefreiheit? *Wofür*? Für *welche Klasse*?

An „Absolutes" glauben wir nicht. Wir lachen über die „reine Demokratie".

Die Losung der „Pressefreiheit" war seit dem Ausgang des Mittelalters und noch im 19. Jahrhundert eine welthistorisch große Losung. Warum? Weil in ihr die progressive Bourgeoisie, d. h. ihr Kampf gegen die Pfaffen und Könige, die Feudalherren, die Gutsbesitzer Ausdruck fand.

Es gibt auf der Welt kein einziges Land, das für die Befreiung der Massen vom Einfluß der *Pfaffen* und *Gutsbesitzer* so viel getan hätte und noch täte wie die RSFSR. *Diese* Aufgabe der „Pressefreiheit" erfüllten und erfüllen wir *besser als irgend jemand* auf der Welt.

Pressefreiheit bedeutet in der ganzen Welt, wo es Kapitalisten gibt, die Freiheit, Zeitungen zu *kaufen*, Schriftsteller zu *kaufen*, die „öffentliche Meinung" *im Interesse der Bourgeoisie zu bestechen*, zu kaufen und zu fabrizieren.

Das ist eine Tatsache.

Niemand wird das jemals widerlegen können.

Und bei uns? Kann jemand bestreiten, daß die Bourgeoisie zwar geschlagen, *aber nicht vernichtet* ist? Daß sie *sich verkrochen* hat? Das läßt sich nicht bestreiten.

Die Pressefreiheit in der RSFSR, die von bürgerlichen Feinden aus aller Welt umringt ist, wäre die Freiheit der *politischen Organisation* für die Bourgeoisie und ihre treuesten Diener – die Menschewiki und Sozialrevolutionäre.

Das ist eine unwiderlegbare Tatsache.

Die Bourgeoisie ist (in der ganzen Welt) noch stärker als wir, und zwar um ein vielfaches. Ihr *noch* eine solche Waffe zu geben wie die Freiheit der politischen Organisation (= Pressefreiheit, denn die Presse ist Mittelpunkt und Grundlage der politischen Organisation) hieße dem Feind die Sache erleichtern, hieße dem Klassenfeind helfen.

Wir wollen nicht Selbstmord begehen, und deshalb werden wir das nicht tun.

Wir sehen klar die *Tatsache*: „Pressefreiheit" würde *in Wirklichkeit* bedeuten, daß die internationale Bourgeoisie sofort Hunderte und Tausende kadettischer, sozialrevolutionärer und menschewistischer Schriftsteller kauft und ihre Propaganda, ihren Kampf gegen uns organisiert.

Das ist eine Tatsache. „Sie" sind reicher als wir und werden eine

zehnmal größere „Kraft" kaufen gegen die Kraft, über die wir verfügen.

Nein, das machen wir nicht, wir werden der Weltbourgeoisie nicht helfen.

Wie konnten Sie von der allgemeinen Klasseneinschätzung, d. h. vom Standpunkt der Einschätzung der Wechselbeziehungen *aller* Klassen, zu einer sentimental spießerhaften Einschätzung *hinabgleiten*? Das ist für mich ein Rätsel.

In der Frage „Bürgerfrieden oder Bürgerkrieg" und in der Frage, wie *wir* die Bauernschaft (für das Proletariat) gewonnen haben und *weiterhin* „gewinnen" *werden*, in diesen beiden wichtigsten, grundlegenden, internationalen (= den *Kern* der Weltpolitik betreffenden) Fragen (denen Ihre *beiden* Artikel gewidmet sind) haben Sie es *verstanden*, keinen spießbürgerlichen, keinen sentimentalen, sondern einen marxistischen Standpunkt einzunehmen. Hier haben Sie es verstanden, *sachlich* und nüchtern die Wechselbeziehungen *aller* Klassen *in Rechnung zu stellen*.

Und plötzlich sind Sie in den Abgrund der Sentimentalität hinabgeglitten.

„Bei uns gibt es eine Unmenge von Mißständen und Mißbräuchen: die Pressefreiheit wird sie aufdecken."

Das ist es also, soweit ich auf Grund der beiden Artikel urteilen kann, worüber Sie gestolpert sind. Sie haben sich durch eine gewisse Anzahl trauriger und bitterer *Tatsachen beirren* lassen und haben die Fähigkeit verloren, die Kräfte *nüchtern* einzuschätzen.

Pressefreiheit würde die *Kraft* der Weltbourgeoisie stärken. Das ist eine Tatsache. *Nicht der Säuberung der Kommunistischen Partei* in Rußland von einer Reihe ihrer Schwächen, Fehler, Übelstände, Krankheiten (zweifellos gibt es einen Haufen von Krankheiten) wird die „Pressefreiheit" dienen, denn das will die Weltbourgeoisie *nicht* – die Pressefreiheit wird vielmehr zu einer Waffe in den Händen *dieser Weltbourgeoisie* werden. Sie ist nicht tot. Sie lebt. Sie steht neben uns und lauert. Sie hat bereits Miljukow *gedungen*, dem Tschernow und Martow (zum Teil aus Dummheit, zum Teil aus fraktioneller Verbitterung gegen uns, hauptsächlich aber infolge der objektiven Logik ihrer kleinbürgerlich-demokratischen Position) auf „Treu und Glauben" dienen.

Sie „wollten in ein Zimmer und gerieten in ein anderes".

Sie wollten die Kommunistische Partei *kurieren* und begannen, nach einer *Arznei* zu greifen, die den sicheren Tod bringt – nicht durch Sie natürlich, sondern durch die Weltbourgeoisie (+ Miljukow + Tschernow + Martow).

Sie haben eine Kleinigkeit vergessen, eine ganz winzige Kleinigkeit, nämlich: die Weltbourgeoisie und ihre „Freiheit", *sich* Zeitungen zu kaufen, sich die *Zentren der politischen Organisation* zu kaufen.

Nein. Diesen Weg werden wir nicht gehen. Von *tausend* klassenbewußten Arbeitern werden *neunhundert* diesen Weg nicht gehen.

Wir kranken an vielem. Solche Fehler (unsere *gemeinsamen* Fehler, alle haben diese Fehler gemacht, sowohl der *Rat für Arbeit und Verteidigung* als auch der *Rat der Volkskommissare* und das Zentralkomitee) wie die bei der Verteilung des Brennstoffs und der *Lebensmittel* im Herbst und Winter 1920 (kolossale Fehler!!) haben die Krankheitserscheinungen unserer Lage noch vervielfacht.

Die Not und die Leiden sind groß.

Die Hungersnot von 1921 hat sie höllisch *verschärft*.

Es wird uns verteufelte Mühe kosten, uns herauszuwinden, aber wir werden herauskommen. Wir haben schon begonnen herauszukommen.

Wir werden herauskommen, denn unsere Politik ist im Prinzip richtig, da sie *alle* Klassenkräfte im *internationalen* Maßstab berücksichtigt. Wir werden herauskommen, denn wir beschönigen unsere Lage nicht. Wir kennen alle Schwierigkeiten. Wir sehen *alle* Krankheiten. Wir kurieren sie systematisch, beharrlich, ohne in Panik zu verfallen.

Sie haben sich von einer Panikstimmung übermannen lassen und sind auf dieser schiefen Ebene so weit hinabgeglitten, daß es beinahe so aussieht, als wollten Sie eine neue Partei gründen oder Selbstmord verüben.

Man darf nicht in Panik verfallen.

Kommunistische Zellen sind von der Partei losgelöst? Stimmt. Ein Übel, ein Leiden, eine Krankheit.

Stimmt. Eine schwere Krankheit.

Wir sehen sie.

Kurieren soll man sie nicht durch „Freiheit" (*für die Bourgeoisie*), sondern durch proletarische und parteimäßige Maßnahmen.

Was Sie über die Hebung der Wirtschaft, über den „Motorpflug"

u. dgl. m., über den Kampf um den „Einfluß" auf die Bauernschaft usw. sagen, enthält *viel* Wahres, viel Nützliches.

Weshalb sollten Sie das nicht *herausgreifen*? Wir werden uns verständigen und in *einer* Partei einträchtig zusammenarbeiten. Das wird großen Nutzen bringen, *aber nicht auf einmal*, sondern *sehr* langsam.

Die Sowjets beleben, Parteilose heranziehen, die Arbeit der Parteimitglieder durch *Parteilose* überprüfen lassen – das ist absolut richtig. Hier ist eine *Unmenge* Arbeit, eine Riesenarbeit zu leisten.

Warum sollten Sie *das* nicht *sachlich* in einer Broschüre für den Parteitag darlegen?

Warum gehen Sie nicht daran?

Warum die *Klein*arbeit scheuen (Mißbräuche durch die Zentrale Kontrollkommission, durch die Parteipresse, durch die „Prawda" *ausrotten*)? Aus Unglauben an die langsame, schwierige, mühselige Kleinarbeit verfallen die Leute in Panik und suchen einen „leichten" Ausweg: „Pressefreiheit" *(für die Bourgeoisie)*.

Warum wollen Sie auf Ihrem Fehler, Ihrem offenkundigen Fehler, auf Ihrer parteiwidrigen, *antiproletarischen* Losung der „Pressefreiheit" bestehen? Warum wollen Sie nicht an die weniger „glänzende" (in bürgerlichem Glanz glänzende) Kleinarbeit der sachlichen Ausräumung von Mißbräuchen, des sachlichen Kampfes gegen sie, der sachlichen *Hilfe* für die Parteilosen gehen?

Wo haben Sie das ZK auf **diesen oder jenen** Mißbrauch hingewiesen? Auf dieses oder jenes *Mittel*, ihn zu korrigieren, auszurotten?

Niemals.

Kein einziges Mal.

Sie haben einen Haufen Leiden und Krankheiten festgestellt, sind in Verzweiflung geraten und haben sich in fremde Arme geworfen, in die Arme der Bourgeoisie („Pressefreiheit" *für die Bourgeoisie*). Mein Rat ist, sich nicht der Verzweiflung und Panik hinzugeben.

Wir und die mit uns Sympathisierenden, die Arbeiter und Bauern, haben noch unerschöpfliche Kräfte. Noch viel Gesundheit.

Wir kurieren die Krankheiten schlecht.

Wir führen die Losung schlecht durch: Laßt Parteilose aufrücken, laßt die Arbeit der Parteimitglieder durch Parteilose überprüfen.

Aber wir können und werden auf diesem Gebiet hundertmal mehr als bisher tun.

Ich hoffe, nach nüchterner Überlegung werden Sie nicht aus falscher Eigenliebe auf einem offenkundigen politischen Fehler („Pressefreiheit") bestehen, sondern die Nerven zusammennehmen, die Panikstimmung überwinden und an die sachliche Arbeit gehen, um die *Verbindung* mit den Parteilosen zu fördern, die *Überprüfung* der Arbeit der Parteimitglieder durch Parteilose zu fördern.

Auf diesem Gebiet gibt es eine Unmenge Arbeit. Und durch diese Arbeit kann (und muß) man die Krankheit kurieren, langsam, aber tatsächlich *kurieren*, anstatt sich den Kopf durch die „Pressefreiheit", dieses „glänzende" Irrlicht, verwirren zu lassen.

Mit kommunistischem Gruß

Lenin

Veröffentlicht 1921. *Nach dem Manuskript.*

AN DEN GENOSSEN THOMAS BELL

Lieber Genosse!

Vielen Dank für Ihren Brief vom 7. August. Infolge meiner Krankheit und Arbeitsüberlastung habe ich in den letzten Monaten nichts über die englische Bewegung gelesen.

Was Sie mitteilen, ist außerordentlich interessant. Vielleicht ist das der *Beginn* der wirklichen proletarischen Massenbewegung in Großbritannien im *kommunistischen Sinne*. Ich fürchte, wir haben bisher in England nur einige sehr schwache Vereinigungen zur Propaganda des Kommunismus (die Kommunistische Partei Englands eingerechnet), aber keine wirkliche kommunistische *Massen*bewegung.

Wenn die Bergarbeiterföderation von Süd-Wales am 24. Juli mit einer Mehrheit von 120 Stimmen gegen 63 beschlossen hat, sich der III. Internationale anzuschließen, so ist das möglicherweise der Beginn einer neuen Ära. (Wieviel Bergarbeiter gibt es in England? Mehr als 500 000? Wieviel in Süd-Wales? 25 000? Wieviel Bergarbeiter waren in Cardiff am 24. Juli 1921 *wirklich* vertreten?)

Wenn diese Bergarbeiter keine allzu kleine Minderheit sind, wenn sie sich mit den Soldaten verbrüdern und einen *wirklichen* „Klassenkrieg" beginnen, so müssen wir alles tun, was in unserer Kraft steht, um diese Bewegung zu *entwickeln* und zu stärken.

Wirtschaftliche Maßnahmen (wie kommunale Küchen) sind gut, aber sie sind *jetzt, vor* dem Sieg der proletarischen Revolution in England, nicht besonders wichtig. Am wichtigsten ist *jetzt* der *politische* Kampf.

Die englischen Kapitalisten sind schlau, gerieben, heimtückisch. Sie

werden (direkt oder indirekt) die kommunalen Küchen *unterstützen, um* die Aufmerksamkeit *von den politischen Zielen* abzulenken.

Wichtig ist (wenn ich nicht irre) folgendes:

1. In diesem Teil Englands eine sehr gute, wirklich proletarische, wirklich in den Massen verwurzelte *kommunistische Partei* zu schaffen, d. h. eine Partei, die *wirklich* die **führende** Kraft in der *gesamten* Arbeiterbewegung in diesem Teil des Landes sein wird. (Wenden Sie die vom III. Kongreß angenommene Resolution über die Organisation und die Arbeit der Partei auf diesen Teil Ihres Landes an.)

2. Eine tägliche Arbeiterzeitung für die Arbeiterklasse in diesem Teil des Landes zu gründen;

sie nicht als Geschäftsunternehmen zu gründen (wie das gewöhnlich mit Zeitungen in den kapitalistischen Ländern der Fall ist), nicht mit einem großen Kapital, nicht auf die allgemein übliche Manier, sondern als *wirtschaftliche und politische* Waffe der *Massen* in ihrem Kampf.

Entweder sind die Bergarbeiter dieses Bezirks imstande, *einen halben Penny* täglich (für den Anfang *wöchentlich*, wenn Sie wollen) für ihre *eigene* tägliche (oder wöchentliche) Zeitung zu zahlen (sei sie auch sehr, sehr klein, das ist nicht wichtig), oder aber *die wirkliche kommunistische Massenbewegung hat in diesem Teil Ihres Landes noch* **nicht begonnen.**

Wenn die kommunistische Partei in diesem Bezirk nicht ein paar Pfund Sterling zusammenbringen kann, um *täglich kleine Blättchen* herauszugeben, aus denen eine wirkliche *proletarische* kommunistische Zeitung hervorgeht – wenn es so steht, wenn nicht *jeder* Bergarbeiter einen Penny dafür zahlen will, dann ist dort kein *ernsthafter*, kein wahrer Anschluß an die III. Internationale vollzogen worden.

Die englische Regierung wird die raffiniertesten Mittel anwenden, um jedes Vorhaben dieser Art im Keim zu ersticken. Deshalb müssen wir (zunächst) sehr vorsichtig sein. Die Zeitung darf zunächst nicht *allzu revolutionär* sein. Wollen Sie drei Redakteure haben, so muß mindestens einer *Nichtkommunist* sein. Mindestens zwei müssen echte Arbeiter sein. Wenn $^9/_{10}$ der Arbeiter die Zeitung nicht kaufen und $^2/_3$ $\left(\frac{120}{120+63}\right)$ keine speziellen Beiträge (z. B. einen Penny *wöchentlich*) für *ihre* Zeitung zahlen, so wird diese Zeitung keine Arbeiterzeitung sein.

Ich würde mich sehr freuen, von Ihnen ein paar Zeilen über dieses Thema zu erhalten, und bitte mein schlechtes Englisch zu entschuldigen.

Mit kommunistischem Gruß
Lenin

Geschrieben am 13. August 1921.
Zuerst veröffentlicht am 21. Januar 1927 im „Workers' Weekly" Nr. 205 und in russischer Sprache am 27. Januar 1927 in der „Prawda" Nr. 21.

Übersetzung aus dem Englischen.

BRIEF AN DIE DEUTSCHEN KOMMUNISTEN

Werte Genossen!

Ich hatte vor, in einem ausführlichen Artikel meine Ansicht über die Lehren des III. Kongresses der Kommunistischen Internationale darzulegen. Leider war ich bisher krankheitshalber nicht imstande, diese Arbeit in Angriff zu nehmen. Die Festsetzung des Parteitags Ihrer Partei, der „Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands" (VKPD)[104], auf den 22. August veranlaßt mich, mich mit diesem Brief zu beeilen, den ich in einigen Stunden beenden muß, um mich mit seiner Absendung nach Deutschland nicht zu verspäten.

Soweit ich es beurteilen kann, ist die Lage der Kommunistischen Partei in Deutschland besonders schwierig. Das ist begreiflich.

Erstens, und das ist die Hauptsache, hat die internationale Lage Deutschlands seit Ende 1918 seine innere revolutionäre Krise außerordentlich rasch und jäh zugespitzt und die Vorhut des Proletariats zur sofortigen Eroberung der Macht gedrängt. Gleichzeitig hat sich die ausgezeichnet bewaffnete und organisierte, durch die „russische Erfahrung" gewitzigte deutsche wie auch die ganze internationale Bourgeoisie mit tollem Haß auf das revolutionäre Proletariat Deutschlands gestürzt. Zehntausende der besten Menschen Deutschlands, seiner revolutionären Arbeiter, sind erschlagen und zu Tode gefoltert worden von der Bourgeoisie, von ihren Helden, den Noske und Co., von ihren direkten Lakaien, den Scheidemännern u. a., von ihren indirekten und „raffinierten" (und daher für sie besonders wertvollen) Helfershelfern, den Rittern der „zweieinhalbten Internationale", mit ihrer niederträchtigen Charakterlosigkeit, ihren Schwankungen, ihrer Pedanterie und ihrem Spießergeist. Die bewaffnete

Bourgeoisie stellte den wehrlosen Arbeitern Fallen, mordete sie in Massen hin, mordete ihre Führer, lauerte systematisch einem nach dem anderen auf, wobei sie das konterrevolutionäre Geheul aus den Reihen der Sozialdemokraten beider Schattierungen, sowohl der Scheidemänner als auch der Kautskyaner, glänzend auszunutzen wußte. Eine wirklich revolutionäre Partei hatten die deutschen Arbeiter im Augenblick der Krise nicht, infolge der zu spät vorgenommenen Spaltung, infolge des Drucks der verfluchten Tradition der „Einheit" mit der korrupten (die Scheidemann, Legien, David und Co.) und charakterlosen (die Kautsky, Hilferding und Co.) Bande der Lakaien des Kapitals. In jedem ehrlichen, klassenbewußten Arbeiter, der das Basler Manifest von 1912 für bare Münze nahm und nicht für „Ausflüchte" der Schurken „zweiter" und „zweieinhalbter" Sorte hielt, erwachte in unglaublicher Schärfe der Haß gegen den Opportunismus der alten deutschen Sozialdemokratie, und dieser Haß – das edelste, erhabenste Gefühl der Besten aus der unterdrückten und ausgebeuteten Masse – machte die Menschen blind, nahm ihnen die Möglichkeit, kaltblütig zu überlegen und eine eigene richtige Strategie auszuarbeiten als Antwort auf die glänzende Strategie der bewaffneten, organisierten, durch die „russische Erfahrung" gewitzigten, von der Entente, von Frankreich, England und Amerika, unterstützten Kapitalisten. Dieser Haß trieb sie zu vorzeitigen Aufständen.

Das ist der Grund, warum die Entwicklung der revolutionären Arbeiterbewegung in Deutschland seit Ende 1918 einen besonders schweren und qualvollen Weg gegangen ist. Aber sie ist vorwärtsgeschritten und schreitet unaufhaltsam vorwärts. Die allmähliche Linksschwenkung der Arbeitermassen, der wirklichen Mehrheit der Werktätigen und Ausgebeuteten in Deutschland, sowohl der in den alten, menschewistischen (d. h. der Bourgeoisie dienenden) Gewerkschaften organisierten als auch der gar nicht oder fast gar nicht organisierten, ist eine unbestreitbare Tatsache. Kaltes Blut und Standhaftigkeit bewahren; systematisch die Fehler der Vergangenheit korrigieren; unaufhörlich darauf bedacht sein, die Mehrheit der Arbeitermassen sowohl in den Gewerkschaften als auch außerhalb der Gewerkschaften zu erobern; geduldig eine starke und kluge kommunistische Partei aufbauen, die fähig ist, bei allen und jeglichen Wendungen der Ereignisse die Massen wirklich zu führen; sich eine Strategie ausarbeiten, die der besten internationalen Strategie der (durch die jahrhun-

dertelange Erfahrung im allgemeinen und durch die „russische Erfahrung" im besondern) „am meisten aufgeklärten" fortgeschrittenen Bourgeoisie gewachsen ist – das ist es, was man tun muß und was das deutsche Proletariat tun wird, was ihm den Sieg garantiert.

Anderseits wird augenblicklich die schwierige Lage der Kommunistischen Partei Deutschlands durch die Absplitterung der kläglichen Kommunisten von links („Kommunistische Arbeiterpartei Deutschlands", KAPD) und von rechts (Paul Levi mit seinem Blättchen „Unser Weg" oder „Sowjet") noch mehr erschwert.

Die „Linken" oder „KAPD-isten" haben seit dem II. Kongreß der Kommunistischen Internationale von uns genügend Verwarnungen in der internationalen Arena erhalten. Solange sich, wenigstens in den wichtigsten Ländern, noch keine genügend starken, erfahrenen, einflußreichen kommunistischen Parteien herausgebildet haben, müssen wir die Teilnahme halbanarchistischer Elemente auf unseren internationalen Kongressen dulden, ja, sie ist sogar bis zu einem gewissen Grade nützlich. Nützlich insofern, als diese Elemente ein anschauliches „abschreckendes Beispiel" für unerfahrene Kommunisten bilden, und auch insofern, als sie selbst noch fähig sind zu lernen. In der ganzen Welt zerfällt der Anarchismus – und nicht seit gestern, sondern seit Beginn des imperialistischen Krieges 1914–1918 – in zwei Richtungen: in eine für die Sowjets und eine gegen die Sowjets, in eine für die Diktatur des Proletariats und eine gegen die Diktatur des Proletariats. Man muß diesen Zerfallsprozeß des Anarchismus reifen und ausreifen lassen. In Westeuropa gibt es fast keine Menschen, die einigermaßen große Revolutionen durchgemacht haben; die Erfahrung der großen Revolutionen ist dort fast gänzlich vergessen; der Übergang aber vom Wunsch, revolutionär zu sein, und von Gerede (und Resolutionen) über die Revolution zur wirklichen revolutionären Arbeit ist ein sehr schwieriger, langsamer und qualvoller Übergang.

Selbstverständlich kann und darf man halbanarchistische Elemente jedoch nur in beschränktem Maße dulden. In Deutschland haben wir sie sehr lange geduldet. Der III. Kongreß der Kommunistischen Internationale stellte ihnen ein genau befristetes Ultimatum. Wenn sie jetzt selber die Kommunistische Internationale verlassen haben, um so besser. Erstens haben sie uns der Mühe enthoben, sie auszuschließen. Zweitens ist vor allen schwankenden Arbeitern, vor allen, die aus Haß gegen den Oppor-

tunismus der alten Sozialdemokratie zum Anarchismus neigten, jetzt mit besonderer Gründlichkeit und besonderer Anschaulichkeit demonstriert worden, durch genaue Tatsachen bewiesen worden, daß die Kommunistische Internationale Geduld an den Tag gelegt hat, daß sie die Anarchisten keineswegs sofort und unbedingt hinausgejagt hat, daß sie sie aufmerksam angehört und ihnen geholfen hat zu lernen.

Jetzt sollten wir den KAPD-isten weniger Aufmerksamkeit schenken. Mit unserer Polemik gegen sie machen wir nur für sie Reklame. Sie sind allzu unvernünftig; sie ernst zu nehmen wäre falsch; ihnen böse zu sein lohnt nicht. Einfluß auf die Massen haben sie nicht und werden sie nicht bekommen, wenn wir selber keine Fehler machen. Lassen wir diese winzige Richtung eines natürlichen Todes sterben; die Arbeiter werden selbst hinter ihre innere Hohlheit kommen. Wir wollen die organisatorischen und taktischen Beschlüsse des III. Kongresses der Kommunistischen Internationale möglichst gründlich propagieren und in die Tat umsetzen und weniger Reklame für die KAPD-isten durch unsere Polemik mit ihnen machen. Die Kinderkrankheit des linken Radikalismus geht vorüber und wird mit dem Wachstum der Bewegung ganz vergehen.

Genauso helfen wir jetzt unnötigerweise auch Paul Levi, machen unnötigerweise Reklame für ihn durch unsere Polemik gegen ihn. Er will ja nichts anderes, als daß wir mit ihm diskutieren. Nach dem Beschluß des III. Kongresses der Kommunistischen Internationale muß man ihn vergessen und die ganze Aufmerksamkeit, alle Kräfte konzentrieren auf die friedliche (ohne Stänkerei, ohne Polemik, ohne Aufwühlung der Streitigkeiten von gestern), sachliche, positive Arbeit im Geiste der Beschlüsse unseres III. Kongresses. Gegen diesen allgemeinen und einstimmig gefaßten Beschluß des III. Kongresses versündigt sich meiner Überzeugung nach nicht wenig der Artikel des Gen. K. Radek: „Der III. Weltkongreß über die Märzaktion und die weitere Taktik" (im Zentralorgan der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands „Die Rote Fahne" vom 14. und 15. Juli 1921). Dieser Artikel, den mir ein Genosse aus den Kreisen der polnischen Kommunisten zugeschickt hat, ist ohne jede Notwendigkeit – und zum direkten Schaden der Sache – nicht nur gegen Paul Levi zugespitzt (das wäre noch ganz unwichtig), sondern auch gegen Clara Zetkin. Clara Zetkin selbst hat aber in Moskau, während des III. Kongresses, den „Friedensvertrag" mit der Zentrale der Vereinigten

Kommunistischen Partei Deutschlands über eine gemeinschaftliche, unfraktionelle Arbeit geschlossen! Und dieser Vertrag ist von uns allen gebilligt worden. Gen. K. Radek ist in seinem unangebrachten polemischen Übereifer so weit gegangen, daß er eine direkte Unwahrheit sagt, indem er Clara Zetkin unterstellt, sie wolle „jede allgemeine Aktion der Partei ... auf den Tag verlegen, wo die großen Massen aufstehen werden". Selbstverständlich erweist Gen. K. Radek mit solchen Methoden Paul Levi einen Dienst, wie dieser ihn sich besser nicht wünschen könnte. Paul Levi will ja gerade, daß sich die Streitigkeiten endlos hinziehen, daß möglichst viele Leute in die Streitigkeiten hineingezogen werden, daß man Clara Zetkin durch polemische Verletzungen des „Friedensvertrags", den sie selber geschlossen hat und der von der ganzen Kommunistischen Internationale gutgeheißen worden ist, von der Partei abzustoßen sucht. Gen. K. Radek hat mit seinem Artikel ein ausgezeichnetes Beispiel dafür geliefert, wie man „von links" Paul Levi hilft.

Hier muß ich den deutschen Genossen erklären, warum ich Paul Levi auf dem III. Kongreß so lange verteidigt habe. Erstens, weil ich Levi durch Radek in der Schweiz im Jahre 1915 oder 1916 kennengelernt habe. Levi war schon damals Bolschewik. Und ich kann mich eines gewissen Mißtrauens gegenüber jenen nicht erwehren, die *erst nach* dem Sieg des Bolschewismus in Rußland und einer Reihe von Siegen in der internationalen Arena zu ihm gekommen sind. Aber selbstverständlich ist dieser Grund verhältnismäßig unwichtig, denn ich kenne immerhin Paul Levi persönlich sehr wenig. Unvergleichlich wichtiger war der zweite Grund, nämlich der, daß Levi mit seiner Kritik an der Märzaktion 1921 in Deutschland in vielem *dem Wesen der Sache nach recht hat* (natürlich nicht darin, daß die Märzaktion ein „Putsch" gewesen sei: diese Behauptung Paul Levis ist Unsinn).

Allerdings hat Levi alles mögliche und vieles unmögliche getan, um seine Kritik zu schwächen und zu verderben, um sich und anderen das Verständnis für das *Wesen* der Sache durch eine Unmenge von Kleinigkeiten zu erschweren, in denen er offensichtlich unrecht hat. Levi hat seine Kritik in eine unzulässige und schädliche Form gekleidet. Levi, der den anderen eine vorsichtige und durchdachte Strategie predigt, hat selbst mehr Dummheiten gemacht als irgendein grüner Junge, als er sich so voreilig, so unvorbereitet, so unsinnig, so wild in den Kampf stürzte, daß er

den „Kampf" mit Sicherheit verlieren mußte (und sich auf lange Jahre die Arbeit verdarb oder erschwerte), obwohl dieser „Kampf" gewonnen werden konnte und mußte. Levi hat wie ein „intelligenzlerischer Anarchist" (wenn ich nicht irre, nennt man das auf deutsch Edelanarchist) gehandelt, anstatt wie ein organisiertes Mitglied der proletarischen Kommunistischen Internationale vorzugehen. Levi hat die Disziplin gebrochen.

Durch diese Reihe von unglaublich dummen Fehlern hat Levi die Konzentration der Aufmerksamkeit auf das Wesen der Sache erschwert. Das Wesen der Sache aber, d. h. die Einschätzung *und Korrektur* der zahlreichen von der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands während der Märzaktion 1921 begangenen Fehler, war und ist von gewaltiger Bedeutung. Um diese Fehler (die von manchen als Perle der marxistischen Taktik gepriesen wurden) zu klären und zu korrigieren, *mußte* man während des III. Kongresses der Kommunistischen Internationale auf dem *rechten* Flügel stehen. Sonst wäre die *Linie* der Kommunistischen Internationale *falsch* gewesen.

Ich verteidigte Levi und mußte ihn verteidigen, weil ich solche Gegner Levis vor mir hatte, die ganz einfach über „Menschewismus" und „Zentrismus" schrien, aber die Fehler der Märzaktion und die Notwendigkeit, sie zu klären und zu korrigieren, nicht einsehen wollten. Diese Leute verwandelten den revolutionären Marxismus in eine Karikatur, den Kampf gegen den „Zentrismus" in einen lächerlichen Sport. Diese Leute drohten der ganzen Sache den größten Schaden zuzufügen, denn „niemand in der Welt ist imstande, die revolutionären Marxisten zu kompromittieren – es sei denn, sie kompromittieren sich selbst".

Ich sagte diesen Leuten: Nehmen wir an, Levi sei Menschewik geworden. Da ich ihn persönlich wenig kenne, werde ich mich nicht sperren, wenn man mir das beweist. Aber zunächst ist das noch nicht bewiesen. Zunächst ist nur bewiesen, daß er *den Kopf verloren hat*. Deswegen allein einen Menschen zum Menschewik zu stempeln, ist eine kindische Albernheit. Die Herausbildung erfahrener und einflußreicher Parteiführer ist eine langwierige und schwierige Sache. Aber anders wird die Diktatur des Proletariats, die „Einheit des Willens" des Proletariats eine Phrase bleiben. Bei uns in Rußland dauerte die Herausbildung einer Gruppe von Führern 15 Jahre (1903–1917), 15 Jahre Kampf gegen den Menschewismus, 15 Jahre Verfolgung durch den Zarismus, 15 Jahre, zu denen die

Jahre der ersten Revolution (1905), einer großen und mächtigen Revolution, zählten. Und trotzdem gab es bei uns traurige Fälle, daß sogar ausgezeichnete Genossen den „Kopf verloren". Wenn die westeuropäischen Genossen sich einbilden, daß sie gegen solche „traurigen Fälle" gefeit sind, so ist das eine solche Kinderei, daß man unbedingt den Kampf dagegen führen muß.

Levi mußte wegen Disziplinbruch ausgeschlossen werden. Die Taktik mußte *auf Grund* eingehendster Klärung und Korrektur der Fehler der Märzaktion von 1921 festgelegt werden. Wenn Levi *nachher* sein Verhalten nicht ändern will, dann wird er die Richtigkeit seines Ausschlusses bestätigen, dann wird für die schwankenden oder unsicheren Arbeiter die völlige Richtigkeit der Beschlüsse des III. Kongresses über Paul Levi um so stärker, um so überzeugender erwiesen sein.

Und je vorsichtiger ich auf dem Kongreß an die Beurteilung der Fehler Levis heranging, mit um so größerer Gewißheit kann ich jetzt sagen, daß Levi sich beeilt hat, die schlimmsten Erwartungen zu bestätigen. Vor mir liegt Nr. 6 seines Blättchens „Unser Weg" (vom 15. VII. 1921). Aus der Erklärung der Redaktion, die an der Spitze der Zeitschrift zu lesen ist, geht hervor, daß Paul Levi die Beschlüsse des III. Kongresses kennt. Und seine Antwort darauf? Menschewistische Schlagworte vom „großen Bann", vom „kanonischen Recht" und darüber, daß diese Beschlüsse „in vollständiger Freiheit besprochen werden müssen". Was für eine Freiheit kann noch vollständiger sein, als wenn jemand von dem Namen eines Mitglieds der Partei und eines Mitglieds der Kommunistischen Internationale befreit worden ist! Und schreiben werden bei ihm, bei Levi, man höre, Parteimitglieder, und zwar anonym!

Zuerst – Untergrabung der Partei, Schläge aus dem Hinterhalt, Schädigung der Parteiarbeit.

Dann – sachliche Diskussion über die Kongreßbeschlüsse.

Das ist großartig.

Aber eben dadurch schlägt sich Levi selbst endgültig tot.

Paul Levi möchte den Streit verlängern.

Es wäre der größte strategische Fehler, diesen Wunsch zu erfüllen. Ich würde den deutschen Genossen raten, die Polemik gegen Levi und sein Blättchen in der Tagespresse der Partei zu verbieten. Man soll für ihn keine Reklame machen. Man soll ihm nicht erlauben, die Aufmerksamkeit

der kämpfenden Partei von dem Wichtigen auf das Unwichtige abzulenken. In Fällen der äußersten Notwendigkeit soll man in Wochenschriften, Monatsschriften oder Broschüren polemisieren und nach Möglichkeit den KAPD-isten und Paul Levi nicht das Vergnügen bereiten, das sie empfinden, wenn sie beim Namen genannt werden, sondern man soll einfach von „einigen nicht sehr klugen Kritikern, die sich unbedingt für Kommunisten halten wollen", sprechen.

Mir wird mitgeteilt, daß in der letzten Sitzung des Zentralausschusses sogar der linke Friesland genötigt war, scharf gegen Maslow aufzutreten, der in linkem Radikalismus macht und sich im Sport der „Zentristenhetze" üben möchte. Die Unvernunft (milde gesagt) des Verhaltens dieses Maslow hat sich auch hier in Moskau gezeigt. Wahrhaftig, die deutsche Partei sollte diesen Maslow und zwei, drei seiner Gesinnungsfreunde und Mitstreiter, die den „Friedensvertrag" offenbar nicht einhalten wollen und sich sehr unklug ereifern, auf ein paar Jahre nach Sowjetrußland schicken. Wir würden für sie nützliche Arbeit finden. Wir würden sie verdauen. Und der Nutzen für die internationale und für die deutsche Bewegung läge auf der Hand.

Die deutschen Kommunisten müssen um jeden Preis die inneren Streitigkeiten beenden, die streitsüchtigen Elemente auf beiden Seiten entfernen, Paul Levi und die KAPD-isten vergessen und sich mit wirklicher Arbeit befassen.

Arbeit gibt es genug.

Die taktische und die organisatorische Resolution des III. Kongresses der Kommunistischen Internationale bedeuten meines Erachtens für die Bewegung einen großen Schritt vorwärts. Man muß alle Kräfte anspannen, um diese beiden Resolutionen wirklich in die Tat umzusetzen. Das ist schwer. Das kann und muß aber geschehen.

Zuerst mußten die Kommunisten der ganzen Welt ihre Prinzipien verkünden. Das ist auf dem I. Kongreß geschehen. Das war der erste Schritt.

Der zweite Schritt war der organisatorische Ausbau der Kommunistischen Internationale und die Ausarbeitung der Aufnahmebedingungen, der Bedingungen der tatsächlichen Trennung von den Zentristen, von den direkten und indirekten Agenten der Bourgeoisie innerhalb der Arbeiterbewegung. Das ist auf dem II. Kongreß geschehen.

Auf dem III. Kongreß mußte man die sachliche, positive Arbeit aufnehmen und unter Berücksichtigung der praktischen Erfahrungen des bereits begonnenen kommunistischen Kampfes konkret bestimmen, *in welcher Weise* taktisch und organisatorisch weitergearbeitet werden soll. Diesen dritten Schritt haben wir denn auch getan. Wir haben ein Heer von Kommunisten in der ganzen Welt. Es ist noch schlecht geschult, schlecht organisiert. Von größtem Schaden für die Sache wäre es, wollten wir diese Wahrheit vergessen oder uns fürchten, sie einzugestehen. Dieses Heer muß man in sachlicher Weise, indem man sich mit größter Vorsicht und Strenge selbst kontrolliert und die Erfahrungen der eigenen Bewegung studiert, gründlich schulen, gründlich organisieren, bei allen möglichen Manövern, den verschiedensten Schlachten, offensiven und defensiven Operationen erproben. Ohne diese lange und harte Schule kann man nicht siegen.

In der internationalen kommunistischen Bewegung war im Sommer 1921 der „springende Punkt", daß einige der besten und einflußreichsten Teile der Kommunistischen Internationale diese Aufgabe nicht ganz richtig begriffen hatten, *ein klein wenig* den „Kampf gegen den Zentrismus" *übertrieben, ein klein wenig* die Grenze *überschritten*, jenseits welcher sich dieser Kampf in einen Sport verwandelt, jenseits welcher die Kompromittierung des revolutionären Marxismus beginnt.

Das war der „springende Punkt" auf dem III. Kongreß.

Die Übertreibung war nicht groß. Aber ihre Gefahr war ungeheuer. Der Kampf dagegen war schwer, denn die Übertreibung begingen wirklich die besten, ergebensten Elemente, ohne die es wohl die Kommunistische Internationale überhaupt nicht gäbe. In den in der Zeitung „Moskau"[105] in deutscher, französischer und englischer Sprache veröffentlichten taktischen Abänderungsanträgen, die von der deutschen, österreichischen und italienischen Delegation unterzeichnet sind, hat sich diese Übertreibung ganz deutlich gezeigt, um so deutlicher, als die Abänderungsanträge zu dem (nach langer und allseitiger Vorbereitungsarbeit) bereits fertiggestellten Resolutionsentwurf eingebracht wurden. Die Ablehnung dieser Abänderungsanträge bedeutete eine *Ausrichtung* der Linie der Kommunistischen Internationale, sie war ein Sieg über die Gefahr der Übertreibung.

Eine Übertreibung aber würde, wenn man sie nicht korrigierte, die Kommunistische Internationale bestimmt zugrunde richten. Denn „niemand in der Welt ist imstande, die revolutionären Marxisten zu kompro-

mittieren – es sei denn, sie kompromittieren sich selbst". Niemand in der Welt ist imstande, den Sieg der Kommunisten über die II. und zweieinhalbte Internationale (das aber bedeutet unter den Verhältnissen Westeuropas und Amerikas im 20. Jahrhundert, nach dem ersten imperialistischen Krieg, den Sieg über die Bourgeoisie) zu verhindern, *es sei denn*, die Kommunisten verhindern ihn selbst.

Übertreiben aber, wenn auch nur ein klein wenig, heißt eben den Sieg verhindern.

Den Kampf gegen den Zentrismus übertreiben heißt den Zentrismus *retten*, seine Stellung, seinen Einfluß auf die Arbeiter *festigen*.

Den siegreichen Kampf gegen den Zentrismus zu führen, haben wir im internationalen Maßstab in der Zeit vom II. zum III. Kongreß gelernt. Das ist durch die Tat bewiesen. Diesen Kampf werden wir konsequent fortsetzen (Ausschluß Levis und der Partei Serratis).

Aber den Kampf gegen unrichtige Übertreibungen bei der Bekämpfung des Zentrismus zu führen, haben wir im internationalen Maßstab *noch nicht* gelernt. Diesen unseren Mangel haben wir jedoch erkannt, wie der Verlauf und der Ausgang des III. Kongresses gezeigt haben. Und gerade deshalb, weil wir unseren Mangel erkannt haben, *werden wir uns davon frei machen*.

Dann aber werden wir unbesiegbar sein, denn ohne Stütze innerhalb des Proletariats (vermittels der Agenten der Bourgeoisie in der II. und zweieinhalbten Internationale) ist die Bourgeoisie in Westeuropa und in Amerika *nicht imstande*, die Macht zu behaupten.

Sorgfältigere, solidere Vorbereitung auf die neuen, immer entscheidenderen Kämpfe, sowohl die defensiven als auch die offensiven – das ist das Grundlegende und Wichtigste in den Beschlüssen des III. Kongresses.

„... der Kommunismus wird in Italien zu einer Massenkraft werden, wenn die Kommunistische Partei Italiens unermüdlich und unbeirrt den Kampf gegen die opportunistische Politik Serratis führen und zugleich imstande sein wird, mit den proletarischen Massen in den Gewerkschaften, in den Streiks, in den Kämpfen gegen die konterrevolutionären Organisationen der Faschisten eine enge Verbindung herzustellen, die Bewegungen aller Organisationen der Arbeiterklasse zusammenzufassen und ihre spontanen Aktionen in sorgfältig vorbereitete Kämpfe zu verwandeln."

„... Die Vereinigte Kommunistische Partei Deutschlands wird um so erfolgreicher imstande sein, Massenaktionen durchzuführen, je besser sie in der Zu-

kunft ihre Kampflosungen der wirklichen Situation anpaßt, je sorgfältiger sie diese Situation studiert und je einheitlicher und disziplinierter sie diese Aktionen durchführt".

Das sind die wesentlichsten Stellen aus der taktischen Resolution des III. Kongresses.

Die Eroberung der Mehrheit des Proletariats durch uns – das ist „die wichtigste Aufgabe" (Überschrift von Abschnitt 3 der Resolution über die Taktik).

Diese Eroberung der Mehrheit verstehen wir natürlich nicht formal, wie das die Ritter der spießbürgerlichen „Demokratie" von der zweieinhalbten Internationale tun. Als in Rom im Juli 1921 das gesamte Proletariat, sowohl das reformistische Proletariat aus den Gewerkschaften als auch das zentristische aus der Partei Serratis, *mit* den Kommunisten gegen die Faschisten ging, da war das die *Eroberung der Mehrheit* der Arbeiterklasse durch uns.

Das war noch lange, lange nicht die entscheidende Eroberung, sondern nur eine teilweise, nur eine vorübergehende, nur eine lokale Eroberung, aber es war eine Eroberung der Mehrheit. Eine solche Eroberung ist möglich, sogar dann, wenn die Mehrheit des Proletariats formal Führern aus der Bourgeoisie oder Führern, die eine bürgerliche Politik treiben (wie es alle Führer der II. und zweieinhalbten Internationale tun), folgt, oder wenn die Mehrheit des Proletariats schwankt. Eine solche Eroberung schreitet in der ganzen Welt, überall und auf die verschiedenste Weise, unaufhaltsam vorwärts. Bereiten wir sie gründlicher und sorgfältiger vor, lassen wir keine einzige ernste Gelegenheit außer acht, bei der die Bourgeoisie das Proletariat zwingt, sich zum Kampf zu erheben, lernen wir richtig die Zeitpunkte bestimmen, da die *Massen* des Proletariats *nicht anders können*, als sich gemeinsam mit uns zu erheben.

Dann ist uns der Sieg sicher, wie schwer auch noch einzelne Niederlagen und einzelne Etappen in unserem großen Feldzug sein mögen.

Unsere taktischen und strategischen Methoden bleiben (wenn man im internationalen Maßstab urteilt) noch zurück hinter der ausgezeichneten Strategie der Bourgeoisie, die am Beispiel Rußlands gelernt hat und sich nicht „überrumpeln" lassen wird. Aber wir haben mehr, unendlich mehr Kräfte auf unserer Seite; Taktik und Strategie lernen wir, wir haben in dieser „Wissenschaft" auf Grund der Lehren aus den Fehlern der März-

aktion von 1921 Fortschritte gemacht. Wir werden diese „Wissenschaft" vollständig meistern.

Unsere Parteien sind in den allermeisten Ländern noch lange, lange nicht das, was wirkliche kommunistische Parteien sein müssen, d. h. wirkliche Vorhuten der wirklich revolutionären und einzig revolutionären Klasse, mit restloser Teilnahme aller Parteimitglieder am Kampf, an der Bewegung, am tagtäglichen Leben der Massen. Aber wir kennen diesen unseren Mangel, wir haben ihn mit größter Anschaulichkeit in der Resolution des III. Kongresses über die Arbeit der Partei aufgedeckt. Und wir werden diesen Mangel überwinden.

Genossen deutsche Kommunisten! Erlauben Sie mir, mit dem Wunsch zu schließen, daß Ihr Parteitag am 22. August mit fester Hand und für immer Schluß macht mit dem Kleinkampf gegen die Abgespaltenen von links und rechts. Genug des innerparteilichen Kampfes! Nieder mit jedem, der ihn noch direkt oder indirekt in die Länge ziehen will. Wir kennen jetzt unsere Aufgaben viel klarer, konkreter, anschaulicher als gestern; wir fürchten uns nicht, unsere Fehler offen aufzuzeigen, um sie zu korrigieren. Wir werden jetzt alle Kräfte der Partei einsetzen für ihre bessere Organisation, für die Hebung der Qualität und des Inhalts ihrer Arbeit, für die Herstellung einer engeren Verbindung mit den Massen, für die Ausarbeitung einer immer richtigeren und präziseren Taktik und Strategie der Arbeiterklasse.

Mit kommunistischem Gruß

14. August 1921 *N. Lenin*

Veröffentlicht 1921. *Nach dem Manuskript.*

ANMERKUNGEN

[1] Mit dem Referat *„Über die Gewerkschaften, die gegenwärtige Lage und die Fehler Trotzkis"* trat W. I. Lenin, nachdem die Diskussion über die Rolle und die Aufgaben der Gewerkschaften begonnen hatte, erstmalig vor dem Parteiaktiv auf. Ausgelöst wurden die Diskussion und der Kampf gegen Lenin und die Partei durch Trotzki. Nach den Trotzkisten traten auch andere parteifeindliche Gruppen auf.

Lenin und die Leninisten führten einen entschiedenen Kampf gegen die Opposition, wobei sie den Hauptschlag gegen die Trotzkisten als die Hauptkraft der parteifeindlichen Gruppierungen richteten.

In der Gewerkschaftsdiskussion erlitten die Trotzkisten und alle anderen Oppositionellen eine Niederlage. Die Parteiorganisationen scharten sich um Lenin und stellten sich auf den Boden der Leninschen Plattform.

Über die Gewerkschaftsdiskussion in der Partei siehe den vorliegenden Band, S. 58–100, und die Beschlüsse des X. Parteitags der KPR(B). („Die KPdSU in Resolutionen und Beschlüssen der Parteitage, Parteikonferenzen und Plenartagungen des ZK", 7. Auflage, Teil I, Moskau 1954, S. 534–549, russ.) *1*

[2] Lenin meint die Resolutionen des IX. Parteitags der KPR(B) „Über die nächsten Aufgaben des wirtschaftlichen Aufbaus" und „Zur Frage der Gewerkschaften und ihrer Organisation". (Siehe „Die KPdSU in Resolutionen und Beschlüssen der Parteitage, Parteikonferenzen und Plenartagungen des ZK", 7. Auflage, Teil I, Moskau 1954, S. 477–490 und 490 bis 494, russ.) *4*

[3] Siehe den vorliegenden Band, S. 25/26. *5*

[4] Gemeint ist der *VIII. Gesamtrussische Sowjetkongreß*, der vom 22. bis 29. Dezember 1920 in Moskau tagte. *7*

[5] Lenin bezieht sich auf die von der IX. Gesamtrussischen Konferenz der KPR(B) im September 1920 angenommene Resolution „Über die nächsten Aufgaben des Parteiaufbaus". (Siehe „Die KPdSU in Resolutionen und Beschlüssen der Parteitage, Parteikonferenzen und Plenartagungen des ZK", 7. Auflage, Teil I, Moskau 1954, S. 506–512, russ.) *10*

[6] *„Iswestija Zentralnowo Komiteta Rossiskoi Kommunistitscheskoi Partii (bolschewikow)"* (Nachrichten des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Rußlands [Bolschewiki] – Informationsbulletin des ZK, das auf Beschluß des VIII. Parteitags der KPR(B) gegründet wurde und ab Mai 1919 in Moskau erschien. Im Oktober 1929 wurden die „Iswestija ZK" in die Zeitschrift „Partinoje Stroitelstwo" (Parteiaufbau) umgewandelt, die bis Juni 1946 erschien. *10*

[7] *„Puffergruppe"* – parteifeindliche Gruppe (Bucharin, Preobrashenski, Serebrjakow u. a.), die während der Gewerkschaftsdiskussion entstand. Sie versuchte, den Leninismus mit dem Trotzkismus auszusöhnen, erwies sich jedoch in der Praxis als Helfershelfer der schlimmsten Fraktionsmacherei. Bucharin gab seine Plattform bald auf und schloß sich offen der Position Trotzkis an.

In dem Artikel „Die Krise der Partei", in der Broschüre „Noch einmal über die Gewerkschaften, die gegenwärtige Lage und die Fehler Trotzkis und Bucharins" (siehe den vorliegenden Band, S. 27–38 und 58–100) und in anderen Schriften gab Lenin eine Charakteristik der „Puffergruppe" und eine Einschätzung ihrer parteifeindlichen Auffassungen und ihres parteifeindlichen Auftretens. *10*

[8] Der *Verteidigungsrat* (Rat der Arbeiter- und Bauernverteidigung) war am 30. November 1918 vom Gesamtrussischen Zentralexekutivkomitee gebildet worden. Er besaß alle Vollmachten zur Mobilisierung der Kräfte und Mittel des Landes für die Verteidigung. Zum Vorsitzenden des Rats für Verteidigung wurde W. I. Lenin ernannt. Anfang April 1920 wurde der Rat für Verteidigung reorganisiert und hieß von da an Rat für Arbeit und Verteidigung. Auf Beschluß des VIII. Gesamtrussischen Sowjetkongresses im Dezember 1920 erhielt der Rat für Arbeit und Verteidigung die Rechte einer Kommission des Rats der Volkskommissare, deren Hauptaufgabe darin bestand, die Arbeiten aller Institutionen, denen der wirtschaftliche Aufbau oblag, zu koordinieren; er bestand bis 1937. *11*

[9] Gemeint ist das Gesamtrussische Büro für Produktionspropaganda beim Gesamtrussischen Zentralrat der Gewerkschaften, das auf Initiative Lenins geschaffen wurde. *14*

[10] *Glawpolitput* (Politische Hauptabteilung des Volkskommissariats für Verkehrswesen) – wurde auf Beschluß des Gesamtrussischen ZEK im Februar 1919 geschaffen und im Januar 1920 als Politische Hauptverwaltung des Volkskommissariats für Verkehrswesen reorganisiert, um provisorisch die Parteiarbeit und die gesamte politische Arbeit unter den Arbeitern und Angestellten des Verkehrswesens zu leiten. Auf Beschluß des ZK der KPR(B) wurde der Glawpolitput im Dezember 1920 aufgelöst. *18*

[11] *Zektran* (Zentralkomitee des Vereinigten Gewerkschaftsverbandes der Eisenbahn- und Schiffahrtsarbeiter) – wurde im September 1920 geschaffen. Die Trotzkisten, die Ende 1920 – Anfang 1921 die Leitung des Zektran an sich gerissen hatten, arbeiteten in den Gewerkschaften mit Methoden des nackten Zwangs und des Kommandierens und brachten damit die Arbeiter gegen die Partei auf und spalteten ihre Reihen. Das Zentralkomitee der Partei verurteilte diese fehlerhaften Methoden. Der Erste Gesamtrussische Verbandstag der Eisenbahn- und Schiffahrtsarbeiter, der im März 1921 zusammentrat, vertrieb die Trotzkisten aus der Leitung des Zektran. *18*

[12] Siehe „Die KPdSU in Resolutionen und Beschlüssen der Parteitage, Parteikonferenzen und Plenartagungen des ZK", 7. Auflage, Teil I, Moskau 1954, S. 486, russ. *18*

[13] *Politwod* (Glawpolitwod – Politische Hauptverwaltung des Schiffahrtswesens beim Volkskommissariat für Verkehrswesen) – als nachgeordnete Stelle des Glawpolitput im April 1920 geschaffen; im Dezember 1920 aufgelöst. *18*

[14] Lenin zitiert aus dem fünften Punkt der Resolution des Novemberplenums (1920) des Zentralkomitees der Partei über die Gewerkschaften. *19*

[15] Die *V. Gesamtrussische Gewerkschaftskonferenz* tagte vom 2. bis 6. November 1920 in Moskau.

In einer Fraktionssitzung der kommunistischen Delegierten der Konferenz stellte Trotzki die anfechtbare Losung auf, „die Schrauben anzuziehen" und „die Gewerkschaften durchzurütteln". Er forderte die unverzügliche „Verstaatlichung der Gewerkschaften" und trat für die militärische Arbeitsweise in den Gewerkschaften ein. Trotzkis Forderungen bedeuteten faktisch die Liquidierung der Gewerkschaften, den Abbau der Diktatur des Proletariats.

Das Auftreten Trotzkis stieß auf den Widerstand der kommunistischen Delegierten. Der in der Sitzung der kommunistischen Fraktion angenommenen Resolution wurde der von Lenin verfaßte „Resolutionsentwurf ‚Die Aufgaben der Gewerkschaften und die Methoden ihrer Lösung'" zugrunde gelegt. (Siehe Werke, Bd. 31, S. 368/369.) *21*

[16] *„Arbeiteropposition"* – parteifeindliche, anarcho-syndikalistische Gruppe, die von Schljapnikow, Medwedew u. a. geführt wurde. Die Gruppe entstand in der zweiten Hälfte des Jahres 1920 und bekämpfte die Leninsche Parteilinie. Der X. Parteitag der KPR(B) verurteilte die „Arbeiteropposition" und erklärte die Propagierung anarcho-syndikalistischer Ideen für unvereinbar mit der Zugehörigkeit zur Kommunistischen Partei. *30*

[17] In dem *„Beschlußentwurf für den X. Parteitag der KPR über die Rolle und die Aufgaben der Gewerkschaften"* wurde die Leninsche Position (Plattform) als Gegengewicht zu den Plattformen der parteifeindlichen Gruppen dargelegt. In diesem Dokument wurden die Gewerkschaften als Schulen der Verwaltung, Schulen der Wirtschaftsführung, Schulen des Kommunismus charakterisiert. Es wurde darauf hingewiesen, daß die hauptsächliche Arbeitsmethode der Gewerkschaften die Methode der Überzeugung als Ausdruck der proletarischen Demokratie innerhalb der Gewerkschaften ist, und die Aufgabe gestellt, die gesamte Arbeiterklasse für das Werk des sozialistischen Aufbaus zusammenzuschließen. *33*

[18] Die parteifeindliche *Gruppe des „demokratischen Zentralismus"* (Dezisten), an deren Spitze Sapronow, Ossinski u. a. standen, bildete sich in der Periode des Kriegskommunismus. Die Dezisten verneinten die führende Rolle der Partei in den Sowjets und in den Gewerkschaften; sie traten gegen die Einzelleitung und die persönliche Verantwortlichkeit der Direktoren in der Industrie, gegen die Leninsche Linie in Organisationsfragen auf; sie forderten Freiheit für Fraktionen und Gruppierungen in der Partei. Der IX. und der X. Parteitag verurteilten die Dezisten als parteifeindliche Gruppe.

Die von Lenin weiter unten erwähnten „Ignatowleute" vertraten ebenfalls eine parteifeindliche Gruppierung anarcho-syndikalistischer Richtung. *33*

[19] Siehe „Die KPdSU in Resolutionen und Beschlüssen der Parteitage, Parteikonferenzen und Plenartagungen des ZK", 7. Auflage, Teil I, Moskau 1954, S. 422 (Punkt 5), russ. *35*

[20] W. I. Lenin hat die Diskussion über die Rolle und die Aufgaben der Gewerkschaften im Auge, die in der erweiterten Sitzung des Moskauer Komi-

tees der KPR(B) am 17. Januar 1921 stattfand, an der Vertreter der Parteiorganisationen der Moskauer Stadtbezirke und der Kreisorganisationen teilnahmen. Mit großer Stimmenmehrheit wurden die von W. I. Lenin unterzeichneten Thesen angenommen.

Am nächsten Tag (18. Januar) beschloß das Moskauer Parteikomitee einen Aufruf „An alle Parteiorganisationen", in welchem es alle Parteimitglieder aufforderte, die Leninsche Plattform einmütig zu unterstützen. *36*

[21] Der *II. Gesamtrussische Verbandstag der Bergarbeiter* fand vom 25. Januar bis 1. Februar 1921 statt. Der Eröffnung des Verbandstags gingen vom 22. bis 24. Januar vier Sitzungen der kommunistischen Fraktion voraus. *39*

[22] Siehe den vorliegenden Band, S. 13/14. *45*

[23] *Arbeiter- und Bauerninspektion* – Volkskommissariat zur Leitung des Kontrollsystems und zur Verbesserung der Arbeitsorganisation in den Sowjet- und Wirtschaftsinstitutionen und in den Betrieben.

Im Januar 1918 wurde das Volkskommissariat für Staatliche Kontrolle geschaffen. Im März 1919 führte der Rat der Volkskommissare auf Vorschlag W. I. Lenins eine Reorganisation dieses Volkskommissariats durch. Am 9. April 1919 unterzeichnete W. I. Lenin das vom Gesamtrussischen Zentralexekutivkomitee bestätigte Dekret über die Staatliche Kontrolle.

Im Februar 1920 wurden die Organe der Arbeiterkontrolle mit den Organen der Staatlichen Kontrolle zu einem einheitlichen Organ der Arbeiter- und Bauerninspektion vereinigt und ein besonderes Statut dafür beschlossen.

Der XII. Parteitag der KPR(B) schuf 1923 auf Veranlassung W. I. Lenins ein vereinigtes Organ der Zentralen Kontrollkommission und der Arbeiter- und Bauerninspektion. *54*

[24] Lenin schrieb die Broschüre in Verbindung mit der Parteidiskussion über die Gewerkschaften. Das Manuskript war am 25. Januar 1921 fertiggestellt und ging am gleichen Tag in Satz. Am Spätabend des 26. Januar wurde ein Teil der Auflage an die Mitglieder des Zentralkomitees der Partei verteilt, die ins Land hinausfuhren, um an der Diskussion über die Rolle und die Aufgaben der Gewerkschaften teilzunehmen. *58*

[25] *„Petrogradskaja Prawda"* (Petrograder Prawda) – Tageszeitung; erschien ab 2. April 1918, zunächst als Organ des Zentralkomitees und des Petrograder Komitees der KPR(B). Vom Juni desselben Jahres an wurde sie das Organ des Zentralkomitees, des Komitees des Nordgebiets und des Stadt-

komitees der KPR(B), später das Organ des Gouvernements- und des Stadtparteikomitees. Im Januar 1924 wurde sie in „Leningradskaja Prawda" umbenannt. *58*

[26] Die *erweiterte Moskauer Metallarbeiterkonferenz* fand vom 2. bis 4. Februar 1921 statt. An der Konferenz nahmen annähernd 1000 Vertreter der Metallarbeiter der Stadt und des Gouvernements Moskau teil. Die Konferenz erörterte Ernährungs- und Versorgungsfragen, die Rolle der Gewerkschaften in der Produktion, das Verhältnis der Arbeiterklasse zur Bauernschaft und andere Fragen. Lenin sprach in der letzten Sitzung der Konferenz. *101*

[27] Die unter der Flagge unentgeltlicher Landzuteilung durchgeführte Kolonisationspolitik der amerikanischen Kapitalisten untersuchte Lenin in seiner Arbeit „Neue Daten über die Entwicklungsgesetze des Kapitalismus in der Landwirtschaft". (Siehe Werke, Bd. 22, S. 1–100.) *102*

[28] Der *IV. Gesamtrussische Verbandstag der Bekleidungsarbeiter* fand vom 1. bis 6. Februar 1921 in Moskau statt. Auf dem Verbandstag waren 287 Delegierte anwesend. Es wurden behandelt: die Tätigkeit des ZK des Verbandes, die ökonomischen Aufgaben, die Arbeitsnormung, der internationale Zusammenschluß der Gewerkschaften und andere Fragen. Lenin sprach in der 9. Plenarsitzung am 6. Februar vormittags. *105*

[29] Die *Zentrale Verteilungskommission* beim Staatsverlag wurde im Dezember 1919 gebildet, um einen einheitlichen Plan der Registrierung und Verteilung der Druckerzeugnisse auszuarbeiten. *123*

[30] Siehe „Die KPdSU in Resolutionen und Beschlüssen der Parteitage, Parteikonferenzen und Plenartagungen des ZK", 7. Auflage, Teil I, Moskau 1954, S. 423 (Punkt 8), russ. *125*

[31] *„Erster Rohentwurf von Thesen betreffend die Bauern"* – von Lenin zur Frage der Ersetzung der Ablieferungspflicht durch die Naturalsteuer verfaßt.

Ende Januar–Anfang Februar 1921 empfing Lenin Abgesandte der Bauern und unterhielt sich mit ihnen über die Lage im Dorf. Am 8. Februar 1921 wurde in der Sitzung des Politbüros des Zentralkomitees der Partei unter Leitung Lenins die Aussaatkampagne im Frühjahr und die Lage der Bauernschaft erörtert. In dieser Sitzung schrieb Lenin den Rohentwurf als Richtlinie für den Beschluß über die Ersetzung der Ablieferungspflicht durch die Naturalsteuer, der dann vom X. Parteitag angenommen wurde. *128*

[32] Lenin zitiert aus der am 29. Dezember 1920 vom VIII. Gesamtrussischen Sowjetkongreß angenommenen Resolution über die Elektrifizierung. Der Entwurf dieser Resolution war von Lenin geschrieben worden. (Siehe Werke, Bd. 31, S. 529/530.) *136*

[33] Die zitierten Stellen hier und weiter unten siehe „Die KPdSU in Resolutionen und Beschlüssen der Parteitage, Parteikonferenzen und Plenartagungen des ZK", 7. Auflage, Teil I, Moskau 1954, S. 423, russ. *139*

[34] Der *V. Gesamtukrainische Sowjetkongreß* tagte vom 25. Februar bis 3. März 1921 in Charkow. An dem Kongreß nahmen mehr als tausend Delegierte teil.

Der Kongreß wählte Lenin in das Gesamtukrainische Zentralexekutivkomitee. Lenins Begrüßungsschreiben wurde am 26. Februar, in der zweiten Sitzung des Kongresses, verlesen. *142*

[35] Die *Plenarsitzung des Moskauer Sowjets der Arbeiter- und Bauerndeputierten am 28. Februar 1921*, an der die Stadtbezirkssowjets und Vertreter der Betriebskomitees teilnahmen, war Fragen der internationalen und inneren Lage der Sowjetrepublik gewidmet.

Der Plenarsitzung ging eine Versammlung des Moskauer Parteiaktivs am 24. Februar voraus, in der Lenin eine Rede hielt. Auf Beschluß dieser Versammlung wurde auch die Plenarsitzung des Moskauer Sowjets einberufen, in der Lenin über die internationale und innere Lage der Sowjetrepublik sprach. Der Moskauer Sowjet nahm einmütig einen Aufruf an die Arbeiter, Bauern und Rotarmisten der Stadt und des Gouvernements Moskau an, gegen die Feinde der Sowjetmacht zu kämpfen, die den Versuch machten, die zeitweiligen Ernährungsschwierigkeiten der Republik zu konterrevolutionären Zwecken auszunutzen. *143*

[36] Der Brief W. I. Lenins an die georgischen Kommunisten wurde G. K. Ordshonikidse am 2. März 1921 über den Fernschreiber übermittelt. Am gleichen Tag erhielt W. I. Lenin von G. K. Ordshonikidse telegrafisch die Antwort, in der mitgeteilt wurde, daß die georgischen Kommunisten mit der Direktive W. I. Lenins völlig einverstanden sind. *157*

[37] Der *X. Parteitag der KPR(B)* fand vom 8. bis 16. März 1921 in Moskau statt. Auf dem Parteitag waren 694 Delegierte mit beschließender Stimme, die 732 521 Parteimitglieder vertraten, und 296 Delegierte mit beratender Stimme anwesend.

Der Parteitag nahm den Bericht über die politische Tätigkeit des Zentralkomitees, den Bericht der Kontrollkommission, Referate über die nächsten

Aufgaben der Partei in der nationalen Frage, über die Ersetzung der Ablieferungspflicht durch die Naturalsteuer, über die Einheit der Partei und die anarcho-syndikalistische Abweichung und über andere Fragen entgegen und diskutierte darüber.

Lenin eröffnete den Parteitag und leitete seine gesamte Arbeit. Er hielt zu allen Hauptpunkten der Tagesordnung die Referate und Schlußworte: über die politische Tätigkeit des ZK der KPR(B), über die Ersetzung der Ablieferungspflicht durch die Naturalsteuer, über die Einheit der Partei und die anarcho-syndikalistische Abweichung. Außerdem sprach Lenin über die Gewerkschaften, zur Brennstofffrage und bei der Schließung des Parteitags. Von Lenin wurden auch die ursprünglichen Entwürfe der Resolutionen über die Genossenschaften, über die Verbesserung der Lage der Arbeiter und der notleidenden Bauern, über die Einheit der Partei, über die syndikalistische und anarchistische Abweichung in der Partei vorbereitet.

Der Parteitag zog die Bilanz aus der Diskussion über die Gewerkschaften und billigte mit überwältigender Stimmenmehrheit die Leninsche Plattform. Er nahm die von Lenin abgefaßten und vorgeschlagenen Resolutionen „Über die Einheit der Partei" und „Über die syndikalistische und anarchistische Abweichung in unserer Partei" an. (Siehe den vorliegenden Band, S. 245–248 und 249–252.) Der Parteitag erklärte die Propagierung anarcho-syndikalistischer Ideen für unvereinbar mit der Zugehörigkeit zur Kommunistischen Partei.

Der Parteitag beschloß die Ersetzung der Ablieferungspflicht durch die Naturalsteuer und den Übergang zur Neuen Ökonomischen Politik.

Der Parteitag nahm einstimmig die Resolution über die nächsten Aufgaben der Partei in der nationalen Frage an. Der X. Parteitag wählte ein neues Zentralkomitee mit einer sicheren Mehrheit von Leninisten. Zu Mitgliedern des ZK wurden gewählt Lenin, Woroschilow, Dzierzynski, Kalinin, Ordshonikidse, Stalin, Frunse u. a., zu Kandidaten Kirow, Kuibyschew u. a. *163*

[38] Siehe den vorliegenden Band, S. 16. *170*

[39] Die *21 Bedingungen für die Aufnahme in die III. Internationale*, deren Entwurf W. I. Lenin ausgearbeitet hatte, wurden vom II. Kongreß der Komintern am 6. August 1920 angenommen. *179*

[40] Das Handelsabkommen mit England wurde am 16. März 1921 unterzeichnet. *180*

[41] Lenin spricht von der konterrevolutionären Kronstädter Meuterei, die am 28. Februar 1921 ausbrach. 300 Delegierte des X. Parteitags unter Führung

von K. J. Woroschilow nahmen an der Niederschlagung der Meuterei teil, die am 18. März vollständig liquidiert war. *182*

[42] Das *Demokratische Komitee in Samara* – das sogenannte Komitee der Mitglieder der Konstituierenden Versammlung – bestand aus Weißgardisten, Sozialrevolutionären und Menschewiki. Diese bildeten im Juni 1918 eine Regierung, die im Herbst 1918 liquidiert wurde. *184*

[43] Siehe den vorliegenden Band, S. 58–100. *198*

[44] Lenin hat die Parteilosenkonferenz zur Ernährungsfrage im Auge, die am 5. und 6. März 1921 in Charkow stattfand. *205*

[45] Dieser von Lenin ausgearbeitete Resolutionsentwurf wurde vom X. Parteitag bestätigt. *209*

[46] Das *Komitee für staatliche Bauvorhaben* beim Obersten Volkswirtschaftsrat wurde durch ein Dekret des Rats der Volkskommissare vom 9. Mai 1918 geschaffen, um die gesamte Tätigkeit des Staates auf dem Gebiet des Industriebaus in einer Hand zusammenzufassen. *210*

[47] Die *Rede über die Gewerkschaften* hielt Lenin in der zwölften Sitzung des X. Parteitags der KPR(B) am 14. März 1921. Nach dieser Rede nahm der Parteitag mit überwältigender Stimmenmehrheit die Leninsche Plattform an. (Siehe „Die KPdSU in Resolutionen und Beschlüssen der Parteitage, Parteikonferenzen und Plenartagungen des ZK", 7. Auflage, Teil I, Moskau 1954, S. 534–549, russ.) *211*

[48] Gemeint ist die vom VIII. Gesamtrussischen Sowjetkongreß am 29. Dezember 1920 angenommene Resolution über die Lage im Eisenbahn- und Schiffahrtsverkehr und über die weiteren Perspektiven seiner Festigung und Entwicklung. *213*

[49] Vgl. Karl Marx/Friedrich Engels, Werke, Bd. 21, S. 168. *214*

[50] Siehe „Die KPdSU in Resolutionen und Beschlüssen der Parteitage, Parteikonferenzen und Plenartagungen des ZK", 7. Auflage, Teil I, Moskau 1954, S. 422 (Punkt 5), russ. *214*

[51] Siehe „Die KPdSU in Resolutionen und Beschlüssen der Parteitage, Parteikonferenzen und Plenartagungen des ZK", 7. Auflage, Teil I, Moskau 1954, S. 564, russ. *223*

[52] Auf Beschluß des X. Parteitags der KPR(B) wurde der siebente Punkt der Resolution über die Einheit der Partei damals nicht veröffentlicht. Auf der

XIII. Konferenz der KPR(B) am 17. Januar 1924 wurde dieser Punkt verlesen und seine Veröffentlichung beschlossen. (Siehe „Die KPdSU in Resolutionen und Beschlüssen der Parteitage, Parteikonferenzen und Plenartagungen des ZK", 7. Auflage, Teil I, Moskau 1954, S. 785, Punkt 14, russ.) *245*

[53] *„Diskussionny Listok"* (Diskussionsblatt) – herausgegeben vom ZK der KPR(B) auf Beschluß der IX. Gesamtrussischen Konferenz der KPR(B), die im September 1920 stattfand. Es erschienen zwei Nummern: die erste im Januar, die zweite im Februar 1921 vor dem X. Parteitag der KPR(B). *247*

[54] Das Referat über die Einheit der Partei und die anarcho-syndikalistische Abweichung in der Partei hielt Lenin in der letzten, der sechzehnten, Sitzung des Parteitags. Nach dem Schlußwort zu diesem Referat wurden die von Lenin verfaßten und vorgeschlagenen Resolutionen „Über die Einheit der Partei" und „Über die syndikalistische und anarchistische Abweichung in unserer Partei" mit überwältigender Stimmenmehrheit angenommen. *253*

[55] Vgl. Friedrich Engels, „Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft („Anti-Dühring")" (Karl Marx/Friedrich Engels, Werke, Bd. 20, S. 99/100), Karl Marx, „Kritik des Gothaer Programms" (Werke, Bd. 19, S. 26), Brief von Karl Marx an J. Weydemeyer vom 5. März 1852 (Werke, Bd. 28, S. 508). *254*

[56] Die *Kommunistische Arbeiterpartei Deutschlands (KAPD)* wurde im April 1920 von Vertretern des Linksradikalismus gebildet, die aus der KPD ausgeschlossen worden waren. Die von ihren Führern vertretenen anarcho-syndikalistischen Auffassungen wurden vom II. und III. Kongreß der Kommunistischen Internationale entschieden zurückgewiesen. Die ehrlichen proletarischen Kräfte dieser Partei brachen bald mit den linksradikalen Führern und fanden zur KPD zurück. *257*

[57] Der Abänderungsantrag Rjasanows wurde auf Vorschlag Lenins vom Parteitag abgelehnt. *267*

[58] Der von W. I. Lenin verlesene Entwurf einer Direktive enthält Vorschläge darüber, wie die Delegierten des X. Parteitags der KPR(B) im Lande draußen Bericht erstatten sollen. *273*

[59] *„Reuter"* – englische Nachrichten- und Telegrafenagentur. *274*

[60] *„Le Matin"* – 1884 gegründete französische bürgerliche Tageszeitung. *275*

[61] *„The Times"* – 1785 in London gegründete Zeitung; eines der einflußreichsten Blätter der konservativen englischen Bourgeoisie. *276*

62 *„The Daily Chronicle"* – von 1855 bis 1930 in London herausgegebene Zeitung der englischen imperialistischen Bourgeoisie. *276*

63 Der *Erste Gesamtrussische Verbandstag der Eisenbahn- und Schiffahrtsarbeiter*, auf dem 1079 Delegierte anwesend waren, fand vom 22. bis 31. März 1921 in Moskau statt.

Lenin hielt die Rede in der fünften Plenarsitzung des Verbandstags. *278*

64 Lenins Glückwunschschreiben war die Antwort auf einen Brief, in welchem ihm die Arbeiter des I. Staatlichen Automobilwerkes mitteilten, daß die Produktion von Motoren für Automobile angelaufen sei, und ihn einluden, an der Betriebsfeier am 7. April 1921 teilzunehmen. *293*

65 Die *Versammlung der Sekretäre und verantwortlichen Vertreter der Zellen der KPR(B) der Stadt und des Gouvernements Moskau*, die vom Moskauer Parteikomitee einberufen worden war, tagte im Säulensaal des Gewerkschaftshauses. Auf der Versammlung waren auch Mitglieder der Moskauer Parteiorganisation anwesend, die an der Liquidierung der konterrevolutionären Meuterei in Kronstadt teilgenommen hatten, sowie Vertreter der Amtsbezirksorganisatoren für die Arbeit unter den Bäuerinnen des Gouvernements Moskau. Auf der Tagesordnung stand die Einführung der Naturalsteuer. Referent war Lenin. *294*

66 Die *Komitees der Dorfarmut* wurden durch ein Dekret des Gesamtrussischen ZEK vom 11. Juni 1918 („Über die Organisation der Dorfarmut und ihre Belieferung mit Getreide, Gütern des dringenden Bedarfs und landwirtschaftlichen Geräten") ins Leben gerufen. Auf Beschluß des VI. Gesamtrussischen Außerordentlichen Sowjetkongresses (November 1918) gingen die Komitees der Dorfarmut, die ihre Aufgaben erfüllt hatten, in den Dorfsowjets auf.

Die *„Komitees der unbegüterten Bauern"* vereinigten landarme und landlose Bauern der Ukraine; sie waren 1920 zur Wahrung der Interessen der Dorfarmut und der Mittelbauern gegründet worden und wurden 1933 abgeschafft. *304*

67 Siehe W. I. Lenin, Werke, Bd. 27, S. 315–347. *305*

68 Die erste *Beratung von Vertreterinnen der Frauenabteilungen der Ostvölker in den Sowjetgebieten und -republiken* fand vom 5. bis 7. April 1921 in Moskau statt. An der Beratung nahmen 45 Kommunistinnen teil, die als Organisatoren unter den Frauen des Ostens wirkten und aus Turkestan, Aserbaidshan, Baschkirien, der Krim, dem Kaukasus, Tatarien, Sibirien

sowie einer Reihe von Gouvernements mit türkischer und Bergbevölkerung delegiert waren.

Die Teilnehmerinnen der Beratung wandten sich an Lenin mit einem Brief, in dem sie ihn zur Beratung einluden. Lenin antwortete darauf mit der hier veröffentlichten Grußbotschaft. *309*

[69] Siehe „Die KPdSU in Resolutionen und Beschlüssen der Parteitage, Parteikonferenzen und Plenartagungen des ZK", 7. Auflage, Teil I, Moskau 1954, S. 566–567, russ. *310*

[70] Lenin meint den Generalstreik und die bewaffneten Kämpfe der Arbeiter Mitteldeutschlands im März 1921 gegen die Besetzung von Industriezentren und Betrieben durch Polizeitruppen, durch die die Bourgeoisie mit Hilfe der rechten Führer der Sozialdemokratie die Arbeiter provozierte, um sie niederzuschlagen. Lenins Einschätzung der Märzkämpfe siehe im vorliegenden Band, S. 491–500 und 537–548.

Der von Lenin erwähnte Streik der englischen Bergarbeiter, der von April bis Juni 1921 dauerte, war die Antwort auf die Forderung der Grubenbesitzer, die Arbeitslöhne um 20 Prozent zu kürzen. Der Streik, an dem sich mehr als eine Million Menschen beteiligten, wuchs sich zu einem Generalstreik des gesamten Bergarbeiterverbandes aus. Der heldenhafte Kampf der Bergarbeiter wurde von der Bourgeoisie mit Hilfe der reformistischen Gewerkschaftsführer abgewürgt. *318*

[71] Die *Konferenz parteiloser Arbeiter der Stadt Petrograd* fand vom 10. bis 20. April 1921 statt. Die Beratungsteilnehmer wandten sich an Lenin mit einem Begrüßungsschreiben und der Einladung, an den Konferenzverhandlungen teilzunehmen. Das in diesem Band veröffentlichte Dokument ist die Antwort darauf; es wurde am 14. April abgesandt und in der Schlußsitzung der Konferenz am 20. April 1921 verlesen. *330*

[72] Lenin hat Punkt 2 des ökonomischen Teils des Programms der Kommunistischen Partei Rußlands (Bolschewiki) im Auge. (Siehe „Die KPdSU in Resolutionen und Beschlüssen der Parteitage, Parteikonferenzen und Plenartagungen des ZK", 7. Auflage, Teil I, Moskau 1954, S. 421, russ.) *334*

[73] Lenin zeigt hier das Verhältnis und die zahlenmäßige Stärke der Bevölkerung der imperialistischen Länder und der Kolonien. Von den 1750 Millionen der gesamten Erdbevölkerung (nach statistischen Angaben von 1920) entfielen auf die Bevölkerung der imperialistischen Länder 250 Millionen oder $^1/_7$ und auf die Bevölkerung der Kolonien 1000 Millionen oder $^4/_7$. *335*

[74] Mit dem Hinweis auf die Daten „5. V. 1918" und „10. XI. 1918" erinnert Lenin an seine Schriften „Über ‚linke' Kinderei und über Kleinbürgerlich-

keit" und „Die proletarische Revolution und der Renegat Kautsky". Erstere wurde am 5. Mai 1918 beendet, letztere am 10. November des gleichen Jahres. (Siehe Werke, Bd. 27, S. 315–347, und Bd. 28, S. 225–327.) *339*

[75] Siehe W. I. Lenin, Werke, Bd. 27, S. 146–151 und 315–347. *341*

[76] *„Nowaja Shisn"* (Neues Leben) und *„Wperjod"* (Vorwärts) – menschewistische Tageszeitungen; erschienen 1917/1918 und wurden wegen konterrevolutionärer Tätigkeit von der Sowjetmacht verboten. *347*

[77] Siehe Karl Marx/Friedrich Engels, Werke, Bd. 19, S. 21. *348*

[78] Siehe W. I. Lenin, Werke, Bd. 25, S. 368–370. *348*

[79] Siehe Karl Marx/Friedrich Engels, Werke, Bd. 22, S. 504. *349*

[80] Siehe W. I. Lenin, Werke, Bd. 27, S. 327–339. *353*

[81] *Zweieinhalbte Internationale* (offizieller Name: Internationale Arbeitsgemeinschaft Sozialistischer Parteien) – gegründet im Februar 1921 zu Wien auf einer Konferenz zentristischer Parteien und Gruppen, die unter dem Druck der revolutionär gesinnten Arbeitermassen vorübergehend aus der II. Internationale ausgetreten waren; 1923 vereinigte sich die zweieinhalbte Internationale wieder mit der II. Internationale. *370*

[82] Siehe W. I. Lenin, Werke, Bd. 27, S. 328–330. *375*

[83] Die Aufnahme von Reden Lenins auf Schallplatten erfolgte durch die Zentrale Agentur des Gesamtrussischen ZEK zur Beschaffung und Verbreitung von Presseerzeugnissen (Zentrale Presseagentur). Die in diesem Band veröffentlichten Reden wurden am 25. April 1921 aufgenommen. *381*

[84] Die *„Direktive des Rats für Arbeit und Verteidigung an die örtlichen Sowjetinstitutionen. Entwurf"* wurde von Lenin am 30. Mai 1921 der III. Tagung des Gesamtrussischen ZEK unterbreitet. Bei der Erörterung des Entwurfs der „Direktive" hielt Lenin eine Rede. Die Tagung des Gesamtrussischen ZEK beschloß die Annahme der „Direktive" und leitete sie an das Präsidium des Gesamtrussischen ZEK zur Bestätigung weiter, die am 30. Juni 1921 erfolgte. *391*

[85] Lenin bezieht sich auf den Beschluß des Gesamtrussischen Zentralexekutivkomitees vom 21. März 1921 über die Ersetzung der Ablieferungspflicht durch die Naturalsteuer, der in Übereinstimmung mit dem Beschluß des X. Parteitags der KPR(B) gefaßt worden war. *391*

[86] Die *X. Gesamtrussische Konferenz der KPR(B)* fand vom 26. bis 28. Mai 1921 in Moskau statt. Es war eine außerordentliche Konferenz.

Die Hauptaufmerksamkeit der Konferenz galt der praktischen Durchführung der Neuen Ökonomischen Politik. Lenin bereitete für die Konferenz schriftlich Konzepte des Referats und des Schlußworts über die Naturalsteuer vor und machte seine Bemerkungen zum Arbeitsplan des ZK der KPR(B). Er hielt die Eröffnungsrede, das Referat über die Naturalsteuer und das Schlußwort hierzu. Ferner bereitete er den Resolutionsentwurf zu dieser Frage vor, berichtete über die Arbeit der kommunistischen Fraktion auf dem IV. Gewerkschaftskongreß und hielt die Schlußrede auf der Konferenz. Während der dreitägigen Dauer der Konferenz trat Lenin zwölfmal auf.

Der von Lenin ausgearbeitete Resolutionsentwurf über die Neue Ökonomische Politik wurde von der Konferenz angenommen. *419*

87 Gemeint ist die Broschüre „Über die Naturalsteuer (Die Bedeutung der neuen Politik und ihre Bedingungen)". Siehe den vorliegenden Band, S. 341–380. *422*

88 Lenin spricht hier vom *IV. Gesamtrussischen Gewerkschaftskongreß*, der vom 17. bis 25. Mai 1921 stattfand, und vom *IV. Gesamtrussischen Kongreß der Volkswirtschaftsräte*, der vom 18. bis 24. Mai 1921 tagte.

Einzelne Fragen, die vor dem IV. Gesamtrussischen Kongreß der Volkswirtschaftsräte und vor dem IV. Gesamtrussischen Gewerkschaftskongreß standen, wurden in gemeinsamen Sitzungen der Delegierten beider Kongresse beraten. *436*

89 Die *III. Tagung des Gesamtrussischen Zentralexekutivkomitees* fand am 30. und 31. Mai 1921 statt. Sie nahm den Bericht über die Tätigkeit des Präsidiums des Gesamtrussischen Zentralexekutivkomitees entgegen und billigte dessen Arbeit. Auf der Tagung wurden folgende Referate angehört und erörtert: über die Aussaatkampagne; über die Organe zur Koordinierung der Tätigkeit der Volkskommissariate für Wirtschaft und über die örtlichen Wirtschaftsorgane; über die Ersetzung der Ablieferungspflicht durch die Naturalsteuer; über die Petrograder Industrie; über die Reorganisation der Tribunale. Außerdem wurden Berichte des Gouvernementsexekutivkomitees von Twer und des Sibirischen Revolutionskomitees entgegengenommen.

Die Rede über die örtlichen Wirtschaftsorgane hielt Lenin in der zweiten (Abend-) Sitzung der Tagung. *459*

90 Gemeint ist die Broschüre „Direktive des Rats für Arbeit und Verteidigung an die örtlichen Sowjetinstitutionen. Entwurf". Siehe den vorliegenden Band, S. 391–417. *459*

[91] Die *III. Gesamtrussische Konferenz für Ernährungswesen* fand vom 16. bis 24. Juni 1921 in Moskau statt. Lenin wurde zum Ehrenmitglied des Präsidiums der Konferenz gewählt. Die Konferenz erörterte die neue Ernährungspolitik und andere Fragen. Die im vorliegenden Band veröffentlichte Rede hielt Lenin in der ersten Sitzung der Konferenz. *463*

[92] Lenin erinnert an den Beschluß der X. Gesamtrussischen Konferenz der KPR(B) „Über die ökonomische Politik". (Siehe „Die KPdSU in Resolutionen und Beschlüssen der Parteitage, Parteikonferenzen und Plenartagungen des ZK", 7. Auflage, Teil I, Moskau 1954, S. 574–576, russ.) *466*

[93] Der *III. Kongreß der Kommunistischen Internationale* fand vom 22. Juni bis 12. Juli 1921 in Moskau statt. Es nahmen 603 Vertreter von kommunistischen Parteien und Gruppen sowie anderen Organisationen aus über 50 Ländern teil. Die KPR(B) war durch 72 Delegierte vertreten; an ihrer Spitze stand Lenin.

Die wichtigsten Tagesordnungspunkte waren: die wirtschaftliche Krise und die neuen Aufgaben der KI; die Taktik der KI; die Gewerkschaftsfrage; die Taktik der KPR(B); der organisatorische Aufbau der kommunistischen Parteien, über die Methoden und den Inhalt ihrer Arbeit.

Der Kongreß wurde unter Lenins Leitung vorbereitet und durchgeführt. Lenin wurde zu seinem Ehrenvorsitzenden gewählt. Er war an der Ausarbeitung aller wichtigen Beschlüsse des Kongresses beteiligt, hielt mehrere grundlegende Reden und trat in den Kommissionen des Kongresses sowie in den erweiterten Sitzungen des EKKI auf. Unter maßgeblicher Teilnahme Lenins arbeitete der Kongreß die Grundlagen der Einheitsfronttaktik aus und orientierte die kommunistischen Parteien auf die Losung „Heran an die Massen!". *473*

[94] Gemeint ist die Erschießung einer Masse wehrloser Inder durch englische Truppen in der Stadt Amritsar am 13. April 1919. In dem Gemetzel wurden 400 Menschen getötet und 1 200 verwundet. Derartige Erschießungen gab es auch in anderen Städten Indiens. *477*

[95] *„Poslednije Nowosti"* (Letzte Neuigkeiten) – Tageszeitung der weißgardistischen Emigranten, Organ der konterrevolutionären bürgerlichen Kadettenpartei; erschien in Paris von April 1920 bis Juli 1940. Redakteur der Zeitung war der Führer der Kadetten P. N. Miljukow. *483*

[96] *„Kommunistitscheski Trud"* (Kommunistische Arbeit) – Tageszeitung, Organ des Moskauer Komitees der KPR(B) und des Moskauer Sowjets der Arbeiter- und Bauerndeputierten; erschien unter diesem Namen ab 18.

März 1920, unter dem Namen „Rabotschaja Moskwa" (Das proletarische Moskau) ab 7. Februar 1922, unter dem Namen „Moskowski Bolschewik" (Der Moskauer Bolschewik) ab 1. März 1939. Seit dem 19. Februar 1950 erscheint sie unter dem Namen „Moskowskaja Prawda" (Moskauer Prawda). *484*

97 Siehe Karl Marx/Friedrich Engels, Werke, Bd. 36, S. 252/253. *484*

98 Die Konferenz der italienischen Reformisten in Reggio Emilia fand am 10. und 11. Oktober 1920 statt. Sie nahm eine gegen die Diktatur des Proletariats und gegen die Sowjetmacht gerichtete Resolution an. *485*

99 *„Avanti!"* (Vorwärts!) – Tageszeitung, Zentralorgan der Italienischen Sozialistischen Partei; gegründet im Dezember 1896. *485*

100 Der *Parteitag der Italienischen Sozialistischen Partei in Livorno* fand im Januar 1921 statt. Auf dem Parteitag entbrannte ein erbitterter Kampf um die Bedingungen für die Aufnahme in die Kommunistische Internationale.

Ein Teil der Delegierten, Anhänger der Komintern, die für die bedingungslose Annahme der Aufnahmebedingungen eintraten, die Trennung von den Reformisten und den Anschluß an die Kommunistische Internationale forderten, verließ den Parteitag und gründete die Kommunistische Partei Italiens. *487*

101 Gemeint ist der Parteitag der Tschechoslowakischen Sozialdemokratischen Partei (Linke), der zum Gründungsparteitag der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei wurde. Er fand vom 14. bis 16. Mai 1921 in Prag statt; auf ihm waren 569 Delegierte, die über 350 000 Parteimitglieder vertraten, anwesend. Der Parteitag nahm eine Resolution über den Anschluß an die III. Internationale an. Das Hauptreferat auf dem Parteitag hielt B. Šmeral. *511*

102 *„Vorwärts"* – Zeitung; erschien unter diesem Namen seit Mai 1911 in Reichenberg als Organ des linken Flügels der österreichischen Sozialdemokraten. Zu Beginn des imperialistischen Weltkriegs 1914–1918 wurde der „Vorwärts" wegen seines Auftretens gegen den Krieg verboten und erst 1918, nach dem Zerfall Österreich-Ungarns und der Bildung der Tschechoslowakischen Republik, von einer Gruppe linker Sozialdemokraten von neuem herausgegeben.

1921 wurde der „Vorwärts" zum Organ der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei (deutsche Sektion). In der zweiten Augusthälfte 1934 trat an seine Stelle „Die Rote Fahne". *511*

[103] Der *I. Internationale Kongreß der revolutionären Fach- und Industrieverbände* fand vom 3. bis 19. Juli 1921 in Moskau statt. Auf dem Kongreß waren 380 Delegierte aus 42 Staaten Europas und Amerikas und auch aus einer Reihe kolonialer und halbkolonialer Länder (Korea, Südafrika, Australien und anderen) anwesend.

Lenins Begrüßungsschreiben war die Antwort auf die an ihn gerichtete Bitte der Kongreßdelegierten, am Kongreß teilzunehmen. Das Begrüßungsschreiben wurde auf der siebzehnten Sitzung am 19. Juli 1921 verlesen. *525*

[104] Die *Vereinigte Kommunistische Partei Deutschlands* (VKPD) wurde im Dezember 1920 auf dem Vereinigungsparteitag der Kommunistischen Partei Deutschlands und der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Linke) gegründet.

Die Vereinigung erfolgte, nachdem auf dem Außerordentlichen Parteitag der USPD im Oktober 1920 in Halle die linke Mehrheit für den Anschluß an die Kommunistische Internationale und für die Vereinigung mit der KPD gestimmt hatte, worauf die zentristischen (kautskyanischen) Elemente den Parteitag verließen und damit die USPD spalteten.

Auf dem nächsten Parteitag (in Jena im August 1921) nahm die Partei wieder ihren früheren Namen Kommunistische Partei Deutschlands an. *537*

[105] Die Zeitung *„Moskau"* – Organ des III. Kongresses der Kommunistischen Internationale, erschien in Moskau in drei Sprachen: deutsch „Moskau" (Nr. 1–50), französisch „Moscou" (Nr. 1–44) und englisch „Moscow" (Nr. 1–41).

Die Abänderungsanträge, an die Lenin erinnert, wurden in deutscher Sprache in Nr. 30 der Zeitung „Moskau" vom 1. Juli 1921 vollständig veröffentlicht. *545*

DATEN AUS DEM LEBEN UND WIRKEN W. I. LENINS

(Dezember 1920 bis August 1921)

1920

30. Dezember Lenin spricht in der gemeinsamen Sitzung der Mitglieder der KPR(B) unter den Delegierten des VIII. Sowjetkongresses sowie den Mitgliedern des Gesamtrussischen Zentralrats und des Moskauer Gouvernementsrats der Gewerkschaften über die Gewerkschaften, die gegenwärtige Lage und die Fehler Trotzkis.

31. Dezember Lenin wird in der ersten Sitzung des vom VIII. Sowjetkongreß gewählten Gesamtrussischen Zentralexekutivkomitees einstimmig als Vorsitzender des Rats der Volkskommissare bestätigt.

1921

Vor dem 22. Januar Lenin verbringt seinen Urlaub in dem Dorf Gorki, fährt aber zu den Sitzungen des ZK der KPR(B) und des Rats für Arbeit und Verteidigung nach Moskau.

4. Januar Lenin leitet die Plenartagung des ZK der KPR(B).

6. Januar Lenin unterhält sich mit einem Abgesandten der Bauern aus dem Dorf Modenowo, Amtsbezirk Bogorodskaja, Gouvernement Moskau, über die Herabsetzung der Pflichtablieferungen.

9. Januar Lenin spricht auf einer Bauernversammlung im Dorf Gorki, Gouvernement Moskau, über die internationale und die innere Lage der Sowjetrepublik.

11. Januar Lenin gibt telegrafisch Anweisungen an die Exekutivkomitees, Ernährungskomitees und Landabteilungen der Gouverne-

mentssowjets über die Organisierung von örtlichen Aussaatkomitees und die Durchführung der Aussaatkampagne.

12. Januar Lenin leitet die Plenartagung des ZK der KPR(B).

14. Januar Lenin beteiligt sich an der Abfassung des Entwurfs einer Entschließung des X. Parteitags der KPR(B) über die Rolle und die Aufgaben der Gewerkschaften.

19. Januar Lenin schreibt den Artikel „Die Krise der Partei".

20. Januar Lenin schreibt einen Brief an die Arbeiter und Angestellten der Station Proletarskaja an der Wladikawkaser Eisenbahnlinie, die eine Delegation mit Geschenken (Weizen, Gerste und Mehl) für die Werktätigen Moskaus geschickt hatten. In dem Brief gibt er ihnen Ratschläge für die Organisation der Arbeit in ihrer landwirtschaftlichen Kommune und für die Herstellung richtiger Beziehungen zu den Bauern der Umgegend.

23. Januar Lenin hält in der Sitzung der KPR(B)-Fraktion des II. Gesamtrussischen Verbandstags der Bergarbeiter ein Referat über die Rolle und die Aufgaben der Gewerkschaften.

24. Januar Lenin hält in der Sitzung der KPR(B)-Fraktion des II. Gesamtrussischen Verbandstags der Bergarbeiter das Schlußwort zum Referat über die Rolle und die Aufgaben der Gewerkschaften.

W. I. Lenin empfängt A. M. Gorki und spricht mit ihm über die Verbesserung der Lebensbedingungen des Akademiemitglieds I. P. Pawlow.

Er unterzeichnet den Beschluß des Rats der Volkskommissare, für I. P. Pawlow und seine Mitarbeiter Bedingungen zu schaffen, die ihre wissenschaftliche Arbeit gewährleisten.

25. Januar Lenin beendet die Arbeit an der Broschüre „Noch einmal über die Gewerkschaften, die gegenwärtige Lage und die Fehler Trotzkis und Bucharins".

26. Januar Lenin leitet die Plenartagung des ZK der KPR(B), auf der eine Kommission unter seinem Vorsitz eingesetzt wird, die ein Projekt für die Reorganisation des Volkskommissariats für Bildungswesen ausarbeiten soll.

27. Januar W. I. Lenin empfängt A. M. Gorki und Delegierte des Vereinigten Rats der wissenschaftlichen Institutionen und der

höheren Lehranstalten Petrograds; er bespricht mit ihnen die Schaffung von Bedingungen für die wissenschaftliche Forschungsarbeit in der Sowjetrepublik.

29. Januar bis 2. Februar Lenin leitet die Arbeit der Kommission für die Reorganisation des Volkskommissariats für Bildungswesen; er entwirft die neuen Bestimmungen über das Volkskommissariat und die Direktive des ZK der KPR(B) an die im Volkskommissariat arbeitenden Kommunisten.

31. Januar Lenin erteilt den leitenden Funktionären von Baku eine Direktive über die Organisierung der Fischindustrie am Kaspischen Meer.

Lenin wird zum Vorsitzenden der Kommission für Brotgetreide beim Rat für Arbeit und Verteidigung gewählt.

2. Februar Lenin leitet die Sitzung des Politbüros des ZK der KPR(B), die folgende Fragen behandelt: Thesen zum X. Parteitag über den Hauptausschuß für politisch-kulturelle Aufklärung und über die Agitations- und Propagandaarbeit; Hilfe für die von der Mißernte betroffene Bauernschaft, gewerbliche Produktionsgenossenschaften u. a.

Lenin erkundigt sich brieflich beim Marx-Engels-Institut, was in bezug auf die Sammlung der Briefe und aller veröffentlichten Werke von Marx und Engels getan worden ist.

4. Februar Lenin spricht auf der erweiterten Moskauer Metallarbeiterkonferenz.

Er leitet die Sitzung des Rats für Arbeit und Verteidigung, in der folgende Fragen erörtert werden: Gang der Demobilisierung der Armee, Maßnahmen zur Beschleunigung der Erzeugung von Elektropflügen und Motoren für die Landwirtschaft u. a.

5. Februar In der „Prawda" erscheinen die von Lenin im Zusammenhang mit der Reorganisation des Volkskommissariats für Bildungswesen verfaßten Direktiven des ZK der KPR(B) an die im Volkskommissariat arbeitenden Kommunisten.

Lenin leitet die Sitzung des Politbüros des ZK der KPR(B), in der die Thesen zum X. Parteitag „Über die nächsten Aufgaben der Partei in der nationalen Frage", Fragen der Aussaatkampagne, des Volkskommissariats für nationale Angelegenheiten u. a. behandelt werden.

Er leitet die Kommission zur endgültigen Redaktion der Thesen.

6. Februar Lenin spricht auf dem IV. Gesamtrussischen Verbandstag der Bekleidungsarbeiter über die internationale Lage und die Aufgaben der Gewerkschaftsbewegung.

7. Februar Lenin schreibt den Artikel „Über die Arbeit des Volkskommissariats für Bildungswesen".

Er redigiert zusammen mit anderen Kommissionsmitgliedern die Thesen zur nationalen Frage für den X. Parteitag der KPR(B).

8. Februar Lenin schreibt den „Ersten Rohentwurf von Thesen betreffend die Bauern".

Lenin leitet eine Sitzung des Rats der Volkskommissare, in der die durch die ausländische militärische Intervention und die Blockade verursachten Verluste erörtert werden.

12. Februar Lenin sendet an die Mitglieder des Politbüros ein Schreiben und Materialien über die Erdölkonzessionen und über die Lage in der Erdölindustrie.

Er empfängt eine dagestanische Delegation und bespricht mit ihr die Lage in der Dagestanischen Republik.

14. Februar Lenin empfängt eine Bauerndelegation aus dem Gouvernement Tambow und unterhält sich mit ihr über die Lage im Dorf.

16. Februar Lenin nimmt an einer Sitzung des Moskauer Parteikomitees und des Parteiaktivs teil; er hält ein Referat über innerparteiliche Fragen.

17. Februar Lenin entwirft den Beschluß des Rats für Arbeit und Verteidigung über die Schaffung einer Allgemeinen Staatlichen Plankommission und stellt eine vorläufige Liste der Mitglieder dieser Kommission auf.

19. Februar Lenin leitet in einer Sitzung des Politbüros des ZK der KPR(B) die Diskussion über Fragen, die von der bevorstehenden Plenartagung des ZK zu behandeln sind.

21. Februar Lenin schreibt den Artikel „Über den einheitlichen Wirtschaftsplan".

24.–25. Februar Lenin leitet die Plenartagung des ZK der KPR(B), auf der folgende Fragen erörtert werden: die Lage in Moskau; die

Ersetzung der Ablieferungspflicht durch die Naturalsteuer; Erdölkonzessionen; Brennstoff; die Arbeit des Schiffahrtswesens; die Demobilisierung der Armee u. a.

25. Februar Lenin besucht ein Wohnheim der Gesamtrussischen Kunstwerkstätten und unterhält sich mit den Studenten über Kunst und Literatur.

26. Februar Lenin hält eine Rede auf der Moskauer Gouvernementskonferenz der Arbeiterinnen und Bäuerinnen.
Er empfängt eine türkische Delegation und unterhält sich mit ihr über den Abschluß eines Vertrags mit der Türkei.

27. Februar Lenins Grußbotschaft an den V. Gesamtukrainischen Sowjetkongreß erscheint in der Zeitung „Kommunist" (Charkow).

28. Februar Lenin leitet die Sitzung des Politbüros des ZK der KPR(B), in der Fragen des Brennstoffs, der Lage in Moskau und Petrograd u. a. erörtert werden.
Lenin spricht in einer Plenarsitzung des Moskauer Sowjets der Arbeiter- und Bauerndeputierten über die internationale und die innere Lage der Sowjetrepublik.
Er führt mit Bauern des Gouvernements Wladimir ein Gespräch über die Lage im Dorf und über die Ersetzung der Ablieferungspflicht durch die Naturalsteuer.

1. März Lenin schreibt einen Brief an das Volkskommissariat für Landwirtschaft über die Heranziehung parteiloser Bauern mit praktischer Arbeitserfahrung, damit sie die Landwirtschaft vorwärtsbringen helfen.

2. März Lenin schreibt einen Brief an die georgischen Kommunisten.

3. März Lenin verfaßt eine Notiz an das Politbüro des ZK der KPR(B), in der er vorschlägt, das Büro der kommunistischen Fraktion des Gesamtrussischen Zentralrats der Gewerkschaften möge von einer Erörterung der Ernährungslage der Sowjetrepublik absehen und diese Frage an den bevorstehenden Parteitag zur Behandlung weiterleiten.

4. März Lenin schreibt den Artikel „Der Internationale Frauentag".

7. März Lenin leitet die Plenartagung des ZK der KPR(B), auf welcher der Beschlußentwurf des ZK über die Ersetzung der Ablieferungspflicht durch die Naturalsteuer erörtert wird.
Lenin wird von der Plenartagung des ZK der KPR(B) mit dem Vorsitz der Kommission betraut, die den Beschlußent-

wurf über die Ersetzung der Ablieferungspflicht durch die Naturalsteuer für den X. Parteitag ausarbeiten soll.

8.–16. März Lenin leitet die Arbeit des X. Parteitags der Kommunistischen Partei Rußlands (Bolschewiki).

8. März Lenin hält die einleitende Rede bei der Eröffnung des Parteitags.

Er wird in das Präsidium des Parteitags gewählt. Er gibt dem Parteitag den Rechenschaftsbericht über die politische Tätigkeit des ZK der KPR(B).

9. März Lenin hält auf dem Parteitag das Schlußwort zum Bericht über die politische Tätigkeit des ZK der KPR(B).

12. und 13. März Lenin nimmt an den geschlossenen Sitzungen des Parteitags teil, die der Erörterung militärischer Fragen gewidmet sind.

13. oder 14. März Lenin verfaßt den ursprünglichen Entwurf der Resolution des X. Parteitags über die Verbesserung der Lage der Arbeiter und der notleidenden Bauern.

14. März Lenin spricht auf dem Parteitag über die Gewerkschaften.

Er wird in einer geschlossenen Sitzung des Parteitags zum Mitglied des ZK der KPR(B) gewählt.

14. oder 15. März Lenin verfaßt die ursprünglichen Entwürfe der Parteitagsresolutionen über die Einheit der Partei und über die syndikalistische und anarchistische Abweichung in der Partei.

Spätestens 15. März Lenin verfaßt den Entwurf der Parteitagsresolution über die Genossenschaften.

15. März Lenin hält auf dem Parteitag das Referat über die Ersetzung der Ablieferungspflicht durch die Naturalsteuer und das Schlußwort dazu.

16. März Lenin hält auf dem Parteitag das Referat und das Schlußwort über die Einheit der Partei und über die anarcho-syndikalistische Abweichung und bringt die Resolutionsentwürfe zu diesen Fragen ein.

Er hält eine Rede über die Brennstofffrage und stellt einen Antrag dazu.

Er hält die Schlußrede, in der er die Bilanz des X. Parteitags zieht.

17. März Lenin schreibt dem inoffiziellen Vertreter amerikanischer Geschäftskreise, W. Vanderlip, einen Brief, in dem er von Verhandlungen über die Handelsbeziehungen zwischen Sowjetrußland und den USA spricht.

Vor dem 21. März Lenin gibt dem Petrograder Sowjet Anweisung, den Belagerungszustand in Petrograd aufzuheben und statt dessen das Kriegsrecht zu verhängen.

22. März Lenin unterhält sich mit Bauern aus dem Kreis Ufa und veranlaßt, daß jedem von ihnen eine Bescheinigung ausgestellt wird, wonach er sie zu einer Aussprache nach Moskau gerufen hat, um sich mit ihnen in einer wichtigen Angelegenheit, die die Bauernschaft betrifft, zu beraten.

24. März Lenin gibt allen Befehlshabern der Fronten und der Militärbezirke telegrafisch Anweisung, Sofortmaßnahmen zur Unterstützung der Landabteilungen bei der Durchführung der Aussaatkampagne zu treffen.

27. März Lenin spricht auf dem Gesamtrussischen Verbandstag der Eisenbahn- und Schiffahrtsarbeiter über die innere und die äußere Lage der Sowjetrepublik.

Ende März Anfang April Lenin arbeitet an dem Plan der Broschüre „Über die Naturalsteuer".

7. April Lenin beglückwünscht in einem Fernspruch das Betriebskomitee und alle Arbeiter des I. Staatlichen Automobilwerkes zur anlaufenden Produktion von Motoren.

9. April W. I. Lenin unterrichtet G. K. Ordshonikidse telegrafisch über Hilfsmaßnahmen für Armenien und gibt Anweisungen betreffs der Durchführung einer Reihe von Maßnahmen zur Hebung des Wirtschaftslebens in Transkaukasien.

Lenin unterhält sich mit einem Vertreter der Iwanowo-Wosnessensker Arbeiter über die Lage der Textilfabriken im Gouvernement.

Lenin spricht über die Naturalsteuer in einer Versammlung der Sekretäre und verantwortlichen Vertreter der Zellen der KPR(B) der Stadt und des Gouvernements Moskau.

10. April Lenins Grußbotschaft an die Beratung von Vertreterinnen der Frauenabteilungen der Ostvölker in den Sowjetgebieten und -republiken wird veröffentlicht.

11. April Lenin hält in einer Sitzung der kommunistischen Fraktion des Gesamtrussischen Zentralrats der Gewerkschaften ein Referat über die Konzessionen.

14. April Lenin gibt den Kommunisten Aserbaidshans, Georgiens, Armeniens, Dagestans und der Bergrepublik brieflich Hinweise betreffend die Festigung und Entwicklung der Sowjetmacht im Kaukasus.
Er schickt ein Begrüßungsschreiben an die Konferenz parteiloser Arbeiter der Stadt Petrograd.

18. April W. I. Lenin schickt an G. K. Ordshonikidse ein Telegramm, daß die Georgische Staatsbank unbedingt als Kreditanstalt für den Außenhandel Transkaukasiens weiterbestehen muß; weiter schlägt er vor, der menschewistischen Agitation im Ausland stärker propagandistisch entgegenzutreten.

21. April Lenin beendet die Arbeit an der Broschüre „Über die Naturalsteuer (Die Bedeutung der neuen Politik und ihre Bedingungen)".

25. April Lenin schreibt drei Reden für Schallplattenaufnahmen: über die Naturalsteuer, über die Konzessionen und über die Entwicklung des Kapitalismus, über Konsum- und Produktionsgenossenschaften.

26. April Lenin leitet eine Sitzung des Rats der Volkskommissare, in der Fragen der Beziehungen zwischen den Usbeken und Turkmenen, der Karelischen Arbeitskommune u. a. erörtert werden.

Ende April Anfang Mai Lenin entwirft ein Rundschreiben an die Gouvernementskomitees der Partei über das Verhältnis zu den parteilosen Arbeitern.

10. Mai Lenin leitet eine Sitzung des Politbüros des ZK der KPR(B), in der die Frage der kollektiven Versorgung erörtert wird.
Lenin leitet eine Sitzung des Rats der Volkskommissare, in der die Lage der Arbeiterinspektion im Lande draußen und die Ernennung eines Vertreters des Volkskommissariats für Angelegenheiten der Nationalitäten zum Mitglied des Kleinen Rats der Volkskommissare erörtert werden.
Lenin macht Bemerkungen zu den von einer Kommission ausgearbeiteten Thesen für den III. Kongreß der Kommunistischen Internationale.

14. Mai	Lenin legt in einem Brief „An Gen. Krshishanowski. An das Präsidium der Staatlichen Plankommission" die Hauptfragen dar, die bei der Ausarbeitung eines Gesamtstaatlichen Wirtschaftsplans für die nächsten Jahre zu berücksichtigen sind.
18. Mai	Lenin spricht im Auftrag des ZK der KPR(B) in einer Sitzung der kommunistischen Fraktion des IV. Gesamtrussischen Gewerkschaftskongresses gegen den von der anarcho-syndikalistischen Gruppe zum Bericht des Präsidiums des Gesamtrussischen Zentralrats der Gewerkschaften auf dem Kongreß eingebrachten Resolutionsentwurf.
21. Mai	Lenin beendet den Entwurf der „Direktive des Rats für Arbeit und Verteidigung an die örtlichen Sowjetinstitutionen".
22. Mai	Lenin entwirft eine Entschließung für das Politbüro des ZK der KPR(B) zu den Beschlüssen der Fraktion der KPR(B) auf dem IV. Gewerkschaftskongreß.
26.–28. Mai	Lenin leitet die X. Gesamtrussische Konferenz der KPR(B).
26. Mai	Lenin hält auf der Konferenz die Eröffnungsrede.
	Er wird in das Präsidium der Konferenz gewählt.
	Er hält auf der Konferenz das Referat über die Naturalsteuer.
27. Mai	Lenin hält auf der Konferenz das Schlußwort zum Referat über die Naturalsteuer.
	Er gibt auf der Konferenz einen Bericht über die KPR(B)-Fraktion des IV. Gewerkschaftskongresses.
Spätestens 28. Mai	Lenin verfaßt den Entwurf einer Resolution zu den Fragen der Neuen Ökonomischen Politik.
28. Mai	Er verteidigt auf der Konferenz den Entwurf der Resolution zu den Fragen der Neuen Ökonomischen Politik.
	Er hält die Schlußrede, in der er die Bilanz der Konferenz zieht.
30. Mai	Lenin spricht auf der III. Tagung des Gesamtrussischen ZEK der 8. Wahlperiode über die Aufgaben der örtlichen Wirtschaftsorgane.
Mai	Lenin empfiehlt in mehreren Briefen an den Stellvertreter des Volkskommissars für Bildungswesen, die Arbeit am Wörterbuch der russischen Sprache (von Puschkin bis Gorki) zu kontrollieren.

4. Juni	Lenin weist die Vorsitzenden der Gouvernements-Exekutivkomitees telegrafisch darauf hin, daß es unzulässig ist, im Lande draußen Verordnungen zu erlassen, die den Verfügungen des Zentrums widersprechen.
5. Juni	Lenin gibt dem Vorsitzenden der Staatlichen Kommission für die Elektrifizierung der RSFSR den Auftrag, Materialien vorzubereiten, damit die Delegierten zum III. Kongreß der Kommunistischen Internationale mit dem Elektrifizierungsplan bekannt gemacht werden können.
13. Juni	Lenin schreibt für den III. Kongreß der Kommunistischen Internationale die Thesen zum Referat über die Taktik der KPR(B).
16. Juni	Lenin spricht auf der III. Gesamtrussischen Konferenz für Ernährungswesen über die Neue Ökonomische Politik.
17. Juni	Lenin hält in der erweiterten Sitzung des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale eine Rede über die Lage in der Kommunistischen Partei Frankreichs.
22. Juni bis 12. Juli	Lenin leitet die Verhandlungen des III. Kongresses der Kommunistischen Internationale.
22. Juni	Lenin wird zum Ehrenvorsitzenden des III. Kongresses der Kommunistischen Internationale gewählt.
28. Juni	Lenin hält auf dem III. Kongreß der Kommunistischen Internationale die Rede zur italienischen Frage.
Juni–Juli	Lenin ordnet an, für den Bau des Kraftwerks Kaschira Arbeitskräfte und alle notwendigen Materialien bereitzustellen.
1. Juli	Lenin hält auf dem III. Kongreß der Kommunistischen Internationale die Rede zur Verteidigung der Taktik der Kommunistischen Internationale.
4. Juli	Lenin gibt in dem Brief „Gedanken über einen ‚Plan' der Staatswirtschaft" der Staatlichen Plankommission beim Rat für Arbeit und Verteidigung Hinweise für die Ausarbeitung des Staatsplans.
5. Juli	Lenin hält auf dem III. Kongreß der Kommunistischen Internationale das Referat über die Taktik der KPR(B).
6. Juli	Lenin gibt dem Volkskommissariat für Ernährungswesen der Ukraine telegrafisch Anweisung, entschiedene Maßnahmen

zur Befriedigung der Bedürfnisse des Donezbeckens zu ergreifen.

11. Juli Lenin spricht in einer Beratung von Delegierten zum III. Kongreß der Kommunistischen Internationale über die revolutionäre Taktik.

13. Juli Lenin erhält wegen seines Gesundheitszustands einen Monat Urlaub und fährt nach dem Dorf Gorki.

16. Juli Lenin schickt eine Grußbotschaft an die Tagung der Bevollmächtigten des Zentralverbandes der Konsumgenossenschaften.

18. Juli Lenin richtet ein Begrüßungsschreiben an den I. Internationalen Kongreß der revolutionären Fach- und Industrieverbände.

19. Juli W. I. Lenin gibt M. I. Kalinin Weisungen über Hilfsmaßnahmen für die Hungernden im Wolgagebiet.
Er leitet eine Sitzung des Rats der Volkskommissare, in der Hilfsmaßnahmen für die von der Mißernte betroffenen Gouvernements und andere Fragen behandelt werden.

20. Juli Lenin verfaßt ein Grußschreiben an die Bauern des Dorfes Gorki anläßlich der Versorgung ihres Dorfes mit elektrischem Licht.

2. August W. I. Lenin äußert sich in einem Brief an W. W. Adoratski über das Vorwort zum Sammelband der Briefe von Karl Marx und Friedrich Engels und über ein Buch zu den Grundfragen des Marxismus.
Lenin appelliert an das internationale Proletariat, der Bevölkerung der von der Mißernte betroffenen Gebiete Sowjetrußlands zu helfen.
Er appelliert an die Bauern der Ukraine, den von der Mißernte betroffenen Arbeitern und Bauern des Wolgagebiets zu helfen.

5. August Lenin schreibt einen Brief an G. Mjasnikow, in dem er sich mit dessen falschen Auffassungen über Demokratie und Pressefreiheit auseinandersetzt.

13. August Lenin äußert sich in einem Brief an Thomas Bell, den Vertreter der Kommunistischen Partei Englands beim Exekutiv-

komitee der Kommunistischen Internationale, über die Aufgaben der Kommunistischen Partei Englands.

14. August Lenin schreibt den „Brief an die deutschen Kommunisten", worin er im Hinblick auf den bevorstehenden Parteitag der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands die Lage in Deutschland und der deutschen Partei analysiert und die Beschlüsse des III. Kongresses der Kommunistischen Internationale erläutert.

INHALTSVERZEICHNIS

Vorwort .. .. VII–IX

1920

Über die Gewerkschaften, die gegenwärtige Lage und die Fehler Trotzkis. Rede, gehalten in der gemeinsamen Sitzung der Mitglieder der KPR(B) unter den Delegierten des VIII. Sowjetkongresses sowie den Mitgliedern des Gesamtrussischen Zentralrats und des Moskauer Gouvernementsrats der Gewerkschaften, 30. Dezember 1920 1–26

1921

Die Krise der Partei 27–38

II. Gesamtrussischer Verbandstag der Bergarbeiter 39–55

1. Referat über die Rolle und die Aufgaben der Gewerkschaften in der Sitzung der kommunistischen Fraktion des Verbandstages, 23. Januar 39

2. Schlußwort zum Referat über die Rolle und die Aufgaben der Gewerkschaften in der Sitzung der kommunistischen Fraktion des Verbandstages, 24. Januar 50

Über die Schaffung von Bedingungen, die die wissenschaftliche Arbeit des Akademiemitglieds I. P. Pawlow und seiner Mitarbeiter gewährleisten. Beschluß des Rats der Volkskommissare 56–57

Noch einmal über die Gewerkschaften, die gegenwärtige Lage und die Fehler Trotzkis und Bucharins 58–100

Fraktionelles Vorgehen – eine Gefahr für die Partei 59
Formaler Demokratismus und revolutionäre Zweckmäßigkeit .. 62
Die politische Gefahr von Spaltungen in der Gewerkschaftsbewegung 63
Über die prinzipiellen Meinungsverschiedenheiten 69
Politik und Ökonomik. Dialektik und Eklektizismus 73
Dialektik und Eklektizismus. „Schule" und „Apparat".. 81
Schluß 92

Rede auf der erweiterten Moskauer Metallarbeiterkonferenz, 4. Februar 1921 101–104

Rede auf dem IV. Gesamtrussischen Verbandstag der Bekleidungsarbeiter, 6. Februar 1921 105–113

Direktiven des Zentralkomitees an die im Volkskommissariat für Bildungswesen arbeitenden Kommunisten 114–116

Über die Arbeit des Volkskommissariats für Bildungswesen 117–127

Erster Rohentwurf von Thesen betreffend die Bauern 128

Schreiben an die Mitglieder des Politbüros 129–131

Über den einheitlichen Wirtschaftsplan 132–141

Grußbotschaft an den V. Gesamtukrainischen Sowjetkongreß 142

Rede in der Plenarsitzung des Moskauer Sowjets der Arbeiter- und Bauerndeputierten, 28. Februar 1921 143–156

Brief an G. K. Ordshonikidse 157–158

Der Internationale Frauentag 159–161

X. Parteitag der KPR(B), 8.–16. März 1921 163–277
1. Rede bei der Eröffnung des Parteitags, 8. März 165
2. Bericht über die politische Tätigkeit des ZK der KPR(B), 8. März 168
3. Schlußwort zum Bericht des ZK der KPR(B), 9. März 192
4. Ursprünglicher Entwurf der Resolution über die Verbesserung der Lage der Arbeiter und der notleidenden Bauern 209
5. Rede über die Gewerkschaften, 14. März 211

6. Referat über die Ersetzung der Ablieferungspflicht durch die Naturalsteuer, 15. März 216
7. Schlußwort zum Referat über die Ersetzung der Ablieferungspflicht durch die Naturalsteuer, 15. März 233
8. Ursprünglicher Entwurf der Resolution des X. Parteitags der KPR über die Einheit der Partei 245
9. Ursprünglicher Entwurf der Resolution des X. Parteitags der KPR über die syndikalistische und anarchistische Abweichung in unserer Partei.. 249
10. Referat über die Einheit der Partei und die anarcho-syndikalistische Abweichung, 16. März 253
11. Schlußwort zum Referat über die Einheit der Partei und die anarcho-syndikalistische Abweichung, 16. März 262
12. Bemerkungen anläßlich des Abänderungsantrags Rjasanows zur Resolution über die Einheit der Partei, 16. März 267
13. Rede zur Brennstofffrage, 16. März 268
14. Antrag zur Brennstofffrage, 16. März 269
15. Rede bei der Schließung des Parteitags, 16. März 270

Rede auf dem Gesamtrussischen Verbandstag der Eisenbahn- und Schiffahrtsarbeiter, 27. März 1921 278–292

An das Betriebskomitee und alle Arbeiter des I. Staatlichen Automobilwerkes 293

Referat über die Naturalsteuer in der Versammlung der Sekretäre und verantwortlichen Vertreter der Zellen der KPR(B) der Stadt und des Gouvernements Moskau, 9. April 1921 294–308

Grußbotschaft an die Beratung von Vertreterinnen der Frauenabteilungen der Ostvölker in den Sowjetgebieten und -republiken .. 309

Referat über die Konzessionen in der Sitzung der kommunistischen Fraktion des Gesamtrussischen Zentralrats der Gewerkschaften, 11. April 1921 310–326

An die Genossen Kommunisten Aserbaidshans, Georgiens, Armeniens, Dagestans und der Bergrepublik 327–329

An die Konferenz parteiloser Arbeiter der Stadt Petrograd 330

Plan der Broschüre „Über die Naturalsteuer" 331–340

I. 331
II. 332
III. 338
IV. 339

Über die Naturalsteuer (Die Bedeutung der neuen Politik und ihre Bedingungen) 341–380
Statt einer Einleitung 341
Über die heutige Wirtschaft Rußlands (Aus der Broschüre von 1918) 342
Über die Naturalsteuer, den freien Handel und die Konzessionen 353
Politische Ergebnisse und Schlußfolgerungen 372
Schluß 379

Auf Schallplatten aufgenommene Reden 381–386
1. Über die Naturalsteuer 381
2. Über die Konzessionen und über die Entwicklung des Kapitalismus 383
3. Über Konsum- und Produktionsgenossenschaften 385

An Genossen Krshishanowski. An das Präsidium der Staatlichen Plankommission 387–390

Direktive des Rats für Arbeit und Verteidigung an die örtlichen Sowjetinstitutionen. Entwurf 391–417
Erste Fragengruppe 400
1. Warenaustausch mit der Bauernschaft 400
2. Verhältnis des Staates zu den Kapitalisten 402
3. Förderung der selbständigen Initiative beim Warenaustausch und beim wirtschaftlichen Aufbau überhaupt 402
4. Koordinierung der Wirtschaftsarbeit verschiedener Ressorts innerhalb der örtlichen administrativen Einheiten: der Amtsbezirke, Kreise und Gouvernements 403
5. Verbesserung der Lage der Arbeiter und 6. – der Bauern .. 404
7. Erweiterung des Kreises der Staatsfunktionäre für den wirtschaftlichen Aufbau 405
8. Methoden und Ergebnisse des Kampfes gegen Bürokratismus und Schlendrian 406

Zweite Fragengruppe 408
9. Hebung der Landwirtschaft: a) bäuerliche Wirtschaft; b) Sowjetwirtschaften; c) Kommunen; d) Artels; e) Genossenschaften; f) andere Arten gesellschaftlicher Wirtschaft .. 408
10. Hebung der Industrie: a) der Großindustrie, die ausschließlich zentral geleitet wird; b) der Großindustrie, die teilweise oder ganz von den örtlichen Organen geleitet wird; c) der Klein-, Kustar-, Hausindustrie usw. 408
11. Brennstoff: a) Holz; b) Kohle; c) Erdöl; d) Brennschiefer; e) andere Arten von Brennstoff (Windbruch usw.) 409
12. Ernährungswesen 409
13. Bauwesen 410
14. Mustergültige und aussichtslose Betriebe und Einrichtungen 410
15. Verbesserung der Wirtschaftsarbeit 410
16. Naturalprämien 411
17. Die Gewerkschaften, ihre Teilnahme an der Produktion .. 411
18. Veruntreuungen und Diebstähle 412
19. Schleichhandel 413
20. Verwendung von Truppenteilen für Arbeitszwecke 413
21. Arbeitsdienstpflicht und Arbeitsmobilisierung 414
Dritte Fragengruppe 414
22. Gebiets- und örtliche Wirtschaftsräte 414
23. Die Staatliche Plankommission beim Rat für Arbeit und Verteidigung und ihr Verhältnis zu den örtlichen Wirtschaftsorganen 415
24. Elektrifizierung 415
25. Warenaustausch mit dem Ausland 416
26. Eisenbahn-, Schiffahrts- und Lokalverkehr 416
27. Unterstützung der Wirtschaftsarbeit durch die Presse .. 416
Vierte Fragengruppe 417
X. Gesamtrussische Konferenz der KPR(B), 26.–28. Mai 1921 .. 419–458
1. Rede bei der Eröffnung der Konferenz, 26. Mai 421
2. Referat über die Naturalsteuer, 26. Mai 422
3. Schlußwort zum Referat über die Naturalsteuer, 27. Mai .. 438

4. Entwurf einer Resolution zu den Fragen der Neuen Ökonomischen Politik 454
5. Rede bei der Schließung der Konferenz, 28. Mai 457

Rede in der Sitzung des Gesamtrussischen Zentralexekutivkomitees über die örtlichen Wirtschaftsorgane, 30. Mai 1921 459–462

Rede auf der III. Gesamtrussischen Konferenz für Ernährungswesen, 16. Juni 1921 463–472

III. Kongreß der Kommunistischen Internationale, 22. Juni – 12. Juli 1921 473–519

1. Thesen zum Referat auf dem III. Kongreß der Kommunistischen Internationale über die Taktik der KPR (Ursprünglicher Entwurf) 475
1. Die internationale Lage der RSFSR 475
2. Das Kräfteverhältnis der Klassen im internationalen Maßstab 476
3. Das Kräfteverhältnis der Klassen in Rußland 477
4. Das Proletariat und die Bauernschaft in Rußland 478
5. Das militärische Bündnis des Proletariats und der Bauernschaft in der RSFSR 478
6. Der Übergang zu richtigen wirtschaftlichen Wechselbeziehungen zwischen dem Proletariat und der Bauernschaft .. 479
7. Die Bedeutung und die Bedingungen der Zulassung des Kapitalismus und der Konzessionen durch die Sowjetmacht 480
8. Die Erfolge unserer Ernährungspolitik 481
9. Die materielle Grundlage des Sozialismus und der Plan der Elektrifizierung Rußlands 481
10. Die Rolle der „reinen Demokratie", der II. und zweieinhalbten Internationale, der Sozialrevolutionäre und Menschewiki als der Verbündeten des Kapitals 482
2. Rede zur italienischen Frage, 28. Juni 485
3. Rede zur Verteidigung der Taktik der Kommunistischen Internationale, 1. Juli 491
4. Referat über die Taktik der KPR, 5. Juli 501

Gedanken über einen „Plan" der Staatswirtschaft 520–522

Grußbotschaft an die Tagung der Bevollmächtigten des Zentralverbandes der Konsumgenossenschaften 523–524

Begrüßungsschreiben an den I. Internationalen Kongreß der revolutionären Fach- und Industrieverbände 525

Appell an das internationale Proletariat 526

Appell an die Bauern der Ukraine 527

Brief an G. Mjasnikow 528–533

An den Genossen Thomas Bell 534–536

Brief an die deutschen Kommunisten 537–548

Anmerkungen 549–567

Daten aus dem Leben und Wirken W. I. Lenins 569–582

ILLUSTRATIONEN

W. I. Lenin – Mai 1921 .. .. X–1

Erste Seite von W. I. Lenins Brief an G. K. Ordshonikidse – 2. März 1921 158–159

Erste Seite von W. I. Lenins Manuskript „Ursprünglicher Entwurf der Resolution des X. Parteitags der KPR über die Einheit der Partei" – März 1921 243

Erste Seite von W. I. Lenins Manuskript „Direktive des Rats für Arbeit und Verteidigung an die örtlichen Sowjetinstitutionen. Entwurf" – Mai 1921 393